PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

5

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1955

W. I. LENIN

BAND 5

MAI 1901 – FEBRUAR 1902

DIETZ VERLAG BERLIN

1955

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1955 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm
Autorenbogen: 39 · Druckbogen: 37,5 · Lizenznummer 1
Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

VORWORT

Der fünfte Band enthält die Arbeiten W. I. Lenins, die von Mai 1901 bis Februar 1902 geschrieben wurden.

In den Band wurden die folgenden in der „Iskra" veröffentlichten Aufsätze und Notizen Lenins aufgenommen: „Womit beginnen?", „Ein neues Blutbad", „Ein wertvolles Geständnis", „Die Lehren der Krise", „Die Fronherren an der Arbeit", „Der Kampf gegen die Hungernden", „Auslandsangelegenheiten", „Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus", „Der Beginn der Demonstrationen", „Politische Agitation und ‚Klassenstandpunkt'" und andere. In diesen Artikeln nimmt Lenin zu allen wichtigen Ereignissen im Leben Rußlands Stellung und behandelt die konkreten Aufgaben des Parteiaufbaus und des proletarischen Klassenkampfes.

In dem Artikel „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", der im Dezember 1901 in der Zeitschrift „Sarja" veröffentlicht wurde, entwickelt Lenin die Taktik der marxistischen Partei des Proletariats in bezug auf die liberale Bourgeoisie.

Die Schrift „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" ist eine Darstellung und Entwicklung der marxistischen Theorie der Agrarfrage und zugleich eine Kritik an den russischen und internationalen Revisionisten.

Im vorliegenden Band ist ferner die Arbeit Lenins „Was tun?" enthalten, deren theoretische Leitsätze die ideologische Grundlage der bolschewistischen Partei bilden.

Der Band enthält sieben Arbeiten Lenins, die erstmalig in die Werke W. I. Lenins aufgenommen werden. Drei davon sind Beiträge aus der „Iskra": „Eine Semstwotagung", „Über den Brief der ‚Arbeiter aus dem

Süden‘“ und „Antwort an den ‚Leser‘“. Die folgenden vier Dokumente wurden nach ihrer Niederschrift nicht gedruckt, sondern erst nach der Oktoberrevolution der Öffentlichkeit zugänglich gemacht: „Rede vom 21. September (4. Oktober)“ (Rede Lenins auf der „Vereinigungs“konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR vom 21. September [4. Oktober] 1901), „Über die Zeitschrift ‚Swoboda‘“, „Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der revolutionären Tätigkeit G. W. Plechanows“ und „Anarchismus und Sozialismus“.

WOMIT BEGINNEN?[1]

Geschrieben im Mai 1901.
Veröffentlicht im Mai 1901
in der „Iskra" Nr. 4.

Nach dem Text der „Iskra".

РОССІЙСКАЯ СОЦІАЛЪ-ДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ РАБОЧАЯ ПАРТІЯ

ИСКРА

„Изъ искры возгорится пламя"...
Отвѣтъ декабристовъ Пушкину

№ 4. МАЙ 1901 ГОДА № 4.

СЪ ЧЕГО НАЧАТЬ?

САМОДЕРЖАВІЕ И ФИНАНСЫ

Erste Seite der „Iskra" Nr. 4
mit dem Artikel W. I. Lenins „Womit beginnen?" — 1901

Verkleinert

Die Frage „Was tun?" drängt sich in den letzten Jahren den russischen Sozialdemokraten mit besonderer Kraft auf. Es handelt sich dabei nicht um die Wahl des Weges (wie das Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre der Fall war), sondern darum, welche praktischen Schritte wir auf dem erkannten Wege tun sollen und auf welche Art wir sie tun sollen. Es handelt sich um das System und den Plan der praktischen Tätigkeit. Und man muß zugeben, daß diese für eine praktisch tätige Partei grundlegende Frage nach dem Charakter und den Methoden des Kampfes bei uns immer noch ungelöst ist, immer noch ernste Meinungsverschiedenheiten hervorruft, die einen bedauerlichen Mangel an ideologischer Festigkeit und ideologisches Schwanken offenbaren. Einerseits ist die Richtung des „Ökonomismus", die die politische Organisations- und Agitationsarbeit beschneiden und einengen will, noch lange nicht tot. Anderseits erhebt nach wie vor die Richtung eines prinzipienlosen Eklektizismus stolz ihr Haupt, die sich jeder neuen „Strömung" anpaßt und die es nicht versteht, die Erfordernisse des Tages von den Grundaufgaben und den ständigen Bedürfnissen der Bewegung in ihrer Gesamtheit zu unterscheiden. Bekanntlich hat sich solch eine Richtung in der Zeitschrift „Rabotscheje Delo"[2] eingenistet. Ihre letzte „programmatische" Erklärung — ein hochtrabender Artikel unter dem hochtrabenden Titel „Eine historische Wendung" (Nr. 6 des „Listok ‚Rabotschewo Dela'" [Blatt der „Arbeitersache"]) — bestätigt besonders anschaulich die eben gegebene Charakteristik. Gestern noch liebäugelte man mit dem „Ökonomismus", empörte man sich über die entschiedene Verurteilung der „Rabotschaja Mysl"[3], „milderte" man die Plechanowsche Formulierung in der Frage des Kamp-

fes gegen die Selbstherrschaft — und heute zitiert man bereits Liebknechts Worte: „Wenn die Umstände sich in 24 Stunden ändern, so muß man auch die Taktik in 24 Stunden ändern", heute spricht man schon von einer „festen Kampforganisation" für die direkte Attacke, für den Sturmangriff auf die Selbstherrschaft, von einer „umfassenden revolutionären politischen" (ei, wie energisch: sowohl revolutionären als auch politischen!) „Agitation in den Massen", von „unermüdlichem Aufruf zu Straßenprotesten", von der „Veranstaltung von Straßenkundgebungen ausgesprochen (sic!) politischen Charakters" usw. usf.

Wir könnten eigentlich unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß sich das „Rabotscheje Delo" so rasch das von uns bereits in der ersten Nummer der „Iskra"[4] aufgestellte Programm zu eigen gemacht hat, das die Schaffung einer straff organisierten Partei vorsieht, deren Aufgabe es ist, nicht nur einzelne Zugeständnisse zu erkämpfen, sondern die Zwingburg der Selbstherrschaft selbst zu erobern; aber das Fehlen jedes festen Standpunkts bei diesen Leuten ist dazu angetan, einem die ganze Freude zu verderben.

Auf Liebknecht beruft sich das „Rabotscheje Delo" natürlich zu Unrecht. Man kann in 24 Stunden die Taktik der Agitation in irgendeiner besonderen Frage, die Taktik bei der Durchführung irgendeiner Teilaufgabe der Parteiorganisation ändern; aber in 24 Stunden, ja sei es sogar in 24 Monaten, seine Ansichten darüber ändern, ob überhaupt, stets und unbedingt eine Kampforganisation und politische Agitation in den Massen notwendig sind, das bringen nur Leute ohne jegliche Prinzipien fertig. Es ist lächerlich, sich auf den Unterschied in der Situation, auf den Eintritt einer neuen Periode zu berufen: an der Schaffung einer Kampforganisation arbeiten und politische Agitation treiben ist unbedingt notwendig in jeder Situation, mag sie auch noch so „alltäglich, friedlich" sein, in jeder Periode, mag in ihr der „revolutionäre Geist" auch noch so „gesunken" sein; mehr als das: gerade in einer solchen Situation und in solchen Perioden ist die genannte Arbeit besonders notwendig, denn in der Zeit der Explosionen und Ausbrüche ist es schon zu spät, eine Organisation zu schaffen; sie muß in Bereitschaft stehen, um sofort ihre Tätigkeit entfalten zu können. „In 24 Stunden die Taktik ändern"! Ja, um die Taktik ändern zu können, muß man doch erst einmal eine Taktik haben; ist aber keine feste Organisation vorhanden, die den politischen Kampf in den verschiedensten

Situationen und Perioden gründlich aus der Erfahrung kennt, dann kann auch keine Rede sein von jenem systematischen, durch feste Prinzipien erhellten und unbeirrt durchzuführenden Tätigkeitsplan, der allein die Bezeichnung Taktik verdient. Wahrhaftig, man schaue sich das an: Da heißt es bereits, der „historische Moment" stelle unsere Partei vor eine „völlig neue" Frage — die des Terrors. Gestern war die Frage der politischen Organisation und Agitation „völlig neu", heute ist es die Frage des Terrors. Ist es nicht seltsam zu hören, wie Leute, die in solchem Maße ihre Herkunft vergessen, über eine grundlegende Änderung der Taktik räsonieren?

Zum Glück hat das „Rabotscheje Delo" unrecht. Die Frage des Terrors ist durchaus keine neue Frage, und es genügt, wenn wir in aller Kürze an die feststehenden Ansichten der russischen Sozialdemokratie erinnern.

Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann. Doch das Wesen der Sache besteht gerade darin, daß gegenwärtig der Terror keineswegs als eine mit dem ganzen Kampfsystem eng verbundene und koordinierte Operation der kämpfenden Armee vorgeschlagen wird, sondern als selbständiges und von jeder Armee unabhängiges Mittel des Einzelangriffs. Bei dem Fehlen einer zentralen Organisation und bei der Schwäche der örtlichen revolutionären Organisationen kann ja der Terror auch nichts anderes sein. Und deshalb erklären wir entschieden, daß ein solches Kampfmittel unter den gegebenen Umständen unzeitgemäß und unzweckmäßig ist, daß es die aktivsten Kämpfer von ihrer wirklichen, für die Gesamtbewegung wichtigsten Aufgabe ablenkt, und nicht die Kräfte der Regierung, sondern die der Revolution desorganisiert. Man denke an die letzten Ereignisse: Vor unseren Augen drängen breite Massen der städtischen Arbeiter und des „gemeinen Volkes" der Städte zum Kampf, die Revolutionäre aber haben keinen Stab von Leitern und Organisatoren. Besteht unter solchen Bedingungen nicht die Gefahr, daß durch die Abwanderung der tatkräftigsten Revolutionäre zum Terror jene Kampfabteilungen geschwächt werden, auf die einzig und allein ernste Hoffnungen gesetzt werden können? Besteht nicht die Gefahr, daß dadurch die Verbindung der revolutionären Organisatio-

mit den zersplitterten Massen der Unzufriedenen, Protestierenden und Kampfwilligen zerrissen wird, deren Schwäche gerade in ihrer Zersplitterung besteht? Dabei liegt doch in dieser Verbindung die einzige Gewähr für unseren Erfolg. Wir sind weit entfernt von dem Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächliches Kampfmittel zu betrachten, wozu heute sehr, sehr viele so stark neigen. Der Terror kann niemals eine alltägliche Kampfhandlung werden: bestenfalls taugt er nur als eine der Methoden des entscheidenden Sturmangriffs. Es fragt sich, ob wir im gegenwärtigen Moment zu solchem Sturmangriff *aufrufen* können? Das „Rabotscheje Delo" bejaht offensichtlich diese Frage. Zumindest ruft es: „Tretet in Sturmkolonnen an!" Aber das heißt wieder einmal: Mehr Eifer als Verstand. Die Hauptmasse unserer Streitkräfte besteht aus Freiwilligen und Aufständischen. An regulärer Truppe besitzen wir nur einige wenige kleine Abteilungen, und auch die sind nicht mobilisiert, nicht miteinander verbunden, nicht dazu ausgebildet, militärische Kolonnen, geschweige denn Sturmkolonnen zu bilden. Für jeden, der fähig ist, die Gesamtbedingungen unseres Kampfes zu überblicken, ohne sie bei jeder „Wendung" im historischen Ablauf der Ereignisse zu vergessen, muß es unter solchen Umständen klar sein, daß unsere Parole gegenwärtig nicht lauten kann: „Auf zum Sturm", sondern lauten muß: „Organisiert die regelrechte Belagerung der feindlichen Festung". Mit anderen Worten: Die unmittelbare Aufgabe unserer Partei kann nicht sein, alle vorhandenen Kräfte jetzt schon zum Angriff aufzurufen; sie muß vielmehr in der Aufforderung bestehen, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die fähig ist, alle Kräfte zu vereinigen, die sich nicht nur Leitung nennt, sondern die Bewegung tatsächlich leitet, d. h. stets bereit ist, jeden Protest und jeden Ausbruch zu unterstützen und zur Vermehrung und Festigung der für den entscheidenden Kampf tauglichen Streitkräfte auszunutzen.

Die Lehre der Februar- und Märzereignisse[5] ist so eindringlich, daß man jetzt kaum auf prinzipielle Einwände gegen diese Schlußfolgerung stößt. Aber von uns wird gegenwärtig keine prinzipielle, sondern eine praktische Entscheidung der Frage verlangt. Erforderlich ist nicht allein, daß man sich darüber klar wird, was für eine Organisation und für welche Arbeit sie gebraucht wird — erforderlich ist, einen bestimmten *Plan* der

Organisation auszuarbeiten, damit von allen Seiten an ihren Aufbau geschritten werden kann. In Anbetracht der unaufschiebbaren Dringlichkeit der Frage haben wir beschlossen, unserseits den Genossen den Entwurf eines Planes zu unterbreiten, den wir in einer Broschüre, die für den Druck vorbereitet wird, ausführlicher entwickeln werden.

Unserer Meinung nach muß der Ausgangspunkt der Tätigkeit, der erste praktische Schritt zur Schaffung der gewünschten Organisation, schließlich der Leitfaden, an Hand dessen wir diese Organisation unbeirrt entwickeln, vertiefen und erweitern könnten — die Schaffung einer gesamtrussischen politischen Zeitung sein. Wir brauchen vor allem eine Zeitung — ohne sie ist jene systematische Durchführung einer prinzipienfesten und allseitigen Propaganda und Agitation unmöglich, die die ständige und wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie im allgemeinen und eine besonders dringliche Aufgabe des gegenwärtigen Moments darstellt, wo das Interesse für Politik, für Fragen des Sozialismus in den breitesten Bevölkerungsschichten wach geworden ist. Niemals machte sich mit solcher Kraft wie heute das Bedürfnis geltend, die vereinzelte, mittels persönlicher Einwirkung, örtlicher Flugblätter, Broschüren usw. betriebene Agitation durch jene verallgemeinerte und regelmäßige Agitation zu ergänzen, die nur mit Hilfe der periodischen Presse möglich ist. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß Häufigkeit und Regelmäßigkeit des Erscheinens (und der Verbreitung) einer Zeitung als genauester Gradmesser dafür dienen kann, wie solide bei uns dieser elementarste und dringendste Abschnitt unserer Kampftätigkeit aufgebaut ist. Ferner brauchen wir eben eine gesamtrussische Zeitung. Wenn wir es nicht verstehen, und solange wir es nicht verstehen, unsere Einwirkung auf das Volk und auf die Regierung mit Hilfe des gedruckten Wortes zusammenzufassen, wird der Gedanke an die Zusammenfassung anderer, komplizierterer, schwierigerer, dafür aber auch entschiedenerer Methoden des Einwirkens eine Utopie sein. Unsere Bewegung leidet sowohl in ideologischer als auch in praktischer, organisatorischer Hinsicht vor allem unter ihrer Zersplitterung, darunter, daß die übergroße Mehrheit der Sozialdemokraten fast völlig in der rein örtlichen Arbeit aufgeht, die sowohl ihren Gesichtskreis als auch den Elan ihrer Tätigkeit, ihre konspirative Gewandtheit sowie ihre Schulung einengt. Eben in dieser Zersplitterung sind die tiefsten Wurzeln jenes Mangels an Festigkeit und jenes Schwankens zu suchen, die wir oben er-

wähnt haben. Und der *erste* Schritt auf dem Wege zur Beseitigung dieses Mangels, auf dem Wege zur Verwandlung der einzelnen örtlichen Bewegungen in eine einheitliche gesamtrussische Bewegung, muß die Schaffung einer gesamtrussischen Zeitung sein. Schließlich brauchen wir unbedingt eine *politische* Zeitung. Ohne ein politisches Organ ist im heutigen Europa eine Bewegung, die die Bezeichnung politisch verdient, undenkbar. Ohne ein solches Organ ist unsere Aufgabe — alle Elemente der politischen Unzufriedenheit und des Protestes zu konzentrieren und mit ihnen die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu befruchten — absolut undurchführbar. Wir haben den ersten Schritt getan, wir haben in der Arbeiterklasse die Leidenschaft für „ökonomische" Enthüllungen, Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken, geweckt. Wir müssen den nächsten Schritt tun: in allen einigermaßen bewußten Volksschichten die Leidenschaft für *politische* Enthüllungen wecken. Man darf sich nicht dadurch beirren lassen, daß die Stimmen der politischen Enthüllung heute so schwach, selten und zaghaft sind. Der Grund hierfür liegt durchaus nicht darin, daß man sich allgemein mit der Polizeiwillkür abgefunden hätte. Der Grund ist der, daß die Leute, die fähig und bereit sind, Mißstände zu enthüllen, keine Tribüne haben, von der sie sprechen könnten, daß sie kein Auditorium haben, das den Rednern leidenschaftlich zuhören und sie ermutigen würde, daß sie nirgends im Volke die Kraft sehen, bei der es der Mühe wert wäre, eine Beschwerde gegen die „allmächtige" russische Regierung vorzubringen. Jetzt aber ändert sich all das mit ungeheurer Schnelligkeit. Es gibt eine solche Kraft, das ist das revolutionäre Proletariat, es hat schon seine Bereitschaft bewiesen, nicht nur die Aufforderung zum politischen Kampf anzuhören und zu unterstützen, sondern sich auch mutig in den Kampf zu stürzen. Wir sind jetzt imstande, und wir sind verpflichtet, eine Tribüne zu schaffen für eine vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung der zaristischen Regierung — eine solche Tribüne soll die sozialdemokratische Zeitung sein. Zum Unterschied von den anderen Klassen und Schichten der russischen Gesellschaft besteht in der russischen Arbeiterklasse ständiges Interesse für politisches Wissen, besteht ständig (und nicht nur in besonders erregten Zeiten) eine riesige Nachfrage nach illegaler Literatur. Angesichts dieses Massenbedarfs, angesichts des Heranwachsens erfahrener revolutionärer Führer, das bereits begonnen hat, angesichts jener Konzentration der Arbeiterklasse, die sie

in den Arbeitervierteln der Großstadt, in der Arbeitersiedlung, im Fabrikort faktisch zum Herrn der Lage macht, ist die Herausgabe einer politischen Zeitung eine Sache, der das Proletariat durchaus gewachsen ist. Durch Vermittlung des Proletariats aber wird die Zeitung in die Reihen des städtischen Kleinbürgertums, der ländlichen Hausindustriellen und der Bauern dringen und zu einer wirklichen politischen Volkszeitung werden.

Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und die Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken. Mit Hilfe der Zeitung und in Verbindung mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befaßt, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluß auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann. Schon allein die technische Aufgabe — die regelmäßige Versorgung der Zeitung mit Material und ihre regelmäßige Verbreitung — zwingt dazu, ein Netz von örtlichen Vertrauensleuten der einheitlichen Partei zu schaffen, von Vertrauensleuten, die lebhafte Beziehungen zueinander unterhalten, die mit der allgemeinen Lage der Dinge vertraut sind, die sich daran gewöhnen, die Teilfunktionen der gesamtrussischen Arbeit regelmäßig auszuführen, die ihre Kräfte an der Organisierung dieser oder jener revolutionären Aktion erproben. Dieses Netz von Vertrauensleuten* wird das Gerippe gerade einer solchen Orga-

* Selbstverständlich könnten solche Vertrauensleute nur unter der Bedingung engster Fühlung mit den örtlichen Komitees (Gruppen, Zirkeln) unserer Partei erfolgreich arbeiten. Überhaupt kann ja der ganze von uns entworfene Plan, natürlich nur bei aktivster Unterstützung durch die Komitees verwirklicht werden, die schon mehrfach Schritte zum Zusammenschluß der Partei getan haben

nisation bilden, wie wir sie brauchen: genügend groß, um das ganze Land zu erfassen; genügend breit und vielseitig, um eine strenge und detaillierte Arbeitsteilung durchzuführen; genügend standhaft, um unter allen Umständen, bei allen „Wendungen" und Überraschungen ihre *eigene* Arbeit unbeirrt zu leisten; genügend elastisch, um zu verstehen, einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind auszuweichen, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, und anderseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird. Heute fällt uns die verhältnismäßig leichte Aufgabe zu, die Studenten zu unterstützen, die in den Straßen der Großstädte demonstrieren. Morgen wird sich vielleicht eine schwierigere Aufgabe ergeben, z. B. die Arbeitslosenbewegung in einem bestimmten Bezirk zu unterstützen. Übermorgen müssen wir auf dem Posten sein, um an einem Aufruhr der Bauern revolutionären Anteil zu nehmen. Heute müssen wir die Verschärfung der politischen Lage ausnutzen, die die Regierung durch ihren Feldzug gegen die Semstwos herbeigeführt hat. Morgen müssen wir die Empörung der Bevölkerung gegen diesen oder jenen allzu frech gewordenen zaristischen Schergen unterstützen und durch Boykott, durch ein regelrechtes Kesseltreiben, durch Kundgebungen usw. helfen, ihm eine solche Lektion zu verabfolgen, daß er zu einem offenen Rückzug gezwungen wird. Ein solcher Grad von Kampfbereitschaft läßt sich nur durch die unablässige Tätigkeit einer regulären Truppe erzielen. Und wenn wir unsere Kräfte für die Herausgabe einer allgemeinen Zeitung vereinigen, so wird diese Arbeit nicht nur die tüchtigsten Propagandisten heranbilden und hervortreten lassen, sondern auch die geschicktesten Organisatoren, die talentiertesten politischen Führer der Partei, die fähig sind, im notwendigen Zeitpunkt die Parole zum entscheidenden Kampf auszugeben und den Kampf zu leiten.

Zum Schluß noch ein paar Worte, um einem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen. Wir haben die ganze Zeit nur von der systematischen, planmäßigen Vorbereitung gesprochen, doch wollten wir damit keineswegs sagen, daß die Selbstherrschaft ausschließlich durch eine regelrechte

und die — davon sind wir überzeugt — diesen Zusammenschluß, wenn nicht heute, dann morgen, wenn nicht in dieser, dann in einer anderen Form, durchsetzen werden.

Belagerung oder einen organisierten Sturmangriff gestürzt werden kann. Eine solche Ansicht wäre unsinniger Doktrinarismus. Im Gegenteil, es ist durchaus möglich und historisch weitaus wahrscheinlicher, daß die Selbstherrschaft unter dem Druck eines der elementaren Ausbrüche oder einer der unvorhergesehenen politischen Komplikationen fallen wird, die ständig von allen Seiten drohen. Aber keine politische Partei darf, ohne in Abenteurertum zu verfallen, ihre Tätigkeit auf solche Ausbrüche und Komplikationen aufbauen. Wir müssen unseren Weg gehen, unsere systematische Arbeit unbeirrt tun, und je weniger wir mit Überraschungen rechnen, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß uns keinerlei „historische Wendungen" überrumpeln werden.

EIN NEUES BLUTBAD

Wir machen offensichtlich eine Zeit durch, in der unsere Arbeiterbewegung wieder mit unaufhaltsamer Kraft zu jenen verschärften Zusammenstößen führt, die der Regierung und den besitzenden Klassen so großen Schrecken einjagen und die Sozialisten mit soviel Freude und Mut erfüllen. Ja, trotz der ungeheuren Zahl an Opfern, die die militärischen Repressalien fordern, erfüllen uns diese Zusammenstöße mit Freude und Mut, weil die Arbeiterklasse durch ihren Widerstand beweist, daß sie sich mit ihrer Lage nicht abfindet, daß sie nicht Sklave bleiben will und sich der Gewalt und Willkür nicht schweigend fügt. Die gegenwärtige Ordnung legt der Arbeiterklasse immer und unvermeidlich, selbst beim friedlichsten Lauf der Dinge, zahllose Opfer auf. Tausende und Zehntausende von Menschen, die ihr ganzes Leben lang arbeiten, um fremden Reichtum zu schaffen, gehen an Hunger und ständiger Unterernährung zugrunde oder sterben vorzeitig an Krankheiten, die durch unerträgliche Arbeitsbedingungen, elende Wohnverhältnisse und mangelnde Erholung hervorgerufen werden. Und hundertfach verdient der den Namen eines Helden, der es vorzieht, lieber im offenen Kampf gegen die Verteidiger und Hüter dieser niederträchtigen Ordnung das Leben zu lassen, als den langsamen Tod eines stumpfsinnigen, abgeackerten und geduldigen Gauls zu sterben. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß ein Handgemenge mit der Polizei die beste Form des Kampfes sei. Wir haben im Gegenteil die Arbeiter stets darauf hingewiesen, daß es gerade in ihrem Interesse liegt, den Kampf ruhiger und beherrschter zu führen, sich zu bemühen, jede Unzufriedenheit nutzbar zu machen für die Unterstützung des organisierten Kampfes der revolutionären Partei. Aber die Hauptquelle, die die

revolutionäre Sozialdemokratie nährt, ist gerade jener Geist des Protestes in den Arbeitermassen, der infolge der Unterdrückung und Gewalt, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, von Zeit zu Zeit in verzweifelten Ausbrüchen aufflammen muß. Diese Ausbrüche erwecken die breitesten Schichten der durch Not und Unwissenheit niedergedrückten Arbeiter zu bewußtem Leben und säen unter ihnen den Geist edlen Hasses gegen die Unterdrükker und die Feinde der Freiheit. Und darum veranlaßt uns die Nachricht von einem solchen Blutbad, wie es z. B. am 7. Mai in den Obuchow-Werken angerichtet wurde, zu dem Ausruf: „Der Arbeiteraufstand ist niedergeworfen, es lebe der Arbeiteraufstand!"

Es gab eine Zeit, und das ist verhältnismäßig gar nicht lange her, als Arbeiteraufstände seltene Ausnahmen waren und nur durch irgendwelche besonderen Umstände hervorgerufen wurden. Jetzt ist das anders. Vor einigen Jahren hatten wir eine Periode der industriellen Prosperität, in der die Geschäfte gut gingen und die Nachfrage nach Arbeitern groß war. Und trotzdem organisierten die Arbeiter eine Reihe von Streiks, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen: die Arbeiter hatten begriffen, daß sie den Moment nicht versäumen durften, daß sie gerade die Zeit ausnutzen mußten, in der die Profite der Fabrikanten besonders hoch waren und man die Fabrikanten leichter zu Zugeständnissen zwingen konnte. Aber der Prosperität ist nun die Krise gefolgt: die Fabrikanten werden ihre Waren nicht los, ihre Profite sinken, die Zahl der Bankrotte wächst, die Fabriken schränken ihre Produktion ein und entlassen die Arbeiter, die dann in Massen brotlos auf der Straße liegen. Die Arbeiter müssen einen verzweifelten Kampf führen, nun schon nicht mehr für eine Verbesserung, sondern für die Erhaltung ihrer bisherigen Lage, für die Verringerung der Lasten, die der Fabrikant ihnen aufbürdet. Auf diese Weise entwickelt sich die Arbeiterbewegung in die Tiefe und in die Breite: zunächst Kampf in einzelnen Ausnahmefällen, dann ein zäher und ununterbrochener Kampf in der Zeit der Belebung der Industrie und des regen Handels und schließlich ein ebenso ununterbrochener und zäher Kampf in der Zeit der Krise. Jetzt können wir schon sagen, daß die Arbeiterbewegung zu einer ständigen Erscheinung unseres Lebens geworden ist, daß sie unter allen Bedingungen wachsen wird.

Die Ablösung der industriellen Belebung durch die Krise wird aber die Arbeiter nicht nur lehren, daß der gemeinsame Kampf für sie zu einer

ständigen Notwendigkeit geworden ist, sondern wird auch die schädlichen Illusionen zerstören, die sich in der Periode der industriellen Prosperität zu bilden begannen. Hier und dort war es den Arbeitern verhältnismäßig leicht gelungen, die Unternehmer durch Streiks zu Zugeständnissen zu zwingen, und man begann diesem „ökonomischen" Kampf übertrieben große Bedeutung beizumessen, man begann zu vergessen, daß es den Gewerkschafts- (Berufs-) Verbänden der Arbeiter und den Streiks im besten Falle nur gelingt, etwas vorteilhaftere Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft durchzusetzen. Berufsverbände und Streiks können nicht helfen, wenn diese „Ware" infolge der Krise keine Nachfrage findet, sie sind außerstande, jene Verhältnisse zu ändern, die die Arbeitskraft zur Ware machen und die Massen der Werktätigen zu drückendster Not und Arbeitslosigkeit verurteilen. Um diese Verhältnisse zu ändern, ist der revolutionäre Kampf gegen die gesamte gegenwärtige soziale und politische Ordnung notwendig, und die industrielle Krise wird viele, viele Arbeiter veranlassen, sich von der Richtigkeit dieser Erkenntnis zu überzeugen.

Wenden wir uns wieder dem Blutbad vom 7. Mai zu. Wir führen weiter unten die uns vorliegenden Mitteilungen über die Maistreiks und -unruhen der Arbeiter in Petersburg an.[6] Hier jedoch wollen wir den Polizeibericht über das Blutbad vom 7. Mai untersuchen. In letzter Zeit verstehen wir schon etwas, die Berichte der Regierung (beziehungsweise der Polizei) über Streiks, Demonstrationen, Zusammenstöße mit den Truppen zu lesen; wir verfügen jetzt schon über ein ziemlich umfangreiches Material, um den Grad der Glaubwürdigkeit solcher Berichte beurteilen zu können, und manchmal können wir im Rauch der Polizeilüge die Flamme der Volksempörung erkennen.

„Am 7. Mai, nach der Mittagspause", lautet die offizielle Meldung, „stellten in der Obuchowschen Stahlgießerei, im Dorfe Alexandrowsk an der Schlüsselburger Landstraße, etwa 200 Arbeiter aus verschiedenen Abteilungen des Werks die Arbeit ein und erhoben bei einer Auseinandersetzung mit dem stellvertretenden Chef des Betriebes, Oberstleutnant Iwanow, verschiedene unbegründete Forderungen."

Wenn die Arbeiter die Arbeit einstellten, ohne zwei Wochen vorher gekündigt zu haben — selbst angenommen, daß die Arbeitseinstellung nicht durch gesetzwidrige Handlungen der Unternehmer hervorgerufen wurde,

wie das sehr oft der Fall ist —, so stellt dies sogar nach der russischen Gesetzgebung (die in letzter Zeit systematisch gegen die Arbeiter ergänzt und verschärft wurde) ein einfaches polizeiwidriges Vergehen dar, für das der Friedensrichter zuständig ist. Aber die russische Regierung macht sich in letzter Zeit durch ihre scharfen Maßnahmen immer lächerlicher: einerseits werden Gesetze erlassen, die neue Verbrechen festlegen (z. B. eigenmächtiges Einstellen der Arbeit oder Beteiligung an Zusammenrottungen, bei denen fremdes Eigentum beschädigt oder der bewaffneten Macht gewalttätig Widerstand geleistet wird), werden die Strafen für Streiks erhöht usw. — anderseits schwindet sowohl die physische als auch die politische Möglichkeit, diese Gesetze anzuwenden und den Gesetzen entsprechende Strafen zu verhängen. Es ist physisch unmöglich, Tausende und Zehntausende Menschen wegen einer Arbeitseinstellung, eines Streiks, einer „Zusammenrottung" zur Verantwortung zu ziehen. Es ist politisch unmöglich, in jedem solchen Fall ein Gerichtsverfahren einzuleiten, denn wie sorgfältig man die Richter auch aussuchen, wie sehr man die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung auch kastrieren mag, etwas von einem Gericht wird trotzdem bleiben, und natürlich von einem „Gericht" nicht über die Arbeiter, sondern über die Regierung. Und so werden die Strafgesetze, die direkt dazu erlassen wurden, den *politischen* Kampf der Regierung gegen das Proletariat zu erleichtern (und gleichzeitig den politischen Charakter dieses Kampfes mit „staatspolitischen" Erwägungen über die „öffentliche Ordnung" usw. zu *verschleiern*), unerbittlich in den Hintergrund gedrängt durch den *direkten* politischen Kampf, durch offene Straßenkämpfe. Die „Justiz" wirft die Maske der Unparteilichkeit und der Erhabenheit ab, sie ergreift die Flucht und überläßt das Feld der Polizei, den Gendarmen und Kosaken, die mit Steinen traktiert werden.

In der Tat, man erinnere sich des Hinweises der Regierung auf die „Forderungen" der Arbeiter. Vom Standpunkt des Gesetzes ist die Arbeitseinstellung ein Vergehen, unabhängig davon, welches die Forderungen der Arbeiter waren. Aber die Regierung hat eben schon die Möglichkeit verloren, sich auf den Boden desselben Gesetzes zu stellen, das sie erst vor kurzem erlassen hat, und sie bemüht sich, die mit den „ihr eigenen Mitteln" vorgenommene blutige Abrechnung zu rechtfertigen, indem sie erklärt, die Forderungen der Arbeiter seien unbegründet gewesen. Wer aber war Richter in dieser Frage? Oberstleutnant Iwanow, der stellvertre-

tende Chef des Betriebes, d. h. eben dieselbe vorgesetzte Stelle, über die sich die Arbeiter beschwerten! Kein Wunder, daß die Arbeiter auf solche Erklärungen der Machthaber mit Steinen antworten!

Als nun die Arbeiter alle auf die Straße gingen und die Pferdebahn zum Stehen brachten, da begann eine richtige Schlacht. Die Arbeiter schlugen sich offenbar mit aller Kraft, denn *zweimal* gelang es ihnen, den Angriff der Polizei, der Gendarmen, der berittenen Landjäger und des bewaffneten Kommandos des Werks* zurückzuschlagen, und dies, obgleich die Arbeiter keine anderen Waffen hatten als Steine. Allerdings wurden — wenn man dem Polizeibericht Glauben schenken darf — „einige Schüsse" auch aus der Menge abgegeben, aber niemand wurde durch diese Schüsse verletzt. Dagegen *„hagelte"* es Steine, wobei die Arbeiter nicht nur zähen Widerstand leisteten, sondern auch Findigkeit an den Tag legten, sich sofort den Verhältnissen anzupassen und die beste Form des Kampfes zu wählen wußten. Sie besetzten die benachbarten Höfe und überschütteten die zaristischen Schergen *über die Zäune hinweg* mit Steinen, so daß sogar *nach* drei Salven, durch die ein Arbeiter (wirklich nur einer?) getötet und acht (?) verwundet wurden (einer starb am nächsten Tage), daß sogar danach der Kampf trotz der Flucht der Menge noch andauerte und die angeforderten Kompanien des Omsker Infanterieregiments die benachbarten Höfe „von den Arbeitern säubern" mußten.

Die Regierung hat gesiegt. Aber jeder derartige Sieg wird ihre endgültige Niederlage unaufhaltsam näher bringen. Jede dem Volke gelieferte Schlacht wird die Zahl der empörten und kampfbereiten Arbeiter erhöhen, wird erfahrenere, besser bewaffnete, kühner handelnde Führer hervortreten lassen. Nach welchem Plan die Führer zu handeln bemüht sein müssen, darüber haben wir uns schon wiederholt geäußert. Auf die un-

* Nebenbei bemerkt. Der Regierungsbericht meldet, daß „das bewaffnete Kommando des Werks" „schon auf dem Werkhof in Bereitschaft stand", während die Gendarmen, die berittenen Landjäger und die Polizisten erst später herbeigerufen wurden. Seit wann aber und warum hielt man auf dem Hofe des Werks ein *bewaffnetes* Kommando in *Bereitschaft*? Etwa seit dem 1. Mai? Erwartete man vielleicht eine Arbeiterdemonstration? Wir wissen das nicht, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung das in ihrem Besitz befindliche Tatsachenmaterial über die Ursachen und das Anwachsen der Unzufriedenheit und der Empörung der Arbeiter absichtlich geheimhält.

bedingte Notwendigkeit einer festen revolutionären Organisation haben wir schon mehrmals hingewiesen. Aber bei solchen Ereignissen, wie die vom 7. Mai, darf auch folgendes nicht außer acht gelassen werden.

In letzter Zeit ist sehr viel darüber geredet worden, daß der Straßenkampf gegen eine moderne Truppe unmöglich und aussichtslos sei; besonders bestanden darauf jene „kritischen" Neunmalweisen, die den alten Plunder bürgerlicher Gelehrsamkeit für neue Erkenntnisse der objektiven Wissenschaft ausgaben und dabei Engels' Worte entstellten, der, und dazu mit Vorbehalten, nur von einer zeitweiligen Taktik der deutschen Sozialdemokraten gesprochen hatte.[7] Wir sehen sogar an dem Beispiel eines einzelnen Kampfes, daß all dies Gerede absolut unsinnig ist. Der Straßenkampf ist möglich; aussichtslos ist nicht die Lage der Kämpfer, sondern die Lage der Regierung, wenn sie es mit der Belegschaft nicht nur eines Betriebes zu tun haben wird. Bei dem Kampf am 7. Mai hatten die Arbeiter nichts als Steine, und ein Verbot des Stadthauptmanns wird für sie gewiß kein Hindernis sein, sich das nächste Mal mit anderen Waffen zu versehen. Die Arbeiter waren unvorbereitet, ihre Zahl belief sich nur auf Dreieinhalbtausend, und dennoch haben sie einige Hundert Mann berittene Landjäger, Gendarmerie, Polizei und Infanterie zurückgeschlagen. Man erinnere sich: Fiel es der Polizei etwa leicht, das *eine* Haus, Schlüsselburger Chaussee 63, zu stürmen![8] Man überlege, ob es ihr wohl leichtfallen wird, nicht ein paar Höfe und Häuser, sondern ganze Arbeiterviertel in Petersburg *„von den Arbeitern zu säubern"*! Wird es, wenn es zum entscheidenden Kampf kommt, nicht notwendig sein, die Häuser und Höfe der Hauptstadt nicht nur von Arbeitern, sondern auch von allen denjenigen zu *„säubern"*, die das schändliche Blutbad vom 4. März[9] nicht vergessen haben, die sich mit der Polizeiregierung nicht abgefunden haben, sondern nur von ihr eingeschüchtert sind und noch nicht an die eigene Kraft glauben?

Genossen! Bemüht euch, die Namen aller am 7. Mai Getöteten und Verwundeten zu sammeln. Mögen alle Arbeiter der Hauptstadt ihr Andenken in Ehren halten und sich zu einem neuen, dem entscheidenden Kampf gegen die Polizeiregierung, für die Freiheit des Volkes rüsten!

„Iskra" Nr. 5,
Juni 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

DIE VERFOLGER DES SEMSTWOS UND DIE HANNIBALE DES LIBERALISMUS[10]

Geschrieben im Juni 1901.
Zuerst veröffentlicht im Dezember 1901 in der Zeitschrift „Sarja" Nr. 2-3.
Unterschrift: J. P.

Nach dem Text der Zeitschrift, verglichen mit dem Sammelband: Wl. Iljin, „12 Jahre", 1907.

№ 2-3

Декабрь
1901-го г.

ЗАРЯ

Соціаль-демократическій научно-политическій журналъ. Издается при ближайшемъ участіи Г. В. Плеханова, В. И. Засуличъ и П. Б. Аксельрода.

Цѣна 3 руб.

Die
Morgenröthe
Heft 2-3
Dezember 1901

Stuttgart
J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1901

Umschlag der Zeitschrift „Sarja" Nr. 2-3, 1901, in der folgende Arbeiten von W. I. Lenin veröffentlicht wurden: „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage") und „Innerpolitische Rundschau".

Ist vom russischen Bauern gesagt worden, daß er an nichts ärmer sei als an Bewußtsein seiner Armut, so darf man von dem an Bürgerrechten armen russischen Bürger oder Untertanen sagen, daß er besonders arm an Bewußtsein seiner Rechtlosigkeit ist. Ebenso wie der Bauer sein hoffnungsloses Elend gewöhnt ist, wie er gewöhnt ist zu leben, ohne über die Ursachen dieses Elends und die Möglichkeit seiner Beseitigung nachzudenken, so ist auch der russische Bürger überhaupt an die Allmacht der Regierung gewöhnt, ist gewöhnt zu leben, ohne darüber nachzudenken, ob sich diese Allmacht weiter wird halten können und ob es nicht neben ihr solche Erscheinungen gibt, die diese veraltete politische Ordnung unterhöhlen. Ein besonders gutes „Gegengift" gegen diesen Mangel an politischem Bewußtsein und diese Lethargie sind gewöhnlich „Geheimdokumente"*, die zeigen, daß nicht nur irgendwelche verwegenen Heißsporne oder fanatischen Feinde der Regierung, sondern die Regierungsmitglieder selbst, Minister und Zar mit inbegriffen, die Morschheit der autokratischen Regierungsform erkennen und nach allen möglichen Mitteln suchen, um die eigene Lage, die sie absolut nicht befriedigt, zu verbessern. Zu den Dokumenten dieser Art gehört eine Denkschrift Wittes, der, als er sich mit dem Innenminister, Goremykin, wegen der Frage, ob die Semstwoinstitutionen in den Randgebieten eingeführt werden sollen, überworfen hatte, den Entschluß faßte, seinen Scharfblick und seine Ergebenheit für die

* Ich spreche hier selbstverständlich nur von jener — bei weitem nicht einzigen und nicht besonders „stark wirkenden" — Art von „Gegengiften", die aus Druck-Erzeugnissen besteht.

Selbstherrschaft durch die Abfassung einer Anklageschrift gegen das Semstwo besonders herauszustreichen.*

Gegen das Semstwo wird die Anklage erhoben, daß es mit der Selbstherrschaft unvereinbar sei, daß es seinem ganzen Charakter nach konstitutionell sei, daß seine Existenz unvermeidlich Reibungen und Zusammenstöße zwischen den Vertretern der Gesellschaft und der Regierung hervorrufe. Die Anklageschrift ist auf Grund eines (verhältnismäßig) sehr umfangreichen und gar nicht übel bearbeiteten Materials abgefaßt, und da es eine Anklageschrift in einer politischen (und zudem einer ziemlich eigentümlichen) Angelegenheit ist, kann man überzeugt sein, daß sie mit nicht geringerem Interesse und mit nicht geringerem Nutzen gelesen werden wird als die seinerzeit in unseren Zeitungen veröffentlichten Anklageschriften in politischen Prozessen.

I

Versuchen wir also festzustellen, ob die Behauptung, daß unser Semstwo konstitutionell ist, den Tatsachen entspricht und — wenn ja — in welchem Grade und in welchem Sinne dies eigentlich der Fall ist.

Für diese Frage ist die Epoche der Einführung des Semstwos von besonders großer Bedeutung. Die Aufhebung der Leibeigenschaft war ein so großer geschichtlicher Umschwung, daß auch der die Klassengegensätze verhüllende Polizeivorhang einen Riß bekommen mußte. Die geschlossenste, gebildetste und an die Ausübung der politischen Macht am meisten gewöhnte Klasse, der Adel, offenbarte mit aller Bestimmtheit das Bestreben, die absolutistische Macht durch Repräsentativkörperschaften zu beschränken. Die Erwähnung dieser Tatsache in der Denkschrift Wittes ist außerordentlich lehrreich. „Erklärungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Adels‚vertretung', über ‚das Recht des russischen Landes, eigene gewählte Vertreter zur Beratung der obersten Gewalt zu haben', gab es bereits in den Adelsversammlungen der Jahre 1859—1860." „So-

* *Selbstherrschaft und Semstwo.* Vertrauliche Denkschrift des Finanzministers, S. J. Witte, mit einem Vorwort und Anmerkungen von R. N. S. Druck: „Sarja"[11], Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., 1901, S. XLIV und 212.

gar das Wort ‚Konstitution' ist gefallen."* „Auf die Notwendigkeit, die Gesellschaft zur Teilnahme an der Verwaltung aufzurufen, haben sowohl einige Gouvernementskomitees für die Bauernfrage als auch die vor die Redaktionskommissionen geladenen Mitglieder der Komitees hingewiesen. ‚Die Deputierten streben offensichtlich nach einer Konstitution', schrieb Nikitenko 1859 in seinem Tagebuch."

„Als es sich nach der Veröffentlichung der Verordnung vom 19. Februar 1861 zeigte, daß diese in die Selbstherrschaft gesetzten Hoffnungen bei weitem nicht in Erfüllung gegangen waren, und zudem die ‚radikaleren' Elemente aus der eigentlichen Verwaltung (wie N. Miljutin) bei der Durchführung dieser Verordnung ausgeschaltet wurden, da nahm die Bewegung zugunsten der ‚Repräsentativkörperschaft' einmütigeren Charakter an. Sie fand ihren Ausdruck in Anträgen, die 1862 in vielen Adelsversammlungen eingebracht wurden, sowie in regelrechten Adressen dieser Versammlungen in Nowgorod, Tula, Smolensk, Moskau, Petersburg und Twer. Die bemerkenswerteste der Adressen ist die Moskauer; sie bat um lokale Selbstverwaltung, öffentliche Rechtsprechung, obligatorischen Loskauf des bäuerlichen Bodens, Veröffentlichung des Staatshaushalts, Pressefreiheit und Einberufung einer Landesduma aus Vertretern aller Klassen nach Moskau zur Vorbereitung eines einheitlichen Reformenentwurfs. Am schärfsten waren die Beschlüsse und die Adresse des Twerer Adels vom 2. Februar über die Notwendigkeit einer Reihe von zivilrechtlichen und wirtschaftlichen Reformen (zum Beispiel rechtliche Gleichstellung der Stände, obligatorischer Loskauf des bäuerlichen Bodens) und der ‚Berufung von gewählten Vertretern des gesamten russischen Landes, als einziges Mittel zur befriedigenden Lösung der Fragen, die die Verordnung vom 19. Februar aufgeworfen, aber nicht gelöst hat'**.

Trotz der administrativen und gerichtlichen Strafen, die über die Initiatoren der Adresse von Twer verhängt wurden***", fährt Dragomanow fort, „(übrigens

* Dragomanow, „Der Semstwoliberalismus in Rußland", S. 4. Der Verfasser der Denkschrift, Herr Witte, unterläßt ziemlich oft den Hinweis, daß er bei Dragomanow abschreibt (siehe z. B. die „Denkschrift", S. 36/37, und den genannten Aufsatz, S. 55/56), obwohl er sich an anderen Stellen auf ihn beruft.

** Dragomanow, S. 5. Verkürzte Wiedergabe in der „Denkschrift", S. 64, mit Hinweis nicht auf Dragomanow, sondern auf die von Dragomanow zitierten Zeitschriften „Kolokol" [Die Glocke] Nr. 126 und „Revue des deux Mondes" [Rundschau beider Welten], 1862, 15. Juni.

*** Nebenbei bemerkt ist vor kurzem (am 19. April dieses Jahres, d.h. des Jahres 1901) einer dieser Initiatoren, Nikolai Alexandrowitsch Bakunin, ein

nicht direkt wegen der Adresse, sondern wegen der scharfen Motivierung der kollektiven Niederlegung ihrer Ämter als Friedensrichter), wurden 1862 und Anfang 1863 in verschiedenen Adelsversammlungen Erklärungen im gleichen Sinne abgegeben; in diesen Adelsversammlungen wurden gleichzeitig auch Entwürfe für die lokale Selbstverwaltung ausgearbeitet.

In dieser Zeit gab es auch unter den ‚Rasnotschinzen'* eine konstitutionelle Bewegung, sie fand hier ihren Ausdruck in mehr oder minder revolutionären Geheimgesellschaften und Proklamationen: ‚Welikoruss' [Großrusse] (von August bis November 1861; an der Publikation arbeiteten Offiziere mit, wie Obrutschew u. a.), ‚Semskaja Duma' [Landesduma] (1862), ‚Semlja i Wolja' [Land und Freiheit] (1862—1863)... Dem ‚Welikoruss' wurde auch der Entwurf einer Adresse beigelegt, die, wie viele sagten, dem Herrscher zur Tausendjahrfeier Rußlands im August 1862 überreicht werden sollte." In diesem Adressenentwurf hieß es u. a.: „Möge Eure Majestät geruhen, in einer der Hauptstädte unseres russischen Vaterlandes, in Moskau oder Petersburg, die Vertreter der russischen Nation zusammenzuberufen, damit sie eine Verfassung für Rußland ausarbeiten..."**

Erinnern wir uns ferner der Proklamation „Junges Rußland"[13], der zahlreichen Verhaftungen und drakonischen Strafen, die über „politische"

jüngerer Bruder des berühmten M. A. Bakunin, auf seinem Erbgut im Gouvernement Twer gestorben. N. A. Bakunin hatte zusammen mit seinem jüngeren Bruder Alexej und anderen Friedensrichtern die Adresse von 1862 unterschrieben. Diese Adresse — so teilt der Verfasser einer Notiz über N. A. Bakunin in einer unserer Zeitungen mit — hatte die Bestrafung der Unterzeichneten zur Folge. Nach einjähriger Haft in der Peter-Pauls-Festung wurden die Gefangenen freigelassen, wobei aber N. A. Bakunin und sein Bruder Alexej nicht rehabilitiert wurden (sie hatten das Begnadigungsgesuch nicht unterzeichnet), so daß sie keine öffentlichen Ämter mehr bekleiden durften. Nach diesen Ereignissen ist N. A. Bakunin nie mehr im öffentlichen Leben hervorgetreten und hätte es ja auch gar nicht mehr tun können... So rechnete unsere Regierung mitten in der Zeit der „großen Reformen" mit den legal wirkenden adligen Gutsbesitzern ab! Und das war 1862, vor dem polnischen Aufstand, als selbst Katkow[12] vorschlug, einen allrussischen Semski Sobor [Nationalversammlung] einzuberufen.

* Rasnotschinzen — Angehörige der Intelligenz, hervorgegangen aus der Geistlichkeit, der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. *Der Übers.*

** Vgl. W. Burzew, „Hundert Jahre", S. 39.

Verbrecher (Obrutschew, Michailow u. a.) verhängt wurden und in der ungesetzlichen und mit Hilfe von Fälschungen herbeigeführten Verurteilung Tschernyschewskis zu Zwangsarbeit gipfelten, dann wird uns die gesellschaftliche Situation klar, die die Semstworeform verursachte. Wenn Witte in seiner „Denkschrift" sagt, daß „der Schaffung der Semstwoinstitutionen zweifellos ein politischer Gedanke zugrunde lag", daß man in den herrschenden Sphären der liberalen und konstitutionalistischen Stimmung der Gesellschaft „zweifellos Rechnung trug", so sagt er nur die *halbe* Wahrheit. Jene bürokratische, beamtenhafte Einstellung zu den gesellschaftlichen Erscheinungen, die der Verfasser der „Denkschrift" überall offenbart, äußert sich auch hier, äußert sich in der Ignorierung der *revolutionären* Bewegung, in der Vertuschung der drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen die Regierung sich gegen den Ansturm der revolutionären „Partei" *verteidigte*. Von unserem heutigen Standpunkt erscheint es allerdings sonderbar, von einer revolutionären „Partei" und ihrem Ansturm zu Beginn der sechziger Jahre zu sprechen. Vierzig Jahre geschichtliche Erfahrungen haben unsere Anforderungen in bezug auf das, was man als revolutionäre Bewegung und revolutionären Ansturm bezeichnen kann, sehr erhöht. Man darf aber nicht vergessen, daß damals, nach dem dreißigjährigen Nikolausschen Regime, noch niemand den weiteren Gang der Ereignisse voraussehen, niemand die wirkliche Stärke des Widerstands der Regierung, die wirkliche Stärke der Volksempörung erkennen konnte. Das Wiederaufleben der demokratischen Bewegung in Europa, die Gärung in Polen, die Unzufriedenheit in Finnland, die Forderung der gesamten Presse und des gesamten Adels nach politischen Reformen, die Verbreitung des „Kolokol" in ganz Rußland, die machtvolle Propaganda Tschernyschewskis, der es verstand, auch mit zensurierten Aufsätzen wirkliche *Revolutionäre* zu erziehen, das Erscheinen von Proklamationen, die Erregung unter den Bauern, die „sehr oft"*

* *L. Pantelejew*, „Aus den Erinnerungen an die sechziger Jahre", S. 315 des Sammelwerks „Auf ruhmvollem Posten". In diesem kleinen Aufsatz sind einige sehr interessante Tatsachen über die revolutionäre Erregung in den Jahren 1861—1862 und über die Polizeireaktion zusammengetragen... „Zu Beginn des Jahres 1862 war die gesellschaftliche Atmosphäre bis zum äußersten gespannt; der geringste Umstand konnte dem Lauf der Dinge eine schroffe Wendung nach der einen oder anderen Seite geben. Eben diese Rolle spielten die

mit Hilfe von Militär und unter Blutvergießen *gezwungen* werden mußten, die „Verordnung", die sie bis aufs Hemd ausplünderte, zu akzeptieren, die kollektiven Weigerungen adliger Friedensrichter, eine *derartige* „Verordnung" anzuwenden, schließlich die Studentenunruhen —

Feuersbrünste im Mai 1862 in Petersburg." Sie begannen am 16. Mai, besonders auffallend waren der 22. und der 23. Mai — an diesem letzten Tag gab es fünf Feuersbrünste, am 28. Mai geriet der Apraxin-Hof in Brand, und in einem großen Umkreis brannten alle Gebäude nieder. Im Volke begann man die Studenten der Brandstiftung zu beschuldigen, und diese Gerüchte wurden von den Zeitungen aufgegriffen. Die Proklamation „Junges Rußland", die der gesamten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Kampf bis aufs Blut ansagte und alle Mittel billigte, wurde als Bestätigung der Gerüchte über vorsätzliche Brandstiftung angesehen. „Gleich nach dem 28. Mai wurde in Petersburg eine Art Kriegszustand erklärt." Ein besonderes Komitee wurde gebildet, das den Auftrag hatte, *außerordentliche* Maßnahmen zum Schutze der Hauptstadt zu ergreifen. Die Stadt wurde in drei Distrikte geteilt, mit je einem Militärgouverneur an der Spitze. Für Brandstiftungsprozesse wurde ein Standgericht eingesetzt. Der „Sowremennik"[14] und das „Russkoje Slowo"[15] wurden für acht Monate, Aksakows „Den"[16] wurde endgültig verboten, strenge provisorische Presseverordnungen (die bereits am 12. Mai, *d. h. vor den Feuersbrünsten*, bestätigt worden waren. Der *„Lauf der Dinge"* nahm also eine schroffe Wendung zur Reaktion, und zwar unabhängig von den Feuersbrünsten, entgegen der Auffassung des Herrn Pantelejew) und Verordnungen zur Überwachung der Druckereien wurden erlassen, es folgten zahlreiche Verhaftungen politischen Charakters (Tschernyschewski, N. Serno-Solowjewitsch, Rymarenko u. a.), die Sonntagsschulen und Volkslesehallen wurden geschlossen, die Genehmigung für öffentliche Vorträge in St. Petersburg wurde erschwert, die 2. Abteilung des Literaturfonds, ja sogar der Schachklub wurden geschlossen.

Die Untersuchungskommission deckte keinerlei Zusammenhang zwischen den Feuersbrünsten und der Politik auf. Stolbowski, ein Mitglied der Kommission, erzählte Herrn Pantelejew, „wie es ihm in der Kommission gelang, die wichtigsten falschen Zeugen zu entlarven, die anscheinend einfach Werkzeuge der Polizeiagenten waren" (325/326). Es besteht also ein sehr schwerwiegender Grund zu der Annahme, daß *die Gerüchte, wonach Studenten die Brandstifter gewesen sein sollen, von der Polizei in Umlauf gesetzt wurden.* Also auch mitten in der „Epoche der großen Reformen" war es gang und gäbe, die Unwissenheit des Volkes zur Verleumdung von Revolutionären und Oppositionellen auf das niederträchtigste auszunützen.

unter solchen Verhältnissen mußte der vorsichtigste und nüchternste Politiker anerkennen, daß ein revolutionärer Ausbruch durchaus möglich und ein Bauernaufstand eine sehr ernste Gefahr war. Unter solchen Verhältnissen konnte die absolutistische Regierung, die ihre höchste Berufung darin sah, einerseits die Allmacht und Nichtverantwortlichkeit der Hofkamarilla und eines Heeres von schmarotzenden Beamten um jeden Preis zu behaupten und anderseits die übelsten Repräsentanten der Ausbeuterklassen zu unterstützen — eine solche Regierung *konnte gar nicht anders handeln,* als durch schonungslose Vernichtung einzelner Personen, bewußter und unerbittlicher Feinde der Tyrannei und Ausbeutung (d. h. der „Rädelsführer" der „revolutionären Partei"), die Masse der Unzufriedenen einzuschüchtern und sie durch kleine Zugeständnisse zu bestechen. Zwangsarbeit für den, der es vorzog zu schweigen, anstatt stumpfsinnige oder heuchlerische Lobgesänge auf die „große Befreiung" anzustimmen; Reformen (*für die Selbstherrschaft und die Ausbeuterklassen unschädliche Reformen*) für diejenigen, die außer sich waren vor Begeisterung über den Liberalismus der Regierung und die Ära des Fortschritts.

Wir wollen nicht sagen, daß diese berechnende reaktionäre Polizeitaktik von allen oder auch nur einigen Mitgliedern der herrschenden Clique klar erkannt und systematisch durchgeführt wurde. Es ist natürlich möglich, daß sich einzelne Mitglieder dieser Clique infolge ihrer Beschränktheit über diese Taktik in ihrer Gesamtheit keine Gedanken machten, sondern sich naiv für den „Liberalismus" begeisterten, ohne dessen polizeiliches Futteral zu bemerken. Im großen und ganzen aber ist nicht daran zu zweifeln, daß die Herrschenden durch ihre kollektive Erfahrung und ihren kollektiven Verstand dazu gebracht wurden, diese Taktik strikt durchzuführen. Nicht umsonst hatten die meisten der großen Herren und Würdenträger die langjährige Schule des Dienstes unter Nikolaus I. und des Polizeidrills durchgemacht, waren sozusagen mit allen Wassern gewaschen. Sie erinnerten sich, wie die Monarchen bald mit dem Liberalismus liebäugelten, bald die Henker der Radischtschew[17] waren und die Araktschejew[18] auf die getreuen Untertanen „losließen"; sie erinnerten sich des 14. Dezember 1825[19] und übten jenes Amt des europäischen Gendarmen aus, das die russische Regierung in den Jahren 1848—1849[20] ausgeübt hatte. Die historische Erfahrung der Selbstherrschaft veranlaßte nicht nur die Regierung, die Taktik der Einschüchterung und Korrumpierung zu

befolgen, sondern bewog auch viele unabhängige Liberale, der Regierung diese Taktik zu empfehlen. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht führen wir Äußerungen Koscheljows und Kawelins an. A. Koscheljow spricht sich in seiner Broschüre „Konstitution, Selbstherrschaft und Landesduma" (Leipzig 1862) *gegen* eine Konstitution, für eine beratende Landesduma aus und sieht folgenden Einwand voraus:

„Eine Landesduma einberufen, das bedeutet, Rußland zur Revolution führen, d. h. die États généraux* bei uns wiederholen, die sich in den Konvent verwandelten und ihr Wirken mit den Ereignissen des Jahres 1792, mit Proskriptionen, mit der Guillotine, mit den Noyaden** usw. abschlossen." „Nein, ihr Herren!" antwortet Koscheljow, „nicht die Einberufung einer Landesduma bahnt den Weg, bereitet den Boden für die Revolution, wie ihr sie versteht, sondern schneller und sicherer wird sie hervorgerufen durch die Handlungen der Regierung, die unentschlossen und widerspruchsvoll sind, ein Schritt vorwärts — ein Schritt zurück, durch die kaum ausführbaren Erlasse und Gesetze, durch die Fesseln, die Gedanken und Worten angelegt werden; durch die (offene und, was noch schlimmer ist, geheime) polizeiliche Überwachung der Tätigkeit der Stände und Privatpersonen, durch die kleinlichen Verfolgungen gewisser Persönlichkeiten, durch die Ausplünderung der Staatskasse, durch die maßlosen und unvernünftigen staatlichen Ausgaben und Gratifikationen, durch die Unfähigkeit der Staatsmänner und ihre Entfremdung von Rußland usw. usw. Noch sicherer können die Militärexekutionen, Kasematten und Verbannungen das Land, das eben erst aus langjähriger Unterdrückung erwacht ist, zur Revolution (wiederum in eurem Sinne) führen: denn Wunden, die seit langem schmerzen, sind unvergleichlich empfindlicher und reizbarer als frische Wunden. Aber habt keine Furcht: die Revolution, die in Frankreich, wie ihr meint, von Journalisten und anderen Schriftstellern gemacht wurde, die wird es bei uns nicht geben. Hoffen wir auch, daß in Rußland keine Gesellschaft tollkühner Hitzköpfe gegründet wird (was allerdings schwerer zu garantieren ist), die den Mord als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele wählen. Aber viel wahrscheinlicher und gefährlicher ist, daß unbemerkbar für die Land-, Stadt- und Geheimpolizei, unter dem Einfluß der Spaltung eine Alliance zwischen Bauern und Kleinbürgern zustande kommt, denen sich junge und ältere Leute, die Verfasser und Anhänger des ‚Welikoruss', des ‚Jungen Rußlands' usw. anschließen werden. Eine solche Alliance, die alles vernichtet und die da propagiert: Gleichheit nicht vor dem Gesetz, sondern wider das Gesetz" (welch unvergleichlicher Liberalismus! Man ist selbstverständlich für Gleichheit, doch

* Die Generalstände[21]. *Die Red.*

** Massenweise Tötung von Menschen durch Ertränken. *Die Red.*

für Gleichheit *nicht wider* das Gesetz — das Gesetz, das die Gleichheit zerstört!), „nicht die aus dem Volk hervorgegangene, historische Dorfgemeinde, sondern ihre krankhafte Ausgeburt, und nicht die Macht der Vernunft, die manche Staatsmänner so fürchten, sondern die Macht der brutalen Gewalt, zu der diese Staatsmänner selber so gern ihre Zuflucht nehmen —, eine solche Alliance, sage ich, ist bei uns viel eher möglich und kann viel stärker sein als eine gemäßigte, wohlgesinnte und selbständige Opposition gegen die Regierung, die unseren Bürokraten so sehr zuwider ist und die sie auf jede Art und Weise unterdrücken und abzuwürgen suchen. Glaubt nicht, daß die Partei der inneren, geheimen, anonymen Presse gering an Zahl und schwach ist, und bildet euch nicht ein, daß ihr ihre Verzweigungen und Wurzeln gepackt habt; nein! dadurch, daß ihr der Jugend verbietet, ihr Studium zu Ende zu führen, daß ihr Jugendstreiche zu Staatsverbrechen erhebt, durch eure kleinlichen Verfolgungen und Bespitzelungen habt ihr die Stärke dieser Partei verzehnfacht, habt ihr sie über das ganze Reich verstreut und vermehrt. Und kommt es zur Explosion infolge einer solchen Alliance — wozu werden dann unsere Staatsmänner ihre Zuflucht nehmen? — Zu militärischer Gewalt? Wird man aber mit Sicherheit auf sie rechnen können?" (S. 49—51.)

Ergibt sich nicht aus den schwülstigen Phrasen dieser Tirade ganz offenkundig die Taktik: die „Hitzköpfe" und die Anhänger der „Alliance zwischen Bauern und Kleinbürgern" auszurotten, die „wohlgesinnte, gemäßigte Opposition" dagegen zufriedenzustellen und durch Zugeständnisse zu spalten? Nur hat sich die Regierung als klüger und geschickter erwiesen, als die Herren Koscheljow dachten, und ist mit geringeren Zugeständnissen als einer „beratenden" Landesduma davongekommen.

Und nun ein Privatbrief K. D. Kawelins an Herzen vom 6. August 1862: „... Die Nachrichten aus Rußland sind von meinem Standpunkte aus nicht so schlimm. Verhaftet ist nicht Nikolai, sondern Alexander Solowjewitsch. Die Verhaftungen wundern mich nicht und, ich gestehe Dir, sie erscheinen mir nicht empörend. Die revolutionäre Partei findet alle Mittel für gut, um die Regierung zu stürzen, und die letztere wehrt sich mit allen Mitteln. Anders waren die Verhaftungen und Verbannungen unter dem niederträchtigen Nikolaus. Menschen gingen zugrunde für ihre Gedanken, Überzeugungen, Glauben und Worte. Ich wollte, Du wärest die Regierung, und ich möchte dann sehen, wie Du gegen Parteien handeln würdest, welche im geheimen und offen gegen Dich arbeiteten. Ich liebe Tschernyschewski sehr, sehr, aber einen solchen brouillon" (zank-

süchtigen, streitsüchtigen, unverträglichen Menschen, der Zwietracht sät), „einen so taktlosen, selbstbewußten Menschen sah ich noch nie. Für nichts und wieder nichts zugrunde zu gehen! Daß die Feuersbrünste mit den Proklamationen im Zusammenhange stehen, das ist jetzt ganz zweifellos."* Da haben wir ein Musterbeispiel lakaienhaften Professorentiefsinns! Schuld an allem sind diese Revolutionäre, die so anmaßend sind, daß sie die phrasendreschenden Liberalen auspfeifen, so hitzig, daß sie geheim und offen gegen die Regierung arbeiten, so taktlos, daß sie in die Peter-Pauls-Festung geraten. Gegen derartige Leute würde auch er, der liberale Professor, „mit allen Mitteln" vorgehen, wenn er an der Macht wäre.

II

Die Semstworeform war also eines jener Zugeständnisse, die der absolutistischen Regierung durch die Woge der öffentlichen Erregung und des revolutionären Ansturms entrissen wurden. Wir sind besonders ausführlich auf die Charakteristik dieses Ansturms eingegangen, um die „Denkschrift" zu ergänzen und zu berichtigen, denn ihr zur Bürokratie gehörender Verfasser hat den Kampf verhehlt, der dieses Zugeständnis verursachte. Aber der halbschlächtige und feige Charakter dieses Zugeständnisses wird auch in der „Denkschrift" ziemlich deutlich geschildert:

„Zu Anfang, als man eben erst an die Semstworeform herangegangen war, hatte man zweifellos die Absicht, den ersten Schritt auf dem Wege zur Einführung von Repräsentativkörperschaften zu tun**; später aber, als Graf Lanskoi und N. A. Miljutin durch den Grafen Walujew abgelöst wurden, trat sehr klar der Wunsch zutage, den auch der ehemalige Innenminister selbst nicht leug-

* Wir zitieren nach der deutschen Übersetzung der Dragomanowschen Ausgabe des Schriftwechsels K. D. Kawelins und I. S. Turgenjews mit A. I. Herzen. „Bibliothek russischer Denkwürdigkeiten", herausgegeben von Th. Schiemann, Bd. 4, S. 65/66, Stuttgart 1894.

** „Zweifellos" verfällt der Verfasser der „Denkschrift", der hier Äußerungen Leroy-Beaulieus wiedergibt, in die gewöhnliche bürokratische Übertreibung. „Zweifellos" hatten weder Lanskoi noch Miljutin irgend etwas wirklich Bestimmtes im Auge, und es ist lächerlich, die ausweichenden Phrasen Miljutins („im Prinzip Anhänger der Konstitution, hält aber ihre Einführung für verfrüht") für einen „ersten Schritt" zu halten.

nete, in ‚versöhnlichem' Geiste, ‚milde und ausweichend' zu handeln. ‚Die Regierung ist sich selbst noch nicht klar über ihre Absichten', sagte er damals. Mit einem Wort, es wurde ein Versuch unternommen, der von Staatsmännern leider sehr oft gemacht wird und der stets negative Resultate für alle zeitigt — der Versuch, zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen ausweichend zu handeln, die liberalen Bestrebungen zu befriedigen und zugleich die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten."

Überaus komisch ist hier das pharisäische „leider"! Der Minister einer Polizeiregierung stellt hier eine Taktik als Zufall hin, die diese Regierung *unbedingt befolgen muß*, die sie befolgte, als sie die Gesetze über die Fabrikinspektion und das Gesetz über die Verkürzung des Arbeitstages (2. Juni 1897) erließ, und die sie auch jetzt (1901) mit den Anbiederungsversuchen des Generals Wannowski bei der „Gesellschaft" befolgt.[22]

„Einerseits hieß es in der Erläuterung zur Verordnung über die Semstwoinstitutionen, daß die Aufgabe des geplanten Gesetzes in der möglichst vollen und konsequenten Entwicklung des Prinzips der lokalen Selbstverwaltung bestehe, daß die ‚Semstwoverwaltung nur ein besonderes Organ ein und derselben Staatsgewalt' sei... Das damalige Organ des Innenministeriums, die ‚Sewernaja Potschta' [Post des Nordens], machte in seinen Artikeln sehr deutliche Anspielungen darauf, daß die im Entstehen begriffenen Institutionen eine Schule der Repräsentativkörperschaften sein würden.

Anderseits... werden die Semstwoinstitutionen in der Erläuterung als private und gesellschaftliche Institutionen bezeichnet, die den allgemeinen Gesetzen unterstehen, nach demselben Prinzip wie einzelne Gesellschaften und Privatpersonen...

Wie die Bestimmungen der Verordnung von 1864 selbst, so zeugen insbesondere alle folgenden Maßnahmen, die das Innenministerium in bezug auf die Semstwoinstitutionen traf, genügend klar davon, daß man die ‚Selbständigkeit' der Semstwoinstitutionen sehr fürchtete und Angst hatte, diese Institutionen sich in angemessener Weise entwickeln zu lassen, *weil man sehr wohl verstand, wozu das führen würde.*" (Alle Hervorhebungen von uns.) ...„Es unterliegt keinem Zweifel, daß diejenigen, die die Semstworeform zu Ende zu führen hatten, diese Reform *nur als Zugeständnis an die öffentliche Meinung* durchführten, um, wie es in der Erläuterung hieß, ‚den durch die Bildung der Semstwoinstitutionen geweckten *unerfüllbaren Erwartungen und freiheitlichen Bestrebungen der verschiedenen Stände* Grenzen zu setzen'; gleichzeitig hatten diese Leute eine klare Vorstellung von ihr (? der Reform?) *und waren bestrebt, eine angemessene Entwicklung des Semstwos zu verhindern*, ihm einen privaten

Charakter zu verleihen, seine Kompetenz zu beschränken usw. Graf Walujew, der die Liberalen mit dem Versprechen zu beruhigen suchte, daß der erste Schritt nicht der letzte sein werde, der erklärte oder, genauer gesagt, den Anhängern der liberalen Richtung nachplapperte, daß es notwendig sei, den Semstwoinstitutionen eine wirkliche und selbständige Macht einzuräumen, *war bereits bei der Ausarbeitung der Verordnung vom Jahre 1864 in jeder Weise bemüht, diese Macht zu beschränken und die Semstwoinstitutionen unter die strenge Vormundschaft der Administration zu stellen...*

Von keiner leitenden Idee durchdrungen, ein Kompromiß zwischen zwei entgegengesetzten Richtungen, entsprachen die Semstwoinstitutionen in der Gestalt, wie sie 1864, bei Beginn ihres Wirkens, durch die Verordnung geschaffen worden waren, weder dem Hauptgedanken der Selbstverwaltung, der ihnen zugrunde lag, noch dem Verwaltungssystem, in das sie mechanisch eingebaut wurden und das man zudem nicht reformiert und den neuen Lebensverhältnissen nicht angepaßt hatte. Die Verordnung von 1864 versuchte, unvereinbare Dinge miteinander zu vereinigen und dadurch gleichzeitig Anhänger und Gegner der Semstwoselbstverwaltung zufriedenzustellen. *Den ersteren wurden der äußere Schein und Zukunftshoffnungen geboten, den letzteren zu Gefallen wurde die Kompetenz der Semstwoinstitutionen äußerst elastisch festgelegt.*"

Welch treffende Worte unseren Ministern zuweilen versehentlich entschlüpfen, wenn sie einem Kollegen ein Bein stellen und ihren Scharfsinn beweisen wollen, und wie nützlich wäre es doch für alle schöngeistigen russischen Kleinbürger und für alle Verehrer der „großen" Reformen, sich die goldenen Regeln der Polizeiweisheit in Goldrahmen an die Wand zu hängen: „Die Liberalen mit dem Versprechen beruhigen, daß der erste Schritt nicht der letzte sein werde", ihnen „den äußeren Schein und Zukunftshoffnungen bieten"! Besonders gegenwärtig wäre es von Nutzen, sich beim Lesen jedes Zeitungsartikels oder jeder Notiz über die „herzliche Fürsorge" des Generals Wannowski dieser Regeln zu erinnern.

Das Semstwo war also von Anfang an dazu verurteilt, das fünfte Rad am Wagen der russischen Staatsverwaltung zu sein, ein Rad, das von der Bürokratie nur insoweit *geduldet* wurde, als deren Allmacht nicht beeinträchtigt und die Rolle der Abgeordneten der Bevölkerung auf die bloße Praxis, auf die einfache technische Durchführung des Kreises von Aufgaben beschränkt wurde, den ihnen eben dieselbe Beamtenschaft vorzeichnete. Die Semstwos hatten keine eigenen Exekutivorgane, sie mußten sich der Polizei bedienen, die Semstwos hatten keine Verbindung miteinander,

die Semstwos wurden sofort unter die Kontrolle der Administration gestellt. Und nachdem die Regierung solch ein für sie unschädliches Zugeständnis gemacht hatte, ging sie unmittelbar nach der Einführung des Semstwos daran, dieses systematisch einzuengen und zu beschränken: die allmächtige Beamtenclique *konnte sich nicht* mit einer gewählten gesamtständischen Vertretung vertragen und begann auf jede Weise gegen sie zu hetzen. Die Zusammenstellung der Daten über diese Hetze ist trotz ihrer offensichtlichen Unvollständigkeit ein sehr interessanter Abschnitt der „Denkschrift".

Wir haben gesehen, wie feige und wie unvernünftig sich die Liberalen zur revolutionären Bewegung Anfang der sechziger Jahre verhielten. Anstatt die „Alliance der Kleinbürger und Bauern mit den Anhängern des ‚*Welikoruss*'" zu unterstützen, hatten sie Angst vor dieser „Alliance" und schreckten mit ihr die Regierung. Anstatt die von der Regierung verfolgten Anführer der demokratischen Bewegung zu verteidigen, wuschen sie sich pharisäerhaft die Hände in Unschuld und rechtfertigten die Regierung. Und sie erhielten ihre gerechte Strafe für diese verräterische Politik der hochtrabenden Phrasendrescherei und schmählichen Schlappheit. Nachdem die Regierung mit den Leuten abgerechnet hatte, die nicht nur zu schwätzen, sondern auch für die Freiheit zu *kämpfen* fähig waren, fühlte sie sich stark genug, die Liberalen auch aus den bescheidenen und zweitrangigen Positionen hinauszudrängen, die sie „mit Genehmigung der Obrigkeit" eingenommen hatten. Solange die ernste Gefahr einer „Alliance der Kleinbürger und Bauern" mit den Revolutionären drohte, faselte selbst das Innenministerium von einer „Schule der Repräsentativkörperschaften", als aber die „taktlosen und anmaßenden" Schreier und „Hitzköpfe" beseitigt waren, da wurden, ohne lange zu fackeln, die „Scholaren" unter die Fuchtel genommen. Es beginnt eine tragikomische Epopöe: das Semstwo ersucht um Erweiterung seiner Rechte, aber dem Semstwo wird unentwegt ein Recht nach dem anderen *genommen*, und die Petitionen werden mit „väterlichen" Belehrungen beantwortet. Doch lassen wir die geschichtlichen Daten sprechen, seien es auch nur die, die in der „Denkschrift" angeführt werden.

Am 12. Oktober 1866 werden die Semstwoangestellten durch ein Rundschreiben des Innenministeriums in völlige Abhängigkeit von den Regierungsbehörden gebracht. Am 21. November 1866 wird ein Gesetz er-

lassen, das das Recht der Semstwos auf die Besteuerung von Handels- und Industrieunternehmen einschränkt. In der Petersburger Semstwoversammlung 1867 wird dieses Gesetz scharf kritisiert und (auf Vorschlag des Grafen A. P. Schuwalow) der Beschluß gefaßt, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit die durch dieses Gesetz berührten Fragen „mit vereinten Kräften und durch gleichzeitige Bemühungen der Zentralbehörden und des Semstwos" geprüft werden. Auf diese Petition antwortet die Regierung mit der Schließung der Petersburger Semstwoinstitutionen und mit Repressalien: der Vorsitzende des St. Petersburger Semstwoamtes, Kruse, wird nach Orenburg und Graf Schuwalow nach Paris verbannt, dem Senator Ljuboschtschinski wird befohlen, seinen Abschied einzureichen. Das Organ des Innenministeriums, die „Sewernaja Potschta", bringt einen Artikel, worin die „so strenge Strafmaßnahme damit erklärt wird, daß auch die Semstwoversammlungen gleich bei Eröffnung ihrer Sitzungen nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz gehandelt haben" (mit welchem Gesetz? und warum hat man die Schuldigen nicht *vor Gericht* gestellt? hatte man doch eben erst ein schnelles, gerechtes und mildes Gericht eingeführt?) „und anstatt die Semstwoversammlungen anderer Gouvernements zu unterstützen und die ihnen von allerhöchster Stelle gewährten Rechte für eine wirkliche Pflege der ihnen anvertrauten lokalen Wirtschaftsinteressen der Semstwos zu benutzen" (d. h. anstatt sich demütig zu fügen und den „Intentionen" der Beamtenschaft zu folgen), „unaufhörlich das Bestreben an den Tag legten, durch ungenaue Darlegung der Dinge und falsche Auslegung der Gesetze *Gefühle des Mißtrauens und der Mißachtung gegen die Regierung zu erregen*". Kein Wunder, daß nach dieser Belehrung „die anderen Semstwos das Petersburger Semstwo nicht unterstützten, obgleich das Gesetz vom 21. November 1866 überall große Unzufriedenheit hervorgerufen hatte; viele erklärten in den Semstwoversammlungen, daß es einer Beseitigung der Semstwos gleichkäme".

Am 16. Dezember 1866 erscheint eine „Erläuterung" des Senats, die den Gouverneuren das Recht einräumt, jeder von der Semstwoversammlung gewählten Person, die er — der Gouverneur — für unzuverlässig hält, die Bestätigung zu versagen. Am 4. Mai 1867 erscheint eine weitere Erläuterung des Senats: Es wird als gesetzwidrig erklärt, beabsichtigte Maßnahmen der Semstwos allen anderen Gouvernements mitzuteilen,

denn die Semstwoinstitutionen sollen sich mit örtlichen Angelegenheiten befassen. Am 13. Juni 1867 erschien ein von allerhöchster Stelle bestätigtes Gutachten des Reichsrats, das die Veröffentlichung der Beschlüsse der öffentlichen Semstwo-, Städte- und Ständeversammlungen, der Sitzungsberichte, der Diskussionen in den Sitzungen usw. ohne Erlaubnis der örtlichen Gouvernementsbehörden verbietet. Ferner erweitert dasselbe Gesetz die Befugnisse der Vorsitzenden der Semstwoversammlungen, es räumt ihnen das Recht ein, die Versammlungen zu schließen, und macht es ihnen *unter Androhung von Strafe* zur Pflicht, Versammlungen zu schließen, in denen im Widerspruch zum Gesetz stehende Fragen zur Diskussion gestellt werden. Diese Maßnahme wurde von der Gesellschaft sehr feindselig aufgenommen und als eine ernste Einschränkung des Wirkens der Semstwos betrachtet. „Alle wissen", schrieb Nikitenko in seinem Tagebuch, „daß das Semstwo an Händen und Füßen gefesselt wird durch die neue Verordnung, auf Grund deren die Vorsitzenden der Semstwoversammlungen und die Gouverneure eine fast unbeschränkte Gewalt über das Semstwo bekommen haben." Das Rundschreiben vom 8. Oktober 1868 macht sogar die Veröffentlichung der Berichte der Semstwoämter von der Erlaubnis der Gouverneure abhängig und begrenzt den Verkehr der Semstwos miteinander. 1869 werden Volksschulinspektoren eingesetzt, um das Semstwo faktisch von der Verwaltung des Volksbildungswesens auszuschalten. Die am 19. September 1869 von allerhöchster Stelle bestätigte Verordnung des Ministerkomitees stellt fest, daß „die Semstwoinstitutionen weder ihrer Zusammensetzung noch ihren grundlegenden Prinzipien nach Regierungsbehörden sind". Das Gesetz vom 4. Juli 1870 und das Rundschreiben vom 22. Oktober 1870 bestätigen und verstärken die Abhängigkeit der Semstwoangestellten von den Gouverneuren. In einer Instruktion vom Jahre 1871 wird den Volksschulinspektoren das Recht eingeräumt, Lehrer, die als unzuverlässig gelten, von ihren Posten zu entfernen und jeden beliebigen Beschluß des Rats der Schule außer Kraft zu setzen, wobei die Angelegenheit dem Kurator zur Entscheidung zu übergeben ist. Am 25. Dezember 1873 äußert Alexander II. in einem Reskript an den Minister für Volksaufklärung die Befürchtung, daß die Volksschule *bei ungenügend sorgfältiger Beaufsichtigung „in ein Werkzeug der sittlichen Verderbnis des Volkes"* verwandelt werden könne, daß *„gewisse Versuche, dies zu tun, bereits aufgedeckt wurden"*, und er be-

fiehlt den Adelsmarschällen, durch ihre engste Mitarbeit dazu beizutragen, daß der sittliche Einfluß dieser Schulen gewährleistet wird. Dann erscheint 1874 eine neue Verordnung über die Volksschulen, die die gesamte Verwaltung der Schulen in die Hände der Volksschuldirektoren legt. Das Semstwo „protestiert", wenn man ein Ersuchen, das Gesetz unter Beteiligung von Semstwovertretern zu revidieren, ohne Ironie als Protest bezeichnen kann (Petition des Semstwos von Kasan im Jahre 1874). Das Ersuchen wird natürlich abgelehnt. Usw. usf.

III

Das waren die ersten Lektionen, die den Bürgern Rußlands in der vom Innenministerium geschaffenen „Schule der Repräsentativkörperschaften" erteilt wurden. Außer den politischen Scholaren, die aus Anlaß der konstitutionellen Erklärungen der sechziger Jahre schrieben: „Es ist an der Zeit, mit den Dummheiten aufzuhören und an die praktische Arbeit zu gehen, praktische Arbeit aber kann jetzt nur in den Semstwoinstitutionen geleistet werden, sonst nirgends*", gab es glücklicherweise in Rußland auch „Hitzköpfe", die sich mit einem solchen „taktvollen Verhalten" nicht zufriedengaben und mit revolutionärer Propaganda ins Volk gingen. Obgleich sie unter dem Banner einer Theorie marschierten, die ihrem Wesen nach nicht revolutionär war, weckte ihre Propaganda dennoch in breiten Schichten der gebildeten Jugend Stimmungen der Unzufriedenheit und des Protestes. Trotz der utopischen Theorie, die den politischen Kampf ablehnte, führte die Bewegung zum erbitterten Ringen eines kleinen Häufleins von Helden mit der Regierung, zum Kampf für politische Freiheit. Dank diesem Kampf und nur dank ihm änderte sich die Lage der Dinge noch einmal, die Regierung sah sich abermals zu Zugeständnissen gezwungen, und die liberale Gesellschaft erbrachte abermals den Beweis ihrer politischen Unreife, ihrer Unfähigkeit, die Kämpfer zu unterstützen und einen wirklichen Druck auf die Regierung auszuüben.

* Brief Kawelins aus dem Jahre 1865 an seine Angehörigen aus Anlaß der Petition des Moskauer Adels um „Einberufung einer allgemeinen Versammlung der Vertreter des russischen Landes zur Erörterung der gemeinsamen Nöte des gesamten Staates".

Die konstitutionellen Bestrebungen des Semstwos traten klar zutage, erwiesen sich aber als kraftloses „Aufbegehren". Und das, obwohl der Semstwoliberalismus an und für sich in politischer Hinsicht einen merklichen Schritt vorwärts tat. Besonders bemerkenswert ist sein Versuch, eine illegale Partei zu bilden und ein eigenes politisches Organ zu schaffen. Die „Denkschrift" Wittes stellt aus mehreren illegalen Schriften (Kennan, Dragomanow, Tichomirow) Angaben zusammen, um jenen „schlüpfrigen Weg" (S. 98) zu kennzeichnen, den die Semstwos betreten hatten. Ende der siebziger Jahre fanden einige Tagungen der Semstwoliberalen statt. Die Liberalen beschlossen, „Maßnahmen zu einer wenigstens zeitweiligen Einstellung der zerstörenden Tätigkeit der extremen revolutionären Partei zu ergreifen, denn sie waren überzeugt, daß mit friedlichen Mitteln nichts erreicht werden könne, wenn die Terroristen fortfahren, die Regierung durch Drohungen und Gewaltakte zu reizen und zu beunruhigen" (S. 99). Anstatt also Sorge zu tragen für die Ausweitung des Kampfes, für die Unterstützung der einzelnen Revolutionäre durch eine mehr oder minder breite Gesellschaftsschicht, für die Organisation irgendeines gemeinsamen Angriffs (in Form einer Demonstration, einer Weigerung der Semstwos, die Zahlungen für die obligatorischen Ausgaben zu leisten, usw.), kommen die Liberalen wieder mit ihrem „taktvollen Verhalten": die Regierung „nicht reizen"!, sich „mit friedlichen Mitteln" durchsetzen, denselben friedlichen Mitteln, die in den sechziger Jahren so glänzend versagt hatten!* Es versteht sich, daß sich die Revolutionäre auf keinerlei Einstellung oder Unterbrechung der Kampfaktionen einließen. Die Semstwoleute bildeten damals die „Liga der oppositionellen Elemente", die sich später in die „Gesellschaft des Semstwoverbandes und der Selbstverwaltung" oder „Semstwoverband"

---

* Sehr richtig bemerkte Dragomanow: „Eigentlich kann es ganz ‚friedliche Methoden' für den Liberalismus in Rußland gar nicht geben, da jede Äußerung über eine Änderung der höchsten Verwaltung bei uns durch das Gesetz verboten ist. Die Semstwoliberalen hätten sich über dieses Verbot entschieden hinwegsetzen und wenigstens dadurch ihre Stärke sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber den Terroristen zeigen müssen. Da die Semstwoliberalen eine solche Stärke nicht gezeigt hatten, mußten sie es erleben, daß die Regierung die Absicht bekundete, sogar die in ihren Rechten schon beschnittenen Semstwoinstitutionen zu beseitigen." (41/42 des genannten Werks.)

umwandelte. Das Programm des Semstwoverbandes forderte: 1. Rede- und Pressefreiheit; 2. Garantien der Person und 3. Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Ein Versuch, in Galizien illegale Broschüren herauszugeben, mißlang (die österreichische Polizei beschlagnahmte die Manuskripte und verhaftete die Personen, die diese Manuskripte drucken wollten), und das Organ des „Semstwoverbandes" wurde von August 1881 ab die Zeitschrift „Wolnoje Slowo" [Freies Wort], die unter der Redaktion Dragomanows (ehemaliger Professor an der Kiewer Universität) in Genf erschien. „Letzten Endes", schrieb 1888 Dragomanow selbst, „...kann man den Versuch der Herausgabe eines Semstwoorgans in Gestalt des ‚Wolnoje Slowo' nicht als gelungen bezeichnen, schon allein deshalb nicht, weil die Redaktion eigentlich erst seit Ende 1882 regelmäßig das Semstwomaterial erhielt, die Zeitschrift aber bereits im Mai 1883 ihr Erscheinen einstellte." (S. 40 des genannten Werks.) Der Mißerfolg des liberalen Organs war das natürliche Ergebnis der Schwäche der liberalen Bewegung. Am 20. November 1878 wandte sich Alexander II. in Moskau an die Ständevertreter mit einer Rede, in der er die Hoffnung aussprach, daß sie „dazu beitragen werden, die irrende Jugend von jenem unheilvollen Weg zurückzuhalten, auf den sie illoyale Menschen locken wollen". Dann erschien auch im „Prawitelstwenny Westnik"[23] (1878, Nr. 186) ein Aufruf, der die Gesellschaft zur Mitwirkung aufforderte. Als Antwort darauf erklärten fünf Semstwoversammlungen (in Charkow, Poltawa, Tschernigow, Samara und Twer), daß die Einberufung eines Semski Sobor notwendig sei. „Man kann auch annehmen", schreibt der Verfasser der „Denkschrift", Witte, nach einer ausführlichen Wiedergabe des Inhalts dieser Adressen, von denen nur drei vollständig in die Presse gelangten, „daß die Erklärungen der Semstwos über die Einberufung eines Semski Sobor weitaus zahlreicher gewesen wären, wenn das Innenministerium nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen hätte, um solche Erklärungen zu verhindern: die Adelsmarschälle, die in den Gouvernementsversammlungen der Semstwos den Vorsitz führten, erhielten durch Rundschreiben die Weisung, daß sie sogar die Verlesung solcher Adressen in den Versammlungen zu verhindern hätten. An einigen Orten wurden Semstwoabgeordnete verhaftet und verschickt, und in Tschernigow wurden sogar Gendarmen in den Sitzungssaal beordert, die den Saal gewaltsam räumten." (104.)

Die liberalen Zeitschriften und Zeitungen unterstützten diese Bewegung; eine an Loris-Melikow gerichtete Petition von „25 namhaften Moskauer Bürgern" sprach von der Einberufung einer unabhängigen Versammlung von Semstwovertretern, der vorgeschlagen werden sollte, an der Regierung der Nation teilzunehmen. Und durch die Ernennung Loris-Melikows zum Innenminister machte die Regierung *dem Anschein nach* ein Zugeständnis. Aber eben *dem Anschein nach*, denn es wurden weder energische Schritte unternommen noch auch nur irgendwelche positiven, keine Mißdeutung zulassenden Erklärungen abgegeben. Loris-Melikow rief die Redakteure der Petersburger Presse zusammen und legte ihnen ein „Programm" vor: die Wünsche, Nöte usf. der Bevölkerung ermitteln, dem Semstwo usf. die Möglichkeit geben, die ihm gesetzlich zustehenden Rechte wahrzunehmen (das liberale Programm garantiert den Semstwos jene „Rechte", die das Gesetz ihnen systematisch beschneidet!) usw. Der Verfasser der „Denkschrift" schreibt:

„Durch die Teilnehmer an der Unterredung — zu diesem Zwecke waren sie ja auch eingeladen worden — wurde das Programm des Ministers ganz Rußland zur Kenntnis gebracht. Im Grunde genommen versprach es nichts Bestimmtes. Jeder konnte aus ihm herauslesen, was ihm paßte, d. h. alles oder nichts. Recht hatte auf seine Weise" (nur auf „seine Weise" und nicht unbedingt auf „jede Weise"?) „eines der illegalen Flugblätter jener Zeit, in dem es von diesem Programm hieß, in ihm komme zugleich ‚der listige Fuchs' und ‚der reißende Wolf' zum Vorschein. Ein solcher Ausfall gegen das Programm und seinen Verfasser ist um so begreiflicher, als der Graf bei der Darlegung des Programms den Pressevertretern eindringlich empfahl, ‚mit ihren träumerischen Illusionen die öffentliche Meinung nicht unnütz zu verwirren und zu erregen'." Doch die liberalen Semstwoleute hörten nicht auf diese *Wahrheit* des illegalen Flugblatts und hielten die List des „Fuchses" für einen „neuen Kurs", dem man vertrauen durfte. Aus der illegalen Broschüre „Die Ansichten der Semstwoversammlungen über die gegenwärtige Lage in Rußland" wiederholt die „Denkschrift" Wittes die Worte: „Das Semstwo glaubte an die Regierung und sympathisierte mit ihr, fürchtete gleichsam, vorauszueilen und sich mit übermäßigen Wünschen an die Regierung zu wenden." Ein charakteristisches Geständnis der frei ihre Meinung äußernden Semstwoanhänger: Der Semstwoverband hatte auf der Tagung im Jahre 1880 eben erst be-

schlossen, „eine zentrale Volksvertretung mit der strikten Bedingung durchzusetzen: eine Kammer und allgemeines Stimmrecht", und verwirklicht wird dieses beschlossene *Durchsetzen* durch die Taktik *„nicht vorauseilen"*, *„glauben und sympathisieren"* mit zweideutigen und zu nichts verpflichtenden Erklärungen! Mit geradezu unverzeihlicher Naivität bildeten die Semstwoleute sich ein, daß die Überreichung von Petitionen „durchsetzen" bedeute — und es „regnete in Hülle und Fülle" Semstwopetitionen. Loris-Melikow machte am 28. Januar 1881 in einem alleruntertänigsten Immediatbericht den Vorschlag, aus gewählten Vertretern der Semstwos eine Kommission zur Ausarbeitung der vom „allerhöchsten Willen" vorgezeichneten Gesetzentwürfe zu bilden — aber nur mit beratender Stimme. Die von Alexander II. einberufene Besondere Beratung billigte diese Maßnahme, das Gutachten der Beratung vom 17. Februar 1881 wurde vom Zaren bestätigt, der auch den von Loris-Melikow unterbreiteten Text einer Regierungsverlautbarung guthieß.

„Zweifellos", schreibt der Verfasser der „Denkschrift", Witte, „hat die Bildung einer solchen rein beratenden Kommission noch keine Konstitution geschaffen." Aber, fährt er fort, es könne wohl kaum bestritten werden, daß das (nach den Reformen der sechziger Jahre) ein weiterer Schritt zur Konstitution und zu nichts anderem war. Und der Verfasser wiederholt die Meldung der ausländischen Presse, wonach Alexander II. anläßlich des Berichts von Loris-Melikow geäußert haben soll: „Das sind ja die États généraux." ... „Was man uns vorschlägt, ist nichts anderes als die Notabelnversammlung Ludwigs XVI."[24]

Unserseits wollen wir bemerken, daß die Verwirklichung des Projekts von Loris-Melikow unter bestimmten Bedingungen ein Schritt zur Konstitution *hätte sein können*, es aber auch nicht zu sein brauchte: alles hing davon ab, was stärker war — der Druck der revolutionären Partei und der liberalen Gesellschaft oder der Gegendruck der sehr mächtigen, geschlossenen und in ihren Mitteln nicht wählerischen Partei der unentwegten Anhänger der Selbstherrschaft. Spricht man nicht von dem, was hätte sein können, sondern was in Wirklichkeit war, so muß man die unbestreitbare Tatsache des *Schwankens* der Regierung feststellen. Die einen waren für den entschiedenen Kampf gegen den Liberalismus, die anderen für Zugeständnisse. Aber — und das ist besonders wichtig — auch die

letzteren schwankten, sie hatten kein völlig bestimmtes Programm und überragten nicht das Niveau routinierter Bürokraten.

„Graf Loris-Melikow", sagt der Verfasser der „Denkschrift", Witte, „schien sich zu fürchten, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, er fürchtete sich, sein Programm ganz genau festzulegen, und setzte — allerdings in anderer Richtung — die frühere ausweichende Politik fort, die bereits Graf Walujew in bezug auf die Semstwoinstitutionen betrieben hatte.

Wie auch in der damaligen legalen Presse richtig festgestellt worden war, zeichnete sich das von Loris-Melikow verkündete Programm durch große Unbestimmtheit aus. Diese Unbestimmtheit zeigt sich auch in allen späteren Handlungen und Äußerungen des Grafen. Einerseits erklärt er, die Selbstherrschaft sei ‚von der Bevölkerung isoliert', ‚er betrachte die Unterstützung der Gesellschaft als die Hauptkraft...', die geplante Reform habe er ‚nicht als etwas Endgültiges betrachtet, sondern in ihr nur den ersten Schritt gesehen' usw. Anderseits erklärte der Graf gleichzeitig den Vertretern der Presse, daß ‚...die in der Gesellschaft erweckten Hoffnungen nichts anderes sind als träumerische Illusionen...', und in seinem alleruntertänigsten Immediatbericht an den Zaren erklärte er kategorisch, daß ein Semski Sobor ein ‚gefährlicher Versuch der Rückkehr zu Vergangenem...' sein würde, daß die von ihm geplante Maßnahme keine Bedeutung im Sinne einer Beschränkung der Selbstherrschaft haben werde, denn sie habe nichts gemein mit den konstitutionellen Formen des Westens. Überhaupt zeichnet sich, wie L. Tichomirow richtig bemerkt, dieser Bericht durch eine bemerkenswert verworrene Form aus." (S. 117.)

Gegen die *Kämpfer* für die Freiheit aber trieb Loris-Melikow, dieser gepriesene Held der „Diktatur des Herzens"[25], „die Grausamkeit bis zur Hinrichtung eines siebzehnjährigen Jungen wegen eines bei ihm gefundenen gedruckten Flugblatts, wofür es weder in der vorangegangenen noch in der folgenden Zeit ein Beispiel gibt. Loris-Melikow vergaß die entlegensten Winkel Sibiriens nicht, um dort die Lage der Menschen zu verschlimmern, die ihrer Propaganda wegen litten." (W. Sassulitsch in Nr. 1 des „Sozialdemokrat"[26], S. 84.) Bei einem solchen Schwanken der Regierung hätte nur eine Kraft, die zu ernstem Kampfe fähig war, die Konstitution erringen können, aber diese Kraft gab es nicht: die Revolutionäre hatten sich durch den 1. März erschöpft, in der Arbeiterklasse gab es weder eine breite Bewegung noch eine feste Organisation, und die liberale Gesellschaft erwies sich auch diesmal als politisch noch so unentwickelt, daß sie sich auch nach der Ermordung Alexanders II. lediglich

auf Petitionen beschränkte. Es petitionierten die Semstwos und die Städte, es petitionierte die liberale Presse („Porjadok" [Die Ordnung], „Strana" [Das Land], „Golos" [Die Stimme]), es petitionierten — in besonders loyaler, geschraubter und nebelhafter Form — die liberalen Memorandenverfasser (Marquis Welepolski, Prof. Tschitscherin und Prof. Gradowski — die „Denkschrift" Wittes gibt ihren Inhalt wieder nach der Londoner Broschüre* „Die Verfassung des Grafen Loris-Melikow", herausgegeben vom Fonds der freien russischen Presse, London 1893) — und ersannen dabei „scharfsinnige Pläne, den Monarchen so über den Rubikon zu führen, daß er selbst nichts davon merkt". Alle diese vorsichtigen Petitionen und fein ausgeheckten Pläne waren selbstverständlich ohne revolutionäre Kraft ein Nichts, und die Partei der Selbstherrschaft siegte, sie siegte, obgleich sich am 8. März 1881 die Mehrheit des Ministerrats (mit 7 gegen 5 Stimmen) *für* das Projekt Loris-Melikows aussprach. (So heißt es in der gleichen Broschüre, aber der Verfasser der „Denkschrift", Witte, der diese Broschüre geflissentlich abschreibt, erklärt hier aus irgendeinem Grunde: „Was in dieser Beratung — vom 8. März — vor sich ging und welches ihr Resultat war, ist zuverlässig nicht bekannt; sich jedoch auf die Gerüchte zu verlassen, die in die ausländische Presse gelangten, wäre unvorsichtig", 124.) Am 29. April 1881 wurde das von Katkow als „himmlisches Manna" bezeichnete Manifest über die Aufrechterhaltung und den Schutz der Selbstherrschaft erlassen.

Ein zweites Mal nach der Befreiung der Bauern war die heranflutende revolutionäre Welle zurückgeschlagen worden, und die liberale Bewegung wurde in der Folge und infolge dieser Tatsache ein zweites Mal durch die *Reaktion* abgelöst, über die die russische fortschrittliche Gesellschaft natürlich bitterlich zu klagen begann. Wir sind doch solche Meister im Klagen: wir beklagen die Taktlosigkeit und Überheblichkeit der Revolutionäre, wenn sie die Regierung angreifen; wir beklagen die Unentschlos-

* Überhaupt schreibt der Verfasser der „Denkschrift", wie wir gesehen haben, die illegalen Broschüren sehr sorgfältig ab und gibt zu, daß „die illegale Presse und die Auslandsliteratur von ihrem Gesichtspunkt aus den Stand der Sache ziemlich richtig einschätzten" (S. 91). Von dem gelehrten russischen „Staatswissenschaftler" stammt lediglich einiges Rohmaterial, doch alle grundlegenden Gesichtspunkte zur Beurteilung der politischen Fragen in Rußland mußte er der illegalen Literatur entlehnen.

senheit der Regierung, wenn sie, da sie sich keiner wirklichen Kraft gegenüber sieht, Scheinkonzessionen macht und mit der einen Hand nimmt, was sie mit der anderen gegeben hat; wir beklagen „die Zeit ohne Ideen und Ideale", wenn die Regierung, nachdem sie mit den vom Volke nicht unterstützten Revolutionären abgerechnet hat, das Verlorene wettzumachen sucht und zum neuen Kampf rüstet.

IV.

Die Epoche der „Diktatur des Herzens", wie das Ministerium Loris-Melikow genannt wurde, hat unseren Liberalen gezeigt, daß sogar der „Konstitutionalismus" eines Ministers, ja selbst des Ministerpräsidenten, auch bei völlig schwankender Haltung der Regierung, bei Billigung des „ersten Schritts zur Reform" durch die Mehrheit des Ministerrats absolut nichts garantiert, wenn keine ernst zu nehmende gesellschaftliche Kraft da ist, die die Regierung zur Kapitulation zu zwingen vermag. Interessant ist ferner, daß auch die Regierung Alexanders III., sogar nach der Verkündung des Manifestes über die Aufrechterhaltung der Selbstherrschaft, nicht sofort alle ihre Krallen zeigte, sondern den Versuch für notwendig hielt, die „Gesellschaft" eine Zeitlang hinters Licht zu führen. Wenn wir sagen „hinters Licht führen", so wollen wir damit die Regierungspolitik nicht auf irgendeinen machiavellistischen[27] Plan des einen oder anderen Ministers oder Würdenträgers usw. zurückführen. Man kann nicht stark genug betonen, daß das System der Scheinkonzessionen und einiger scheinbar wichtiger, der öffentlichen Meinung „entgegenkommender" Schritte allen Regierungen unserer Zeit, auch der russischen, in Fleisch und Blut übergegangen ist, denn auch die russische Regierung hat im Laufe schon vieler Generationen die Notwendigkeit begriffen, der öffentlichen Meinung in dieser oder jener Weise Rechnung zu tragen, sie hat im Laufe schon vieler Generationen Staatsmänner erzogen, die die Kunst der inneren Diplomatie raffiniert beherrschen. Ein solcher Diplomat, der die Mission hatte, den Rückzug der Regierung zur offenen Reaktion zu decken, war der Innenminister Graf Ignatjew, der Loris-Melikow ablöste. Ignatjew trat mehr als einmal als reinster Demagoge und Betrüger auf, so daß der Verfasser der „Denkschrift", Witte, nicht wenig „polizeiliche

Herzensgüte" offenbart, wenn er die Amtsdauer dieses Ministeriums als „mißlungenen Versuch" bezeichnet, „ein sich lokal selbstverwaltendes Land mit einem absolutistischen Zaren an der Spitze zu schaffen". Allerdings war damals gerade eine solche „Formel" von I. S. Aksakow aufgestellt worden, sie wurde von der Regierung für ihre Manöver benutzt, und Katkow fiel über sie her, wobei er den unvermeidlichen Zusammenhang zwischen lokaler Selbstverwaltung und Konstitution gründlich nachzuweisen suchte. Es wäre aber kurzsichtig, die bekannte Taktik der Polizeiregierung (eine Taktik, die dieser Regierung ihrer ganzen Natur nach notwendigerweise eigen ist) dadurch zu *erklären*, daß diese oder jene politische Anschauung in der betreffenden Zeit vorherrscht.

Ignatjew versprach in einem Rundschreiben, die Regierung werde „unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um richtige Methoden festzulegen, die der lebendigen Mitarbeit örtlicher Vertreter bei Ausführung der allerhöchsten Weisungen möglichst großen Erfolg sichern würden". Die Semstwos beantworteten diesen „Appell" mit Petitionen über die „Einberufung von gewählten Vertretern des Volkes" (aus der Denkschrift eines Abgeordneten des Tscherepowezer Semstwos; die Stellungnahme eines Abgeordneten des Kirillower Semstwos erlaubte der Gouverneur nicht einmal zu drucken). Die Regierung wies die Gouverneure an, solche Petitionen „nicht weiterzuleiten", „und gleichzeitig wurden offenbar Maßnahmen getroffen, um das Einbringen ähnlicher Petitionen in anderen Versammlungen zu verhindern". Es wird der unrühmlich bekannte Versuch unternommen, von den Ministern ausgewählte „sachkundige Leute" zusammenzurufen (um die Frage einer Herabsetzung der Ablösegelder, einer Regelung der Umsiedlungen, einer Reform der örtlichen Verwaltung usw. zu erörtern). „Die Arbeiten der Expertenkommissionen fanden in der Gesellschaft keinen Anklang, in den Semstwos riefen sie trotz *aller Vorbeugungsmaßnahmen* sogar direkten Protest hervor. Zwölf Semstwoversammlungen ersuchten in Petitionen, die Semstwovertreter nicht in einzelnen Fällen und nicht auf Grund einer Ernennung durch die Regierung, sondern ständig und auf Grund ihrer Wahl durch die Semstwos zur Teilnahme an der gesetzgebenden Tätigkeit heranzuziehen." Im Semstwo von Samara wurde ein solcher Antrag vom Vorsitzenden unterdrückt, „worauf die Versammlung zum Zeichen des Protestes auseinanderging" (Dragomanow, S. 29 der genannten Schrift; „Denkschrift", S. 131). Daß Graf

Ignatjew die Semstwoleute *zu prellen suchte,* kann man zum Beispiel aus folgender Tatsache ersehen: „Der Adelsmarschall von Poltawa, Herr Ustimowitsch, der Verfasser des Entwurfs der Konstitutionsadresse von 1879, erklärte offen in der Adelsversammlung des Gouvernements, er habe von Graf Ignatjew die *positive Zusicherung* (sic!) erhalten, daß die Regierung Vertreter des Landes zur Teilnahme an der gesetzgebenden Arbeit einberufen werde." (Dragomanow, ebenda.)

Die durch diese Machenschaften Ignatjews bewerkstelligte Verschleierung des Übergangs der Regierung zu einem entschieden neuen Kurs fand ihr Ende, und der am 30. Mai 1882 zum Innenminister ernannte D. A. Tolstoi erwarb sich nicht umsonst den Beinamen eines „Kampfministers". Sogar Petitionen der Semstwos um Genehmigung irgendwelcher privater Tagungen wurden ohne viel Umstände abgelehnt, und es kam sogar so weit, daß auf die Beschwerde des Gouverneurs über „systematische Opposition" eines (des Tscherepowezer) Semstwos das Semstwoamt durch eine Regierungskommission ersetzt und die Mitglieder des Semstwoamtes auf administrativem Wege verbannt wurden. D. A. Tolstoi, ein treuer Schüler und Nacheiferer Katkows, beschloß, die „Reform" der Semstwoinstitutionen nunmehr offen in Angriff zu nehmen, wobei er von dem Grundgedanken ausging (der, wie wir gesehen haben, tatsächlich von der Geschichte bestätigt worden ist), daß sich „die Opposition gegen die Regierung im Semstwo fest eingenistet hat" (S. 139 der „Denkschrift": aus dem ursprünglichen Entwurf der Semstworeform). D. A. Tolstoi plante, die Semstwoämter durch dem Gouverneur unterstellte Behörden zu ersetzen und alle Beschlüsse der Semstwoversammlungen vom Gouverneur bestätigen zu lassen. Das wäre wirklich eine „radikale" Reform gewesen, aber es ist im höchsten Grade interessant, daß sogar dieser Schüler Katkows, der „Kampfminister", „nicht abgewichen ist" — um es mit den Worten des Verfassers der „Denkschrift" zu sagen — „von der hergebrachten Politik des Innenministeriums in bezug auf die Semstwoinstitutionen. Seinen Gedanken, das Semstwo der Sache nach abzuschaffen, hat er in seinem Projekt nicht direkt zum Ausdruck gebracht; unter dem Vorwand, die Prinzipien der Selbstverwaltung sachgemäß auszubauen, wollte er die äußere Form der letzteren zwar erhalten, ihr aber jeden wirklichen Inhalt nehmen." Im Reichsrat wurde diese weise Staatspolitik des „listigen Fuchses" noch ergänzt und weiterentwickelt, und die Folge war, daß sich

die Semstwoverordnung von 1890 „als eine neue halbe Maßnahme in der Geschichte der Semstwoinstitutionen erwies. Sie beseitigte das Semstwo nicht, machte es aber gestalt- und farblos; vernichtete auch nicht das gesamtständische Prinzip, gab ihm aber einen ständischen Anstrich; ... machte aus den Semstwoinstitutionen keine wirklichen Organe der Staatsmacht, ... steigerte aber ihre Bevormundung durch die Gouverneure, ... verstärkte das Einspruchsrecht der Gouverneure." „Die Verordnung vom 12. Juli 1890 war, nach der Absicht ihres Verfassers, ein Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Semstwoinstitutionen, keineswegs aber eine radikale Umgestaltung der Semstwoselbstverwaltung."

Die neue „halbe Maßnahme", heißt es weiter in der „Denkschrift", vernichtete nicht die Opposition gegen die Regierung (es wäre selbstverständlich auch unmöglich, die Opposition gegen eine reaktionäre Regierung durch die Verstärkung dieser Reaktion zu vernichten), sondern führte lediglich dazu, daß sich *gewisse* Erscheinungsformen der Opposition nunmehr im Verborgenen abspielten. Die Opposition äußerte sich erstens darin, daß einige, wenn man so sagen darf, semstwofeindliche Gesetze auf Widerstand stießen und de facto nicht durchgeführt wurden; zweitens kam sie wiederum in konstitutionellen (oder zumindest mit dem Geruch des Konstitutionalismus behafteten) Petitionen zum Ausdruck. Auf die erstgenannte Art von Opposition stieß zum Beispiel das Gesetz vom 10. Juni 1893, das die Semstwoorganisation des Medizinalwesens einer bis ins einzelne gehenden Reglementierung unterwarf. „Die Semstwoinstitutionen setzten dem Innenministerium einmütigen Widerstand entgegen, und dieses trat auch den Rückzug an. Man mußte das Inkrafttreten des bereits fertigen Reglements aussetzen, es für die vollständige Sammlung der Gesetze zurückstellen und einen neuen Entwurf ausarbeiten, der auf völlig entgegengesetzten (d. h. für die Semstwos günstigeren) Prinzipien aufgebaut war." Das Gesetz vom 8. Juni 1893 über die Taxierung von Immobilien, das in der gleichen Weise das Prinzip der Reglementierung einführte und die Rechte des Semstwos auf dem Gebiet der Steuererhebung beschränkte, wurde ebenfalls mißliebig aufgenommen und wird in unzähligen Fällen „in der Praxis überhaupt nicht angewandt". Die vom Semstwo geschaffenen medizinischen und statistischen Einrichtungen, die für die Bevölkerung von beträchtlichem Nutzen waren (im Vergleich mit der Bürokratie natürlich), erwiesen sich als stark genug,

um die in den Petersburger Kanzleistuben fabrizierten Reglements zu paralysieren.

Die zweite Art Opposition kam im Jahre 1894 auch im neuen Semstwo zum Ausdruck, als die Semstwos in ihren Adressen an Nikolaus II. erneut ganz unmißverständlich auf ihre Forderungen nach Erweiterung der Selbstverwaltung anspielten und den Anlaß zu den „berühmten" Worten von den sinnlosen Träumen gaben.

Die „politischen Tendenzen" des Semstwos waren, zum Entsetzen der Herren Minister, nicht verschwunden. Der Verfasser der „Denkschrift" zitiert die bitteren Klagen des Gouverneurs von Twer (aus dessen Rechenschaftsbericht für 1898) über den „eng zusammengeschlossenen Kreis von Leuten liberaler Richtung", der die ganze Amtsführung des Gouvernementssemstwos in seinen Händen konzentriert. „Aus dem Rechenschaftsbericht desselben Gouverneurs für 1895 ist zu ersehen, daß der Kampf mit der Semstwoopposition eine schwere Aufgabe für die örtliche Administration darstellt und daß von den Adelsmarschällen, die den Vorsitz in den Semstwoversammlungen führen, mitunter sogar ‚Zivilcourage'" (sieh mal einer an!) „verlangt wird, um die vertraulichen Rundschreiben des Innenministeriums über Dinge, mit denen sich die Semstwoinstitutionen nicht befassen sollen, durchzuführen." Weiter wird dann erzählt, wie der Gouvernementsadelsmarschall vor der Versammlung sein Amt dem Kreisadelsmarschall (von Twer) übergab, dieser übergab es dem Nowotorshsker Adelsmarschall, welcher ebenfalls krank wurde und den Vorsitz dem Adelsmarschall des Kreises Stariza übergab. Also selbst die Adelsmarschälle ergreifen die Flucht, um nicht Polizeidienste verrichten zu müssen! „Durch das Gesetz von 1890", klagt der Verfasser der „Denkschrift", „wurde dem Semstwo ein ständischer Anstrich gegeben, das Regierungselement in den Versammlungen wurde verstärkt, alle Kreisadelsmarschälle und Landeshauptleute wurden zu Mitgliedern der Semstwoversammlungen der Gouvernements gemacht, und wenn ein derart seiner Eigenständigkeit beraubtes ständisch-bürokratisches Semstwo nichtsdestoweniger auch weiterhin politische Tendenzen an den Tag legt, so sollte das zu denken geben"... „Der Widerstand ist nicht gebrochen: dumpfe Unzufriedenheit, schweigende Opposition leben zweifellos weiter und werden leben, solange das gesamtständische Semstwo nicht das Zeitliche gesegnet haben wird." Das ist das letzte Wort der bürokratischen Weis-

heit. Wenn die in ihren Rechten beschnittene Repräsentativkörperschaft Unzufriedenheit hervorruft, so muß die Beseitigung jeder Repräsentativkörperschaft — der einfachen menschlichen Logik nach — diese Unzufriedenheit und Opposition noch verstärken. Herr Witte jedoch bildet sich ein, die Unzufriedenheit werde verschwinden, wenn man eine der Institutionen schließt, die auch nur einen kleinen Teil der Unzufriedenheit ans Tageslicht treten lassen! Aber glaubt man vielleicht, daß Witte darum etwas Entschiedenes, etwa die Beseitigung des Semstwos, vorschlägt? Nein, mitnichten. Witte, der um der schönen Phrasen willen die Politik des Ausweichens schmäht, schlägt nichts anderes vor als dieselbe Politik — und er kann ja auch nichts anderes vorschlagen, weil er aus seiner Haut, der Haut eines Ministers der absolutistischen Regierung, nicht heraus kann. Witte stammelt irgend etwas völlig Nichtssagendes von einem „dritten Weg": weder Herrschaft der Bürokratie noch Selbstverwaltung, sondern eine administrative Reform, die die „Teilnahme von gesellschaftlichen Elementen an den Regierungsinstitutionen" „richtig organisiert". Solchen Unsinn reden ist leicht, nur wird dieser Einfall jetzt — nach all den Experimenten mit „sachkundigen Leuten" — niemand mehr irreführen: es ist zu offensichtlich, daß *ohne Konstitution* jede „Teilnahme von gesellschaftlichen Elementen" eine Fiktion, eine Unterordnung der Gesellschaft (oder dieser oder jener von der Gesellschaft „Berufenen") unter die Bürokratie sein wird. Witte, der eine Teilmaßnahme des Innenministeriums — die Einführung des Semstwos in den Randgebieten — kritisiert, kann in der allgemeinen, von ihm selbst aufgeworfenen Frage absolut nichts Neues geben, sondern wärmt nur die alten Methoden der halben Maßnahmen, der Scheinzugeständnisse, des Versprechens aller möglichen Wohltaten und des Bruchs aller Versprechen wieder auf. Es kann nicht stark genug unterstrichen werden, daß Witte und Goremykin in der allgemeinen Frage, der „Richtung der Innenpolitik", eins sind, daß der Streit zwischen ihnen ein Familienstreit, ein häuslicher Zwist innerhalb ein und derselben Clique ist. Einerseits beeilt sich Witte zu erklären: „Ich habe weder eine Abschaffung der Semstwoinstitutionen noch irgendeine Umgestaltung der bestehenden Ordnung vorgeschlagen und schlage dies nicht vor... von ihrer (der bestehenden Semstwos) Abschaffung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl kaum die Rede sein." Witte „glaubt seinerseits, daß es mit der Schaffung starker lokaler Regierungsbehörden möglich sein

wird, den Semstwos mehr Vertrauen entgegenzubringen" usw. Nachdem man also ein starkes bürokratisches Gegengewicht gegen die Selbstverwaltung geschaffen (d. h. der Selbstverwaltung jede Macht genommen) hat, kann man ihr mehr „Vertrauen entgegenbringen". Es ist das alte Lied! Herr Witte fürchtet nur „gesamtständische Körperschaften", er „meinte keineswegs die Tätigkeit verschiedenartiger Korporationen, Gesellschaften, ständischer oder beruflicher Vereinigungen und war nicht der Auffassung, daß deren Tätigkeit für die Selbstherrschaft gefährlich" sei. In bezug auf die „Dorfgemeinden" zum Beispiel zweifelt Herr Witte wegen ihrer „Indolenz" nicht im geringsten an ihrer Ungefährlichkeit für die Selbstherrschaft. „Das Vorherrschen der mit dem Boden zusammenhängenden Beziehungen und der mit ihnen verbundenen Interessen verleiht der Landbevölkerung solche geistigen Eigenheiten, die sie gegen alles gleichgültig machen, was über ihre Kirchturmspolitik hinausgeht... Unser Bauer ist in den Gemeindeversammlungen mit der Umlage der Abgaben... mit der Verteilung der Bodenanteile usw. beschäftigt. Zudem ist er Analphabet oder halber Analphabet — *was kann es da schon für Politik geben?*" Herr Witte ist sehr nüchtern, wie man sieht. Zu den Ständevereinigungen erklärt er, daß, was ihre Gefährlichkeit für die Zentralgewalt betrifft, „die Spaltung der ständischen Interessen von wesentlicher Bedeutung ist. Durch Ausnutzung dieser Spaltung kann die Regierung gegen die politischen Ansprüche eines Standes stets in den anderen Ständen Stütze und Gegengewicht finden." Auch das „Programm" Wittes: „die richtig organisierte Teilnahme von gesellschaftlichen Elementen an den Regierungsinstitutionen" ist nichts anderes als einer der zahllosen Versuche des Polizeistaates, die Bevölkerung zu „spalten".

Anderseits betreibt auch Herr Goremykin, gegen den Herr Witte so wütend polemisiert, genau die gleiche systematische Politik der Spaltung und Unterdrückung. Er sucht (in seiner Denkschrift, auf die Witte antwortet) nachzuweisen, daß es notwendig sei, neue Beamtenstellen zur Überwachung des Semstwos zu schaffen, er ist sogar gegen die Genehmigung einfacher örtlicher Tagungen von Semstwoleuten, er setzt sich mit Leib und Seele für die Verordnung vom Jahre 1890, diesen Schritt zur Beseitigung des Semstwos, ein, er fürchtet, daß die Semstwos in das Programm der Taxierungsarbeiten „tendenziöse Fragen" aufnehmen könnten, fürchtet die Semstwostatistik überhaupt, er hält es für notwen-

dig, die Volksschule den Semstwos aus den Händen zu nehmen und sie Institutionen der Regierung zu unterstellen, er sucht zu beweisen, daß die Semstwos unfähig sind, das Ernährungswesen zu leiten (die Semstwovertreter wecken — sehen Sie wohl — „übertriebene Vorstellungen vom Umfang der Not und den Bedürfnissen der von der Mißernte betroffenen Bevölkerung"!!); er verteidigt die Bestimmungen über die Höchstgrenze der Besteuerung durch die Semstwos, „um den Grundbesitz vor einer übermäßigen Erhöhung der Semstwosteuern zu schützen". Witte hat also völlig recht, wenn er erklärt: „Die ganze Politik des Innenministeriums in bezug auf das Semstwo besteht darin, langsam, aber unaufhaltsam dessen Organe zu untergraben, ihre Bedeutung allmählich zu verringern und ihre Funktionen nach und nach in Regierungsinstitutionen zu konzentrieren. Wenn die in der Denkschrift (Goremykins) genannten ‚Maßnahmen, die in der letzten Zeit ergriffen wurden, um die einzelnen Zweige der Semstwowirtschaft und -verwaltung in Ordnung zu bringen', erfolgreich zu Ende geführt worden sind, dann wird es bei uns in Wirklichkeit keine Selbstverwaltung mehr geben — das kann man ohne die geringste Übertreibung sagen. Von den Semstwoinstitutionen wird allein die Idee und die äußere Hülle ohne jeden materiellen Inhalt übriggeblieben sein." Die Politik Goremykins (und noch mehr die Sipjagins) und die Politik Wittes laufen folglich auf ein und dasselbe hinaus, und ihr Streit in der Frage des Semstwos und des Konstitutionalismus ist, wir wiederholen es, nicht mehr als ein Familienzwist. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Das ist das Fazit des „Kampfes" der Herren Witte und Goremykin. Was jedoch unsere Schlußfolgerungen in der allgemeinen Frage der Selbstherrschaft und des Semstwos betrifft, so ziehen wir sie am besten im Zusammenhang mit einer Analyse des Vorworts von Herrn R. N. S.*

V

Das Vorwort des Herrn R. N. S. bietet sehr viel Interessantes. Es werden darin die äußerst umfassenden Probleme der politischen Umgestaltung Rußlands, der verschiedenartigen Methoden dieser Umgestaltung und der

* Mit diesem Pseudonym zeichnete Herr Struve. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

Bedeutung dieser oder jener, zur Umgestaltung führenden Kräfte angeschnitten. Anderseits stellt Herr R. N. S., der offenbar in engen Beziehungen zu den liberalen Kreisen im allgemeinen und zu den Kreisen der Semstwoliberalen im besonderen steht, zweifellos etwas Neues im Chor unserer „unterirdischen" Literatur dar. Darum ist es, wenn man sowohl die prinzipielle Frage der politischen Bedeutung des Semstwos klären als auch die Tendenzen und — ich will nicht sagen: Richtungen, sondern Stimmungen in den den Liberalen nahestehenden Kreisen kennenlernen will, sehr lohnend, auf dieses Vorwort ausführlicher einzugehen und zu untersuchen, ob dieses Neue ein Plus oder ein Minus, inwieweit es ein Plus, inwieweit und worin es ein Minus ist.

Die grundlegende Besonderheit der Anschauungen des Herrn R. N. S. besteht im folgenden. Wie aus sehr vielen, von uns weiter unten zitierten Stellen seines Aufsatzes hervorgeht, ist er Anhänger einer friedlichen, allmählichen, streng legalen Entwicklung. Anderseits aber rebelliert er mit ganzer Seele gegen die Selbstherrschaft und lechzt nach politischer Freiheit. Aber die Selbstherrschaft ist gerade darum Selbstherrschaft, weil sie *jede* „Entwicklung" zur Freiheit verbietet und verfolgt. Dieser Widerspruch zieht sich durch den ganzen Aufsatz des Herrn R. N. S., und das nimmt seinen Ausführungen jede Konsequenz, jede Festigkeit und jede Sicherheit. Den Konstitutionalismus kann man nur dann mit der Bemühung um eine streng legale Entwicklung des absolutistischen Rußlands vereinbaren, wenn man voraussetzt oder zumindest für möglich hält, daß die absolutistische Regierung *selber* zur Einsicht kommt, daß sie müde wird, Zugeständnisse machen wird usw. Und Herrn R. N. S. passiert es tatsächlich, daß er von der Höhe seiner staatsbürgerlichen Entrüstung wiederholt auf eben diesen vulgären Standpunkt des rückständigsten Liberalismus abrutscht. Hier ein Beispiel. Herr R. N. S. sagt von sich: „... wir, die wir im Kampf für die politische Freiheit den Hannibalschwur der heutigen bewußten Menschen Rußlands sehen, der ihnen ebenso heilig ist wie einst den Menschen der vierziger Jahre der Kampf für die Befreiung der Bauern ..." und ferner: „... wie schwer es uns, die wir den ‚Hannibalschwur' des Kampfes gegen die Selbstherrschaft geleistet haben, auch sein mag" usw. Gut gesagt, kräftig gesagt! Diese kräftigen Worte würden eine Zierde des Aufsatzes sein, wenn er von eben diesem Geist des unbeugsamen, unversöhnlichen Kampfes („Hannibalschwur"!) ganz und gar

durchdrungen wäre. Diese kräftigen Worte werden — eben weil sie so kräftig sind — irgendwie falsch klingen, wenn daneben Töne einer gekünstelten Versöhnlichkeit und Beruhigung vernehmbar werden, wenn der Versuch gemacht wird, die Konzeption einer friedlichen, streng legalen Entwicklung mit Hilfe der verschiedensten gewaltsamen Konstruktionen durchzuführen. Und bei Herrn R. N. S. finden sich leider mehr als genug solcher Töne und solcher Versuche. Er verwendet zum Beispiel ganze anderthalb Seiten auf die ausführliche „Begründung" des Gedankens, daß „die Staatspolitik unter der Regierung Nikolaus' II. vom moralischen und politischen Standpunkt eine *noch schärfere*" (von uns hervorgehoben) „Verurteilung verdient als die reaktionäre Revision der Reformen Alexanders II. unter Alexander III.". Warum eine *schärfere* Verurteilung? Weil — so stellt sich heraus — Alexander III. gegen die Revolution kämpfte, Nikolaus II. aber gegen die „legalen Bestrebungen der russischen Gesellschaft"; jener gegen politisch bewußte, dieser „gegen durchaus friedliche und mitunter sogar ohne jeden klaren politischen Gedanken handelnde gesellschaftliche Kräfte" („denen sogar mangelhaft zu Bewußtsein kommt, daß ihre bewußte Kulturarbeit die Staatsordnung unterhöhlt"). Das ist in sehr beträchtlichem Maße sachlich unrichtig — darüber weiter unten. Aber auch abgesehen davon kann man nicht umhin festzustellen, wie sonderbar schon allein der Gedankengang des Verfassers ist. Er verurteilt die Selbstherrschaft, und von zwei Selbstherrschern verurteilt er den einen *schärfer* nicht wegen des Charakters der Politik, die die alte geblieben ist, sondern weil dieser es (angeblich) nicht mit „Hitzköpfen" zu tun habe, die „naturgemäß" heftige Gegenwehr auslösen, und weil er folglich auch keinen Anlaß zu Verfolgungen habe. Verrät nicht schon allein der Gebrauch dieses Arguments ein offenkundiges Zugeständnis an die Versicherung des getreuen Untertanen, Väterchen Zar habe doch gar nichts zu fürchten, wenn er die von ihm Erkorenen zusammenrufe, denn alle diese Erkorenen hätten niemals an etwas gedacht, was über den Rahmen friedlicher Bestrebungen und strenger Legalität hinausgehe? Es wundert uns nicht, wenn wir einen solchen „Gedankengang" (oder Lügengang) bei Herrn Witte finden, der in seiner Denkschrift schreibt: „Man sollte meinen, daß dort, wo es weder politische Parteien noch Revolutionen gibt, wo niemand die Rechte der obersten Gewalt bestreitet, die Administration dem Volke oder der Gesellschaft nicht entgegengestellt

werden kann..."* usw. Uns wundern solche Ausführungen nicht bei Herrn Tschitscherin, der in seiner dem Grafen Miljutin nach dem 1. März 1881 überreichten Denkschrift erklärte, „die Staatsmacht muß vor allen Dingen ihre Energie zeigen, muß beweisen, daß sie angesichts der Gefahr nicht die Flagge gestrichen hat", daß „die monarchistische Ordnung nur dann mit freien Institutionen vereinbar ist, wenn diese die Frucht einer friedlichen Entwicklung, einer von der obersten Gewalt selbst ausgehenden ruhigen Initiative sind", und der den Rat erteilte, eine „starke und liberale" Staatsmacht zu schaffen, die mit Hilfe eines „durch gewählte Elemente verstärkten und erneuerten gesetzgebenden Organs" wirke**. Für solch einen Herrn Tschitscherin wäre es durchaus natürlich zu erklären, daß die Politik Nikolaus' II. schärfere Verurteilung verdiene, *weil* unter seiner Herrschaft die friedliche Entwicklung und die ruhige Initiative der obersten Gewalt zu freien Institutionen führen *könnten*. Aber sind solche Ausführungen natürlich, sind sie anständig im Munde eines Menschen, der den Hannibalschwur des Kampfes geleistet hat?

Auch sachlich ist Herr R. N. S. im Unrecht. Er vergleicht die jetzige Zarenregierung mit der vorangegangenen und sagt: „Jetzt... denkt niemand ernstlich an einen gewaltsamen Umsturz, wie er den Narodowolzen[28] vorschwebte." Parlez pour vous, monsieur! Sprechen Sie nur im eigenen Namen! Wir aber wissen genau, daß nicht nur die revolutionäre Bewegung in Rußland unter der jetzigen Regierung nicht gestorben und, verglichen mit der Zeit unter der vorigen Regierung, nicht schwächer geworden ist, sondern daß sie im Gegenteil wiedererstanden und um ein Vielfaches stärker geworden ist. Und was wäre das auch für eine „revolutionäre" Bewegung, wenn von ihren Teilnehmern niemand ernstlich an einen gewaltsamen Umsturz denken würde? Man wird uns vielleicht entgegnen, daß Herr R. N. S. in den zitierten Zeilen nicht einen gewaltsamen Umsturz überhaupt im Auge hat, sondern einen spezifischen Umsturz im Sinne der „Narodnaja Wolja", d. h. einen zugleich politischen

* S. 205. „Das ist sogar unklug", bemerkt Herr R. N. S. in einer Anmerkung zu dieser Stelle. Sehr richtig. Sind aber die obenerwähnten Ausführungen des Herrn R. N. S. auf S. XI—XII seines Vorworts nicht aus demselben Ton geknetet?

** „Denkschrift" Wittes, S. 122/123. „Die Verfassung des Grafen Loris-Melikow", S. 24.

und sozialen Umsturz, einen Umsturz, der nicht nur zum Sturz der Selbstherrschaft, sondern auch zur Machtergreifung führt. Ein solcher Einwand wäre nicht stichhaltig, denn erstens ist es für die Selbstherrschaft als solche (d. h. für die autokratische Regierung, nicht aber für die „Bourgeoisie" oder die „Gesellschaft") gar nicht wichtig, *zu welchem Zweck* man sie stürzen will, sondern *daß* man sie stürzen will. Und zweitens haben auch die Mitglieder der „Narodnaja Wolja" gleich zu Beginn der Herrschaft Alexanders III. der Regierung die gleiche Alternative „präsentiert", vor die die Sozialdemokratie Nikolaus II. stellt: entweder revolutionärer Kampf oder Verzicht auf die Selbstherrschaft. (Siehe den Brief des Exekutivkomitees der „Narodnaja Wolja" vom 10. März 1881 an Alexander III., worin zwei Bedingungen gestellt wurden: 1. allgemeine Amnestie für alle politischen Verbrechen und 2. Einberufung von Vertretern des ganzen russischen Volkes auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit.) Und Herr R. N. S. weiß auch selbst ausgezeichnet, daß nicht nur viele Intellektuelle, sondern auch viele Arbeiter an einen gewaltsamen Umsturz „ernstlich denken": man sehe sich S. XXXIX ff. seines Aufsatzes an, wo von der „revolutionären Sozialdemokratie" gesprochen wird, der sowohl die „Massenbasis als auch die geistigen Kräfte" gesichert sind, die zum „entschiedenen politischen Kampf", zum „blutigen Kampf des revolutionären Rußlands gegen das absolutistisch-bürokratische Regime" schreitet (XLI). Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die „wohlgesinnten Reden" des Herrn R. N. S. nur eine besondere Methode, einen Versuch darstellen, durch Beteuerungen der eigenen (oder fremden) Bescheidenheit auf die Regierung (oder auf die „öffentliche Meinung") einzuwirken.

Herr R. N. S. glaubt übrigens, daß man den Begriff des Kampfes sehr weit auslegen kann. „Die Abschaffung des Semstwos", schreibt er, „wird der revolutionären Propaganda einen gewaltigen Trumpf in die Hand geben; wir sagen das ganz objektiv (sic!), ohne irgendeinen Abscheu gegen das zu hegen, was man gewöhnlich revolutionäre Tätigkeit nennt, aber auch ohne gerade von dieser Form (sic!) des Kampfes für den politischen und sozialen Fortschritt begeistert oder hingerissen zu sein." Diese Tirade ist sehr bemerkenswert. Löst man die quasiwissenschaftliche Formel auf, die sich völlig unangebracht mit ihrer „Objektivität" brüstet (wenn der Verfasser selber die Frage nach dem Vorzug stellt, den diese oder jene

Form der Tätigkeit oder des Kampfes für ihn hat, ist die Beteuerung seiner Objektivität vom gleichen Wert wie die Behauptung: zwei mal zwei ist gleich Stearinkerze), dann erhält man die alte, uralte Argumentation: Mir, ihr Herren Machthaber, könnt ihr glauben, wenn ich euch mit der Revolution schrecke, denn ich habe absolut nichts für sie übrig. Die Berufung auf Objektivität ist nichts anderes als ein Feigenblättchen, das die subjektive Antipathie gegen die Revolution und die revolutionäre Tätigkeit verhüllt. Herr R. N. S. aber braucht solch eine Hülle, weil eine derartige Antipathie mit dem Hannibalschwur des Kampfes absolut unvereinbar ist.

Übrigens, täuschen wir uns nicht in bezug auf diesen Hannibal? Hat er tatsächlich den Schwur geleistet, gegen die Römer zu kämpfen, oder nur einen Schwur, für den Fortschritt Karthagos zu kämpfen, für einen Fortschritt, der natürlich letzten Endes Rom schaden würde? Ist es möglich, das Wort Kampf nicht so „eng" aufzufassen? Herr R. N. S. glaubt, das sei möglich. Der Kampf gegen die Selbstherrschaft — das zeigt eine Gegenüberstellung des Hannibalschwurs mit der angeführten Tirade — äußert sich in verschiedenen „Formen": Die eine Form ist der revolutionäre, illegale Kampf, die andere Form ist „Kampf für den politischen und sozialen Fortschritt" schlechthin, d. h. mit anderen Worten, die friedliche, legale Tätigkeit, die in den von der Selbstherrschaft erlaubten Grenzen Kultur verbreitet. Wir zweifeln keineswegs daran, daß auch unter der Selbstherrschaft eine legale Tätigkeit möglich ist, die den Fortschritt Rußlands fördert: in manchen Fällen ziemlich rasch den technischen Fortschritt, in einigen Fällen sehr unbedeutend den sozialen Fortschritt, in äußerst seltenen Fällen und in ganz winzigem Ausmaß den politischen Fortschritt. Man kann darüber streiten, wie groß dieser winzige Fortschritt und inwieweit er möglich ist, inwieweit die wenigen einzelnen Fälle eines solchen Fortschritts imstande sind, jene massenhafte politische Demoralisierung der Bevölkerung zu paralysieren, die die Selbstherrschaft stets und überall hervorbringt. Bezieht man aber, wenn auch nur indirekt, die friedliche legale Tätigkeit in den Begriff des Kampfes gegen die Selbstherrschaft ein, so bedeutet das die Förderung dieser Demoralisierung, bedeutet die Schwächung des im russischen Bürger ohnehin unendlich schwach entwickelten Bewußtseins seiner Verantwortlichkeit als Staatsbürger für *alles*, was die Regierung tut.

Leider steht Herr R. N. S. unter den illegalen Schriftstellern, die den

Unterschied zwischen revolutionärem Kampf und friedlicher Kulturarbeit zu verwischen suchen, nicht allein. Er hat einen Vorläufer, Herrn R. M., den Verfasser des Aufsatzes „Unsere Wirklichkeit" in der berühmten „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'"[29] (September 1899). In seiner Polemik gegen die revolutionären Sozialdemokraten schrieb er: „Sowohl der Kampf für die öffentliche Selbstverwaltung auf dem Lande und in den Städten als auch der Kampf für die öffentliche Schule, sowohl der Kampf für das öffentliche Gericht als auch der Kampf für die öffentliche Unterstützung der hungernden Bevölkerung usw. ist doch ein Kampf mit der Selbstherrschaft... Dieser gesellschaftliche Kampf, der infolge eines sonderbaren Mißverständnisses bei vielen russischen revolutionären Schriftstellern keine geneigte Aufmerksamkeit findet, wird, wie wir gesehen haben, von der russischen Gesellschaft bereits geführt, und nicht erst seit gestern... Die wirkliche Frage ist, wie diese einzelnen Gesellschaftsschichten... diesen Kampf mit der Selbstherrschaft so erfolgreich wie möglich führen können... Die Hauptfrage aber für uns ist: Wie sollen diesen gesellschaftlichen Kampf mit der Selbstherrschaft unsere Arbeiter führen, deren Bewegung unsere Revolutionäre als das beste Mittel zum Sturz der Selbstherrschaft ansehen." (S. 8—9.) Wie man sieht, hält Herr R. M. es gar nicht für notwendig, seine Antipathie gegen die Revolutionäre zu verhehlen; die legale Opposition und die friedliche Arbeit bezeichnet er direkt als Kampf mit der Selbstherrschaft, und es ist sogar die Hauptfrage für ihn, wie die Arbeiter *„diesen"* Kampf führen sollen. Herr R. N. S. ist bei weitem nicht so primitiv und nicht so offenherzig, aber die Verwandtschaft der politischen Tendenzen bei unserem Liberalen und bei dem extremen Verehrer der reinen Arbeiterbewegung kommt ziemlich klar zum Vorschein.*

---

* „Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter", sagt Herr R. N. S. an anderer Stelle, „werden eine Schule der realen politischen Erziehung der Arbeitermassen sein." Wir würden dem Verfasser raten, das von den Rittern des Opportunismus abgenutzte Schlagwort „real" etwas vorsichtiger zu gebrauchen. Es ist nicht zu leugnen, daß unter gewissen Bedingungen auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter viel zu ihrer politischen Erziehung beitragen können (wie sie auch unleugbar unter anderen Bedingungen manches zur politischen Demoralisierung der Arbeiter beitragen können). Eine *reale* politische Erziehung aber kann den Arbeitermassen nur ihre allseitige Teil-

Was die „Objektivität" des Herrn R. N. S. betrifft, so müssen wir bemerken, daß er sie manchmal auch ohne viel Federlesens beiseite schiebt. Er bleibt „objektiv", wenn er von der Arbeiterbewegung, ihrem organischen Wachstum, dem kommenden unvermeidlichen Kampf der revolutionären Sozialdemokratie gegen die Selbstherrschaft spricht, wenn er sagt, die Abschaffung des Semstwos würde unvermeidlich zur Folge haben, daß sich die Liberalen zu einer illegalen Partei organisieren. All dies wird sehr sachlich und sehr nüchtern dargelegt, so nüchtern, daß man sich darüber freuen kann, daß in liberalen Kreisen eine richtige Auffassung von der Arbeiterbewegung in Rußland verbreitet ist. Sobald aber Herr R. N. S. nicht vom Kampf gegen den Feind, sondern von einem möglichen „Sichfügen" des Feindes spricht, verliert er sofort seine „Objektivität", läßt seine Gefühle sprechen und geht sogar von der Aussageform zur Befehlsform über.

„Nur dann wird es nicht zum letzten und blutigen Kampf des revolutionären Rußlands gegen das absolutistisch-bürokratische Regime kommen, wenn sich unter den Machthabern Männer finden, die den Mut aufbringen, sich der Geschichte zu fügen und den Selbstherrscher zu bewegen, sich ihr zu fügen... Zweifellos gibt es in der höchsten Bürokratie Personen, die mit der reaktionären Politik nicht sympathisieren... Sie, die einzigen Personen, die Zutritt zum Thron haben, wagen es niemals, ihre Überzeugungen laut auszusprechen... Es kann jedoch sein, daß der gewaltige Schatten der unvermeidlichen historischen Vergeltung, der Schatten großer Ereignisse Schwankungen in den Regierungskreisen hervorrufen und zur rechten Zeit die eiserne Phalanx der reaktionären Politik zerstören wird. Dazu ist jetzt verhältnismäßig wenig notwendig... Es kann sein, daß sie (die Regierung) nicht allzu spät auch die fatale Gefahr erkennen wird, die eine Aufrechterhaltung des autokratischen Regimes mit allen Mitteln darstellt. Es kann sein, daß sie, noch bevor es zur Revolution kommt, ihres Kampfes gegen die natürliche, geschichtlich notwendige Entwicklung der Freiheit selbst müde wird und in ihrer ‚unversöhnlichen' Politik zu schwanken beginnt. Hört sie erst einmal auf, im Kampf gegen die Freiheit konsequent zu sein, so wird sie ihr die Tür immer weiter und weiter öffnen müssen. Es kann sein... nein, es kann nicht nur sein, sondern *es sei so!*" (Vom Verfasser hervorgehoben.)

---

nahme an der revolutionären Bewegung bis zum offenen Straßenkampf, bis zum Bürgerkrieg gegen die Verteidiger der politischen und wirtschaftlichen Sklaverei geben.

Amen! können wir nur zu diesem wohlgesinnten und erhabenen Monolog sagen. Unser Hannibal macht so rasche Fortschritte, daß er uns bereits in einer dritten Form entgegentritt: die erste Form war der Kampf gegen die Selbstherrschaft, die zweite die Verbreitung von Kultur, und die dritte sind Appelle an den Feind, sich zu fügen, sowie die Versuche, ihn mit einem „Schatten" zu schrecken. Wie entsetzlich! Wir sind völlig einverstanden mit dem ehrenwerten Herrn R. N. S., daß die Heuchler in der russischen Regierung mehr als sonst etwas in der Welt „Schatten" fürchten. Unmittelbar vor dieser Schattenbeschwörung rief unser Verfasser mit dem Hinweis auf das Anwachsen der revolutionären Kräfte und die kommende revolutionäre Explosion aus: „Mit tiefem Schmerz sehen wir die entsetzlichen Opfer an Menschen und kulturellen Kräften voraus, die diese wahnwitzige aggressiv-konservative Politik kosten wird, die weder einen politischen Sinn noch den Schatten einer moralischen Rechtfertigung für sich hat." In welch bodenlosen Abgrund von Doktrinarismus und salbungsvoller Heuchelei läßt solch ein Abschluß der Betrachtungen über die revolutionäre Explosion blicken! Der Verfasser besitzt keine Spur von Verständnis dafür, was für eine gigantische historische Bedeutung es hätte, wenn das Volk in Rußland wenigstens einmal der Regierung eine gründliche Lektion erteilen würde. Statt durch den Hinweis auf die „entsetzlichen Opfer", die das Volk dem Absolutismus gebracht hat und noch bringt, Haß und Empörung zu wecken, Bereitschaft und Leidenschaft für den Kampf zu entfachen — statt dessen verweist ihr auf *künftige* Opfer, um vom Kampfe abzuschrecken. O je, meine Herren! Es wäre schon besser, von der „revolutionären Explosion" überhaupt nicht zu reden, als diese Betrachtung durch ein derartiges Finale zu verderben. „Große Ereignisse" *herbeiführen* wollt ihr offenbar nicht, ihr wollt nur vom „Schatten großer Ereignisse" reden, und auch reden wollt ihr nur mit „Personen, die Zutritt zum Thron haben".

Von derartigem Gerede mit Schatten und über Schatten ist bekanntlich auch unsere legale Presse übervoll. Um aber den Schatten Realität zu verleihen, ist es üblich, auf die „großen Reformen" als Beispiel hinzuweisen und ihnen ein Halleluja voll konventioneller Lüge zu singen. Dem von der Zensur kontrollierten Publizisten muß man mitunter diese Lüge verzeihen, denn anders kann er sein Streben nach politischen Umgestaltungen nicht zum Ausdruck bringen. Aber Herr R. N. S. war keiner Zensur

unterworfen. „Die großen Reformen", schreibt er, „sind nicht zum höheren Triumph der Bürokratie geplant worden." Man sehe nur, wie ausweichend dieser apologetische Satz gehalten ist. *Von wem* „geplant"? Von Herzen, Tschernyschewski, Unkowski und denen, die mit ihnen gingen? Aber diese Männer forderten unvergleichlich mehr als das, was die „Reformen" verwirklicht haben, und wegen ihrer Forderungen wurden sie von der Regierung, die die „großen" Reformen durchführte, verfolgt. — Von der Regierung und denen, die ihr blind mit Lobesgesängen folgten und die „Hitzköpfe" ankläfften? Aber die Regierung tat alles mögliche und unmögliche, um sowenig Zugeständnisse wie möglich machen zu müssen, um die demokratischen Forderungen zu beschneiden und sie *gerade* „zum höheren Triumph der Bürokratie" zu beschneiden. Herr R. N. S. kennt alle diese historischen Tatsachen ausgezeichnet und vertuscht sie nur, weil sie seine idyllische Theorie von einem möglichen „Sichfügen" des Selbstherrschers so ganz und gar über den Haufen werfen. In der Politik ist kein Platz für ein Sichfügen, und nur grenzenlose Einfalt (sowohl heilige als auch arglistige Einfalt) kann die althergebrachte Polizeimethode: divide et impera, teile und herrsche, gib in Unwichtigem nach, um das Wesentliche zu behalten, gib mit der linken Hand und nimm mit der rechten wieder fort, für ein Sichfügen halten. „...Als die Regierung Alexanders II. die ‚großen Reformen' plante und durchführte, setzte sie sich zugleich nicht bewußt das Ziel, dem russischen Volke um jeden Preis alle legalen Wege zur politischen Freiheit abzuschneiden, prüfte sie nicht jeden ihrer Schritte, jeden Paragraphen des Gesetzes von diesem Standpunkt aus." Das ist *nicht wahr*. Die Regierung Alexanders II. setzte sich sowohl bei der „Planung" als auch bei der Durchführung der Reformen von Anfang an ganz bewußt das Ziel, der damals erhobenen Forderung nach politischer Freiheit nicht nachzugeben. Von Anfang an und bis zu allerletzt schnitt sie jeden legalen Weg zur Freiheit ab, denn selbst einfache Gesuche beantwortete sie mit Repressalien, denn niemals erlaubte sie, über die Freiheit auch nur frei zu sprechen. Um die Lobhudeleien des Herrn R. N. S. zu widerlegen, genügt es, auf die von uns oben angeführten Tatsachen hinzuweisen, die Witte in seiner „Denkschrift" darlegt. Und über die Personen, die der Regierung Alexanders II. angehörten, äußert sich Witte selbst zum Beispiel wie folgt: „Es muß bemerkt werden, daß die hervorragenden Staatsmänner aus der Epoche der sechziger Jahre,

deren ruhmvolle Namen auch in der dankbaren Nachwelt fortleben werden, zu ihrer Zeit so Großes leisteten, wie ihre Nachfolger kaum geleistet haben, daß sie an der Erneuerung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung in aufrichtiger Überzeugung arbeiteten, mit grenzenloser Ergebenheit für ihren Herrscher und nicht entgegen seinen Bestrebungen." (S. 67 der „Denkschrift".) Nun, alles was recht ist: in aufrichtiger Überzeugung, mit grenzenloser Ergebenheit für den an der Spitze einer Polizeibande stehenden Herrscher...

Nach dem oben Gesagten darf es uns nicht mehr wundern, daß Herr R. N. S. außerordentlich wenig über die wichtigste Frage, die Rolle des Semstwos im Kampfe für die politische Freiheit, sagt. Außer den üblichen Hinweisen auf die „praktische" und „kulturelle" Arbeit des Semstwos verweist er flüchtig auf dessen „erzieherisch-politische Bedeutung" und erklärt, „das Semstwo hat eine politische Bedeutung", das Semstwo sei, wie Herr Witte klar sehe, „allein kraft der historischen Tendenz seiner Entwicklung — als Keim der Konstitution — gefährlich (für die bestehende Ordnung)". Und als Abschluß dieser gleichsam zufällig hingeworfenen Bemerkungen ein Ausfall gegen die Revolutionäre: „Wir schätzen das Werk des Herrn Witte nicht nur deshalb, weil es die Wahrheit über die Selbstherrschaft sagt, sondern auch als wertvolles politisches Zeugnis, das dem Semstwo von der Bürokratie selbst ausgestellt worden ist. Dieses Zeugnis ist eine ausgezeichnete Antwort an alle diejenigen, die aus Mangel an politischer Bildung oder weil sie sich von der revolutionären Phrase hinreißen lassen (sic!), die große politische Bedeutung des russischen Semstwos und seiner legalen Kulturarbeit nicht sehen wollten und wollen." Wer hat denn Mangel an Bildung offenbart oder sich von der Phrase hinreißen lassen? Wo und wann? Mit wem ist Herr R. N. S. nicht einverstanden und warum nicht? Hierauf gibt er keine Antwort, und der Ausfall des Verfassers ist nichts als eine Äußerung seiner Antipathie gegen die Revolutionäre, die uns bereits aus anderen Stellen seines Aufsatzes bekannt ist. Die Sache wird keineswegs klarer durch die noch seltsamere Bemerkung: „Mit diesen Worten wollen wir durchaus nicht (?!) die Revolutionäre verletzen, an denen man vor allem den moralischen Mut im Kampfe gegen die Willkür schätzen muß." Wozu das? Was soll das? Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem moralischen Mut und der Unfähigkeit, das Semstwo richtig einzuschätzen? Wahrlich, eine schöne

„Verbesserung", die Herr R. N. S. da vornimmt: zuerst hat er die Revolutionäre durch die unbegründete und „anonyme" (d. h. unbekannt, gegen wen gerichtete) Beschuldigung der Unwissenheit und der Phrasendrescherei „verletzt", jetzt aber „verletzt" er sie noch durch die Annahme, man könne sie veranlassen, die Pille des Vorwurfs der Unwissenheit zu schlukken, wenn man diese Pille durch die Anerkennung ihres moralischen Mutes versüße. Und um die Unklarheit vollständig zu machen, widerspricht Herr R. N. S. sich selbst und erklärt — gewissermaßen im Chor mit „denen, die sich von der revolutionären Phrase hinreißen lassen" —, daß „das gegenwärtige russische Semstwo ... keine politische Größe ist, die durch ihre unmittelbare Kraft irgend jemand imponieren, irgend jemand Schreck einjagen könnte ... Es behauptet mit Mühe und Not seine bescheidene Position" ... „Solche Institutionen (wie das Semstwo) ... können an und für sich diesem (absolutistischen) System nur in ferner Zukunft und allein im Zusammenhang mit der Entwicklung der gesamten Kultur des Landes gefährlich werden."

VI

Versuchen wir also, Klarheit in dieser Frage zu schaffen, über die Herr R. N. S. so aufgebracht und so inhaltslos redet. Die von uns oben angeführten Tatsachen zeigen, daß die „politische Bedeutung" des Semstwos, d. h. seine Bedeutung als Faktor im Kampf für die politische Freiheit, hauptsächlich im folgenden besteht. Erstens stellt diese Organisation der Vertreter unserer besitzenden Klassen (und insbesondere des Landadels) ständig die gewählten Körperschaften der Bürokratie entgegen, ruft ständige Konflikte zwischen ihnen hervor, zeigt auf Schritt und Tritt den reaktionären Charakter des verantwortungslosen zaristischen Beamtentums auf, nährt die Unzufriedenheit und die Opposition gegen die absolutistische Regierung.* Zweitens haben die Semstwos, die zum fünften Rad am Wagen der Bürokratie gemacht worden sind, das Bestreben, ihre

* Siehe die außerordentlich ausführliche Erläuterung dieser Seite der Frage in der Broschüre von P. B. Axelrod: „Die historische Lage und das gegenseitige Verhältnis der liberalen und der sozialistischen Demokratie in Rußland" (Genf 1898), insbesondere S. 5, 8, 11—12, 17—19.

Stellung zu festigen, ihre Bedeutung zu erhöhen, sie streben — ja sogar, um einen Ausdruck Wittes zu gebrauchen, „marschieren unbewußt" — zur Konstitution, indem sie entsprechende Petitionen einreichen. Sie sind darum ein untauglicher Bundesgenosse für die Regierung in deren Kampf gegen die Revolutionäre; sie wahren wohlwollende Neutralität gegenüber den Revolutionären und erweisen ihnen einen zwar nur indirekten, aber doch unzweifelhaften Dienst, indem sie in kritischen Momenten Unsicherheit in die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung tragen. Selbstverständlich kann eine Institution, die bisher bestenfalls nur zu liberalen Petitionen und zu wohlwollender Neutralität fähig war, weder als ein „bedeutender" noch überhaupt als ein halbwegs selbständiger Faktor des politischen Kampfes betrachtet werden, aber die Rolle eines *Hilfs*faktors kann man dem Semstwo nicht absprechen. In diesem Sinne sind wir sogar, wenn man will, bereit anzuerkennen, daß das Semstwo ein Stückchen Konstitution ist. — Der Leser wird vielleicht sagen: Dann sind Sie also mit Herrn R. N. S. einverstanden, der auch nicht mehr behauptet. Keineswegs. Hier beginnt ja erst unsere Meinungsverschiedenheit.

Das Semstwo ist ein Stückchen Konstitution. Mag sein. Aber es ist eben solch ein Stückchen, mit dem man die russische „Gesellschaft" von der Konstitution *wegzulocken* suchte. Es ist eben solch eine verhältnismäßig sehr unwichtige Position, die die Selbstherrschaft der wachsenden demokratischen Bewegung zugestanden hat, um sich die Hauptpositionen zu erhalten, um diejenigen zu spalten und zu entzweien, die politische Umgestaltungen forderten. Wir haben gesehen, wie es gelang, auf dem Boden des „Vertrauens" zum Semstwo (dem „Keim der Konstitution") sowohl in den sechziger Jahren als auch in den Jahren 1880—1881 diese Entzweiung herbeizuführen. Die Frage nach dem Verhältnis des Semstwos zur politischen Freiheit ist ein Einzelfall der allgemeinen Frage nach dem Verhältnis von Reformen zur Revolution. Und an diesem Einzelfall können wir die ganze Beschränktheit und Ungereimtheit der Bernsteinschen Modetheorie erkennen, die den revolutionären Kampf durch den Kampf für Reformen ersetzt, die erklärt (z. B. durch den Mund des Herrn Berdjajew), „das Prinzip des Fortschritts" sei: „Je besser, desto besser". Dieses Prinzip ist in der allgemeinen Form ebenso falsch wie das umgekehrte Prinzip „Je schlimmer, desto besser". Die Revolutionäre werden natürlich nie auf den Kampf für Reformen, auf die Eroberung einer, sei es auch

unwichtigen und untergeordneten Position des Feindes verzichten, *wenn* diese Position den revolutionären Ansturm verstärkt und den vollständigen Sieg erleichtert. Aber sie werden auch nie vergessen, daß es Fälle gibt, wo der Feind selber eine bestimmte Position aufgibt, um die Angreifer zu spalten und leichter zu zerschlagen. Sie werden nie vergessen, daß die Bewegung nur dann vor falschen Schritten und schmählichen Fehlern bewahrt werden kann, wenn man das „Endziel" stets im Auge behält, wenn man jeden Schritt der „Bewegung" und jede einzelne Reform vom Standpunkt des allgemeinen revolutionären Kampfes beurteilt.

Eben diese Seite der Frage — die Bedeutung des Semstwos als Werkzeug zur *Festigung* der Selbstherrschaft durch halbe Zugeständnisse, als Werkzeug zur Gewinnung eines gewissen Teils der liberalen Gesellschaft für die Selbstherrschaft — hat Herr R. N. S. überhaupt nicht begriffen. Er hat es vorgezogen, ein doktrinäres Schema auszutüfteln, das Semstwo und Konstitution durch eine gerade Linie nach der „Formel" verbindet: Je besser, desto besser. „Wenn Sie zuerst die Semstwos in Rußland abschaffen", sagt er, sich an Witte wendend, „und dann die Rechte der Person erweitern, so werden Sie sich die beste Gelegenheit entgehen lassen, dem Lande eine gemäßigte Konstitution zu geben, die auf der Grundlage einer örtlichen Selbstverwaltung mit ständischem Anstrich geschichtlich erwachsen wäre. Der Sache des Konservatismus werden Sie auf jeden Fall einen sehr schlechten Dienst erweisen." Was für eine harmonische und schöne Konzeption! Örtliche Selbstverwaltung mit ständischem Anstrich — der weise Konservative, der Zutritt zum Thron hat —, eine gemäßigte Konstitution. Schade nur, daß in Wirklichkeit die weisen Konservativen dank dem Semstwo mehr als einmal die „beste Gelegenheit" fanden, dem Lande *keine* Konstitution zu „geben".

Die friedliche „Konzeption" des Herrn R. N. S. beeinflußte auch die Formulierung seiner Losung, mit der er den Aufsatz schließt und die — eben wie eine Losung — als besondere Zeile und mit fetter Schrift gedruckt ist: „Rechte und ein machtbefugtes allrussisches Semstwo!" Man muß offen gestehen, daß das eine ebenso würdelose Anpassung an die politischen Vorurteile der breiten Masse der russischen Liberalen ist wie die Anpassung an die politischen Vorurteile der breiten Masse der Arbeiter, die wir bei der „Rabotschaja Mysl" sehen. Wir sind verpflichtet, sowohl im ersten als auch im zweiten Fall gegen diese Anpassung Einspruch

zu erheben. Es ist ein Vorurteil zu glauben, die Regierung Alexanders II. habe den legalen Weg zur Freiheit nicht versperrt, das Bestehen der Semstwos sei die beste Gelegenheit, dem Lande eine gemäßigte Konstitution zu geben, die Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo" könne — wir wollen schon gar nicht sagen der revolutionären, aber doch wenigstens der konstitutionellen Bewegung — als Banner dienen. Das ist kein Banner, das Feinde von Verbündeten trennen hilft, das imstande wäre, der Bewegung Richtung zu geben und sie zu führen; das ist ein Fetzen, der lediglich völlig unzuverlässigen Leuten helfen wird, sich in die Bewegung einzuschleichen, der der Regierung abermals den Versuch erleichtern wird, sich mit pompösen Versprechungen und halben Reformen loszukaufen. Ja, man braucht kein Prophet zu sein, um das vorauszusagen: Wird unsere revolutionäre Bewegung ihren Höhepunkt erreichen — wird sich die liberale Gärung in der Gesellschaft verzehnfachen —, so werden in der Regierung neue Loris-Melikow und Ignatjew auf den Plan treten, die auf ihr Banner die Losung schreiben werden: „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo". Zumindest wäre das für Rußland der ungünstigste, für die Regierung aber der günstigste Ausgang der Sache. Wenn ein halbwegs beträchtlicher Teil der Liberalen an dieses Banner glauben und, von ihm begeistert, den revolutionären „Hitzköpfen" in den Rücken fallen wird, so können letztere plötzlich isoliert sein, und die Regierung wird versuchen, dafür zu sorgen, daß es bei minimalen Zugeständnissen bleibt, die sich auf irgendeine Konstitution mit beratender und adlig-aristokratischer Vertretungskörperschaft beschränken. Ob ein solcher Versuch gelingen wird — das wird vom Ausgang des Entscheidungskampfes zwischen dem revolutionären Proletariat und der Regierung abhängen, daß aber die Liberalen die Betrogenen sein werden, dafür kann man jede Bürgschaft übernehmen. Mit Hilfe einer Losung wie der, die Herr R. N. S. gegeben hat („ein machtbefugtes Semstwo" oder „Semstwowesen" u. dgl.), wird die Regierung sie von den Revolutionären weglocken, wie man junge Hunde lockt, sie danach beim Schlafittchen nehmen und mit den Ruten der sogenannten Reaktion züchtigen. Wir aber, meine Herren, werden dann nicht verfehlen zu sagen: *Das geschieht euch recht!*

Und weswegen wird statt der Forderung nach Vernichtung des Absolutismus solch ein gemäßigter und korrekter Wunsch als Endlosung vorgebracht? Erstens wegen des philisterhaften Doktrinarismus, der dem

„Konservatismus einen Dienst" erweisen will und glaubt, daß die Regierung durch solch eine Mäßigung gerührt und dazu gebracht werde, „sich zu fügen". Zweitens, um „die Liberalen zu vereinigen". In der Tat, die Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo" wird wohl *alle* Liberalen vereinigen — ebenso wie die Losung „Eine Kopeke Zuschlag pro Rubel" (nach Ansicht der „Ökonomisten") *alle* Arbeiter vereinigen wird. Wird aber eine *solche* Vereinigung nicht ein Verlust statt ein Gewinn sein? Die Vereinigung ist ein Plus, wenn sie die zu Vereinigenden auf das Niveau des bewußten und entschiedenen Programms desjenigen hebt, der vereinigt. Die Vereinigung ist ein Minus, wenn sie die sich Vereinigenden auf das Niveau der Vorurteile der Masse herabdrückt. Unter der Masse der russischen Liberalen ist aber zweifellos das Vorurteil sehr, sehr weit verbreitet, daß das Semstwo wahrhaftig der „Keim der Konstitution" ist*,

* Zu der Frage, was man vom Semstwo erwarten könne, sind folgende Äußerungen des Fürsten P. W. Dolgorukow nicht uninteressant, die seinem in den sechziger Jahren herausgegebenen „Listok" [Das Blatt] entnommen sind (Burzew, S. 64—67 des genannten Werks): „Wenn wir die grundlegenden Verordnungen über die Semstwoinstitutionen prüfen, so stoßen wir wieder auf den gleichen, geheimen, aber ständig deutlich hervortretenden Gedanken der Regierung: Durch Großmut betäuben; mit lauter Stimme verkünden: ‚Seht, wieviel ich euch schenke!' In Wirklichkeit aber sowenig wie möglich geben und zugleich, beim Geben dieses Wenigen, noch bestrebt sein, Schranken zu setzen, damit selbst das nicht voll ausgenützt werden kann, was geschenkt wurde... Gegenwärtig, unter der absolutistischen Ordnung der Dinge, werden und können die Semstwoinstitutionen keinen Nutzen bringen, werden und können sie keine Bedeutung haben, aber sie sind reich an Keimen für eine fruchtbare Entwicklung in der Zukunft... Die neuen Semstwoinstitutionen sind wahrscheinlich vom Schicksal dazu bestimmt, als Grundlage für eine künftige konstitutionelle Ordnung in Rußland zu dienen... Aber bis zur Einführung einer konstitutionellen Regierungsform in Rußland, solange die Selbstherrschaft besteht, solange das gedruckte Wort nicht frei ist, sind die Semstwoinstitutionen dazu verurteilt, ein politischer Schatten zu bleiben, Versammlungen stimmberechtigter Semstwovertreter, *die nichts zu bestimmen haben.*" Dolgorukow gab sich also sogar damals, mitten in den sechziger Jahren, keinem übermäßigen Optimismus hin. Und die seither verflossenen 40 Jahre haben uns vieles gelehrt und gezeigt, daß die Semstwos vom „Schicksal" (zum Teil aber auch von der Regierung) dazu bestimmt waren, einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur *Betäubung* der Konstitutionalisten als Grundlage zu dienen.

der nur zufällig durch die Ränke irgendwelcher unmoralischen Favoriten in seinem „natürlichen" friedlichen und allmählichen Wachstum aufgehalten wird, daß einige Petitionen den Selbstherrscher dazu bringen könnten, „sich zu fügen", daß die legale Kulturarbeit überhaupt und die der Semstwos im besonderen „große politische Bedeutung" hat, da sie diejenigen, die in Worten Feinde der Selbstherrschaft sind, von der Pflicht entbindet, den revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft in dieser oder jener Form aktiv zu unterstützen u. a. usw. usf. Eine Vereinigung der Liberalen ist eine unbedingt nützliche und wünschenswerte Sache, aber nur eine solche Vereinigung, die sich das Ziel steckt, gegen überlebte Vorurteile zu kämpfen, nicht aber ihnen zu schmeicheln, das Durchschnittsniveau unserer politischen Bildung (genauer gesagt: Unbildung) zu heben, nicht aber es zu sanktionieren—mit einem Wort, Vereinigung zur Unterstützung des illegalen Kampfes, nicht aber, um opportunistische Phrasen über die gewaltige politische Bedeutung der legalen Tätigkeit zu dreschen. Wenn es nicht zu rechtfertigen ist, vor die Arbeiter mit der politischen Losung der „Streikfreiheit" usw. zu treten, so ist es genauso wenig zu rechtfertigen, vor die Liberalen mit der Losung „ein machtbefugtes Semstwo" zu treten. *Unter der Selbstherrschaft* wird jedes Semstwo, und sei es das aller-aller-„machtbefugteste", unvermeidlich eine Mißgeburt sein, unfähig, sich zu entwickeln, während *unter der Konstitution* das Semstwo sofort seine gegenwärtige „politische" Bedeutung verlieren wird.

Die Vereinigung der Liberalen ist in zwei Formen möglich: mittels Bildung einer selbständigen liberalen (selbstverständlich illegalen) Partei und mittels Organisierung der Unterstützung, die die Liberalen den Revolutionären erweisen. Herr R. N. S. weist selbst auf die erste Möglichkeit hin, aber ... wenn man diese Hinweise als wirklichen Ausdruck der Absichten und Chancen des Liberalismus ansieht, so geben sie zu keinem besonderen Optimismus Anlaß. „Ohne Semstwo", schreibt er, „werden die Semstwoliberalen eine liberale Partei bilden oder als organisierte Kraft von der geschichtlichen Bühne abtreten müssen. Wir sind überzeugt, daß die Organisierung der Liberalen zu einer illegalen, wenn auch ihrem ganzen Programm und ihren Methoden nach sehr gemäßigten Partei das unvermeidliche Resultat einer Abschaffung des Semstwos wäre." Wenn nur einer „Abschaffung", dann wird man noch lange darauf warten müssen, denn sogar Witte wünscht das Semstwo nicht abzuschaffen, und die russische Regierung ist

überhaupt sehr besorgt darum, selbst bei völliger Ausmerzung des Inhalts die äußere Form zu erhalten. Daß eine Partei der Liberalen sehr gemäßigt sein wird, ist ganz natürlich, und von einer Bewegung innerhalb der Bourgeoisie (nur auf der Basis einer solchen Bewegung kann eine liberale Partei sich halten) ist auch nichts anderes zu erwarten. Worin soll aber nun die Tätigkeit dieser Partei, worin sollen ihre „Methoden" bestehen? Herr R. N. S. erläutert das nicht. „An und für sich", sagt er, „kann eine illegale liberale Partei, als eine Organisation, die aus den gemäßigtesten und unbeweglichsten oppositionellen Elementen besteht, weder eine besonders umfassende noch eine besonders intensive Tätigkeit entfalten..." Wir glauben, daß eine liberale Partei innerhalb einer gewissen Sphäre, und wäre sie auch durch örtliche und hauptsächlich durch Semstwointeressen beschränkt, durchaus sowohl eine umfassende als auch intensive Tätigkeit entfalten könnte — wir verweisen z. B. auf die Organisierung politischer Enthüllungen... „Aber da andere Parteien, insbesondere die sozialdemokratische oder Arbeiterpartei, eine solche Tätigkeit entfalten, kann die liberale Partei — auch ohne ein direktes Übereinkommen mit den Sozialdemokraten abzuschließen — sich als sehr wichtiger Faktor erweisen..." Das ist ganz richtig, und der Leser erwartet natürlich, daß der Verfasser wenigstens in ganz allgemeinen Zügen die Arbeit dieses „Faktors" umreißt. Aber Herr R. N. S. schildert statt dessen das Anwachsen der revolutionären Sozialdemokratie und schließt: „Wenn eine ausgeprägte politische Bewegung besteht... kann eine auch nur halbwegs organisierte liberale Opposition eine große politische Rolle spielen: gemäßigte Parteien ziehen bei geschickter Taktik immer Gewinn aus dem sich verschärfenden Kampf zwischen den extremen gesellschaftlichen Elementen..." Und weiter nichts! Die „Rolle" des „Faktors" (der es bereits fertiggebracht hat, sich aus einer Partei in eine „Opposition" zu verwandeln) besteht darin, aus der Verschärfung des Kampfes „Gewinn zu ziehen". Von einer Teilnahme der Liberalen am Kampf kein Wort, aber der Gewinn der Liberalen wird erwähnt. Ein falscher Zungenschlag, der — man kann wohl sagen — von der Vorsehung diktiert worden ist...

Die russischen Sozialdemokraten haben niemals die Augen vor der Tatsache verschlossen, daß die politische Freiheit, für die sie vor allem kämpfen, *in erster Linie* der Bourgeoisie Vorteil bringen wird. Den Kampf gegen die Selbstherrschaft aus diesem Grunde ablehnen, könnte nur ein

Sozialist, der im Sumpf der schlimmsten Vorurteile des Utopismus oder der reaktionären Volkstümlerei steckt. Die Bourgeoisie wird die Freiheit benutzen, um auf ihren Lorbeeren auszuruhen — das Proletariat braucht die Freiheit unbedingt, um seinen Kampf für den Sozialismus in ganzer Breite zu entfalten. Und die Sozialdemokratie wird den Freiheitskampf unentwegt führen, wie sich auch diese oder jene Schichten der Bourgeoisie zu diesem Kampf verhalten mögen. Im Interesse des politischen Kampfes müssen wir jede Opposition gegen das Joch der Selbstherrschaft unterstützen, aus welchem Anlaß und in welcher Gesellschaftsschicht sie auch in Erscheinung treten mag. Darum ist uns die Opposition unserer liberalen Bourgeoisie überhaupt und unserer Semstwoleute im besonderen keineswegs gleichgültig. Werden die Liberalen es fertigbringen, sich zu einer illegalen Partei zu organisieren — um so besser, wir werden das Wachstum des politischen Bewußtseins in den besitzenden Klassen begrüßen, werden ihre Forderungen unterstützen, werden danach streben, daß die Tätigkeit der Liberalen und die der Sozialdemokraten sich gegenseitig ergänzen.* Bringen sie es nicht fertig, dann werden wir auch in diesem (wahrscheinlicheren) Fall die Liberalen nicht „mit einem Achselzucken abtun", wir werden uns bemühen, die Verbindung mit einzelnen Personen zu festigen, sie mit unserer Bewegung bekannt zu machen, ihnen durch die Entlarvung aller Niederträchtigkeiten der Regierung und aller Machenschaften der lokalen Behörden in der Arbeiterpresse zu helfen und sie zur Unterstützung der Revolutionäre heranzuziehen. Ein Austausch von solchen gegenseitigen Diensten zwischen Liberalen und Sozialdemokraten geschieht auch jetzt, er muß nur erweitert und verstärkt werden. Stets bereit zu diesem Austausch von gegenseitigen Diensten werden wir jedoch nie und nimmer auf den entschiedenen Kampf gegen die Illusionen verzichten,

---

* Der Schreiber dieser Zeilen hat vor vier Jahren im Zusammenhang mit der Partei „Volksrecht"[30] auf den Nutzen einer liberalen Partei hingewiesen. Siehe „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" (Genf 1898): „... Wenn es aber in dieser Partei („Volksrecht") nicht nur Maskeradepolitiker, sondern auch wirkliche Politiker gibt, die Nichtsozialisten, nichtsozialistische Demokraten sind, dann kann diese Partei einen nicht geringen Nutzen bringen, indem sie sich bemüht, den politisch oppositionellen Elementen unserer Bourgeoisie näherzukommen ..." (S. 26.) (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 320/321, russ. *Die Red.*)

deren es in der politisch unentwickelten russischen Gesellschaft im allgemeinen und in der russischen liberalen Gesellschaft im besonderen so viele gibt. Im Grunde genommen können wir, die bekannte Äußerung von Marx über die Revolution von 1848 abwandelnd, auch von der russischen revolutionären Bewegung sagen, daß ihr Fortschritt nicht in der Erkämpfung irgendwelcher positiven Errungenschaften, sondern in der Befreiung von schädlichen Illusionen besteht.[31] Wir haben uns befreit von den Illusionen des Anarchismus und des Volkstümler-Sozialismus, von der Mißachtung der Politik, vom Glauben an eine eigenständige Entwicklung Rußlands, von der Überzeugung, daß das Volk zur Revolution bereit sei, von der Theorie der Machtergreifung und des Zweikampfes der heroischen Intelligenz mit der Selbstherrschaft.

Auch für unsere Liberalen wäre es an der Zeit, sich von der, man sollte meinen, theoretisch völlig unhaltbaren, praktisch aber äußerst zählebigen Illusion zu befreien, als sei ein Parlamentieren mit der russischen Selbstherrschaft noch möglich, als sei irgendein Semstwo der Keim einer Konstitution, als könnten die aufrichtigen Anhänger der Konstitution durch geduldige legale Tätigkeit und geduldige Appelle an den Feind, sich zu fügen, ihren Hannibalschwur halten.

EIN WERTVOLLES GESTÄNDNIS

In letzter Zeit machen wieder überall Arbeiterunruhen sehr viel von sich reden. Auch die regierenden Kreise sind beunruhigt, und zwar allen Ernstes beunruhigt: das ist daraus zu ersehen, daß man es für notwendig befunden hat, sogar eine so erzloyale, vor der Obrigkeit ständig scharwenzelnde Zeitung wie das „Nowoje Wremja"[32] für den in Nummer 9051 (vom 11. Mai) veröffentlichten Artikel „Aus Anlaß der Arbeiterunruhen" durch ein einwöchiges Verbot zu „strafen". Die Bestrafung ist natürlich nicht durch den Inhalt des Artikels veranlaßt worden, der von den allerbesten Gefühlen für die Regierung, von aufrichtigster Besorgnis für ihre Interessen übervoll ist. Als gefährlich betrachtet man jede Erörterung dieser „die Gesellschaft erregenden" Ereignisse, jede Erwähnung ihrer Ausdehnung und ihrer Bedeutung. Das weiter unten von uns angeführte geheime Rundschreiben (ebenfalls vom 11. Mai)[33], wonach Artikel über Unruhen in unseren Fabriken und Werken und über die Beziehungen der Arbeiter zu den Unternehmern *nur mit Genehmigung des Polizeidepartements* gedruckt werden dürfen, beweist besser als alles Reden, wie sehr die Regierung selber geneigt ist, die Arbeiterunruhen als ein staatspolitisches Ereignis zu betrachten. Und der Artikel des „Nowoje Wremja" ist eben darum von besonderem Interesse, weil in ihm ein ganzes staatspolitisches Programm entworfen wird, das im Kern der Sache nichts anderes bezweckt, als die Unzufriedenheit durch einige geringfügige und zum Teil betrügerische Almosen zu unterdrücken, die mit dem pompösen Aushängeschild der Fürsorglichkeit, Herzlichkeit usw. versehen sind und den Vorwand für verstärkte Überwachung durch die Bürokratie geben. Aber dieses nicht neue Programm verkörpert gewissermaßen die „höchste" Weisheit der heutigen Staatsmänner, und zwar nicht nur allein

in Rußland, sondern auch im Westen: in einer Gesellschaft, die auf das Privateigentum, auf die Knechtung von Millionen Besitzloser und Werktätiger durch ein Häuflein Reicher gegründet ist, muß die Regierung unbedingt der treueste Freund und Bundesgenosse der Ausbeuter, der treueste Wächter ihrer Herrschaft sein. Für einen zuverlässigen Wächter genügen aber heutzutage nicht mehr Kanonen, Bajonette und Knuten: man muß sich bemühen, den Ausgebeuteten weiszumachen, daß die Regierung über den Klassen stehe, daß sie nicht den Interessen des Adels und der Bourgeoisie, sondern der Gerechtigkeit diene, daß sie für den Schutz der Armen und Schwachen gegen die Reichen und Starken Sorge trage usw. Napoleon III. in Frankreich, Bismarck und Wilhelm II. in Deutschland haben nicht wenig Mühe darauf verwandt, sich auf solche Weise bei den Arbeitern anzubiedern. Aber in Europa, wo es eine mehr oder minder freie Presse und Volksvertretungen, einen Wahlkampf und entwickelte politische Parteien gibt, wurden all diese heuchlerischen Machenschaften überaus rasch entlarvt. In Asien, und darunter auch in Rußland, sind die Volksmassen so eingeschüchtert und unwissend, die Vorurteile, die den Glauben an Väterchen Zar aufrechterhalten, so stark, daß solche Machenschaften großen Erfolg haben. Und eines der überaus charakteristischen Anzeichen dafür, daß der europäische Geist nun auch in Rußland eindringt, ist der *Mißerfolg* dieser Politik in den letzten zehn bis zwanzig Jahren. Viele, viele Male wurde von dieser Politik Gebrauch gemacht, und jedesmal zeigte es sich, daß einige Jahre nach dem Erlaß irgendeines Gesetzes der „Fürsorge" (angeblichen Fürsorge) für die Arbeiter die Sache wieder in den alten Zustand zurückkehrte — die Zahl der unzufriedenen Arbeiter wuchs, die Gärung nahm zu, die Unruhen wurden stärker —, wieder wird mit viel Geschrei und Fanfarengeschmetter eine Politik der „Fürsorge" verkündet, es ertönen schönklingende Phrasen von herzlicher Fürsorge für die Arbeiter, man erläßt irgendein Gesetz, das den Arbeitern für einen Heller Nutzen und für einen Taler leere und verlogene Worte bringt — und nach einigen Jahren wiederholt sich die alte Geschichte. Die Regierung müht sich unablässig ab, sie setzt alles in Bewegung, um bald hier, bald dort mit irgendeinem Fetzen das Loch zu stopfen, durch das die Unzufriedenheit der Arbeiter zutage tritt — aber die Unzufriedenheit kommt an einer anderen Stelle nur noch stärker zum Durchbruch.

In der Tat, man rufe sich die wichtigsten Marksteine ins Gedächtnis, die die Geschichte der „Arbeitergesetzgebung" in Rußland kennzeichnen. Ende der siebziger Jahre finden in Petersburg sehr große Streiks statt, von den Sozialisten wird der Versuch gemacht, diese Gelegenheit für verstärkte Agitation auszunutzen. Alexander III. erweitert seine sogenannte „Volks"politik (in Wirklichkeit eine Adels- und Polizeipolitik) durch die Fabrikgesetzgebung. 1882 wird die Fabrikinspektion gegründet, die anfangs sogar ihre Berichte veröffentlicht. Natürlich gefallen der Regierung die Berichte nicht, und sie *stellt deren Veröffentlichung ein*. Die Gesetze über die Fabrikaufsicht erwiesen sich eben als solch ein Fetzen. Es kommen die Jahre 1884—1885. Die Krise in der Industrie ruft eine ungeheure Bewegung der Arbeiter und eine Reihe stürmischster Streiks im Zentralgebiet hervor (besonders bemerkenswert ist der Streik in der Morosowschen Fabrik). Wieder wird eine Politik der „Fürsorge" verkündet — diesmal mit besonderem Nachdruck von Katkow in den „Moskowskije Wedomosti"[34]. Katkow schäumt und wütet, weil man die Streikenden der Morosowschen Fabrik vor das Geschworenengericht gestellt hat, er bezeichnet die 101 Fragen, die das Gericht den Geschworenen zur Entscheidung vorlegte, als „101 Salutschüsse zu Ehren der in Rußland aufgetauchten Arbeiterfrage", aber gleichzeitig fordert er, der „Staat" solle für die Arbeiter eintreten und die unerhörten Geldstrafen verbieten, die die Morosowschen Weber schließlich zum Explodieren gebracht hatten. Das Gesetz vom Jahre 1886 wird erlassen, das die Fabrikaufsicht um ein vielfaches verstärkt und willkürliche Geldstrafen zugunsten des Fabrikanten verbietet. Es vergehen zehn Jahre — und wieder brechen Arbeiterunruhen aus. Die Streiks des Jahres 1895 und besonders der gewaltige Streik von 1896 lassen die Regierung erzittern (besonders deshalb, weil jetzt bereits Schulter an Schulter mit den Arbeitern systematisch die Sozialdemokraten gehen), und mit einer früher nie dagewesenen Geschwindigkeit erläßt sie das Gesetz der „Fürsorge" (vom 2. Juni 1897) über die Verkürzung des Arbeitstages; in der Kommission, die dieses Gesetz erörtert, schreien die Beamten des Innenministeriums und darunter auch der Direktor des Polizeidepartements aus vollem Halse, es sei notwendig, daß die Fabrikarbeiter in der Regierung einen ständigen Verteidiger, einen gerechten und barmherzigen Beschützer sähen (siehe die Broschüre „Geheimdokumente zum Gesetz vom 2. Juni 1897"[35]). Das Gesetz der Fürsorge aber wird indessen

in aller Stille durch Rundschreiben derselben Regierung auf jede mögliche Weise beschnitten und unwirksam gemacht. Eine neue Industriekrise beginnt — die Arbeiter überzeugen sich zum hundertsten Mal, daß ihnen keinerlei „Fürsorge" der Polizeiregierung eine ernsthafte Erleichterung und die Freiheit, für sich selber zu sorgen, verschaffen kann —, es kommt zu neuen Unruhen und Straßenschlachten — wieder ist die Regierung beunruhigt —, wieder werden Polizeireden über „staatliche Fürsorge", diesmal in der Zeitung „Nowoje Wremja", vom Stapel gelassen. Wird es euch denn nicht über, ihr Herren, Wasser mit dem Sieb zu schöpfen?

Nein, der Regierung wird es natürlich niemals über, ihre Versuche zu wiederholen, die unversöhnlichen Arbeiter einzuschüchtern und diejenigen durch irgendein Almosen an sich zu locken, die schwächer, dümmer und ängstlicher sind. Aber auch uns wird es nie über werden, den wahren Sinn dieser Versuche aufzudecken und die „Staatsmänner" zu entlarven, die heute von Fürsorge schreien, nachdem sie gestern den Soldaten befahlen, auf die Arbeiter zu schießen, die gestern beteuerten, daß sie gerecht und voller Wohlwollen für die Arbeiter seien, und heute immer wieder die Besten aus den Reihen sowohl der Arbeiter als auch der Intellektuellen ergreifen lassen, um sie ohne Gericht der Polizeiwillkür auszuliefern. Und darum halten wir es für notwendig, uns beizeiten mit dem „staatspolitischen Programm" des „Nowoje Wremja" zu befassen, noch bevor ein neues „Fürsorge"-gesetz erlassen wird. Allein schon die Geständnisse, die dabei ein auf dem Gebiet unserer Innenpolitik so „maßgebendes" Blatt macht, verdienen Beachtung.

Das „Nowoje Wremja" ist gezwungen zuzugeben, daß die „bedauerlichen Erscheinungen in der Sphäre der Arbeiterfrage" kein Zufall sind. Gewiß seien hier auch die Sozialisten schuld (die Zeitung vermeidet dieses furchtbare Wort und zieht es vor, etwas gedämpfter von „schädlichen Irrlehren", von der „Propaganda staats- und gesellschaftsfeindlicher Ideen" zu reden), aber... aber weshalb haben gerade die Sozialisten unter den Arbeitern Erfolg? Das „Nowoje Wremja" läßt sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, die Arbeiter zu beschimpfen: Sie sind so „unentwikkelt und unwissend", daß sie lieber die für die polizeiliche Ruhe und Ordnung schädliche Propaganda der Sozialisten anhören. Schuld sind somit sowohl die Sozialisten als auch die Arbeiter — und gegen diese Schuldigen

führen die Gendarmen ja seit langem einen erbitterten Krieg, mit ihnen füllen sie die Gefängnisse und Verbannungsorte. Aber alles umsonst. Augenscheinlich gibt es *in der Lage der Fabrikarbeiter* solche *Umstände*, die „die Unzufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Lage wecken und nähren" und auf diese Weise den „Erfolg" des Sozialismus „begünstigen". „Die schwere Arbeit des Fabrikarbeiters, der in äußerst ungünstigen Verhältnissen lebt, bringt ihm, solange er arbeitsfähig ist, nicht mehr ein, als er gerade zur Ernährung braucht; bei jedem Zufall aber, wenn er für kürzere oder längere Zeit ohne Arbeit bleibt, gerät er in dieselbe hilflose Lage wie die Arbeiter der Ölfelder in Baku, von denen z. B. dieser Tage die Zeitungen berichteten." Also müssen die Anhänger der Regierung zugeben, daß der Erfolg des Sozialismus sich aus der wirklich schlechten Lage der Arbeiter erklärt. Doch wird das nur sehr unbestimmt und ausweichend zugegeben, mit Vorbehalten, die deutlich zeigen, daß diese Sorte von Menschen auch nicht die geringste Absicht haben kann, das „geheiligte Eigentum" der Kapitalisten anzutasten, durch das die Arbeiter geknechtet werden. „Leider", schreibt das „Nowoje Wremja", „wissen wir zuwenig von der tatsächlichen Lage der Dinge in der Sphäre der Arbeiterfrage bei uns in Rußland." Ja, leider! Und wenig wissen „wir" eben deshalb, weil „wir" der Polizeiregierung gestatten, die gesamte Presse zu knebeln, jedem den Mund zu stopfen, der die bei uns herrschenden unerhörten Zustände ehrlich zu entlarven sucht. Dafür bemühen „wir" uns, den Haß des Arbeiters nicht auf die asiatische Regierung, sondern auf die „Fremdstämmigen" zu lenken: das „Nowoje Wremja" gibt zu verstehen, daß die „fremdstämmigen Fabrikverwaltungen" schuld sind, nennt sie „brutal und habgierig". Mit solchen Ausfällen kann man nur die unwissendsten und rückständigsten Arbeiter ködern, die glauben, am ganzen Elend sei der „Deutsche" oder der „Jud" schuld, und die nicht wissen, daß sich auch die deutschen und die jüdischen Arbeiter zum Kampf gegen ihre deutschen und jüdischen Ausbeuter vereinigen. Aber selbst die Arbeiter, die das nicht wissen, sehen an tausend Beispielen, daß die russischen Kapitalisten am „habgierigsten" und rücksichtslosesten, daß die russische Polizei und die russische Regierung am „brutalsten" sind.

Interessant ist auch das Bedauern des „Nowoje Wremja" darüber, daß der Arbeiter nicht mehr so unwissend und so gefügig ist wie der Bauer. Das „Nowoje Wremja" vergießt Tränen darüber, daß der Arbeiter „die

Verbindung mit dem heimischen Herd im Dorf verliert", daß sich „in den Industriebezirken zusammengewürfelte Massen ansammeln", daß „sich der Landbewohner vom Dorf mit dessen bescheidenen" (das also ist des Pudels Kern), „aber selbständigen gesellschaftlich-ökonomischen Interessen und Verhältnissen löst". Wahrhaftig, wie sollte man da nicht weinen? Der „Landbewohner" hängt an seinem heimischen Herd, und aus Furcht, diesen Herd zu verlieren, wagt er es nicht, seinem Gutsbesitzer Forderungen zu stellen, ihm durch einen Streik Angst einzujagen usw.; der Landbewohner kennt die Verhältnisse in anderen Gegenden nicht, ihn interessiert nur sein Dörfchen (die Anhänger der Regierung nennen das eben: „selbständige Interessen" des Landbewohners; der Schuster bleibt bei seinem Leisten und steckt seine Nase nicht in die Politik, was kann für die Obrigkeit angenehmer sein?) — in diesem Dörfchen aber weiß der örtliche Blutsauger, der Gutsbesitzer oder der Kulak, über alle haargenau Bescheid, und sie alle haben noch von Vätern und Großvätern die knechtische Lehre der Botmäßigkeit als Erbe übernommen, und es ist niemand da, der in ihnen die Erkenntnis ihrer Lage wecken könnte. In der Fabrik hingegen sind die Menschen „zusammengewürfelt", sie hängen nicht am heimischen Herd (ist ja einerlei, wo man arbeitet), sie kennen das Leben, sie sind mutig und voller Interesse für alles auf der Welt.

Trotz dieser betrüblichen Verwandlung des anspruchslosen Mushiks in einen klassenbewußten Arbeiter hoffen die weisen Herren mit ihrem Polizeiverstand, die Arbeitermasse durch „staatliche Fürsorge für das Wohlergehen der Arbeiter" noch hinters Licht führen zu können. Das „Nowoje Wremja" stärkt diese Hoffnung durch folgende banale Betrachtung: „Der Kapitalismus, im Westen stolz und allmächtig, ist bei uns vorläufig noch ein schwaches Kind, das nur am Gängelband laufen kann, und am Gängelband wird es von der Regierung geführt..." Nun, dieses alte Lied von der Allmacht der Staatsgewalt glaubt höchstens der anspruchslose Bauer! Der Arbeiter indessen sieht nur zu oft, wie die Kapitalisten Polizei und Geistlichkeit, Militär- und Zivilbeamte „am Gängelband führen". Und nun kommt es eben darauf an, fährt das „Nowoje Wremja" fort, daß die Regierung auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter „*besteht*", d. h., daß sie von den Fabrikanten diese Verbesserung fordert. Wie einfach, nicht wahr? Ein Befehl — und damit ist die Sache erledigt.

Aber einfach ist es nur, das zu sagen, in Wirklichkeit jedoch werden die Befehle der Obrigkeit, selbst die „bescheidensten", wie etwa die Einrichtung von Krankenhäusern bei den Fabriken, von den Kapitalisten ganze Jahrzehnte hindurch nicht ausgeführt. Die Regierung wagt es auch gar nicht, etwas Ernstes von den Kapitalisten zu fordern, damit das „geheiligte" Privateigentum nicht angetastet wird. Und die Regierung will auch gar keine ernste Verbesserung des Lebens der Arbeiter, denn sie ist ja in zahllosen Fällen selbst Unternehmer, sie übervorteilt und unterdrückt sowohl die Arbeiter der Obuchow-Werke und Hunderter anderer Betriebe als auch Zehntausende Post- und Eisenbahnangestellte usw. usw. Das „Nowoje Wremja" fühlt auch selber, daß niemand zu den Befehlen unserer Regierung Vertrauen haben wird, und es bemüht sich, in erhabenen geschichtlichen Vorbildern eine Stütze zu finden. Man müsse es so machen, sagt die Zeitung über die Verbesserung des Lebens der Arbeiter, „wie vor einem halben Jahrhundert, als die Regierung die Bauernfrage in ihre Hand nahm und sich dabei von der weisen Überzeugung leiten ließ, daß es besser ist, durch Reformen von oben der Forderung nach Reformen von unten zuvorzukommen, als abzuwarten, bis diese Forderung erhoben wird".

Das ist in der Tat ein wertvolles Geständnis! Vor der Befreiung der Bauern deutete der Zar dem Adel die Möglichkeit eines Volksaufstands an, indem er sagte: Es ist besser von oben zu befreien, als abzuwarten, bis man sich von unten selbst zu befreien beginnt. Und nun gesteht die vor der Regierung scharwenzelnde Zeitung, daß die Stimmung der Arbeiter ihr nicht weniger Furcht einflößt als die Stimmung der Bauern „vor der Befreiung". „Lieber von oben als von unten!" Die Zeitungslakaien der Selbstherrschaft irren sich gründlich, wenn sie eine „Ähnlichkeit" zwischen der damaligen und der heutigen Forderung nach Reformen finden. Die Bauern verlangten die Aufhebung der Leibeigenschaft, ohne etwas gegen die Macht des Zaren zu haben und im Glauben an den Zaren. Die Arbeiter lehnen sich vor allem und hauptsächlich gegen die Regierung auf, die Arbeiter sehen, daß sie durch ihre Rechtlosigkeit gegenüber der polizeilichen Selbstherrschaft in ihrem Kampf gegen die Kapitalisten an Händen und Füßen gefesselt sind, und darum fordern die Arbeiter die Befreiung von der unumschränkten Gewalt und Willkür der Regierung. Die Gärung unter den Arbeitern ist auch Gärung „vor der Befreiung" —

doch das wird die Befreiung des ganzen Volkes sein, das seine politische Freiheit dem Despotismus entreißt.

*

Wißt ihr, mit welcher gewaltigen Reform man die Unzufriedenheit der Arbeiter beschwichtigen und wie man ihnen die „Fürsorge des Staates" angedeihen lassen will? Wenn man ziemlich hartnäckigen Gerüchten glauben darf, so geht ein Kampf zwischen Finanz- und Innenministerium vor sich: Letzteres verlangt, daß die Fabrikinspektion seiner Kompetenz unterstellt wird, wobei es versichert, die Inspektion werde dann den Kapitalisten gegenüber weniger nachsichtig sein, sich mehr um die Arbeiter kümmern und dadurch Unruhen verhüten. Mögen sich die Arbeiter auf ein neues Gnadenzeichen des Zaren gefaßt machen: die Fabrikinspektoren werden neue Uniformen anziehen und (wahrscheinlich mit erhöhtem Gehalt) einem anderen Ressort unterstellt werden, und zwar gerade dem Ressort, das schon so lange und so liebevoll (zumal das Polizeidepartement) für die Arbeiter sorgt.

„Iskra" Nr. 6,
Juli 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

DIE LEHREN DER KRISE

Fast zwei Jahre dauert nun schon die Handels- und Industriekrise an. Und augenscheinlich breitet sie sich immer weiter aus, erfaßt neue Industriezweige, greift auf neue Landesteile über, wird durch den Krach weiterer Banken verschärft. In jeder Nummer seit Dezember vorigen Jahres hat unsere Zeitung in der einen oder anderen Weise auf die Entwicklung der Krise und ihre verderblichen Auswirkungen hingewiesen. Es ist an der Zeit, ganz allgemein die Frage nach Ursachen und Bedeutung dieser Erscheinung zu stellen. Für Rußland ist diese Erscheinung verhältnismäßig neu, wie auch unser ganzer Kapitalismus neu ist. In den alten kapitalistischen Ländern jedoch, d. h. in solchen Ländern, wo der größte Teil der Produkte für den Verkauf erzeugt wird, wo die Mehrheit der Arbeitenden weder Land noch Arbeitswerkzeuge besitzt und ihre Arbeitskraft verkauft, indem sie sich an fremde Betriebe, an die Eigentümer verdingt, denen das Land, die Fabriken, die Maschinen usw. gehören — in den kapitalistischen Ländern ist die Krise eine alte Erscheinung, die sich wie der Anfall einer chronischen Krankheit von Zeit zu Zeit wiederholt. Krisen kann man daher voraussagen, und als sich in Rußland der Kapitalismus besonders rasch zu entwickeln begann, wurde in der sozialdemokratischen Literatur auch die jetzige Krise vorausgesagt. In der Ende 1897 geschriebenen Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" hieß es: „Gegenwärtig machen wir offensichtlich jene Periode des kapitalistischen Zyklus durch" (eines Kreislaufs, in dem sich ein und dieselben Ereignisse wie Sommer und Winter wiederholen), „in der die Industrie ‚prosperiert', die Geschäfte gut gehen, die Fabriken mit Volldampf arbeiten und zahllose neue Betriebe, neue Unternehmungen, Aktiengesellschaften, Eisenbahnanlagen usw. usf. wie Pilze nach dem Regen

aus dem Boden schießen. Man braucht kein Prophet zu sein, um die Unvermeidlichkeit eines (mehr oder minder heftigen) Krachs, der auf diese ‚Prosperität' der Industrie folgen muß, vorauszusagen. Ein solcher Krach wird eine Masse kleiner Unternehmer ruinieren, wird Massen von Arbeitern in die Reihen der Arbeitslosen stoßen..."* Und der Krach ist gekommen, ein so heftiger Krach, wie ihn Rußland noch nicht gesehen hat. Wovon hängt denn nun diese furchtbare chronische Krankheit der kapitalistischen Gesellschaft ab, die so regelmäßig wiederkehrt, daß man sie voraussagen kann?

Die kapitalistische Produktion kann sich nicht anders als in Sprüngen entwickeln, zwei Schritte vorwärts und einen (manchmal auch ganze zwei) zurück. Wie wir bereits bemerkten, ist die kapitalistische Produktion eine Produktion für den Verkauf, eine Produktion von Waren für den Markt. Über die Produktion verfügen aber die einzelnen Kapitalisten, jeder für sich, und keiner kann genau wissen, wieviel und welche Produkte eigentlich auf dem Markt verlangt werden. Jeder produziert aufs Geratewohl und ist nur darum besorgt, den andern zu überflügeln. Naturgemäß ist es dabei möglich, daß die Menge des Erzeugten den Bedürfnissen des Marktes nicht entspricht. Und diese Möglichkeit ist besonders groß, wenn ein riesiger Markt sich plötzlich um neue, unerforschte und gewaltige Gebiete erweitert. Geradeso lagen die Dinge, als die „Prosperität" der Industrie, die wir vor kurzem erlebten, begann. Die Kapitalisten ganz Europas streckten ihre Tatzen nach einem von vielen Hundert Millionen bevölkerten Erdteil, nach Asien, aus, von dem bis dahin nur Indien und ein kleiner Teil der Randgebiete mit dem Weltmarkt eng verknüpft waren. Die Transkaspische Eisenbahn begann dem Kapital Mittelasien zu „erschließen"; die „Große Sibirische Eisenbahn" (groß nicht nur in ihrer Länge, sondern auch im maßlosen Raub von Staatsgeldern durch die Bauunternehmer und in der maßlosen Ausbeutung der Arbeiter, die sie erbauten) erschloß Sibirien; Japan begann sich in einen Industriestaat zu verwandeln und versuchte eine Bresche in die chinesische Mauer zu schlagen, wobei es einen sehr leckeren Bissen entdeckte, in den sofort die Kapitalisten Englands, Deutschlands, Frankreichs, Rußlands und sogar Italiens ihre Zähne schlugen. Der Bau riesiger Eisenbahnlinien, die Erweiterung des Weltmarktes und die Entwicklung des Handels — all das verursachte eine

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 322, russ. *Die Red.*

unerwartete Belebung der Industrie, das Entstehen neuer Betriebe, eine wilde Jagd nach Absatzmärkten, eine Jagd nach Profiten, die Gründung neuer Gesellschaften, die Einbeziehung einer großen Menge neuer Kapitalien in die Produktion, die zum Teil auch aus den kleinen Ersparnissen kleiner Kapitalisten bestanden. Kein Wunder, daß diese wilde internationale Jagd nach neuen, unbekannten Märkten zu einem ungeheuren Krach geführt hat.

Um sich diese Jagd deutlich vorzustellen, muß man in Betracht ziehen, welche Kolosse an ihr beteiligt waren. Wenn man sagt „die einzelnen Betriebe", „die einzelnen Kapitalisten", so vergißt man häufig, daß diese Bezeichnungen eigentlich ungenau sind. In Wirklichkeit geschieht nur noch die Aneignung des Profits durch einzelne, während die Produktion selbst gesellschaftlich geworden ist. Die Riesenkrache sind eben nur darum möglich und unvermeidlich geworden, weil eine Bande nur nach Profit jagender Reicher über mächtige *gesellschaftliche* Produktivkräfte verfügt. Erläutern wir das durch ein Beispiel aus der russischen Industrie. In der letzten Zeit hat sich die Krise auch auf die Erdölgewinnung ausgedehnt. In dieser Industrie schalten und walten aber solche Unternehmen wie z. B. die „Erdölgesellschaft Gebrüder Nobel". Im Jahre 1899 verkaufte diese Gesellschaft 163 Millionen Pud Erdölprodukte im Werte von 53,5 Millionen Rubel, im Jahre 1900 aber bereits 192 Millionen Pud im Werte von 72 Millionen Rubel. In einem Jahr erhöhte sich also die Produktion in einem Unternehmen um 18,5 Millionen Rubel! Ein solches „Einzelunternehmen" wird aufrechterhalten durch die vereinte Arbeit von Zehntausenden und Hunderttausenden Arbeitern, die mit der Gewinnung des Erdöls, seiner Verarbeitung, seinem Transport durch Erdölleitungen, auf der Eisenbahn, auf dem See- und Flußwege beschäftigt sind, die an der Herstellung der dazu erforderlichen Maschinen, Lagerhäuser, Materialien, Lastkähne, Dampfer usw. arbeiten. Alle diese vielen Tausende von Arbeitern arbeiten für die gesamte Gesellschaft, über ihre Arbeit aber verfügt eine Handvoll Millionäre, die sich den ganzen Profit aneignen, den diese organisierte Arbeit der Massen schafft. (Die Nobel-Gesellschaft erzielte 1899 einen Reingewinn von 4 Millionen Rubel und 1900 von 6 Millionen Rubel, wovon die Aktionäre 1300 Rubel auf jede 5000-Rubel-Aktie und die fünf Vorstandsmitglieder *Gratifikationen* in Höhe von 528000 Rubel bekamen!) Wenn mehrere solcher Unternehmen ein wildes Wettrennen

beginnen, um einen Platz auf einem unerforschten Markt zu erobern, ist es da verwunderlich, wenn eine Krise eintritt?

Doch das ist nicht alles. Um aus einem Unternehmen Profit zu schöpfen, muß man die Waren verkaufen, muß man Käufer finden. Und Käufer muß die ganze Masse der Bevölkerung sein, weil die riesigen Unternehmen ganze Berge von Produkten erzeugen. In allen kapitalistischen Ländern aber besteht die Bevölkerung zu neun Zehnteln aus bettelarmen Menschen: aus Arbeitern, die den allerkärglichsten Lohn erhalten, und aus Bauern, die in ihrer großen Masse noch schlechter leben als die Arbeiter. Wenn nun die Großindustrie in der Prosperität alles in Bewegung setzt, um möglichst viel zu produzieren, dann wirft sie eine solche Masse von Produkten auf den Markt, daß die besitzlose Mehrheit des Volkes nicht imstande ist, sie zu bezahlen. Die Menge der Maschinen, Werkzeuge, Warenlager, Eisenbahnen usw. wächst immer weiter an, aber dieses Anwachsen wird von Zeit zu Zeit unterbrochen, weil die Masse des Volkes, für das letzten Endes alle diese verbesserten Produktionsmethoden bestimmt sind, in einer Armut verbleibt, die an Elend grenzt. Die Krise zeigt, daß die moderne Gesellschaft unvergleichlich mehr Produkte für die Verbesserung des Lebens des gesamten werktätigen Volkes erzeugen könnte, wenn nicht ein kleines Häuflein Privateigentümer, die am Elend des Volkes Millionen verdienen, den Grund und Boden, die Fabriken, Maschinen usw. an sich gerissen hätten. Die Krise zeigt, daß die Arbeiter sich nicht darauf beschränken können, den Kapitalisten einzelne Zugeständnisse abzuringen: in der Zeit der Belebung der Industrie ist es möglich, solche Zugeständnisse zu erkämpfen (und die russischen Arbeiter haben in den Jahren 1894—1898 durch ihren energischen Kampf mehr als einmal Zugeständnisse erzwungen) — doch der Krach kommt, und die Kapitalisten nehmen nicht nur die von ihnen gemachten Zugeständnisse zurück, sondern nutzen auch die Hilflosigkeit der Arbeiter aus, um die Löhne noch weiter herabzudrücken. Und das wird unvermeidlich so lange weitergehen, bis die Armeen des sozialistischen Proletariats die Herrschaft des Kapitals und des Privateigentums gestürzt haben. Die Krise zeigt, wie kurzsichtig jene Sozialisten waren (die sich wahrscheinlich darum „Kritiker" nennen, weil sie kritiklos die Theorien der bürgerlichen Ökonomen übernehmen), die vor zwei Jahren laut verkündeten, daß Krisen jetzt weniger wahrscheinlich werden.

Die Lehren der Krise, die den ganzen Widersinn der Unterordnung der gesellschaftlichen Produktion unter das Privateigentum enthüllt, sind so eindringlich, daß jetzt auch die bürgerliche Presse eine verstärkte Aufsicht — z. B. über die Banken — verlangt. Aber keinerlei Aufsicht wird die Kapitalisten hindern, in der Zeit der Belebung Unternehmen zu gründen, die später unvermeidlich Bankrott machen müssen. Altschewski, der Gründer einer Bodenbank und einer Handelsbank in Charkow, die beide Bankrott machten, verschaffte sich auf geraden und krummen Wegen Millionen Rubel für die Gründung und Stützung von Bergwerksunternehmen, die goldene Berge verhießen. Und eine Stockung in der Industrie hat diese Banken und Bergwerksunternehmen (Donez-Jurjew-Gesellschaft) zugrunde gerichtet. Aber was bedeutet dieses „Zugrundegehen" von Unternehmen in der kapitalistischen Gesellschaft? Es bedeutet, daß schwache Kapitalisten, Kapitalisten „zweiter Größe", von solideren Millionären verdrängt werden. An die Stelle des Charkower Millionärs Altschewski ist der Moskauer Millionär Rjabuschinski getreten, der, da er an Kapital reicher ist, den Druck auf den Arbeiter noch mehr verstärken wird. Ablösung von Reichen zweiter Größe durch Reiche erster Größe, wachsende Macht des Kapitals, Ruin einer Masse von Kleineigentümern (z. B. der kleinen Deponenten, die bei einem Bankkrach ihr ganzes Vermögen verlieren), furchtbare Verelendung der Arbeiter — all das bringt die Krise mit sich. Wir erinnern noch an die in der „Iskra" geschilderten Fälle, die zeigen, daß die Kapitalisten den Arbeitstag verlängern und bei der Entlassung von Arbeitern bestrebt sind, klassenbewußte Arbeiter durch Menschen aus dem Dorf zu ersetzen, die gefügiger sind.

In Rußland wirkt sich überhaupt die Krise unvergleichlich stärker aus als in irgendeinem anderen Land. Zur Stagnation in der Industrie kommt bei uns noch die Hungersnot der Bauern. Die arbeitslosen Arbeiter werden aus den Städten in die Dörfer ausgewiesen, aber wohin wird man die arbeitslosen Bauern ausweisen? Durch die Ausweisung der Arbeiter will man die Städte von unruhigem Volk säubern, aber vielleicht wird es den Ausgewiesenen gelingen, wenigstens einen Teil der Bauern aus ihrer jahrhundertealten Unterwürfigkeit zu erwecken und sie dahin zu bringen, daß sie nicht nur bitten, sondern auch *Forderungen* stellen? Die Arbeiter und die Bauern werden jetzt nicht nur durch Arbeitslosigkeit und Hungersnot einander nähergebracht, sondern auch durch die polizeiliche Un-

terdrückung, die den Arbeitern die Möglichkeit nimmt, sich zu vereinigen und zu verteidigen, die den Bauern sogar das wegnimmt, was wohlwollende Menschen ihnen hilfreich spenden. Die schwere Faust der Polizei wird hundertmal drückender für die Millionen aus dem Volk, die alle Existenzmittel verloren haben. Die Gendarmen und die Polizei in den Städten, die Landeshauptleute und die Wachtmeister auf dem Lande sehen deutlich, daß der Haß gegen sie wächst, und sie beginnen, nicht nur die in den Dörfern eingerichteten Speiseküchen, sondern auch die in den Zeitungen bekanntgegebenen Spendensammlungen zu fürchten. Furcht vor Spenden! Tatsächlich, es stimmt, der Dieb verrät sich selber. Wenn der Dieb sieht, daß dem von ihm bestohlenen Menschen ein Vorübergehender eine Gabe reicht, dann scheint es dem Dieb, daß sie sich die Hände geben, um es ihm mit vereinten Kräften heimzuzahlen.

„Iskra" Nr. 7,
August 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

DIE FRONHERREN AN DER ARBEIT

Am 8. Juni 1901 wurde ein neues Gesetz erlassen: über die Zuteilung von fiskalischen Ländereien in Sibirien an Privatpersonen. Welche Anwendung das neue Gesetz findet, wird die Zukunft zeigen. Aber schon allein der Charakter dieses Gesetzes ist so lehrreich, zeigt so anschaulich die unverfälschte Natur und die wahren Bestrebungen der zaristischen Regierung, daß es lohnt, dieses Gesetz eingehend zu analysieren und dafür zu sorgen, daß es im weitesten Umfang in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bekannt wird.

Geschenke an die hochwohlgeborenen adligen Gutsbesitzer gehören seit langem zur Praxis unserer Regierung: sie hat für sie die Adelsbank gegründet, hat ihnen Tausende Vergünstigungen bei der Gewährung von Darlehen und der Stundung von Rückständen eingeräumt, hat ihnen geholfen, die heimliche Vereinbarung der millionenschweren Zuckerfabrikanten über Preis- und Gewinnsteigerung zustande zu bringen, hat dafür gesorgt, daß Adelssprößlinge, die ihr Vermögen durchgebracht haben, Posten als Landeshauptleute erhalten, und sie richtet es jetzt so ein, daß die adligen Branntweinbrenner ihren Wodka vorteilhaft an den Staat absetzen können. Durch die Zuteilung von Ländereien aber macht sie nicht nur den reichsten und vornehmsten Ausbeutern Geschenke — sie schafft eine *neue* Klasse von Ausbeutern, sie verurteilt Millionen von Bauern und Arbeitern zu dauernder Knechtschaft im Dienste der neuen Gutsbesitzer.

Betrachten wir die Hauptgründe für den Erlaß des neuen Gesetzes. Es muß vor allem vermerkt werden, daß dieses Gesetz — bevor es der Minister für Landwirtschaft und Staatsdomänen im Reichsrat einbrachte — *in*

der Sonderkommission für Angelegenheiten des Adelsstandes diskutiert wurde. Es ist allgemein bekannt, daß gegenwärtig in Rußland nicht die Arbeiter und nicht die Bauern, sondern die adligen Gutsbesitzer die allergrößte Not leiden, und die „Sonderkommission" hat nicht gezögert, ein Verfahren ausfindig zu machen, um dieser Notlage abzuhelfen. Die fiskalischen Ländereien in Sibirien werden an „Privatpersonen" für den „privaten Wirtschaftsbetrieb" verkauft und verpachtet, wobei nichtrussischen Untertanen und Fremdstämmigen (zu den Fremdstämmigen zählen auch die Juden) jeglicher Erwerb dieser Ländereien *für immer* verboten wird; die Pachtung aber (diese, wie wir sehen werden, für die zukünftigen Gutsbesitzer vorteilhafteste Operation) ist ausschließlich Adligen gestattet, „die", wie es in dem Gesetz heißt, „dank ihrer wirtschaftlichen Zuverlässigkeit die für die Pläne der Regierung wünschenswerten Grundbesitzer in Sibirien darstellen". Also bestehen die Pläne der Regierung eben darin, daß die werktätige Bevölkerung durch adlige Großgrundbesitzer geknechtet wird. Wie groß der künftige Grundbesitz sein soll, geht daraus hervor, daß der Umfang der zum Verkauf gelangenden Grundstücke laut Gesetz *dreitausend Desjatinen* nicht übersteigen soll, während der Umfang der zu verpachtenden Grundstücke überhaupt unbegrenzt bleibt, die Pachtfrist aber *bis zu 99 Jahren* festgelegt ist! Der notleidende Gutsbesitzer braucht nach Berechnung unserer Regierung *zweihundertmal* soviel Land wie der Bauer, dem in Sibirien 15 Desjatinen pro Familie zugemessen werden.

Und was für Vergünstigungen und Ausnahmebestimmungen sind obendrein noch für die Gutsbesitzer im Gesetz vorgesehen! Der Pächter leistet im Laufe der ersten fünf Jahre überhaupt keine Zahlung. Wenn er das von ihm gepachtete Land kauft (worauf er nach dem neuen Gesetz das *Recht* hat), so kann er den Kaufpreis ratenweise in 37 Jahren abzahlen. Mit besonderer Genehmigung ist es gestattet, für den Verkauf auch mehr als dreitausend Desjatinen Land anzuweisen, das Land zu freien Preisen zu verkaufen und nicht öffentlich zu versteigern und die Zahlungsrückstände auf ein, ja sogar auf drei Jahre zu stunden. Man darf nicht vergessen, daß überhaupt nur die höchsten Würdenträger und Personen, die Verbindungen zum Hof usw. haben, die Möglichkeit besitzen, von dem neuen Gesetz Gebrauch zu machen — solchen Leuten werden alle diese Vergünstigungen und Sonderregelungen spielend leicht gewährt, auf ein

paar Worte hin, die sie im Salon in ein Gespräch mit dem Gouverneur oder Minister einflechten.

Aber jetzt kommt der Haken. Welchen Nutzen werden von den Grundstückchen, und seien es auch dreitausend Desjatinen, alle ihre Besitzer im Generalsrang haben, wenn sich kein „Mushik" findet, der gezwungen ist, für diese Generale zu arbeiten? Wie rasch auch die Not des Volkes in Sibirien wachsen mag, so ist dennoch der dortige Bauer unvergleichlich selbständiger als der „russische", und unter der Knute zu arbeiten ist er wenig gewöhnt. Das neue Gesetz will ihm das beibringen. „Die für die Privatwirtschaften bestimmten Ländereien *sind so zu vermessen, daß sie möglichst in Gemengelage* mit den den Bauern zugeteilten Bodenstücken liegen", lautet Artikel 4 des Gesetzes. Die zaristische Regierung sorgt dafür, daß die armen Bauern eine „Verdienstmöglichkeit" haben. Derselbe Herr Jermolow, der jetzt als Minister für Landwirtschaft und Staatsdomänen im Reichsrat das neue Gesetz über die Zuteilung von fiskalischen Ländereien in Sibirien an Privatpersonen einbrachte, gab vor zehn Jahren (ohne Nennung seines Namens) das Buch „Die Mißernte und die Not des Volkes" heraus. In diesem Buch erklärte er unverhohlen, es sei kein Grund vorhanden, den Bauern, die bei den örtlichen Gutsbesitzern „Verdienst" finden könnten, die Umsiedlung nach Sibirien zu gestatten. Die russischen Staatsmänner genieren sich nicht, reine Fronherrenansichten auszusprechen: die Bauern sind zur Arbeit für die Gutsbesitzer geschaffen, und darum sollte man den Bauern auch nicht „gestatten", umzusiedeln, wohin sie wollen, wenn die Gutsbesitzer dadurch billige Arbeiter verlieren. Als aber die Bauern weiterhin trotz aller Erschwernisse, bürokratischer Verschleppungsmanöver und selbst direkter Verbote zu Hunderttausenden nach Sibirien auswanderten, da jagte ihnen die zaristische Regierung wie der Vogt des Gutsherrn aus der alten Zeit nach, um ihnen auch an ihrem neuen Aufenthaltsort die Hölle heiß zu machen. Wenn aber die dreitausend Desjatinen großen Grundstücke der adligen Gutsbesitzer in „Gemengelage" mit den dürftigen Anteilen und Ländereien der Bauern (von denen die besten bereits besetzt sind) liegen werden, dann wird wohl in kurzer Zeit die Übersiedlung nach Sibirien nicht mehr viel Verlockendes an sich haben. Und der Grund und Boden der neuen Gutsbesitzer wird um so rascher im Preise steigen, je drückender das Leben für die Bauern der Umgegend sich gestalten wird: die Bauern

werden gezwungen sein, sich sowohl für wenig Lohn zu verdingen als auch das Land der Gutsbesitzer für einen Wucherpreis zu pachten — ganz wie in „Rußland". Das neue Gesetz läuft ja auch offen darauf hinaus, so rasch wie möglich ein neues Paradies für die Gutsbesitzer und eine neue Hölle für die Bauern zu schaffen: gerade hinsichtlich der Verpachtung des Bodens für eine *einmalige* Aussaat ist eine besondere Klausel eingefügt worden. Im allgemeinen bedarf nämlich die Weiterverpachtung von gepachteten fiskalischen Ländereien einer besonderen Genehmigung, während die Weiterverpachtung für eine einmalige Aussaat völlig freigestellt wird. Der Gutsbesitzer braucht sich um nichts weiter zu bemühen, als einen Verwalter einzustellen, der das Land desjatinenweise an die in „Gemengelage" mit dem Herrengut lebenden Bauern verpachtet — und dem gnädigen Herrn das bare Geld schickt.

Übrigens werden die Adligen auch eine solche „Wirtschaft" nicht immer führen wollen. Sie können sofort ein schönes Stück Geld einstecken, wenn sie die fiskalischen Ländereien an wirkliche Landwirte weiterverkaufen. Es ist kein Zufall, daß das neue Gesetz gerade zu dieser Zeit erlassen wird, wo in Sibirien die Eisenbahn gebaut worden ist, wo die Verbannung nach Sibirien aufgehoben wird und die Umsiedlungen nach Sibirien gewaltiges Ausmaß angenommen haben: all das wird unvermeidlich zu einem Steigen der Bodenpreise führen (und führt jetzt schon dazu). Deshalb ist gegenwärtig die Zuteilung von fiskalischen Ländereien an Privatpersonen in Wirklichkeit eine Plünderung der Staatskasse durch die Adligen: die fiskalischen Ländereien steigen im Preis, aber sie werden zu besonders günstigen Bedingungen an alle möglichen Generale verpachtet und verkauft, die sich eben dieses Steigen der Preise zunutze machen werden. So haben z. B. im Gouvernement Ufa die Adligen und die Beamten eines einzigen Kreises mit den ihnen (auf Grund eines ähnlichen Gesetzes) verkauften Ländereien folgende Transaktion vorgenommen: Sie haben der Staatskasse für die Ländereien 60000 Rubel bezahlt und dieselben Ländereien zwei Jahre später für 580000 Rubel verkauft, d. h., sie haben an dem einfachen Weiterverkauf *über eine halbe Million Rubel* verdient! An Hand dieses Beispiels kann man sich vorstellen, wie viele Millionen dank der Zuteilung von Ländereien in ganz Sibirien in die Taschen der notleidenden Gutsbesitzer fließen werden.

Um diesen frechen Raub zu verschleiern, führen die Regierung und

ihre Anhänger alle möglichen edelmütigen Gründe ins Feld. Man spricht von der Entwicklung der Kultur in Sibirien, von der großen Bedeutung von Musterwirtschaften. In Wirklichkeit können die großen Güter, die die benachbarten Bauern in eine ausweglose Lage bringen, gegenwärtig nur die barbarischsten Ausbeutungsmethoden verstärken. Musterwirtschaften entstehen nicht durch Beraubung der Staatskasse, und die Zuteilung von Ländereien wird zur Folge haben, daß die Adligen und Beamten einfach mit dem Boden spekulieren oder daß knechtende und wucherische Methoden der Wirtschaft üppig gedeihen werden. Die hochwohlgeborenen Adligen haben im Bündnis mit der Regierung die Juden und übrigen Fremdstämmigen (die sie dem unwissenden Volk als besonders rücksichtslose Ausbeuter hinzustellen versuchen) vom Erwerb der fiskalischen Ländereien in Sibirien ausgeschlossen, um *selber* Wucher übelster Art ungehindert betreiben zu können.

Weiter spricht man von der politischen Bedeutung des adligen Gutsbesitzerstands in Sibirien: unter der Intelligenz gebe es dort besonders viele ehemalige Verbannte, unzuverlässige Leute, und deshalb müsse man sozusagen als Gegengewicht eine zuverlässige Stütze der Staatsgewalt, ein zuverlässiges Element „auf dem Lande" schaffen. Und dieses Gerede enthält eine weitaus größere und tiefere Wahrheit, als der „Grashdanin"[36] und die „Moskowskije Wedomosti" das ahnen. Der Polizeistaat bringt die Masse der Bevölkerung derart gegen sich auf, daß er gezwungen ist, künstlich Gruppen von Personen zu schaffen, die fähig sind, als Stützen des Vaterlands zu dienen. Er ist gezwungen, eine Klasse von Großausbeutern zu schaffen, die alles der Regierung zu verdanken haben, die von ihrer Gnade abhängen, die mit den gemeinsten Methoden (Spekulation, Wucher) riesige Summen verdienen und infolgedessen stets zuverlässige Parteigänger jeder Willkür und Unterdrückung sein werden. Die asiatische Regierung braucht eine Stütze im asiatischen Großgrundbesitz, in dem feudalen System der „Vergebung von Ländereien". Und wenn man heutzutage auch keine „besiedelten Kronländereien" vergeben kann, so kann man doch Ländereien verteilen, die in *Gemengelage* mit dem Land verarmender Bauern liegen; wenn es peinlich ist, Tausende von Desjatinen an höfische Speichellecker direkt zu verschenken, so kann die Vergebung des Bodens verschleiert werden durch Tausende Vergünstigungen beim Verkauf und bei der „Verpachtung" (auf 99 Jahre). Wie sollte man diese

Bodenpolitik nicht als Fronherrenpolitik bezeichnen, wenn man sie mit der Bodenpolitik moderner fortgeschrittener Länder, z. B. Amerikas, vergleicht? Dort würde es *niemand wagen*, über Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Umsiedlungen auch nur zu reden, weil jeder Bürger das Recht hat, dorthin umzusiedeln, wohin es ihm beliebt. Dort hat jeder, der Landwirtschaft betreiben will, das *gesetzliche* Recht, freie Ländereien in den Grenzgebieten des Staates in Besitz zu nehmen. Dort wird keine Klasse asiatischer Satrapen geschaffen, sondern eine Klasse energischer Farmer, die alle Produktivkräfte des Landes entwickelt haben. Dort hat die Arbeiterklasse dank dem Überfluß an freiem Boden, was die Höhe des Lebensniveaus betrifft, den ersten Platz inne.

Und in was für einer Zeit ist unsere Regierung mit ihrem Frongesetz auf den Plan getreten! In einer Zeit der schwersten Industriekrise, da Zehntausende und Hunderttausende keine Beschäftigung finden, in einer Zeit, in der Millionen Bauern von einer neuen Hungersnot heimgesucht sind. Die Regierung hat ihre ganze Sorge darauf gerichtet, daß über die Notlage kein „Lärm gemacht wird". Deshalb hat sie die arbeitslosen Arbeiter in ihre Heimatorte ausgewiesen, deshalb hat sie das Verpflegungswesen aus den Händen des Semstwos in die Hände der Polizeibeamten gelegt, deshalb hat sie Privatpersonen die Einrichtung von Speiseküchen für die Hungernden verboten, und deshalb hat sie die Zeitungen geknebelt. Und als dann der den Satten unangenehme „Lärm" über die Hungersnot verstummt war, da schickte sich Väterchen Zar an zu helfen, zu helfen den notleidenden Gutsbesitzern, den unglücklichen Generalen am Hofe. Wir wiederholen: Unsere Aufgabe ist es jetzt, einfach den Inhalt des neuen Gesetzes allen zur Kenntnis zu bringen. Wenn sie das Gesetz kennengelernt haben, werden auch die unwissendsten Schichten der Arbeiter, die rückständigsten und eingeschüchtertsten Bauern begreifen, wem die Regierung dient und was für eine Regierung das Volk braucht.

„Iskra" Nr. 8,
10. September 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

EINE SEMSTWOTAGUNG

Die Woge der öffentlichen Erregung, die nach den Ereignissen dieses Frühjahrs durch das Land ging, ebbt nicht ab; sie äußert sich in verschiedenen Formen bei allen Schichten der russischen Gesellschaft, die noch im Januar dieses Jahres der politischen Arbeit der russischen Sozialdemokratie gegenüber taub und unzugänglich schien. Die Regierung macht größte Anstrengungen, um das erregte öffentliche Gewissen möglichst rasch mit den üblichen Seifenblasen zu beschwichtigen, wie etwa mit dem Manifest vom 25. März über die „herzliche Fürsorge", wie mit den sogenannten Reformen Wannowskis oder den feierlich-närrischen Reisen Sipjagins und Schachowskois durch Rußland... Der eine oder andere naive russische Kleinbürger wird sich wirklich durch diese Maßnahmen beruhigen lassen, aber bei weitem nicht alle. Sogar die heutigen Semstwoleute, die zur Hälfte aus eingeschüchterten Beamten bestehen, kommen anscheinend aus dem Zustand chronischer Angst heraus, in den sie die unheilvolle Epoche des „friedensstiftenden Zaren" versetzt hatte, eine Epoche, die jetzt bereits in das Dunkel der Geschichte versinkt.

Auch bei ihnen, diesen verschüchterten Leuten, deren Zivilcourage und staatsbürgerliche Moral beinahe abgestorben sind, ruft Ihro Majestät die Bürokratie, die jede Scham verloren hat, ein Gefühl der Entrüstung und des Abscheus hervor.

Uns wird mitgeteilt, daß Ende Juni in NN (vorsichtshalber nennen wir die Stadt nicht) eine Tagung von Semstwoleuten stattfand. Es nahmen, wie man sagt, 40—50 Semstwoleute aus verschiedenen Gouvernements daran teil.

Die Semstwoleute kamen natürlich nicht zusammen, um politische Fragen zu entscheiden, sondern um friedliche, nur das Semstwo betreffende Aufgaben zu lösen, sie kamen „ohne Übertretung des Kompetenzbereichs und der Machtbefugnisse" zusammen, wie es in der Semstwoverordnung so bildhaft heißt (§ 87); doch diese Versammlung war ohne Genehmigung und Wissen der Administration einberufen, und folglich fand die Versammlung, um es mit den Worten der gleichen Verordnung zu sagen, „unter Übertretung der Verfahrensordnung der Semstwoinstitutionen" statt, und die versammelten Semstwoleute gingen, ohne es selbst zu bemerken, von friedlichen, harmlosen Fragen zur Erörterung der allgemeinen Lage der Dinge über. So ist die Logik des Lebens: Die gewissenhaften Semstwoleute, wie sehr sie sich auch bisweilen gegen Radikalismus und illegale Arbeit verwahren mögen, werden durch die Macht der Verhältnisse auf die Notwendigkeit gesetzwidriger Organisationen und einer entschiedeneren Handlungsweise gestoßen. Wir sind selbstverständlich die letzten, diesen natürlichen und völlig richtigen Weg zu verurteilen. Es ist endlich auch für die Semstwoleute an der Zeit, sich energisch und organisiert gegen die keine Hemmung kennende Regierung zur Wehr zu setzen, die der dörflichen Selbstverwaltung den Garaus machte, die Selbstverwaltungen in den Städten und auf dem Lande verstümmelte und mit sturer Konsequenz die Axt an die letzten Reste der Semstwoinstitutionen legt. Man sagt, in der Versammlung habe ein betagter und ehrbarer Semstwomann bei der Beratung der Frage, wie man gegen das Gesetz über die Höchstgrenze der Besteuerung durch die Semstwos kämpfen müsse, ausgerufen: „Die Männer des Semstwos müssen endlich ihre Meinung sagen, oder sie werden sie nie mehr sagen!" Wir sind völlig einverstanden mit diesem Aufschrei des liberalen Politikers, der bereit ist, die Beamtenautokratie zum offenen Kampf herauszufordern. Das Semstwo steht unmittelbar vor seinem inneren Bankrott. Und wenn die besten Semstwoleute jetzt nicht entschlossene Maßnahmen treffen, wenn sie nicht Schluß machen mit ihrer üblichen Manilowerei*, mit ihren kleinlichen, zweitrangigen Fragen — mit der „Kesselflickerei", wie sich einer der ehrwürdigen Semstwomänner ausdrückte —, dann verödet das Semstwo und verwandelt sich in eine gewöhnliche „Amtsstelle". Dieser unrühmliche Tod ist unausbleiblich, denn

* Manilow — Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen". *Der Übers.*

nicht ungestraft kann man jahrzehntelang weiter nichts tun als feige sein, Dankeschön sagen und knechtselig bitten – drohen und fordern muß man, aufhören, die Daumen zu drehen, und sich an die wirkliche Arbeit machen.

„Iskra" Nr. 8,
10. September 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

DIE AGRARFRAGE UND DIE „MARXKRITIKER“ [37]

Geschrieben Juni—September 1901.
Die Kapitel I—IV erschienen erstmalig im Dezember 1901 in der Zeitschrift „Sarja“ Nr. 2—3, Unterschrift: N. Lenin, die Kapitel V—IX im Februar 1906 in der Zeitschrift „Obrasowanije“ [38] *Nr. 2, Unterschrift: N. Lenin.*

Nach dem Text der „Sarja“ und des „Obrasowanije“, verglichen mit dem Sammelband: Wl. Iljin, „Die Agrarfrage“, 1908.

XV. 1906.

Образованіе.

ЖУРНАЛЪ

Литературный

и

общественно-политическій.

№ 2.

С-ПЕТЕРБУРГЪ.
Типо-литографія Б. М. Вольфа. Разъѣзжая, 15.
1906.

Titelblatt der Zeitschrift „Obrasowanije" Nr. 2, 1906, in der Kapitel V—IX der Schrift W. I. Lenins „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" veröffentlicht wurden.

„... Den Nachweis führen, ... daß der dogmatische Marxismus auf dem Gebiet der Agrarfragen aus seiner Position vertrieben ist, hieße offene Türen einrennen ..." So erklärte im vergangenen Jahr das „Russkoje Bogatstwo"[89] durch den Mund des Herrn W. Tschernow (1900, Nr. 8, S. 204). Eine merkwürdige Eigenschaft besitzt dieser „dogmatische Marxismus"! Da versichern nun schon viele Jahre die gelehrten und gelehrtesten Leute Europas mit wichtiger Miene (und die Zeitungsschreiber und Journalisten wiederholen und variieren es), daß der Marxismus von der „Kritik" bereits aus seiner Position vertrieben sei — und trotzdem macht sich jeder neue Kritiker von neuem daran, diese angeblich bereits zerstörte Position unter Feuer zu nehmen. Herr W. Tschernow zum Beispiel rennt sowohl in der Zeitschrift „Russkoje Bogatstwo" als auch in dem Sammelband „Auf ruhmvollem Posten" *ganze 240 Seiten* hindurch „offene Türen ein", indem er mit dem Leser über das Buch von Hertz „plaudert". Das so ausführlich wiedergegebene Werk von Hertz, der seinerseits über das Buch Kautskys plaudert, ist bereits ins Russische übersetzt. Herr Bulgakow hat sein Versprechen, denselben Kautsky zu widerlegen, erfüllt und eine ganze zweibändige Untersuchung veröffentlicht. Nun wird bestimmt niemand mehr auch nur Überreste des von diesen Bergen kritischen Druckpapiers zermalmten „dogmatischen Marxismus" ausfindig machen können.

I

DAS „GESETZ" VOM ABNEHMENDEN BODENERTRAG

Betrachten wir zunächst einmal die allgemeine theoretische Physiognomie der Kritiker. Herr Bulgakow veröffentlichte bereits in der Zeitschrift

„Natschalo"[40] einen Artikel gegen Kautskys „Agrarfrage" und offenbarte mit einem Schlag alle seine „kritischen" Methoden. Er „verriß" Kautsky mit der ungewöhnlichen Schneidigkeit und Dreistigkeit des echten Dilettanten, wobei er ihm Behauptungen unterschob, die dieser nicht aufgestellt hatte, ihn, Kautsky, beschuldigte, Umstände und Erwägungen ignoriert zu haben, die gerade Kautsky präzise dargelegt hat, und dem Leser Kautskys Schlußfolgerungen als *eigene* kritische Schlußfolgerungen vorsetzte. Herr Bulgakow beschuldigte Kautsky mit Kennermiene der Verquickung von Technik und Ökonomik und verriet dabei selbst im gleichen Atemzug nicht nur unglaubliche Konfusion, sondern auch seinen mangelnden Willen, die Seiten zu Ende zu lesen, die er aus dem Buch seines Gegners zitiert. Es versteht sich von selbst, daß es in dem Artikel des zukünftigen Professors von abgedroschenen Ausfällen gegen die Sozialisten, gegen die „Zusammenbruchstheorie", den Utopismus, den Wunderglauben usw. nur so wimmelte.* In seiner Doktordissertation („Kapitalismus und Landwirtschaft", St. Petersburg 1900) hat Herr Bulgakow nunmehr endgültig mit dem Marxismus gebrochen und die eigene „kritische" Evolution bis zu ihrem logischen Ende geführt.

An die Spitze seiner „Theorie von der Entwicklung der Landwirtschaft" stellt Herr Bulgakow das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag". Man zitiert uns Auszüge aus den Werken der Klassiker, die dieses „Gesetz" aufgestellt haben (kraft dessen jede zusätzliche Anlage von Arbeit und Kapital auf den Boden nicht die proportionale, sondern eine abnehmende Menge des gewonnenen Produkts gäbe). Man hält uns eine Liste englischer Ökonomen vor, die dieses Gesetz anerkennen. Man versichert uns, daß es „universelle Geltung hat", daß „es sich um eine völlig offenkundige Wahrheit handelt, die zu leugnen ganz unmöglich ist", „die nur klar konstatiert zu werden braucht" usw. usf. Je entschiedener sich Herr Bulgakow ausdrückt, desto deutlicher wird es, daß er *zurückmarschiert*, zurück zur bürgerlichen politischen Ökonomie, die die gesellschaftlichen Beziehungen durch frei erfundene „ewige Gesetze" verschleiert. In der Tat, worauf

* Auf Herrn Bulgakows Artikel im „Natschalo" antwortete ich damals sofort mit dem Artikel „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft". (Siehe Werke, Bd. 4, S. 95—150. *Die Red.*) Da das „Natschalo" verboten wurde, erschien dieser Artikel in der Zeitschrift „Shisn"[41], 1900, Nr. 1 und 2. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1908. *Die Red.*)

läuft denn das „Offenkundige" des vielerwähnten „Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag" hinaus? Darauf, daß es sich, wenn sukzessive Anlagen von Arbeit und Kapital auf den Boden nicht eine abnehmende, sondern die gleiche Menge des Produkts ergäben, überhaupt erübrigen würde, die Anbaufläche auszudehnen, daß man dann auf dem bisherigen Bodenareal, wie klein dieses auch sei, die zusätzliche Getreidemenge erzeugen und „die Landwirtschaft des ganzen Erdballs auf einer einzigen Desjatine unterbringen könnte". So lautet das übliche (*und einzige*) Argument zugunsten des „universellen" Gesetzes. Ein ganz klein wenig Überlegung wird aber jedem zeigen, daß dieses Argument eine völlig inhaltslose Abstraktion darstellt, die das Wichtigste außer acht läßt: das Niveau der Technik, den Stand der Produktivkräfte. Schon allein der Begriff „zusätzliche (oder: sukzessive) Anlagen von Arbeit und Kapital" *setzt* doch im Grunde genommen Veränderung der Produktionsmethoden, Umgestaltung der Technik *voraus*. Um die Menge des auf dem Boden angelegten Kapitals beträchtlich zu vergrößern, müssen neue Maschinen, neue Systeme des Ackerbaus, neue Methoden der Viehhaltung, des Transports der Erzeugnisse usw. usw. *erfunden* werden. Natürlich können „zusätzliche Anlagen von Arbeit und Kapital" in verhältnismäßig geringem Umfang auch auf der Grundlage eines gegebenen, unveränderten Standes der Technik erfolgen (und das geschieht auch): in diesem Fall ist *bis zu einem gewissen Grade* auch das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" anwendbar, und zwar in dem Sinne anwendbar, daß ein unveränderter Stand der Technik zusätzlichen Anlagen von Arbeit und Kapital verhältnismäßig sehr enge Grenzen setzt. An Stelle eines universellen Gesetzes erhalten wir mithin ein in höchstem Grade relatives „Gesetz", in so hohem Maße relativ, daß von keinem „Gesetz", ja nicht einmal von einer kardinalen Besonderheit der Landwirtschaft die Rede sein kann. Nehmen wir als gegeben an: Dreifelderwirtschaft, Anbau der herkömmlichen Getreidearten, Dünger liefernde Viehzucht, Fehlen verbesserter Wiesen und vervollkommneter Geräte. Unveränderlichkeit dieser Gegebenheiten vorausgesetzt, sind der zusätzlichen Anlage von Arbeit und Kapital auf den Boden offensichtlich enge Grenzen gezogen. Aber auch in jenen engen Grenzen, innerhalb welcher zusätzliche Anlagen von Arbeit und Kapital dennoch möglich sind, wird *keineswegs immer und unbedingt* eine Abnahme der Produktivität jeder dieser zusätzlichen Anlagen zu beobachten

sein. Nehmen wir die Industrie. Vergegenwärtigen wir uns den Mühlenbetrieb oder die Eisenverarbeitung in der Zeit, die dem Welthandel und der Erfindung der Dampfmaschinen vorausging. Bei dem damaligen Stand der Technik waren der zusätzlichen Anlage von Arbeit und Kapital in den manuell betriebenen Schmieden, in den Wind- und Wassermühlen äußerst enge Grenzen gesetzt; die große Verbreitung kleiner Schmieden und Mühlen war unvermeidlich, solange nicht eine radikale Umgestaltung der Produktionsmethoden die Grundlage für neue Formen der Industrie geschaffen hatte.

Das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" ist also überhaupt nicht anwendbar, wenn die Technik fortschreitet, wenn die Produktionsmethoden sich verändern; es hat nur dann eine überaus relative und bedingte Gültigkeit, wenn die Technik unverändert bleibt. Das ist der Grund, warum weder Marx noch die Marxisten dieses „Gesetz" auch nur erwähnen; viel Aufhebens davon machen nur die Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft vom Schlage eines Brentano, die sich von den Vorurteilen der alten politischen Ökonomie mit ihren abstrakten, ewigen und naturgegebenen Gesetzen nun einmal nicht frei machen können.

Herr Bulgakow verteidigt das „universelle Gesetz" mit Argumenten, die einfach zum Lachen sind.

„Was einst freie Gabe der Natur, muß nun vom Menschen getan werden: Wind und Regen lockerten den nährstoffreichen Boden, so daß es nur einer geringen Anstrengung des Menschen bedurfte, um das Notwendige zu gewinnen. Im Laufe der Zeit entfällt ein immer größerer Anteil der produktiven Arbeit auf den Menschen; wie überall treten künstliche Prozesse immer mehr an die Stelle von natürlichen. Während jedoch in der Industrie darin der Sieg des Menschen über die Natur zum Ausdruck kommt, bedeutet dies in der Landwirtschaft eine zunehmende Erschwerung des Daseins, für das die Natur ihre Gaben einschränkt.

Im gegebenen Fall ist es gleichgültig, ob sich im gesteigerten Aufwand menschlicher Arbeit oder aber von Produkten derselben, z. B. von Produktionsinstrumenten oder von Dünger usw., die zunehmende Erschwerung der Produktion der Nahrung äußert" (Herr Bulgakow will sagen: Es ist gleichgültig, ob sich die zunehmende Erschwerung der Produktion der Nahrung im gesteigerten Aufwand menschlicher Arbeit oder im gesteigerten Aufwand von Produkten derselben äußert); „wesentlich ist nur, daß

sie den Menschen immer teurer zu stehen kommt. In dieser Ersetzung der Naturkräfte durch menschliche Arbeit, der natürlichen Produktionsfaktoren durch künstliche, besteht eben das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag." (16.)

Offenbar lassen Herrn Bulgakow die Lorbeeren der Herren Struve und Tugan-Baranowski nicht schlafen, die sich zu der Weisheit verstiegen haben, daß nicht der Mensch mit Hilfe der Maschine, sondern die Maschine mit Hilfe des Menschen arbeite. Gleich diesen Kritikern sinkt auch er auf das Niveau der Vulgärökonomie hinab, indem er von *Ersetzung* der Naturkräfte durch menschliche Arbeit usw.. spricht. Naturkräfte durch menschliche Arbeit ersetzen ist, allgemein gesprochen, ebenso unmöglich, wie es unmöglich ist, Ellen durch Zentner zu ersetzen. Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft kann sich der Mensch das Wirken der Naturkräfte, sofern er ihr Wirken erkannt hat, nur zunutze machen und sich ihre Ausnutzung durch Maschinen, Werkzeuge usw. *erleichtern*. Daß dem Urmenschen das Notwendige als freie Gabe der Natur zufiel, ist ein einfältiges Märchen, für das Herr Bulgakow sogar von Studenten des ersten Semesters ausgepfiffen werden könnte. Ein goldenes Zeitalter hat es niemals gegeben, und der Urmensch wurde förmlich erdrückt von der Schwierigkeit des Daseins, der Schwierigkeit des Kampfes mit der Natur. Die Einführung von Maschinen und verbesserten Produktionsmethoden hat dem Menschen diesen Kampf im allgemeinen und die Produktion der Nahrung im besonderen unermeßlich erleichtert. Nicht die Produktion der Nahrung ist schwieriger geworden, sondern es ist für den Arbeiter schwieriger geworden, die Nahrung zu bekommen, und zwar deshalb, weil die kapitalistische Entwicklung die Grundrente und den Bodenpreis in die Höhe getrieben hat, weil sie zur Konzentration der Landwirtschaft in den Händen großer und kleiner Kapitalisten geführt hat, noch mehr aber zur Konzentration der Maschinen, der Geräte und des Geldes, ohne die eine erfolgreiche Produktion unmöglich ist. Diese zunehmende Erschwerung des Daseins der Arbeiter damit zu erklären, daß die Natur ihre Gaben einschränkt, heißt ein Apologet der Bourgeoisie werden.

„Wenn wir dieses Gesetz anerkennen", fährt Herr Bulgakow fort, „so behaupten wir damit keineswegs, daß die Schwierigkeit der Produktion der Nahrung ununterbrochen zunehme, noch leugnen wir damit den Fort-

schritt in der Landwirtschaft. Ersteres behaupten und letzteres leugnen hieße gegen offenkundige Dinge angehen. Zweifellos nimmt diese Schwierigkeit nicht ununterbrochen zu, die Entwicklung vollzieht sich in einer Zickzacklinie. Agronomische Entdeckungen, technische Vervollkommnungen verwandeln unfruchtbaren Boden in fruchtbaren und heben die im Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag zum Ausdruck gelangende Tendenz zeitweilig auf." (ibid.*)

Sehr tiefgründig, nicht wahr?

Der technische Fortschritt ist eine „zeitweilige" Tendenz, das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag aber, d. h. von der abnehmenden (und selbst das nicht immer) Produktivität zusätzlicher Kapitalanlagen auf der Basis unveränderter Technik, „hat universelle Geltung"! Ebensogut könnte man sagen: Das Halten der Züge auf den Stationen stellt ein universelles Gesetz des Eisenbahnverkehrs dar, die Bewegung der Züge zwischen den Stationen dagegen ist eine zeitweilige Tendenz, die die Wirkung des universellen Haltegesetzes paralysiert.

Schließlich gibt es auch Massendaten, die die Universalität des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag anschaulich widerlegen, nämlich die Daten über die landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung. Herr Bulgakow gibt selbst zu: „...die Gewinnung der Nahrung würde eine ständige relative" (man beachte dies!) „Zunahme der Arbeitsmenge und folglich der landwirtschaftlichen Bevölkerung erfordern, wenn jedes Land nur auf seine natürlichen Hilfsquellen angewiesen wäre" (19). Wenn in Westeuropa die landwirtschaftliche Bevölkerung abnimmt, so sei das damit zu erklären, daß es durch die Einfuhr von Getreide gelungen sei, sich der Wirkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag zu entziehen. — Fürwahr eine schöne Erklärung! Unser Gelehrter hat die Kleinigkeit übersehen, daß eine relative Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung in allen kapitalistischen Ländern festzustellen ist, darunter sowohl in den Agrarländern als auch in den Getreide importierenden Ländern. Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt in Amerika und in Rußland relativ ab, sie nimmt in Frankreich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ab (siehe die in demselben Werk des Herrn Bulgakow, Bd. II, S. 168 angeführten Zahlen), wobei diese relative Abnahme manchmal sogar zu einer absoluten wird, während der Überschuß der Getreideein-

* ibidem — ebenda. *Die Red.*

fuhr über die Getreideausfuhr noch in den dreißiger und vierziger Jahren ganz minimal war, und *erst seit 1878* gibt es überhaupt kein Jahr mehr, in dem die Ausfuhr höher ist als die Einfuhr.* In Preußen ging die Landbevölkerung relativ von 73,5 Prozent im Jahre 1816 auf 71,7 Prozent im Jahre 1849 und 67,5 Prozent im Jahre 1871 zurück, während die Einfuhr von Roggen erst zu Beginn der sechziger, die von Weizen zu Beginn der siebziger Jahre einsetzte (ebenda, II, 70 und 88). Nehmen wir schließlich die Getreide importierenden Länder Europas, zum Beispiel Frankreich und Deutschland im letzten Jahrzehnt, so sehen wir einen *unzweifelhaften Fortschritt* der Landwirtschaft bei gleichzeitiger *absoluter Abnahme* der Zahl der in ihr tätigen Arbeitskräfte: in Frankreich sank diese Zahl in der Zeit von 1882 bis 1892 von 6913504 auf 6663135 („Statist. agric.", Teil II, S. 248—251), in Deutschland in der Zeit von 1882 bis 1895 von 8064000 auf 8045000.** Man kann also sagen, daß die *ganze* Geschichte des 19. Jahrhunderts durch Massendaten unwiderleglich für die verschiedensten Länder bewiesen hat, daß das „universelle" Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag *völlig paralysiert ist* durch die „zeitweilige" Tendenz

* „Statistique agricole de la France. Enquête de 1892." P. 1897. p. 113. („Agrarstatistik Frankreichs. Erhebung von 1892", Paris 1897, S. 113. *Die Red.*)

** „Statistik des Deutschen Reichs", Neue Folge, Bd. 112: „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich", Berlin 1898, S. 6*. Herrn Bulgakow ist diese, seinen ganzen Malthusianismus[42] vernichtende Tatsache des technischen Fortschritts bei abnehmender Landbevölkerung natürlich unangenehm. Unser „strenger Gelehrter" nimmt daher zu folgendem Kniff seine Zuflucht: Statt die Landwirtschaft im eigentlichen Sinne des Wortes (Ackerbau, Viehzucht usw.) zu betrachten, spricht er (im Anschluß an die Daten über die wachsende Menge *landwirtschaftlicher* Produkte pro Hektar!) von der „Landwirtschaft im weiteren Sinne", wozu die deutsche Statistik sowohl Treibhaus- und Handelsgärtnerei als auch *Forstwirtschaft und Fischerei* rechnet! So ergibt sich eine Zunahme der Gesamtzahl der tatsächlich in der „Landwirtschaft" beschäftigten Personen!! (Bulgakow, II, 133.) Die im Text angeführten Zahlen betreffen Personen, für die die Landwirtschaft die *Haupt*beschäftigung darstellt. Die Zahl der Personen, die nebenberuflich Landwirtschaft treiben, stieg von 3144000 auf 3578000. Die Addition dieser Zahlen mit den vorausgegangenen ist ein nicht ganz einwandfreies Verfahren, doch selbst bei einer solchen Addition erhalten wir eine nur sehr geringe Zunahme: von 11208000 auf 11623000.

des technischen Fortschritts, der es der relativ (und mitunter sogar absolut) abnehmenden Landbevölkerung möglich macht, eine wachsende Menge landwirtschaftlicher Produkte für die wachsende Bevölkerungsmasse zu erzeugen.

Übrigens werden durch diese statistischen Massendaten auch die beiden nächsten Kernpunkte der „Theorie" des Herrn Bulgakow völlig widerlegt, und zwar: Erstens seine Behauptung, die Theorie des schnelleren Wachstums des konstanten Kapitals (der Produktionsinstrumente und Produktionsmaterialien) im Verhältnis zum variablen (der Arbeitskraft) sei „auf die Landwirtschaft überhaupt nicht anwendbar". Mit höchst wichtiger Miene erklärt Herr Bulgakow, diese Theorie sei falsch, und beruft sich zur Bekräftigung seiner Ansicht: a) auf „Professor A. Skworzow" (berühmt vor allem dadurch, daß er die Marxsche Theorie der Durchschnittsprofitrate üblen Agitationsabsichten zuschrieb) und b) auf die Tatsache, daß bei Intensivierung der Wirtschaft die Anzahl der Arbeiter pro Flächeneinheit zunimmt. Dies ist eine jener absichtlichen Mißdeutungen der Marxschen Lehre, die ständig von den Vertretern der zur Mode gewordenen Kritik vorgebracht werden. Man denke nur: Die Theorie des schnelleren Wachstums des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen wird durch die Tatsache widerlegt, daß das *variable Kapital* pro Flächeneinheit zunimmt! Und Herr Bulgakow *bemerkt nicht*, daß die von ihm selbst in solcher Fülle beigebrachten statistischen Daten die Marxsche Theorie bestätigen. Wenn in der gesamten deutschen Landwirtschaft die Zahl der Arbeiter von 1882 bis 1895 von 8064000 auf 8045000 zurückgegangen ist (und bei Hinzufügen der in der Landwirtschaft nebenberuflich beschäftigten Personen von 11208000 auf 11623000, d. h. alles in allem um 3,7% gestiegen ist), während der Viehbestand in derselben Zeit (in Großvieh umgerechnet) von 23,0 Millionen auf 25,4 Millionen Stück, d. h. um mehr als 10%, die Zahl der Fälle, in denen die fünf wichtigsten Maschinen verwendet werden, von 458000 auf 922000, also auf mehr als das Doppelte, die eingeführte Düngemittelmenge von 636000 Tonnen (1883) auf 1961000 Tonnen (1892) und die Menge der Kalisalze von 304000 Doppelzentnern auf 2400000 Doppelzentner gestiegen ist* — ist es da nicht klar, daß das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen zunimmt? Ganz zu schweigen davon, daß diese summarischen

* „Statist. d. D. R.", 112, S. 36*. Bulgakow, II, 135.

Angaben den Fortschritt des Großbetriebs im höchsten Grade verschleiern. Darüber weiter unten.

Zweitens macht der Fortschritt der Landwirtschaft bei Abnahme oder minimaler absoluter Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung den törichten Versuch des Herrn Bulgakow, den Malthusianismus zu neuem Leben zu erwecken, völlig zunichte. Unter den russischen „ehemaligen Marxisten" war es wohl zum erstenmal Herr Struve, der in seinen „Kritischen Bemerkungen" einen solchen Versuch unternahm, dabei aber, wie gewöhnlich, über zaghafte, vage und doppelsinnige Bemerkungen, nicht zu Ende gedachte, zu keinem System zusammengefaßte Anschauungen nicht hinausging. Herr Bulgakow ist beherzter und konsequenter: Von keinerlei Zweifeln geplagt, verwandelt er „das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" in „eins der wichtigsten Gesetze der Geschichte der Zivilisation" (sic! S. 18). „Die gesamte Geschichte des 19. Jahrhunderts... mit seinen Problemen des Reichtums und der Armut wäre ohne dies Gesetz unverständlich." „Für mich steht es völlig außer Zweifel, daß die soziale Frage, wie sie gegenwärtig gestellt wird, mit diesem Gesetz wesentlich zusammenhängt" (das erklärt unser gestrenger Gelehrter bereits auf Seite 18 seiner „Untersuchung"!)... „Zweifellos", erklärt er am Schlusse seines Werkes, „ist bei Übervölkerung ein bestimmter Teil der Armut auf das Konto der *absoluten Armut*, der Armut der Produktion, nicht aber der Distribution zu setzen." (II, 221.) „Das Bevölkerungsproblem in der spezifischen Problemstellung, wie sie durch die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion geschaffen wird, bildet meines Erachtens die Hauptschwierigkeit, die — zum mindesten in der gegenwärtigen Zeit — einer auch nur einigermaßen umfassenden Verwirklichung von kollektiven oder genossenschaftlichen Prinzipien im landwirtschaftlichen Betrieb im Wege steht." (II, 265.) „Die Vergangenheit hinterläßt der Zukunft als Erbe die Brotfrage, die schrecklicher und schwieriger ist als die soziale Frage, eine Frage der Produktion, nicht aber der Distribution" (II, 455) usw. usw. usw. Es erübrigt sich, von einer wissenschaftlichen Bedeutung dieser mit dem universellen Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag unzertrennlich verbundenen „Theorie" zu sprechen, nachdem wir dieses Gesetz bereits analysiert haben. Daß aber das Liebäugeln der Kritiker mit dem Malthusianismus in seiner unausweichlichen logischen Entwicklung zu vulgärster bürgerlicher Apologetik geführt hat, das beweisen die

von uns angeführten Schlußfolgerungen des Herrn Bulgakow mit einer Eindeutigkeit, die nichts zu wünschen übrigläßt.

In der nächsten Abhandlung werden wir die Daten einiger neuer, von unseren Kritikern (die allen damit in den Ohren liegen, daß die Orthodoxen die Detaillierung scheuen) angeführter Quellen untersuchen und zeigen, daß Herr Bulgakow überhaupt das Wörtchen „Übervölkerung" zu einer Schablone macht, deren Anwendung ihn der Notwendigkeit jeglicher Analyse, insbesondere einer Analyse der Klassengegensätze innerhalb der „Bauernschaft" enthebt. Hier jedoch müssen wir, uns auf die allgemeintheoretische Seite der Agrarfrage beschränkend, noch auf die Rententheorie eingehen. „Was Marx anbelangt", schreibt Herr Bulgakow, „so fügt er in Band III des ‚Kapitals', so wie er uns jetzt vorliegt, der Ricardoschen Theorie der Differentialrente nichts Beachtenswertes hinzu." (87.) Merken wir uns dieses „nichts Beachtenswertes" und stellen wir dem Urteilsspruch des Kritikers die folgende, von ihm früher aufgestellte Behauptung gegenüber: „Ungeachtet seiner offensichtlich ablehnenden Haltung zu diesem Gesetz" (dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag) „übernimmt Marx in den Grundprinzipien die Rententheorie Ricardos, die auf diesem Gesetz aufgebaut ist." (13.) So ergibt sich also, nach Herrn Bulgakow, daß Marx den Zusammenhang zwischen der Ricardoschen Rententheorie und dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag nicht bemerkt und sich daher in Widersprüche verwickelt hat! Zu einer solchen Darstellung können wir nur eines sagen: Niemand entstellt Marx dermaßen wie die ehemaligen Marxisten, niemand schiebt mit einer so unglaublichen Un... Un... Unverfrorenheit dem kritisierten Schriftsteller tausendundeine Todsünde in die Schuhe.

Die Behauptung des Herrn Bulgakow ist eine himmelschreiende Verdrehung des wahren Sachverhalts. In Wirklichkeit hat Marx diesen Zusammenhang der Rententheorie Ricardos mit dessen irriger Lehre vom abnehmenden Bodenertrag nicht nur bemerkt, sondern auch Ricardos Fehler mit aller Entschiedenheit aufgedeckt. Wer auch nur mit einer Spur von „Achtsamkeit" den dritten Band des „Kapitals" gelesen hat, dem kann der höchst „beachtenswerte" Umstand nicht entgangen sein, daß gerade Marx die Theorie der Differentialrente von *jeglichem Zusammenhang* mit dem vielgerühmten „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" *befreit hat*. Marx hat gezeigt, daß die verschiedene Produktivität der verschiedenen

Kapitalanlagen auf den Boden zur Bildung der Differentialrente notwendig und ausreichend ist. Dabei ist es ganz unwesentlich, ob ein Fortgang von besserem zu schlechterem Boden oder umgekehrt stattfindet, ob die Produktivität der zusätzlichen Kapitalanlagen auf dem Boden abnimmt oder zunimmt. In der Wirklichkeit kommen alle möglichen Kombinationen dieser verschiedenen Fälle vor, und es ist unmöglich, diese Kombinationen unter eine einheitliche allgemeine Regel zu bringen. So z. B. beschreibt Marx zunächst die erste Form der Differentialrente, die durch verschiedene Produktivität der Kapitalanlagen auf verschiedenen Bodenstücken entsteht, und er erläutert seine Ausführungen an Hand von Tabellen (die Herrn Bulgakow veranlassen, „Marx' übermäßige Vorliebe für die Einkleidung seiner — häufig sehr einfachen — Gedanken in ein verwickeltes mathematisches Gewand" streng zu rügen. Dieses verwickelte mathematische Gewand beschränkt sich auf die vier Grundrechnungsarten, und die sehr einfachen Gedanken hat der gelehrte Professor, wie wir sehen, überhaupt nicht begriffen). Nach Analyse dieser Tabellen zieht Marx den Schluß: „Es fällt hiermit die erste falsche Voraussetzung der Differentialrente fort, wie sie noch bei West, Malthus, Ricardo herrscht, daß sie nämlich notwendig Fortgang zu stets schlechterm Boden voraussetzt oder stets abnehmende Fruchtbarkeit der Agrikultur. Sie kann, wie wir gesehn haben, stattfinden bei Fortgang zu stets besserm Boden; sie kann stattfinden, wenn ein besserer Boden, statt des frühern schlechtern, die unterste Stelle einnimmt; sie kann mit steigendem Fortschritt in der Agrikultur verbunden sein. Ihre Bedingung ist nur Ungleichheit der Bodenarten." (Marx spricht hier nicht von der verschiedenen Produktivität sukzessiver Kapitalanlagen auf den Boden, denn das erzeugt die *zweite* Form der Differentialrente, in diesem Kapitel aber handelt es sich um die *erste* Form der Differentialrente.) „Soweit die Entwicklung der Produktivität in Betracht kommt, unterstellt sie, daß die Steigerung der absoluten Fruchtbarkeit des Gesamtareals diese Ungleichheit nicht aufhebt, sondern sie entweder vermehrt oder stationär läßt oder nur vermindert." („Das Kapital", III, 2, S. 199.)[43] Diesen grundlegenden Unterschied zwischen der Marxschen Theorie der Differentialrente und der Ricardoschen Rententheorie hat Herr Bulgakow *nicht bemerkt*. Dafür zog er es vor, in Band III des „Kapitals" einen Passus ausfindig zu machen, „der eher annehmen läßt, daß sich Marx zum Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag bei weitem nicht

ablehnend verhielt" (S. 13, Anm.). Wir bitten den Leser um Entschuldigung, daß wir genötigt sind, einem (in bezug auf die uns und Herrn Bulgakow interessierende Frage) durchaus unwesentlichen Passus sehr viel Platz einzuräumen. Allein, was soll man tun, wenn die Helden der heutigen Kritik (die es dazu noch wagen, die Orthodoxen der Rabulistik* zu beschuldigen) den völlig klaren Sinn einer ihnen feindlichen Lehre durch falsche Übersetzung und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate entstellen? Herr Bulgakow zitiert den von ihm entdeckten Passus folgendermaßen: „Vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise findet stets relative Verteuerung der (*landwirtschaftlichen*) Produkte statt, *da*" (wir bitten den Leser, die *von uns* hervorgehobenen Worte besonders zu beachten), „um dasselbe Produkt zu erhalten, eine gewisse Auslage gemacht, etwas bezahlt werden muß, was früher nicht bezahlt wurde." Und Marx sagt weiter, daß Naturelemente, die in die Produktion als deren Agentien eingehen, ohne etwas zu kosten, eine Gratisnaturproduktivkraft der Arbeit darstellen, daß aber, wenn zur Erzeugung eines zusätzlichen Produkts ohne die Hilfe dieser Naturkraft gearbeitet werden muß, eine neue Kapitalauslage erforderlich ist, was zur Verteuerung der Produktion führt.

Zu einer derartigen Methode des „Zitierens" haben wir drei Bemerkungen zu machen: Erstens wurde das Wörtchen „da", das der ganzen Tirade den absoluten Sinn der Formulierung eines „Gesetzes" verleiht, *von Herrn Bulgakow selbst eingefügt. Im Original* („Das Kapital", III, 2, S. 277/278[44]) *steht nicht „da", sondern „wenn". Wenn* etwas bezahlt werden muß, was früher nicht bezahlt wurde, dann findet stets eine relative Verteuerung der Produkte statt; wie doch *dieser* Satz der Anerkennung des „Gesetzes" vom abnehmenden Bodenertrag ähnlich sieht, nicht wahr? Zweitens wurde das Wörtchen „landwirtschaftlichen" samt den Klammern von Herrn Bulgakow eingefügt. *Im Original ist es überhaupt nicht vorhanden.* Wahrscheinlich hat Herr Bulgakow mit der den Herren Kritikern eigenen Leichtfertigkeit entschieden, daß Marx hier nur von landwirtschaftlichen Produkten sprechen könne, und hat sich daher beeilt, dem Leser eine ganz verkehrte „Erläuterung" zu geben. In Wirklichkeit spricht Marx hier von allen Produkten schlechthin; dem von Bulgakow angeführten Passus gehen bei Marx die Worte voraus: „Allgemein aber

* Haarspalterei. *Die Red.*

ist dies zu bemerken." Gratisnaturkräfte können auch in die industrielle Produktion eingehen — so der von Marx in demselben Abschnitt über die Rente als Beispiel angeführte Wasserfall, der einer Fabrik die Dampfkraft ersetzt —, und wenn eine zusätzliche Menge von Produkten ohne Hilfe dieser Gratiskräfte produziert werden soll, so findet *stets* eine relative Verteuerung der Produkte statt. Drittens muß geprüft werden, in welchem Zusammenhang dieser Passus steht. Marx spricht in diesem Kapitel von der Differentialrente auf dem schlechtesten bebauten Boden und untersucht *wie immer* zwei für ihn absolut gleichwertige, *absolut gleich mögliche* Fälle. Erster Fall: steigende Produktivität der sukzessiven Kapitalanlagen (S. 274—276[45]) und zweiter Fall: abnehmende Produktivität derselben (S. 276—278[46]). Zu diesem letzteren der möglichen Fälle sagt Marx: „Über die abnehmende Produktivität des Bodens bei sukzessiven Kapitalanlagen ist Liebig nachzusehn... *Allgemein aber*" (von uns hervorgehoben) „ist dies zu bemerken." Darauf folgt der von Herrn Bulgakow „übersetzte" Passus, der besagt, daß, wenn etwas bezahlt wird, was früher nicht bezahlt wurde, *stets* eine relative Verteuerung der Produkte eintritt.

Wir überlassen es dem Leser, die wissenschaftliche Gewissenhaftigkeit eines Kritikers zu beurteilen, der eine Marxsche Bemerkung über einen der möglichen Fälle so verzerrt, daß herauskommt, Marx habe diesen Fall als irgendein allgemeines „Gesetz" anerkannt.

Und nun die abschließende Meinung des Herrn Bulgakow über den von ihm entdeckten Passus:

„Dieser Passus ist natürlich nicht klar..." Natürlich! Nach der Bulgakowschen Vertauschung eines Wortes durch ein anderes, hat dieser Passus überhaupt jeden Sinn verloren... „aber anders als eine indirekte oder sogar direkte Anerkennung" (hört! hört!) „des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag kann er nicht aufgefaßt werden. Mir ist nicht bekannt, daß Marx sich irgendwo noch direkt über letzteres geäußert hat" (I, 14). Als ehemaligem Marxisten ist es Herrn Bulgakow „nicht bekannt", daß Marx die Annahme von West, Malthus und Ricardo, die Differentialrente setze den Fortgang zu schlechterem Boden oder abnehmende Fruchtbarkeit des Bodens voraus*, rundweg für falsch erklärt hat. Es ist ihm

* Diese von Marx widerlegte irrige Annahme der klassischen Ökonomie hat natürlich auch der „Kritiker" Herr Bulgakow, seinem Lehrer Brentano folgend,

„nicht bekannt", daß Marx im Verlauf seiner ganzen umfangreichen Analyse der Rente *Dutzende von Malen* zeigt, daß er die abnehmende und die steigende Produktivität zusätzlicher Kapitalanlagen als absolut gleich mögliche Fälle betrachtet!

II

DIE RENTENTHEORIE

Marx' Rententheorie hat Herr Bulgakow überhaupt nicht verstanden. Er ist überzeugt, daß er diese Theorie durch die beiden folgenden Einwände zerschlägt: 1. Nach Marx geht das Agrarkapital in die Ausgleichung der Profitrate ein, so daß die Rente durch einen Surplusprofit, der die Durchschnittsprofitrate übersteigt, geschaffen wird. Nach Herrn Bulgakows Meinung ist das falsch, denn das Monopol des Grundeigentums beseitige die freie Konkurrenz, die für den Prozeß der Ausgleichung der Profitrate erforderlich ist. Das Agrarkapital gehe in den Prozeß der Ausgleichung der Profitrate nicht ein. 2. Die absolute Rente bilde nur einen Spezialfall der Differentialrente, und ihre Unterscheidung von der letzteren sei falsch. Diese Unterscheidung beruhe auf einer völlig willkürlichen zwiefachen Auslegung ein und derselben Tatsache — des Monopolbesitzes an einem der Produktionsfaktoren. Herr Bulgakow ist von der vernichtenden Wirkung seiner Argumente so überzeugt, daß er sich nicht enthalten kann, Marx mit einer Flut heftiger Worte zu überschütten: petitio principii*, unmarxistisch, logischer Fetischismus, Einbuße der Fähigkeit zu freiem Gedankenfluge bei Marx usw. Nun beruhen aber seine beiden Argumente auf einem reichlich groben Fehler. Die gleiche einseitige Vereinfachung des Gegenstands, die Herrn Bulgakow dazu brachte, einen von mehreren möglichen Fällen (die Abnahme der Produk-

kritiklos übernommen. „Vorbedingung der Entstehung der Rente", schreibt Herr Bulgakow, „bildet das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag..." (I, 90.) „Die englische Rente... unterscheidet faktisch sukzessive Kapitalanlagen von verschiedener, im allgemeinen abnehmender Produktivität." (I, 130.)

* Argument, das auf den Schluß aus einer These gegründet ist, die selber noch des Beweises bedarf. *Die Red.*

tivität zusätzlicher Kapitalanlagen) zum Universalgesetz vom abnehmenden Bodenertrag zu erheben, verleitet ihn in dieser Frage zu einem kritiklosen Operieren mit dem Begriff „Monopol", wobei er diesen Begriff ebenfalls zu etwas Universellem macht und dabei die Folgen, die sich bei kapitalistischer Organisation der Landwirtschaft einerseits aus der *Beschränktheit des Bodens*, anderseits aus dem *Privateigentum an Grund und Boden* ergeben, miteinander vermengt. Das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge. Erläutern wir das.

„*Vorbedingung*, wenn auch nicht Quelle der Entstehung der Grundrente", schreibt Herr Bulgakow, „ist dasselbe, was auch die Möglichkeit schuf, den Boden zu monopolisieren, nämlich die Beschränktheit der Produktivkräfte des Bodens und der unbeschränkt wachsende Bedarf des Menschen an diesen Produktivkräften." (I, 90.) Statt „Beschränktheit der Produktivkräfte des Bodens" müßte es heißen: „*Beschränktheit des Bodens*". (Die Beschränktheit der Produktivkräfte des Bodens reduziert sich, wie bereits gezeigt, auf die „Beschränktheit" des gegebenen Standes der Technik, des gegebenen Standes der Produktivkräfte.) Die Beschränktheit des Bodens setzt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung tatsächlich die Monopolisierung des Bodens voraus, *jedoch des Bodens als Objekt der Wirtschaft, nicht aber als Objekt des Eigentumsrechtes.* Wird kapitalistische Organisation der Landwirtschaft vorausgesetzt, so schließt das notwendig die Voraussetzung ein, daß der gesamte Boden von einzelnen, privaten Wirtschaften besetzt ist, *keineswegs aber die Voraussetzung*, daß der gesamte Boden Privateigentum dieser Landwirte oder anderer Personen oder überhaupt Privateigentum sei. Das Monopol des Grundbesitzes auf der Basis des Eigentumsrechtes und das Monopol der Bodenbewirtschaftung sind nicht nur logisch, sondern auch historisch ganz verschiedene Dinge. Logisch können wir uns durchaus eine rein kapitalistische Organisation der Landwirtschaft vorstellen, bei der das Privateigentum an Boden völlig fehlt, bei der der Boden Eigentum des Staates oder der Gemeinden usw. ist. Wir sehen denn auch in der Tat, daß in allen entwickelten kapitalistischen Ländern der gesamte Boden von einzelnen privaten Wirtschaften besetzt ist, aber diese Wirtschaften exploitieren nicht nur ihre eigenen Ländereien, sondern auch solche, die sie bei Privateigentümern pachten, ferner Staatsländereien und Gemeindeländereien (z. B. in Rußland, wobei dort an der Spitze der Privatwirtschaften auf bäuer-

lichem Gemeindeland bekanntlich kapitalistische Bauernwirtschaften stehen). Und nicht umsonst macht Marx gleich zu Beginn seiner Analyse der Rente die Bemerkung, daß die kapitalistische Produktionsweise die verschiedensten Formen des Grundeigentums vorfindet (und sich unterordnet), vom Claneigentum[47] und feudalen Eigentum bis zum bäuerlichen Gemeindeeigentum.

Die Beschränktheit des Bodens setzt mithin unvermeidlich nur Monopolisierung der Bodenbewirtschaftung voraus (Herrschaft des Kapitalismus unterstellt). Es fragt sich nun, welches die notwendigen Folgen *dieser* Monopolisierung im Hinblick auf die Rente sind? Die Beschränktheit des Bodens führt dazu, daß der Getreidepreis nicht durch die Produktionsbedingungen auf dem Boden mittlerer Qualität, sondern durch die auf dem schlechtesten bebauten Boden bestimmt wird. Dieser Getreidepreis erstattet dem Farmer (= kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft) die Produktionskosten und liefert ihm den Durchschnittsprofit auf sein Kapital. Der Farmer auf dem besseren Boden erhält einen Surplusprofit, der eben die *Differentialrente* bildet. Die Frage, ob Privateigentum an Grund und Boden besteht, steht in gar keinem Zusammenhang mit der Frage der Bildung der Differentialrente, die in der kapitalistischen Landwirtschaft unvermeidlich ist, auch wenn es sich um Gemeinde-, Staats- oder herrenlose Ländereien handelt. Die einzige Folge der Beschränktheit des Bodens ist unter dem Kapitalismus die Bildung der Differentialrente infolge der verschiedenen Produktivität verschiedener Kapitalanlagen. Herr Bulgakow sieht eine zweite Folge in der Ausschaltung der Freiheit der Konkurrenz in der Landwirtschaft und meint, das Fehlen dieser Freiheit hindere das landwirtschaftliche Kapital, sich an der Bildung des Durchschnittsprofits zu beteiligen. Hier liegt eine offensichtliche Vermengung der Frage der Bodenbewirtschaftung mit der Frage des Eigentumsrechtes auf den Boden vor. Aus der Tatsache der Beschränktheit des Bodens (unabhängig vom Privateigentum an Grund und Boden) folgt logischerweise nur, daß der ganze Boden von kapitalistischen Farmern besetzt sein wird, keineswegs aber die Notwendigkeit irgendwelcher Beschränkung der Freiheit der Konkurrenz unter diesen Farmern. Die Beschränktheit des Bodens ist eine allgemeine Erscheinung, die jeder kapitalistischen Landwirtschaft unvermeidlich ihren Stempel aufdrückt. Die logische Unhaltbarkeit der Vermengung dieser verschiedenen Dinge wird

auch durch die Geschichte anschaulich bestätigt. Wir sprechen schon gar nicht von England, wo die Trennung des Grundeigentums von der Bodenbewirtschaftung auf der Hand liegt, wo die Freiheit der Konkurrenz unter den Farmern nahezu unbeschränkt ist und die Anlage des in Handel und Industrie entstandenen Kapitals in der Landwirtschaft sich im breitesten Ausmaß vollzog und vollzieht. Aber auch in allen übrigen kapitalistischen Ländern vollzieht sich (entgegen der Ansicht des Herrn Bulgakow, der, Herrn Struve folgend, vergeblich versucht, die „englische" Rente als etwas ganz Exzeptionelles hinzustellen) *ganz der gleiche Prozeß* der Trennung des Grundeigentums von der Bodenbewirtschaftung, nur in den verschiedensten Formen (Pacht, Hypothek). Wenn Herr Bulgakow diesen (von Marx mit Nachdruck hervorgehobenen) Prozeß übersieht, so sieht er eben den Wald vor lauter Bäumen nicht. In allen europäischen Ländern beobachten wir nach dem Fall der Leibeigenschaft die Zerstörung des ständischen Charakters des Grundbesitzes, die Mobilisierung des Grundeigentums, die Anlage von Handels- und Industriekapital in der Landwirtschaft, Zunahme der Bodenpacht und der Hypothekarverschuldung. Auch in Rußland sehen wir nach der Reform, obgleich hier die Reste der Leibeigenschaft am größten sind, zunehmenden Kauf von Land durch Bauern, Rasnotschinzen und Kaufleute, Entwicklung der Pacht von privatem Boden, von Staats- und *Gemeinde*ländereien usw. usf. Wovon zeugen all diese Erscheinungen? Von der Entstehung der freien Konkurrenz in der *Landwirtschaft* — *trotz* des Monopols des *Grundeigentums* und ungeachtet der unendlich mannigfaltigen Formen dieses Eigentums. In allen kapitalistischen Ländern kann jeder Eigentümer von Kapital gegenwärtig dieses Kapital ebenso leicht oder fast ebenso leicht in der Landwirtschaft anlegen (durch Kauf oder Pacht von Land) wie in einem beliebigen Zweig des Handels oder der Industrie.

Herr Bulgakow wendet gegen die Marxsche Theorie der Differentialrente ein, daß „all diese Unterschiede (die Unterschiede in den Bedingungen für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse) widerspruchsvoll sind und sich gegenseitig aufheben *können*" (von uns hervorgehoben) — „Entfernung kann, wie schon Rodbertus zeigte, durch Fruchtbarkeit paralysiert werden, ungleiche Fruchtbarkeit aber kann durch gesteigerte Produktion auf fruchtbareren Bodenstücken ausgeglichen werden." (I, 81.) Leider vergißt dabei unser strenger Gelehrter, daß Marx diese Tatsache

verzeichnet und sie weniger einseitig einzuschätzen gewußt hat. „Ferner ist es klar", schreibt Marx, „daß diese zwei verschiednen Gründe der Differentialrente, Fruchtbarkeit und Lage" (der Ländereien), „in entgegengesetzter Richtung wirken können. Ein Boden kann sehr gut gelegen und sehr wenig fruchtbar sein, und umgekehrt. Dieser Umstand ist wichtig, denn er erklärt uns, warum bei der Urbarmachung des Bodens eines gegebnen Landes ebensowohl von besserm Land zu schlechterem, wie umgekehrt vorgeschritten werden kann. Endlich ist klar, daß der Fortschritt der sozialen Produktion überhaupt einerseits nivellierend wirkt auf die Lage" (der Ländereien) „als Grund der Differentialrente, indem er lokale Märkte schafft und durch Herstellung der Kommunikations- und Transportmittel Lage schafft; andrerseits die Unterschiede der lokalen Lagen der Ländereien steigert, durch die Trennung der Agrikultur von der Manufaktur und durch Bildung großer Zentren der Produktion nach der einen, wie durch relative Vereinsamung des Landes nach andrer Seite hin." („Das Kapital", III, 2, 190[48].) Während also Herr Bulgakow triumphierend einen längst bekannten Hinweis auf die *Möglichkeit* des gegenseitigen Sichaufhebens der Unterschiede wiederholt, wirft Marx die *weitere* Frage auf nach der Verwandlung dieser Möglichkeit in Wirklichkeit und zeigt, daß sich neben den nivellierenden Einflüssen auch differenzierende geltend machen. Das Endergebnis dieser einander widersprechenden Einflüsse besteht, wie jedermann weiß, darin, daß in allen Ländern und überall hinsichtlich der Fruchtbarkeit und Lage gewaltige Unterschiede zwischen den Bodenstücken *bestehen*. Der Einwand des Herrn Bulgakow zeugt lediglich davon, daß er seine Bemerkungen überhaupt nicht durchdacht hat.

Der Begriff des letzten, am wenigsten produktiven Aufwands von Arbeit und Kapital, wendet Herr Bulgakow weiter ein, „wird gleichermaßen kritiklos von Ricardo wie von Marx gebraucht. Man erkennt unschwer, welch Element der Willkür durch diesen Begriff in die Sache gebracht wird: Angenommen, auf den Boden werden *10 a* Kapital angelegt, wobei jedes folgende *a* durch abnehmende Produktivität gekennzeichnet ist; das Gesamtprodukt des Bodens ist *A*. Offensichtlich ist dann die durchschnittliche Produktivität jedes *a* gleich *A*/10, und der Preis, sofern wir das gesamte Kapital als Ganzes betrachten, wird eben durch diese seine durchschnittliche Produktivität bestimmt." (I, 82.) Offensichtlich, erwidern wir

darauf, hat Herr Bulgakow vor lauter hochtrabenden Phrasen über die „Beschränktheit der Produktivkräfte des Bodens" eine *Kleinigkeit* übersehen: die Beschränktheit des Bodens. Diese Beschränktheit schafft — ganz unabhängig von irgendwelchem *Eigentum* an Boden — eine gewisse Art von Monopol, nämlich: da der ganze Boden von Farmern besetzt ist, da eine Nachfrage nach dem ganzen, auf dem gesamten Boden, darunter auch auf den schlechtesten und auf den vom Markt am weitesten entfernten Ländereien erzeugten Getreide besteht, so ist es klar, daß der Getreidepreis durch den Produktionspreis auf dem schlechtesten Boden (oder durch den Produktionspreis bei dem letzten, am wenigsten produktiven Kapitalaufwand) bestimmt wird. Herrn Bulgakows „durchschnittliche Produktivität" ist eine inhaltslose arithmetische Übung, denn der tatsächlichen Bildung dieses Durchschnitts steht die Beschränktheit des Bodens im Wege. Damit diese „durchschnittliche Produktivität" sich bilden und die Preise bestimmen könnte, wäre erforderlich, daß jeder Kapitalist nicht bloß in der Lage ist, überhaupt Kapital in der Landwirtschaft anzulegen (insoweit gibt es in der Landwirtschaft, wie wir bereits erwähnten, freie Konkurrenz), sondern auch, daß jeder Kapitalist über die Zahl der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe hinaus jederzeit einen *neuen* landwirtschaftlichen Betrieb gründen könnte. Wäre dem so, dann bestände zwischen Landwirtschaft und Industrie keinerlei Unterschied, dann könnte keinerlei Rente entstehen. Gerade die Beschränktheit des Bodens aber bewirkt, daß dem nicht so ist.

Gehen wir weiter. Wir haben bei unseren bisherigen Betrachtungen die Frage des Grundeigentums gänzlich außer acht gelassen; ein solches Verfahren erfordern, wie wir gesehen haben, sowohl logische Erwägungen als auch die historischen Tatsachen, die davon zeugen, daß die kapitalistische Landwirtschaft bei jeder Form des Grundeigentums entsteht und sich entwickelt. Führen wir nun diese neue Bedingung ein. Angenommen, alles Land sei Privateigentum. Wie wirkt sich das auf die Rente aus? Die Differentialrente wird vom Grundeigentümer auf Grund seines Eigentumsrechtes dem Farmer abgenommen werden; da die Differentialrente einen über den normalen, den Durchschnittsprofit des Kapitals hinausgehenden Profitüberschuß darstellt und da in der Landwirtschaft Freiheit der Konkurrenz im Sinne von Freiheit der Kapitalanlage in der Landwirtschaft besteht (respektive durch die kapitalistische Entwicklung geschaffen

wird), wird der Grundeigentümer stets einen Farmer finden, der sich mit dem Durchschnittsprofit begnügt und ihm, dem Grundeigentümer, den Surplusprofit abgibt. Das Privateigentum an Grund und Boden schafft nicht die Differentialrente, sondern leitet sie lediglich aus den Händen des Farmers in die des Grundeigentümers über. Bleibt nun der Einfluß des privaten Grundeigentums darauf beschränkt? Kann man etwa erwarten, daß der Grundeigentümer dem Farmer *umsonst* gestatten wird, jenen schlechtesten und am ungünstigsten gelegenen Boden zu exploitieren, der nur den Durchschnittsprofit auf das angelegte Kapital abwirft? Natürlich nicht. Das Grundeigentum ist ein Monopol, und auf Grund dieses Monopols wird der Grundeigentümer vom Farmer auch für diesen Boden Bezahlung verlangen. Diese Bezahlung ist die *absolute Rente*, die in gar keinem Zusammenhang mit der verschiedenen Produktivität verschiedener Kapitalanlagen steht und *dem Privateigentum an Grund und Boden entspringt.* Als Herr Bulgakow Marx der willkürlichen zwiefachen Auslegung ein und desselben Monopols beschuldigte, nahm er sich nicht die Mühe, darüber nachzudenken, daß wir es tatsächlich mit einem zwiefachen Monopol zu tun haben; erstens haben wir das Monopol der (kapitalistischen) Bodenbewirtschaftung. Dieses Monopol entsteht aus der Beschränktheit des Bodens und ist daher in jeder kapitalistischen Gesellschaft eine Notwendigkeit. *Dieses* Monopol hat zur Folge, daß der Getreidepreis durch die Produktionsbedingungen auf dem schlechtesten Boden bestimmt wird, während der überschüssige, der Surplusprofit, der durch Anlage von Kapital auf besseren Boden oder durch produktivere Kapitalanlage entsteht, die Differentialrente bildet. Diese Rente entsteht völlig unabhängig vom privaten Grundeigentum, das den Grundeigentümer nur in den Stand setzt, sie dem Farmer abzunehmen. Zweitens haben wir das Monopol des privaten Grundeigentums. Dieses Monopol ist weder logisch noch historisch mit dem vorgenannten Monopol untrennbar* verbunden. Dieses Monopol stellt für die kapitalistische Gesellschaft und die kapita-

* Der Leser braucht wohl nicht daran erinnert zu werden, daß wir hier, wo wir es mit der allgemeinen Rententheorie und kapitalistischer Organisation der Landwirtschaft zu tun haben, solche Dinge nicht berühren wie Alter und Verbreitung des privaten Grundeigentums oder die Unterhöhlung der zuletzt von uns erwähnten Form des Monopols, ja teilweise auch beider Formen des Monopols durch die überseeische Konkurrenz u. dgl. mehr.

listische Organisation der Landwirtschaft keine *Notwendigkeit* dar. Einerseits können wir uns sehr wohl kapitalistische Landwirtschaft ohne Privateigentum an Grund und Boden denken, und viele konsequente bürgerliche Ökonomen haben auch die Nationalisierung des Bodens gefordert. Anderseits finden wir auch in der Wirklichkeit kapitalistische Organisation der Landwirtschaft bei Fehlen von privatem Grundeigentum, z. B. auf Staats- und Gemeindeländereien. Die beiden Monopolarten sind daher unbedingt auseinanderzuhalten, und folglich muß neben der Differentialrente auch das Bestehen der absoluten Rente anerkannt werden, die durch das Privateigentum am Boden *erzeugt wird.**

Die Möglichkeit der Entstehung der absoluten Rente aus dem Mehrwert des landwirtschaftlichen Kapitals erklärt Marx damit, daß in der Landwirtschaft der Anteil des variablen Kapitals an der Zusammensetzung des Gesamtkapitals über dem Durchschnitt liegt (eine durchaus natürliche Annahme, wenn man die unzweifelhafte Rückständigkeit der landwirt-

* Im zweiten Teil des zweiten Bandes der 1905 erschienenen „Theorien über den Mehrwert" gibt Marx zur Frage der absoluten Rente Erläuterungen, die die Richtigkeit meiner Interpretation (insbesondere bezüglich der zwei Arten des Monopols) bestätigen. Die entsprechenden Stellen bei Marx lauten: „Wäre das Land nicht nur relativ zum Kapital und zur Bevölkerung, sondern faktisch ein unbegrenztes Element, ‚unbegrenzt' wie ‚Luft und Wasser', ‚in unbeschränkter Menge vorhanden'" (Zitate aus Ricardo), „so könnte tatsächlich seine Aneignung durch die einen Aneignung desselben durch die anderen nicht ausschließen. Es könnte kein privates (auch kein ‚öffentliches' oder staatliches) Eigentum am Boden existieren. In diesem Falle, wenn alles Land auch überall von gleicher Güte, könnte gar keine Rente dafür gezahlt werden... Der Witz ist also der: Existiert das Land elementarisch dem Kapital gegenüber, so bewegt sich dieses in der Agrikultur in derselben Weise wie in jedem anderen Industriezweig. Es existiert dann kein Grundeigentum und keine Rente... Ist das Land dagegen 1. beschränkt, 2. angeeignet, findet das Kapital Grundeigentum als Voraussetzung vor — und dieses ist der Fall da, wo die kapitalistische Produktion sich entwickelt; wo es die Voraussetzung nicht wie im alten Europa vorfindet, schafft es sie selbst, wie in den Vereinigten Staaten —, so ist der Grund und Boden von vornherein nicht ein elementarisches Aktionsfeld für das Kapital. Daher gibt es Grundrente, abgesehen von der Differentialrente." (S. 80, 81.)[49] Marx unterscheidet hier mit aller Bestimmtheit zwischen der Beschränktheit des Bodens und dem Privateigentum am Boden. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1908. *Die Red.*)

schaftlichen Technik, verglichen mit der industriellen, in Betracht zieht). Da dies der Fall ist, so ist folglich der Wert der landwirtschaftlichen Produkte im allgemeinen höher als ihr Produktionspreis und der Mehrwert höher als der Profit. Das Monopol des privaten Grundeigentums verhindert indessen, daß dieser Überschuß völlig in den Prozeß der Ausgleichung des Profits eingeht, und die absolute Rente wird diesem Überschuß entnommen.*

Herr Bulgakow ist sehr unzufrieden mit dieser Erklärung und ruft aus: „Was ist das denn für ein Ding, dieser Mehrwert, daß er wie Tuch oder Baumwolle oder irgendeine andere Ware zur Deckung einer möglichen Nachfrage ausreichen oder nicht ausreichen kann. Vor allem ist es kein materielles Ding, sondern ein Begriff, der dazu dient, ein bestimmtes gesellschaftliches Produktionsverhältnis zum Ausdruck zu bringen." (I, 105.) Diese Gegenüberstellung von „materiellem Ding" und „Begriff" ist ein anschauliches Beispiel jener Scholastik, die man gegenwärtig so gern als „Kritik" präsentiert. Welche Bedeutung käme dem „Begriff" Teil des gesellschaftlichen Produkts zu, wenn diesem Begriff nicht bestimmte „materielle Dinge" entsprächen? Der Mehrwert ist das Geldäquivalent des

* Nebenbei bemerkt: Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, besonders ausführlich auf die Marxsche Rententheorie einzugehen, weil wir einer falschen Auffassung dieser Theorie auch bei Herrn P. Maslow („Shisn", 1901, Nr. 3 und 4: „Zur Agrarfrage") begegnet sind, der in der abnehmenden Produktivität zusätzlicher Kapitalanlagen wenn nicht ein Gesetz, so doch eine „gewöhnliche" und gewissermaßen normale Erscheinung sieht, die Differentialrente mit dieser Erscheinung verknüpft und die Theorie der absoluten Rente ablehnt. Der interessante Artikel des Herrn P. Maslow enthält viele richtige Bemerkungen gegen die Kritiker, verliert jedoch erheblich an Wert infolge der eben vermerkten Fehlerhaftigkeit der Theorie des Verfassers (der sich bei der Verteidigung des Marxismus nicht die Mühe machte, den Unterschied zwischen „seiner" Theorie und der Theorie von Marx genau zu bestimmen) wie auch infolge einer Reihe unvorsichtiger und völlig ungerechtfertigter Behauptungen, wie z. B., daß Herr Berdjajew „sich von dem Einfluß bürgerlicher Schriftsteller völlig frei macht" und sich durch „konsequente Wahrung des Klassenstandpunktes ohne Beeinträchtigung der Objektivität" auszeichne, daß „in vieler Hinsicht die von Kautsky gemachte Analyse stellenweise... tendenziös" sei, daß Kautsky „überhaupt nicht festgestellt hat, in welcher Richtung sich die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft vollzieht" u. dgl. mehr.

Mehrprodukts, das aus einem bestimmten Teil des Tuchs, der Baumwolle, des Getreides und aller sonstigen Waren besteht. („Bestimmtheit" darf natürlich nicht in dem Sinne verstanden werden, als könne die Wissenschaft diesen Teil konkret bestimmen, sondern in dem Sinne, daß die Bedingungen bekannt sind, die in allgemeinen Zügen die Größe dieses Teils bestimmen.) In der Landwirtschaft ist das Mehrprodukt größer (im Verhältnis zum Kapital) als in anderen Industriezweigen, und dieser Überschuß (der infolge des Monopols des Grundeigentums nicht in die Ausgleichung des Profits eingeht) kann natürlich „ausreichen oder nicht ausreichen zur Deckung der Nachfrage" des monopolistischen Grundeigentümers.

Wir können dem Leser eine eingehende Darstellung jener Rententheorie ersparen, die Herr Bulgakow laut eigener bescheidener Aussage „mit eigenen Kräften" und „eigene Wege gehend" (I, 111), geschaffen hat. Ein paar Bemerkungen werden genügen, um dies Produkt „der letzten, am wenigsten produktiven Aufwendung" professoraler „Arbeit" zu kennzeichnen. Die „neue" Rententheorie ist nach dem alten Rezept gebraut: Wenn schon, denn schon! Wenn freie Konkurrenz, dann auch ohne irgendwelche Einschränkungen (obwohl es eine solche absolute Freiheit der Konkurrenz nirgends und niemals gegeben hat). Wenn Monopol, dann nichts anderes. Also wird die Rente gar nicht dem Mehrwert entnommen, ja nicht einmal dem landwirtschaftlichen Produkt; sie entstammt dem Produkt nichtlandwirtschaftlicher Arbeit, ist einfach ein Tribut, eine Steuer, ein Abzug vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, ein Wechsel des Grundeigentümers. „Das landwirtschaftliche Kapital mit seinem Profit und die landwirtschaftliche Arbeit, überhaupt die Landwirtschaft als Sphäre der Anlage von Arbeit und Kapital, sind somit ein status in statu* im kapitalistischen Reich... alle (sic!) Definitionen von Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn und Wert schlechthin erweisen sich in Anwendung auf die Landwirtschaft als imaginäre Größen." (I, 99.)

So, so. Nun ist alles klar: Sowohl die Kapitalisten als auch die Lohnarbeiter in der Landwirtschaft — das alles sind imaginäre Größen. Aber wenn sich Herr Bulgakow auch zu Faseleien dieser Art versteigt, hier und da argumentiert er auch nicht ganz unvernünftig. Vierzehn Seiten weiter lesen wir: „Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse kostet die

* Staat im Staate. *Die Red.*

Gesellschaft eine gewisse Menge Arbeit; das ist der Wert dieser Erzeugnisse." Ausgezeichnet. Also sind schon zum mindesten die „Definitionen" des Wertes nicht ganz imaginäre Größen. Weiter: „Ist einmal die Produktion kapitalistisch organisiert und steht an der Spitze der Produktion das Kapital, so wird der Getreidepreis durch die Produktionspreise bestimmt, also wird die Produktivität einer gegebenen Anlage von Arbeit und Kapital, verglichen mit der durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktivität, in Rechnung gestellt." Vortrefflich. Also sind auch die „Definitionen" von Kapital, Mehrwert und Arbeitslohn nicht ganz imaginäre Größen. Also gibt es auch eine Freiheit der Konkurrenz (wenn auch keine absolute), denn ohne Übergang des Kapitals aus der Landwirtschaft in die Industrie und umgekehrt wäre es nicht möglich, „die Produktivität, verglichen mit der durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktivität" in Rechnung zu stellen. Weiter: „Infolge des Bodenmonopols aber übersteigt der Preis den Wert bis zu jenen Grenzen, die die Marktverhältnisse gestatten." Vorzüglich. Aber wo hat eigentlich Herr Bulgakow je beobachten können, daß ein Tribut, eine Steuer, ein Wechsel und ähnliches von den Marktverhältnissen abhingen? Wenn der Preis infolge des Monopols bis zu den Grenzen steigt, die die Marktverhältnisse gestatten, so besteht der ganze Unterschied zwischen der „neuen" Rententheorie und der „alten" darin, daß der „eigene Wege" gehende Verfasser einerseits den Unterschied zwischen dem Einfluß der Beschränktheit des Bodens und dem Einfluß des privaten Grundeigentums, und anderseits den Zusammenhang zwischen dem Begriff „Monopol" und dem Begriff „letzter, am wenigsten produktiver Aufwand von Arbeit und Kapital" nicht begriffen hat. Ist es da noch verwunderlich, daß Herr Bulgakow nach weiteren sieben Seiten (I, 120) „seine" Theorie schon ganz vergessen hat und Betrachtungen anstellt über „die Methode der Aufteilung dieses (landwirtschaftlichen) Produkts zwischen dem Grundeigentümer, dem kapitalistischen Farmer und den landwirtschaftlichen Arbeitern"? Ein glänzender Abschluß einer glänzenden Kritik! Ein bemerkenswertes Ergebnis der neuen, von nun an die Wissenschaft der politischen Ökonomie bereichernden *Bulgakowschen Rententheorie!*

III

DIE MASCHINEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Wenden wir uns nun der laut Urteil des Herrn Bulgakow „hervorragenden" Arbeit von Hertz zu („Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus", Wien 1899; russische Übersetzung von A. Iljinski, St. Petersburg 1900). Wir werden übrigens die übereinstimmenden Argumente dieser beiden Schriftsteller eine Zeitlang zusammen untersuchen müssen.

Die Frage der Maschinen in der Landwirtschaft und, in engem Zusammenhang damit, die Frage des Großbetriebs und des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft dienen den „Kritikern" besonders häufig als Anlaß zur „Widerlegung" des Marxismus. Wir werden weiter unten einige der von ihnen vorgebrachten detaillierten Angaben ausführlich behandeln; zunächst jedoch wollen wir die hierher gehörenden allgemeinen Erwägungen untersuchen. Die Kritiker ergehen sich ganze Seiten lang in überaus ausführlichen Betrachtungen darüber, daß die Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft auf größere Schwierigkeiten stößt als in der Industrie, daß sie daher weniger verwendet werden und weniger Bedeutung haben. Alles das unterliegt keinem Zweifel und wurde beispielsweise auch von demselben Kautsky völlig eindeutig festgestellt, dessen Name schon genügt, um die Herren Bulgakow, Hertz und Tschernow in einen an Unzurechnungsfähigkeit grenzenden Zustand zu versetzen. Aber diese unbestreitbare Tatsache widerlegt keineswegs, daß die Verwendung von Maschinen auch in der Landwirtschaft rasch zunimmt und auf sie einen gewaltigen umgestaltenden Einfluß ausübt. Um diese unvermeidliche Schlußfolgerung können die Kritiker nur durch solche tiefsinnigen Betrachtungen „herumkommen" wie z. B.: „...Die Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch die Herrschaft der Natur im Produktionsprozeß, durch die Unfreiheit des menschlichen Willens" (Bulgakow, I, 43), „...an Stelle der unsicheren und ungenauen Arbeit des Menschen leistet sie" (die Maschine in der Industrie) „sowohl mikrometrische als auch kolossale Arbeiten mit mathematischer Genauigkeit. Bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse vermag die Maschine nichts Ähnliches (?) zu leisten, denn dieses Arbeitsinstrument befindet sich bis jetzt nicht in den

Händen des Menschen, sondern in den Händen der Mutter Natur. Das ist keine Metapher." (Ebenda.) Das ist in der Tat keine Metapher, sondern einfach eine hohle Phrase, denn jeder weiß, daß der Dampfpflug, die Drillmaschine, die Dreschmaschine usw. die Arbeit *„sicherer* und *genauer" machen*. Von „nichts Ähnlichem" reden heißt folglich dummes Zeug reden! Dasselbe gilt für die Behauptung, daß die Maschine in der Landwirtschaft „die *Produktion* nicht im geringsten (sic!) revolutionieren kann" (Bulgakow, I, 43/44, wobei Fachleute des landwirtschaftlichen Maschinenbaus zitiert werden, die jedoch nur von einem relativen Unterschied zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen sprechen), oder die Behauptung, „die Maschine ist hier nicht nur außerstande, den Arbeiter in ihr Anhängsel (?) zu verwandeln, sondern diesem Arbeiter verbleibt nach wie vor die Rolle des Leiters des Prozesses" (44) — zum Beispiel des Einlegers bei der Dreschmaschine?

Die Überlegenheit des Dampfpfluges sucht Herr Bulgakow im Gegensatz zu den Schlußfolgerungen von Fachleuten des landwirtschaftlichen Maschinenbaus und der landwirtschaftlichen Ökonomie (Fühling, Perels) durch Berufung auf Stumpfe und Kutzleb abzuschwächen (die von der Konkurrenzfähigkeit des Kleinbetriebs gegenüber dem Großbetrieb schrieben), wobei Argumente vorgebracht werden von der Art, daß das Dampfpflügen einen besonderen Boden* und „außerordentlich ausgedehnte Güter" erfordere (nach Ansicht des Herrn Bulgakow spricht dieses Argument nicht gegen den Kleinbetrieb, sondern gegen den Dampfpflug!), daß bei einer Furchentiefe *von 12 Zoll* die Arbeit des Viehs *billiger* sei als die des Dampfes u. dgl. mehr. Mit derartigen Argumenten könnte man ganze Bände füllen, ohne damit auch nur im geringsten zu widerlegen, daß der Dampfpflug außerordentlich tiefes Pflügen ermöglicht (auch tiefer als 12 Zoll) und daß seine Verwendung rasch zugenommen hat: in England verwendeten ihn 1867 nur 135 Güter, 1871 waren bereits über 2000 Dampfpflüge in Gebrauch (Kautsky); in Deutschland stieg in der Zeit von 1882 bis 1895 die Zahl der Wirtschaften, die Dampfpflüge anwendeten, von 836 auf 1696.

* Hertz hält daran mit besonders „siegesbewußter" Miene fest und versucht zu beweisen, daß das „absolute" Urteil, der Dampfpflug sei „unter allen Umständen" dem Gespannpflug überlegen, falsch sei (S. 65, russische Übersetzung 156). Das gerade heißt ja offene Türen einrennen!

Zur Frage der landwirtschaftlichen Maschinen zitiert Herr Bulgakow wiederholt Franz Bensing, den „Verfasser einer Spezialmonographie über landwirtschaftliche Maschinen", wie er ihm bescheinigt (I, 44). Es wäre eine große Ungerechtigkeit, wenn wir nicht auch in diesem Falle zeigen würden, *wie* Herr Bulgakow zitiert und *wie* er von seinen eigenen Gewährsleuten geschlagen wird.

Herr Bulgakow, der behauptet, Marx' „Konstruktion" über das im Vergleich zum variablen Kapital schnellere Anwachsen des konstanten Kapitals könne auf die Landwirtschaft nicht angewendet werden, beruft sich dabei auf die Notwendigkeit eines mit der zunehmenden Produktivität der Landwirtschaft wachsenden Aufwands an Arbeitskraft und zitiert u. a. folgende Berechnung Bensings. „Der gesamte Bedarf an Arbeitskräften gestaltet sich unter verschiedenen Wirtschaftssystemen folgendermaßen: bei Dreifelderwirtschaft 712 Arbeitstage; bei Norfolker Fruchtwechsel 1615 Arbeitstage, bei Fruchtwechsel mit starkem Rübenbau 3179 Arbeitstage" auf 60 Hektar. (*Franz Bensing*, „Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft", Breslau 1897, S. 42; Bulgakow, I, 32.) Das Unglück ist nur, daß Bensing mit dieser Berechnung gerade die wachsende Bedeutung der Maschinen beweisen will: Bensing überträgt diese Zahlen auf die gesamte Landwirtschaft Deutschlands und errechnet, daß die Zahl der vorhandenen landwirtschaftlichen Arbeiter nur für eine Bearbeitung des Bodens im Dreifeldersystem ausreichen würde und folglich die Einführung des Fruchtwechsels überhaupt *unmöglich* wäre, wenn keine Maschinen verwendet würden. Da bekanntlich unter der Herrschaft des alten Dreifeldersystems Maschinen fast gar nicht verwendet wurden, so beweist Bensings Berechnung das *Gegenteil* von dem, was Herr Bulgakow beweisen möchte; und zwar beweist diese Berechnung, daß das Anwachsen der Produktivität der Landwirtschaft notwendigerweise mit einem schnelleren Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen verbunden sein muß.

An einer anderen Stelle behauptet Herr Bulgakow, es bestünde „ein grundlegender (sic!) Unterschied zwischen der Rolle der Maschine in der Fertigungsindustrie und in der Landwirtschaft" und zitiert die Worte Bensings: „Es ist klar, daß die landwirtschaftlichen Maschinen nicht so wie die industriellen die Produktion ins Unermeßliche steigern können..." (I, 44.) Wieder hat Herr Bulgakow Pech. Bensing vermerkt diesen, keines-

wegs „grundlegenden" Unterschied zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen am Anfang des Kapitels VI, das überschrieben ist: „Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf den Rohertrag". Nachdem er die Angaben der landwirtschaftlichen Fachliteratur und die Ergebnisse einer von ihm besonders veranstalteten Rundfrage in bezug auf jede einzelne Maschinenart eingehend geprüft hat, gelangt Bensing zu folgendem allgemeinen Schluß: Erhöhung des Rohertrags bei Verwendung des Dampfpflugs um 10 Prozent, der Drillmaschine um 10 Prozent, der Dreschmaschine um 15 Prozent; überdies werden durch die Drillmaschine 20 Prozent Saatgut eingespart, und nur bei der Verwendung von Kartoffelerntemaschinen zeigt sich eine Verringerung des Rohertrags um 5 Prozent. Die Behauptung des Herrn Bulgakow: „Jedenfalls ist der Dampfpflug die einzige unter den landwirtschaftlichen Maschinen, zu deren Gunsten gewisse technische Erwägungen geltend gemacht werden können" (I, 47/48), ist *jedenfalls* von demselben Bensing widerlegt worden, auf den sich hier der unvorsichtige Herr Bulgakow beruft.

Um ein möglichst genaues und geschlossenes Bild von der Bedeutung der Maschinen in der Landwirtschaft zu geben, bringt Bensing eine Reihe äußerst detaillierter Berechnungen über die Ergebnisse des Wirtschaftens ohne Maschinen, mit einer, mit zwei und mehr Maschinen und schließlich mit allen wichtigeren Maschinen einschließlich Dampfpflug und Feldbahnen. Es erweist sich, daß ohne Verwendung von Maschinen der Rohertrag 69 040 Mark, der Wirtschaftsaufwand 68 615 Mark und der Reinertrag 425 Mark oder 1,37 Mark pro Hektar betragen, während sich bei Verwendung aller wichtigeren Maschinen der Rohertrag auf 81 078 Mark, der Wirtschaftsaufwand auf 62 551,50 Mark und der Reinertrag auf 18 526,50 Mark oder auf 59,76 Mark pro Hektar, d. h. auf *mehr als das Vierzigfache*, belaufen. Und das ist die Wirkung allein der Maschinen, denn das Wirtschaftssystem wurde hierbei als unverändert unterstellt! Daß die Anwendung von Maschinen, wie dieselben Berechnungen Bensings zeigen, von einer gewaltigen Zunahme des konstanten Kapitals und einer *Abnahme* des variablen (d. h. des für die Arbeitskraft verausgabten Kapitals und auch der Zahl der Arbeiter) begleitet ist, das versteht sich von selbst. Mit einem Wort, Bensings Arbeit widerlegt voll und ganz Herrn Bulgakow und beweist sowohl die Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft als auch die Anwendbarkeit des Gesetzes vom An-

wachsen des konstanten Kapitals auf Kosten des variablen auf die Landwirtschaft.

Nur eines bringt die Herren Bulgakow und Bensing einander näher: Letzterer steht auf einem rein bürgerlichen Standpunkt, er versteht die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche überhaupt nicht und verschließt seelenruhig die Augen gegen die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschinen usw. Von Marx spricht dieser gemäßigte und akkurate Schüler deutscher Professoren mit dem gleichen Haß wie Herr Bulgakow. Nur ist Bensing konsequenter: er nennt Marx einen „Gegner der Maschinen" überhaupt, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie, da Marx angeblich „die Tatsachen verdreht", indem er von der schädlichen Wirkung der Maschinen auf die Arbeiter spreche und überhaupt den Maschinen allerhand Unheil nachsage (Bensing, l. c.,* S. 4, 5, 11). Das Verhältnis des Herrn Bulgakow zu Bensing zeigt uns wieder einmal, was die Herren „Kritiker" von den bürgerlichen Gelehrten übernehmen und was sie absichtlich übersehen.

Von welcher Beschaffenheit die Hertzsche „Kritik" ist, geht zur Genüge aus folgendem Beispiel hervor. Auf S. 149 (russ. Übers.) wirft er Kautsky „feuilletonistische Methoden" vor, und auf S. 150 „widerlegt" er die Behauptung von der Überlegenheit des Großbetriebs hinsichtlich der Verwendung von Maschinen mit solchen Argumenten: 1. Durch Genossenschaften werde der Kauf von Maschinen auch Kleinbetrieben *zugänglich*. Das soll, man denke nur, die *Tatsache* der größeren Verbreitung von Maschinen in den Großbetrieben widerlegen! Wem die Wohltaten genossenschaftlichen Zusammenschlusses *zugänglicher* sind, darüber werden wir uns mit Hertz in der zweiten Abhandlung noch besonders unterhalten. 2. David habe in den „Sozialistischen Monatsheften"[50] (V, 2) gezeigt, daß die Verwendung von Maschinen in Kleinbetrieben „weit verbreitet ist und stark zunimmt, ... daß auch die Drillmaschine selbst in sehr kleinen Betrieben stark (sic!) gebraucht wird. Ebenso die Mähmaschine usw." (ebenda, S. 63, S. 151 der russ. Übers.). Wendet sich nun der Leser dem Artikel Davids** zu, so findet er, daß dieser mit *absoluten Zahlen* über

* loco citato — am angeführten Ort. *Die Red.*

** In Davids Buch „Sozialismus und Landwirtschaft" (St. Petersburg, 1906) wird dies fehlerhafte Verfahren wiederholt (S. 179). (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1908. *Die Red.*)

die Anzahl der Wirtschaften operiert, die Maschinen verwenden, nicht aber mit dem Prozentualverhältnis dieser Wirtschaften zur Gesamtzahl der Wirtschaften der betreffenden Gruppe (wie es selbstverständlich Kautsky tut).

Vergleichen wir diese ganz Deutschland betreffenden Zahlen für das Jahr 1895*:

Größenklassen der Betriebe	Gesamtzahl der Betriebe	Darunter verwendeten Maschinen					
		Sämaschinen		Drillmaschinen		Mähmaschinen	
			%		%		%
Unter 2 ha	3236367	214	0,01	14735	0,46	245	0,01
2–5 ha	1016318	551	0,05	13088	1,29	600	0,06
5–20 ha	998804	3252	0,33	48751	4,88	6746	0,68
20–100 ha	281767	12091	4,29	49852	17,69	19535	6,93
100 und mehr ha	25061	12565	50,14	14366	57,32	7958	31,75
Zusammen	5558317	28673	0,52	140792	2,54	35084	0,63

Eine schöne Bestätigung der Behauptung Davids und Hertz', daß Sämaschinen und Mähmaschinen „selbst in sehr kleinen Betrieben" „stark" gebraucht würden, nicht wahr? Und wenn Hertz daraus „schließt", daß „Kautskys Behauptung statistisch durchaus unhaltbar" sei, auf wessen Seite sind da in Wirklichkeit echt feuilletonistische Methoden zu finden?

Als Kuriosum sei erwähnt, daß die „Kritiker", die die Überlegenheit des Großbetriebs im Hinblick auf die Verwendung von Maschinen und die dadurch hervorgerufene Tatsache der Überarbeit und Unterkonsumtion im Kleinbetrieb leugnen, sich unbarmherzig selbst ins Gesicht schlagen, sobald sie auf die wirkliche Lage der Dinge eingehen müssen (und sobald sie ihre „Hauptaufgabe", die Widerlegung des „orthodoxen" Marxismus, vergessen). „Der Großbetrieb", schreibt z. B. Herr Bulgakow im zweiten Band seines Werkes (S. 115), „arbeitet stets kapitalintensiver als der Kleinbetrieb und gibt daher natürlich den mechanischen Faktoren der Produktion vor der lebendigen Arbeitskraft den Vorzug." Daß Herr Bulgakow als „Kritiker" im Gefolge der Herren Struve und Tugan-Baranowski der Vulgärökonomie zuneigt und die mechanischen „*Faktoren* der Produktion" den lebendigen gegenüberstellt, ist in der Tat ganz „natür-

* „Stat. d. D. R." 112. Bd., S. 36*.

lich". War es aber natürlich, daß er so unvorsichtig die Überlegenheit des Großbetriebs leugnete?

Von der Konzentration in der landwirtschaftlichen Produktion spricht Herr Bulgakow nicht anders als von einem „mystischen Gesetz der Konzentration" u. dgl. mehr. Nun muß er sich aber mit englischen Daten befassen, und da stellt sich heraus, daß es von den fünfziger Jahren bis Ende der siebziger Jahre eine Tendenz zur Konzentration der Farmen gab. „Kleine Verbrauchswirtschaften", schreibt Herr Bulgakow, „schlossen sich zu größeren zusammen. *Diese* Konsolidierung der Landparzellen erscheint keineswegs als Ergebnis des Kampfes zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb (?), sondern des bewußten (!?) Strebens der Landlords nach Erhöhung ihrer Rente durch Zusammenlegung mehrerer kleiner, nur eine sehr niedrige Rente zahlender Wirtschaften zu einer großen Wirtschaft, die eine hohe Rente zahlen kann." (I, 239.) Das soll einer verstehen: **nicht** der Kampf zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb, sondern die Verdrängung des zweiten, als des wenig rentablen, durch den ersteren! „Ist einmal die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage aufgebaut, so ist es unbestreitbar, daß innerhalb gewisser Grenzen der kapitalistische Großbetrieb vor dem kapitalistischen Kleinbetrieb unzweifelhafte Vorzüge aufweist." (I, 239/240.) Wenn das unbestreitbar ist, warum zetert und zeterte (im „Natschalo") dann Herr Bulgakow so gegen Kautsky, der sein Kapitel über Großbetrieb und Kleinbetrieb (in der „Agrarfrage") mit der Erklärung *einleitet*: „Je kapitalistischer die Landwirtschaft wird, desto mehr entwickelt sie einen qualitativen Unterschied der Technik zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb"?

Aber nicht nur die Prosperitätsperiode der Landwirtschaft in England, sondern auch die Krisenperiode zeitigt für den Kleinbetrieb ungünstige Ergebnisse. Die Kommissionsberichte der letzten Jahre „behaupten mit erstaunlicher Hartnäckigkeit, daß die Krise am schwersten gerade auf den kleinen Landwirten lastete" (I, 311). „Ihre Häuser — heißt es in einem Bericht über die kleinen Eigentümer — sind schlechter als der Durchschnitt der Arbeitercottages... Sie leisten alle eine erstaunlich schwere Arbeit und arbeiten erheblich länger als die Arbeiter, wobei viele von ihnen erklären, daß sie sich nicht in einer so günstigen materiellen Lage befänden wie letztere, daß sie schlechter lebten und nur selten frisches Fleisch äßen..." „Die Yeomen mit ihrer Hypothekenlast erlagen als erste..."

(I, 316.) „Sie sparen an allem in einem Maße, wie es nur wenige Arbeiter tun..." „Die kleinen Farmer vermögen sich noch zu halten, solange sie die unbezahlte Arbeit der Familienmitglieder ausnützen..." „Daß das Leben des kleinen Farmers unendlich schwerer ist als das des Landarbeiters, braucht wohl kaum hinzugefügt zu werden." (I, 320/321.) Wir haben diese Stellen angeführt, damit sich der Leser ein Urteil über die Richtigkeit folgender Schlußfolgerung des Herrn Bulgakow bilden kann: „Der grausame Ruin der Wirtschaften, die sich bis zur Agrarkrise gehalten hatten, besagt lediglich (!!), daß in solchen Fällen kleine Produzenten schneller zugrunde gerichtet werden als große, sonst nichts (sic!!). Daraus irgendeinen allgemeinen Schluß über ihre allgemeine wirtschaftliche Lebensfähigkeit herzuleiten, ist ganz unmöglich, denn in dieser Zeit lag die ganze englische Landwirtschaft darnieder." (I, 333.) Ist das nicht famos? Und in dem Kapitel über die allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Bauernwirtschaft verallgemeinert Herr Bulgakow sogar noch diese famose Methode der Argumentation: „Ein plötzlicher Preissturz wirkt sich auf allen Formen" (alle Formen?) „der Produktion schwer aus, doch der bäuerliche Betrieb ist als der kapitalschwächste natürlich weniger stabil als der Großbetrieb (was die Frage seiner allgemeinen Lebensfähigkeit nicht im geringsten berührt)." (II, 247.) In der kapitalistischen Gesellschaft sind also die kapitalschwachen Wirtschaften weniger stabil, doch berührt das nicht ihre „allgemeine" Lebensfähigkeit!

Nicht besser ist es auch bei Hertz um die Konsequenz der Beweisführung bestellt. Er „widerlegt" Kautsky (mit den oben gekennzeichneten Methoden), sobald aber von Amerika die Rede ist, gibt er die Überlegenheit der größeren Betriebe zu, bei denen „eine vermehrte Maschinenanwendung möglich ist, die unsere Parzellenwirtschaft verbietet" (S. 36, russ. Übers. 93); er gibt zu: „Der europäische Bauer wirtschaftet oft in seiner gewohnheitsfaulen, alten Betriebsweise weiter, als Arbeiter um seinen Lebensunterhalt robotend, ohne Streben nach einer Steigerung." (Ebenda.) Hertz gibt auch überhaupt zu, daß „der Kleinbetrieb verhältnismäßig mehr Arbeit anwendet als der Großbetrieb" (S. 74, russ. Übers. 177), und könnte Herrn Bulgakow mit Erfolg mancherlei über die Steigerung der Ernteerträge infolge der Einführung des Dampfpfluges usw. mitteilen (S. 67/68, russ. Übers. 162/163).

Eine natürliche Begleiterscheinung der schwankenden Haltung, die unsere

Kritiker in ihren theoretischen Anschauungen über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Maschinen einnehmen, bildet ihr hilfloses Nachbeten ausgesprochen reaktionärer Argumente der Agrarier, die gegen Maschinen eingestellt sind. Hertz ist allerdings in diesem heiklen Punkt noch sehr unschlüssig; er spricht von den „Hindernissen", die die Landwirtschaft der Einführung von Maschinen entgegenstellt, und bemerkt: „Überdies wird behauptet, daß im Winter so viel Zeit übrig sei, daß das Handdreschen vorteilhafter ist" (S. 65, russ. Übers. 156/157). Hertz ist offenbar geneigt, hieraus mit der ihm eigenen Logik den Schluß zu ziehen, daß diese Tatsache nicht gegen den Kleinbetrieb, nicht gegen die der Einführung von Maschinen entgegenstehenden kapitalistischen Hindernisse, sondern gegen die Maschinen spreche! Und nicht umsonst wird Hertz von Herrn Bulgakow dafür gerügt, daß er „zu sehr an die Meinungen seiner Partei gebunden" sei (II, 287). Der russische Professor fühlt sich natürlich erhaben über derartige erniedrigende „Bindungen" und erklärt stolz: „Ich bin hinreichend frei von dem besonders in der marxistischen Literatur so verbreiteten Vorurteil, dem zufolge man in jeder Maschine einen Fortschritt zu erblicken hat" (I, 48). Leider entsprechen dem Gedankenfluge dieser prächtigen Argumentation in keiner Weise die konkreten Schlußfolgerungen. „Die Dampfdreschmaschine", schreibt Herr Bulgakow, „die viele, sehr viele Arbeiter um ihre Winterbeschäftigung brachte, war für die Arbeiter ohne Zweifel ein beträchtliches Übel, das durch technische Vorteile nicht wettgemacht wurde.* Darauf weist übrigens Goltz hin, der sogar einen utopischen Wunsch äußert" (II, 103), den Wunsch nämlich, die Verwendung der Dreschmaschine, besonders der Dampfdreschmaschine, zu *beschränken*, „im Interesse der Verbesserung der Lage der Landarbeiter", fügt Goltz hinzu, „sowie der Verminderung der Auswanderung und der Migration" (unter Migration, fügen wir unserseits hinzu, versteht Goltz vermutlich die Abwanderung in die Städte).

Wir erinnern den Leser daran, daß gerade diese Goltzsche Idee auch Kautsky in seiner „Agrarfrage" erwähnt. Es dürfte daher nicht uninteressant sein zu vergleichen, wie sich der in marxistischen Vorurteilen be-

* Vgl. Bd. I, S. 51: „...die Dampfdreschmaschine... leistet die Hauptarbeit der ohnehin arbeitsarmen Winterperiode (der Nutzen dieser Maschine für die gesamte [sic!!] Landwirtschaft ist daher mehr als fraglich; wir werden dieser Tatsache noch begegnen)."

fangene, engstirnige Orthodoxe und wie sich der moderne Kritiker, der den ganzen Geist des „Kritizismus" vortrefflich erfaßt hat, zu einer konkreten Frage der Ökonomie (Bedeutung der Maschinen) und der Politik (ob man nicht beschränken soll?) verhalten.

Kautsky meint („Die Agrarfrage", S. 41), Goltz schreibe der Dreschmaschine eine besonders „unheilvolle Wirkung" zu; sie nehme den Landarbeitern ihre Hauptbeschäftigung während des Winters, treibe sie in die Städte, verstärke die Entvölkerung des flachen Landes. Und Goltz schlage vor, die Anwendung der Dreschmaschine zu beschränken, schlage es vor, fügt Kautsky hinzu, „anscheinend im Interesse der Landarbeiter, tatsächlich im Interesse der Gutsbesitzer, denen", wie Goltz selbst sagt, „‚der aus dieser Beschränkung erwachsende Nachteil reichlich aufgewogen wird, wenn auch nicht sofort, so doch in der Zukunft durch die größere Zahl der im Sommer verfügbaren Arbeitskräfte'". „Zum Glück", fährt Kautsky fort, „ist diese konservative Arbeiterfreundlichkeit nichts als eine reaktionäre Utopie. Die Dreschmaschine ist ‚sofort' zu profitabel, als daß die Gutsbesitzer um eines Profits in ‚der Zukunft' willen von ihrer Anwendung absehen wollten. Und so wird sie fortfahren, ihre revolutionäre Tätigkeit zu üben; sie wird die Landarbeiter in die Stadt treiben und dadurch ein kräftiges Mittel werden, auf der einen Seite die Arbeitslöhne auf dem flachen Lande zu heben, auf der anderen die weitere Entwicklung des Maschinenwesens daselbst zu fördern."

Herrn Bulgakows Verhalten zu dieser Stellung der Frage durch einen Sozialdemokraten und durch einen Agrarier ist äußerst charakteristisch: es ist ein kleines Musterbeispiel jener Position, die überhaupt die ganze moderne „Kritik" zwischen der Partei des Proletariats und der Partei der Bourgeoisie eingenommen hat. Der Kritiker ist selbstverständlich nicht so engstirnig und nicht so schematisch, um den Standpunkt des Klassenkampfes und der Revolutionierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Kapitalismus einzunehmen. Doch obgleich anderseits unser Kritiker auch „klüger" geworden ist, so wird er doch durch die Erinnerungen an jene Zeit, da er noch „jung und dumm" war und die Vorurteile des Marxismus teilte, daran gehindert, das Programm seines neuen Genossen, des Agrariers, völlig zu akzeptieren, der aus der Schädlichkeit der Maschine „für die *gesamte* Landwirtschaft" ganz vernünftig und folgerichtig den Wunsch herleitet: Verbieten! Und so gerät unser braver Kritiker wie Bu-

ridans Esel zwischen zwei Heubündel: einerseits ist ihm bereits jedes Verständnis für den Klassenkampf abhanden gekommen, und er bringt es jetzt fertig, von der Schädlichkeit der Maschinen „für die *gesamte* Landwirtschaft" zu sprechen, wobei er vergißt, daß die *gesamte* moderne Landwirtschaft in erster Linie von Unternehmern geleitet wird, die nur an ihren Profit denken; er hat so sehr jene „Jahre der Jugend" vergessen, da er Marxist war, daß er bereits die höchst alberne Frage aufwirft, ob die technischen Vorteile der Maschine deren schädliche Wirkung auf die Arbeiter „wettmachen" (diese schädliche Wirkung aber übt nicht allein die Dampfdreschmaschine aus, sondern auch der Dampfpflug, die Mähmaschine, die Getreidereinigungsmaschine usw.). Er bemerkt nicht einmal, daß der Agrarier in Wirklichkeit den Arbeiter nur noch stärker versklaven will, sowohl im Winter als auch im Sommer. Anderseits aber erinnert er sich dunkel jenes veralteten „dogmatischen" Vorurteils, daß ein Verbot der Maschinen eine Utopie ist. Armer Herr Bulgakow, ob er sich wohl aus dieser peinlichen Lage herauswinden wird?

Interessant ist, daß unsere Kritiker, die bemüht sind, die Bedeutung der landwirtschaftlichen Maschinen auf jede Art herabzusetzen, und dabei sogar das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" ins Feld führen, es vergessen (oder es absichtlich unterlassen), jene neue technische Umwälzung in der Landwirtschaft zu erwähnen, die von der Elektrotechnik vorbereitet wird. Im Gegensatz dazu hat Kautsky, der nach dem mehr als ungerechten Urteil des Herrn P. Maslow „den wesentlichen Fehler beging, daß er in keiner Weise die Richtung der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft aufzeigte" („Shisn" 1901, Nr. 3, S. 171), bereits im Jahre 1899 auf die Bedeutung der Elektrizität für die Landwirtschaft hingewiesen („Die Agrarfrage"). Heute treten die Anzeichen der kommenden technischen Umwälzung schon deutlicher hervor. Es werden Versuche unternommen, die Bedeutung der Elektrotechnik für die Landwirtschaft theoretisch zu klären (siehe Dr. Otto Pringsheim, „Landwirtschaftliche Manufaktur und elektrische Landwirtschaft", Brauns Archiv, XV, 1900, S. 406—418, und K. Kautskys Artikel in der „Neuen Zeit"[51], XIX, 1, 1900/1901, Nr. 18, „Die Elektrizität in der Landwirtschaft"), und Stimmen von Gutsbesitzern, die praktisch in der Landwirtschaft tätig sind, werden laut, die ihre Erfahrungen bei der Anwendung von Elektrizität schildern (Pringsheim zitiert ein Buch von Adolf Seuffer-

held, der über die Erfahrungen in seinem landwirtschaftlichen Betrieb berichtet), die in der Elektrizität ein Mittel sehen, die Landwirtschaft wieder rentabel zu machen, die die Regierung und die Gutsbesitzer auffordern, zentrale Kraftwerke zu bauen und in großen Mengen elektrische Kraft für die Landwirte zu erzeugen (in Königsberg erschien im vergangenen Jahr ein Buch des ostpreußischen Gutsbesitzers P. Mack: „Der Aufschwung unseres Landwirtschaftsbetriebes durch Verbilligung der Produktionskosten. Eine Untersuchung über den Dienst, den Maschinentechnik und Elektrizität der Landwirtschaft bieten").

Pringsheim macht die unseres Erachtens sehr richtige Bemerkung, die moderne Landwirtschaft komme — dem allgemeinen Stand ihrer Technik und wohl auch ihrer Ökonomik nach — jenem Entwicklungsstadium der Industrie am nächsten, das Marx als „Manufaktur" bezeichnete. Das Überwiegen von Handarbeit und einfacher Kooperation, sporadische Anwendung von Maschinen, verhältnismäßig geringer Umfang der Produktion (gemessen z. B. an der Summe der von einem Unternehmen jährlich verkauften Produkte), zumeist relativ beschränkter Markt, Verbindung von Groß- und Kleinbetrieb (wobei letzterer, ähnlich den Hausarbeitern in ihrem Verhältnis zum Großunternehmer der Manufaktur, ersterem die Arbeitskraft liefert, oder aber ersterer dem letzteren dessen „Halbfabrikat" abkauft, wie z. B. die Großwirte den kleinen Landwirten Rüben, Vieh usw. abkaufen) — alle diese Merkmale sprechen in der Tat dafür, daß die Landwirtschaft die Stufe der eigentlichen „maschinellen Großindustrie" im Sinne von Marx noch nicht erreicht hat. In der Landwirtschaft gibt es noch kein „Maschinensystem", bei dem die Maschinen zu einem einheitlichen Produktionsmechanismus verbunden wären.

Man darf diesen Vergleich natürlich nicht zu weit treiben: Einerseits weist die Landwirtschaft Besonderheiten auf, die absolut nicht zu beseitigen sind (wenn wir von der in allzu weiter Ferne liegenden und allzu problematischen Möglichkeit der künstlichen Erzeugung von Eiweiß und Nahrungsmitteln absehen). Infolge dieser Besonderheiten wird die maschinelle Großindustrie in der Landwirtschaft niemals *alle* jene Züge aufweisen, die sie in der Industrie besitzt. Anderseits hatte der industrielle Großbetrieb auch in der Manufaktur schon das Übergewicht und eine beträchtliche technische Überlegenheit über den Kleinbetrieb errungen. Diese Überlegenheit suchte der kleine Unternehmer noch geraume Zeit durch

jene Verlängerung des Arbeitstages und Einschränkung der Bedürfnisse wettzumachen, die für den Hausindustriellen und für den heutigen Kleinbauern so charakteristisch sind. Das Überwiegen der Handarbeit in der Manufaktur gewährte dem Kleinbetrieb noch eine gewisse Möglichkeit, sich mit Hilfe solcher „heroischer" Mittel über Wasser zu halten, aber jene Leute, die sich dadurch verleiten ließen, von der Lebensfähigkeit des Hausindustriellen zu sprechen (ähnlich wie die heutigen Kritiker von der Lebensfähigkeit des Bauern sprechen), wurden sehr bald widerlegt durch jene „zeitweilige Tendenz", die das „Universalgesetz" der technischen Stagnation paralysiert. Wir erinnern beispielsweise an die russischen Untersuchungen über die Hausweberei im Moskauer Gouvernement in den siebziger Jahren. In der Baumwollweberei, heißt es dort, habe der Handweber ausgespielt: die Maschine habe die Oberhand gewonnen; in der Seidenweberei dagegen können sich die Hausarbeiter noch halten, die Maschinen seien bei weitem noch nicht so vervollkommnet. Aber zwei Jahrzehnte später hatte die Technik dem Kleinbetrieb wieder eine seiner letzten Zufluchtsstätten genommen, ganz als wollte sie — denen, die Ohren haben zu hören und Augen zu sehen — sagen, daß der Ökonom stets vorwärts blicken muß, in der Richtung des technischen Fortschritts, sonst bleibt er sofort hinter den anderen zurück, denn wer nicht vorwärts blicken will, der wendet der Geschichte den Rücken zu: ein Mittelding gibt es hier nicht und kann es nicht geben.

„Jedenfalls sollten die Schriftsteller, die, wie Hertz über dieses Thema" (Konkurrenzverhältnisse zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft) „gehandelt und den Einfluß der Elektrotechnik ignoriert haben, ihre Untersuchung von neuem anfangen", bemerkt Pringsheim treffend, und seine Bemerkung trifft doppelt und dreifach auch das zweibändige Werk des Herrn Bulgakow.

Elektrische Energie ist billiger als Dampfkraft, sie läßt sich leichter teilen, viel leichter auf sehr weite Entfernungen übertragen, dazu ist auch der Gang der Maschinen gleichmäßiger und ruhiger; sie ist deshalb sowohl beim Dreschen und Pflügen als auch beim Melken und Häckseln*

* Dies dem kühnen Herrn Bulgakow zur Kenntnis, der frischweg und unbegründet von „solchen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion" spricht, „die für Maschinen überhaupt unzugänglich sind, wie z. B. die Viehzucht" (I, 49).

usw. viel besser zu verwenden. Kautsky beschreibt ein ungarisches Latifundium*, in dem die elektrische Energie von einer Zentrale aus zum Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen, zum Rübenschneiden, zur Förderung von Wasser, zur Beleuchtung usw. usw. nach allen Richtungen den entferntesten Teilen des Gutes zugeleitet wird. „Zur Förderung von 300 Hektoliter Wasser täglich aus einem 29 Meter tiefen Brunnen in ein 10 Meter hohes Reservoir und zur Bereitung von Futter für 240 Kühe, 200 Kalbinnen und 60 Zugochsen und Pferde, also zum Schroten, Rübenschneiden und Häckseln, waren im Winter zwei Paar Pferde, über den Sommer ein Paar Pferde erforderlich, welcher Stand einen Kostenaufwand von 1500 Gulden verursachte. Statt der Zugtiere arbeiten nun ein drei- und ein fünfpferdiger Motor, deren Arbeit sich mit Einrechnung sämtlicher Spesen auf 700 Gulden stellt, somit um 800 Gulden weniger als vorher..." (Kautsky, l. c.) Mack berechnet die Kosten eines Pferdearbeitstages auf 3 Mark; wird er aber durch Elektrizität ersetzt, kostet die gleiche Leistung 40—75 Pfennig, was eine Verbilligung von 400—700% bedeutet. Würden, schreibt er, in der deutschen Landwirtschaft im Verlauf von 50 oder mehr Jahren 1¾ Millionen Pferde durch elektrische Kraft ersetzt (im Jahre 1895 wurden in der deutschen Landwirtschaft zur Akkerarbeit 2,6 Millionen Pferde + 1 Million Ochsen + 2,3 Millionen Kühe verwendet, darunter in den Wirtschaften von über 20 ha 1,4 Millionen Pferde und 0,4 Millionen Ochsen), so würde dies die Ausgaben von 1003 Millionen Mark auf 261 Millionen, d. h. um 742 Millionen Mark, herabsetzen. Eine Riesenfläche, die Viehfutter liefert, könnte so zur Erzeugung menschlicher Nahrung, zur Verbesserung der Ernährung der Arbeiter verwendet werden, die Herr Bulgakow so sehr mit der „Einschränkung der Gaben der Natur", mit der „Brotfrage" usw. schreckt. Mack empfiehlt nachdrücklich eine Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie zur ständigen Ausbeutung elektrischer Energie; er empfiehlt den Bau eines masurischen Kanals, der fünf Überlandzentralen mit elektrischer Kraft speisen könnte, die im Umkreis von 20—25 Kilometer die Landwirte mit Elektrizität versorgen würden; er empfiehlt ferner die Verwendung des Torfs zu gleichem Zweck und fordert den Zusammenschluß der Landwirte, da „es nur noch möglich ist, genossenschaftlich und in

* Wiederum Herrn Bulgakow zur Kenntnis, der von einer „latifundialen Entartung des Großbetriebs" redet!

Verbindung mit Industrie und Großkapital unser Gewerbe lohnend zu machen" (Mack, S. 48). Natürlich wird die Anwendung neuer Produktionsmethoden auf eine Menge Schwierigkeiten stoßen und nicht glatt, sondern im Zickzack vor sich gehen; daß sie sich aber durchsetzen wird, daß eine Revolutionierung der Landwirtschaft unausbleiblich ist, daran kann wohl kein Zweifel bestehen. „Das bedeutet die Ersetzung der meisten Gespanne durch Elektromotoren. Das bedeutet weiter", sagt Pringsheim mit Recht, „die Möglichkeit eines Maschinensystems in der Landwirtschaft... Was die Dampfkraft nicht vermochte, das wird die Anwendung der Drehstromtechnik sicher bewirken, die Verwandlung der Landwirtschaft aus einer alten Manufaktur in einen modernen Großbetrieb." (l. c., S. 414.)

Wir wollen uns nicht darüber verbreiten, welchen gewaltigen Sieg des Großbetriebs das Eindringen der Elektrotechnik in die Landwirtschaft bedeuten wird (und teilweise schon bedeutet), das ist zu offensichtlich, als daß es noch besonders ausgeführt werden müßte. Sehen wir uns lieber an, in welchen modernen Wirtschaften Anfänge jenes „Maschinensystems" vorhanden sind, das von einer elektrischen Zentrale in Gang gesetzt werden wird. Ein Maschinensystem erfordert ja zunächst die praktische Erprobung verschiedener Maschinen, erfordert Beispiele der gleichzeitigen Verwendung vieler Maschinen. Eine Antwort auf diese Frage geben die Angaben der deutschen landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895. Wir haben Daten über die Anzahl der Wirtschaften jeder Größenklasse, die eigene oder fremde Maschinen verwendeten. (Herr Bulgakow irrt sich, wenn er auf S. 114 des zweiten Bandes einen Teil dieser Daten anführt und annimmt, sie bezögen sich auf die Anzahl der *Maschinen*. Nebenbei bemerkt, die Angaben über die Anzahl der eigene oder fremde Maschinen verwendenden Wirtschaften lassen selbstverständlich die Überlegenheit des Großbetriebs schwächer erscheinen, als sie in Wirklichkeit ist. Die großen Landwirte haben häufiger eigene Maschinen als die kleinen, die für deren Benutzung übermäßig viel bezahlen müssen.) Diese Angaben betreffen entweder die Verwendung von Maschinen überhaupt oder aber die Verwendung jeder Maschinenart im besonderen, so daß wir nicht feststellen können, *wieviel* Maschinen die Betriebe der verschiedenen Größenklassen verwendet haben. Addieren wir aber für jede Größenklasse die Zahl aller Betriebe, die jede einzelne Maschinenart verwende-

ten, so erhalten wir die *Anzahl der Fälle der Verwendung* landwirtschaftlicher Maschinen verschiedenster Art. Wir lassen hier die so verarbeiteten Daten folgen, aus denen zu ersehen ist, wie das „Maschinensystem" in der Landwirtschaft vorbereitet wird:

Größenklassen der Betriebe	Auf 100 landwirtschaftliche Betriebe entfallen	
	Betriebe, die überhaupt landwirtschaftliche Maschinen verwendeten (1895)	Fälle, in denen die eine oder andere Art landwirtschaftlicher Maschinen verwendet wurde (1895)
Unter 2 ha	2,03	2,30
2— 5 ha	13,81	15,46
5— 20 ha	45,80	56,04
20—100 ha	78,79	128,46
100 und mehr ha	94,16	352,34
Zusammen	16,36	22,36

Es ergibt sich also, daß in den Kleinbetrieben bis 5 Hektar (diese Betriebe machen mehr als drei Viertel der Gesamtzahl aus: 4,1 Millionen von 5,5 Millionen, d. h. 75,5 Prozent; sie verfügen jedoch nur über 5 Millionen Hektar Land von insgesamt 32½ Millionen, d. h. 15,6 Prozent) die Anzahl der *Fälle*, in denen landwirtschaftliche Maschinen überhaupt verwendet wurden (wir haben auch die Maschinen für die Milchwirtschaft mitgerechnet), eine ganz minimale ist. Von den Mittelbetrieben (5—20 ha) verwenden weniger als die Hälfte der Wirtschaften überhaupt Maschinen, und auf je 100 Wirtschaften kommen lediglich 56 Fälle der Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen. Nur bei kapitalistischem Großbetrieb* verwendet die *Mehrzahl* der Wirtschaften ($^3/_4$—$^9/_{10}$) Maschinen und *beginnt sich ein Maschinensystem herauszubilden*: auf jeden Betrieb kommt mehr als ein Fall der Verwendung von Maschinen. Folglich werden durchschnittlich mehrere Maschinen in einem

* Über 20 ha besitzen nur 0,3 Millionen Wirtschaften von insgesamt 5,5 Millionen, d. h. nur 5,5% der Gesamtzahl; doch verfügen sie über 17,7 Millionen Hektar Land von insgesamt 32,5 Millionen Hektar, d. h. über 54,4% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.

Betrieb verwendet. So verwendete beispielsweise jeder Betrieb mit mehr als 100 ha durchschnittlich *etwa 4 Maschinen* (352 Prozent bei 94 Prozent überhaupt Maschinen verwendender Betriebe). Von den 572 Latifundien (Betriebe mit 1000 ha und darüber) verwendeten 555 Maschinen, und die Zahl der Fälle, in denen eine Verwendung von Maschinen erfolgte, beläuft sich auf 2800, d. h., jeder Betrieb verwendete *je 5 Maschinen*. Hieraus erhellt, welche Betriebe die „elektrische" Revolution vorbereiten und welche am meisten davon profitieren werden.

IV

DIE AUFHEBUNG DES GEGENSATZES ZWISCHEN STADT UND LAND. VON DEN „KRITIKERN" AUFGEWORFENE EINZELFRAGEN

Nach Hertz wenden wir uns nun Herrn Tschernow zu. Da dieser über jenen lediglich „plaudert", so beschränken wir uns hier darauf, die Methoden der Hertzschen Argumentation (und die Methoden ihrer Paraphrasierung durch Herrn Tschernow) kurz zu kennzeichnen, um (in der nächsten Abhandlung) zur Analyse einiger neuer, von den „Kritikern" vorgebrachter faktischer Daten überzugehen.

Um zu zeigen, was Hertz als Theoretiker vorstellt, genügt *ein* Beispiel. Ganz zu Anfang seines Buches finden wir einen Abschnitt, der den anspruchsvollen Titel trägt: „Begriff des nationalen Kapitalismus". Hertz will nicht mehr und nicht weniger als eine Definition des Kapitalismus geben. „Wir können ihn wohl", schreibt er, „als jenes volkswirtschaftliche System kennzeichnen, das *rechtlich* auf den vollständig durchgeführten Prinzipien der Freiheit von Person und Eigentum beruht, *technisch* auf der Produktion auf großer Stufenleiter*, *sozial* auf der Trennung von Produktionsmitteln und unmittelbaren Produzenten, *politisch* auf dem

* Herr W. Tschernow übersetzt („Russkoje Bogatstwo" Nr. 4, 132): „auf einer Produktion, die einen hohen Entwicklungsgrad erreicht hat". Er hat es fertiggebracht, den deutschen Ausdruck „auf großer Stufenleiter" so „aufzufassen"!!

Besitz der konzentrierten politischen Staatsgewalt durch die Produktionsmittelbesitzer auf Grundlage einzig eben des ökonomischen Grundes der Eigentumsverteilung." (S. 37 der russ. Übers.) Diese Definitionen seien unvollständig, erforderten Einschränkungen, sagt Hertz. So bestehe z. B. noch überall neben dem Großbetrieb die Heimarbeit und die Parzellenpacht. „Auch die *Real*definition (sic!) des Kapitalismus als jenes Systems, in dem die Produktion unter Herrschaft und Leitung der Kapitalbesitzer vor sich geht, ist nicht ganz passend." Eine glänzende „Real"definition des Kapitalismus als Herrschaft der Kapitalisten, nicht wahr? Und wie bezeichnend ist dieses gegenwärtig so zur Mode gewordene quasirealistische, in Wirklichkeit aber eklektische Streben nach vollständiger Aufzählung aller einzelnen Merkmale und einzelnen „Faktoren". Im Ergebnis führt natürlich dieser sinnlose Versuch, alle Sondermerkmale der Einzelerscheinungen in einem allgemeinen Begriff zusammenzufassen oder umgekehrt, „mit der bunten Mannigfaltigkeit der Erscheinungen... nicht in Konflikt zu geraten" — ein Versuch, der lediglich von elementarer Unkenntnis dessen zeugt, was Wissenschaft ist —, den „Theoretiker" so weit, daß er vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Hertz übersieht z. B. eine solche Kleinigkeit wie die Warenproduktion und die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware! Dafür erfindet er folgende *genetische* Definition, die — zur Strafe für den Erfinder — vollinhaltlich angeführt werden soll: Der Kapitalismus ist „jener volkswirtschaftliche Zustand, in dem die Realisation der Prinzipien des freien Verkehrs, der Freiheit von Person und Eigentum, ihren (relativen) Höhepunkt erreicht hat, wie er durch die ökonomische Entwicklung gefordert und durch die empirischen Umstände der einzelnen Volkswirtschaften bestimmt wird" (S. 10, die russische Übers. S. 38—39 ist nicht ganz präzis). Dies hohle Gewäsch wird von Herrn W. Tschernow natürlich mit verzückter Andacht abgeschrieben und ausgemalt, und obendrein traktiert er die Leser des „Russkoje Bogatstwo" ganze dreißig Seiten hindurch mit einer „Analyse" der Typen des nationalen Kapitalismus. Dieser höchst lehrreichen Analyse läßt sich eine Reihe höchst wertvoller und nicht im geringsten schablonenhafter Hinweise entnehmen, so z. B. der Hinweis auf den „unabhängigen, stolzen und energischen Charakter des Briten", auf die „Solidität" der englischen Bourgeoisie und ihre „unsympathische" Außenpolitik, auf das „leidenschaftliche, begeisterungsfähige Temperament der romanischen Rasse" und auf

die „deutsche Genauigkeit" („Russkoje Bogatstwo" Nr. 4, S. 152). Der „dogmatische" Marxismus ist selbstverständlich durch diese Analyse endgültig vernichtet worden.

Nicht minder vernichtend ist Hertz' Analyse der Daten über die Hypotheken. Zum mindesten ist Herr Tschernow davon entzückt. „Tatsache ist", schreibt er, „daß... Hertz' Daten noch von niemand widerlegt worden sind. Kautsky, der sich in seiner Erwiderung auf Hertz' Buch äußerst weitschweifig über gewisse Einzelheiten ausläßt" (wie beim Nachweis der Hertzschen *Verfälschungen!* Schöne „Einzelheiten"!), *„antwortet mit keiner Silbe* auf Hertz' Argumentation in der Hypothekenfrage." („Russkoje Bogatstwo" Nr. 10, S. 217, von Herrn Tschernow hervorgehoben.) Wie aus dem Hinweis auf S. 238 des gleichen Heftes des „Russkoje Bogatstwo" ersichtlich ist, kennt Herr Tschernow Kautskys Erwiderung („Zwei Kritiker meiner Agrarfrage", „Neue Zeit", XVIII, 1, 1899—1900); auch dürfte es Herrn Tschernow nicht unbekannt sein, daß die diesen Artikel enthaltende Zeitschrift in Rußland von der Zensur verboten ist. Um so bedeutungsvoller ist für die Kennzeichnung der ganzen Physiognomie der heutigen „Kritik" die Tatsache, daß die von Herrn Tschernow selbst hervorgehobenen Worte eine *direkte Unwahrheit* enthalten, denn Kautsky hat in der Hypothekenfrage den „Hertz, David, Bernstein, Schippel, Bulgakow e tutti quanti"* auf S. 472—477 *desselben von Herrn Tschernow angeführten Artikels geantwortet.* Es ist wirklich eine langweilige Pflicht, Entstellungen der Wahrheit berichtigen zu müssen, aber wenn man mit den Herren Tschernow zu tun hat, kann man sich dieser Pflicht nun einmal nicht entziehen.

Kautsky antwortete Hertz natürlich in spöttischem Ton, denn Hertz offenbarte auch in dieser Frage seine Unfähigkeit oder seinen mangelnden Willen, die Zusammenhänge zu erfassen, sowie seine Neigung, abgedroschene Argumente bürgerlicher Ökonomen zu wiederholen. In Kautskys „Agrarfrage" (S. 88—89) ist von der Konzentration der Hypotheken die Rede. „Wir werden noch sehen", schreibt Kautsky, „wie die zahlreichen kleinen Dorfwucherer immer mehr beiseite geschoben werden, um großen zentralisierten kapitalistischen oder genossenschaftlichen Instituten Platz zu machen, die den Hypothekenkredit monopolisieren." Kautsky

* Ein Ausdruck Kautskys: S. 472 der „Neuen Zeit" (e tutti quanti — und alle ihresgleichen. *Die Red.*).

zählt eine Reihe kapitalistischer und genossenschaftlicher Institute dieser Art auf, spricht von genossenschaftlichen Bodenkreditinstituten, weist darauf hin, daß sowohl *Sparkassen* als auch Versicherungsgesellschaften und Korporationen aller Art (S. 89) ihre Fonds in Hypotheken u. dgl. anlegen. Beispielsweise haben 1887 in Preußen 17 genossenschaftliche Bodenkreditinstitute für 1650 Millionen Mark Pfandbriefe ausgegeben. „Diese Zahlen zeigen schon eine enorme Konzentration der Grundrente *in wenigen zentralen Instituten an*" (von uns hervorgehoben); „die Konzentration nimmt aber noch rasch zu. 1875 hatten die deutschen Hypothekenbanken für 900 Millionen Mark Pfandbriefe ausgegeben, 1888 für 2½ Milliarden, 1892 war diese Summe auf 3400 Millionen gestiegen, die in 31 (1875 in 27) Banken konzentriert waren." (S. 89.) Diese Konzentration der Grundrente weist unzweideutig auf die Konzentration des *Grundeigentums* hin.

Nein, antworten Hertz, Bulgakow, Tschernow und Co.: „Wir sehen die entschiedenste Tendenz zur Dezentralisation, zur Zersplitterung des Eigentums" („Russkoje Bogatstwo" Nr. 10, S. 216), denn „über ein Viertel des Hypothekarkredits ist in den Händen demokratischer (sic!) Kreditinstitute mit einer Menge kleiner Einleger konzentriert" (ebenda). Mit außerordentlichem Eifer führt Hertz an Hand einer Reihe von Tabellen den Nachweis, daß die *kleinen Einleger* die große Masse der Deponenten der Sparkassen usw. ausmachen. Fragt sich nur, wozu das alles? Hat doch auf die Kreditgenossenschaften und Sparkassen schon Kautsky selbst hingewiesen (freilich ohne sich, wie Herr Tschernow, einzubilden, daß es sich um besonders „demokratische" Institutionen handle). Kautsky spricht von der Zentralisation der Rente in einigen wenigen zentralen Instituten, worauf man ihm die große Zahl der kleinen Einleger der Sparkassen entgegenhält!! Und das nennt man „Zersplitterung des Eigentums"! Was hat denn aber die Zahl der Einleger der Hypothekenbanken mit der Landwirtschaft (es handelt sich um die Konzentration der Rente) zu tun? Hört denn eine große Fabrik auf, Zentralisation der Produktion zu bedeuten, weil ihre Aktien unter einer großen Zahl kleiner Kapitalisten verteilt sind? „Bevor mich nicht Hertz und David darüber informierten", erwiderte Kautsky Hertz, „hatte ich wirklich keine Ahnung davon gehabt, woher die Sparkassen ihre Gelder bekommen. Ich dachte, sie hantierten mit den Ersparnissen Rothschilds und Vanderbilts."

Zur Überführung der Hypotheken in Staatseigentum sagt Hertz: „Es wäre das schlechteste Mittel, um das Großkapital zu treffen, wohl aber das beste, um die ungeheure, stets wachsende Armee der kleinsten Besitzenden, besonders auch der ländlichen Dienstboten, gegen uns in Reih und Glied zu bringen." (S. 29, russ. Übers. 78. Herr Tschernow wiederholt das mit Behagen auf S. 217/218 des „Russkoje Bogatstwo".)

So sehen also diese „Besitzenden" aus, über deren Zunahme sich Bernstein und Co. ereifern! erwidert Kautsky. Dienstmädchen mit 20 Mark auf der Sparkasse! Und wie alt und abgedroschen ist dieses Argument gegen die Sozialisten, daß sie durch ihre „Expropriation" die riesige Armee der Werktätigen berauben würden. Niemand anders als Eugen Richter vertrat dieses Argument mit besonderem Eifer in seiner nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes[52] erschienenen Broschüre (die von den Fabrikanten zu Tausenden gekauft und unter den Arbeitern kostenlos verteilt wurde). In dieser Broschüre brachte Eugen Richter seine berühmte „Spar-Agnes" aufs Tapet, eine arme Näherin, die ein paar Dutzend Mark auf der Sparkasse hatte und von den bösen Sozialisten beraubt wurde, als diese die Staatsgewalt eroberten und die Banken zu Staatseigentum erklärten. So sieht die Quelle aus, aus der die Bulgakow*, Hertz und Tschernow ihre „kritischen" Argumente schöpfen!

„Damals", bemerkt Kautsky zu der „berühmten" Broschüre Eugen Richters, „wurde Eugen Richter von den Parteigenossen deswegen einmütig ausgelacht. Heute gibt es Parteigenossen, die auf eine Schrift, welche dem gleichen Gedanken Ausdruck gibt, einen ambrosianischen Lobgesang in unserem Zentralorgan" (es sind vermutlich die Artikel Davids im „Vorwärts"[53] gemeint) „anstimmen: Hertz, wir preisen deine Werke!

Dem armen Eugen ist dieser Triumph an seinem Lebensabend wohl zu gönnen; ich stehe daher nicht an, um ihn zu vervollständigen, auch noch folgenden Satz anzuführen, der sich auf der gleichen Seite bei Hertz findet: ‚Wir sehen, daß es gerade die unteren und mittleren Klassen sind, die den Kleinbauer, den städtischen Hausbesitzer und besonders den Großgrundbesitzer expropriieren, gewiß stellt die ländliche Bevölkerung selbst ein Hauptkontingent zu diesen Gläubigern.'" (Hertz, S. 29, russ.

* Der gleichen Argumente in der Hypothekenfrage bediente sich Herr Bulgakow gegen Kautsky im „Natschalo" und in deutscher Sprache auch in Brauns „Archiv".

Übers. 77. — Begeistert nacherzählt im „Russkoje Bogatstwo" Nr. 10, S. 216/217.) „Die Davidsche Aushöhlung des Kapitalismus durch Tarifgemeinschaften und Konsumvereine ist übertroffen. Sie verblaßt gegenüber der Hertzschen Expropriation der Expropriateure durch das Sparkassenbuch. Die totgeglaubte Spar-Agnes erwacht zu neuem Leben..." (Kautsky, l. c., S. 475) — und die russischen „Kritiker" samt den Publizisten des „Russkoje Bogatstwo" beeilen sich, diese wiederauferstandene „Spar-Agnes" zur Beschämung der „orthodoxen" Sozialdemokratie auf russischen Boden zu verpflanzen.

Und derselbe Herr W. Tschernow, der sich vor Begeisterung über die von Hertz wiederholten Argumente Eugen Richters nicht zu lassen weiß, „verreißt" Kautsky nach Strich und Faden im „Russkoje Bogatstwo" und im Sammelband zu Ehren des Herrn N. Michailowski: „Auf ruhmvollem Posten". Wir begingen eine Ungerechtigkeit, wenn wir nicht auf einige Perlen dieses Verrisses hinweisen würden. „Kautsky stellt fest und folgt darin wiederum Marx", schreibt Herr Tschernow in Nr. 8 des „Russkoje Bogatstwo", S. 229, „daß der Fortschritt der kapitalistischen Landwirtschaft zur Verarmung des Bodens an Nährstoffen führt: in Form verschiedener Produkte wird dem Boden ständig etwas entzogen, zur Stadt gebracht und dem Boden nicht zurückerstattet... Wie man sieht, wiederholt Kautsky in der Frage der Gesetze der Bodenfruchtbarkeit hilflos (sic!) die Worte von Marx, der sich auf die Theorie Liebigs stützte. Aber als Marx seinen ersten Band schrieb, stellte Liebigs ‚Wiederherstellungsgesetz' das letzte Wort der Agronomie dar. Seit dieser Entdeckung ist bereits über ein halbes Jahrhundert verstrichen. Unsere Kenntnisse von den Gesetzen der Bodenfruchtbarkeit haben eine ganze Revolution durchgemacht. Und was sehen wir? Die gesamte auf Liebig folgende Periode, sämtliche späteren Entdeckungen Pasteurs und Villes, die Versuche Solaris mit der Einführung von Stickstoff, die Entdeckungen Berthelots, Hellriegels, Wilfahrts und Winogradskis auf dem Gebiet der Bodenbakteriologie, all das ist spurlos an Kautsky vorübergegangen..." Der liebe Herr Tschernow! Wie erstaunlich ähnelt er doch dem Turgenjewschen Woroschilow: erinnern Sie sich — im „Rauch" — jenes jungen russischen Privatdozenten, der im Ausland herumpromenierte und sich im allgemeinen durch große Schweigsamkeit auszeichnete, den jedoch von Zeit zu Zeit eine Anwandlung überkam, die ihn Dutzende und Hunderte gelehrter und ge-

lehrtester, seltener und seltenster Namen hervorsprudeln ließ? Haargenau so unser gelehrter Herr Tschernow, der diesen Ignoranten Kautsky völlig vernichtet hat. Nur... nur, sollten wir nicht trotzdem in Kautskys Buch nachschlagen? Sollten wir nicht wenigstens einen Blick in das Inhaltsverzeichnis werfen? Da finden wir Kapitel IV: „Die moderne Landwirtschaft", d) „Dünger, *Bakterien*". Wir schlagen Abschnitt d) auf und lesen:

„In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrzehnts entdeckte man die Tatsache, daß die Leguminosen (Hülsenfrüchte und kleeartige Gewächse) im Gegensatz zu den anderen Kulturpflanzen fast ihren gesamten Stickstoffbedarf nicht aus dem Boden, sondern aus der Luft nehmen, daß sie jenen nicht nur nicht stickstoffärmer, sondern sogar stickstoffreicher machen. Diese Eigenschaft besitzen sie aber nur dann, wenn gewisse Mikroorganismen im Boden vorhanden sind, die sich an ihren Wurzeln festsetzen. Wo sie fehlen, kann man durch eine entsprechende Impfung des Bodens die Leguminosen in Stand setzen, stickstoffarmen Boden zu einem stickstoffreichen zu machen und dadurch gewissermaßen für andere Kulturgewächse zu düngen. Sie ermöglichen es in der Regel in Verbindung mit geeigneten mineralischen Düngern (Phosphaten und Kalidüngern) dem Boden dauernd die höchsten Erträge ohne Stalldünger zu entnehmen. Durch diese Entdeckung erst hat die ‚freie Wirtschaft' eine völlig sichere Grundlage gewonnen." (Kautsky, S. 51/52.) Wer aber gab die wissenschaftliche Begründung dieser hervorragenden Entdeckung der Stickstoff speichernden Bakterien? — Hellriegel...

Kautskys Schuld besteht darin, daß er die schlechte Gewohnheit hat (die auch bei vielen engstirnigen Orthodoxen zu beobachten ist), niemals zu vergessen, daß die Mitglieder einer sozialistischen Kampfpartei auch in ihren wissenschaftlichen Schriften nicht den Arbeiterleser aus dem Auge verlieren dürfen und daher bestrebt sein müssen, *einfach* zu schreiben, ohne jene überflüssigen stilistischen Raffinessen, ohne jene äußerlichen Attribute der „Gelehrsamkeit", von denen sich die Dekadenten und die patentierten Vertreter der offiziellen Wissenschaft so angezogen fühlen. Kautsky zog es auch hier vor, klar und verständlich zu erzählen, worin die neuesten agronomischen Entdeckungen bestehen, und die neun Zehnteln der Leserschaft nichtssagenden gelehrten Namen wegzulassen. Die Woroschilows verfahren umgekehrt: sie ziehen es vor, einen ganzen Sack gelehrter Namen aus dem Gebiet der Agronomie, der politischen Ökono-

mie, der kritischen Philosophie usw. auszuschütten und so das Wesen der Sache unter gelehrtem Kehricht zu begraben.

So hat zum Beispiel Woroschilow-Tschernow durch seine gegen Kautsky erhobene verleumderische Beschuldigung der Unkenntnis gelehrter Namen und wissenschaftlicher Entdeckungen eine äußerst interessante und lehrreiche Episode der Mode gewordenen Kritik zu verdecken und zu vertuschen versucht, nämlich die Attacke der bürgerlichen Ökonomie gegen die sozialistische Idee der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Professor Lujo Brentano zum Beispiel versichert, daß der Zug vom Lande in die Stadt nicht den gegebenen sozialen Verhältnissen entspringe, sondern *naturnotwendig* und durch das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag bedingt sei.* Herr Bulgakow erklärte, seinem Lehrer folgend, schon im „Natschalo" (1899, März, S. 29), daß die Idee der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land „reine Phantasie" sei, die „dem Agronomen ein Lächeln entlockt". Hertz schreibt in seinem Buch: „Freilich ist die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land ein Hauptwunsch der alten Utopisten (und selbst des Manifestes), trotzdem glauben wir nicht, daß eine Gesellschaftsordnung, die alle Bedingungen in sich trägt, die menschliche Kultur gegen die höchsten erreichbaren Ziele hinzulenken, wirklich jene großen Kraft- und Kulturzentren, als welche sich die großen Städte erweisen, aufheben und, einem gewissen ästhetischen Unbehagen zuliebe, auf alle jene potenzierten Anhäufungen von

---

* Siehe Kautskys Artikel in der „Neuen Zeit", XIX, 2, 1900/1901, Nr. 27, „Tolstoi und Brentano". Kautsky vergleicht mit dem modernen wissenschaftlichen Sozialismus die Lehre L. Tolstois, der, ungeachtet der reaktionären Naivität seiner Theorie, ein tiefblickender Beobachter und Kritiker der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bleibt, und die bürgerliche Ökonomie, deren „Leuchte" Brentano (bekanntlich der Lehrer der Herren Struve, Bulgakow, Hertz e tutti quanti) die unglaublichste Konfusion bekundet, indem er Naturerscheinungen und gesellschaftliche Erscheinungen, die Begriffe Produktivität und Rentabilität, Wert und Preis usw. durcheinanderwirft. „Das ist bezeichnend nicht für seine Persönlichkeit", bemerkt Kautsky mit Recht, „sondern für die *Schule*, der er angehört. Die *historische Schule* der bürgerlichen Ökonomie in ihrer heutigen Gestalt hält das Streben nach einheitlicher Auffassung des gesellschaftlichen Getriebes für einen überwundenen Standpunkt. Die ökonomische Wissenschaft hat nach ihrer Auffassung nicht soziale Gesetze zu erforschen und zu einem

Kunst und Wissenschaft verzichten wird, ohne deren Einfluß ein Fortschreiten nicht möglich ist." (S. 76. Der russische Übersetzer hat es, S. 182, fertiggebracht, das Wort „potenziert" mit „potenziell" zu übersetzen. Es ist ein Jammer mit diesen russischen Übersetzungen! Auf S. 270 übersetzt derselbe Übersetzer „Wer ißt zuletzt das Schwein?" mit „Wer ist zuletzt das Schwein?") Wie man sieht, verteidigt Hertz die bürgerliche Ordnung gegen die sozialistischen „Phantasien" mit Phrasen, in denen nicht weniger „Kampf für den Idealismus" enthalten ist als bei den Herren Struve und Berdjajew! Aber dieser Verteidigung selbst gereicht solch eine schwülstige idealistische Phrasendrescherei keineswegs zum Vorteil.

Daß die Sozialdemokraten das historische Verdienst der großen Kraft- und Kulturzentren zu schätzen wissen, beweisen sie durch ihren unversöhnlichen Kampf gegen alles, was der Bevölkerung im allgemeinen, den Bauern und Landarbeitern im besonderen die Freizügigkeit nimmt. Daher gehen sie — zum Unterschied von den Kritikern — auch keinem Agrarier auf den Leim, der es darauf abgesehen hat, dem „Bäuerlein" einen „Winterverdienst" zu verschaffen. Aber die ausdrückliche Anerkennung der fortschrittlichen Bedeutung der Großstädte in der kapitalistischen Gesellschaft hindert uns durchaus nicht, in unser Ideal (und in unser Aktionsprogramm, denn unerreichbare Ideale überlassen wir den Herren Struve und Berdjajew) die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land einzuschließen. Es ist nicht wahr, daß dies einem Verzicht auf die Schätze der Wissenschaft und Kunst gleichkommt. Ganz im Gegenteil: Das ist notwendig, um diese Schätze *dem ganzen Volke zugänglich* zu machen,

einheitlichen System zusammenzufassen, sondern sie hat sich auf die Berichterstattung über die einzelnen sozialen Tatsachen der Vergangenheit und Gegenwart zu beschränken. So gewöhnt sie sich daran, bloß an der Oberfläche der Dinge zu schwimmen. Fühlt sich einmal einer ihrer Vertreter trotzdem versucht, den Dingen auf den Grund zu gehen, dann findet er sich in der Tiefe nicht mehr zurecht und tappt hilflos umher. Auch in unserer Partei machen sich seit einiger Zeit Bestrebungen breit, die Marxsche Theorie nicht etwa durch eine andere Theorie, sondern durch die Theorielosigkeit der historischen Schule zu verdrängen, den Theoretiker zum Reporter zu degradieren. Wem es nicht um bloßes zielloses Fortwurschteln von Fall zu Fall, sondern um einheitliches und entschiedenes Fortschreiten auf ein großes Ziel hin zu tun ist, dem möge die Brentanosche Konfusion, die wir hier aufgedeckt, zur Warnung vor den heutigen Methoden der historischen Schule dienen." (S. 25.)

um die Entfremdung der Millionenmassen der Landbevölkerung von der Kultur aufzuheben, die Marx so treffend als „Idiotismus des Landlebens“[54] bezeichnet hat. Und heute, da die Übertragung elektrischer Energie auf große Entfernungen möglich ist und die Verkehrstechnik einen solchen Entwicklungsgrad erreicht hat, daß mit geringerem (als dem jetzigen) Kostenaufwand Passagiere mit einer Stundengeschwindigkeit von mehr als 200 Werst befördert werden können*, gibt es gar keine technischen Hindernisse mehr dafür, daß die gesamte, mehr oder minder gleichmäßig über das ganze Land verteilte Bevölkerung in den Genuß der Schätze von Wissenschaft und Kunst gelangt, die Jahrhunderte hindurch in einigen wenigen Zentren angehäuft wurden.

Wenn also der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land nichts entgegensteht (wobei man sich diese Aufhebung natürlich nicht als einen einmaligen Akt zu denken hat, sondern als eine ganze Reihe von Maßnahmen), so wird sie doch keineswegs bloß aus „ästhetischem Unbehagen“ gefordert. In den Großstädten ersticken die Menschen, wie Engels sich ausdrückt, in ihrem eigenen Dreck, und wer dazu in der Lage, der flieht periodisch aus der Stadt auf der Suche nach frischer Luft und reinem Wasser.[55] Auch die Industrie siedelt sich zerstreut über das ganze Land an, denn auch sie braucht reines Wasser. Die Ausbeutung der Wasserfälle, Kanäle und Flüsse zur Gewinnung elektrischer Energie wird dieser „Zerstreuung der Industrie“ einen weiteren Anstoß geben. Schließlich — last but not least** — erfordert die rationelle Nutzbarmachung der für die Landwirtschaft so wichtigen Abfallstoffe der Städte überhaupt und der menschlichen Exkremente im besonderen ebenfalls die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Nun haben es sich die Herren Kritiker einfallen lassen, gerade gegen diesen Punkt der Theorie von Marx und Engels ihre agronomischen Einwände zu richten (die Herren Kritiker haben es vorgezogen, einer umfassenden Untersuchung der Theorie, die in bezug auf diese Frage von Engels besonders eingehend im „Anti-Dühring“[56] entwickelt wird, aus dem Wege zu gehen und sich, wie gewöhnlich,

* Das Projekt einer solchen Bahn zwischen Manchester und Liverpool wurde lediglich infolge des eigennützigen Widerstands der Eisenbahnmagnaten, die den Ruin der alten Eisenbahngesellschaften befürchteten, nicht vom Parlament bestätigt.

** als Letztes, aber nicht Geringstes. *Die Red.*

auf eine bloße Paraphrasierung von Gedankenfragmenten irgendeines Brentano zu beschränken). Ihr Gedankengang ist folgender: Liebig habe bewiesen, daß es notwendig sei, dem Boden so viel zurückzugeben, wie ihm entzogen wird. Er betrachtete daher die Ableitung des städtischen Unrats in die Meere und Flüsse als eine sinnlose und barbarische Vergeudung von Stoffen, die die Landwirtschaft braucht. Kautsky teile Liebigs Auffassungen. *Aber* die moderne Agronomie habe gezeigt, daß eine Wiederherstellung der Produktivkräfte des Bodens ohne Stalldünger durchaus möglich sei, nämlich durch künstliche Düngung und dadurch, daß den Stickstoff speichernden Leguminosen bestimmte Bakterien zugeführt werden usw. *Folglich* seien Kautsky und alle diese „Orthodoxen" einfach rückständige Leute.

Folglich, erwidern wir, begehen die Herren Kritiker auch hier wieder eine ihrer zahllosen und endlosen *Fälschungen*. *Unmittelbar* nach der Darlegung der Liebigschen Theorie weist Kautsky darauf hin, daß die moderne Agronomie die volle Möglichkeit dargetan habe, „des Stallmistes völlig zu entraten" („Die Agrarfrage", S. 50; vgl. die oben angeführte Stelle), fügt indessen hinzu, daß dies im Vergleich mit der durch das System der Städtereinigung bedingten Vergeudung menschlicher Exkremente ein *Palliativ* sei. Gerade diesen Punkt hätten die Kritiker widerlegen müssen, wenn sie überhaupt fähig wären, sachlich zu diskutieren; sie hätten beweisen müssen, daß es sich nicht um ein Palliativ handelt. Auf diesen Gedanken sind sie gar nicht gekommen. Die Möglichkeit des Ersatzes natürlicher Düngung durch künstliche und die Tatsache dieses (*teilweisen*) Ersatzes widerlegt selbstverständlich keineswegs, daß es unrationell ist, den natürlichen Dünger ungenützt wegzuschütten, wobei noch obendrein die Flüsse und die Luft der Vorstädte und Fabrikorte verpestet werden. In der Umgebung der Großstädte gibt es auch jetzt Rieselfelder, die den städtischen Unrat mit großem Nutzen für die Landwirtschaft verwerten; aber nur ein verschwindender Teil des Unrats wird auf diese Weise nutzbar gemacht. Den Einwand, die moderne Agronomie widerlege die Tatsache der stofflichen Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt, den die Herren Kritiker Kautsky als etwas Neues präsentieren, beantwortet er auf S. 211 seines Buches, wo er sagt, daß die künstlichen Düngemittel „es ermöglichen, der Verringerung der Bodenfruchtbarkeit vorzubeugen, aber die Notwendigkeit, sie in steigendem Maße anzuwenden, bedeutet nur

eine weitere unter den vielen Belastungen der Landwirtschaft, die *keine Naturnotwendigkeiten sind, sondern aus den bestehenden sozialen Verhältnissen entspringen*".*

Die von uns hervorgehobenen Worte enthalten den eigentlichen „Kernpunkt" der Frage, die die Kritiker mit so viel Eifer verwirren. Schriftsteller, die wie Herr Bulgakow das Proletariat mit der „Brotfrage" schrecken, die furchtbarer und wichtiger sei als die soziale Frage, die sich für die künstliche Geburteneinschränkung begeistern, wobei sie erklären, daß die „Regelung des Bevölkerungszuwachses" zur „grundlegenden (sic!) ökonomischen Vorbedingung" des Wohlstands der Bauernschaft werde (II, 261) und daher „Achtung" verdiene und daß „durch den bäuerlichen Bevölkerungszuwachs bei sentimentalen (!?) Moralisten viel heuchlerische Entrüstung" (nur heuchlerische? nicht etwa berechtigte Entrüstung über die heutigen gesellschaftlichen Zustände?) „ausgelöst werde, als ob ungezügelte Lüsternheit (sic!) an und für sich eine Tugend wäre" (ebenda) — derartige Schriftsteller müssen naturgemäß und unvermeidlich danach streben, die *kapitalistischen* Hindernisse für den landwirtschaftlichen Fortschritt im dunkeln zu lassen, um alles auf das natürliche „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag" abwälzen und die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land als „reine Phantasie" hinstellen zu können. Welcher grenzenlose Leichtsinn muß doch die Herren Tschernow auszeichnen, wenn sie derartige Argumente nachbeten und gleichzeitig den Kritikern des Marxismus „Prinzipienlosigkeit, Eklektizismus und Opportunismus" vorwerfen („Russkoje Bogatstwo" Nr. 11, S. 246)?! Ein Herr Tschernow, der anderen Prinzipienlosigkeit und Opportunismus vorwirft — kann es etwas Komischeres geben?

Alle übrigen kritischen Heldentaten unseres Woroschilow sind von genau der gleichen Art wie die soeben geschilderte.

Wenn Woroschilow uns versichert, daß Kautsky den Unterschied zwischen kapitalistischem Kredit und Wucher nicht begreife, daß er dort, wo er von dem Bauern spricht, der die Funktionen eines Unternehmers ausübt und in dieser Eigenschaft dem Proletariat gegenüber eine ähnliche

* Selbstverständlich würden die künstlichen Düngemittel, sagt Kautsky weiter, mit der Abschaffung des Kapitalismus nicht verschwinden, aber sie würden den Boden an gewissen Stoffen bereichern, ohne die *ganze* Aufgabe der Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit zu übernehmen.

Stellung einnimmt wie der Fabrikant, völlige Unfähigkeit oder völligen Mangel an gutem Willen offenbare, Marx zu verstehen, wenn Woroschilow sich dabei in die Brust wirft und ausruft: „Ich sage das frei heraus, denn ich fühle (sic!) festen Boden unter den Füßen" („Auf ruhmvollem Posten", S. 169), so mag der Leser unbesorgt sein: Woroschilow hat wieder einmal eine heillose Konfusion angerichtet und ebenso heillos geprahlt. Er hat in Kautskys Buch jene Stellen „übersehen", die dem Wucher als solchem gewidmet sind („Die Agrarfrage", S. 11, 102—104, vor allem 118, 290—292), und rennt mit größtem Kraftaufwand offene Türen ein, wobei er wie üblich über Kautskys „doktrinären Formalismus" und „Gefühlsroheit", über „Verhöhnung menschlicher Leiden" usw. zetert. Was nun die Ausübung von Unternehmerfunktionen durch den Bauern betrifft, so scheint diese äußerst verzwickte Sache Woroschilows Begriffsvermögen zu übersteigen. Trotzdem werden wir in der folgenden Skizze versuchen, ihm diese Sache an Hand ganz konkreter Beispiele klarzumachen.

Wenn Woroschilow beweisen will, daß er ein echter Vertreter der „Interessen der Arbeit" sei, und über Kautsky herfällt, weil dieser „eine Unmenge echtester Arbeitsleute aus den Reihen des Proletariats ausgestoßen" habe (ebenda, S. 167), wie etwa das Lumpenproletariat*, Dienstboten, Hausarbeiter usw., so kann der Leser sicher sein, daß Woroschilow die Dinge durcheinanderbringt. Kautsky behandelt hier die Merkmale des „modernen Proletariats", dessen Produkt die moderne „sozialdemokratische proletarische Bewegung" ist („Die Agrarfrage", S. 306), und die Woroschilows haben bisher noch nicht die Entdeckung gemacht, daß Landstreicher, Hausarbeiter oder Dienstboten die sozialdemokratische Bewegung geschaffen hätten. Der Vorwurf dagegen, Kautsky sei imstande, die Dienstboten (die sich zur Zeit in Deutschland der Bewegung anzuschließen beginnen), die Hausarbeiter usw. aus den Reihen des Proletariats „auszustoßen", zeigt lediglich in vollem Licht die ganze Unverfrorenheit der Woroschilows, die ihre freundschaftlichen Gefühle für die „echten Arbeitsleute" um so bereitwilliger bekunden, je weniger praktische Bedeutung derlei Phrasen haben und je ungefährlicher es ist, den von der russischen Zensur verbotenen *zweiten Teil* der „Agrarfrage" herunterzureißen. Was übrigens die Unverfrorenheit angeht, so gibt es da noch andere Perlen: Während Herr Tschernow die Herren N.-on[57] und Kablukow mit

* „Lumpenproletariat" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Lob überschüttet und dabei die gegen sie gerichtete marxistische Kritik völlig verschweigt, stellt er gleichzeitig mit gespielter Naivität die Frage: Wen meinen eigentlich die deutschen Sozialdemokraten, wenn sie von ihren russischen „Genossen" sprechen? Wer es nicht glaubt, daß im „Russkoje Bogatstwo" derartige Fragen gestellt werden, der schlage Nr. 7, S. 166 nach.

Wenn Woroschilow versichert, Engels hätte mit seiner „Voraussage", die belgische Arbeiterbewegung werde infolge des Einflusses des Proudhonismus keine Ergebnisse zeitigen, „Schiffbruch erlitten", so möge der Leser wissen, daß der sich in seiner, sagen wir mal, „Verantwortungslosigkeit" allzu sicher fühlende Woroschilow die Sache wiederum verdreht. Er schreibt: „Nicht umsonst war Belgien niemals orthodox-marxistisch und nicht umsonst prophezeite der darum mit Belgien unzufriedene Engels, die belgische Bewegung komme infolge des Einflusses der ‚Proudhonschen Prinzipien' ‚von nichts durch nichts zu nichts'*. Aber ach! Er hat mit seinen Prophezeiungen Schiffbruch erlitten, und die Breite und Vielseitigkeit der belgischen Bewegung haben sie gegenwärtig zu einem Vorbild gemacht, von dem viele ‚rechtgläubige' Länder vieles lernen werden." („Russkoje Bogatstwo" Nr. 10, S. 234.) Die Sache verhielt sich so: Im Jahre 1872 (zweiundsiebzig!) polemisierte Engels in der sozialdemokratischen Zeitung „Volksstaat" [58] gegen den deutschen Proudhonisten Mülberger und schrieb, sich gegen die Übertreibung der Bedeutung des Proudhonismus wendend: „Das einzige Land, wo die Arbeiterbewegung direkt unter dem Einfluß der Proudhonschen ‚Prinzipien' steht, ist Belgien, und die belgische Bewegung kommt eben deswegen auch, wie Hegel sagt, ‚von nichts durch nichts zu nichts'." **

Also ist die Behauptung, Engels habe irgend etwas „prophezeit" oder „vorausgesagt", eine *direkte Unwahrheit*. Er sprach lediglich *von dem, was ist*, d. h. was im Jahre 1872 war. Das aber ist eine feststehende historische Tatsache, daß *damals* die belgische Bewegung auf der Stelle trat, gerade infolge der Herrschaft des Proudhonismus, dessen Führer gegen den Kollektivismus auftraten und eine selbständige politische Betätigung

* Diese Worte im Original deutsch. *Der Übers.*

** Siehe die Broschüre „Zur Wohnungsfrage", Zürich 1887, die einen Nachdruck der Artikel Engels' gegen Mülberger von 1872 und seine Einleitung, datiert vom 10. Januar 1887, enthält. Der hier angeführte Passus findet sich auf S. 56.[59]

des Proletariats ablehnten. Erst im Jahre 1879 wurde die „Belgische Sozialistische Partei" gegründet, und erst damals setzte jene Agitation für das allgemeine Wahlrecht ein, die den Sieg des Marxismus über den Proudhonismus (Anerkennung des politischen Kampfes des zu einer selbständigen Klassenpartei organisierten Proletariats) und den Beginn außerordentlicher Erfolge der Bewegung anzeigte. Das gegenwärtige Programm der „Belgischen Arbeiterpartei" hat (abgesehen von einzelnen, weniger wichtigen Punkten) *alle* grundlegenden Ideen des Marxismus übernommen. Und 1887 hebt Engels, im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Artikel zur Wohnungsfrage, die „Riesenfortschritte der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten vierzehn Jahren" besonders hervor. Diese Fortschritte, schreibt er, sind eng verbunden mit der Verdrängung des Proudhonismus, der *damals* herrschte, *gegenwärtig* dagegen nahezu vergessen ist. „In Belgien", bemerkt Engels, „haben die Flamländer die Wallonen von der Leitung der Bewegung verdrängt, den Proudhonismus abgesetzt und die Bewegung mächtig gehoben." (S. 4 derselben Broschüre, Vorwort.)[60] Wie wahrheitsgetreu wird doch im „Russkoje Bogatstwo" der Sachverhalt geschildert, nicht wahr?

Wenn Woroschilow... Doch genug! Mit einer legalen Zeitschrift Schritt halten, die allmonatlich über den „orthodoxen" Marxismus, wie über einen Toten, Lügen verbreiten kann, das ist uns begreiflicherweise nicht möglich.

V

„DAS GEDEIHEN DER FORTGESCHRITTENEN MODERNEN KLEINWIRTSCHAFTEN" DAS BEISPIEL BADENS*

Detaillieren, detaillieren! rief Herr Bulgakow in der Zeitschrift „Natschalo" (Nr. 1, S. 7 und 13) aus, und diese Losung wird Hunderte von Malen und in hunderterlei Tonarten von allen „Kritikern" wiederholt.

Schön, meine Herren, machen wir uns also ans Detaillieren.

Als Sie mit dieser Losung gegen Kautsky hervortraten, war das ganz sinnlos, da die Hauptaufgabe einer wissenschaftlichen Untersuchung der

* Die Kapitel V bis IX erschienen in der Zeitschrift „Obrasowanije" mit folgender Anmerkung des Verfassers: „Die vorliegenden Abhandlungen wur-

von unzähligen zusammenhanglosen Details überladenen Agrarfrage gerade darin bestand, ein allgemeines Bild der gesamten gegenwärtigen Agrarverfassung in ihrer Entwicklung herauszuarbeiten. Ihre Losung verschleierte nur Ihre wissenschaftliche Prinzipienlosigkeit, Ihre opportunistische Furcht vor jeder einheitlichen und durchdachten Weltanschauung. Und hätten Sie sich zu Kautskys Buch nicht auf Woroschilowsche Art verhalten, so hätten Sie ihm eine Fülle von Hinweisen darauf entnehmen können, wie man detaillierte Daten zu benutzen, wie man sie zu verarbeiten hat. Daß Sie jedoch mit diesen detaillierten Daten nicht umzugehen verstehen, werden wir gleich an Hand einer ganzen Reihe *von Ihnen selbst gewählter* Beispiele beweisen.

In seinem gegen Kautsky gerichteten Artikel „Bäuerliche Barbaren", der im Organ der Herren Woroschilow, den „Sozialistischen (??) Monatsheften" (III. Jahrg. 1899, Heft 2) erschien, berief sich E. David mit besonderem Frohlocken auf „eine der *gründlichsten und interessantesten Monographien*", die in der letzten Zeit über die Bauernwirtschaft erschienen sind, nämlich auf Moritz Hechts „Drei Dörfer der badischen Hard" (Lpz. 1895). Hertz griff diesen Hinweis auf, wiederholte, Davids Beispiel folgend, etliche Zahlenangaben aus dieser „vorzüglichen Schrift" (S. 68, russ. Übers. 164) und meinte, es sei „dringend zu raten" (S. 79, russ. Übers. 188), diese selbst oder den Auszug, den David gibt, zu lesen. Herr Tschernow hatte nichts Eiligeres zu tun, als im „Russkoje Bogatstwo" sowohl David wie auch Hertz zu wiederholen und Kautsky die von Hecht entworfenen „prägnanten Bilder des Gedeihens der fortgeschrittenen modernen Kleinwirtschaften" (Nr. 8, 206—209) entgegenzuhalten.

Doch wenden wir uns Hecht zu.

Hecht beschreibt drei badische Dörfer, die 4 bis 14 Kilometer von Karlsruhe entfernt liegen: Hagsfeld, Blankenloch und Friedrichsthal. Trotz der kleinen Bodenstücke, 1—3 ha pro Landwirt, führen die Bauern ein Leben in Wohlstand und Kultur, da sie dem Boden außerordentlich hohe Ernten abgewinnen. David (und ihm folgend Tschernow) vergleicht diese Ernten

---

den 1901 verfaßt. Ihr erster Teil wurde in Odessa im vorigen Jahr als Broschüre veröffentlicht (vom Verlag „Burewestnik" [Sturmvogel]). Ihr zweiter Teil erscheint erstmalig im Druck. Jede einzelne Abhandlung stellt ein mehr oder weniger selbständiges Ganzes dar. Ihr gemeinsames Thema ist die Analyse der gegen den Marxismus gerichteten Kritik in der russischen Literatur." *Die Red.*

mit dem Durchschnitt für Deutschland (in Doppelzentnern pro ha: Kartoffeln 150—160 gegen 87,8, Roggen und Weizen 20—23 gegen 10—13, Heu 50—60 gegen 28,6) und ruft aus: Ist das etwa schlecht? Da habt ihr die „rückständigen Kleinbauern"! Erstens, erwidern wir, ist es lächerlich, dies als Argument gegen Kautsky anzusehen, da hier kein Vergleich zwischen sich in gleichen Verhältnissen befindlichem Kleinbetrieb und Großbetrieb gezogen wird. Noch lächerlicher ist es, wenn derselbe Herr Tschernow, der auf S. 229 in Nr. 8 des „Russkoje Bogatstwo" behauptet, in der „rudimentären Anschauung Kautskys" (hinsichtlich der stofflichen Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt) würden „die Schattenseiten des Kapitalismus sogar übertrieben", auf S. 209 *gegen* Kautsky gerade ein solches Beispiel anführt, wo dieses kapitalistische Hindernis für den landwirtschaftlichen Fortschritt *beseitigt ist*, weil die von ihm gewählten Dörfer Vororte sind. Während die übergroße Mehrheit der Landbevölkerung infolge der vom Kapitalismus hervorgerufenen Entvölkerung des flachen Landes und der Konzentration der Bevölkerung in den Städten großer Mengen natürlichen Düngers beraubt wird, genießt eine verschwindende Minderheit, die im Umkreis der Städte wohnende Bauernschaft, die besonderen Vorteile ihrer Lage und bereichert sich auf Kosten der dieser Vorteile beraubten Masse. Kein Wunder, daß die Ernte in den geschilderten Dörfern so hoch ist, beziehen sie doch jährlich für 41 000 Mark Dung von den Militärställen der drei benachbarten Garnisonsstädte (Karlsruhe, Bruchsal und Durlach) und Jauche vom städtischen Abfuhrwerk (Hecht, S. 65); Kunstdünger kaufen sie nur für 7000 Mark hinzu.* Will man die

* Übrigens versichert Herr Tschernow den Lesern des „Russkoje Bogatstwo", daß es in diesen Dörfern „keine merkliche Differenzierung" *in der Größe des Grundbesitzes* gebe. Wäre aber die Forderung nach Detaillierung in seinem Munde keine leere Phrase, so hätte er nicht vergessen können, daß für diese Vorstadtbauern die Größe ihres Grundstücks von weit geringerer Bedeutung ist als die Menge des Düngers. Und in dieser Beziehung besteht eine sehr deutliche Differenzierung. Die höchsten Ernten und die reichsten Bauern hat das Dorf Friedrichsthal, obwohl es das landärmste ist; von den für Dünger verausgabten 48000 Mark aber entfallen auf seinen Teil 28000 Mark, was bei 258 Hektar Land 108 Mark pro Hektar ausmacht. Hagsfeld verausgabt nur 30 Mark pro Hektar (12000 : 397 Hektar) und Blankenloch alles in allem 11 Mark (8000 : 736 Hektar).

technische Überlegenheit des Großbetriebs durch das Beispiel von Kleinbetrieben widerlegen, die derartige Verhältnisse aufweisen, so heißt das nur, die eigene Ohnmacht dartun. Zweitens: Inwieweit handelt es sich denn bei diesem Beispiel wirklich um „echte und rechte Kleinbauern", wie David sagt und wie es ihm Hertz und Tschernow nachsprechen? Sie berufen sich dabei *lediglich* auf die Größe des Grundbesitzes und offenbaren so gerade ihre Unfähigkeit, mit detaillierten Daten umzugehen. Wie jedermann weiß, bedeutet für einen Vorstadtbauern eine Desjatine Land dasselbe wie 10 Desjatinen für einen Bauern in entlegener Gegend, und auch der *Typus* der Wirtschaft erfährt durch die Nachbarschaft der Stadt eine radikale Änderung. Beispielsweise beträgt der Bodenpreis in dem landärmsten, aber reichsten dieser in der Nähe einer Residenzstadt gelegenen Dörfer, in Friedrichsthal, 9000 bis 10000 Mark, *fünfmal* soviel wie der Durchschnittspreis für Baden (1938 Mark) *und etwa zwanzigmal* soviel wie der Bodenpreis in entlegenen Gegenden Ostpreußens. Gemessen am Umfang ihrer Produktion (dem einzig genauen Maßstab für den Umfang eines Betriebs) handelt es sich folglich überhaupt nicht um „kleine" Bauern. Und was den *Typus* ihrer Wirtschaft anbelangt, so finden wir hier eine außerordentlich hohe Entwicklung der *Geld*wirtschaft und der von Hecht besonders betonten *Spezialisierung* der Landwirtschaft. Sie bauen Tabak an (45% der Anbaufläche in Friedrichsthal), Qualitätskartoffeln (teils als Saatgut, teils für den „vornehmsten Tisch" — Hecht, 17 — in Karlsruhe), verkaufen in der Residenzstadt Milch und Butter, Ferkel und Schweine, und kaufen selbst Getreide und Heu. Die Landwirtschaft trägt hier völlig kommerziellen Charakter, und der in der Nachbarschaft einer Residenzstadt wirtschaftende Bauer ist ein *Kleinbürger* reinsten Typs. Hätte sich also Herr Tschernow tatsächlich mit jenen detaillierten Daten bekannt gemacht, auf die er sich, den Worten Dritter Glauben schenkend, beruft, so wäre ihm vielleicht die ihm so kompliziert erscheinende Kategorie der „Kleinbürgerlichkeit" (vgl. Nr. 7 des „Russkoje Bogatstwo", S. 163) des Bauern etwas verständlicher geworden. Höchst ergötzlich ist, daß Hertz und Herr Tschernow, die sich für unfähig erklären, zu begreifen, wie der Bauer eigentlich Unternehmerfunktionen ausübe, wie er bald als Arbeiter, bald als Unternehmer figurieren könne, dabei auf eine detaillierte Untersuchung verweisen, deren Verfasser geradeheraus erklärt: „Der Bauer des 18. Jahrhunderts mit sei-

nen 8—10 ha war Bauer" („*war* Bauer", Herr Tschernow!) „und Handarbeiter; — der Zwergbauer des 19. Jahrhunderts mit seinen 1—2 Hektar ist Kopfarbeiter, Unternehmer, Kaufmann." (Hecht, S. 69, vgl. S. 12: „Der Landwirt ist *Kaufmann* und *Unternehmer* geworden." Von Hecht hervorgehoben.) Nun, ist das vielleicht nicht Woroschilowsche Manier, wie Hertz und Herr Tschernow hier Kautsky wegen Vermengung von Bauer und Unternehmer „verrissen" haben?

Das ausgeprägteste Kennzeichen des „Unternehmertums" ist die Verwendung von Lohnarbeit. Äußerst charakteristisch ist es nun, daß keiner dieser Quasisozialisten, die sich auf Hechts Arbeit beriefen, über diese Tatsache *auch nur ein Sterbenswörtchen verlor*. Hecht selbst—der typischste Kleinbürger* allerloyalster Richtung, der begeistert ist von der Religiosität der Bauern, von der großherzoglich „landesväterlichen Fürsorge" für die Bauern im allgemeinen und von einer derart „wichtigen" Maßnahme wie der Veranstaltung von Kochkursen im besonderen — sucht natürlich diese Tatsachen zu verschleiern und zu beweisen, daß es weder zwischen arm und reich noch zwischen Bauer und Knecht, oder zwischen Bauer und Fabrikarbeiter eine „soziale Kluft" gebe. „Einen Stand landwirtschaftlicher *Taglöhner* gibt es nicht", schreibt Hecht, „die meisten Bauern sind imstande, ihr Gut allein mit ihrer Familie umzutreiben und zu bebauen; nur wenige in den drei Dörfern sind es, die zum Schneiden oder zum Dreschen der Frucht fremder Arbeitskräfte bedürfen — solche Familien ‚bitten', wie der ortsübliche Ausdruck lautet, bestimmte Männer oder Frauen (die sich deshalb nicht einfallen lassen, ‚Taglöhner' zu heißen)..." (31). Daß in den drei Dörfern von allen Landwirten nur wenige Tagelöhner verwenden, ist nicht verwunderlich, denn wie wir sehen werden, sind viele „Landwirte" Fabrikarbeiter. Wie groß aber insbesondere die Zahl der Lohnarbeit verwendenden Nur-Landwirte ist, verrät uns Hecht nicht; er zieht es vor, seine nur drei Dörfer (aus einem von ihnen stammt Hecht selbst) behandelnde Kandidatendissertation (deutsch: Doktordissertation) nicht mit genauen statistischen Angaben über die verschiedenen Kategorien der Bauern, sondern mit Betrachtungen über die hohe sittliche Bedeutung von Fleiß und Sparsamkeit zu füllen. (Dessenungeachtet oder vielleicht gerade deswegen preisen Hertz und David so überschwenglich Hechts Arbeit.) Wir erfahren lediglich, daß der Lohn des

* „Kleinbürger" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Tagelöhners in dem reichsten und rein-agrarischen Dorf, in Friedrichsthal, das am weitesten von Karlsruhe entfernt liegt (14 Kilometer), am niedrigsten ist. In Friedrichsthal erhält der Tagelöhner 2 Mark den Tag ohne Kost, in Hagsfeld (4 Kilometer von Karlsruhe, von Fabrikarbeitern bewohnt) 3 Mark. Das ist also eine der Bedingungen des „Gedeihens" der die Kritiker so begeisternden „echten und rechten Kleinbauern". „Ein noch ganz patriarchalisches Verhältnis besteht zwischen Herrschaft und *Gesinde* in den drei Dörfern", berichtet uns Hecht. „Der ‚Herr', d. h. der Bauer mit seinen 3—4 Hektar, duzt den Knecht bzw. die Magd und ruft sie beim Vornamen, diese nennen den Bauer ‚Vetter' und die Bäuerin ‚Base' und reden sie mit ‚Ihr' an... Der Knecht oder die Magd ißt mit am Familientisch und wird mit zur Familie gerechnet" (S. 93). Über die Rolle der Lohnarbeit im Tabakbau, der in diesem Gebiet so stark verbreitet ist und besonders zahlreicher Hände bedarf, schweigt sich der „außerordentlich gründliche" Hecht aus, aber da er immerhin ein paar Worte über Lohnarbeit gesagt hat, so muß selbst dieses loyale Bürgerlein, was die Fähigkeit zu „detaillierter" Untersuchung betrifft, über die Woroschilows des „kritischen" Sozialismus gestellt werden.

Drittens. Man berief sich auf Hechts Untersuchung, um die Tatsache der Überarbeit und Unterkonsumtion des Bauern zu widerlegen. Auch hier zeigt es sich indessen, daß die Kritiker es vorgezogen haben, die entsprechenden, von Hecht *erwähnten* Tatsachen zu *verschweigen*. Ihnen kam jener Begriff des „Durchschnitts"bauern zustatten, durch den die Idealisierung der „Bauernschaft" sowohl bei den russischen Volkstümlern als auch bei den westeuropäischen bürgerlichen Ökonomen so verbreitet ist. „Im allgemeinen" ist die Bauernschaft dieser drei Dörfer sehr wohlhabend, doch sogar aus der nichts weniger als gründlichen Monographie Hechts geht klar hervor, daß man in dieser Hinsicht unbedingt drei große Gruppen zu unterscheiden hat. Etwa ein Viertel (oder 30%) der Landwirte (die Mehrheit in Friedrichsthal und einige wenige in Blankenloch) sind wohlhabende Kleinbürger, die dank der Nähe der Residenzstadt reich geworden sind, eine einträgliche Milchwirtschaft (sie verkaufen täglich 10—20 Liter Milch) und Tabakbau betreiben (ein Beispiel: 1825 Mark Bruttoerlös von 1,05 Hektar Tabakfläche), Schweine für den Verkauf mästen (es halten Schweine: in Friedrichsthal von 1140 Einwohnern 497, in Blankenloch von 1684 Einwohnern 445, in Hagsfeld von 1273 Ein-

wohnern 220) usw. Bei dieser Minderheit (für die allein eigentlich die Merkmale des „Gedeihens", von denen die Kritiker so begeistert sind, voll zutreffen) ist die Verwendung von Lohnarbeit zweifellos recht häufig. In der nächsten Gruppe, zu der die Mehrheit der Landwirte von Blankenloch gehört, ist der Wohlstand schon erheblich geringer; es wird weniger gedüngt, der Ernteertrag ist weniger hoch, der Viehbestand geringer (in Friedrichsthal beträgt der Gesamtbestand an Vieh, in Großvieh umgerechnet, 599 Stück auf 258 ha, in Blankenloch 842 auf 736 ha, in Hagsfeld 324 auf 397 ha), „gute Stuben" sind in den Häusern seltener, Fleisch wird bei weitem nicht täglich gegessen, in vielen Familien ist die (uns Russen so wohlbekannte) Erscheinung zu beobachten, daß infolge Geldmangels Getreide im Herbst verkauft und im Frühjahr wieder gekauft wird.* Für diese Gruppe verschiebt sich der Schwerpunkt beständig *von der Landwirtschaft zur Industrie*, und 103 Blankenlocher Bauern sind bereits in Karlsruhe als Fabrikarbeiter beschäftigt. Diese letzteren bilden nun zusammen mit nahezu der ganzen Einwohnerschaft von Hagsfeld die dritte Gruppe (40—50 Prozent der Gesamtzahl der Höfe). Hier ist die Landwirtschaft bereits eine Nebenbeschäftigung, der sich hauptsächlich die Frauen widmen. Wenn die Lebenshaltung auch höher ist als in Blankenloch (dank dem Einfluß der Residenzstadt), so macht sich die Not doch schon stark geltend. Die Milch wird verkauft, während man sich für den Eigenbedarf teilweise gar „die billigere Margarine" (24) kauft. Die Zahl der Ziegen nimmt rasch zu: von 9 im Jahre 1855 auf 93 im Jahre 1893. „Diese Zunahme", schreibt Hecht, „kann nur durch das Verschwinden der eigentlich bäuerlichen Betriebe und die Auflösung des Bauernstandes in einen ländlichen Fabrikarbeiterstand mit stark parzelliertem Grundbesitz erklärt werden" (27). In Parenthese sei gesagt, daß die Zahl der Ziegen auch in ganz Deutschland von 1882 bis 1895 außerordentlich stark gestiegen ist, nämlich von 2,4 Millionen auf 3,1 Millionen,

* Übrigens erklärt Hecht das wirtschaftliche Zurückbleiben Blankenlochs mit dem Überwiegen der Naturalwirtschaft und *dem Bestehen von Allmende*, dank welcher jedem mit Vollendung des 32. Lebensjahres ein Stückchen Land (36 Ar Allmendgut) zugeteilt wird, „ob er faul ist oder fleißig, ob er spart oder nicht spart" (S. 30). Hecht ist dennoch gegen die Aufteilung des Allmendlands; es sei das, meint er, eine Art sozialer Altersversorgung für betagte Fabrikarbeiter, deren Zahl in Blankenloch steige.

was deutlich auf die Kehrseite jenes Fortschritts des „starken Bauerntums" hinweist, den die Herren Bulgakow und die kleinbürgerlich-sozialistischen „Kritiker" so sehr preisen. Die meisten Arbeiter gehen den 3½ Kilometer langen Weg zur Fabrik in die Stadt zu Fuß, da sie eine wöchentliche Mehrausgabe von auch nur einer Mark für die Bahnfahrt scheuen. Für etwa 150 von den 300 Hagsfelder Arbeitern ist sogar das Mittagessen für 40—50 Pfennig in der „Volksküche" zu teuer, und sie erhalten ihr Mittagessen von zu Hause. „...arme Frauen sind es", teilt Hecht mit, „die Punkt elf Uhr das Essen in Geschirren abholen und in die Fabrik bringen" (79). Was die Arbeiterinnen anbelangt, so sind auch sie 10 Stunden in der Fabrik beschäftigt und erhalten dafür ganze 1,10—1,50 Mark (die Männer 2,50—2,70 Mark) und bei Akkordlohn 1,70—2,00 Mark. „Durch Nebenbeschäftigung suchen einige Arbeiterinnen ihren geringen Lohn zu erhöhen; in Blankenloch sind es zur Zeit vier Mädchen, die in der Karlsruher Papierfabrik arbeiten und Papier mit nach Hause nehmen, um daraus abends Tüten herzustellen; an einem Abend von 8—11 Uhr (sic!) bringen die Mädchen je 300 Tüten fertig, wofür sie 45—50 Pfennig bezahlt erhalten — ein Zuschuß zu dem kleinen Tagesverdienst, der zur Bestreitung der Fahrkosten auf der Lokalbahn verwandt wird. In Hagsfeld sind es einige Frauen, die als Mädchen in einer Christofle-Fabrik gearbeitet haben und sich nun mit Polieren von Silberwaren an Winterabenden einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen suchen." (36.) „Der Hagsfelder Arbeiter", schreibt Hecht gerührt, „hat eine Heimstätte, nicht durch Reichsgesetz, sondern durch eigene Kraft, ein Häuschen, das er nicht mit fremden Leuten teilen muß, und eine kleine Scholle Landes; viel wichtiger als der tatsächliche Besitz aber ist das Bewußtsein, dies alles durch eigenen Fleiß erworben zu haben. Der Hagsfelder Arbeiter ist Fabrikarbeiter und Bauer zugleich. Wer noch keinen Grundbesitz zu eigen hat, pachtet wenigstens einige Parzellen, um durch *Verwertung unbeschäftigter Stunden* das Einkommen zu erhöhen. Wenn im Sommer früh die Arbeit in der Fabrik erst („erst"!) um 7 Uhr beginnt, so steht der Arbeiter schon morgens 4 Uhr auf, um auf dem Felde seine Kartoffeln zu behacken oder Futter für das Vieh zu holen. Oder wenn er abends um 7 Uhr nach Hause kommt, was soll er dann, besonders im Sommer, anfangen? Dann kann er noch eine oder anderthalb Stunden auf dem Felde arbeiten; er will ja keine große Rente aus dem Boden erzielen, er will nur

seine Arbeitskraft vollständig (sic!) ausnutzen..." Und noch mancherlei Salbungsvolles dieser Art erzählt uns Hecht, der sein Buch mit den Worten schließt: „Der Zwergbauer und der Fabrikarbeiter — sie beide (sic!) haben sich zum Mittelstand emporgearbeitet, nicht durch künstliche Zwangsmaßregeln, sondern aus eigenem Fleiß, durch eigene Kraft, durch ein Aufsteigen zu höhrer Sittlichkeit." *

„Die ,3 Dörfer der badischen Hard' repräsentieren *heute Einen großen, breiten Mittelstand*" (von Hecht hervorgehoben).

Daß Hecht so schreibt, ist nicht verwunderlich, ist er doch ein ganz gewöhnlicher bürgerlicher Apologet. Aber welchen Namen verdienen jene Leute, die andere betrügen, indem sie sich Sozialisten nennen, und die die Wirklichkeit noch eifriger beschönigen als irgendein Hecht, indem sie das Gedeihen einer bürgerlichen Minderheit für allgemeinen Fortschritt ausgeben und die Proletarisierung der Mehrheit mit dem alten Popanz „Vereinigung der Landwirtschaft mit der Industrie" verdecken?

VI

DIE PRODUKTIVITÄT DES KLEINBETRIEBS UND DES GROSSBETRIEBS. EIN BEISPIEL AUS OSTPREUSSEN

Begeben wir uns nun zur Abwechslung aus dem fernen Süddeutschland nach dem Rußland näher gelegenen Ostpreußen. Da besitzen wir nun eine außerordentlich lehrreiche, *detaillierte* Untersuchung, die der auf Detaillierung so erpichte Herr Bulgakow absolut nicht auszuwerten vermochte. „Ein Vergleich der Angaben über die tatsächliche Produktivität

* Hecht spricht noch lang und breit über diese „höhere Sittlichkeit" und begeistert sich nicht weniger als Herr Bulgakow für „nüchterne Heiratspolitik", „eisernen Fleiß", „Sparsamkeit" und „Mäßigkeit" und zitiert sogar „ein bekanntes bäuerliches Sprichwort": „Man sieht nicht auf die Goschen (d. h. Mund), sondern auf die Groschen." Wir empfehlen dem Leser, dieses Sprichwort mit der „Lehre" des Kiewer Professors Herrn Bulgakow zu vergleichen, der zufolge die Bauernwirtschaft (die weder der Rente noch des Profits bedarf) die „für die Gesellschaft (sic!) vorteilhafteste Organisation der Landwirtschaft" darstellt (Bulgakow, I, 154).

von Groß- und Kleinbetrieb", schreibt Herr Bulgakow, „kann die Frage ihrer technischen Vorzüge nicht entscheiden, da sich die zu vergleichenden Wirtschaften in verschiedenen ökonomischen Verhältnissen befinden können. Solche Angaben vermögen bestenfalls jene negative Schlußfolgerung faktisch zu bestätigen, daß der Großbetrieb nicht nur in der Theorie, sondern unter bestimmten Verhältnissen auch in der Wirklichkeit keine technischen Vorzüge vor dem Kleinbetrieb hat. Derartige Vergleiche findet man in der ökonomischen Literatur nicht wenige, jedenfalls reichen sie aus, um bei einem unvoreingenommenen und vorurteilslosen Leser den Glauben daran zu erschüttern, daß der Großbetrieb schlechthin überlegen ist." (I, 57/58.) Und in einer Anmerkung werden dann zwei Beispiele angeführt. Beim ersten handelt es sich um jene Arbeit Auhagens, die sowohl Kautsky in der „Agrarfrage" (S. 111) als auch Hertz (S. 69, russ. Übers. 166) zitiert und in der lediglich zwei Wirtschaften in Hannover von 4,6 und 26,5 ha verglichen werden. Der Kleinbetrieb weist in diesem Fall höhere Ernten auf, und Auhagen stellt bei ihm eine höhere Rentabilität als beim Großbetrieb fest, aber schon Kautsky hat gezeigt, daß diese höhere Rentabilität auf *Unterkonsumtion* zurückzuführen ist. Hertz versuchte dies zu widerlegen, jedoch mit dem bei ihm üblichen Erfolg, und da Hertz nunmehr ins Russische übersetzt wurde, Kautskys Antwort an Hertz dagegen in Rußland unbekannt ist, so wollen wir den Inhalt dieser Antwort (in dem oben zitierten Artikel in der „Neuen Zeit") kurz wiedergeben. Hertz hat, wie üblich, die Beweisführung Kautskys verdreht, der angeblich nur auf den Umstand hingewiesen habe, daß der Großbauer einen Sohn das Gymnasium besuchen lasse. In Wirklichkeit kennzeichnete Kautsky damit nur die Lebenshaltung, und hätte Hertz das *gesamte Haushaltsbudget* der verglichenen Familien (jede zählt fünf Köpfe) angeführt, so hätte er folgende Zahlen erhalten: 1158,40 Mark für den Kleinbetrieb und 2739,25 Mark für den Großbetrieb. Bei *gleicher* Lebenshaltung wie der Großbetrieb hätte sich der Kleinbetrieb als *weniger* rentabel erwiesen; nach der Berechnung Auhagens beläuft sich der Überschuß des Kleinbetriebs auf 1806 Mark, d. h. 5,45% vom Kapital (33651 Mark), der des Großbetriebs auf 2720 Mark, d. h. 1,82% vom Kapital (149559 Mark). Zieht man das ab, was der Kleinbetrieb weniger konsumiert als der Großbetrieb, so verbleibt dem Kleinbetrieb ein Überschuß von *258 Mark, d. h. 0,80%!* Und dies bei einer unverhältnismäßig

hohen Arbeitsmenge: im Kleinbetrieb 3 Arbeitende auf 4,6 Hektar, d. h. eine Arbeitskraft pro 1,5 Hektar, im Großbetrieb dagegen 11 (vgl. Hertz, S. 69, russ. Übers. 166) auf 26,5 Hektar, d. h. eine Arbeitskraft pro 2,4 Hektar, ganz zu schweigen von dem von Kautsky mit Recht verspotteten Umstand, daß der Quasisozialist Hertz die Arbeit der Kinder des heutigen Bauern mit dem Ährenlesen Ruths vergleicht![61] Was Herrn Bulgakow anbelangt, so ließ es dieser dabei bewenden, lediglich die Angaben über den Ernteertrag mitzuteilen, und ging auf die Frage der Lebenshaltung des Kleinwirts und des Großwirts auch *nicht mit einer Silbe* ein.

„Ein anderes Beispiel", fährt unser Anhänger der Detaillierung fort, „finden wir in der neuesten Untersuchung *Karl Klawkis*: ‚Über Konkurrenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs' (in ‚Thiel's Landwirtschaftlichen Jahrbüchern', 1899, Heft 3/4). Sein Vergleich bezieht sich auf Ostpreußen. Der Verfasser vergleicht je 4 Wirtschaften großen, mittleren und kleinen Umfangs. Eine Besonderheit seines Vergleichs besteht darin, daß, erstens, Einnahmen und Ausgaben in Geld ausgedrückt sind und daß, zweitens, der Verfasser den Wert der Arbeitskraft im Kleinbetrieb, wo sie nicht gekauft wird, in Geld umrechnet und unter die Ausgaben zählt; für unsere Zwecke dürfte ein solches Verfahren wohl kaum richtig sein" (sic! Herr Bulgakow vergißt hinzuzufügen, daß Klawki den Wert der Arbeit in *allen* Wirtschaften in Geld umrechnet und die Arbeit des Kleinbauern von vornherein billiger einschätzt!); „nichtsdestoweniger erhalten wir..." Es folgt eine Tabelle, der wir hier bloß das Fazit entnehmen: Der durchschnittliche Reingewinn pro Morgen (= 1/4 Hektar) beträgt im Großbetrieb 10 Mark, im Mittelbetrieb 18 Mark, im Kleinbetrieb 12 Mark. „Die größte Rentabilität", schließt Herr Bulgakow, „zeigt hier der Mittelbetrieb, ihm folgt der Kleinbetrieb und dann der Großbetrieb, der somit an letzter Stelle steht."

Wir haben absichtlich *alles* angeführt, was Herr Bulgakow über den Vergleich von Groß- und Kleinbetrieben sagt. Prüfen wir jetzt, was die interessante Arbeit Klawkis beweist, die auf vollen 120 Seiten zwölf typische, gleiche Bedingungen aufweisende Wirtschaften beschreibt. Führen wir zunächst die allgemeinen Angaben über die Wirtschaften an, wobei wir uns zwecks Raumersparnis und anschaulicher Darstellung der Ergebnisse auf die *Durchschnitts*daten über Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe (Durchschnittsgröße = 358; 50 und 5 ha) beschränken wollen.

Betriebe	Auf 1 Morgen (¼ Hektar) entfallen in Mark												Ausgaben für ein Produkt im Werte von 100 Mark*		Pro 100 Morgen	
	Gesamteinnahmen			Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten			Eigenverbrauch von Produkten			Insgesamt			Mark		Arbeitstage von Lohnarbeitern	Arbeitstage insgesamt
	Ackerbau	Viehzucht	Zusammen	Ackerbau	Viehzucht	Zusammen	Ackerbau	Viehzucht	Zusammen	Einnahmen	Ausgaben	Reingewinn	a	b		
Großbetrieb	17	16	33	11	14	25	6	2	8	33	23	10	65	70	887	887
Mittelbetrieb	18	27	45	12	17	29	6	10	16	45	27	18	35	60	744	924
Kleinbetrieb	23	41	64	9	27	36	14	14	28	64	52	12	8	80	—	—

Scheinbar werden also *alle* Schlußfolgerungen des Herrn Bulgakow durch Klawkis Arbeit vollauf bestätigt: bei abnehmender Größe der Wirtschaft steigen sowohl die Roheinnahmen als auch sogar die Einnahmen aus dem Verkauf, auf den Morgen berechnet! Wir sind der Ansicht, daß bei den von Klawki angewandten Methoden — diese Methoden aber sind sehr verbreitet und in ihren wesentlichen Zügen allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ökonomen gemein — sich in allen oder fast allen Fällen eine Überlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs ergeben wird. Deshalb besteht *der eigentliche Kern der Frage*, der von den Woroschilows völlig übersehen wird, *in einer Analyse dieser Methoden*, und eben deshalb ist die Teiluntersuchung Klawkis von höchstem allgemeinem Interesse.

Wir beginnen mit den Ernteerträgen. Es zeigt sich, daß die Ernteerträge der übergroßen Mehrzahl der Feldfrüchte regelmäßig und sehr beträchtlich vom Großbetrieb zum Kleinbetrieb *abnehmen*. Es wurden geerntet (in Zentnern pro Morgen): Weizen: 8,7 — 7,3 — 6,4; Roggen: 9,9 — 8,7 — 7,7; Gerste: 9,4 — 7,1 — 6,5; Hafer: 8,5 — 8,7 — 8,0; Erbsen: 8,0 — 7,7 — 9,2**;

* a = wenn der Wert der Arbeitskraft des Landwirts und seiner Familie nicht in Geld umgerechnet wird; b = wenn er in Geld umgerechnet wird.

** Werden nur in zwei von den vier Betrieben angebaut; von den großen und mittleren bauen Erbsen je drei von vier Betrieben an.

Kartoffeln: 63 — 55 — 42; Futterrüben: 190 — 156 — 117. Nur Flachs, den die Großbetriebe überhaupt nicht anbauen, ernten die Kleinbetriebe (3 von 4) mehr als die mittleren (2 von 4), nämlich 6,2 „Stein" (1 Stein = 18½ kg) gegen 5,5.

Wovon hängt nun der höhere Ernteertrag in den Großbetrieben ab? Klawki mißt folgenden vier Ursachen entscheidende Bedeutung bei: 1. Dränage gibt es bei den Kleinbesitzern fast gar nicht, und wenn sie vorhanden ist, so legen die Bauern die Rohre selbst und legen sie schlecht; 2. die Kleinbesitzer pflügen nicht tief genug — die Pferde sind schwach; 3. das Rindvieh der Kleinbesitzer wird zumeist ungenügend gefüttert; 4. die Düngerproduktion ist bei den Kleinbesitzern schlechter: ihr Getreide hat kürzeres Stroh, dieses wird zu einem großen Teil verfüttert (d. h. wiederum eine Verschlechterung der Qualität des Futters), und zum Unterstreuen wird weniger Stroh verwendet.

Das Vieh der Kleinbesitzer ist also schwächer, von schlechterer Qualität und wird schlechter gehalten. Dieser Umstand erklärt uns jene sonderbare und am meisten in die Augen springende Erscheinung, daß nach der Berechnung Klawkis in den Großbetrieben bei höherem Ernteertrag die Einnahmen aus dem Ackerbau pro Morgen geringer sind als in den Mittel- und Kleinbetrieben. Die Sache ist die, daß Klawki *das Viehfutter ausschließt* und es weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben mitrechnet. So werden künstlich und in irreführender Weise Dinge einander gleichgesetzt, die in Wirklichkeit einen wesentlichen Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieben ausmachen, und zwar einen Unterschied nicht zugunsten der letzteren. Der Großbetrieb erscheint bei einer solchen Berechnungsmethode *deshalb* weniger rentabel, weil er einen großen Teil der Anbaufläche zur Erzeugung von Viehfutter verwendet (obwohl er pro Morgen viel weniger Vieh hält als der Kleinbetrieb), während der Kleinbetrieb mit Stroh als Viehfutter „auskommt". Die „Überlegenheit" des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs besteht folglich darin, daß er sowohl am Boden (schlechterer Dünger) als auch *am Vieh* (schlechteres Futter) *Raubbau treibt*. Es versteht sich von selbst, daß ein derartiger Vergleich der Rentabilität verschiedener Wirtschaften jeder wissenschaftlichen Bedeutung entbehrt.*

* Es sei darauf hingewiesen, daß eine derartige irreführende Gleichsetzung notorisch ungleicher Größen im Klein- und im Großbetrieb nicht nur in einzelnen

Ferner muß unter den Ursachen des höheren Ernteertrags der Großbetriebe hervorgehoben werden, daß diese häufiger (und offenbar sogar fast ausschließlich) das Mergeln des Bodens anwenden, daß sie mehr Kunstdünger (Ausgabe pro Morgen 0,81 Mark — 0,38 — 0,43 Mark) und Kraftfuttermittel* (in den Großbetrieben 2 Mark pro Morgen, in den übrigen — null) verwenden. „Unsere bäuerlichen Betriebe", sagt Klawki, der auch die Mittelbetriebe zu den großbäuerlichen zählt, „geben für Kraftfuttermittel nichts aus. Sie sind dem Fortschritt nur sehr schwer zugänglich und scheuen vor allem die baren Ausgaben." (461.) Die Großbetriebe sind, auch was das System der Feldbestellung betrifft, überlegen: verbesserte Fruchtfolge finden wir in allen 4 Großbetrieben, in 3 Mittelbetrieben (in einem die alte Dreifelderwirtschaft) und nur in einem Kleinbetrieb (in dreien Dreifelderwirtschaft). Schließlich haben die Großbesitzer auch weit mehr Maschinen. Klawki selbst ist allerdings der Meinung, daß den Maschinen keine besonders große Bedeutung zukomme. Aber wir begnügen uns nicht mit seiner „Meinung", sondern schreiben die entsprechenden Angaben heraus. Die folgenden acht Arten von Maschinen, nämlich Dampfdreschmaschinen, Göpeldreschmaschinen, Getreidereinigungsmaschinen, Sortiermaschinen, Drillmaschinen, Düngerstreumaschinen, Pferderechen und Ringelwalzen verteilen sich auf die beschriebenen Betriebe folgendermaßen: die 4 Großbetriebe haben 29 Maschinen (darunter eine mit Dampf betriebene: eine Dreschmaschine), die 4 Mittelbetriebe 11 (darunter keine mit Dampfantrieb) und die 4 Kleinbetriebe 1 Maschine (Göpeldreschmaschine). Natürlich kann uns keine „Meinung" irgendeines Anhängers der Bauernwirtschaft zu dem Glauben bekehren, daß Getreidereinigungsmaschinen, Drillmaschinen, Ringelwalzen usw. auf

---

Monographien, sondern auch in den Massendaten der modernen Agrarstatistik anzutreffen ist. Sowohl die französische als auch die deutsche Statistik operiert mit dem „durchschnittlichen" Lebendgewicht, mit dem „durchschnittlichen" Preis eines Stückes Vieh in allen Wirtschaften ohne Unterschied. Die deutsche Statistik bestimmt sogar auf diese Weise den Gesamtwert des gesamten Viehbestands der verschiedenen Gruppen von Landwirten (nach der Größe der Bodenfläche), wobei jedoch der Vorbehalt gemacht wird, daß die Voraussetzung einer Gleichwertigkeit pro Stück Vieh in den verschiedenen Größenklassen der Betriebe „der Wirklichkeit nicht entspricht" (S. 35*).

* „Kraftfuttermittel" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

den Ernteertrag ohne Einfluß bleiben können. Übrigens haben wir hier Angaben über die Anzahl der Maschinen, die sich im Besitz bestimmter Landwirte befinden, im Gegensatz zu den Massendaten der deutschen Statistik, die lediglich die Fälle der Anwendung von Maschinen schlechthin registriert, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eigene oder fremde handelt. Es ist klar, daß eine solche Registrierung die Überlegenheit des Großbetriebs ebenfalls kleiner erscheinen läßt und die folgenden von Klawki beschriebenen Formen des „Ausleihens" von Maschinen vertuscht: „Der größere Besitzer leiht gern dem kleineren seine Ringelwalze, seinen Pferderechen und die Reinigungsmaschine, wenn dieser ihm dafür in bedrängter Zeit eine Sense zu stellen verspricht." (443.) Daraus folgt, daß eine gewisse Anzahl der — wie wir nachgewiesen haben, ohnehin äußerst seltenen — Fälle der Anwendung von Maschinen im Kleinbetrieb eine umgewandelte Form der Dingung von Arbeitskräften darstellt.

Gehen wir weiter. Einen anderen Fall irreführender Gleichsetzung notorisch ungleicher Größen stellt Klawkis Methode dar, den Preis des Produkts beim Verkauf für alle Betriebsgrößenklassen als gleich hinzustellen. Statt tatsächlich erfolgter Verkäufe legt der Verfasser seinen Berechnungen eine Annahme zugrunde, auf deren Unrichtigkeit er selbst hinweist. Die Bauern verkaufen ihr Getreide zumeist an Ort und Stelle, und die Händler in den kleinen Städten drücken sehr die Preise. „Die größeren Güter sind hierin besser gestellt, da sie größere Mengen auf einmal nach der Provinzialhauptstadt verkaufen können. Sie erzielen in der Regel dabei pro Zentner 20—30 Pf. mehr, als ihnen in den kleinen Städten geboten wird." (373.) Auch weiß der Gutsbesitzer den Wert seines Getreides besser zu schätzen (451), er verkauft es nach Gewicht und nicht nach Scheffeln, wie es der Bauer zu seinem Nachteil tut. Nach Gewicht verkauft der Gutsbesitzer auch sein Vieh, während es dem Bauern einfach auf Grund einer äußeren Schätzung abgekauft wird. Mit dem Absatz von Molkereiprodukten ist es bei den Gutsbesitzern ebenfalls besser bestellt, da sie die Milch in die Stadt bringen und höhere Preise erzielen können als die Mittelwirte, die die Milch zu Butter verarbeiten und an Händler verkaufen. Bei den Mittelwirten wiederum ist die Butter besser als bei den Kleinwirten (Verwendung von Separatoren, tägliches Buttern usw.), die daher auch 5—10 Pfennig pro Pfund weniger erhalten. Das für den Verkauf gemästete Vieh müssen die Kleinwirte früher (also weniger aus-

gewachsen) als die Mittelwirte verkaufen, da ihnen das Futter nicht reicht (444). Alle diese — in ihrer Summe ganz und gar nicht unwesentlichen — Vorzüge des Großbetriebs als Verkäufer auf dem Markt werden von Klawki bei seinen Berechnungen in der Monographie nicht berücksichtigt, ebenso wie die Anhänger des Kleinbetriebs unter den Theoretikern diese *Tatsache* unberücksichtigt lassen und dabei auf die *Möglichkeit* verweisen, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß Abhilfe zu schaffen. Wir wollen nicht die Wirklichkeit des Kapitalismus mit den Möglichkeiten eines kleinbürgerlich-genossenschaftlichen Paradieses verwechseln: weiter unten werden wir *Tatsachen* anführen, die zeigen, wer in Wirklichkeit aus den Genossenschaften den größten Nutzen zieht.

Es sei bemerkt, daß Klawki in den Klein- und Mittelbetrieben die mit der Dränage des Bodens, mit verschiedenartigen Reparaturen usw. verbundene Arbeit der Besitzer („die Bauern arbeiten selbst") „nicht rechnet". Diesen „Vorzug" des Kleinwirts bezeichnet der Sozialist als Überarbeit, der bürgerliche Ökonom hingegen als eine der vorteilhaften („für die *Gesellschaft*" !) Seiten der Bauernwirtschaft. Es sei ferner bemerkt, daß nach den Angaben Klawkis die Lohnarbeiter in den Mittelbetrieben höheren Lohn und bessere Kost erhalten als in den Großbetrieben, aber auch intensiver arbeiten: das „Beispiel" des Besitzers rege zu „größerem Fleiße und Sorgfalt" an (463). Wer nun von diesen beiden kapitalistischen Landwirten — der Gutsbesitzer oder der „Gevatter" Bauer — aus dem Arbeiter für den gleichen Lohn mehr Arbeit herauspreßt, das versucht Klawki nicht festzustellen. Wir beschränken uns daher auf den Hinweis, daß die Ausgaben für Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter beim Großwirt 0,29 Mark pro Morgen, beim Mittelwirt 0,13 Mark betragen (der kleine Landwirt hat auch hierin wieder den Vorzug, daß er sich überhaupt nicht zu versichern braucht, natürlich zum nicht geringen „Vorteil der Gesellschaft" der Kapitalisten und Großgrundbesitzer), sowie auf die Anführung eines Beispiels aus dem russischen landwirtschaftlichen Kapitalismus. Der mit dem Buche Schachowskois „Das landwirtschaftliche Wandergewerbe" vertraute Leser erinnert sich vielleicht folgender charakteristischer Beobachtung: Die Besitzer von Einzelgehöften und die deutschen Kolonisten (im Süden) stellen „ausgesuchte" Arbeiter ein, zahlen ihnen 15 bis 20% mehr als die großen Lohnherren und pressen aus ihnen um 50% mehr Arbeit heraus. Das teilte Herr Schachowskoi im Jahre 1896 mit; in

diesem Jahr lesen wir beispielsweise in der „Torgowo-Promyschlennaja Gaseta" [Handels- und Industriezeitung] folgende Mitteilung aus Kachowka: „... Die Bauern in den Dörfern und auf den Einzelgehöften zahlten wie üblich mehr (als die Güter den Landarbeitern zahlten), da sie bessere Arbeiter mit größerer Ausdauer verlangen." (Nr. 109 vom 16. Mai 1901.) Es liegt wohl kaum ein Grund vor, anzunehmen, daß eine solche Erscheinung Rußland allein eigentümlich sei.

In der oben angeführten Tabelle wird der Leser zwei Methoden der Berechnung bemerkt haben: bei der einen ist die in Geld geschätzte Arbeitskraft des Besitzers einbegriffen, bei der anderen nicht. Herr Bulgakow hält die Methode, den Schätzungswert einzubeziehen, für „kaum richtig". Gewiß wäre es weitaus richtiger, ein exaktes Budget der Natural- und Geldausgaben sowohl der Landwirte als auch der Landarbeiter zu haben, da es aber solche Angaben nicht gibt, müssen eben die Geldausgaben der Familie *annähernd* festgestellt werden. Da ist es nun höchst interessant, *wie* Klawki diese annähernde Berechnung anstellt. Die Gutsbesitzer arbeiten natürlich nicht selbst; sie haben sogar besondere Verwalter, die gegen Bezahlung die ganze Arbeit der Leitung und Aufsicht leisten (von vier Gütern haben drei Verwalter, eines keinen Verwalter; letzteres, ein Gut von 125 ha, müßte nach Klawki richtiger als Großbauerngut bezeichnet werden). Den Besitzern zweier großer Güter „berechnet" Klawki jährlich 2000 Mark „für ihre Tätigkeit" (die z. B. bei dem ersten Gut darin besteht, daß der Besitzer einmal monatlich auf einige Tage von seinem Hauptgut herüberkommt, um seinen Verwalter zu kontrollieren). Dem Besitzer der 125 ha (der erstgenannte Besitzer hat 513 ha) „berechnet" er für dessen eigene Arbeit und für die Arbeit seiner drei Söhne nur noch 1900 Mark. Ist es denn nicht „natürlich", daß man bei weniger Boden auch mit einem geringeren Budget „auszukommen" hat? Bei den mittleren Besitzern rechnet Klawki nur noch 1200—1716 Mark für die gesamte Arbeit des Mannes und der Frau und in drei Fällen auch der Kinder. Den kleinen Besitzern werden 800—1000 Mark für die Arbeit von 4—5 (sic!) Personen berechnet, d. h. nicht viel mehr (wenn überhaupt mehr), als ein Landarbeiter, ein Instmann, erhält, der mit seiner Familie insgesamt 800—900 Mark verdient. Hier wird also schon ein weiterer großer Schritt vorwärts getan: Zuerst wurde notorisch Ungleiches gleichgesetzt, jetzt wird erklärt, daß die Lebenshaltung vom Großbetrieb zum

Kleinbetrieb absinken *müsse*. Das bedeutet aber doch von vornherein die Tatsache anerkennen, daß der Kapitalismus den Kleinbauern degradiert, eine Tatsache, die durch die Berechnungen der Höhe des „Reingewinns" angeblich widerlegt wird!

Und wenn der Verfasser die Verringerung der Geldeinnahmen mit abnehmender Betriebsgröße nur *unterstellt* — die Verringerung der Konsumtion wird durch direkte Daten bewiesen. Die Menge der in der Wirtschaft verbrauchten landwirtschaftlichen Erzeugnisse beträgt pro Person (zwei Kinder gleich einem Erwachsenen gerechnet): beim Großwirt 227 Mark (das Mittel aus zwei Zahlen), beim Mittelwirt 218 Mark (das Mittel aus 4 Zahlen), beim Kleinwirt 135 (sic!) Mark (das Mittel aus 4 Zahlen). Überdies werden, je größer die Wirtschaft, desto mehr Lebensmittel hinzugekauft (S. 453). Klawki hat auch selbst bemerkt, daß man hier die Frage jener Unterkonsumtion aufwerfen müsse, die Herr Bulgakow leugnete und über die er sich hier lieber *ausschweigt*, wodurch er sich als ein noch größerer Apologet erweist als Klawki. Klawki aber sucht diese Tatsache abzuschwächen. „Ob dennoch in den Kleinbetrieben eine gewisse Unterkonsumtion stattfindet", sagt er, „vermögen wir, wie gesagt, nach dem uns zu Gebote stehenden Material im allgemeinen nicht zu behaupten, möchten es aber beim Kleinbetrieb IV" (97 Mark pro Kopf) „für wahrscheinlich halten. Tatsache aber ist, daß die Kleinbauernfamilien sehr sparsam (!) leben und vieles verkaufen, was sie sich sozusagen vom Munde absparen."* Er macht den Versuch, zu beweisen, daß diese Tatsache die höhere „Produktivität" des Kleinbetriebs nicht aufhebe: erhöht man den

* Es ist interessant, daß z. B. die Einnahmen aus dem Verkauf von Milch und Butter im Großbetrieb 7 Mark pro Morgen betragen, im mittleren 3 und *im kleinen* 7. Das kommt daher, daß vom Kleinbauern im eigenen Haushalt „Butter und Vollmilch sehr wenig, in der kleinbäuerlichen Wirtschaft IV" (der Verbrauch von Konsumtionsgütern, die in der Wirtschaft erzeugt wurden, beträgt nur 97 Mark pro Person) „überhaupt nicht konsumiert wird" (450). Der Leser vergleiche diese (übrigens allen, mit Ausnahme der „Kritiker", längst bekannte) Tatsache mit den großartigen Betrachtungen von Hertz (S. 113, russ. Übers. 270): „Bekommt denn der Bauer nichts für die Milch?" „Wer ißt zuletzt das" (mit der Milch aufgefütterte) „Schwein? Nicht der Bauer?" An diese Aussprüche muß immer wieder erinnert werden, als an ein unübertroffenes Muster vulgärster Beschönigung des Elends.

Konsum auf 170 Mark — eine völlig ausreichende Summe (für den „geringeren Bruder", nicht aber für den Kapitalisten in der Landwirtschaft, wie wir sehen) — so ergibt sich, daß der Konsum pro Morgen um 6—7 Mark erhöht und die Einnahmen aus dem Verkauf um diese Summe herabgesetzt werden müßten. Ziehen wir diese ab, so erhalten wir (siehe obige Tabelle) 29—30 Mark, d. h. immer noch mehr als im Großbetrieb (S. 453). Wenn wir nun aber den Konsum nicht bis zu dieser sehr willkürlich geschätzten Zahl (und noch dazu möglichst niedrig geschätzten, denn „für ihn reicht's"), sondern auf 218 Mark erhöhen (= der wirklichen Lage in den Mittelbetrieben), so sehen wir, daß die Einnahme aus dem Verkauf der Produkte im Kleinbetrieb auf 20 *Mark* pro Morgen sinken wird, gegen 29 im Mittelbetrieb und 25 im Großbetrieb. Das besagt aber: Die Richtigstellung *dieses einen* Fehlers (von den zahlreichen obenerwähnten Fehlern) in Klawkis Aufstellungen vernichtet bereits *jeden* „Vorteil" des Kleinbauern.

Doch im Entdecken von Vorteilen ist Klawki unerschöpflich. Die Kleinbauern „vereinigen Landwirtschaft und Gewerbe": drei Kleinbauern (von vier) gehen „fleißig auf Tagelohn und erhalten dann außer Barlohn auch Beköstigung" (435). Besonders groß seien aber die Vorzüge des bäuerlichen Kleinbetriebs in Zeiten der Krise (wie den russischen Lesern aus zahlreichen diesbezüglichen, von den Herren Tschernow jetzt aufgefrischten Stilübungen der Volkstümler längst bekannt ist): „In Zeiten einer landwirtschaftlichen Krisis und auch sonst wird gerade der Kleinbetrieb die größte Zähigkeit besitzen und imstande sein, durch äußerste Einschränkung der Haushaltungskosten, die freilich zu einer teilweisen Unterkonsumtion führen müßte, verhältnismäßig mehr Produkte abzusetzen als die anderen Betriebsgrößen" (479; die letzten Schlußfolgerungen Klawkis vgl. S. 464). „Viele Kleinbetriebe werden leider durch die großen Schuldenzinsen dazu gezwungen. Sie vermögen sich aber auf diese Weise — wenn auch sehr schwer — zu halten und durchzukommen. Aus der gewaltigen Einschränkung der Konsumtion erklärt sich wohl auch zum großen Teil die aus der Reichsstatistik ersichtliche Zunahme der kleinbäuerlichen Stellen unserer Gegend." Und Klawki führt Angaben über den Regierungsbezirk Königsberg an, wo in der Zeit von 1882 bis 1895 die Zahl der Wirtschaften bis zu 2 ha von 56000 auf 79000, mit 2—5 ha von 12000 auf 14000, mit 5—20 ha von 16000 auf 19000 gestiegen ist.

Das ist dasselbe Ostpreußen, in dem die Herren Bulgakow eine „Verdrängung" des Großbetriebs durch den Kleinbetrieb zu finden glauben. Und solche Leute, die so ungeniert mit den nackten Zahlen der Bodenstatistik umgehen, schreien noch nach „Detaillierung"! Es ist nur natürlich, wenn Klawki „das wichtigste Problem der neueren Agrarpolitik zur Lösung der Landarbeiterfrage des Ostens" darin sieht, „daß man gerade die tüchtigen Arbeiter dadurch zur Seßhaftigkeit veranlassen könnte, daß man ihnen die Möglichkeit verschafft, wenn nicht in der ersten, so doch in der zweiten (sic!) Generation sich ein Stück Eigen zu erwerben" (476). Was tut's, daß die Instleute, die sich mit ihren Ersparnissen ein Stückchen Boden kaufen, „sich dann pekuniär meist schlechter" stehen, „das wissen sie auch selbst, aber die freiere Stellung lockt sie" — und die ganze Aufgabe der bürgerlichen Ökonomie (und heutzutage offenbar auch der „Kritiker") läuft darauf hinaus, im rückständigsten Teil des Proletariats diese Illusionen aufrechtzuerhalten.

So wird Herr Bulgakow durch Klawkis Untersuchung, auf die er sich beruft, in allen Punkten widerlegt. Diese Untersuchung beweist die technische Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs, die Überarbeit und Unterkonsumtion der Kleinbauern, deren Verwandlung in Landarbeiter und Tagelöhner für den Großgrundbesitzer, sie beweist den Zusammenhang zwischen der Zunahme der Zahl der Kleinbauernwirtschaften und der wachsenden Not und Proletarisierung. Zwei Schlußfolgerungen aus dieser Untersuchung sind von besonders großer prinzipieller Bedeutung. Erstens sehen wir anschaulich die Hindernisse, die der Einführung von Maschinen in der Landwirtschaft im Wege stehen: es ist die endlose Degradation des kleinen Landwirts, der bereit ist, seine Arbeit „nicht zu rechnen", und dessen Handarbeit für den Kapitalisten billiger ist als Maschinenarbeit. Entgegen Herrn Bulgakows Behauptungen beweisen die Tatsachen voll und ganz, daß unter kapitalistischen Verhältnissen eine *vollständige Analogie* zwischen der Lage des Kleinbauern in der Landwirtschaft und des Hausarbeiters in der Industrie besteht. Entgegen Herrn Bulgakows Behauptungen finden wir in der Landwirtschaft noch weitergehende Einschränkung der Bedürfnisse und Steigerung der Arbeitsintensität als Waffe im Konkurrenzkampf mit dem Großbetrieb. Zweitens müssen wir in bezug auf jede Art von Vergleichen der Rentabilität kleiner und großer landwirtschaftlicher Betriebe ein für allemal

alle Schlußfolgerungen für absolut unbrauchbar und vulgär-apologetisch erklären, die drei Umstände ignorieren: 1. Wie ernährt sich, wie lebt und wie arbeitet der *Landwirt*? 2. Wie wird das *Vieh* gehalten, und wie arbeitet es? 3. Wie wird der *Boden* gedüngt, und wird er rationell bewirtschaftet? Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb erhält sich durch Raubbau jeder Art: Raubbau an der Arbeits- und Lebenskraft des Landwirts, Raubbau an den Kräften und der Qualität des Viehs, Raubbau an den Produktivkräften des Bodens, und darum ist jede Untersuchung, die nicht alle diese Umstände allseitig berücksichtigt, nur eine Aneinanderreihung bürgerlicher Sophismen.*

Es ist daher nicht verwunderlich, daß gerade die „Theorie" der Überarbeit und Unterkonsumtion der Kleinbauern in der modernen Gesellschaft besonders erbitterte Angriffe der Herren Kritiker ausgelöst hat. Schon in der Zeitschrift „Natschalo" (Nr. 1, S. 10) „übernahm es" Herr Bulgakow, in beliebiger Menge „Zitate" beizubringen, die das Gegenteil dessen beweisen, was Kautsky behauptet hat. Aus der Untersuchung des

---

* Leo Huschke weist in seiner Arbeit „Landwirtschaftliche Reinertrags-Berechnungen bei Klein-, Mittel- und Großbetrieb, dargelegt an typischen Beispielen Mittelthüringens" (Jena 1902, Gustav Fischer) mit Recht darauf hin, daß man „allein durch etwas geringere Bewertung" der Arbeitskraft des Kleinbesitzers seine Überlegenheit über oder seine Konkurrenzfähigkeit mit Mittel- und Großbetrieb herauszurechnen vermag (S. 126). Leider hat der Verfasser diesen Gedanken nicht bis zu Ende gedacht und daher in seinem Buch keine systematischen Angaben über Viehhaltung, Bodendüngung und über die Lebenshaltung der Landwirte in den verschiedenen Wirtschaften gemacht. Wir hoffen auf das interessante Buch des Herrn Huschke noch zurückzukommen. Vorläufig sei nur auf seine Bemerkung verwiesen, daß der Kleinbetrieb für seine Produkte niedrigere Preise erzielt als der Großbetrieb (S. 146, 155), und auf seine Schlußfolgerung: „Klein- und Mittelbetrieb haben die Krisis nach 1892" (den Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse) „durch möglichste Einschränkung der baren Ausgaben, der Großbetrieb aber durch eine Steigerung der Erträge vermittelst erhöhter Wirtschaftskosten zu überwinden gesucht" (S. 144). Die Ausgaben für Saatgut, Futter- und Düngemittel gingen von 1887—1891 bis 1893—1897 im Klein- und Mittelbetrieb zurück, stiegen dagegen im Großbetrieb. Im Kleinbetrieb betragen diese Ausgaben 17 Mark pro Hektar, im Großbetrieb 44 Mark. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1908. *Die Red.*)

Vereins für Sozialpolitik[62], „Bäuerliche Zustände" — wiederholt Herr Bulgakow in seinem Buch — habe „Kautsky bei seinem Versuch, den Leichnam (sic!) eines veralteten Dogmas zu galvanisieren, einige Tatsachen herausgegriffen, die von einer für den gegebenen Zeitpunkt durchaus verständlichen Bedrängnis der Bauernwirtschaft sprechen. Man überzeuge sich, daß dort Zeugnisse auch etwas anderer Art zu finden sind." (II, 282.) Versuchen wir es einmal, „uns davon zu überzeugen" und die „Zitate" des strengen Gelehrten, der zum Teil einfach Hertz' Zitate (S. 77, russ. Übers. 183) wiederholt, zu überprüfen.

„Aus Eisenach wird berichtet von Verbesserung der Viehzucht und der Düngung, von der Anwendung von Maschinen, wie überhaupt von dem Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion..." Schlagen wir im Artikel über Eisenach nach („Bäuerliche Zustände", Bd. I). Die Lage der Grundstückbesitzer mit weniger als 5 ha (und das sind in dem angeführten Bezirk 887 von 1116), ist „im allgemeinen wenig günstig" (66). „Soweit dieselben als Schnitter, Tagelöhner usw. auf den größeren Gütern Arbeit haben, ist ihre Lage eine verhältnismäßig günstige..." (67). Im allgemeinen ist seit zwei Jahrzehnten ein wesentlicher technischer Fortschritt zu bemerken, doch „bleibt hinsichtlich des technischen Betriebes, namentlich in den kleineren Wirtschaften, noch viel zu wünschen übrig..." (72). „...die kleineren Besitzer" wirtschaften „mit zum Teil schwachen Kühen..." Nebenverdienste sind Waldarbeiten und Holzfuhren; letzteres führt zur „Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Betriebes", so daß „der Wohlstand im Rückgang begriffen" ist... (69). „Auch die Waldarbeiten geben kein auskömmliches Verdienst. In einigen Teilen des Bezirks beschäftigen sich die kleineren Grundstücksbesitzer mit Weberei, die leidlich lohnt. Vereinzelt wird als Hausindustrie die Zigarrenfabrikation betrieben. Im allgemeinen dürfte doch der Mangel an Nebenverdienst zu konstatieren sein..." (73). Und der Verfasser, der Ökonomie-Commissar Dittenberger*, schließt mit der Bemerkung, die Bauern seien bei ihrer „einfachen Lebensweise" und ihren „geringen Ansprüchen" gesund und kräftig, was „geradezu auffallend" sei „bei der wenig nahrhaften Kost der ärmeren Klasse, bei denen die Kartoffel den Hauptbestandteil aller Mahlzeiten bildet..." (74).

So widerlegen die „gelehrten" Woroschilows das „veraltete marxistische

* „Ökonomie-Commissar Dittenberger" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Vorurteil, daß die Bauernwirtschaft zu technischem Fortschritt nicht fähig sei"!

„...Bezüglich des Königreichs Sachsen urteilt Generalsekretär von Langsdorff, es sei in ganzen Distrikten, insbesondere in den fruchtbareren Landesteilen, ‚in bezug auf Intensität des Betriebes kaum mehr ein Unterschied zwischen größeren und kleineren Gütern wahrnehmbar'." So wird Kautsky vom österreichischen Woroschilow (Hertz, S. 77, russ. Übers. 182/183) und in dessen Gefolge vom russischen Woroschilow (Bulgakow, II, 282 unter Hinweis auf „Bäuerliche Zustände", II, 222) widerlegt. Schlagen wir Seite 222 der von den Kritikern herangezogenen Quelle nach, so lesen wir unmittelbar nach den von Hertz angeführten Worten: „...ein solcher (Unterschied) tritt in den Gebirgsgegenden mehr hervor, wo die größeren Güter in der Regel mit verhältnismäßig mehr Betriebskapital wirtschaften; jedoch dürfte auch hier die bäuerliche Wirtschaft in bezug auf die Höhe des Reinertrags häufig nicht zurückstehen, indem die geringere Einnahme durch größere Sparsamkeit ausgeglichen wird, welche bei der vorhandenen großen Bedürfnislosigkeit oft so weit geht, daß der bäuerliche Wirt schlechter lebt als der industrielle Arbeiter, welcher mehr Bedürfnisse kennengelernt hat." („Bäuerliche Zustände", II, 222.) Und weiter wird mitgeteilt, das überwiegende Wirtschaftssystem sei die Fruchtfolge, die bereits beim mittleren Besitz vorwalte, „die Dreifelderwirtschaft" aber sei „fast nur noch bei den kleineren Bauerngutsbesitzern anzutreffen". Was die Viehzucht anbelangt, so sei ebenfalls überall ein Fortschritt zu bemerken: „Nur hinsichtlich der Rindviehzucht und der Verwertung der Molkereiprodukte ist der Bauerngutsbesitzer noch allgemein hinter dem größeren Gutsbesitzer zurückgeblieben." (223.)

„Professor Ranke", fährt Herr Bulgakow fort, „bezeugt den technischen Fortschritt in der bäuerlichen Wirtschaft der Umgebung Münchens, die nach ihm für ganz Oberbayern typisch ist." Wir schlagen Rankes Artikel auf: Drei Gemeinden von *Großbauern*, die mit Lohnarbeitern wirtschaften; 69 Bauern von 119 besitzen über 20 Hektar, sie verfügen über $^3/_4$ der gesamten Bodenfläche, wobei 38 „Bauern" je über 40 Hektar, durchschnittlich je 59 Hektar und insgesamt etwa 60% der gesamten Bodenfläche besitzen...

Das dürfte zur Kennzeichnung der „Zitate" der Herren Bulgakow und Hertz wohl genügen.

VII

DIE BADISCHE ENQUETE ÜBER DIE BAUERNWIRTSCHAFT

„Es fehlt uns der Raum", schreibt Hertz, „die ausführlichen und interessanten Urteile der Badischen Enquete für 37 Gemeinden wiederzugeben. Sie bewegen sich meist im Rahmen der obigen Aussagen, es finden sich neben günstigen indifferente und ungünstige Urteile, *aber nirgends gestatten die detaillierten Ausgabebudgets, die die drei Bände der Enquete enthalten, einen Schluß auf ‚Unterkonsumtion'*, ‚schmutzigste, entwürdigendste Not', etc. etc." (S. 79, russ. Übers. 188.) Die von uns hervorgehobenen Worte von Hertz enthalten wie üblich eine *direkte Unwahrheit*: gerade die Badische Enquete, auf die er sich beruft, hat für die „Unterkonsumtion" speziell der *Kleinbauernschaft* unumstößliche dokumentarische *Beweise* erbracht. Die Verdrehung der Sachlage durch Hertz hängt hier aufs engste zusammen mit jener vor allem von den russischen Volkstümlern kultivierten und jetzt von allen möglichen „Kritikern" in der Agrarfrage aufgegriffenen Methode, nämlich mit den summarischen Urteilen über „die Bauernschaft". Und da im Westen der Begriff „Bauernschaft" noch unbestimmter ist als bei uns (es fehlt das ausgeprägte Standesmerkmal) und die vom „Durchschnitt" ausgehenden Urteile und Schlußfolgerungen den relativen „Wohlstand" (oder wenigstens das Nichthungern) einer Minderheit und die Verelendung der Mehrheit verschleiern, so bietet sich hier für Apologeten aller Art ein unbegrenztes Betätigungsfeld. Nun gibt aber gerade die Badische Enquete die Möglichkeit, die verschiedenen Gruppen der Bauernschaft zu unterscheiden, was Hertz als Anhänger der „Detaillierung" zu übersehen vorzog. Aus 37 typischen Gemeinden wurden typische Großbauern-, Mittelbauern- und Kleinbauernwirtschaften sowie Tagelöhnerwirtschaften ausgewählt, insgesamt 70 Bauernwirtschaften (31 große, 21 mittlere und 18 kleine) und 17 Tagelöhnerwirtschaften, deren Haushalte alle einer gründlichen Detailuntersuchung unterworfen wurden. Es war uns nicht möglich, *alle* diese Angaben zu verarbeiten, aber schon die unten angeführten *Hauptergebnisse* genügen, um zu sehr bestimmten Schlußfolgerungen zu gelangen.

Führen wir zunächst die Angaben über den allgemeinen Wirtschaftstypus der großen (a), mittleren (b) und kleinen (c) Bauernwirtschaften an (aus Anlage VI: „Übersichtliche Darstellung der Ergebnisse der in den Erhebungsgemeinden angestellten Ertragsberechnungen", wobei wir die Angaben dieser Tabelle über die Großbauern, Mittelbauern und Kleinbauern* getrennt zusammengefaßt haben). Der Umfang der Grundstücke — im Durchschnitt für die Gruppen: a) 33,34 Hektar, b) 13,5 Hektar und c) 6,96 Hektar — ist für ein Land des kleinen Grundbesitzes wie Baden relativ groß; doch wenn man aus den Gemeinden Nr. 20, 22 und 30 die 10 Wirtschaften ausschließt, die sich durch außergewöhnlich großen Landbesitz auszeichnen (bis zu 43 Hektar beim Kleinbauern und bis zu 170 Hektar beim Großbauern!), so erhalten wir folgende, für Baden normalere Zahlen: a) 17,8 Hektar, b) 10,0 Hektar und c) 4,25 Hektar. Die Zahl der Familienmitglieder beträgt bei: a) 6,4, b) 5,8 und c) 5,9 Personen (diese Angaben, wie auch alle folgenden, beziehen sich, soweit nichts anderes vermerkt, auf alle 70 Wirtschaften). Die Großbauern haben folglich erheblich größere Familien, und trotzdem spielt bei ihnen die Lohnarbeit eine unvergleichlich größere Rolle. Insgesamt verwenden 54 von 70 Bauern Lohnarbeit, d. h. mehr als drei Viertel der Gesamtzahl, und zwar 29 Großbauern (von 31), 15 Mittelbauern (von 21) und 10 Kleinbauern (von 18). Somit kommen 93% der Großbauern und 55% der Kleinbauern nicht ohne Lohnarbeiter aus. Diese Zahlen sind sehr aufschlußreich für die Nachprüfung der landläufigen (und von den „Kritikern" kritiklos übernommenen) Auffassung von der Belanglosigkeit der Lohnarbeit in der heutigen Bauernwirtschaft. Bei den Großbauern (deren Grundbesitz, 18 Hektar, in der Rubrik 5—20 ha zu finden ist, die bei allen summarischen Charakteristiken zur eigentlichen Bauernwirtschaft gerechnet wird) sehen wir rein kapitalistische Wirtschaften: 24 Wirtschaften mit 71 Landarbeitern, nahezu drei Arbeiter pro Wirtschaft, und 27 Landwirte, die Tagelöhner für insgesamt 4347 Tage einstellen (161 Arbeitstage pro Landwirt). Man vergleiche damit den Umfang des Grundbesitzes bei jenen Großbauern in der Umgebung Münchens, deren „Fortschritt" dem schneidigen Herrn Bulgakow zur Widerlegung des „marxistischen Vorurteils" von der Bedrückung der Bauern durch den Kapitalismus diente!

* Diese Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Bei den Mittelbauern finden wir: bei 8 Mittelbauern 12 Landarbeiter, bei 14 Mittelbauern 956 Tagelöhnertage; bei den Kleinbauern: bei 2 Kleinbauern 2 Landarbeiter, bei 9 Kleinbauern 543 Tagelöhnertage. Die Hälfte der *Klein*bauern kommt während zweier Monate (543 : 9 = 60 Tage), d. h. in der für den Landwirt wichtigsten Periode, nicht ohne Lohnarbeit aus (dabei haben diese Kleinbauern trotz größeren Umfangs ihres Grundbesitzes eine unvergleichlich geringere Produktion als jene Friedrichsthaler, die die Herren Tschernow, David und Hertz so in Rührung versetzten).

Die Wirtschaftsergebnisse sind folgende: 31 Großbauern haben 21329 Mark Reingewinn und 2113 Mark Defizit, d. h. insgesamt 19216 Mark Gewinn oder 619,90 Mark pro Wirtschaft (und nach Abzug der fünf Wirtschaften in den Gemeinden Nr. 20, 22 und 30 — 523,50 Mark); für die mittlere Wirtschaft beträgt die entsprechende Summe 243,30 Mark (272,20 nach Abzug der drei Gemeinden), für die kleine Wirtschaft 35,30 Mark (37,10 nach Abzug der drei Gemeinden). Mithin vermag sich der Kleinbauer im wahrsten Sinne des Wortes *noch gerade über Wasser zu halten, und das nur dank der Einschränkung des Verbrauchs.* Die Enquete macht („Ergebnisse etc." im IV. Band der „Erhebungen", S. 138) Angaben über die Menge der in jeder Wirtschaft verbrauchten wichtigsten Erzeugnisse. Wir führen hier diese Angaben an, nachdem wir den Durchschnitt für jede der obengenannten Gruppen der Bauernschaft errechnet haben:

Größenklassen der Bauern	Verbrauch pro Person und Tag				Ausgaben pro Person	
	Brot und Körnerfrüchte	Kartoffeln	Fleisch	Milch	Täglich für Kolonialwaren, Heizung, Beleuchtung usw.	Jährlich für Kleidung
	Pfd.		Gramm	Liter	Pfennig	Mark
Großbauern	1,84	1,82	138	1,05	72	66
Mittelbauern	1,59	1,90	111	0,95	62	47
Kleinbauern	1,49	1,94	72	1,11	57	38
Tagelöhner	1,69	2,14	56	0,85	51	32

So sehen die Daten aus, in denen der schneidige Hertz weder Unterkonsumtion noch Not „bemerkt" hat! Wir sehen, daß der Kleinbauer seinen Verbrauch, verglichen mit dem des Mittel- und Großbauern, sehr beträchtlich einschränkt und sich kaum besser ernährt und kleidet als der Tagelöhner. Fleisch z. B. genießt er um ein Drittel weniger als der Mittelbauer und nahezu um die Hälfte weniger als der Großbauer. Diese Daten bestätigen wieder und wieder, wie unbrauchbar summarische Urteile und wie irreführend alle Ertragsberechnungen sind, die die Unterschiede in der Lebenshaltung unberücksichtigt lassen. Nehmen wir z. B. *allein* die beiden letzten Rubriken unserer Tabelle (um keine komplizierten Umrechnungen der Nahrungsmittel in Geld vorzunehmen), so sehen wir, daß der „Reingewinn" nicht nur des kleinen, sondern sogar des Mittelbauern die *reinste Fiktion* darstellt, mit der sich nur reinste Bourgeois, wie Hecht und Klawki, oder reinste Woroschilows, wie unsere Kritiker, abgeben können. In der Tat, wenn wir annehmen, daß der Kleinbauer für Erzeugnisse, die er kaufen muß, so viel ausgibt wie der Mittelbauer, so werden sich seine Ausgaben um *hundert* Mark erhöhen, und wir erhalten ein gewaltiges *Defizit*. Gäbe der Mittelbauer so viel aus wie der Großbauer, so würden seine Ausgaben um 220 Mark steigen, und würde er nicht seine Kost „einschränken", so hätte er ebenfalls ein Defizit.* Bildet denn

* Herr Tschernow „wendet ein": Werden denn dem Tagelöhner vom Großbauern nicht noch größere Entbehrungen in Kost und anderen Ausgaben auferlegt? („Russkoje Bogatstwo", 1900, Nr. 8, S. 212.) Dieser Einwand wiederholt die alte, wenn man so sagen darf, Kriwenko-Woronzowsche Methode, dem Marxisten bürgerlich-liberale Argumente zu *unterschieben*. Der Einwand hätte nur gegen denjenigen Sinn, der behaupten wollte, der Großbetrieb stehe nicht nur technisch höher, sondern auch deshalb, weil er die Lage des Arbeiters verbessere (oder wenigstens im allgemeinen gut gestalte). Das sagen die Marxisten nicht. Sie entlarven lediglich die Fälschermethoden, mit deren Hilfe die Lage des kleinen Landwirts *beschönigt* wird, sei es nun durch summarische Urteile über den Wohlstand (Herr Tschernow über Hecht) oder durch Berechnungen der „Rentabilität", bei denen die Einschränkung des Verbrauchs *verschwiegen* wird. Die Bourgeoisie braucht diese Schönfärberei, muß die Illusion nähren, daß es dem Arbeiter möglich sei, „Besitzer" zu werden, dem kleinen „Besitzer" aber, eine hohe Rentabilität zu erzielen. Es ist die Aufgabe der Sozialisten, diese Lüge zu entlarven und den Kleinbauern klarzumachen, daß es auch für sie keine andere Rettung gibt als den Anschluß an die revolutionäre Bewegung des Proletariats.

diese Einschränkung des Verbrauchs des Kleinbauern, die selbstverständlich mit verschlechterter Ernährung des Viehs und mangelhafter Wiederherstellung der Produktivkräfte des Bodens (wenn nicht sogar direktem Raubbau am Boden) untrennbar verbunden ist, nicht eine volle Bestätigung jener Worte von Marx, über die die modernen Kritiker so hochmütig die Achseln zucken: „Unendliche Zersplitterung der Produktionsmittel und Vereinzelung der Produzenten selbst. Ungeheure Verschwendung von Menschenkraft. Progressive Verschlechterung der Produktionsbedingungen und Verteuerung der Produktionsmittel ein notwendiges Gesetz des Parzelleneigentums." („Das Kapital", III, 2, S. 342.)[63]

In Verbindung mit dieser selben Badischen Enquete sei eine weitere Entstellung des Herrn Bulgakow vermerkt (die Kritiker ergänzen sich gegenseitig; entstellt der eine in einer bestimmten Quelle die eine Seite der Sache, so der zweite die andere). Herr Bulgakow zitiert wiederholt die Badische Enquete, also *scheint* er sie zu kennen. Und trotzdem erlaubt er sich, folgendes zu schreiben: „Die angeblich außergewöhnliche und verhängnisvolle Verschuldung des Bauern", so lautet die Ouvertüre, II, 271, „bildet eines der unwandelbarsten Dogmen jener Mythologie, die in der Literatur in bezug auf die bäuerliche Wirtschaft entstanden ist..." „In den uns vorliegenden Untersuchungen zeigt sich eine hohe Verschuldung nur beim allerkleinsten, noch nicht gefestigten Besitz (Tagelöhnerstellen*). So faßt Sprenger den Gesamteindruck von den Angaben der umfassenden Badischen Enquete (in der Anmerkung wird auf die Enquete verwiesen) folgendermaßen zusammen: ‚...nur die Verschuldung der Tagelöhnergüter und der kleinbäuerlichen Besitzungen ist in einer größeren Anzahl Erhebungsgemeinden eine verhältnismäßig stärkere; sie erreicht aber auch hier in der Mehrzahl der Fälle keine Bedenken erregende Höhe...'" (272.) Sonderbar! Einerseits *wird auf die Enquete selbst verwiesen, anderseits* begnügt man sich mit dem „Gesamteindruck" irgendeines Sprenger, der über die Enquete geschrieben hat. Und ausgerechnet sagt Sprenger auch noch die Unwahrheit (wenigstens in dem von Herrn Bulgakow angeführten Zitat, denn uns ist Sprengers Buch unbekannt). Die Verfasser der Enquete stellen fest, daß in der Mehrzahl der Fälle die Verschuldung gerade des kleinbäuerlichen Grundbesitzes eine bedenkliche Höhe *erreicht*. Das zum ersten. Zweitens aber stellen sie fest, daß

* „Tagelöhnerstellen" im Original deutsch. *Der Übers.*

hinsichtlich der Verschuldung die Lage der Kleinbauern nicht nur schlechter ist als die der Mittel- und Großbauern (was Sprenger vermerkt), *sondern auch als die der Tagelöhner.*

Überhaupt muß bemerkt werden, daß die Verfasser der Badischen Enquete die außerordentlich wichtige Tatsache feststellen, daß *die Grenze der zulässigen Verschuldung* (d. h. zulässig ohne Gefahr des Ruins) für die großen Wirtschaften *höher liegt als für die kleinen.* Nach den oben von uns angeführten statistischen Daten über die Wirtschaftsergebnisse bei den Großbauern, Mittelbauern und Kleinbauern bedarf dieser Umstand keiner weiteren Erläuterung. Was die großen sowie die mittleren Wirtschaften betrifft, so sind die Verfasser der Enquete der Ansicht, daß eine Verschuldung von 40 bis 70% (im Mittel von 55%) des Steuerkapitalwerts zulässig und unbedenklich sei. Bezüglich der Kleinwirtschaft (deren Größe sie auf 4—7 ha für den Getreidebau und auf 2—4 ha für den Reb- und Handelsgewächsbau veranschlagen) sind sie der Auffassung, daß „die Verschuldungsgrenze... über 30% des Steueranschlags nicht hinausgehen dürfte, wenn *volle* Sicherheit *regelmäßiger* Verzinsung und Schuldabtragung bestehen soll" (Bd. IV, S. 66). In den Erhebungsgemeinden (mit Ausnahme derjenigen, wo das Anerbenrecht* besteht, wie z. B. Unadingen und Neukirch) sehen wir die prozentuale Verschuldung (prozentual zum Steuerkapitalwert des Besitzes) vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb sukzessive sinken. Beispielsweise beträgt der Prozentsatz der Verschuldung in der Gemeinde Dittwar für Wirtschaften bis 0,25 Hektar 180,65%, von 1—2 ha 73,07%, von 2—5 ha 45,73%, von 5—10 ha 25,34%, von 10—20 ha 3,02% (S. 89/90 ibid.). Aber die bloßen Zahlen über die Höhe der Verschuldung sagen noch nicht alles, und die Verfasser der Enquete gelangen zu folgendem Schluß:

„Die vorstehenden Zahlennachweise haben somit die seither schon viel verbreitete Ansicht bestätigt, daß diejenigen Inhaber bäuerlicher Anwesen, welche auf der Grenze (in der Mitte) zwischen den Taglöhner-(Gewerbe-)Gütlern und den Mittelbauern stehen (man pflegt die hierher gehörigen Landwirte in den Dorfgemeinden als den ‚Mittelstand' zu bezeichnen), insofern häufig in einer schwierigeren Lage als die oberen und unteren (sic!) Besitzgruppen sich befinden, als sie zwar bei *mäßiger* Verschuldung ganz gut zu bestehen vermögen, bei einer gewissen, nicht sehr

* „Anerbenrecht" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

hoch liegenden Grenze der Verschuldung aber, wegen der Unmöglichkeit, einem *regelmäßigen* Nebenverdienst (im Taglohn usw.) nachzugehen und dadurch das Einnahmekonto zu erhöhen, nur schwer... ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen vermögen..." Tagelöhner sind, „sofern die Nebenverdienstquelle nur einigermaßen regelmäßig fließt, häufig in wesentlich günstigerer Lage als jene Angehörigen des ‚Mittelstandes', weil, wie das die Berechnungen in einer Anzahl von Fällen nachgewiesen haben, deren Nebenverdienst dasjenige Maß barer Einnahmen häufig verschafft, das nötig ist, um selbst eine *hohe* Verschuldung zurückzuzahlen" (67, l. c.).* Schließlich wiederholen die Verfasser erneut, daß die Verschuldung der kleinbäuerlichen Wirtschaften, an der zulässigen Verschuldungsgrenze gemessen, „teilweise nicht unbedenklich" sei und daß „zur Anwendung größerer wirtschaftlicher Vorsicht bei Liegenschaftserwerbungen... daher vor allem gerade die *klein*bäuerliche und der ihr nahestehende Teil der Taglöhnerbevölkerung besonders veranlaßt" sei (98).

Das ist also das wahre Gesicht des bürgerlichen Ratgebers der Kleinbauern! Einerseits stützt er die Hoffnung der Proletarier und Halbproletarier, sich „wenn nicht in der ersten, so doch in der zweiten Generation" ein Stückchen Land zu erwerben, und von diesem bei Fleiß und Mäßigkeit einen riesigen Prozentsatz „Reinertrag" zu erlangen; anderseits empfiehlt er gerade den Armen „größere Vorsicht" beim Kauf von Land, falls nicht „regelmäßige Nebenverdienstquellen" vorhanden sind, d. h., falls die Herren Kapitalisten keinen Bedarf an seßhaften Arbeitern haben. Und es finden sich „kritische" Einfaltspinsel, die diese eigennützige Lüge und diese abgedroschenen Plattheiten für Erkenntnisse der allerneuesten Wissenschaft halten!

Die von uns angeführten detaillierten Daten über Groß-, Mittel- und Kleinbauern könnten, sollte man meinen, selbst Herrn W. Tschernow verständlich machen, worin eigentlich, auf den Bauern angewendet, der Inhalt jener Kategorie der „Kleinbürgerlichkeit" besteht, über die er so entsetzt ist. Die kapitalistische Entwicklung hat das *allgemeine* Wirtschaftssystem

* Der Kleinbauer, bemerken die Verfasser der Enquete mit Recht, verkauft verhältnismäßig wenig gegen bar, obwohl sein Bargeldbedarf besonders groß ist und ihn wegen Kapitalmangels jedes Viehsterben, jeder Hagelschlag u. a. m. besonders empfindlich treffen.

nicht nur der westeuropäischen Staaten im Vergleich zueinander, sondern auch Rußlands im Vergleich zum Westen, bereits so weit einander genähert, daß die *Grundzüge* der Ökonomik der Bauernwirtschaft in Deutschland sich als die gleichen erweisen wie in Rußland. Allerdings befindet sich jener Prozeß der Auflösung der Bauernschaft, der durch die russische marxistische Literatur eingehend nachgewiesen wurde, in Rußland noch in einem Anfangsstadium der Entwicklung; er hat dort noch keine mehr oder weniger endgültigen Formen angenommen, hat z. B. noch nicht einen besonderen und jedem sofort erkennbaren, ausgeprägten Typus der Großbauern hervorgebracht, und die Massenexpropriation und das Hinsterben eines gewaltigen Teils der Bauernschaft verdecken dort noch allzusehr die „ersten Schritte" unserer Dorfbourgeoisie. Im Westen hat dieser Prozeß, der bereits vor der Aufhebung der Leibeigenschaft einsetzte (vgl. Kautsky, „Die Agrarfrage", S. 27), schon seit langem einerseits zur Vernichtung der ständischen Schranke zwischen der Bauernwirtschaft und der Wirtschaft des „Privatbesitzers" (in unserem Sinne), anderseits zur Bildung einer bereits ziemlich ausgeprägten Klasse landwirtschaftlicher Lohnarbeiter geführt.* Es wäre jedoch ein großer Fehler, zu glauben, daß dieser Prozeß — wenn sich mehr oder weniger bestimmte Formen neuer Typen der Landbevölkerung herausgebildet haben — zum Stillstand gekommen sei. Im Gegenteil, dieser Prozeß schreitet unentwegt fort, selbstverständlich bald rascher, bald weniger rasch, in Abhängigkeit von einer Menge verschiedener Umstände, und nimmt entsprechend der Verschiedenheit der agronomischen Bedingungen usw. die mannigfaltigsten Formen an. Die Proletarisierung der Bauernschaft schreitet fort, das werden wir weiter unten an Hand der Massendaten der deutschen Statistik zeigen, überdies ist das auch aus den oben angeführten Angaben über die Kleinbauern klar zu ersehen. Die bloße Tatsache der zunehmenden Landflucht nicht nur der Landarbeiter, sondern auch der Bauern zeugt bereits anschaulich von der zunehmenden Proletarisierung. Der Flucht des Bauern in die Stadt geht aber notwendigerweise sein Ruin voraus.

* „Die Bauernschaft", heißt es bei Herrn Bulgakow über das Frankreich des 19. Jahrhunderts, „zerfiel in zwei sich bereits scharf voneinander unterscheidende Teile: Proletariat und kleine Eigentümer." (II, 176.) Nur bildet sich der Verfasser zu Unrecht ein, der „Zerfall" sei damit abgeschlossen: er stellt einen unaufhaltsam fortschreitenden Prozeß dar.

Und dem Ruin geht ein verzweifelter Kampf des Bauern um seine wirtschaftliche Selbständigkeit voraus. Dieser Kampf nun ist es, der plastisch vor Augen geführt wird durch die Angaben über die Verwendung von Lohnarbeit, über die Höhe der „Reineinnahmen" und über die Höhe des Konsums bei Bauern verschiedener Typen. Die Hauptkampfmittel sind „eiserner Fleiß" und Sparsamkeit, Sparsamkeit nach der Devise „Man sieht nicht auf die Goschen, sondern auf die Groschen". Das unvermeidliche Ergebnis des Kampfes ist: Herausbildung einer Minderheit wohlhabender, begüterter Landwirte (zumeist einer winzigen Minderheit, nämlich in allen Fällen, in denen nicht besonders günstige Umstände, wie die Nähe einer Residenzstadt, der Bau einer Eisenbahn, die Entdeckung eines neuen einträglichen Zweiges der kommerziellen Landwirtschaft usw. vorliegen) und ständig wachsende Verelendung der Mehrheit, die die Kräfte des Arbeitenden durch chronisches Hungern und übermäßige Arbeit untergräbt und die Qualität des Bodens und des Viehs verschlechtert. Das unvermeidliche Ergebnis des Kampfes ist die Bildung einer Minderheit *kapitalistischer*, auf Lohnarbeit beruhender Wirtschaften und die wachsende Notwendigkeit für die Mehrheit, sich nach „Nebenverdiensten" umzusehen, d. h. zu industriellen und landwirtschaftlichen Lohnarbeitern zu werden. Die Angaben über Lohnarbeit zeigen mit größter Klarheit die innere, in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung unabwendbare, immanente Tendenz jedes Kleinproduzenten, sich in einen kleinen Kapitalisten zu verwandeln.

Wir verstehen durchaus, warum die bürgerlichen Ökonomen einerseits und alle möglichen Opportunisten anderseits dieser Seite der Sache ängstlich aus dem Wege gehen und auch gar nicht anders handeln können. Die Auflösung der Bauernschaft zeigt uns die *tiefsten* Widersprüche des Kapitalismus direkt im Prozeß ihrer *Entstehung* und ihres weiteren Wachstums. Eine vollständige Einschätzung dieser Widersprüche führt unvermeidlich zur Feststellung, daß die Lage der Kleinbauern ausweglos und hoffnungslos ist (hoffnungslos — außerhalb des revolutionären Kampfes des Proletariats gegen die gesamte kapitalistische Ordnung). Kein Wunder, daß gerade diese — die tiefsten und unentwickeltsten — Widersprüche verschwiegen werden: man versucht die Tatsache der Überarbeit und Unterkonsumtion der Kleinbauern, die nur gewissenlose oder unwissende Leute leugnen können, zu umgehen; man läßt die Frage der von der Dorfbour-

geoisie beschäftigten Lohnarbeiter, die Frage der Lohnarbeit der Dorfarmut im dunkeln. Herr Bulgakow z. B. präsentiert uns einen ganzen „Versuch einer Theorie der Agrarentwicklung", in dem die letzten beiden Fragen mit beredtem Schweigen* übergangen werden! „Als Bauernwirtschaft", sagt er, „kann man eine Wirtschaft ansehen, die ganz oder vorwiegend mit der Arbeit der eigenen bäuerlichen Familie auskommt; ohne fremde Arbeit—nachbarliche Hilfe oder kurzfristige Lohnarbeit—kommt selten selbst eine Bauernwirtschaft aus, aber das ändert nicht" (nun, natür-

* Oder aber mit nicht minder beredten Ausflüchten, wie etwa die folgende: „...jene zahlreichen Fälle einer Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, in denen industrielle Lohnarbeiter über ein Stückchen Land verfügen"... bilden „lediglich ein Detail (!?) im System der Volkswirtschaft; darin eine neue Erscheinung der Industrialisierung der Landwirtschaft, des Verlustes ihrer selbständigen Entwicklung zu erblicken, dazu liegt vorläufig keinerlei (??) Veranlassung vor. Diese Erscheinung ist ihrem Umfange nach viel zu unbedeutend (in Deutschland z. B. entfallen auf die in der Industrie Beschäftigten nur 4,09% der landwirtschaftlichen Bodenfläche)" (sic! — II, 254/255). Erstens ist der unbedeutende *Anteil* am Boden bei Hunderttausenden von Arbeitern kein Anzeichen dafür, daß „diese Erscheinung ihrem Umfange nach unbedeutend ist", sondern für die Degradation und Proletarisierung des kleinen Landwirts durch den Kapitalismus. Besitzen doch alle Landwirte mit weniger als 2 ha Land (obwohl ihre Zahl gewaltig ist: 3,2 von 5,5 Millionen, d. h. 58,2%, fast *drei Fünftel* der Gesamtzahl) „insgesamt" 5,6% der landwirtschaftlichen Fläche! Will nun etwa der geistreiche Herr Bulgakow hieraus schließen, daß die ganze „Erscheinung" des kleinen Grundbesitzes und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft überhaupt ein „Detail" und „ihrem Umfange nach viel zu unbedeutend" sei?? Von 5,5 Millionen deutschen Landwirten sind 791 000, d. h. 14,4%, industrielle Lohnarbeiter, wobei die übergroße Mehrheit von ihnen weniger als 2 Hektar Land besitzt, nämlich 743 000, was 22,9% der Gesamtzahl der weniger als 2 ha besitzenden Landwirte ausmacht. Zweitens hat Herr Bulgakow, nach seiner Gewohnheit, wieder *die von ihm angeführte Statistik entstellt.* Versehentlich entnahm er der von ihm zitierten Seite der deutschen Erhebung („Stat. d. D. R." 1·12. B., S. 49*) die Zahlenangabe über die Bodenfläche der *selbständigen* Industriellen, die im Nebenberuf Landwirtschaft treiben. Die nebenher Landwirtschaft betreibenden nicht selbständigen Industriellen (d. h. die industriellen Lohnarbeiter) besitzen *insgesamt* 1,84% der landwirtschaftlichen Bodenfläche. 791 000 Lohnarbeiter besitzen 1,84%, 25 000 Gutsbesitzer dagegen 24% der Bodenfläche. Wirklich ein recht unbedeutendes „Detail", nicht wahr?

lich!) „deren ökonomische Physiognomie" (I, 141). Hertz ist etwas naiver und macht gleich zu Beginn seines Buches den Vorbehalt: „Unter Kleinbetrieb oder Bauernwirtschaft verstehe ich im folgenden stets jene Betriebe, die nur die Arbeitskraft des Besitzers, seiner Familie und höchstens 1—2 Arbeiter beschäftigen" (S. 6, russ. Übers. 29). Sobald es sich um die Dingung einer „Hilfskraft" handelt, vergessen unsere Kleinbürger* schnell jene „Besonderheiten" der Landwirtschaft, mit denen sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hausieren gehen. In der Landwirtschaft sind 1—2 Arbeiter — auch wenn sie nur im Sommer beschäftigt werden — durchaus nicht wenig. Aber die Hauptsache ist nicht die, ob viel oder wenig, sondern daß Arbeiter gerade von den wohlhabendsten, den begütertsten Landwirten gedungen werden, deren „Fortschritte" und „Gedeihen" die Ritter des Spießbürgertums gern als Gedeihen der Masse der Bevölkerung hinstellen. Um nun dieser Verdrehung des wahren Sachverhalts eine annehmbarere Begründung zu geben, erklären diese Ritter großspurig: „Der Bauer ist genauso ein arbeitender Mensch wie der Proletarier." (Bulgakow, II, 288.) Und der Verfasser gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß „die Arbeiterparteien immer mehr den ihnen früher eigenen" (früher eigenen!) „bauernfeindlichen Charakter verlieren" (289). Diese „frühere" Anschauung habe nämlich „außer acht gelassen, daß das bäuerliche Eigentum kein Werkzeug der Ausbeutung, sondern eine Vorbedingung für die Anwendung von Arbeit" darstelle. So wird also Geschichte geschrieben! Da können wir uns denn doch nicht enthalten zu sagen: Fälschen Sie, meine Herren, aber halten Sie dabei Maß! Hat doch derselbe Herr Bulgakow eine zweibändige, 800 Seiten starke „Untersuchung" geschrieben, die von „Zitaten" (deren Genauigkeit wir schon wiederholt dargetan haben) aus allen möglichen Erhebungen, Beschreibungen, Monographien usw. nur so wimmelt, und hat nicht, hat *buchstäblich kein einziges Mal* den Versuch gemacht, jenes Verhältnis zu untersuchen, in dem die Bauern, deren Eigentum Werkzeug der Ausbeutung ist, zu jenen Bauern stehen, deren Eigentum „einfach" Vorbedingung für die Anwendung von Arbeit ist. *Kein einziges Mal* bringt er systematische Angaben (die sich, wie wir gesehen haben, auch in den von ihm selbst zitierten Quellen finden) über den Wirtschaftstypus, die Lebenshaltung usw. der Bauern, die Lohnarbeiter dingen, der Bauern, die weder Lohnarbeiter

* „Kleinbürger" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

dingen noch sich selbst verdingen, und der Bauern, die sich als Arbeiter verdingen. Nicht genug damit. Wir haben gesehen, wie er sich zur Bestätigung des „Fortschritts der Bauernwirtschaft" (der Bauernwirtschaft *schlechthin*!) auf Tatsachen beruft, die sich auf Großbauern beziehen, auf Urteile, die sowohl den Fortschritt der einen als auch die Verelendung, die Proletarisierung der anderen konstatieren. In der Bildung „starker Bauernwirtschaften" erblickt er sogar die „soziale Gesundung" (sic!) schlechthin (II, 138; vgl. die allgemeine Schlußfolgerung auf S. 456), als ob eine starke Bauernwirtschaft nicht ein Synonym für bourgeoise, bäuerliche Unternehmerwirtschaft wäre! Sein einziger Versuch, sich aus diesem Netz von Widersprüchen zu befreien, besteht in folgendem, noch konfuserem Gedankengang: „Natürlich bildet die Bauernschaft keine homogene Masse; das ist oben gezeigt worden" (wahrscheinlich in den Betrachtungen über ein so unbedeutendes Detail wie die industrielle Lohnarbeit von Landwirten?); „hier findet ein ständiger Kampf statt zwischen differenzierenden und nivellierenden Tendenzen; sind denn aber diese Unterschiede und selbst der Gegensatz der einzelnen Interessen größer als zwischen den einzelnen Schichten der Arbeiterklasse, zwischen städtischen und ländlichen Arbeitern, zwischen gelernter und ungelernter Arbeit, zwischen Trade-Unionisten und den außerhalb der Gewerkschaftsorganisation Stehenden? War es doch nur die völlige Ignorierung dieser Verschiedenheiten innerhalb des Arbeiterstandes (die manche Forscher veranlassen, neben dem vierten bereits von einem fünften Stand zu reden), die es ermöglichte, eine pseudohomogene Arbeiterklasse einer heterogenen Bauernschaft gegenüberzustellen." (288.) Welch tiefgründige Analyse! Berufsunterschiede mit Klassenunterschieden verwechseln; Unterschiede in der Lebenslage mit der verschiedenen Stellung der Klassen im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Produktion verwechseln — wie anschaulich illustriert das die absolute wissenschaftliche Prinzipienlosigkeit der zur Mode gewordenen „Kritik" * und deren praktische Tendenz, den Begriff „Klasse" auszumer-

* Wir erinnern daran, daß der Hinweis auf die *vermeintliche* Homogenität der Arbeiterklasse ein ständig gebrauchtes Argument Ed. Bernsteins und aller seiner Anhänger ist. Und was die „Differenzierung" betrifft, so hat schon Herr Struve in seinen „Kritischen Bemerkungen" tiefsinnig auseinandergesetzt: Es gibt eine Differenzierung und es gibt eine Nivellierung; für den objektiven Forscher sind das Vorgänge von gleicher Wichtigkeit (wie es dem Schtschedrin-

zen, die Idee des Klassenkampfes zu beseitigen! Der Landarbeiter verdient 50 Kopeken pro Tag, das Tagelöhner beschäftigende tüchtige Bäuerlein 1 Rubel pro Tag, der Fabrikarbeiter in der Hauptstadt 2 Rubel pro Tag, der Besitzer einer kleinen Werkstatt in der Provinz 1,5 Rubel pro Tag. Jeder einigermaßen klassenbewußte Arbeiter begreift ohne die geringste Mühe, welchen Klassen die Vertreter dieser verschiedenen „Schichten" angehören und in welcher Richtung die öffentliche Aktivität dieser „Schichten" erfolgen muß. Für einen Vertreter der Universitätswissenschaft oder einen modernen „Kritiker" dagegen ist das eine so hohe Weisheit, daß sie einfach nicht imstande sind, sie zu begreifen.

VIII

DIE ALLGEMEINEN ANGABEN DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN STATISTIK FÜR DIE JAHRE 1882 UND 1895. DIE FRAGE DER MITTELBETRIEBE

Nachdem wir die detaillierten Angaben über die Bauernwirtschaft untersucht haben — die für uns besonders wichtig sind, weil gerade in den Fragen der Bauernwirtschaft das Schwergewicht der modernen Agrarfrage liegt —, wollen wir nun zu den allgemeinen Angaben der deutschen landwirtschaftlichen Statistik übergehen und die damit zusammenhängenden

---

schen objektiven Historiker einerlei war, ob der Isjaslaw den Jaroslaw oder der Jaroslaw den Isjaslaw schlug)[64]. Zwar entwickele sich die Geldwirtschaft, doch gebe es auch Rückfälle in die Naturalwirtschaft. Zwar entwickele sich die große Fabrikindustrie, doch gebe es auch eine Entwicklung der kapitalistischen Hausindustrie (Bulgakow, II, 88: „...die Hausindustrie... denkt in Deutschland noch nicht daran, auszusterben"). Der „objektive" Gelehrte habe sorgfältig Tatsachen zu sammeln, das „Einerseits" und das „Anderseits" zu konstatieren, und (wie Goethes Wagner) „von Buch zu Buch, von Blatt zu Blatt" zu schreiten, ohne dabei auch nur den Versuch zu machen, sich folgerichtige Anschauungen zu bilden und eine allgemeine Vorstellung vom Gesamtprozeß als Ganzes zu entwickeln.

Schlußfolgerungen der „Kritiker" prüfen. Wir führen hier zunächst kurz die wichtigsten Ergebnisse der Zählungen von 1882 und 1895 an:

Größenklassen der Betriebe	Zahl der Betriebe (in 1000)		Landwirtschaftliche Nutzfläche (in 1000 ha)		Verhältniszahlen				Absolute Zu- bzw. Abnahme der Zahl	
					Betriebe		Flächen			
	1882	1895	1882	1895	1882	1895	1882	1895	Betriebe	Fläche
Bis zu 2 ha	3062	3236	1826	1808	58,0	58,2	5,7	5,6	+ 174	— 18
2–5 ha	981	1016	3190	3286	18,6	18,3	10,0	10,1	+ 35	+ 96
5–20 ha	927	999	9158	9722	17,6	18,0	28,7	29,9	+ 72	+ 564
20–100 ha	281	282	9908	9870	5,3	5,1	31,1	30,3	+ 1	— 38
100 und mehr ha	25	25	7787	7832	0,5	0,4	24,5	24,1	± 0	+ 45
Zusammen	5276	5558	31869	32518	100	100	100	100	+ 282	+ 649

Drei Umstände müssen im Zusammenhang mit diesem Bilde der von den Marxisten und den „Kritikern" verschieden gedeuteten Veränderungen untersucht werden: die zahlenmäßige Zunahme der Zwergwirtschaften, das Wachstum der Latifundien, d. h. der Güter mit 1000 und mehr Hektar Land, die in unserer kurzen Tabelle mit allen über 100 Hektar Land besitzenden Wirtschaften zusammengefaßt sind, und schließlich die am meisten zu Diskussionen Anlaß gebende und auffälligste Tatsache, die Zunahme der mittelbäuerlichen Wirtschaften (5—20 ha).

Die zahlenmäßige Zunahme der Zwergwirtschaften zeigt, wie gewaltig die Verelendung und die Proletarisierung gewachsen sind, denn die erdrückende Mehrheit der Besitzer von weniger als 2 Hektar Land kann von der Landwirtschaft allein nicht existieren und lebt von Nebenerwerb, d. h. von Lohnarbeit. Gewiß gibt es Ausnahmen; bei speziellen Kulturen, Weinbau, Gemüsebau, Anbau von Handelsgewächsen, überhaupt in Vorstadtwirtschaften usw. kann ein selbständiger (zuweilen sogar nicht kleiner) Landwirt auch bei 1½ Hektar bestehen. Doch in der Gesamtsumme der 3 Millionen *Wirtschaften* sind dies ganz unbedeutende Ausnahmen. Daß die Masse dieser kleinen „Landwirte" (die nahezu drei Fünftel der Gesamtzahl der Besitzer ausmachen) *Lohnarbeiter* sind, zeigen anschaulich die Angaben der deutschen Statistik über die Hauptberufe der Land-

wirte der verschiedenen Größenklassen. Wir bringen hier diese Angaben in gekürzter Form:

Größenklassen	Landwirte nach ihrem *Haupt*beruf (in %)					Von selbständigen Landwirten haben Nebenberuf (%)
	Selbständige		Nichtselbständige Arbeit	Andere Berufsarten	Insgesamt	
	Landwirtschaft	Handel usw.				
Bis zu 2 ha	17,4	22,5	50,3	9,8	100	26,1
2— 5 ha	72,2	16,3	8,6	2,9	100	25,5
5— 20 ha	90,8	7,0	1,1	1,1	100	15,5
20—100 ha	96,2	2,5	0,2	1,1	100	8,8
100 und mehr ha	93,9	1,5	0,4	4,2	100	23,5
Zusammen	45,0	17,5	31,1	6,4	100	20,1

Hieraus ersehen wir, daß von der Gesamtzahl deutscher Landwirte nur 45%, d. h. *weniger als die Hälfte*, auch ihrem *Haupt*beruf nach selbständige Landwirte sind. Und sogar von diesen selbständigen Landwirten hat der *fünfte Teil* (20,1%) noch Nebenberufe. 17,5% der Landwirte sind ihrem Hauptberuf nach Händler, Gewerbetreibende, Gemüsegärtner usw. („selbständige", d. h. solche, die in dem entsprechenden Gewerbe die Stellung eines Unternehmers, nicht aber eines Arbeiters einnehmen). *Fast ein Drittel* (31,3%) sind Lohnarbeiter („Nichtselbständige" in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft und der Industrie). 6,4% der Landwirte sind hauptberuflich im Staatsdienst beschäftigt (Militärs, Beamte u. dgl.), Angehörige der freien Berufe usw. Von den Landwirten dagegen, die bis zu 2 ha besitzen, besteht *die Hälfte* aus Lohnarbeitern; die „selbständigen" Landwirte machen unter diesen 3,2 Millionen „Besitzern" eine kleine Minderheit aus, nur 17,4% der Gesamtzahl. Ja selbst unter diesen 17% finden wir noch *ein Viertel* (26,1%) mit *Nebenberufen*, d. h., sie sind ebenfalls Lohnarbeiter, nur nicht in ihrer hauptberuflichen (wie die obenerwähnten 50,3%), sondern in ihrer nebenberuflichen Beschäftigung. Sogar von den Landwirten mit 2—5 ha sind nur etwas über die Hälfte (546000 von 1016000) selbständige Landwirte ohne irgendeinen Nebenberuf.

Daraus ist zu ersehen, bis zu welch erstaunlichem Grad Herr Bulgakow den Sachverhalt verzerrt, wenn er (und zwar, wie bereits gezeigt,

fälschlich behauptet, daß die Gesamtzahl der tatsächlich in der Landwirtschaft beschäftigten Personen gestiegen sei, und dies mit der „Zunahme der selbständigen Wirtschaften und, wie wir bereits wissen, vor allem der mittelbäuerlichen auf Kosten der großen" erklärt (II, 133). Wenn der Anteil der mittelbäuerlichen Wirtschaften an der Gesamtzahl der Wirtschaften am stärksten gestiegen ist (von 17,6% auf 18%, d. h. + 0,4%), so bedeutet das noch keineswegs, daß die Zunahme der Landbevölkerung in erster Linie durch die Zunahme der mittelbäuerlichen Wirtschaften zu erklären ist. Zur Beantwortung der Frage, welche Größenklassen zur allgemeinen Zunahme der Zahl der Besitzer am meisten beigetragen haben, verfügen wir über direkte und unzweideutige Belege: die Gesamtzahl der Wirtschaften hat sich um 282000 erhöht, darunter die Zahl der Wirtschaften bis zu 2 ha um 174000. Folglich erklärt sich die Zunahme der Landbevölkerung (wenn eine solche und insoweit sie zu beobachten ist) durch die Zunahme gerade der nichtselbständigen Wirtschaften (denn die Wirtschaften mit einer Bodenfläche bis zu 2 ha sind in ihrer Masse nicht selbständige Wirtschaften). Die zahlenmäßige Erhöhung betrifft vor allem die Parzellenwirtschaften, deren Zunahme zunehmende *Proletarisierung* bedeutet. Selbst die Erhöhung (um 35000) der Zahl der Wirtschaften mit 2—5 ha dürfen wir nicht ausschließlich einem Anwachsen der *selbständigen* Wirtschaften zuschreiben, da auch unter diesen Landwirten nur 546000 von 1016000 selbständige Landwirte ohne Nebenerwerb sind.

Wenden wir uns nun der Frage der Großbetriebe zu, so müssen wir vor allem folgende charakteristische (und für die Widerlegung jeder Apologetik sehr wichtige) Tatsache vermerken: die Verbindung der Landwirtschaft mit anderen Beschäftigungen hat bei den verschiedenen Gruppen von Landwirten eine verschiedene und entgegengesetzte Bedeutung. Für die kleinen Landwirte bedeutet sie eine Proletarisierung, eine Verminderung der Selbständigkeit des Landwirts, da hier mit der Landwirtschaft solche Beschäftigungen verbunden sind wie Lohnarbeit, Kleinhandwerk, Handel usw. Für die großen Landwirte bedeutet sie entweder eine Verstärkung der politischen Geltung des Großgrundbesitzes durch den Staatsdienst, den Militärdienst usw. oder die Verbindung von Landwirtschaft mit Forstwirtschaft und landwirtschaftlichen Industrien. Letztere Erscheinung bildet aber bekanntlich eines der charakteristischsten Merk-

male des *kapitalistischen* Fortschritts der Landwirtschaft. Daher sehen wir, daß der Prozentsatz derjenigen Landwirte, die in der „selbständigen" Landwirtschaft ihren Hauptberuf erblicken (d. h. sie als Unternehmer, nicht aber als Arbeiter betreiben), mit zunehmender Betriebsfläche rasch steigt (17 — 72 — 90 — 96%), aber in der Gruppe der Wirtschaften mit 100 und mehr Hektar auf 93% sinkt; von dieser Gruppe betrachten 4,2% der Landwirte den Staatsdienst als ihren Hauptberuf (Rubrik „Andere Berufsarten") und 0,4% betrachten als ihren Hauptberuf „nichtselbständige" Arbeit (es handelt sich hier nicht um Lohnarbeiter, sondern um Verwalter, Inspektoren usw., vgl. „Stat. d. D. R." 112. B., S. 49*). Desgleichen sehen wir, daß der Prozentsatz jener selbständigen Landwirte, die noch einen Nebenberuf ausüben, mit zunehmender Betriebsfläche rasch abnimmt (26 — 25 — 15 — 9%), dagegen unter den Besitzern von 100 ha und darüber stark zunimmt (23%).

Was die Zahl der Großbetriebe (100 und >* ha) und deren Bodenfläche anbelangt, so zeigen die vorstehenden Angaben eine *Verminderung* ihres Anteils sowohl an der Gesamtzahl der Wirtschaften als auch an der Gesamtfläche. Es entsteht die Frage: Darf hieraus auf eine Verdrängung des Großbetriebs durch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb geschlossen werden, wie das Herr Bulgakow so voreilig tut? Unserer Meinung nach nicht, und Herr Bulgakow hat durch seine gereizten Ausfälle gegen Kautsky in diesem Punkt lediglich bewiesen, daß er nicht imstande ist, Kautskys Meinung sachlich zu widerlegen. Erstens ist die Verminderung des Anteils der Großbetriebe äußerst gering (in der Zahl der Wirtschaften: von 0,47% auf 0,45%, d. h. um 0,02 Prozent, und im Anteil an der Bodenfläche: von 24,43% auf 24,088%, d. h. um 0,35 Prozent). Daß es bei einer Intensivierung der Wirtschaft mitunter *nötig ist*, die Bodenfläche etwas zu verringern, daß die großen Landwirte Landstücke, die vom Mittelpunkt des Guts entfernt liegen, in kleinen Parzellen verpachten, um sich Arbeiter zu verschaffen, das sind allgemein bekannte Erscheinungen. Wir haben oben gezeigt, wie der Verfasser einer detaillierten Schilderung der Groß- und Kleinbetriebe im Osten Preußens direkt zugibt, daß der kleine Grundbesitz in einem dienenden Verhältnis zum Großgrundbesitz steht, und wie er nachdrücklich die Seßhaftmachung der Arbeiter empfiehlt. Zweitens kann von einer Verdrängung der Groß-

* > = mehr. *Die Red.*

betriebe durch die Kleinbetriebe schon darum keine Rede sein, weil die Angaben über die *Bodenfläche* der Wirtschaft allein zur Beurteilung des *Umfangs der Produktion* noch nicht ausreichen. Daß aber in dieser Hinsicht die Großbetriebe einen sehr großen Schritt vorwärts getan haben, beweisen unwiderleglich die Angaben über die Anwendung von Maschinen (siehe oben) und über die landwirtschaftlichen Industrien (wir werden diese Angaben wegen der erstaunlich falschen Auslegung der entsprechenden Daten der deutschen Statistik durch Herrn Bulgakow weiter unten gesondert betrachten). Drittens treten in der Gruppe der Wirtschaften mit 100 und mehr ha die *Latifundien*, die Wirtschaften mit 1000 und > ha, besonders hervor, ihre Zahl ist prozentual sogar noch stärker gestiegen als die der mittelbäuerlichen Wirtschaften, nämlich von 515 auf 572, d. h. um 11%, während die Zahl der mittelbäuerlichen Wirtschaften von 926000 auf 998000, d. h. um 7,8% gestiegen ist. Die Bodenfläche der Latifundien *stieg* von 708000 auf 802000 ha, d. h. um 94000 ha; 1882 machte sie 2,22%, 1895 bereits 2,46% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Die unbegründeten Einwände, die Herr Bulgakow in bezug auf diesen Punkt im „Natschalo" gegen Kautsky erhob, ergänzt er nunmehr in seinem Buch durch folgende, noch weniger begründete Verallgemeinerung: „Ein Anzeichen", schreibt er, „das vom Niedergang der Großbetriebe zeugt, ist... die Zunahme der Latifundien, obwohl der Fortschritt der Landwirtschaft, die Steigerung ihrer Intensität von einer Zersplitterung begleitet sein müßte." (II, 126.) Von keinen Zweifeln geplagt, spricht Herr Bulgakow auch schon direkt von einer „latifundialen (!) Entartung" der Großwirtschaft (II, 190, 363). Wie überaus logisch doch unser „Gelehrter" zu argumentieren versteht: *Weil* die Verringerung der Bodenfläche einer Wirtschaft *mitunter*, bei Intensivierung, eine Steigerung der Produktion bedeutet, *darum* muß die Zunahme der Anzahl und der Bodenfläche der Latifundien *überhaupt* einen Niedergang bedeuten! Wenn es aber nun um die Logik so schlecht bestellt ist, sollte man sich da nicht besser an die Statistik um Hilfe wenden? Finden wir doch in der gleichen Quelle, aus der Herr Bulgakow schöpft, eine ganze Reihe von Angaben über die Wirtschaft dieser Latifundien. Wir führen hier einige dieser Angaben an: Die 572 größten Güter verfügten 1895 über eine Bodenfläche von 1159674 Hektar, darunter 802000 Hektar landwirtschaftlich und 298000 Hektar forstwirtschaftlich

genutzt (ein Teil dieser Latifundienbesitzer betreibt vor allem Forstwirtschaft, nicht Landwirtschaft); Nutzvieh überhaupt besitzen 97,9% von ihnen, Vieh zur Ackerarbeit 97,7%; Maschinen verwenden 555 Besitzer, und diese Betriebe weisen, wie wir gesehen haben, die *Höchstzahl* der Fälle von Verwendung verschiedener Maschinen pro Wirtschaft auf; den Dampfpflug verwendeten 81 Wirtschaften, d. h. 14% aller Latifundien; ihr Viehbestand betrug 148 678 Rinder, 55 591 Pferde, 703 813 Schafe und 53 543 Schweine. Von diesen Wirtschaften waren vereinigt: mit Zuckerfabriken 16, mit Branntweinbrennereien 228, mit Bierbrauereien 6, mit Stärkefabriken 16, mit Getreidemühlen 64. Die Intensivierung ersieht man daraus, daß 211 Wirtschaften Rüben (26 000 ha Rübenfläche) und 302 Wirtschaften Kartoffeln für die industrielle Verarbeitung anbauen; 21 verkaufen Milch nach der Stadt (von 1822 Kühen, d. h. 87 Kühen pro Wirtschaft), und 204 sind an Genossenschaftsmolkereien beteiligt (mit 18 273 Kühen, d. h. 89 pro Wirtschaft). Eine schöne „latifundiale Entartung", nicht wahr?

Gehen wir zur Frage der mittelbäuerlichen Wirtschaften (5—20 ha) über. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Wirtschaften ist von 17,6% auf 18% (+ 0,4%), an der Gesamtfläche von 28,7% auf 29,9% (+ 1,2%) gestiegen. In diesen Angaben sehen nun all die „Vernichter des Marxismus" naturgemäß ihren Haupttrumpf. Herr Bulgakow leitet daraus sowohl „die Verdrängung des Großbetriebs durch den Kleinbetrieb" her als auch „die Tendenz zur Dezentralisation" usw. usf. Wir haben oben gezeigt, daß gerade hinsichtlich der „Bauernschaft" summarische Daten besonders unbrauchbar, besonders irreführend sind: gerade hier sind die Prozesse der Bildung kleiner Unternehmerwirtschaften und die „Fortschritte" der bäuerlichen Bourgeoisie am ehesten geeignet, die Proletarisierung und Verelendung der Mehrheit zu verschleiern. Und wenn wir in bezug auf die gesamte Landwirtschaft Deutschlands überhaupt beobachten, daß einerseits die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebs (Zunahme der Latifundien, der Maschinenverwendung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Industrien) keinem Zweifel unterliegt, anderseits aber die Zunahme der Proletarisierung und Verelendung (Landflucht, verstärkte Bodenzerstückelung, wachsende Zahl der Parzellenwirtschaften, Zunahme der nebenberuflichen Lohnarbeit, Verschlechterung der Ernährung der Kleinbauern usw.) noch viel weniger zu bezweifeln ist, so wäre

es geradezu unwahrscheinlich und unmöglich, daß die gleichen Prozesse sich nicht auch in der „Bauernschaft" vollziehen sollten. Zudem ergeben sich diese Prozesse mit voller Bestimmtheit aus den Detailangaben, die den Gedanken bestätigen, daß eine bloße Flächenstatistik im gegebenen Fall völlig ungenügend ist. Kautsky hatte daher durchaus recht, als er auf Grund des Gesamtbildes der kapitalistischen Entwicklung der deutschen Landwirtschaft den Schluß zog, daß kein Grund vorliegt, aus diesen Angaben einen Sieg des Kleinbetriebs über den Großbetrieb abzuleiten.

Es gibt jedoch auch direkte und obendrein aus umfassenden Erhebungen hervorgegangene Daten, die beweisen, daß die Zunahme der „mittelbäuerlichen Wirtschaften" eine *Zunahme der Not*, nicht aber eine Zunahme des Wohlergehens und des Wohlstands bedeutet. Es sind das dieselben Angaben über das Zugvieh, die Herr Bulgakow sowohl im „Natschalo" als auch in seinem Buch so ungeschickt verwertet hat. „Bedürfte dies noch eines Beweises", schrieb Herr Bulgakow über seine Behauptung vom Fortschritt des Mittelbetriebs und vom Niedergang des Großbetriebs, „so könnte man dem Merkmal Quantität der Arbeitskraft noch das Merkmal Vorhandensein von Zugvieh hinzufügen. Hier folgende bezeichnende Tabelle"*:

	Anzahl der Betriebe, die Vieh zur Ackerarbeit besaßen		Differenz
	1882	*1895*	
0— 2 ha	325 005	306 340	— 18 665
2— 5 ha	733 967	725 584	— 8 383
5— 20 ha	894 696	925 103	+ 30 407
20—100 ha	279 284	275 220	— 4 064
100 und mehr ha	24 845	24 485	— 360
Zusammen	2 257 797	2 256 732	— 1 065

„Die Anzahl der Wirtschaften, die Zugvieh besitzen, hat für den Großbetrieb und den Kleinbetrieb gleichermaßen abgenommen und nur für den Mittelbetrieb zugenommen." (Zeitschrift „Natschalo" Nr. 1, S. 20.)

Es wäre noch verzeihlich, wenn Herr Bulgakow in einem flüchtig ge-

* Wir geben hier die von Herrn Bulgakow angeführte Tabelle ungekürzt wieder und haben ihr nur die fehlenden Gesamtzahlen hinzugefügt.

schriebenen Zeitschriftenartikel jenen Fehler übersehen hätte, der ihn dazu verleitete, den Angaben über das Zugvieh das *gerade Gegenteil* dessen zu entnehmen, was sie besagen, allein unser „strenger Gelehrter" wiederholt auch in seiner „Untersuchung" denselben Fehler (Bd. II, S. 127, wo obendrein die Zahlen + 30407 und — 360 auf die Stückzahl des Viehs bezogen werden, während sie sich auf die Anzahl der Zugvieh verwendenden Wirtschaften beziehen; aber das ist natürlich eine Bagatelle).

Wir fragen unseren „strengen Gelehrten", der so kühn von einem „Rückschritt des Großbetriebs" (II, 127) spricht: Welche Bedeutung hat die zahlenmäßige Zunahme der Zugvieh haltenden mittelbäuerlichen Wirtschaften um 30000, wenn die *Gesamtzahl* der mittelbäuerlichen Wirtschaften um 72000 (II, 124) zugenommen hat? Geht denn daraus nicht klar hervor, daß der *Prozentsatz* der mittelbäuerlichen Wirtschaften, die Zugvieh halten, *gesunken* ist? Ist dem aber so, wäre es da nicht angezeigt, einmal nachzusehen, *welcher Prozentsatz* der Wirtschaften der verschiedenen Größenklassen in den Jahren 1882 und 1895 Zugvieh hielt, um so mehr, als sich die entsprechenden Angaben auf der gleichen Seite und in der gleichen Tabelle finden, der Herr Bulgakow die absoluten Zahlen entnahm? („Stat. d. D. R.", 112. B., S. 31*.)

Diese Zahlen lauten:

	Prozentsatz der Betriebe mit Vieh zur Ackerarbeit		Differenz
	1882	*1895*	
0— 2 ha	10,61	9,46	— 1,15
2— 5 ha	74,79	71,39	— 3,40
5— 20 ha	96,56	92,62	— 3,94
20—100 ha	99,21	97,68	— 1,53
100 und mehr ha	99,42	97,70	— 1,72
Zusammen	42,79	40,60	— 2,19

Mithin ist der Prozentsatz der Wirtschaften mit Zugvieh *überhaupt* um mehr als 2 Prozent zurückgegangen, und zwar liegt dieser Rückgang bei den kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betrieben *über dem Durchschnitt*, bei den Großbetrieben dagegen *unter dem Durchschnitt**. Außer-

* Am geringsten ist der Rückgang bei den Parzellenwirtschaften, von denen

dem darf nicht vergessen werden, daß „gerade auf den Großbetrieben vielfach an Stelle tierischer Kraft die mechanische, sei es Arbeitsmaschinen oder Dampfmaschinen (Dampfpflüge usw.), zur Verwendung gelangt" („Stat. d. D. R.", 112. B., S. 32*). Wenn also bei den Großbetrieben (100 und mehr ha) die Zahl der Betriebe mit Zugvieh um 360 abgenommen, aber gleichzeitig die Zahl der Dampfpflüge verwendenden Betriebe *um 615 zugenommen hat* (710 im Jahre 1882 und 1325 im Jahre 1895), so ist es klar, daß im großen und ganzen die Großbetriebe nicht nur nicht verloren, sondern sogar gewonnen haben. Folglich ergibt sich der Schluß, daß die einzige Gruppe deutscher Landwirte, die ihre Wirtschaftsbedingungen (hinsichtlich der Verwendung von Vieh zur Ackerarbeit oder des Ersatzes des Viehs durch Dampfkraft) zweifellos *verbessert* hat, die *großen* Landwirte mit 100 und > ha sind. In allen übrigen Gruppen haben sich die Wirtschaftsbedingungen verschlechtert, und zwar haben sie sich *gerade in der Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe am meisten verschlechtert*, in der der prozentuale Rückgang der Betriebe mit Zugvieh *am stärksten* ist. Die Differenz zwischen großen (100 und > ha) und mittleren (5—20 ha) Betrieben hinsichtlich der Höhe des Prozentsatzes der Betriebe mit Zugvieh betrug früher weniger als 3 Prozent (99,42—96,56), während sie jetzt mehr als 5 Prozent (97,70—92,62) beträgt.

Diese Schlußfolgerung wird noch ganz wesentlich bekräftigt durch die Angaben über die Zusammensetzung des Zugviehs. Je kleiner die Wirtschaft, desto schlechter die Zusammensetzung des Zugviehs, desto relativ geringer die Verwendung von Ochsen und Pferden zur Ackerarbeit, desto häufiger die Verwendung der viel schwächeren *Kühe*. Hier die entsprechenden Angaben für die Jahre 1882 und 1895:

Von 100 Wirtschaften, die Vieh zur Ackerarbeit hielten, verwendeten:

---

ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil Zugvieh hält; wir werden weiter sehen, daß gerade in diesen Wirtschaften (und *nur* in ihnen) auch die Zusammensetzung des Zugviehbestands sich verbessert hat, d. h., daß sie verhältnismäßig mehr Pferde und Ochsen und weniger Kühe halten. Dies zeigt deutlich, wie auch die Verfasser der deutschen Erhebungen (S. 32*) richtig bemerkten, daß die Parzellenbesitzer Ackervieh nicht nur für die Feldbestellung, sondern auch für „Neben-, d. h. Lohnarbeit" halten. Darum wäre es überhaupt falsch, in der Frage des Zugviehs die Parzellenwirtschaften in Betracht zu ziehen, bei denen ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen.

	Nur Kühe			Kühe, daneben Pferde oder Ochsen		
	1882	1895		1882	1895	
0— 2 ha	83,74	82,10	— 1,64	85,21	83,95	— 1,26
2— 5 ha	68,29	69,42	+ 1,13	72,95	74,93	+ 1,98
5— 20 ha	18,49	20,30	+ 1,81	29,71	34,75	+ 5,04
20—100 ha	0,25	0,28	+ 0,03	3,42	6,02	+ 2,60
100 und mehr ha	0,00	0,03	+ 0,03	0,25	1,40	+ 1,15
Zusammen	41,61	41,82	+ 0,21	48,18	50,48	+ 2,30

Wir sehen eine allgemeine Verschlechterung der Zusammensetzung des Zugviehs (die Parzellenwirtschaften bleiben aus dem bereits erwähnten Grunde unberücksichtigt) und die *größte Verschlechterung* gerade *in der Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe*. In dieser Gruppe stieg unter den Zugvieh haltenden Wirtschaften *am meisten* der Prozentsatz derjenigen, die gezwungen sind, zur Feldarbeit *auch Kühe* zu verwenden, desgleichen derjenigen, die für Feldarbeit *nur Kühe* verwenden können. Gegenwärtig ist bereits über ein Drittel der Zugvieh haltenden mittelbäuerlichen Betriebe gezwungen, für Feldarbeiten Kühe zu verwenden (was natürlich sowohl eine Verschlechterung des Pflügens und damit eine Abnahme der Ernteerträge als auch eine Verminderung des Milchertrags der Kühe zur Folge hat), und bereits über ein Fünftel kann für Feldarbeiten nur Kühe verwenden.

Wenn wir die Stückzahl des für Feldarbeiten verwendeten Viehs nehmen, so sehen wir in allen Größenklassen (die Parzellenwirtschaften ausgenommen) eine Zunahme der Zahl der Kühe. Die Zahl der Pferde und Ochsen hingegen hat sich wie folgt verändert:

Anzahl der zur Ackerarbeit verwendeten Pferde und Ochsen (in 1000)

	1882	1895	Differenz
0— 2 ha	62,9	69,4	+ 6,5
2— 5 ha	308,3	302,3	— 6,0
5— 20 ha	1437,4	1430,5	— 6,9
20—100 ha	1168,5	1155,4	— 13,1
100 und mehr ha	650,5	695,2	+ 44,7
Zusammen	3627,6	3652,8	+ 25,2

Mit Ausnahme der Parzellenwirtschaften ist eine Zunahme von eigentlichem Zugvieh *nur* bei den großen Landwirten zu beobachten.

Die allgemeine Schlußfolgerung aus der Veränderung der Wirtschaftsbedingungen in bezug auf die tierische und mechanische Kraft bei der Ackerarbeit ist somit folgende: *Verbesserung* nur bei den großen Landwirten, Verschlechterung bei den übrigen und die *größte* Verschlechterung *bei den mittelbäuerlichen Betrieben.*

Die Angaben für 1895 gestatten uns ferner, die ganze Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe in zwei Untergruppen zu zerlegen: mit 5—10 ha und mit 10—20 ha. Wie zu erwarten war, sind in der ersten (der Anzahl der Betriebe nach weitaus umfangreicheren) Untergruppe die Wirtschaftsbedingungen hinsichtlich der Verwendung von Zugvieh unvergleichlich schlechter. Von den 606000 Besitzern mit 5—10 ha haben Zugvieh 90,5% (von den 393000 mit 10—20 ha 95,8%), von denen 46,3% zu Feldarbeiten Kühe verwenden (17,9% in der Untergruppe mit 10—20 ha) und 41,3% diese Arbeiten nur mit Kühen verrichten (4,2% in der Untergruppe mit 10—20 ha). Und nun stellt sich heraus, daß sich gerade diese Gruppe mit 5—10 ha, bei der es mit der Verwendung von Zugvieh besonders schecht bestellt ist, in der Zeit von 1882 bis 1895 sowohl der Zahl der Wirtschaften als auch dem Umfang der Bodenfläche nach *am meisten vergrößert hat.* Hier die entsprechenden Zahlen:

Prozentuales Verhältnis zur Gesamtzahl

	der Betriebe			der Gesamtfläche			der landwirtschaftlichen Nutzfläche		
	1882	*1895*		*1882*	*1895*		*1882*	*1895*	
5—10 ha	10,50	10,90	+ 0,40	11,90	12,37	+ 0,47	12,26	13,02	+ 0,76
10—20 ha	7,06	7,07	+ 0,01	16,70	16,59	— 0,11	16,48	16,88	+ 0,40

In der Gruppe mit 10—20 ha ist die Zunahme der Zahl der Betriebe ganz minimal; der Anteil an der Gesamtfläche ist sogar zurückgegangen, und der Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche hat weitaus weniger zugenommen als in den Betrieben mit 5—10 ha. Folglich entfällt die Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe in der Hauptsache (teilweise sogar ausschließlich) auf die Gruppe mit 5—10 ha, d. h. auf jene Gruppe, deren

Wirtschaftsbedingungen hinsichtlich der Verwendung von Zugvieh besonders schlecht sind.

So sehen wir, wie durch die Statistik die wahre Bedeutung der vielgepriesenen Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe unwiderleglich klargestellt wird: es ist nicht Zunahme des Wohlstands, sondern *Zunahme der Not*, nicht Fortschritt des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, sondern *seine Degradation*. Wenn sich die Wirtschaftsbedingungen der mittelbäuerlichen Betriebe *am meisten* verschlechtert haben, wenn diese die Verwendung von Kühen für Feldarbeiten am meisten erweitern mußten, so sind wir schon auf Grund allein dieser Seite der Wirtschaft (einer der wichtigsten Seiten der Wirtschaft überhaupt) nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, in bezug auf alle anderen Seiten der Wirtschaft Schlüsse zu ziehen. Wenn die Zahl der Pferdelosen (ich wende hier einen den russischen Lesern bekannten, in diesem Fall durchaus passenden Ausdruck an) zugenommen hat, wenn die Zusammensetzung des Zugviehs sich verschlechtert hat, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich auch die Viehhaltung überhaupt verschlechtert hat, daß sich die Feldbestellung, die Ernährung und Lebenslage des Landwirts verschlechtert haben, denn wie jedermann weiß, ist es in der Bauernwirtschaft so: Je schlechter das Vieh gehalten wird und je schwerer es arbeitet, um so schlechter lebt auch der Mensch und um so schwerer arbeitet er, und umgekehrt. Die Schlußfolgerungen, die wir oben aus Klawkis detaillierter Untersuchung gezogen haben, werden durch die Massendaten über die Gesamtheit der bäuerlichen Kleinbetriebe Deutschlands voll und ganz bestätigt.

IX

DIE MOLKEREIWIRTSCHAFT UND DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND. DIE DEUTSCHE LANDBEVÖLKERUNG NACH IHRER STELLUNG IN DER WIRTSCHAFT

Wir sind so ausführlich auf die Angaben über das Zugvieh eingegangen, weil es (außer den von uns oben untersuchten Angaben über die Maschinen) die einzigen sind, die uns einen Einblick sozusagen in das

innere Getriebe der Wirtschaft, in ihre Ausrüstung und Betriebsweise gestatten. Alle übrigen Angaben — über die Größe des Bodens (die wir bereits angeführt haben), über die Stückzahl des Viehs (die wir gleich anführen werden) — beschreiben die Wirtschaft nur äußerlich, wobei einander gleichgesetzt wird, was offenkundig ungleich ist, denn die Bearbeitung des Bodens und folglich auch seine Ertragsfähigkeit, die Qualität des Viehs und seine Produktivität sind in verschiedenen Wirtschaften verschieden. So allgemein bekannt die Tatsache dieses Unterschieds auch sein mag, so wird sie bei allgemeinen statistischen Berechnungen gewöhnlich vergessen, und nur die Angaben über Maschinen und Zugvieh bieten wenigstens eine gewisse Möglichkeit, diesen Unterschied in Rechnung zu ziehen, sie zeigen, wer (im großen und ganzen) bei diesem Unterschied besser daran ist. Wenn die Großbetriebe jene besonders komplizierten und teuren Maschinen, und nur diese werden von der Statistik erfaßt, in höherem Maße verwenden, so sind natürlich auch alle übrigen Geräte, von denen die Statistik schweigt (Pflüge, Eggen, Wagen usw.), in den Großbetrieben von besserer Qualität, in jeder einzelnen Wirtschaft vollständiger vertreten und werden (infolge des größeren Umfangs der Wirtschaft) vollständiger ausgenützt. Dasselbe gilt auch für das lebende Inventar. Diese Vorteile muß der Kleinbesitzer notwendigerweise durch Fleiß und Sparsamkeit wettzumachen suchen (andere Waffen im Kampf ums Dasein hat er nicht), und darum zeichnen sich die Kleinbauern in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zufälligerweise, sondern stets und unvermeidlich durch diese Eigenschaften aus. Der bürgerliche Ökonom (und der moderne „Kritiker", der auch in dieser Frage ebenso wie in allen übrigen hinter ihm einhertrottet) nennt das Tugend der Sparsamkeit, der Ausdauer usw. (siehe Hecht und Bulgakow) und rechnet es dem Bauern als Verdienst an. Der Sozialist nennt das Überarbeit und Unterkonsumtion, macht dafür den Kapitalismus verantwortlich und ist bestrebt, dem Bauern über die ganze Verlogenheit der Manilowschen Reden die Augen zu öffnen, die die soziale Degradation zur Tugend erheben und sie damit zu verewigen trachten.

Wenden wir uns nun den Angaben über die Verteilung des Viehs auf die verschiedenen Gruppen der deutschen Landwirte in den Jahren 1882 und 1895 zu. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

Verhältniszahlen:

	Gesamtviehstand (dem Werte nach)			Rinder			Schweine		
	1882	1895	+ −	1882	1895	+ −	1882	1895	+ −
0— 2 ha	9,3	9,4	+ 0,1	10,5	8,3	− 2,2	24,7	25,6	+ 0,9
2— 5 ha	13,1	13,5	+ 0,4	16,9	16,4	− 0,5	17,6	17,2	− 0,4
5— 20 ha	33,3	34,2	+ 0,9	35,7	36,5	+ 0,8	31,4	31,1	− 0,3
20—100 ha	29,5	28,8	− 0,7	27,0	27,3	+ 0,3	20,6	19,6	− 1,0
100 und mehr ha	14,8	14,1	− 0,7	9,9	11,5	+ 1,6	5,7	6,5	+ 0,8
Zusammen	100	100	—	100	100	—	100	100	—

Der Anteil des Großbetriebs an der Gesamtmenge des Viehs ist somit gesunken, während der Anteil der mittelbäuerlichen Betriebe am stärksten gewachsen ist. Obwohl sich die Angaben auf den Wert beziehen, sprechen wir aus dem Grund von der Gesamtmenge des Viehs, weil die von den Statistikern vorausgesetzte Wertgleichheit jedes Stückes Vieh in den verschiedenen Gruppen notorisch falsch ist. Die Wertangaben, die es ermöglichen, die verschiedenen Vieharten zu addieren (die betreffenden Ergebnisse ließen sich auch durch Umrechnung des Viehs in Großvieh erreichen, aber das würde von uns neue Berechnungen erfordern, könnte jedoch die Schlußfolgerungen nicht wesentlich ändern), zeigen uns gerade die Verteilung des gesamten lebenden Inventars der Menge, nicht aber dem wirklichen Werte nach. Da das Vieh der Großbesitzer von besserer Qualität ist als das der kleinen Besitzer und wahrscheinlich mehr verbessert wird als bei diesen (nach der Verbesserung des toten Inventars zu urteilen), lassen diese Daten die wirkliche Überlegenheit des Großbetriebs wesentlich geringer erscheinen.

Was die einzelnen Vieharten betrifft, so muß bemerkt werden, daß die Verringerung des Anteils des Großbetriebs gänzlich durch den Niedergang der kommerziellen Schafzucht bestimmt wird: die Zahl der Schafe ging in der Zeit von 1882 bis 1895 von 21,1 Millionen auf 12,6 Millionen, d. h. um 8,5 Millionen zurück, wobei von der ganzen Differenz 7 Millionen auf die Wirtschaften mit 20 und mehr ha entfallen. Zu den sich entwickelnden Zweigen der kommerziellen Viehhaltung gehören in Deutschland bekanntlich insbesondere die Milchvieh- und die Mastviehhaltung.

Wir führen deshalb die Angaben über die Rinder- und Schweinehaltung an, wobei es sich zeigt, daß der Großbetrieb (100 und > ha) in diesen beiden Zweigen der Viehhaltung den *größten* Fortschritt zu verzeichnen hat: sein Anteil an der Gesamtmenge der Rinder und Schweine hat am stärksten zugenommen. Diese Tatsache lenkt die Aufmerksamkeit um so mehr auf sich, als der Umfang der Nutzvieh haltenden Wirtschaften gewöhnlich geringer ist als der der Ackerbau treibenden, so daß man eine schnellere Entwicklung nicht der großen kapitalistischen, sondern der mittleren kapitalistischen Betriebe hätte erwarten können. Die allgemeine Schlußfolgerung (hinsichtlich der Menge, nicht aber der Qualität des Viehs) muß lauten: Die Großbesitzer haben durch den starken Rückgang der kommerziellen Schafhaltung am meisten verloren und dieses Minus durch eine (verglichen mit den Klein- und Mittelbetrieben) größere Steigerung der Rinder- und Schweinehaltung nicht wettgemacht, sondern nur gemildert.

Wenn wir von der Milchviehhaltung sprechen, können wir nicht an den außerordentlich lehrreichen und, soweit uns bekannt, nicht verwerteten Angaben zu dieser Frage vorbeigehen, die sich in der deutschen Statistik finden. Doch das betrifft bereits die allgemeine Frage der Vereinigung der Landwirtschaft mit landwirtschaftlichen Industrien, und wir müssen uns bei dieser Frage aufhalten wegen der neuen, unglaublichen Entstellung der Tatsachen durch Herrn Bulgakow. Bekanntlich gehört die Vereinigung der Landwirtschaft mit der industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu den hervorstechendsten Merkmalen eines spezifisch kapitalistischen Fortschritts in der Landwirtschaft. Herr Bulgakow erklärte bereits im „Natschalo": „Meines Erachtens ist die Bedeutung dieser Vereinigung von Kautsky über alle Maßen aufgebauscht worden: nimmt man die Angaben der Statistik, so ist die solcherart mit der Industrie verbundene Bodenfläche ganz minimal." (Nr. 3, S. 32.) Ein sehr schwaches Argument, denn Herr Bulgakow wagt es nicht, die technische Fortschrittlichkeit dieser Vereinigung zu leugnen, während er die Hauptfrage, ob nämlich der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb der Träger dieses Fortschritts ist, einfach umgeht. Da aber die Statistik auf diese Frage eine ganz unzweideutige Antwort gibt, so greift Herr Bulgakow in seinem Buche — sit venia verbo!* — zu einer List. Er führt den Prozent-

* mit Verlaub zu sagen! *Die Red.*

satz der Wirtschaften an (aller überhaupt, und nicht nach Größenklassen!), die mit der einen oder anderen landwirtschaftlichen Industrie verbunden sind, und bemerkt: „Man denke nun nicht etwa, daß sie vor allem mit großen Gütern verbunden seien." (II, 116.) Gerade umgekehrt, verehrtester Herr Professor: Gerade das muß man denken, und Ihre kleine Tabelle (die den Prozentsatz der mit landwirtschaftlichen Industrien verbundenen Wirtschaften im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Wirtschaften der *betreffenden* Größenklasse *nicht* angibt) führt den schlecht unterrichteten oder unaufmerksamen Leser nur irre. Wir führen (um nicht die Seiten mit Zahlen vollzuschreiben) die Gesamtzahl der Wirtschaften an, die mit Zuckerfabriken, Branntweinbrennereien, Stärkefabriken, Bierbrauereien und Getreidemühlen verbunden sind (die Summe zeigt folglich die Anzahl der *Fälle*, in denen landwirtschaftliche Betriebe mit landwirtschaftlichen Industrien verbunden sind), und erhalten folgendes Bild:

	Gesamtzahl der Betriebe	Anzahl der Fälle einer Vereinigung mit landwirtschaftlichen Industrien	%
0— 2 ha	3236367	11364	0,35
2— 5 ha	1016318	13542	1,33
5— 20 ha	998804	25879	2,59
20—100 ha	281767	8273	2,94
100 und mehr ha	25061	4006	15,98
Zusammen	5558317	63064	1,14
Betriebe mit 1000 und mehr ha	572	330	57,69

Der Prozentsatz der mit landwirtschaftlichen Industrien verbundenen Wirtschaften ist beim Kleinbetrieb also verschwindend klein und erreicht nur beim Großbetrieb eine merkliche Höhe (und eine gewaltige Höhe bei den Latifundien, von denen *über die Hälfte* die Vorzüge dieser Verbindung genießt). Wenn wir diese Tatsache mit den oben angeführten Angaben über die Maschinen und das Zugvieh vergleichen, so begreift der Leser die ganze anmaßende Unsinnigkeit der Sentenzen des Herrn Bulgakow über die „Illusion der konservativen" Marxisten, daß „der

Großbetrieb der Träger des wirtschaftlichen Fortschritts, der Kleinbetrieb dagegen der des Rückschritts" ist (II, 260).

„Der weitaus größte Teil (der Zuckerrüben und der Kartoffeln für die Branntweinbrennerei) wurde", fährt Herr Bulgakow fort, „in den Kleinbetrieben erzeugt."

Genau das Gegenteil: *gerade in den Großbetrieben:*

	Zahl der Zuckerrüben anbauenden Betriebe	In % zur Gesamtzahl der Betriebe	Zuckerrübenfläche in ha	%	Zahl der zur technischen Verarbeitung Kartoffeln anbauenden Betriebe	In % zur Gesamtzahl der Betriebe
0— 2 ha	10781	0,33	3781	1,0	565	0,01
2— 5 ha	21413	2,10	12693	3,2	947	0,09
5— 20 ha	47145	4,72	48213	12,1	3023	0,30
20—100 ha	26643	9,45	97782	24,7	4293	1,52
100 und mehr ha	7262	28,98	233820	59,0	5195	20,72
Zusammen	113244	2,03	396289	100	14023	0,25
Betriebe mit 1000 und mehr ha	211	36,88	26127	—	302	52,79

Also wieder ist der Prozentsatz der Betriebe, die Zuckerrüben und Kartoffeln für die industrielle Verarbeitung anbauen, bei den Kleinbetrieben verschwindend klein, bei den großen beträchtlich und bei den Latifundien sehr hoch. Der weitaus größte Teil der Zuckerrüben, nämlich 83,7%, wird, nach der Rübenfläche zu urteilen, von den Großbetrieben erzeugt.*

* Das ausgesprochene... Mißgeschick, das Herrn Bulgakow mit seinen Behauptungen über die landwirtschaftlichen Industrien widerfährt, ist so sonderbar, daß wir uns unwillkürlich fragen, ob dies Mißgeschick nicht etwa daher kommt, daß Herr Bulgakow die in den deutschen Erhebungen angeführten Tabellen abgeschrieben hat, *ohne zu bemerken,* daß in diesen Tabellen das prozentuale Verhältnis der Zahl der Betriebe, die mit landwirtschaftlichen Industrien verbunden sind, *sich gar nicht auf die Gesamtzahl der Betriebe der betreffenden Größenklasse* bezieht? Einerseits hält es schwer, in der „Unter-

Genauso ist sich Herr Bulgakow über „den Anteil des Großbetriebs" an der Molkereiwirtschaft (II, 117) absolut nicht klargeworden, dabei gehört gerade dieser Zweig der kommerziellen Viehhaltung zu denen, die sich in ganz Europa besonders schnell entwickeln, und stellt gleichermaßen ein Kennzeichen landwirtschaftlichen Fortschritts dar. Hier die Daten über die Wirtschaften, die Milch und Molkereierzeugnisse nach der Stadt verkaufen:

	Anzahl solcher Betriebe	In % zur Endsumme*	In % zur Gesamtzahl der Betriebe ihrer Größenklasse	Anzahl ihrer Kühe	In % zur Endsumme	Kühe pro Betrieb
0— 2 ha	8998	21,46	0,3	25028	11,59	2,8
2— 5 ha	11049	26,35	1,1	30275	14,03	2,7
5— 20 ha	15344	36,59	1,5	70916	32,85	4,6
20—100 ha	5676	13,54	2,0	58439	27,07	10,3
100 und mehr ha	863	2,06	3,4	31213	14,46	36,1
Zusammen	41930	100	0,8	215871	100	5,1
Betriebe mit 1000 u. mehr ha	21	—	3,7	1822	—	87,0

Also auch hier stehen die Großbetriebe an der Spitze: Der Prozentsatz der am Milchhandel beteiligten Landwirte ist um so höher, je größer die Wirtschaft ist, und erreicht sein Höchstmaß bei den Latifundien („latifundiale Entartung"). Verglichen mit den mittleren Bauernwirtschaften (5—20 ha) setzen z. B. die Großbetriebe (100 und > ha) ihre Milch mehr als doppelt so häufig (3,4 und 1,5%) in der Stadt ab.

suchung" eines strengen Gelehrten eine solche Reihe von Fahrlässigkeiten (neben der Reihe überheblicher Schlußfolgerungen) zu vermuten. Anderseits steht die Identität der Tabellen des Herrn Bulgakow mit denen der Erhebungen (S. 40* und 41*) außer Zweifel... O diese „strengen Gelehrten"!

* Wir führen diese Rubrik an, damit sich der Leser eine klare Vorstellung von den Methoden des Herrn Bulgakow bilde, der sich zur Bestätigung seiner Schlußfolgerungen lediglich auf diese (den Erhebungen entnommene) Rubrik beruft!

Daß die (der Bodenfläche nach) großen Wirtschaften auch eine umfangreiche Molkereiwirtschaft betreiben, ergibt sich aus den Angaben über die Zahl der auf einen Besitzer entfallenden Kühe, die bei Besitzern mit 100 und > ha 36, bei Latifundien sogar 87 erreicht. Überhaupt sind in den ausgesprochen kapitalistischen Wirtschaften (20 und > ha) 41,5% der Gesamtzahl der Kühe, deren Milch in der Stadt abgesetzt wird, konzentriert, obwohl diese Besitzer einen verschwindenden Teil der Gesamtzahl der Besitzer (5,52%) und einen sehr kleinen Teil der Wirtschaften, die Milch in der Stadt absetzen (15,6%), ausmachen. Der Fortschritt gerade der kapitalistischen Wirtschaft und die kapitalistische Konzentration dieses Zweigs der kommerziellen Viehhaltung unterliegen somit keinem Zweifel.

Doch die Konzentration der Molkereiwirtschaft wird durch die Angaben über die nach Umfang der Bodenfläche eingeteilten Betriebsklassen bei weitem nicht vollständig charakterisiert. Auch a priori* ist es verständlich, daß es Betriebe mit gleicher Bodenfläche, aber ungleichem Viehbestand im allgemeinen und ungleichem Milchviehbestand im besonderen geben kann und geben muß. Vergleichen wir zunächst die Verteilung des *gesamten* Rindviehs und der Gesamtzahl der Kühe, deren Milch in der Stadt abgesetzt wird, auf die Betriebe.

	Prozentualanteil		Differenz
	des gesamten Rinderbestands	der Kühe, deren Milch in der Stadt abgesetzt wird	
0— 2 ha	8,3	11,6	+ 3,3
2— 5 ha	16,4	14,0	— 2,4
5— 20 ha	36,5	32,8	— 3,7
20—100 ha	27,3	27,1	— 0,2
100 und mehr ha	11,5	14,5	+ 3,0
Zusammen	100	100	

Wir sehen somit wiederum, daß die Lage gerade bei den *mittelbäuerlichen* Wirtschaften *am schlechtesten* ist: von ihrem gesamten Rinder-

* von vornherein. *Die Red.*

bestand verwertet diese Gruppe den geringsten Teil für den Milchverkauf in der Stadt (d. h. für den einträglichsten Zweig der Molkereiwirtschaft). Die Großbetriebe hingegen befinden sich in einer sehr günstigen Lage, da sie einen relativ großen Teil ihres gesamten Rinderbestands für den Milchverkauf nach der Stadt verwerten.* Noch günstiger aber ist die Lage der kleinsten Landwirte, bei denen der Anteil des für die Milchlieferung in die Stadt ausgenützten Rindviehs *am höchsten* ist. Folglich entwickeln sich unter diesen Wirtschaften bereits besondere „Milch"farmen, für die der Ackerbau eine untergeordnete Rolle spielt oder sogar ganz fehlt (von den 8998 Wirtschaften dieser Gruppe, die Milch in der Stadt absetzen, besitzen 471 Wirtschaften überhaupt keine landwirtschaftliche Nutzfläche, dabei haben diese Besitzer 5344 Kühe, d. h. über 11,3 Kühe pro Besitzer). Interessante Angaben über die Konzentration der Molkereiwirtschaft innerhalb ein und derselben, nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche zusammengefaßten Betriebsklasse, erhalten wir, wenn wir, gestützt auf die Daten der deutschen Statistik, die Wirtschaften mit 1 und 2 Kühen gesondert betrachten.

Wirtschaften, die Milchprodukte in der Stadt absetzen

	Anzahl der Betriebe	Darunter		Mit 3 und mehr Kühen	Letztere besitzen Kühe	oder pro Betrieb	Kühe insgesamt
		mit 1 Kuh	mit 2 Kühen				
0—50 a	1944	722	372	850	9789	11,5	11255
50 a— 2 ha	7054	3302	2552	1200	5367	4,5	13773
0—2 ha	8998	4024	2924	2050	15156	7,4	25028
2—5 ha	11049	1862	4497	4690	19419	4,3	30275

Bei den Wirtschaften mit einer ganz winzigen landwirtschaftlichen Nutzfläche (0—0,5 ha) sehen wir eine gewaltige Konzentration der Mol-

* Dieser Unterschied kann nicht dadurch erklärt werden, daß der Rinderbestand in ungleichem Maße Ochsen einschließt, denn im Großbetrieb ist der Prozentsatz an Ochsen (zum mindesten an Ochsen, die zur Ackerarbeit verwendet werden) im Vergleich zum gesamten Rinderbestand höher als im mittelbäuerlichen Betrieb.

kereiwirtschaft: weniger als die Hälfte dieser Besitzer (850 von 1944) vereinigen in ihren Händen fast neun Zehntel des gesamten Kuhbestands dieser Gruppe (9789 von 11255) und besitzen durchschnittlich 11,5 Kühe. Das sind schon gar keine „kleinen" Besitzer mehr, das sind Besitzer, die wahrscheinlich (besonders in der Nähe großer Städte) einen jährlichen Umsatz von mehreren Tausend Mark haben und kaum ohne Lohnarbeiter auskommen dürften. Das schnelle Wachstum der Städte läßt die Zahl solcher „Milchfarmer" ständig größer werden, und es werden sich natürlich immer Leute vom Schlage eines Hecht, David, Hertz und Tschernow finden, die die von der Not bedrängte Masse der Kleinbauern mit dem Beispiel eines einzelnen von ihnen trösten werden, der sich mit Hilfe der Molkereiwirtschaft, des Tabakbaus usw. „emporgearbeitet" hat.

In der Gruppe der Wirtschaften mit 1/2—2 ha sehen wir die Konzentration von mehr als zwei Fünfteln der Gesamtzahl der Kühe (5367 von 13773) bei weniger als dem fünften Teil der Besitzer (1200 von 7054); in der Gruppe mit 2—5 ha von mehr als drei Fünfteln der Gesamtzahl der Kühe (19419 von 30275) bei weniger als der Hälfte der Besitzer (4690 von 11049) usw. Leider bietet die deutsche Statistik keine Möglichkeit, Gruppen mit einer größeren Anzahl von Kühen auszusondern.*

* Richtiger gesagt, die *Bearbeitung* der Angaben der deutschen Statistik gibt diese Möglichkeit nicht, denn die Angaben standen den Autoren der Erhebungen über jede einzelne Wirtschaft zur Verfügung (auf Grund der Antworten der Landwirte auf die ihnen zugestellten Fragebogen). Nebenbei bemerkt: Dieses Einholen von Angaben über jede einzelne Wirtschaft unterscheidet die deutsche landwirtschaftliche Statistik vorteilhaft von der französischen und, wie es scheint, auch von der englischen und anderen. Ein solches System bietet die Möglichkeit, verschiedene Betriebstypen nicht allein nach der Bodenfläche auszusondern, sondern auch nach dem Umfang, z. B. der Molkereiwirtschaft, nach der Anwendung von Maschinen, dem Entwicklungsgrad landwirtschaftlicher Industrien usw. Dazu bedarf es nur einer eingehenderen Bearbeitung der statistischen Angaben, nämlich erstens einer Gruppierung der Wirtschaften nicht nach einem einzigen Merkmal (Größe der Bodenfläche), sondern nach mehreren Merkmalen (Anzahl der Maschinen, des Viehs, Größe der Anbaufläche für spezielle Kulturen usw.), und zweitens einer Kombinierung verschiedener Gruppierungen, d. h. einer Aufteilung jeder beispielsweise nach der Größe der Bodenfläche zusammengefaßten Gruppe in Untergruppen nach der Anzahl des Viehs usw. Als Muster könnte und müßte in dieser Beziehung die

Doch auch die angeführten Daten bestätigen voll und ganz die allgemeine Schlußfolgerung, daß *die Konzentration der kapitalistischen Landwirtschaft in Wirklichkeit viel stärker ist*, als man auf Grund der Bodenstatistik allein glauben könnte. Eine solche Statistik faßt Betriebe, die der Größe ihrer Bodenfläche und dem Umfang ihrer Getreideproduktion nach klein sind, mit Betrieben zusammen, die groß sind, was den Umfang ihrer Milchvieh- oder Mastviehhaltung, ihres Wein-, Tabak- oder Gemüsebaus usw. betrifft. Natürlich treten alle diese Zweige im Vergleich zur Getreideproduktion weit zurück, und gewisse *generelle* Schlußfolgerungen behalten auch auf Grund der Angaben über die Bodenfläche ihren vollen Wert. Aber erstens entwickeln sich gerade in Europa gewisse Spezialzweige der kommerziellen Landwirtschaft besonders schnell und sind für den Prozeß der *kapitalistischen* Entwicklung dieser Landwirtschaft besonders charakteristisch, zweitens aber wird der erwähnte Umstand auch bei Berufung auf einzelne Beispiele oder Gebiete immer wieder außer acht gelassen, und hier eröffnet sich der kleinbürgerlichen Apologetik, von der Hecht, David, Hertz und Tschernow Musterbeispiele geliefert haben, ein äußerst weites Betätigungsfeld. Sie beriefen sich auf die Tabakbauern, die der Gesamtfläche ihrer Wirtschaft nach „echte und rechte Kleinbauern"* sind; aber dem Umfang des Tabakbaus nach sind sie keineswegs „kleine" Landwirte, und wenn wir die Angaben über den Tabakbau gesondert betrachten, so werden wir auch da eine kapitalistische Konzentration finden. So wurden z. B. im Jahre 1898 in ganz Deutschland 139 000 Tabakpflanzer mit 17 600 ha Tabakanbaufläche gezählt, aber von diesen

russische Semstwostatistik der Bauernwirtschaft dienen. So sehr die deutsche amtliche Statistik in bezug auf Umfang und Vollständigkeit, Einheitlichkeit und Genauigkeit sowie auf Schnelligkeit bei der Bearbeitung und Veröffentlichung der Angaben die russische *amtliche* Statistik auch übertrifft, so sehr übertrifft unsere *Semstwo*statistik durch die ausgezeichnete Vollständigkeit der einzelnen Daten und ihre detaillierte Bearbeitung die europäische Teilerhebungen und Teiluntersuchungen. Die russische Semstwostatistik hat bereits seit langem sowohl die Untersuchung nach einzelnen Höfen als auch verschiedenartige Gruppentabellen und jene kombinierten Tabellen eingeführt, von denen wir sprachen. Eine nähere Bekanntschaft der Europäer mit unserer Semstwostatistik würde wahrscheinlich dem Fortschritt der Sozialstatistik überhaupt einen starken Anstoß geben.

* Diese Worte von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

139000 besaßen 88000, d. h. 63%, zusammen nicht mehr als 3300 ha, d. h. nur ein Fünftel der Gesamtfläche der Tabakpflanzungen; die übrigen vier Fünftel befanden sich in den Händen von 37% der Pflanzer.*

Das gleiche gilt für den Weinbau. Überhaupt ist ein „durchschnittlicher" Weinberg z. B. in Deutschland sehr klein: nämlich 0,36 Hektar (344850 Besitzer und 126109 ha Weingärten bzw. Weinberge). Aber die Verteilung auf die Weinbauern sieht so aus, daß 49% von ihnen (Weinberge bis zu 20 Ar) nur 13% aller Weinberge gehören, den 30% „mittleren" Besitzern (20—50 Ar) 26%, und den 20% großen Besitzern (1/2 ha und darüber) 61% der Weinberge, d. h. mehr als drei Fünftel.** Noch unvergleichlich stärker ist die Konzentration in der Kunst- und Handelsgärtnerei, die in allen kapitalistischen Ländern in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wachstum der Großstädte, der großen Eisenbahn-

---

* „Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts", Berlin 1900, S. 60; dies laut den sehr summarischen Angaben der fiskalischen Statistik. Für Rußland besitzen wir solche Angaben über die Verbreitung des Tabakbaus in drei Kreisen des Gouvernements Poltawa: Von insgesamt 25089 Bauernwirtschaften mit Tabakbau besitzen 3015 Wirtschaften (d. h. weniger als 1/8) 74565 Desjatinen Getreideland von insgesamt 146774 Desjatinen, d. h. mehr als die Hälfte, und 3239 Desjatinen Tabakpflanzungen von 6844 Desjatinen, d. h. ungefähr die Hälfte. Die Gruppierung dieser Wirtschaften nach dem Umfang ihrer Tabakpflanzungen zeigt jedoch, daß 324 Wirtschaften (von 25089) je 2 und mehr Desjatinen Tabakpflanzungen, insgesamt aber 2360 Desjatinen von 6844 besitzen. Das sind jene großen kapitalistischen Tabakpflanzer, über deren unerhörte Arbeiterausbeutung so häufig berichtet wird. Mehr als eine halbe Desjatine Tabakpflanzungen besaßen nur 2773 Wirtschaften (etwas mehr als 1/10), ihnen gehörten von 6844 Desjatinen Tabakpflanzungen 4145. Siehe „Übersicht des Tabakbaus in Rußland", Lieferung II und III, St. Petersburg 1894.

** Es ist interessant festzustellen, daß in Frankreich, wo der Weinbau unvergleichlich stärker entwickelt ist (1800500 Hektar), auch die Konzentration der Weinberge viel bedeutender ist. Will man dies jedoch untersuchen, so muß man sich mit den Daten der allgemeinen Bodenstatistik begnügen, da in Frankreich keine Erhebungen über die Einzelwirtschaften vorgenommen werden und die Zahl der Weinbergbesitzer unbekannt ist. In den Händen der Besitzer, die insgesamt 10 und mehr Hektar Land haben, befinden sich in Deutschland 12,83% aller Weinberge, in Frankreich dagegen 57,02%.

stationen, der Industrieorte usw. so rasch zunimmt. Im Jahre 1895 wurden in Deutschland 32540 Wirtschaften mit Handelsgärtnereibetrieb gezählt, die 23570 Hektar Gartenland, also durchschnittlich weniger als 1 Hektar besaßen. Über die Hälfte dieser Fläche (51,39%) war jedoch in den Händen von 1932 Besitzern, d. h. von 5,94% aller Gärtner, konzentriert. Den Umfang der Gärtnereien und der sonstigen landwirtschaftlichen Fläche dieser Großbesitzer ersieht man aus folgenden Zahlen: 1441 Gärtnereibesitzer mit Gärtnereien von 2—5 ha verfügten durchschnittlich über je 2,76 ha Gartenland und über je 109,6 ha sonstiges Land; 491 Gärtnereibesitzer mit 5 und mehr ha Gartenland durchschnittlich über je 16,54 ha Gartenland und je 134,7 Hektar sonstiges Land.

Kehren wir zur Molkereiwirtschaft zurück, deren Daten uns die Frage beantworten helfen, welche Bedeutung die Genossenschaften haben, die von Hertz zum Allheilmittel gegen den Kapitalismus gemacht werden. Hertz sieht in ihrer Unterstützung „eine Hauptaufgabe des Sozialismus" (S. 21, russ. Übers. 62; S. 89, russ. Übers. 214), während Herr Tschernow, der sich, wie das so üblich ist, bei der übereifrigen Verneigung vor dem neuen Götzen die Stirn wundschlägt, bereits „eine nichtkapitalistische Evolution der Landwirtschaft" mit Hilfe der Genossenschaften ausgeklügelt hat. Über die theoretische Bedeutung einer derart bemerkenswerten Entdeckung werden wir weiter unten noch allgemein einige Worte zu sagen haben. Jetzt wollen wir feststellen, daß sich die Verehrer der Genossenschaften immer gern darauf berufen, was man mit deren Hilfe erreichen „kann" (vgl. das obenerwähnte Beispiel). Wir wollen aber lieber zeigen, was mit Hilfe der Genossenschaften in der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung tatsächlich erreicht wird. Die deutsche Statistik registrierte bei der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 alle landwirtschaftlichen Betriebe, die an Molkereigenossenschaften und Sammelmolkereien beteiligt sind, desgleichen die Anzahl der Kühe, deren Milch bzw. die aus ihr gewonnenen Erzeugnisse von jedem dieser Besitzer verkauft werden. Es sind das, soweit uns bekannt, wohl die einzigen *Massen*daten, die nicht nur den Grad der Beteiligung der Landwirte verschiedener Kategorien an den Genossenschaften genau bestimmen, sondern auch, was besonders wichtig ist, sozusagen das wirtschaftliche Ausmaß dieser Beteiligung, d. h. den Umfang eben jenes Wirtschaftszweiges, durch den der einzelne an der Genossenschaft teilhat (Anzahl der Kühe, die die Er-

zeugnisse liefern, deren Absatz durch die Genossenschaften organisiert wird). Wir bringen hier diese Angaben, die nach dem Umfang der Bodenfläche der Besitzer in fünf Hauptgruppen eingeteilt sind:

Betriebe, die an Genossenschaftsmolkereien beteiligt sind:

	Anzahl solcher Betriebe	In % zur Gesamtzahl der Betriebe	In % zur Endsumme*	Anzahl ihrer Kühe	In % zur Endsumme	Kühe pro Besitzer
0— 2 ha	10300	0,3	6,95	18556	1,71	1,8
2— 5 ha	31819	3,1	21,49	73156	6,76	2,3
5— 20 ha	53597	5,4	36,19	211236	19,51	3,9
20—100 ha	43561	15,4	29,42	418563	38,65 } 72,02	9,6
100 und mehr ha	8805	35,1	5,95	361435	33,37 }	41,0
Zusammen	148082	2,7	100,00	1082946	100,00	7,3
Betriebe mit 1000 und mehr ha	204	35,6	—	18273	—	89,0

Somit ist von den kleinen Landwirten nur eine ganz verschwindende Minderheit an den Genossenschaften beteiligt, 3 bis 5%, d. h. ein Teil, der wahrscheinlich sogar kleiner ist als der Teil, den die kapitalistischen Wirtschaften auch in den unteren Gruppen bilden. Bei den großen, ausgesprochen kapitalistischen Wirtschaften dagegen ist die Beteiligung an den Genossenschaften prozentual drei- bis siebenmal höher als selbst bei den mittelbäuerlichen Wirtschaften. Die Latifundien aber beteiligen sich an den Genossenschaften am allerhäufigsten. Wir können jetzt die ganze grenzenlose Naivität des österreichischen Woroschilow, Hertz, beurteilen, der Kautsky entgegenhält: „In der Bezugsvereinigung deutscher Landwirte, die die größten Verbände umfaßt, sind *1050000 Landwirte* vertreten" (S. 112, russ. Übers. 267, von Hertz hervorgehoben), und daraus

* Herr Bulgakow erklärte: „Der Anteil des Großbetriebs erhellt hier aus folgenden Zahlen" (II, 117) und brachte *nur* diese, durch die der „Anteil des Großbetriebs" nicht erhellt, sondern eher (ohne Vergleich mit den anderen Zahlen) *verdunkelt* wird.

schließt, daß *demnach* nicht nur der Großbesitzer (insgesamt 306000 Besitzer mit mehr als 20 ha), sondern auch die Bauern an den Genossenschaften beteiligt seien! Hertz hätte nur ein wenig über seine eigene Annahme (Beteiligung *aller* großen Landwirte an den Genossenschaften) nachzudenken brauchen, um zu erkennen, daß, wenn die großen Landwirte sämtlich Mitglieder der Genossenschaften sind, *demnach* von den übrigen *ein kleinerer Teil* daran beteiligt sein muß, und demnach Kautskys Schlußfolgerung von der *Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb auch hinsichtlich der genossenschaftlichen Organisation* vollauf bestätigt wird.

Noch interessanter sind jedoch die Angaben über die Anzahl der Kühe, die die Produkte liefern, deren Absatz von den Genossenschaften organisiert wird: *Die überwiegende Mehrheit* dieser Kühe, *nahezu drei Viertel* (72%), gehört großen Landwirten, die eine *kapitalistische Molkereiwirtschaft* betreiben und zehn, vierzig, sogar (in Latifundien) achtzig Kühe pro Wirtschaft besitzen. Und nun höre man Hertz: „Wir behaupten, daß das Genossenschaftswesen *gerade den kleineren und kleinsten Besitzern am meisten nützt*..." (S. 112, russ. Übers. 269, von Hertz hervorgehoben.) Die Woroschilow sind sich überall gleich: in Rußland wie in Österreich. Wenn ein Woroschilow im Brustton der Überzeugung und mit Nachdruck erklärt „wir behaupten", so kann man sicher sein, daß er gerade das behauptet, was nicht ist.

Zum Schluß unserer Übersicht über die Daten der deutschen Agrarstatistik wollen wir noch einen Blick werfen auf das allgemeine Bild der Verteilung der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung nach ihrer Stellung in der Wirtschaft. Wir nehmen natürlich nur die Landwirtschaft im eigentlichen Sinn (A 1, nicht aber A1—6 nach der deutschen Klassifikation, d. h., wir zählen zu den Landwirten nicht die Fischer, Forstwirtschaftler und Jäger hinzu), und ferner nehmen wir die Angaben über jene Personen, für die die Landwirtschaft den *Hauptberuf* darstellt. Die deutsche Statistik teilt diese Bevölkerung in drei Hauptgruppen ein: a) Selbständige (d. h. wirtschaftende Eigentümer, Pächter u. dgl.), b) Angestellte (Verwalter, Vögte, Aufseher, Büropersonal u. a.) und c) Arbeiter, wobei letztere Gruppe wiederum in folgende vier Untergruppen zerfällt: c[1]) „Familienangehörige, die in der Wirtschaft des Haushaltungsvorstandes, des Vaters, Bruders usw. tätig sind". Mit anderen Worten, es handelt sich

hier um Arbeiter, die Familienmitglieder sind, im Unterschied zu Lohnarbeitern, auf die sich die anderen Untergruppen der Gruppe c beziehen. Es ist daher klar, daß man beim Studium der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung (und ihrer kapitalistischen Entwicklung) diese mitarbeitenden Familienangehörigen nicht zu den Lohnarbeitern zählen darf, wie es gewöhnlich geschieht, sondern sie zu den Besitzern (*a*) rechnen muß, denn diese zur Familie gehörenden Arbeiter sind dem Wesen nach auch Mitbesitzer, Mitglieder der Besitzerfamilien, sind erbberechtigt usw. Es folgen die Untergruppen: c^2) „Landwirtschaftliche Knechte und Mägde"; c^3) „Landwirtschaftliche Tagelöhner und sonstige Arbeiter (Schäfer, Hirten) mit eigenem oder gepachtetem Land". Dies ist also eine Gruppe von Personen, die gleichzeitig Besitzer und Lohnarbeiter sind, d. h. eine Gruppe, die eine Zwischenstellung einnimmt, eine Übergangsgruppe, die gesondert betrachtet werden muß. Schließlich c^4) „desgleichen, ohne eigenes oder gepachtetes Land". Wir erhalten so drei Hauptgruppen: I. Grundbesitzer und deren Familienmitglieder; II. Grundbesitzer, die gleichzeitig Lohnarbeiter sind; III. keinen Boden besitzende Lohnarbeiter (Angestellte, Landarbeiter und Tagelöhner). Auf diese Gruppen verteilte sich nun die Landbevölkerung* Deutschlands in den Jahren 1882 und 1895 folgendermaßen:

* Wir sprechen nur von der „aktiven" (wie die Franzosen es nennen; deutsch: „erwerbstätigen") Bevölkerung, d. h. der tatsächlich in der Landwirtschaft Beschäftigten, abzüglich der Dienstboten und jener Familienmitglieder, die nicht regelmäßig und ständig an den landwirtschaftlichen Arbeiten teilnehmen. Die russische Sozialstatistik ist so wenig entwickelt, daß nicht einmal eine besondere Bezeichnung für den Begriff „active", „erwerbstätig", „occupied" geprägt worden ist. Janson gebraucht in seiner Bearbeitung der Daten über die berufliche Gliederung der Petersburger Bevölkerung („St. Petersburg auf Grund der Volkszählung von 1890") den Ausdruck „Selbständige", aber diese Bezeichnung ist ungeeignet, da man unter „Selbständige" gewöhnlich Besitzer versteht, und so die Einteilung nach der Teilnahme oder Nichtteilnahme an der gewerblichen Tätigkeit (im weiten Sinne des Wortes) verquickt wird mit der Einteilung nach der Stellung der Person im Gewerbe (allein arbeitender Besitzer). Möglich wäre die Bezeichnung „produktive Bevölkerung", aber auch sie ist ungenau, denn z. B. Militärpersonen, Rentiers u. dgl. sind schon ganz und gar nicht „produktive" Klassen. Am geeignetsten wäre vielleicht der Ausdruck „promyslowoje" [gewerbliche], d. h. an aller Art „gewerb-

	Erwerbstätige Bevölkerung, die in der Landwirtschaft ihren Hauptberuf erblickt (in Tausenden)			
	1882	1895		
a) Grundbesitzer	2253	2522	+269	
c[1]) Angehörige der Besitzerfamilien	1935	1899	— 36	
I	4188	4421	+233	+ 5,6%
c[3]) Tagelöhner mit Land (II)	866	383	—483	—55,8%
I + II	5054	4804	—250	
b) Angestellte	47	77	+ 30	
c[2]) Knechte und Mägde	1589	1719	+130	
c[4]) Tagelöhner ohne Land ...	1374	1445	+ 71	
III	3010	3241	+231	+ 7,7%
Zusammen	8064	8045	— 19	— 0,2%

Die erwerbstätige Bevölkerung in ihrer Gesamtheit hat somit abgenommen, wenn auch unerheblich. Innerhalb derselben sehen wir eine Abnahme der landbesitzenden Bevölkerung (I + II) und eine Zunahme der landlosen Bevölkerung (III). Das beweist deutlich, daß die *Expropriation der Landbevölkerung*, und zwar gerade der kleinen Landbesitzer, *fortschreitet*, denn wir wissen bereits, daß die Lohnarbeiter mit einem Stückchen Land zu den allerkleinsten Besitzern gehören. Ferner ergibt sich, daß unter den landbesitzenden Personen die Zahl der landbesitzenden Lohnarbeiter abnimmt und die Zahl der Besitzer zunimmt. Wir sehen folglich ein *Schwinden der Mittelgruppen und eine Verstärkung der extremen*: die Zwischengruppe schwindet, und es vollzieht sich eine *Verschärfung der kapitalistischen Gegensätze*. Unter den Lohnarbeitern wächst die Zahl derjenigen, die schon gänzlich expropriiert sind, und die Zahl der Landbesitzer geht zurück; unter den Besitzern wächst die Zahl der unmittelbaren Besitzer von Betrieben, und es sinkt die Zahl der im Betrieb des Haushaltungsvorstands beschäftigten Familienmitglieder. (Letzterer Umstand hängt vermutlich damit zusammen, daß die arbeitenden Mitglieder

licher" (= Einkommen gewährender) Tätigkeit beteiligte Bevölkerung, im Unterschied zu denen, die auf Kosten der „Gewerbetreibenden" leben.

bäuerlicher Familien vom Familienoberhaupt meistens keine Entlohnung erhalten und daher besonders zur Landflucht neigen.)

Wenn wir die Angaben über die *nebenberuflich* in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung nehmen, so sehen wir, daß diese ganze (aktive oder erwerbstätige) Bevölkerung von 3 144 000 auf 3 578 000, d. h. um 434 000 gestiegen ist, wobei diese Zunahme fast gänzlich auf die Gruppe der mitarbeitenden Angehörigen der Besitzerfamilien entfällt, die um 397 000 zugenommen hat (von 664 000 auf 1 061 000). Die Zahl der Besitzer hat um 40 000 zugenommen (von 2 120 000 auf 2 160 000); die Zahl der landbesitzenden Arbeiter hat um 51 000 zugenommen (von 9000 auf 60 000); die Zahl der landlosen Arbeiter ist um 54 000 zurückgegangen (von 351 000 auf 297 000). Diese Riesenzunahme — in 13 Jahren von 664 000 auf 1 061 000, d. h. um 59,8% — zeugt wiederum von der zunehmenden Proletarisierung, von der Zunahme der Zahl der *Bauern*, der bäuerlichen Familienmitglieder, die die Landwirtschaft nur noch als *Nebenberuf* betrachten. Wir wissen, daß der Hauptberuf in solchen Fällen vor allem in Lohnarbeit besteht (erst dann folgen Kleinhandel, Handwerk usw.). Faßt man sämtliche arbeitenden Mitglieder der Bauernfamilien zusammen, sowohl jene, denen die Landwirtschaft Hauptberuf ist, als auch die nur nebenberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten, so erhält man: 2 559 000 für das Jahr 1882, 2 960 000 für das Jahr 1895. Diese Zunahme kann leicht zu einer falschen Auslegung und zu apologetischen Schlußfolgerungen Anlaß geben, insbesondere bei einem Vergleich mit der im großen und ganzen abnehmenden Zahl der Lohnarbeiter. In Wirklichkeit aber resultiert diese allgemeine Zunahme aus einer *Abnahme* der Zahl der bäuerlichen Familienmitglieder, denen die Landwirtschaft Hauptberuf ist, und einer *Zunahme* der Zahl derjenigen, denen sie Nebenberuf ist, so daß letztere 1882 nur 21,7% aller arbeitenden bäuerlichen Familienmitglieder ausmachten, 1895 dagegen bereits 35,8%. Die Statistik der *gesamten* landwirtschaftlichen Bevölkerung zeigt uns also mit aller Anschaulichkeit gerade jene beiden Proletarisierungsprozesse, auf die der orthodoxe Marxismus stets hingewiesen hat und um die die opportunistischen Kritiker mit solchen schablonenhaften Phrasen herumzukommen suchen — einerseits fortschreitende Vertreibung der Bauernschaft von der Scholle, Expropriation der Landbevölkerung, die nach der Stadt flüchtet oder sich aus landbesitzenden Arbeitern in landlose Arbeiter verwandelt;

anderseits Entwicklung des „Nebenerwerbs" der Bauernschaft, d. h. jener Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie, die die erste Stufe der Proletarisierung bedeutet und stets zu verstärktem Wachstum der Not führt (Verlängerung des Arbeitstages, Verschlechterung der Ernährung usw.). Bis zu einem gewissen Grade sind diese beiden Prozesse, rein äußerlich betrachtet, einander sogar entgegengesetzt: zahlenmäßige Zunahme der landlosen Arbeiter und zahlenmäßige Zunahme der arbeitenden Mitglieder der bäuerlichen Besitzerfamilien. Vermengt man also diese beiden Prozesse oder ignoriert man einen von ihnen, so verfällt man leicht in die allergröbsten Fehler, wofür sich in Bulgakows Buch massenweise Beispiele finden lassen.[65] Schließlich zeigt uns die Berufsstatistik noch eine außerordentliche Zunahme der Angestellten*: von 47000 auf 77000, d. h. um 63,8%. Neben einer zunehmenden Proletarisierung sehen wir eine Zunahme der kapitalistischen Großproduktion, die Angestellte braucht, und zwar um so mehr, je mehr Maschinen verwendet werden und je mehr sich die landwirtschaftlichen Industrien entwickeln.

In den Angaben der deutschen Statistik hat sich also Herr Bulgakow trotz all seiner Prahlerei mit „Detaillierung" überhaupt nicht zurechtgefunden. Der Berufsstatistik entnahm er lediglich die zahlenmäßige Zunahme der landlosen und den zahlenmäßigen Rückgang der landbesitzenden Arbeiter als Anzeichen „der Wandlungen, die in der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit vor sich gegangen sind" (II, 106). Doch diese Veränderung der Arbeitsorganisation in der gesamten deutschen Landwirtschaft ist für ihn eine rein zufällige und unverständliche Tatsache geblieben, die mit der allgemeinen Struktur und der allgemeinen Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus in keinem Zusammenhang steht. In Wahrheit ist dies aber nur eine der Seiten des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Der technische Fortschritt der deutschen Landwirtschaft ist, entgegen der Meinung des Herrn Bulgakow, vor allem ein Fortschritt des Großbetriebs, wie das die Daten über die Verwendung von Maschinen, über den Prozentsatz der Betriebe mit Zugvieh und über die Zusammensetzung des Zugviehs, über die Entwicklung der landwirt-

* Anläßlich dieser Tatsache leistet sich Herr Bulgakow im „Natschalo" folgende abgeschmackte Witzelei: „Zunahme der Zahl der Offiziere bei Verringerung der Armee." Eine recht simple Auffassung von der Arbeitsorganisation im Großbetrieb!

schaftlichen Industrien und über das Wachstum der Molkereiwirtschaft usw. unwiderleglich beweisen. Mit diesem Fortschritt des Großbetriebs untrennbar verbunden ist die zunehmende Proletarisierung und Expropriation der Landbevölkerung, die Vermehrung der Zahl der Parzellenwirtschaften und der Zahl jener Bauern, für die der Nebenerwerb zur hauptsächlichen Existenzgrundlage wird, eine Verschärfung der Notlage der mittelbäuerlichen Bevölkerung, bei der die größte Verschlechterung der Wirtschaftsbedingungen (höchste Zunahme des Prozentsatzes der pferdelosen und der zur Ackerarbeit Kühe verwendenden Wirtschaften) und somit auch der ganzen Lebenslage und der Qualität der Feldbestellung erfolgt ist.

„VEREINIGUNGS"KONFERENZ DER AUSLANDSORGANISATIONEN DER SDAPR

21.–22. September (4.–5. Oktober) 1901[66]

1

REDE VOM 21. SEPTEMBER (4. OKTOBER)

(Protokollarische Niederschrift)

Genossen!

Wir beginnen mit dem Punkt, von dem der Erfolg der Konferenz abhängt.

Als Vertreter der „Iskra" halte ich es für notwendig, kurz auf die Geschichte unserer Beziehungen zu den anderen Organisationen einzugehen. Die „Iskra" trat von Anfang an völlig selbständig auf, wobei sie lediglich die ideologische Bindung mit der russischen Sozialdemokratie anerkannte, und sie handelte im Auftrage vieler Genossen in Rußland. Bereits in der ersten Nummer erklärte die „Iskra", daß sie die organisatorischen Meinungsverschiedenheiten, die im „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" [67] aufgetreten sind, nicht berühren wird und das größte Gewicht auf ihren eigenen prinzipiellen Standpunkt legt.*

Ein Teil der Mitglieder des „Auslandsbundes" schlug uns eine Beratung vor, um mit den Auslandsorganisationen eine Übereinkunft zu erzielen. Wir faßten diesen Vorschlag so auf, daß es im „Auslandsbund" eine Gruppe gibt, die die von uns formulierten Prinzipien bejaht, und daß man demzufolge hoffen kann, auch der „Auslandsbund" werde diese Prinzipien anerkennen. Die revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat" [68] hat, ungeachtet dessen, daß neben prinzipiellen auch organisatorische Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine zustimmende Antwort erteilt. Leider lehnte der „Auslandsbund" Verhandlungen ab. Als die neue Initiatorengruppe auf den Plan trat, willigte der „Auslandsbund" in Verhandlungen ein. Da nun die Physiognomie des „Auslandsbundes" sehr unbestimmt war, da sich im „Auslandsbund" eine neue, dem revolutionären

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 377/378. *Die Red.*

Marxismus zuneigende Strömung gezeigt hatte, so durfte man hoffen, daß eine prinzipielle Übereinkunft möglich sei. Die „Iskra" und der „Sozialdemokrat" gaben erneut ihre Zustimmung, und danach fand die Genfer Beratung statt. Genosse Kruglow hat zu Beginn unserer Sitzung die Resolution dieser Beratung verlesen, ohne dazu irgendwelche Bemerkungen zu machen. Vom „Auslandsbund" nahm niemand das Wort, um sich gegen die Resolution zu äußern.

Wir stellen fest, daß das „Rabotscheje Delo" in Nr. 10 mit den Traditionen des revolutionären Marxismus entschieden gebrochen und sich gegen das prinzipielle Übereinkommen ausgesprochen hat, das in der Genfer Beratung ausgearbeitet wurde, mit deren Tendenzen der „Auslandsbund" augenscheinlich einverstanden ist.

In Anbetracht alles dessen wird sich meine Kritik gegen die Redaktion des „Rabotscheje Delo" und nicht gegen den ganzen „Auslandsbund" richten.

Vergleichen wir die Genfer Resolution mit den Artikeln in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo".

Die Genfer Resolution überrascht durch ihre erstaunliche Ausführlichkeit und durch die Hervorhebung von Punkten, die als allgemein bekannt gelten.

Punkt 1 des prinzipiellen Übereinkommens lautet: „In Anerkennung der Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und in solidarischem Handeln mit der internationalen revolutionären Sozialdemokratie weisen wir alle Versuche zurück, den Opportunismus in den Klassenkampf des Proletariats hineinzutragen — Versuche, die in dem sogenannten Ökonomismus, Bernsteinianertum, Millerandismus usw. ihren Ausdruck gefunden haben." Hier wird offenbar auf etwas angespielt, offenbar gab es einen Kampf zwischen Opportunismus und revolutionärem Marxismus. Wie auch der Inhalt der Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" sein möge, auf jeden Fall kann es nicht die historische Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Genfer Beratung stattgefunden hat und daß die von ihr angenommene Resolution als Basis für die Vereinigung dienen kann. In ihrem 3. Punkt erkennt die Genfer Resolution zum Beispiel an, daß die Sozialdemokratie die Hegemonie im Kampf für die Demokratie übernehmen muß. Offensichtlich gab es vorher auch über diesen Punkt Meinungsverschiedenheiten. In ihrem Bestreben, vom Opportunismus abzurücken,

geht die Resolution beinahe bis zum Kuriosum (siehe Punkt „e" des Paragraphen 5). Also gab es sogar in solchen elementaren Fragen ebenfalls Differenzen. Vergleichen wir nun diese Resolution mit den Artikeln in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo". Leider hatte ich nur 3 Tage, um mich flüchtig mit ihnen bekannt zu machen.

Diese Artikel erläutern ausführlich den Unterschied unserer Ansichten; sie enthalten einige richtige Bemerkungen über die „Sarja" und die „Iskra", die wir auch verwerten werden, aber nicht dies interessiert uns jetzt. Uns interessieren die Prinzipien, die diesen Artikeln zugrunde liegen. Die grundsätzliche Position in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" stößt die Position um, die die Delegierten des „Auslandsbundes" in der Genfer Beratung eingenommen haben. Diese Positionen miteinander aussöhnen ist unmöglich. Man muß die in ihnen enthaltenen Meinungsverschiedenheiten aufdecken, um zu wissen, auf welchem Boden der „Auslandsbund" steht, um zu wissen, ob eine ideologische Einigung möglich ist, ohne die eine organisatorische Vereinigung sinnlos wäre; eine solche Vereinigung haben wir nicht gesucht und konnten wir nicht suchen. Auf den Seiten 32 und 33 der Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" äußert der Verfasser des Artikels seine Unzufriedenheit mit der Gegenüberstellung von Berg und Gironde in der internationalen Sozialdemokratie[69]. Sehen Sie sich die Genfer Beratung an, stellt sie denn nicht einen Zusammenstoß zwischen Berg und Gironde dar? Verkörpert die „Iskra" denn nicht den Berg? Hat denn die „Iskra" nicht schon in ihrer ersten redaktionellen Erklärung gesagt, daß sie vor der ideologischen Abgrenzung keinerlei organisatorische Vereinigung wünscht? In Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" heißt es, daß sogar die eingefleischtesten Bernsteinianer auf dem Boden der Klasseninteressen stünden. Die Resolution geht speziell auf das Bernsteinianertum ein, auf dessen Widerlegung die Teilnehmer der Beratung viel Mühe verwandt haben, und schon jetzt wird in den Artikeln von Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" das Alte gesagt. Was ist das, Herausforderung oder Verhöhnung? Wozu war dann all die Arbeit nötig?! Als wollten sich diese Leute lustig machen über die Mühe, die wir auf die Ausarbeitung der theoretischen Basis verwandt haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß es ohne gemeinsame ideologische Basis keine Frage der Vereinigung geben kann. Dann stellt man uns im gleichen Artikel in Aussicht, das Ausmaß unserer Meinungsverschiedenheiten noch zu erweitern. So sagt zum Bei-

spiel der Verfasser auf S. 33: „Vielleicht entspringen unsere Meinungsverschiedenheiten einer unterschiedlichen Auslegung des Marxismus." Ich wiederhole noch einmal: Wozu dann all die Arbeit?!

Punkt „c" des § 4 der Genfer Resolution erklärt, daß es notwendig ist, gegen alle Widersacher des revolutionären Marxismus zu kämpfen, hier aber erzählt man uns, daß wir vielleicht den Marxismus überhaupt verschieden auffassen.

Ich stelle weiter fest: All dies ist von dem Gerede begleitet, daß es schädlich sei, das Denken in Fesseln zu schlagen usw., also genau das, was alle Bernsteinianer sagen. Das hat man schon auf dem Lübecker Parteitag[70] gesagt, davon reden ständig die Jaurès-Anhänger; in den Punkten des Übereinkommens hingegen ist davon eben nicht die Rede, weil das Übereinkommen ausdrücklich auf der Grundlage des revolutionären Marxismus zustande gekommen ist. Sogar schwache Äußerungen des Kritizismus hätten zum völligen Bruch geführt. Wir kamen zusammen, um über den Inhalt der Meinungen, nicht aber, um über Freiheit der Meinungen zu sprechen. Berufungen auf französische und deutsche Vorbilder sind völlig fehl am Platze. Die Deutschen haben bereits das erreicht, worum wir noch kämpfen. Sie haben eine einheitliche Sozialdemokratie, die die Hegemonie im politischen Kampf innehat. Bei uns jedoch ist die Sozialdemokratie noch nicht der Führer der revolutionären Gruppen, im Gegenteil, bei uns macht sich ein Aufleben anderer revolutionärer Tendenzen bemerkbar. Nicht nur, daß in den Artikeln des „Rabotscheje Delo" Nr. 10 von einem vollständigen prinzipiellen Bruch mit dem Opportunismus nichts zu merken ist, es ist sogar noch etwas Schlimmeres da: man preist das Vorherrschen der spontanen Bewegung. Ich nehme nicht an einzelnen Worten Anstoß. Wir alle, die Genossen von der „Iskra", vom „Sozialdemokrat" und ich, richten die Aufmerksamkeit lediglich auf die Grundtendenzen der Artikel, aber diese Worte müssen einem doch, wie die Deutschen sagen, ins Gesicht schlagen*. Und gerade in diesen Punkten ist die Genfer Resolution so klar wie nur möglich. Die erst kürzlich aufgetauchte „Arbeiterpartei zur politischen Befreiung Rußlands"[71] schlägt den gleichen Ton an wie diese Veröffentlichungen.

Beachten Sie in dem Artikel die berühmte Unterscheidung zwischen der Taktik als Plan und der Taktik als Prozeß. Der Verfasser sagt, daß

* „ins Gesicht schlagen" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

die Taktik als Plan dem Grundprinzip des revolutionären Marxismus widerspreche, und meint, man könne von der Taktik als „Prozeß" sprechen, worunter er das Wachsen der Parteiaufgaben versteht, die zusammen mit dem Wachsen der Partei wachsen. Meiner Ansicht nach heißt das einfach, daß man nicht reden will. Wir haben so viel Zeit und Mühe auf die Formulierung bestimmter politischer Aufgaben verwandt, in der Genfer Beratung wurde so viel über diese Aufgaben gesprochen. Und jetzt erzählt man uns plötzlich von der „Taktik als Plan" und der „Taktik als Prozeß". Das ist meiner Ansicht nach eine Rückkehr zu der spezifischen Enge des Bernsteinianertums der „Rabotschaja Mysl", die behauptete, man dürfe nur den Kampf führen, der möglich sei, möglich aber sei der Kampf, der geführt werde. Wir jedoch behaupten, daß nur die Verfälschung des Marxismus wächst. In der Genfer Resolution heißt es, daß für den Übergang zur politischen Agitation keinerlei Stadien nötig seien, und danach erscheint plötzlich ein Artikel, in dem die „enthüllende Literatur" dem „proletarischen Kampf" entgegengestellt wird. Martynow schreibt über die Studenten und Liberalen, daß sie sich ja selbst um die demokratischen Forderungen kümmern können. Wir aber meinen, die ganze Besonderheit der russischen Sozialdemokratie besteht darin, daß die liberale Demokratie nicht die Initiative im politischen Kampf ergriffen hat. Wenn die Liberalen selber besser wissen, was sie zu tun haben, und es selbst tun können, so bleibt uns nichts zu tun übrig. Der Verfasser des Artikels versteigt sich zu der Annahme, die Regierung selbst werde konkrete und administrative Maßnahmen treffen.

In der Frage des Terrors kam es, wie allen bekannt ist, in der Genfer Beratung zu einigen Meinungsverschiedenheiten. Nach der Beratung sprach sich ein Teil des „Auslandsbundes", der „Bund"[72], in seiner Konferenz entschieden gegen den Terror aus. Auf Seite 23 jedoch schreibt der Verfasser, daß wir „den terroristischen Stimmungen nicht entgegentreten wollen". Das ist ärgster Opportunismus.*

Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

* Hier bricht die protokollarische Niederschrift ab. *Die Red.*

2

FRAGEN, DIE DEM „AUSLANDSBUND RUSSISCHER SOZIALDEMOKRATEN" IN DER „VEREINIGUNGS"KONFERENZ VOM 21. SEPTEMBER (4. OKTOBER) 1901 VORGELEGT WURDEN

1. Erkennen alle drei Organisationen die Resolution der Juniberatung im Prinzip an?

2. Ist der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" gewillt und in der Lage, die publizistische Tätigkeit so zu organisieren, daß prinzipienlose und opportunistische Abweichungen vom revolutionären Marxismus, die eine für unsere Bewegung so gefährliche Verwirrung in die Köpfe tragen, unmöglich werden, daß das Liebäugeln mit dem versteckten und offenen Bernsteinianertum sowie die blinde Anbetung der elementaren Formen und der Spontaneität der Bewegung, die die Arbeiterbewegung unvermeidlich in ein Werkzeug der bürgerlichen Demokratie verwandeln müssen, beseitigt werden?

Zuerst veröffentlicht im Dezember 1901 in der Broschüre „Dokumente der ‚Vereinigungs'-konferenz".

Nach dem Text der Broschüre.

DER KAMPF GEGEN DIE HUNGERNDEN

Welch erstaunliche Fürsorge für die Hungernden legt unsere Regierung an den Tag! Was für ein riesenlanges Rundschreiben (vom 17. August) hat der Innenminister an die Gouverneure der von der Mißernte betroffenen Gouvernements geschickt! Ein ganzes literarisches Werk ist das, stärker als ein normaler Druckbogen, worin durch den Mund des Herrn Sipjagin die ganze Politik der Regierung auf dem Gebiet des Ernährungswesens dargelegt wird. Durch die Veröffentlichung dieses Werkes wollte man augenscheinlich auf die „Gesellschaft" Eindruck machen: Seht nur, wie fürsorglich wir sind, wie wir uns beeilen, Hilfsmaßnahmen zu treffen, wie wir sowohl die Organisation der Verpflegungsinstitutionen als auch alle Formen und Seiten ihrer Tätigkeit im voraus berücksichtigen. Und man muß zugeben, daß das Rundschreiben des Innenministeriums tatsächlich Eindruck macht, und zwar nicht nur durch seine Länge, sondern auch (wenn man die Geduld hat, es bis zu Ende zu lesen) durch seinen Inhalt. Eine offene Darlegung des Regierungsprogramms liefert immer die beste Waffe für die Agitation gegen die zaristische Regierung, und indem wir Herrn Sipjagin unseren ehrerbietigsten Dank aussprechen, nehmen wir uns die Freiheit, auch den übrigen Herren Ministern zu empfehlen, von ihrem Programm doch des öfteren in Rundschreiben zu reden, die zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht werden.

Wir sagten: Wenn man die Geduld hat, das Rundschreiben des Herrn Sipjagin bis zu Ende zu lesen. Geduld aber braucht man dazu nicht wenig, denn zu drei Vierteln... — bewahre! zu neun Zehnteln — besteht das Rundschreiben aus dem üblichen amtlichen Phrasengedresch. Ein Wieder-

käuen von längst bekannten und hundertmal sogar im „Gesetzbuch" wiederholten Dingen, ein Um-den-heißen-Brei-Herumgehen, eine Schilderung aller Einzelheiten des chinesischen Zeremoniells für Mandarine, ein prachtvoller Kanzleistil mit Perioden von 36 Zeilen und mit „Sentenzen", bei denen einem das Herz weh tut um die russische Muttersprache, — wenn man sich in diese Pracht hineinliest, fühlt man sich wie in einem russischen Polizeirevier, wo die Wände nach Moder riechen, wo einem von allen Seiten ein spezifischer Gestank in die Nase dringt, wo die Beamten allein schon ihrem Äußeren und ihrem Verhalten nach die Verkörperung des unerträglichsten Amtsschimmels sind und wo die durch das Fenster sichtbaren Hofgebäude lebhaft an Kerker erinnern.

Drei Hauptpunkte lenken im neuen Regierungsprogramm besonders die Aufmerksamkeit auf sich: erstens die Erweiterung der individuellen Machtbefugnis der Beamten, das Bemühen, den Geist des Bürokratismus und der Dienstdisziplin zu festigen und gegen jeden frischen Windhauch zu schützen; zweitens die Festlegung der Unterstützungssätze für die Hungernden, d. h. die Weisung, in welcher Höhe und auf welche Weise die Getreidemenge für eine „bedürftige" Familie zu bemessen ist; drittens die panische Angst davor, daß „unzuverlässige" Leute, die das Volk gegen die Regierung aufwiegeln könnten, den Hungernden zu Hilfe eilen, sowie die Maßnahmen, die gegen eine solche „Agitation" im voraus getroffen werden. Betrachten wir jeden dieser Punkte genauer.

Erst ein Jahr ist vergangen, seitdem die Regierung den Semstwos die Leitung des Ernährungswesens entzogen und sie in die Hände der Landeshauptleute und Kreistage gelegt hat (Gesetz vom 12. Juni 1900). Und bevor noch dieses Gesetz in Kraft getreten ist, wird es schon durch ein gewöhnliches Rundschreiben wieder aufgehoben. Einige Berichte von Gouverneuren genügten, um zu der Einsicht zu kommen, daß das Gesetz untauglich ist! Das zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Bedeutung die Gesetze haben, die in den Petersburger Departements wie die Brezeln gebacken werden, ohne ernsthafte Erörterung durch Leute, die wirklich sachkundig und fähig sind, eine selbständige Meinung zu vertreten, ohne die ernste Absicht, die Dinge so zu ordnen, daß sie ihrem Zweck besser entsprechen, einfach wegen des Ehrgeizes irgendeines gerissenen Ministers, der sich hervortun und möglichst rasch seine loyale Gesinnung beweisen will. Das Semstwo ist nicht loyal gesinnt — also entziehe man ihm

das Ernährungswesen! Aber kaum hat man es ihm entzogen, stellt sich schon heraus, daß auch die Landeshauptleute, ja selbst die nur aus Beamten zusammengesetzten Kreistage immer noch zuviel räsonieren: unter den Landeshauptleuten hat es wahrscheinlich Leute gegeben, die die Dummheit begingen, den Hunger Hunger zu nennen, die naiv genug waren, zu glauben, man müsse den Hunger bekämpfen und nicht diejenigen, die den Hungernden tatsächlich helfen wollen; in den Kreistagen haben wahrscheinlich einige Beamte, die nicht dem Innenministerium unterstehen, das gleiche Unverständnis für die wahren Aufgaben der „Innenpolitik" an den Tag gelegt. Und nun wird durch ein einfaches Rundschreiben des Ministers eine neue „zentrale Kreis...", jawohl, das ist kein Druckfehler: „zentrale Kreisverwaltung für das Ernährungswesen" geschaffen, deren ganze Aufgabe darin besteht, keine übelgesinnten Leute, keine üble Gesinnung, keine unvernünftigen Schritte auf dem Gebiet des Ernährungswesens zuzulassen. So z. B. hält es der Minister für unvernünftig und verbietet es, „vorzeitig" (d. h. nicht unmittelbar vor der Verteilung des Getreides) Listen der Bedürftigen aufzustellen: das wecke bei der Bevölkerung „übertriebene Hoffnungen"! Die „zentrale Kreisverwaltung für das Ernährungswesen" wird in der Hand *einer Person* konzentriert, und das Ministerium empfiehlt hierfür den *Kreisadelsmarschall*. Tatsächlich steht ja dieser in so enger Verbindung mit dem Gouverneur, erfüllt er so viele Polizeifunktionen, daß er sicherlich den wahren Geist der Ernährungspolitik richtig erfassen wird. Überdies ist er ein ortsansässiger Großgrundbesitzer, beehrt mit dem Vertrauen aller Gutsbesitzer. So ein Mann wird sicherlich besser als alle anderen den tiefen Gedanken des Ministers begreifen, daß die Unterstützungen auf Leute, die auch ohne sie „auskommen könnten", einen „demoralisierenden" Einfluß haben. Was die Vollmachten des Gouverneurs anbelangt, so erwähnt sie der Minister gleich zu Anfang und wiederholt immer wieder, daß der Gouverneur für alles verantwortlich sei, daß sich alle dem Gouverneur unterzuordnen haben, daß der Gouverneur es verstehen müsse, „besondere" Maßnahmen zu treffen usw. War bisher schon der Gouverneur in der russischen Provinz ein richtiger Satrap, von dessen Gnade die Existenz jeder beliebigen Institution, ja sogar jeder beliebigen Person in dem ihm „anvertrauten" Gouvernement abhing, so wird jetzt in dieser Beziehung ein regelrechter „Kriegszustand" geschaffen. Ungewöhnliche Ver-

schärfung des drakonischen Regimes — anläßlich der Hilfe für die Hungernden! Das ist echt russisch!

Aber größere Strenge, Verstärkung der Aufsicht — all das erfordert eine Erhöhung der Ausgaben für die bürokratische Maschine. Und der Minister hat das nicht vergessen: den Herren Kreisadelsmarschällen oder sonstigen Personen, die die „zentrale Kreisverwaltung für das Ernährungswesen" leiten, wird eine „besondere Summe" zur Vergütung ihrer Auslagen gezahlt, „über deren Höhe", so fügt das Rundschreiben in seinem „besonderen" Jargon hinzu, „Ew. Exzellenz sich mit entsprechenden Vorschlägen an mich wenden möge". Ferner ein einmaliger Betrag von 1000 Rubel für „Bürounkosten" der Kreisräte und 1000 bis 1500 Rubel als Kanzleigelder für die Gouvernementsämter. Am meisten werden ja die Kanzleien zu arbeiten haben, die ganze Arbeit wird ja in Kanzleikram bestehen — wie sollte man sich da nicht um die Kanzleigelder kümmern? Zuerst kommen die Kanzleien, der Rest ist für die Hungernden.

Herr Sipjagin zeigt eine erstaunliche Zähigkeit und Findigkeit im Ausklügeln von Maßnahmen zur *Reduzierung* der Unterstützungen für die Hungernden. Vor allem fordert er, daß die Gouverneure die Frage erörtern, welche Kreise „durch die Mißernte in Not geraten" sind (die endgültige Entscheidung dieser Frage behält sich das Ministerium selbst vor: nicht einmal bei den Gouverneuren kann man sicher sein, daß sie „Übertreibungen" zu vermeiden wissen!). Und nun werden also Vorschriften gemacht, wann der Kreis *nicht* als in Not geraten zu betrachten ist: 1. wenn nicht mehr als ein Drittel der Amtsbezirke in Mitleidenschaft gezogen wurde; 2. wenn der Getreidemangel der übliche ist und in jedem Jahr auf Grund von Nebenerwerb Getreide hinzugekauft wird; 3. wenn die lokalen Mittel für die Gewährung von Unterstützungen ausreichen. Wir sehen schon hier ein kleines Musterbeispiel für die bürokratische Lösung von Ernährungsfragen: alles wird über einen Leisten geschlagen! Wie stark die Bevölkerung in dem einen Drittel der Amtsbezirke ist, in welchem Maße diese gelitten haben, ob nicht die üblichen „Nebenverdienste" in dem Jahr schwerster industrieller Krise gesunken sind — all das sind nach den kategorischen „Vorschriften" des Ministeriums müßige Fragen! Doch das dicke Ende kommt noch. Der springende Punkt ist, wer als bedürftig anzusehen und wie hoch die Unterstützung zu bemessen ist. Herr Sipjagin empfiehlt folgende „ungefähre Berechnung", die sich „selten als

wesentlich übertrieben erweist" (vor allem fürchten wir Übertreibungen; wir fürchten übertriebene Hoffnungen, fürchten übertriebene Darlehen! Der Hunger und die Arbeitslosigkeit sind alles nur „Übertreibungen": das ist der klare Sinn aller ministeriellen Erwägungen). Erstens wird durch Probedrusch „der *Durchschnitts*ertrag pro Desjatine in jedem Dorf" ermittelt und dann der Umfang der gesamten Saatfläche jedes Landwirts. Warum wird nicht auch die Höhe des Ernteertrages bei Landwirten verschiedener Vermögenslage ermittelt? Die Ernte der Dorfarmut fällt niedriger aus, und eine Feststellung des „Durchschnitts"ertrages ist gerade für die Bedürftigen ungünstig. Zweitens gilt derjenige als nicht bedürftig, bei dem mindestens 48 Pud Getreide im Jahr auf die Familie entfallen (wobei je 12 Pud auf drei Erwachsene und je 6 Pud auf zwei Kinder gerechnet werden). So rechnet der knauserigste Kulak: selbst die ärmsten Bauern verbrauchen in einem normalen Jahr bei einer fünf- bis sechsköpfigen Familie nicht 48, sondern 80 Pud Getreide, wie aus Beschreibungen der Bauernwirtschaft bekannt ist; der Mittelbauer dagegen verbraucht in einem normalen Jahr bei einer fünfköpfigen Familie 110 Pud Getreide. Die zaristische Regierung reduziert also die tatsächlich zur Ernährung notwendige Getreidemenge *auf die Hälfte*. Drittens wird „diese Quantität" (d. h. 48 Pud pro Familie), so heißt es im Rundschreiben, „um die Hälfte herabgesetzt, da die Bevölkerung zu etwa 50 Prozent aus Arbeitern besteht". Die Regierung beharrt zäh auf ihrem Grundsatz, daß die Arbeiterbevölkerung kein Darlehen erhalten darf, da sie ja verdienen könne. Aber der Minister hat doch schon einmal vorgeschrieben, die Kreise, wo die üblichen Nebenerwerbe anzutreffen sind, nicht als in Not geraten anzusehen. Wozu also die Arbeiterbevölkerung ein *zweites Mal* von der Unterstützung ausschließen? Weiß doch jeder, daß es in diesem Jahr nicht nur keine besonderen Nebenerwerbe gibt, sondern daß auch die üblichen Nebenerwerbe infolge der Krise geringer sind. Hat doch die Regierung selber Zehntausende erwerbslose Arbeiter aus den Städten in die Dörfer ausgewiesen! Hat doch die Erfahrung der früheren Hungersnöte bewiesen, daß die Ausschließung der Arbeiterbevölkerung nur zu einer Teilung der unzureichenden Darlehen zwischen Kindern und Erwachsenen führt! Nein, der Spruch „Man kann einem Ochsen nicht zwei Häute abziehen" wäre noch zu schmeichelhaft für das Innenministerium, das durch zwei Federstriche alle Arbeitsfähigen aus der Liste der Bedürftigen ausschließt!

Viertens erfährt dann auch diese um die Hälfte verminderte, völlig unzureichende Unterstützung eine weitere *Verminderung* um $^1/_3$—$^1/_5$—$^1/_{10}$ „im Hinblick auf die annähernde Zahl bemittelter Landwirte, die einen Vorrat aus dem vergangenen Jahr oder aber irgendwelche materiellen Mittel besitzen"!! Das ist schon die dritte Haut von ein und demselben Ochsen! Was für „Mittel" oder „Vorräte" kann ein Bauer besitzen, der für seine Familie nicht mehr als 48 Pud Getreide geerntet hat? Aller sonstiger Erwerb ist schon doppelt eingerechnet, und außerdem kann selbst der russische Bauer bei allem Elend, in das ihn die Politik der Regierung, das Joch des Kapitals und der Gutsbesitzer gebracht haben, nicht nur von Brot leben. Notwendig sind noch Ausgaben für Heizung, für Hausreparaturen, für Kleidung und für andere Nahrungsmittel außer Brot. In einem gewöhnlichen Jahr geben selbst die ärmsten Bauern, wie aus wissenschaftlichen Beschreibungen der Bauernwirtschaft bekannt ist, *über die Hälfte* ihres Einkommens für andere Bedürfnisse aus außer dem Brot. Wenn man das alles in Erwägung zieht, so erweist es sich, daß der Minister die notwendige Hilfe auf *ein Viertel bis ein Fünftel* des wirklich Notwendigen ansetzt. Das ist nicht Kampf gegen die Hungersnot, sondern Kampf gegen diejenigen, die den Hungernden wirklich helfen wollen.

Das Rundschreiben schließt mit einem direkten Feldzug gegen die privaten Wohltäter. Des öfteren habe sich gezeigt, wettert Herr Sipjagin, daß manche Wohltäter bestrebt sind, in der Bevölkerung „Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und ein durch nichts gerechtfertigtes anspruchsvolles Verhalten gegenüber der Regierung" hervorzurufen, daß sie eine „regierungsfeindliche Agitation" treiben usw. Diese Anschuldigungen sind in Wirklichkeit direkt *erlogen*. Bekanntlich wurden 1891 die Proklamationen der „Bauernfreunde"[73] verbreitet, Proklamationen, die das Volk sehr richtig auf seinen wirklichen Feind hinwiesen; wahrscheinlich hat es im Zusammenhang mit der Hungersnot auch noch andere Agitationsversuche gegeben! Aber in keinem einzigen Fall haben Revolutionäre ihre Agitation unter der Maske der Wohltätigkeit getrieben. Die Masse der Wohltäter — das ist eine unzweifelhafte Tatsache — waren *nur* Wohltäter, und wenn sich Herr Sipjagin darauf beruft, daß unter ihnen viele „Personen mit nicht einwandfreier politischer Vergangenheit" seien, so fragt es sich, wer denn bei uns jetzt noch eine „einwandfreie Vergangenheit" hat? Selbst „hochgestellte Persönlichkeiten" haben sehr oft in

ihrer Jugend der allgemeindemokratischen Bewegung Tribut gezollt! Wir wollen natürlich nicht sagen, daß die Agitation gegen die Regierung im Zusammenhang mit der Hungersnot unzulässig oder auch nur unerwünscht sei. Im Gegenteil, Agitation ist stets notwendig und während der Hungersnot ganz besonders. Wir wollen nur sagen, daß Herr Sipjagin in dem Bemühen, seine Ängste und Befürchtungen als Ergebnis der Erfahrung hinzustellen, *Märchen erfindet*. Wir wollen sagen, daß die Worte des Herrn Sipjagin nur die eine alte Wahrheit beweisen: Die Polizeiregierung fürchtet jede Berührung der auch nur einigermaßen unabhängigen und ehrlichen Intelligenz mit dem Volke, sie fürchtet jedes direkt an das Volk gerichtete wahre und kühne Wort, sie argwöhnt — und argwöhnt mit vollem Recht —, daß schon allein die Sorge um die wirkliche (und nicht scheinbare) Beseitigung der Not gleichbedeutend mit Agitation gegen die Regierung ist, denn das Volk sieht, daß die privaten Wohltäter ihm aufrichtig helfen wollen, während die Beamten des Zaren dies zu hindern suchen, die Unterstützung kürzen, das Ausmaß der Not bagatellisieren, die Einrichtung von Speiseküchen erschweren usw. Jetzt fordert das neue Rundschreiben direkt, daß alle Geldspenden und Aufforderungen zu Spenden, jede Einrichtung von Speiseküchen der „Kontrolle der Behörden zu unterstellen" sind; es verlangt, daß alle neu ankommenden Personen sich dem Gouverneur „vorstellen", ihre Helfer nur mit seiner Genehmigung wählen, ihm über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen!! Wer helfen will, der füge sich den Polizeibeamten und dem Polizeisystem, das die Hilfe in jeder Weise einschränkt und die Unterstützungen gewissenlos kürzt! Wer sich dieser Niedertracht nicht unterordnen will, der wage es nicht, zu helfen: das ist der ganze Sinn der Regierungspolitik. Herr Sipjagin schreit, daß „politisch unzuverlässige Leute gern die Hungersnot ausnutzen, um unter der Maske der Nächstenliebe ihre verbrecherischen Ziele zu verfolgen", und die gesamte reaktionäre Presse wiederholt diesen Schrei (z. B. die „Moskowskije Wedomosti"). Wie schrecklich! Die Not des Volkes für die „Politik" ausnutzen! Wirklich schrecklich ist im Gegenteil, daß in Rußland jede Aktivität, *sogar* die jeder Politik fernliegende philantropische Betätigung (Wohltätigkeit) unausweichlich zum Zusammenstoß der aufrechten Menschen mit der polizeilichen Willkür und den „Unterbindungs"-, „Verbots"-, „Einschränkungs"- und sonstigen Maßnahmen führt. Schrecklich ist, daß die Regierung mit Erwägungen der hohen Po-

litik ihre niederträchtige Absicht verhüllt, dem Hungernden das Stück Brot wegzunehmen, die Unterstützungen auf ein Fünftel herabzusetzen und allen, mit Ausnahme der Polizeibeamten, zu verbieten, sich denen zu nähern, die des Hungers sterben! Und wir wiederholen noch einmal den Appell der „Iskra": Eröffnet gegen die Verpflegungskampagne der Polizeiregierung einen Entlarvungsfeldzug, enthüllt in der nicht der Zensur unterworfenen freien Presse alle Gemeinheiten der örtlichen Satrapen, die ganze eigennützige Taktik zur Kürzung der Unterstützungen, die ganze Erbärmlichkeit und Unzulänglichkeit der Hilfe, den kläglichen Versuch, die Hungersnot zu bagatellisieren, und den schmählichen Kampf gegen diejenigen, die den Hungernden helfen wollen! Allen, die auch nur eine Spur von aufrichtigem Mitgefühl für die Not des Volkes haben, geben wir den Rat, dafür zu sorgen, daß das Volk den wahren Sinn und die wahre Bedeutung des ministeriellen Rundschreibens kennenlernt. Läßt es sich doch nur aus der grenzenlosen Unwissenheit des Volkes erklären, daß *derartige* Rundschreiben nicht sofort allgemeine Empörung hervorrufen. Und mögen die klassenbewußten Arbeiter, die sowohl der Bauernschaft als auch den rückständigen städtischen Massen am nächsten stehen, die Initiative zur Entlarvung der Regierung in ihre Hand nehmen!

„Iskra" Nr. 9,
Oktober 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

ANTWORT AN DAS ST. PETERSBURGER KOMITEE

In Nr. 12 der „Rabotschaja Mysl" veröffentlicht das St. Petersburger Komitee (der Kampfbund) eine Entgegnung auf die Notiz in der ersten Nummer der „Iskra" über die Spaltung des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten". Leider *umgeht* diese Entgegnung sorgfältig den eigentlichen Kern der Streitfrage: bei einer solchen Methode kann die Polemik nie zu einer Klärung des Sachverhalts führen. Wir haben behauptet und behaupten mit Nachdruck, daß sich der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" *gespalten* hat, daß der „Auslandsbund" in zwei Teile *zerfallen* ist, nachdem eine starke Minderheit der Mitglieder die Konferenz von 1900 verließ, darunter auch die Gruppe „Befreiung der Arbeit", die den „Auslandsbund" gründete und früher alle seine Publikationen redigierte. Nach der Spaltung kann keiner der Teile die Stelle einnehmen, die der alte „Auslandsbund" als Ganzes einnahm. Das St. Petersburger Komitee *macht nicht den Versuch*, diese Auffassung zu widerlegen, es spricht (man weiß nicht warum) lediglich von Plechanow und nicht von der Organisation „Sozialdemokrat", es gibt dem Leser nur indirekt zu verstehen, daß der St. Petersburger Kampfbund offenbar die *Tatsache der Spaltung* in Abrede stellt und einen der Teile des früheren „Auslandsbundes" immer noch für das ungeteilte Ganze hält.

Wozu beginnt man eine Polemik, wenn man nicht gewillt ist, die Meinung des Gegners sachlich zu analysieren und die eigene offen auszusprechen?

Weiter. Wir haben behauptet und bleiben dabei, daß die Hauptursache (nicht der Anlaß, sondern die Ursache) der Spaltung eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit gewesen ist, und zwar die Differenzen zwischen

der revolutionären und der opportunistischen Sozialdemokratie. Schon allein aus diesem Grunde kann übrigens das, was sich im „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" zugetragen hat, nur als eine Spaltung des alten „Auslandsbundes" betrachtet werden. Es fragt sich nun, wie das St. Petersburger Komitee diese Sache ansieht. Wagt es, das Bestehen einer tiefen, grundsätzlichen Entzweiung zwischen beiden Teilen des ehemaligen „Auslandsbundes" zu leugnen? Man weiß es nicht, denn das St. Petersburger Komitee hat es fertiggebracht, eine „Entgegnung" zu schreiben, ohne auch nur *ein einziges Wörtchen* über diese grundlegende Frage zu verlieren. Und noch einmal fragen wir die Petersburger, und nicht nur allein die Petersburger Genossen: Droht nicht eine Polemik, die den Kern der Dinge umgeht, in die unangenehmste Schimpferei auszuarten? Lohnt es sich überhaupt, eine Polemik zu beginnen, wenn man nicht gewillt ist, oder wenn man es für unzeitgemäß hält, den eigentlichen Kern der Frage zu klären und seine Meinung mit aller Bestimmtheit und ohne jeden Rückhalt auszusprechen?

„Iskra" Nr. 9,
Oktober 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

AUSLANDSANGELEGENHEITEN

Die Auslandsabteilung der „Iskra"-Organisation hat sich mit der revolutionären Auslandsorganisation „Sozialdemokrat" zu einer Organisation vereinigt: der „Auslandsliga der revolutionären russischen Sozialdemokratie"[74]. Wie aus der von ihr veröffentlichten Erklärung hervorgeht, beabsichtigt die neue Organisation, mit der Herausgabe einer Reihe von Broschüren propagandistischen und agitatorischen Charakters zu beginnen. Die Liga ist der Vertreter der „Iskra" im Ausland. Die Auslandsorganisation der revolutionären Sozialdemokraten, die von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" geführt wird, hat sich also endgültig mit der Organisation vereinigt, die sich um unsere Zeitung gruppiert. Die Gruppe „Befreiung der Arbeit" wird ebenso wie früher an der Redaktion unserer Publikationen aufs engste beteiligt sein.

Die Vereinigung der russischen revolutionären sozialdemokratischen Organisationen im Ausland kam zustande, nachdem der Versuch dieser Organisationen gescheitert war, sich mit dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" (der das „Rabotscheje Delo" herausgibt) zu vereinigen. Zu Beginn des Sommers hatte eine Beratung von Vertretern aller drei Organisationen den Entwurf eines Übereinkommens dieser Organisationen ausgearbeitet. Dem Übereinkommen wurde eine Reihe grundsätzlicher Resolutionen zugrunde gelegt, die den vollständigen Verzicht des „Auslandsbundes" auf jedes Liebäugeln mit dem Ökonomismus und dem Bernsteinianertum und die Anerkennung der Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie enthielten. Man durfte hoffen, daß die Vereinigung zustande kommt, denn bisher hatte nur die schwankende Haltung des „Auslandsbundes" und seines Organs, des „Rabotscheje Delo",

in prinzipiellen Fragen der Annäherung im Wege gestanden. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht: die jüngst erschienene Nummer 10 des „Rabotscheje Delo" enthielt Artikel der Redaktion, die sich direkt gegen die Resolutionen richteten, die zusammen mit den Delegierten des „Auslandsbundes" in der Beratung ausgearbeitet worden waren. Offenkundig hatte der „Auslandsbund" wieder eine Wendung zum rechten Flügel unserer Bewegung vorgenommen. Und wirklich brachte der „Auslandsbund" in der Konferenz aller drei Organisationen zu den erwähnten Resolutionen „Abänderungsanträge" ein, aus denen klar hervorging, daß er zu seinen früheren Verirrungen zurückkehrt. Den übrigen Organisationen blieb nichts anderes zu tun, als die Konferenz zu verlassen, was sie auch taten. Offenbar sind sich unsere Genossen aus dem „Auslandsbund" immer noch nicht genügend klar über die Gefahr einer solchen Mittelstellung ihrer Organisation zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem Opportunismus, der den Liberalen in die Hände arbeitet. Wir hoffen, daß die Zeit und die bittere Erfahrung sie von der Unrichtigkeit ihrer Taktik überzeugen werden. Das überall in der Partei zutage tretende Streben, nicht nur an der Ausbreitung unserer Bewegung, sondern auch an der Hebung ihres qualitativen Niveaus zu arbeiten, ist für uns die beste Gewähr, daß sich die so sehr erwünschte Vereinigung aller unserer Kräfte unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie vollziehen wird, dem unsere Zeitung dient.

„Iskra" Nr. 9,
Oktober 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

ZUCHTHAUSBESTIMMUNGEN UND EIN ZUCHTHAUSURTEIL

Wieder einmal „provisorische Bestimmungen"!

Nur handelt es sich diesmal nicht um Studenten, die sich der Unbotmäßigkeit schuldig gemacht haben, sondern um Bauern, deren Schuld darin besteht, daß sie hungern.

Am 15. September erfolgte die allerhöchste Bestätigung und unmittelbar darauf die Veröffentlichung der „Provisorischen Bestimmungen über die Beteiligung der Bevölkerung der von der Mißernte betroffenen Gebiete an den Arbeiten, die auf Anordnung der Ministerien für Verkehrswesen, für Landwirtschaft und für Staatsdomänen vorgenommen werden". Wenn der russische Bauer die Bestimmungen kennenlernt (natürlich nicht aus den Veröffentlichungen in den Zeitungen, sondern aus persönlicher Erfahrung), so wird er eine neue Bestätigung der Wahrheit finden, die ihm die jahrhundertelange Versklavung durch Gutsbesitzer und Beamte eingebläut hat: Wenn die Obrigkeit feierlich erklärt, dem Bauer sei an einem großen oder kleinen Werk — am Loskauf von Gutsherrnland oder an Notstandsarbeiten aus Anlaß der Hungersnot — „die Teilnahme gestattet", so ist irgendeine neue ägyptische Plage zu erwarten.

Und in der Tat, ihrem ganzen Inhalt nach machen die provisorischen Bestimmungen vom 15. September den Eindruck eines neuen Strafgesetzes, den Eindruck von ergänzenden Bestimmungen zum Strafgesetzbuch. Vor allem sind schon bei der Organisierung und Durchführung der Arbeiten solch große „Vorsichtsmaßregeln" und bürokratische Hindernisse vorgesehen, als ob es sich um irgendwelche Aufständische oder verbannte Sträflinge und nicht um Hungernde handele. Man sollte meinen, die Organisierung der Arbeiten sei eine höchst einfache Angelegenheit: die

Semstwo- und sonstigen Institutionen erhalten Geld und stellen Arbeiter ein zum Straßenbau, zum Roden von Wald u. dgl. mehr. Gewöhnlich werden Arbeiten dieser Art auch so durchgeführt. Jetzt aber wird ein besonderes Reglement geschaffen: der Landeshauptmann bringt die Arbeiten in Vorschlag, und der Gouverneur gibt sein Gutachten ab, das nach St. Petersburg weitergeleitet wird, an die besondere „Kommission für das Ernährungswesen", die aus Vertretern der verschiedenen Ministerien und dem Stellvertreter des Innenministers als Vorsitzendem besteht. Außerdem liegt die Gesamtleitung in der Hand des Ministers, der auch Sonderbevollmächtigte ernennen kann. Die Petersburger Kommission wird sogar Höchstsätze für die Entlohnung der Arbeiter festlegen, d. h. also, sie wird darauf achten, daß der Bauer nicht durch allzu hohe Bezahlung „verderbt" wird! Es ist offensichtlich, daß die provisorischen Bestimmungen vom 15. September den Zweck haben, eine breitangelegte Durchführung von Notstandsarbeiten zu *erschweren*, genauso wie das Sipjaginsche Rundschreiben vom 17. August die Ausgabe von Unterstützungen an die Hungernden *erschwert* hat.

Aber noch viel wichtiger und viel bösartiger sind die Sonderbestimmungen darüber, wie die Bauern eingestellt werden sollen.

Wenn die Arbeiten „außerhalb ihres Wohnbezirks" durchgeführt werden (das wird natürlich für die übergroße Mehrheit der Fälle zutreffen), dann bilden die Arbeiter besondere Artels *unter der Aufsicht des Landeshauptmanns*, der auch den Ältesten zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bestimmen hat. Den Ältesten selbst wählen, wie es die Arbeiter gewöhnlich tun, das dürfen die hungernden Bauern nicht. Sie werden dem mit der Rute bewaffneten Landeshauptmann unterstellt! Von den Mitgliedern des Artels wird eine besondere Liste angefertigt, die für sie die gesetzlich vorgeschriebenen *Aufenthaltsgenehmigungen ersetzt*... Statt der Einzelpässe wird es also Artel-Listen geben. Und wozu das? Um dem Bauern *die Bewegungsfreiheit zu nehmen*, denn hätte er einen Einzelpaß, könnte er ungehinderter am neuen Ort sein Leben einrichten, wie es ihm zusagt, oder, wenn er unzufrieden ist, die Arbeit leichter aufgeben.

Weiter. „Die Sorge um die Aufrechterhaltung der gebührenden Ordnung während der Fahrt und die Übergabe der herangeschafften Arbeitertrupps an die Arbeitsleiter wird Beamten anvertraut, die das Innenministerium speziell hierfür beordert." Freien Arbeitern zahlt man einen

Vorschuß für die Reise — Leibeigene werden nach Listen *„truppweise"* „herangeschafft" und besonderen Beamten „übergeben". Haben die Bauern nicht recht, wenn sie die „öffentlichen" Arbeiten und Notstandsarbeiten als neue Leibeigenschaft betrachten?

Und tatsächlich drückt das Gesetz vom 15. September die hungernden Bauern nicht nur in der Hinsicht zu Leibeigenen hinab, daß es ihnen die Freizügigkeit nimmt. Das Gesetz gibt den Beamten das Recht, *einen Teil des Lohnes* zur Überweisung an die Familien der Arbeiter *einzubehalten*, wenn „die Behörden des Gouvernements, in dem die Familien zurückgeblieben sind", das für nötig halten. Ohne Einwilligung der Arbeiter wird also über das von ihnen verdiente Geld verfügt! Der Bauer ist dumm: er kann nicht selbst für seine Familie sorgen. Die Obrigkeit wird das alles viel besser machen: wer hat schließlich nicht davon gehört, wie gut sie für die Bauernfamilien in den Militärkolonien gesorgt hat?

Nur eins ist schlimm: Die Bauern sind jetzt wohl doch nicht mehr so gefügig wie zur Zeit der Militärkolonien. Sie könnten schließlich fordern, daß man ihnen die üblichen Pässe ausstelle und daß man es nicht wage, ohne ihre Einwilligung das von ihnen verdiente Geld einzubehalten! Für diesen Fall müssen die Maßregeln verschärft werden, und das Gesetz bestimmt in einem besonderen Artikel, daß „die Aufsicht darüber, daß die Arbeiter an den Arbeitsstellen die gebührende Ordnung halten, auf Anordnung des Innenministers den örtlichen Landeshauptleuten, Offizieren des besonderen Gendarmeriekorps, Polizeibeamten oder besonders hierzu bestimmten Personen übertragen wird". Die Regierung betrachtet die hungernden Bauern offenbar *von vornherein* als „Aufrührer" und führt für sie, neben der allgemeinen Überwachung aller russischen Arbeiter durch die gesamte russische Polizei, noch eine zusätzliche, besonders strenge Überwachung ein. Man hat *von vornherein* beschlossen, den Bauern mit eiserner Faust anzupacken, weil er es wagt, die Hungersnot zu „übertreiben", und weil er (wie sich Sipjagin in seinem Rundschreiben ausdrückte) „der Regierung gegenüber ein durch nichts gerechtfertigtes anspruchsvolles Verhalten" an den Tag legt.

Um aber im Falle irgendwelcher Unzufriedenheit der Arbeiter nicht die Schererei mit den Gerichten zu haben, geben die provisorischen Bestimmungen den Beamten das Recht, die Arbeiter *ohne besonderes Gerichtsverfahren* wegen Ruhestörung, nachlässiger Arbeit und Nichtaus-

führung von Anordnungen mit Haft *bis zu drei Tagen* zu bestrafen!! Der freie Arbeiter muß vor den Friedensrichter zitiert werden, vor dem er sich verteidigen und gegen dessen Entscheidung er Einspruch erheben kann, den hungernden Bauern aber darf man ohne jedes Gericht ins Kittchen stecken! Den freien Arbeiter kann man, wenn er nicht arbeiten will, nur entlassen, für den hungernden Bauern dagegen schreibt das neue Gesetz vor, daß er zusammen mit Dieben und Räubern *per Schub in die Heimat abzutransportieren ist*, wenn er „sich beharrlich der Arbeit entzieht"!

Die neuen provisorischen Bestimmungen sind regelrechte Zuchthausbestimmungen für die Hungernden, Bestimmungen über ihre Verschikkung zu Zwangsarbeit mit Aberkennung der Bürgerrechte, weil sie es gewagt haben, die Obrigkeit mit Bitten um Hilfe zu belästigen. Die Regierung hat sich nicht damit begnügt, dem Semstwo die Leitung des Ernährungswesens zu entziehen, Privatpersonen die Einrichtung von Speiseküchen ohne polizeiliche Genehmigung zu verbieten und anzuordnen, daß das wirkliche Ausmaß der Not auf ein Fünftel zu verkleinern ist; sie erklärt darüber hinaus die Bauern für nicht vollberechtigt und befiehlt, gegen sie ohne Gerichtsverfahren rücksichtslos vorzugehen. Zum ständigen Zuchthausregime, das die Menschen zu ewigem Hunger und zermürbender Arbeit verurteilt, soll jetzt auch noch das Zuchthausregime der Notstandsarbeiten hinzukommen.

Das sind die Maßnahmen der Regierung in bezug auf die Bauern. Wie man mit den Arbeitern abrechnet, das findet seine krasseste Kennzeichnung durch die in der vorigen Nummer unserer Zeitung veröffentlichte „Anklageschrift" in Sachen der Maiunruhen in den Obuchow-Werken. Die „Iskra" hat in ihrer Juni- und Julinummer über das Ereignis selbst bereits berichtet. Unsere legale Presse hat über die Gerichtsverhandlung geschwiegen, offensichtlich eingedenk dessen, daß selbst das so überaus wohlgesinnte „Nowoje Wremja" für den Versuch „büßen" mußte, über diese Themen zu schreiben. In die Zeitungen gelangte eine aus ein paar Zeilen bestehende Notiz, daß die Gerichtsverhandlung Ende September stattfand, und in einer der südrussischen Zeitungen wurde so nebenbei das Urteil mitgeteilt: Für zwei Personen *Zuchthaus*, für acht Freispruch und für die übrigen Gefängnis und Zwangsarbeit zwischen 2 und 3½ Jahren.

Wir haben also im Artikel „Ein neues Blutbad" („Iskra" Nr. 5)* die Rachsucht der russischen Regierung noch unterschätzt. Wir meinten, sie hätte zu den militärischen Repressalien als letztem Kampfmittel gegriffen und wagte nicht, sich an das Gericht zu wenden. Wie sich zeigt, hat man es verstanden, das eine mit dem anderen zu verbinden: nachdem man auf die Menschenmenge eingeschlagen und drei Arbeiter ermordet hatte, wurden 37 Personen aus mehreren Tausend herausgegriffen und zu drakonischen Strafen verurteilt.

Wie man sie herausgriff und wie man sie aburteilte, davon gibt die Anklageschrift eine gewisse Vorstellung. Als Haupträdelsführer wurden An. Iw. Jermakow, Jefr. Step. Dachin und An. Iw. Gawrilow hingestellt. Die Anklageschrift gibt an, Jermakow habe Flugblätter in seiner Wohnung gehabt (nach Aussage der Bedienerin in einem staatlichen Branntweinladen, Michailowa, die als Zeugin *nicht vor Gericht geladen wurde*), er habe vom Kampf um die politische Freiheit gesprochen und sei am 22. April mit einer roten Fahne auf den Newski gegangen. Ferner wird betont, daß auch Gawrilow Flugblätter, die zur Demonstration am 22. April aufriefen, besessen und verteilt habe. Von der Angeklagten Jakowlewa heißt es ebenfalls, sie habe an irgendwelchen geheimen Zusammenkünften teilgenommen. Der Staatsanwalt hat sich also zweifellos bemüht, als Rädelsführer eben solche Leute hinzustellen, die bei der Geheimpolizei in Verdacht standen, politische Funktionäre zu sein. Der politische Charakter der Angelegenheit gehe auch daraus hervor, daß die Menge gerufen habe: „Wir wollen Freiheit!", ferner auch aus dem Zusammenhang mit dem 1. Mai. Nebenbei gesagt, hat die Entlassung von 26 Personen wegen „Arbeitsversäumnis" am 1. Mai den ganzen Brand erst angefacht, aber der Staatsanwalt hat selbstverständlich kein Wörtchen über das *Ungesetzliche* dieser Entlassungen verlauten lassen!

Die Sache ist klar. Für das Gericht wurden die herausgegriffen, die im Verdacht standen, politische Feinde zu sein. Die Geheimpolizei legte die Listen vor. Und die Polizisten „bestätigten" natürlich, daß diese Leute in der Menge gewesen wären, mit Steinen geworfen hätten und inmitten der anderen aufgefallen wären.

Durch die Gerichtsverhandlung wurde der (nach dem Blutbad) zweite politische Racheakt bemäntelt. Und niederträchtig wurde er bemäntelt:

* Siehe den vorliegenden Band, S. 14—19. *Die Red.*

die Politik erwähnte man nur zur Erschwerung der Schuld, wogegen man nicht gestattete, die politischen Begleitumstände des ganzen Ereignisses zu schildern. Die Angeklagten wurden nach Paragraph 263 des Strafgesetzbuches als Kriminalverbrecher abgeurteilt, d. h. wegen „offenen Aufstands wider die von der Regierung eingesetzten Behörden", und zwar eines von bewaffneten (?) Personen unternommenen Aufstands. Die Anklage war *künstlich konstruiert*: die Polizei hatte den Richtern befohlen, nur die eine Seite des Falls zu behandeln.

Wir wollen bemerken, daß man auf Grund der Paragraphen 263—265 des Strafgesetzbuches für *jede* Kundgebung *ins* Zuchthaus gesteckt werden kann, nämlich wegen „offenen Aufstands mit der Absicht, die Ausführung der von der Regierung vorgeschriebenen Verfügungen und Maßnahmen zu verhindern", selbst dann, wenn die „Aufständischen" unbewaffnet wären und nicht einmal offene Gewalttaten verübten! Die russischen Gesetze sind freigebig mit Zuchthausstrafen! Und für uns ist es an der Zeit, dafür zu sorgen, daß jeder dieser Prozesse durch die Angeklagten selber in einen politischen Prozeß *verwandelt wird*, damit die Regierung es nicht wagt, ihre politischen Racheakte durch Inszenierung von Kriminalprozessen zu bemänteln.

Doch welcher „Fortschritt" im eigentlichen Gerichtsverfahren, verglichen z. B. mit 1885! Damals saßen über die Morosowschen Weber Geschworene zu Gericht, die Zeitungen brachten vollständige Berichte, und Arbeiter enthüllten als Zeugen vor Gericht alle Schandtaten des Fabrikanten. Und jetzt — ein Gerichtshof aus Beamten mit Ständevertretern ohne eigene Meinung, geschlossene Gerichtstüren, tiefes Schweigen der Presse, speziell ausgesuchte Zeugen: Mitglieder der Werkleitung, Wächter, Polizisten, die das Volk geprügelt, Soldaten, die auf die Arbeiter geschossen haben. Welch widerliche Komödie!

Man vergleiche diesen von 1885 bis 1901 erzielten „Fortschritt" in den Repressalien gegen die Arbeiter mit dem „Fortschritt", der von 1891 bis 1901 im Kampf gegen die Hungernden gemacht wurde, und man erhält eine gewisse Vorstellung davon, wie rasch die Empörung des Volkes und der Gesellschaft in die Tiefe und in die Breite wächst, wie wütend die Regierung um sich zu schlagen beginnt, wie sie sowohl die privaten Wohltäter als auch die Bauern „an die Kandare zu nehmen" und die Arbeiter mit Zuchthausurteilen zu schrecken sucht. Nein, das Zuchthaus schreckt

die Arbeiter nicht, deren Führer sich nicht fürchteten, im offenen Straßenkampf gegen die Zarenschergen das Leben hinzugeben. Das Andenken der ermordeten und in den Gefängnissen zu Tode gefolterten heldenhaften Kameraden wird die Kräfte der neuen Kämpfer verzehnfachen und ihnen Tausende Helfer zuführen, die wie die achtzehnjährige Marfa Jakowlewa offen sagen werden: „Wir stehen für unsere Brüder ein!" Die Regierung will gegen die Manifestanten nicht nur polizeiliche und militärische Repressalien anwenden, sondern sie außerdem wegen Aufstands vor Gericht stellen; — wir antworten darauf mit dem Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte, mit der Gewinnung aller, die durch die zaristische Willkür unterdrückt werden, und mit der systematischen Vorbereitung des allgemeinen Volksaufstandes!

„Iskra" Nr. 10,
November 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

INNERPOLITISCHE RUNDSCHAU

Geschrieben im Oktober 1901.
Zuerst veröffentlicht im Dezember 1901 in der Zeitschrift „Sarja" Nr. 2—3.
Unterschrift: J. Ch.

Nach dem Text der „Sarja".

I. DIE HUNGERSNOT[75]

Wieder Hungersnot! Nicht nur Verelendung, sondern geradezu ein Hinsterben der russischen Bauernschaft ist es, was im letzten Jahrzehnt mit erstaunlicher Geschwindigkeit vor sich geht, und wahrscheinlich hat kein Krieg, so lang und erbittert er auch gewesen sein mag, eine solche Unzahl Opfer hinweggerafft. Gegen den Bauern haben sich ausnahmslos die mächtigsten Kräfte unserer Epoche verbündet: sowohl der sich immer schneller entwickelnde Weltkapitalismus, der die überseeische Konkurrenz geschaffen und die kleine Minderheit von Landwirten, die fähig ist, sich im verzweifelten Kampf ums Dasein zu behaupten, mit den vollkommensten Produktionsverfahren und Geräten ausgerüstet hat, als auch der Militärstaat, der in seinen Kolonialbesitzungen, im Fernen Osten und in Mittelasien, eine Abenteurerpolitik betreibt, der all die unermeßlichen Lasten dieser wahnwitzige Gelder kostenden Politik auf die Arbeitermassen abwälzt und dazu noch mit dem Geld des Volkes immer neue Polizeibastionen zur „Unterdrückung" und „Zügelung" der wachsenden Unzufriedenheit und Empörung dieser Massen errichtet.

Nachdem bei uns die Hungersnot zur üblichen Erscheinung geworden ist, war naturgemäß zu erwarten, daß sich die Regierung bemühen wird, ihre ebenfalls übliche Ernährungspolitik in Verordnungen zu fixieren und zu untermauern. Wenn die Regierung in den Jahren 1891—1892 überrumpelt wurde und zunächst ziemlich ratlos war, so verfügt sie jetzt bereits über reiche Erfahrung und weiß genau, was sie (und wie sie es) tun wird. „Gegenwärtig", schrieb die „Iskra" im Juli (Nr. 6), „zieht sich eine finstere Wolke der Volksnot über dem Lande zusammen, und die Regierung schickt sich abermals an, ihre schmachvolle Funktion

der brutalen Gewalt auszuüben, die der hungernden Bevölkerung den Bissen Brot vorenthält, die jede der Obrigkeit mißfällige ‚Äußerung' der Fürsorge für die hungernden Menschen bestraft."

Die Regierung traf ihre Vorbereitungen sehr rasch und sehr entschlossen. In welchem Geiste diese Vorbereitungen getroffen wurden, haben die Jelisawetgrader Vorgänge zur Genüge gezeigt. Fürst Obolenski, der Chef des Gouvernements Cherson, erklärte sofort allen den Krieg, die sich erkühnten, über die Hungersnot im Kreis Jelisawetgrad zu schreiben und zu sprechen, die Öffentlichkeit zur Unterstützung der Hungernden aufzurufen, private Zirkel zu organisieren und Privatpersonen zur Organisierung dieser Hilfeleistung aufzufordern. Semstwoärzte schrieben in den Zeitungen, daß im Kreise Hungersnot herrscht, daß die Menschen krank sind und sterben, daß das „Brot", das sie zu ihrer Ernährung verwenden, etwas Unvorstellbares ist, das die Bezeichnung Brot überhaupt nicht verdient. Der Gouverneur begann eine Polemik gegen die Semstwoärzte und veröffentlichte offizielle Dementis. Wer die allgemeinen Verhältnisse unserer Presse auch nur einigermaßen kennt, wer sich die Mühe nimmt, sich jene wütende Verfolgung ins Gedächtnis zurückzurufen, der in letzter Zeit sehr gemäßigte Organe und noch unvergleichlich viel gemäßigtere Schriftsteller ausgesetzt waren, der versteht, was diese „Polemik" des Gouverneurs gegen irgendwelche Semstwoärzte, die nicht einmal im Staatsdienst stehen, bedeutete! Das war einfach Knebelung, das war die unverblümteste und unverfrorenste Erklärung, daß die Regierung die Wahrheit über die Hungersnot nicht dulden werde. Doch was heißt hier Erklärung! Wem auch immer, aber gerade der russischen Regierung kann man wohl kaum den Vorwurf machen, daß sie sich auf Erklärungen beschränkt, wenn die Möglichkeit besteht, „Macht anzuwenden". Und Fürst Obolenski zögerte nicht, Macht anzuwenden, indem er persönlich auf dem Schauplatz des Krieges erschien — des Krieges gegen die Hungernden und gegen diejenigen, die, nicht im Dienst einer Behörde stehend, den Hungernden *wirkliche* Hilfe erweisen wollten — und mehreren wegen der Hungersnot bereits eingetroffenen Privatpersonen (darunter auch der Frau Uspenskaja) *die Einrichtung von Speiseküchen verbot*. Wie Julius Cäsar kam, sah und siegte Fürst Obolenski — und sofort kündeten Telegramme dem ganzen lesenden Rußland von diesem Sieg. Erstaunlich ist eins: daß dieser Sieg, diese freche Herausforderung aller russischen Menschen, die

noch eine Spur von Anstand, noch ein klein wenig Zivilcourage besitzen, bei den, wenn man so sagen darf, meistinteressierten Personen auf keinerlei Widerstand gestoßen ist. Im Gouvernement Cherson waren und sind zweifellos sehr viele über die Hintergründe dieses Totschweigens der Hungersnot, über die Hintergründe dieses Kampfes gegen die Unterstützung der Hungernden genau unterrichtet, doch niemand hat eine Darstellung dieser lehrreichen Geschichte oder die sie betreffenden Dokumente, ja auch nur eine einfache Aufforderung veröffentlicht, gegen das ungeheuerliche Verbot der Einrichtung von Speiseküchen zu protestieren. Die Arbeiter treten in den Streik, wenn die Regierung ihre Drohung wahr macht, alle zu entlassen, die am 1. Mai „gefeiert" haben; die Intelligenz schweigt, wenn man Angehörigen der Intelligenz verbietet... den Hungernden Hilfe zu erweisen.

Gewissermaßen ermutigt durch den Erfolg dieses ersten Scharmützels mit den „Aufrührern", die es wagen, den Hungernden zu helfen, ging die Regierung bald zum Angriff auf der ganzen Linie über. Die glorreiche Tat des Fürsten Obolenski wurde zum leitenden Prinzip, zum Gesetz erhoben, nach dem von nun an das Verhältnis aller Administratoren zu allen am Ernährungswesen mitbeteiligten Personen geregelt wird (das Wort „mitbeteiligt" ist eigentlich ein kriminalistischer Fachausdruck, der besonders in unserem Strafgesetzbuch gebraucht wird, aber wir haben bereits gesehen und werden auch weiter unten noch sehen, daß unerlaubte Hilfe für die Hungernden heutzutage ganz und gar unter den Begriff des Kriminellen fällt). Ein solches Gesetz wurde auch schleunigst erlassen — diesmal in der vereinfachten Form eines „Rundschreibens des Innenministers an die Chefs der von der Mißernte des Jahres 1901 betroffenen Gouvernements" (17. August 1901, Nr. 20).

Dieses Rundschreiben wird sicher auf lange Zeit ein denkwürdiges Zeugnis dafür bleiben, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die Furcht der Polizei vor der erschreckenden Not des Volkes, vor einer Annäherung zwischen den Hungernden und den ihnen zu Hilfe kommenden „Intellektuellen" führt, eine Furcht, die mit der festen Absicht verbunden ist, jeden „Lärm" über die Hungersnot zu unterdrücken und die Hilfsaktion auf das minimalste Ausmaß zu beschränken. Man kann nur bedauern, daß die maßlose Länge dieses Rundschreibens und der schwerfällige Kanzlei-

stil, in dem es abgefaßt ist, wohl ein Hindernis sein werden, breiteste Kreise mit ihm bekannt zu machen.

Bekanntlich hat das Gesetz vom 12. Juni 1900 das Ernährungswesen der Kompetenz des Semstwos entzogen und in die Hände der Landeshauptleute und Kreistage gelegt. Was könnte, so schien es, zuverlässiger sein: das gewählte Element ist ausgeschaltet, Leute, die auch nur einigermaßen von der Obrigkeit unabhängig sind, haben jetzt nichts mehr zu bestimmen und werden folglich auch kein Geschrei erheben. Aber nach dem Feldzug des Fürsten Obolenski schien das alles noch zu wenig: die ganze Sache mußte dem Ministerium und den die Anordnungen des Ministeriums unmittelbar ausführenden Beamten strenger untergeordnet werden, und jede Möglichkeit für Übertreibungen mußte man endgültig beseitigen. Darum wird von nun an ausschließlich das Ministerium selbst, in dem offenbar der Generalstab für die Kampfhandlungen gegen die Hungernden seinen Sitz aufschlagen wird, zu *entscheiden* haben, welche Kreise durch die Mißernte „in Not geraten" sind.* Und durch die Herren Gouverneure wird dieser Generalstab die Tätigkeit der Personen leiten (hauptsächlich der Kreisadelsmarschälle), in deren Hand die „zentrale Kreisverwaltung für das Ernährungswesen" konzentriert sein wird. Der Initiator der Kampfhandlungen gegen die Hungernden, Fürst Obolenski, mußte sich persönlich an Ort und Stelle begeben, um zu unterbinden, zu zügeln, einzuschränken. Jetzt ist das „geregelt", und ein einfacher Austausch von Telegrammen zwischen der „zentralen Kreisverwaltung" und der Peters-

* Wie das Ministerium diese Frage entscheidet, läßt sich am Beispiel des Gouvernements Perm erkennen. Wie die letzten Zeitungen berichten, gilt dieses Gouvernement immer noch als „nicht in Not geraten", obwohl dort die Mißernte (nach den Angaben der außerordentlichen Gouvernementssemstwoversammlung vom 10. Oktober) *noch größer* ist als 1898. Die Getreideernte beträgt nur 58 Prozent des Durchschnittsertrags, und in den Kreisen Schadrinsk und Irbit nur 36 und 34 Prozent. 1898 wurden von der Regierung (die lokalen Mittel nicht gerechnet) 1,5 Millionen Pud Getreide und über eine viertel Million Rubel zur Verfügung gestellt. Jetzt aber hat das Semstwo keine Mittel, es ist in seinen Rechten beschränkt, die Mißernte ist viel größer als 1898, die Getreidepreise haben *bereits am 1. Juli* zu steigen begonnen, die Bauern *verkaufen* schon *das Vieh* — die Regierung aber bleibt hartnäckig dabei, dieses Gouvernement als „nicht in Not geraten" zu betrachten!!

burger Zentralverwaltung (für Kanzleiausgaben sind ja schon je tausend Rubel pro Kreis bewilligt) wird genügen, um „Anordnungen zu treffen". Turgenjews zivilisierter Gutsbesitzer begab sich nicht selbst in den Pferdestall, sondern begnügte sich mit der einem Lakaien in Frack und weißen Handschuhen halblaut hingeworfenen Bemerkung: „Wegen Fjodor... Anordnungen treffen!" Ebenso wird man jetzt bei uns „ohne Lärm", ruhig und vornehm über die Zügelung des übermäßigen Appetits der hungernden Bevölkerung „Anordnungen treffen".

Und daß Herr Sipjagin vom übermäßigen Appetit des hungernden Bauern überzeugt ist, ersieht man aus der Beharrlichkeit, mit der das Rundschreiben nicht nur vor „Übertreibungen" warnt, sondern direkt immer neue Bestimmungen erfindet, die selbst die Möglichkeit für Übertreibungen ausschließen. Mit der Aufstellung von Listen der Notleidenden habe es keine Eile, das würde in der Bevölkerung nur „übertriebene Hoffnungen" wecken, erklärt der Minister geradezu und schreibt vor, die Listen erst unmittelbar vor der Verteilung des Getreides aufzustellen. Ferner: Wann ein Kreis als durch die Mißernte in Not geraten betrachtet werden *muß*, das im Rundschreiben zu sagen, hält man für überflüssig, doch dafür wird ganz genau festgelegt, wann ein Kreis *nicht* als in Not geraten betrachtet werden *darf* (zum Beispiel wenn nicht mehr als ein Drittel der Amtsbezirke gelitten hat, wenn es den üblichen Nebenerwerb gibt usw.). Was schließlich die Höhe der Unterstützung für die Hungernden betrifft, so dekretiert der Minister solche Bestimmungen, die mit aller Klarheit zeigen, daß die Regierung diese Unterstützung *um jeden Preis* aufs äußerste reduzieren und sich mit Almosen loskaufen will, die die Bevölkerung keineswegs vor dem Hungertod bewahren. In der Tat, als Norm 48 Pud Getreide für die Familie (gerechnet wird der Durchschnittsertrag im betreffenden Dorf); wer nicht weniger hat, ist nicht bedürftig. Wie diese Zahl errechnet wurde, ist unbekannt. Bekannt ist nur, daß sogar die allerärmsten Bauern in einem Jahr *ohne* Hungersnot die doppelte Getreidemenge verbrauchen (siehe die Untersuchungen der Semstwostatistik über die Bauernbudgets). Unterernährung gilt also auf Grund der Vorschriften des Herrn Minister als normale Erscheinung. Aber auch diese Norm wird herabgesetzt, erstens um die Hälfte, damit die Arbeiter, die ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, keine Darlehen erhalten, zweitens *noch einmal* um $^1/_3$ — $^1/_5$ — $^1/_{10}$ „im Hinblick

auf die annähernde Zahl bemittelter Landwirte, die einen Vorrat aus dem vergangenen Jahr oder aber irgendwelche" (wörtlich so: „oder aber irgendwelche"!!) „materiellen Mittel besitzen". Hiernach kann man beurteilen, in welch verschwindend kleinem Bruch der Teil des der Bevölkerung tatsächlich fehlenden Getreides auszudrücken ist, den ihr die Regierung zu leihen beabsichtigt! Und nachdem Herr Sipjagin dieses unglaubliche System zur Reduzierung der Unterstützungen auseinandergesetzt hat, erklärt er, ganz als ergötze ihn die eigene Unverschämtheit, daß diese annähernde Berechnung sich „selten als wesentlich übertrieben" erweise. Kommentare sind da wohl überflüssig.

Wenn die offiziellen Mitteilungen der russischen Regierung neben den nackten Vorschriften auch nur bescheidene Versuche aufweisen, diese Vorschriften zu erläutern, so enthalten sie fast immer — das ist eine Art Gesetz, das viel stabiler als die meisten unserer Gesetze ist — zwei Hauptmotive oder zwei Haupttypen von Motiven. Einerseits findet man unbedingt einige allgemeine Phrasen, die in schwülstiger Form die Fürsorglichkeit der Obrigkeit, ihr Bestreben, den Forderungen der Zeit und den Wünschen der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, zum Ausdruck bringen. Zum Beispiel wird von der „wichtigen Aufgabe, die Nahrungsmittelnot unter der Landbevölkerung zu verhüten", von der „moralischen Verantwortung für den Wohlstand der ansässigen Bevölkerung" usw. geredet. Es versteht sich von selbst, daß diese Gemeinplätze im Grunde genommen nichts bedeuten und zu nichts Positivem verpflichten. Dafür aber gleichen sie, wie ein Tropfen Wasser dem andern, den unsterblichen Reden des unsterblichen Juduschka Golowljow*, der den von ihm gerupften Bauern die Leviten liest. Beiläufig bemerkt, werden diese Gemeinplätze stets (teils aus Naivität, teils in Ausübung „dienstlicher Pflichten") von der unter Zensur stehenden liberalen Presse ausgenutzt, um die grundsätzliche Übereinstimmung der Regierung mit dem liberalen Standpunkt zu konstruieren.

Prüft man aber die anderen, nicht so allgemein gehaltenen und nicht so offenkundig inhaltslosen Motivierungen der Regierungsbefehle aufmerksamer, so wird man stets konkrete Erläuterungen finden, die die üblichen Argumente der reaktionärsten Organe unserer Presse (z. B. der „Moskow-

* Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow" von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

skije Wedomosti") *von Anfang bis Ende wiederholen*. Unseres Erachtens wäre es kein nutzloses (und ein sogar auch für legale Politiker nicht ganz unausführbares) Unterfangen, diese Übereinstimmung der Regierung mit den „Moskowskije Wedomosti" in jedem einzelnen Fall zu verfolgen und festzustellen. In dem von uns behandelten Rundschreiben z. B. finden wir eine Wiederholung der niederträchtigsten von den „wildesten Gutsbesitzern" erhobenen Beschuldigungen, daß die vorzeitige Aufstellung von Listen der Bedürftigen „gewisse bemittelte Hofbesitzer verleitet, durch Verkauf von Vorräten, Überschüssen und Inventar den Anschein zu erwecken, als wären ihre Wirtschaften verarmt". Der Minister erklärt, das sei durch „die Erfahrung bei den früheren Ernährungskampagnen bewiesen". Folglich? Folglich schöpft der Minister seine politische Erfahrung aus den Unterweisungen der eingefleischtesten Fronherren, die in den früheren Hungerjahren soviel Lärm über Betrügereien der Bauern machten, die auch jetzt darüber Lärm schlagen und die so empört sind über den „Lärm" wegen der Hungertyphusepidemien.

Von eben denselben Fronherren hat Herr Sipjagin gelernt, über Demoralisation zu reden: „Es ist sehr wichtig", schreibt er, „daß ... die örtlichen Institutionen ... helfen, bewilligte Mittel einzusparen, die Hauptsache (sic!!) aber ist, daß sie die einen schädlichen, demoralisierenden Einfluß habenden Fälle von unbegründeter Gewährung der Regierungsunterstützung an materiell sichergestellte Personen verhüten." Und diese unverschämte Vorschrift, beim Einsparen der Mittel zu helfen, wird durch folgende grundsätzliche Belehrung bekräftigt: „...was die verderblichen Folgen eines solchen Systems für die Zukunft betrifft, hat die großzügige Gewährung von Lebensmittelunterstützungen an Familien, die ohne selbige auskommen können" (die mit 24 Pud Getreide pro Familie und Jahr auskommen können?), „abgesehen von der unproduktiven (!) Verausgabung fiskalischer Mittel in diesen Fällen, eine nicht weniger schädliche Bedeutung vom Standpunkt des Nutzens und der Bedürfnisse des Staates als die Nichtgewährung der notwendigen Unterstützung an wirklich Bedürftige." In alten Zeiten sagten sentimental gewordene Monarchen: „Lieber zehn Schuldige freisprechen, als einen Unschuldigen verurteilen." Jetzt aber erklärt der nächste Gehilfe des Zaren: Es ist nicht weniger schädlich, eine Familie, die auch mit 24 Pud Getreide im Jahr auskommen kann, zu unterstützen, als „wirklich" Bedürftige ohne Unter-

stützung zu lassen. Wie schade, daß ein überaus langes und langweiliges Rundschreiben diesen, was Offenherzigkeit betrifft, so großartigen „Standpunkt" „des Nutzens und der Bedürfnisse des Staates" dem breiten Publikum verbirgt! Eine Hoffnung besteht: Vielleicht wird die sozialdemokratische Presse und die mündliche sozialdemokratische Agitation das Volk mit dem Inhalt des ministeriellen Rundschreibens näher bekannt machen.

*

Mit besonderer Entschiedenheit aber werden im Rundschreiben die privaten Wohltäter „angegriffen": aus allem geht hervor, daß die privaten Hilfszirkel, die privaten Speiseküchen usw. von den gegen die Hungernden kriegführenden Administratoren als die wichtigste Position des „Feindes" betrachtet werden. Herr Sipjagin erklärt mit einer Offenheit, die alle Anerkennung verdient, warum diese private Wohltätigkeit dem Innenministerium schon seit langem schlaflose Nächte bereitet. „Seit der Mißernte von 1891 und 1892 und bei allen späteren ähnlichen Katastrophen", heißt es im Rundschreiben, „erwies sich des öfteren, daß manche Wohltäter bei der Erweisung materieller Hilfe für die Bewohner der notleidenden Gegenden bestrebt sind, unter ihnen Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung und ein durch nichts gerechtfertigtes anspruchsvolles Verhalten gegenüber der Regierung hervorzurufen. Dabei wird durch die nicht in vollem Umfang beseitigte Not, durch die hierbei unvermeidlichen Fälle von Krankheit und von Zerrüttung der Wirtschaft ein sehr günstiger Boden für die regierungsfeindliche Agitation geschaffen, und das nutzen politisch unzuverlässige Leute gern aus, um unter der Maske der Nächstenliebe ihre verbrecherischen Ziele zu verfolgen. Gewöhnlich strömen gleich bei den ersten Nachrichten von einer bedeutenden Mißernte von überallher Personen mit nicht einwandfreier politischer Vergangenheit in die notleidende Gegend, versuchen, mit den aus den Hauptstädten eintreffenden Bevollmächtigten der Wohltätigkeitsgesellschaften und Wohltätigkeitseinrichtungen in Verbindung zu treten, und werden von diesen aus Unkenntnis als Mitarbeiter in den einzelnen Orten akzeptiert, wodurch nicht geringe Schwierigkeiten für die Interessen der Ordnung und Verwaltung entstehen."

Wahrlich, der russischen Regierung wird es eng auf der russischen Erde.

Es gab eine Zeit, da nur die studierende Jugend als eine Schicht galt, die besondere Sicherungsmaßnahmen erforderte: sie wurde unter besonders strenge Aufsicht gestellt, Beziehungen beliebiger Personen mit nicht einwandfreier politischer Vergangenheit zu dieser Jugend wurden als schweres Verschulden betrachtet, alle Zirkel und Vereinigungen, auch wenn sie ihr Ziel nur in materieller Unterstützung sahen, wurden regierungsfeindlicher Ziele verdächtigt usw. Zu jenen Zeiten — und sie liegen noch gar nicht weit zurück — gab es keine andere *Schicht*, geschweige denn Klasse der Bevölkerung, die in den Augen der Regierung einen „sehr günstigen Boden für die regierungsfeindliche Agitation" darstellte. Aber seit Mitte der neunziger Jahre findet man bereits in den offiziellen Regierungsmitteilungen Hinweise auf eine andere, unvergleichlich zahlreichere Klasse der Bevölkerung, die besondere Sicherungsmaßnahmen erforderlich macht: die Fabrikarbeiter. Durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung sah man sich genötigt, ein ganzes System von Institutionen zur Überwachung des neuen stürmischen Elements zu schaffen; in der Liste der Gebiete, in denen es politisch verdächtigen Personen verboten ist, Wohnsitz zu nehmen, tauchten neben den Haupt- und Universitätsstädten auch Fabrikorte und Arbeitersiedlungen, Kreise und ganze Gouvernements auf.* Zwei Drittel des Europäischen Rußlands erwiesen sich als des besonderen Schutzes vor unzuverlässigen Elementen bedürftig, während das übrige Drittel von der Masse der „Personen mit nicht einwandfreier politischer Vergangenheit" derart überfüllt ist, daß sogar die abgelegenste Provinz unruhig wird.** Jetzt stellt sich heraus, daß nach der maßgeblichen Ansicht eines so kompetenten Mannes wie des Herrn Innenministers auch das

---

* Siehe z. B. das in Nummer 6 der „Iskra" veröffentlichte geheime Rundschreiben über die aus St. Petersburg ausgewiesenen Personen, hauptsächlich Schriftsteller, von denen viele überhaupt nie in irgendwelche politischen Angelegenheiten und insbesondere nicht in „Arbeiter"angelegenheiten verwickelt waren. Trotzdem sind ihnen nicht nur die Universitätsstädte, sondern auch „Fabrikgegenden", manchen sogar *nur* Fabrikgegenden als Wohnort verboten.

** Siehe z. B. die Korrespondenzen in der „Iskra" Nr. 6 und 7, in denen berichtet wird, wie öffentliche Erregung und regierungsfeindliche „Inzidentien" sogar bis in solche gottbehüteten Städte wie Pensa, Simferopol, Kursk u. a. m. gedrungen sind.

abgeschiedenste Dorf einen „günstigen Boden" für die regierungsfeindliche Agitation bietet, sofern es dort Fälle von nicht völlig beseitigter Not, von Krankheit und Zerrüttung der Wirtschaft gibt. Wieviel Dörfer gibt es denn in Rußland, wo solche „Fälle" nicht ständige Erscheinung sind? Und müssen wir russischen Sozialdemokraten uns nicht sofort diese lehrreichen Hinweise des Herrn Sipjagin auf den „günstigen" Boden zunutze machen? Einerseits interessiert man sich gerade jetzt im Dorf für die hie und da, auf die eine oder andere Weise durchsickernden Gerüchte über die Februar- und Märzzusammenstöße des städtischen Proletariats und der intellektuellen Jugend mit den Prätorianergarden der Regierung, und liefert nicht anderseits jede solche Phrase, wie von dem „durch nichts gerechtfertigten anspruchsvollen Verhalten" des Bauern, usw. ein überaus reiches Material für eine umfassende, allseitige Agitation?

Den nützlichen Hinweis des Herrn Sipjagin müssen wir uns zunutze machen, seine Naivität aber verdient nur ausgelacht zu werden. Es zeugt wirklich von einer ergötzlichen Naivität, wenn man glaubt, man könne die Beeinflussung des Dorfes durch „unzuverlässige" Personen erschweren, indem man die private Wohltätigkeit der Aufsicht und Kontrolle des Gouverneurs unterstellt. Die wirklichen Wohltäter haben sich nie politische Ziele gesetzt, so daß die neuen Verbots- und Drosselungsmaßnahmen vor allem die treffen werden, die der Regierung am wenigsten gefährlich sind. Leute dagegen, die den Bauern über die Bedeutung der neuen Maßnahmen und über die Haltung der Regierung zur Hungersnot überhaupt die Augen öffnen wollen, werden ganz gewiß nicht das Bedürfnis haben, mit Bevollmächtigten des Roten Kreuzes in Verbindung zu treten oder sich den Herren Gouverneuren vorzustellen. Als es sich z. B. erwies, daß das Fabrikmilieu ein „günstiger Boden" ist, haben doch diejenigen, die sich diesem Milieu nähern wollten, auch nicht mit den Fabrikdirektoren Verbindung aufgenommen, um sich nach den Zuständen in den Fabriken zu erkundigen, und haben sich nicht den Herren Fabrikinspektoren vorgestellt, um die Erlaubnis zur Veranstaltung von Arbeiterversammlungen zu erhalten. Natürlich vergessen wir keineswegs, daß die politische Agitation unter den Bauern auf gewaltige Schwierigkeiten stößt, um so mehr, da es nicht möglich und auch nicht zweckmäßig ist, hierfür revolutionäre Kräfte aus den Städten abzuziehen, doch dürfen wir auch nicht außer acht lassen, daß solche glorreiche Taten der Regierung wie die Drosselung der priva-

ten Wohltätigkeit die gute Hälfte dieser Schwierigkeiten beseitigen und uns die Hälfte der Arbeit abnehmen.

*

Wir wollen nicht bei einer im Vergleich mit dem eben behandelten Rundschreiben so „geringfügigen" Angelegenheit verweilen, wie es das Rundschreiben desselben Ministers über die verschärfte Überwachung von Wohltätigkeitskonzerten, Wohltätigkeitsveranstaltungen usw. ist (siehe „Iskra" Nr. 9, „Neue Hindernisse").

Versuchen wir festzustellen, in welchem Verhältnis zum wirklichen Ausmaß der Not die nach den neuen Bestimmungen festgesetzte und zur Verteilung gelangende Unterstützung jetzt steht, die die Regierung der Bevölkerung erweist. Die Angaben hierüber sind allerdings äußerst spärlich. Die Presse ist jetzt in einem Maße geknebelt, das nicht zu überbieten ist, die Stimmen der privaten Organisatoren von Speiseküchen sind mit dem „Verbot" ihrer Tätigkeit verstummt, und der Information des durch die neuen drakonischen Maßregeln eingeschüchterten russischen Publikums dienen lediglich amtliche Polizeimeldungen über den befriedigenden Verlauf der Unterstützungskampagne, ferner die im gleichen Geist gehaltenen Artikelchen der „Moskowskije Wedomosti" sowie hin und wieder veröffentlichte Unterredungen eines müßigen Reporters mit diesem oder jenem Pompadour*, der überaus gespreizt „Gedanken über die Einmütigkeit der Stadthauptleute wie auch über die Alleinherrschaft der Stadthauptleute und über anderes"[76] vorträgt. So berichtet z. B. das „Nowoje Wremja" in Nr. 9195, daß der Gouverneur von Saratow, A. P. Engelhardt (ehemals Gouverneur von Archangelsk), einen Mitarbeiter der lokalen Zeitung empfing und ihm unter anderem erklärte, er, der Gouverneur, habe persönlich an Ort und Stelle eine Konferenz der Adelsmarschälle, der Vertreter der Semstwoämter, der Landeshauptleute und der Vertreter des Roten Kreuzes einberufen und die „Funktionen verteilt".

„Skorbut", sagte A. P. Engelhardt, „gibt es hier nicht in der Form, wie ich ihn im Gouvernement Archangelsk beobachtet habe; dort kann man dem Kranken auf keine fünf Schritte nahekommen; dort ist diese Krank-

* Typus eines bornierten und starrköpfigen Provinzgewaltigen aus dem Werk des russischen Satirikers Saltykow-Schtschedrin „Pompadour und Pompadourin". *Der Übers.*

heit wirklich ‚Verwesung' — hier dagegen sind es meist die Folgen starker Blutarmut, die sich auf Grund der furchtbaren Verhältnisse des häuslichen Lebens entwickelt. Fast die einzigen Merkmale einer Skorbuterkrankung sind hier bleiche Lippen, weißes Zahnfleisch... Ein solcher Kranker wird bei richtiger Ernährung im Laufe einer Woche wieder gesund. Diese Ernährungsaufbesserung ist jetzt eingeleitet worden. Es werden insgesamt tausend Portionen täglich ausgegeben, obwohl nicht mehr als 400 Fälle äußerster Not registriert worden sind.

Außer den Skorbuterkrankungen sind in der ganzen Gegend nur drei Fälle von Typhus festgestellt worden. Es ist zu hoffen, daß es dabei bleibt, da bereits überall öffentliche Arbeiten in Angriff genommen und der Bevölkerung Verdienstmöglichkeiten gesichert sind."

So gut steht es also: Im ganzen Kreis Chwalynsk (von dem Herr Pompadour spricht) gibt es nur 400 Fälle äußerster Not (die übrigen Bewohner „können" wahrscheinlich, nach Meinung der Herren Sipjagin und Engelhardt, auch mit 24 Pud Getreide pro Familie im Jahr „auskommen"!), die Bevölkerung ist bereits versorgt, und die Kranken genesen im Laufe einer Woche. Wie sollte man nicht nach all dem den „Moskowskije Wedomosti" Glauben schenken, die uns in einem besonderen Leitartikel (in Nr. 258) einzureden suchen, daß „auf Grund der letzten Nachrichten aus den zwölf von der Mißernte betroffenen Gouvernements *die Verwaltungsbehörden dort die regste Tätigkeit zur Organisierung der Hilfe entfalten.* Viele Kreise wurden bereits daraufhin überprüft, ob sie in bezug auf die Ernährung als notleidend anzuerkennen sind, *Kreisleiter* für das Ernährungswesen *werden ernannt* usw. Offenbar tun die Regierungsbeamten alles nur mögliche, um rechtzeitig und ausreichend Hilfe zu leisten."

„... entfalten die regste Tätigkeit" und ... „es sind nur 400 Fälle äußerster Not registriert worden"... Im Kreis Chwalynsk beläuft sich die Landbevölkerung auf 165000 Personen, aber nur 1000 Portionen werden ausgegeben. Im gesamten südöstlichen Gebiet (darunter auch im Gouvernement Saratow) beträgt der Fehlertrag an Roggen in diesem Jahr 34%. Im Gouvernement Saratow sind von der gesamten Anbaufläche der Bauern (1,5 Millionen Desjatinen) 15% (nach Angaben des Semstwoamtes des Gouvernements) von einer totalen Mißernte und 75% von einer schlechten Ernte betroffen worden, der Kreis Chwalynsk aber und der Kreis Kamyschin gehören zu den meistbetroffenen Kreisen des Gouver-

nements Saratow. Folglich beträgt bei den Bauern des Kreises Chwalynsk der gesamte Fehlertrag an Getreide mindestens 30 Prozent. Nehmen wir an, daß die Hälfte dieses Fehlertrages auf die wohlhabende Bauernschaft entfällt, die dadurch noch nicht zum Hungern verurteilt ist (obwohl diese Annahme mehr als gewagt ist, denn die wohlhabende Bauernschaft besitzt besseren Boden und bearbeitet ihn besser, so daß sie unter einer Mißernte stets weniger zu leiden hat als die armen Bauern). Aber selbst bei einer solchen Annahme muß es 15 Prozent, also etwa 25000 Hungernde geben. Und uns will man damit trösten, daß der Chwalynsker Skorbut längst nicht so schlimm ist wie der Archangelsker, daß angeblich nur drei Typhusfälle vorgekommen sind (wenn sie doch geschickter schwindeln wollten!) und daß tausend Portionen ausgegeben werden (wahrscheinlich berechnet und bemessen nach Sipjagins System des Kampfes ... gegen Übertreibungen).

Was den „Nebenerwerb" betrifft, den Herr Sipjagin in seinem Rundschreiben *drei*mal in Rechnung zu stellen bemüht war, um Übertreibungen zu vermeiden (einmal — indem er vorschreibt, daß die Kreise, in denen es den üblichen Nebenerwerb gibt, nicht als in Not geraten anzusehen sind; das zweite Mal — indem er vorschreibt, daß die Norm von 48 Pud auf die Hälfte herabzusetzen ist, denn die 50 Prozent Arbeiterbevölkerung „müssen" Verdienst haben; und das dritte Mal — indem er vorschreibt, daß auch diese letzte Zahl je nach den örtlichen Verhältnissen um $^1/_3$—$^1/_{10}$ herabzusetzen ist), was also diesen Nebenerwerb betrifft, so muß festgestellt werden, daß im Gouvernement Saratow nicht nur die landwirtschaftlichen, sondern auch die nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten zurückgegangen sind. „Die Folgen der Mißernte", teilt uns der obenerwähnte Bericht des Semstwoamtes mit, „haben sich auch auf die Hausarbeiter ausgewirkt, weil der Absatz ihrer Erzeugnisse gesunken ist. Infolgedessen sind in den Kreisen, wo die Hausindustrie am stärksten entwickelt ist, *Krisen zu beobachten.*" Zu diesen Kreisen gehört aber auch der am meisten betroffene Kreis Kamyschin, in dem übrigens Tausende und aber Tausende armer Bauern mit der Herstellung des berühmten Sarpinkagewebes beschäftigt sind. Auch in gewöhnlichen Jahren herrschten in diesem Gewerbe, das in den abgelegensten Dörfern betrieben wird, die schändlichsten Zustände: so arbeiteten zum Beispiel Kinder von 6 bis 7 Jahren für 7 bis 8 Kopeken den Tag. Man kann sich vorstellen, was sich

dort in einem Jahr katastrophaler Mißernte und einer besonderen Krise der Hausindustrie tut.

Die Getreidemißernte ist im Gouvernement Saratow (wie selbstverständlich in allen von der Mißernte betroffenen Gouvernements) von einem Mangel an Futtermitteln begleitet. In den letzten Monaten (d. h. bereits in der zweiten Hälfte des Sommers!) war eine außerordentlich starke Verbreitung verschiedener Viehseuchen zu verzeichnen, die die Sterblichkeit des Viehs erhöhten. „Laut Bericht eines Tierarztes aus dem Kreise Chwalynsk" (wir entnehmen diese Angabe der gleichen Zeitung, die den erwähnten Bericht des Gouvernements-Semstwoamtes inhaltlich wiedergab) „fand man bei der Obduktion der verendeten Tiere nichts als Erde in ihren Mägen."

In einer „Mitteilung der Landabteilung des Innenministeriums" über die Fortsetzung der Ernährungskampagne wurde unter anderem erklärt, daß von den Kreisen, die als in Not geraten gelten, „seit Juli lediglich im Kreise Chwalynsk eine Reihe von epidemischen Skorbuterkrankungen in zwei Dörfern festgestellt wurden, zu deren Liquidierung das dortige medizinische Personal alle Anstrengungen macht, wobei zur Unterstützung der örtlichen Kräfte zwei Abteilungen der Gesellschaft des Roten Kreuzes abkommandiert wurden, die laut dem Bericht des Gouverneurs" (desselben A. P. Engelhardt, dessen Bekanntschaft wir bereits gemacht haben) „mit großem Erfolg tätig sind; in allen übrigen Kreisen, die in bezug auf die Ernährung als notleidend gelten, hat es, nach den im Ministerium am 12. September vorliegenden Berichten, keine Fälle von nicht befriedigter akuter Lebensmittelnot gegeben, und eine Ausbreitung von Krankheiten infolge ungenügender Ernährung ist nicht zu verzeichnen."

Um zu zeigen, wie weit man der Behauptung vertrauen darf, es habe keine Fälle nicht befriedigter *akuter* Not gegeben (eine *chronische* Not aber hat es gegeben?) und eine Ausbreitung von Krankheiten sei nicht zu verzeichnen, wollen wir uns darauf beschränken, die Angaben aus zwei weiteren Gouvernements miteinander zu vergleichen.

Im Gouvernement Ufa sind die Kreise Menselinsk und Belebej als in Not geraten erklärt worden, und die Landabteilung des Innenministeriums teilt mit, daß auf Grund „einer Erklärung des Gouverneurs" ein Darlehen der Regierung in Höhe von 800000 Pud Getreide „speziell für

Ernährungszwecke" notwendig sei. Die außerordentliche Semstwoversammlung des Gouvernements Ufa hingegen, die für den 27. August einberufen war, um über die Unterstützung der von der Mißernte Betroffenen zu beraten, schätzte die in diesen Kreisen für die Ernährung fehlende Getreidemenge auf 2,2 Millionen Pud, plus eine Million für die übrigen Kreise, und zwar unabhängig von den Darlehen für Aussaat (3,2 Millionen Pud für das Gouvernement) und für Viehfutter (600 000 Pud). Die vom Ministerium festgesetzten Lebensmitteldarlehen betragen also den *vierten Teil* der vom Semstwo ermittelten Menge.

Ein anderes Beispiel: Im Gouvernement Wjatka gab es zu der Zeit, als die Landabteilung des Innenministeriums ihre Mitteilung veröffentlichte, keine Kreise, die zu Notstandskreisen erklärt waren, und doch wurde die Höhe der Lebensmitteldarlehen von derselben Abteilung auf 782 000 Pud festgesetzt. Das ist dieselbe Menge, die, Zeitungsberichten zufolge, das Ernährungsamt des Gouvernements Wjatka bereits in seiner Sitzung vom 28. August errechnet hatte (und zwar auf Grund von Beschlüssen der Kreistage vom 18. bis zum 25. August). *Dieselben* Kreistage hatten *ungefähr am 12.* August die Höhe der Darlehen anders festgelegt, und zwar: 1,1 Millionen Pud für die Ernährung und 1,4 Millionen Pud für Saatgut. Woher dieser Unterschied? Was geschah zwischen dem 12. und dem 28. August? Es erschien das Rundschreiben des Herrn Sipjagin vom 17. August über den Kampf gegen die Hungernden. Das Rundschreiben hatte also eine sofortige Wirkung, und die Kleinigkeit von 230 000 Pud Getreide wurde aus der Berechnung gestrichen, die — man beachte dies — von den Kreistagen aufgestellt worden war, d. h. von Institutionen, die (laut Gesetz vom 12. Juni 1900) das unzuverlässige Semstwo zu ersetzen hatten, von Institutionen, die aus Beamten im allgemeinen und aus Landeshauptleuten im besonderen bestehen... Sollten wir es tatsächlich noch erleben, daß man auch die Landeshauptleute des Liberalismus beschuldigt? Am Ende kommt es auch noch dazu. In den „Moskowskije Wedomosti" wenigstens haben wir vor kurzem den folgenden Verweis gelesen, der einem gewissen Herrn Om. erteilt wurde, weil er es gewagt hatte, im „Priasowski Krai" [Asowsche Region] den Vorschlag zu machen, daß man die Sitzungsprotokolle der Gouvernementsämter für städtische Angelegenheiten in den Zeitungen veröffentliche (wenn schon Pressevertreter zu diesen Sitzungen nicht zugelassen werden dürfen):

„Der Zweck ist nur allzu durchsichtig: der *russische Beamte hat oft Angst, als illiberal zu gelten*, und die Öffentlichkeit der Verhandlung kann ihn, mitunter sogar gegen sein Gewissen, dazu veranlassen, irgendeinen liberal-phantastischen Einfall einer Stadtverwaltung oder eines Semstwos zu unterstützen. Keineswegs eine ganz falsche Spekulation."

Müßte man nicht eine besondere Überwachung der Landeshauptleute des Gouvernements Wjatka anordnen, die — offenbar aus Angst, als illiberal zu gelten — eine unverzeihliche Leichtfertigkeit bei der „Übertreibung" der Nahrungsmittelnot an den Tag legten?*

Das Semstwo von Wjatka wäre übrigens (wenn die weise russische Regierung ihm nicht die Leitung des Ernährungswesens entzogen hätte) in seinem „liberal-phantastischen Einfall" so weit gegangen, daß es das Ausmaß der Not noch viel höher eingeschätzt hätte. Wenigstens wurde von der außerordentlichen Gouvernements-Semstwoversammlung, die vom 30. August bis zum 2. September tagte, festgestellt, daß der Ertrag an Getreide um 17 Prozent und an Futtermitteln um 15 Prozent unter der benötigten Menge liegt. Die benötigte Menge aber beträgt 105 Millionen Pud (gewöhnlich ist der Ertrag 134 Millionen Pud, in diesem Jahre aber 84 Millionen Pud). Der Fehlertrag beläuft sich also auf *21 Millionen Pud.* „Die Gesamtzahl der Amtsbezirke des Gouvernements, die durch die diesjährige Ernte nicht versorgt sind, beträgt 158 von 310. Ihre Bevölkerung

* Hier noch ein kleines Beispiel für den Kampf, den der Gouverneur von Wjatka gegen Übertreibungen führt:

„Der Gouverneur von Wjatka konstatiert in einer ‚Bekanntmachung', die an alle Amtsbezirksvorstände gesandt wurde, ein sehr vorsichtiges Verhalten der Bauern zu den Nahrungsmitteldarlehen, die von der Regierung und dem Semstwo gegeben werden. ‚Bei einer Fahrt durch das Gouvernement', sagt Herr Klingenberg, ‚habe ich mich davon überzeugt, wie bedachtsam und vorsichtig die Einstellung der Bauern zu den gegenwärtigen Zuständen ist, wie sie fürchten, ohne äußerste Not Schulden zu machen, wie fest sie entschlossen sind, geduldig auf die Hilfe Gottes im künftigen Jahr zu warten, und sich bemühen, aus eigenen Kräften der schwierigen Lage Herr zu werden.' Das gibt dem Gouverneur von Wjatka die Überzeugung, daß ‚keinerlei Gerüchte über unentgeltliche Unterstützung durch Regierung und Semstwos und über eine mögliche Streichung der Schulden und Steuerrückstände oder übertriebene Gerüchte über das Ausmaß der Mißernte die ruhige und einsichtige Bevölkerung des Gouvernements Wjatka verwirren werden'. Der Gouverneur hält es für

zählt 1566000 Personen beiderlei Geschlechts." Ja, zweifellos „entfaltet die Verwaltung die regste Tätigkeit" – um das wirkliche Ausmaß der Not zu bagatellisieren und die ganze Unterstützung der Hungernden auf eine Wohltätigkeitsakrobatik mit Bettelpfennigen zu reduzieren.

Übrigens wäre die Bezeichnung „Wohltätigkeitsakrobaten" noch zu schmeichelhaft für die unter der Flagge des Sipjaginschen Rundschreibens fest zusammengeschlossenen Administratoren. Was sie mit Wohltätigkeitsakrobaten gemein haben, ist die Jämmerlichkeit ihrer Hilfeleistung und das Bestreben, deren Umfang aufzubauschen. Aber Wohltätigkeitsakrobaten betrachten die von ihnen wohltätig betreuten Menschen im schlimmsten Falle als ein Spielzeug, das ihre Eigenliebe angenehm kitzelt, während die Sipjaginsche Verwaltung sie als Feinde betrachtet, als Menschen, die gesetzwidrig auf etwas Anspruch erheben („durch nichts gerechtfertigtes anspruchsvolles Verhalten gegenüber der Regierung") und darum an die Kandare genommen werden müssen. Mit aller Deutlichkeit kommt diese Auffassung in den bemerkenswerten „provisorischen Bestimmungen" zum Ausdruck, die am 15. September 1901 allerhöchst bestätigt wurden.

Das ist ein ganzes Gesetz, bestehend aus 20 Paragraphen, und es enthält soviel Bemerkenswertes, daß wir nicht zögern würden, es zu den wichtigsten gesetzgeberischen Akten am Beginn des 20. Jahrhunderts zu

---

notwendig, die Bauernbevölkerung darauf aufmerksam zu machen, ‚daß ein Hofbesitzer nicht mit der Gewährung eines Darlehens zu rechnen hat, wenn es sich bei einer Überprüfung der Gemeindebeschlüsse herausstellen sollte, daß er zwar keine Vorräte besitzt, in diesem Jahr aber Getreide in genügender Menge zur Ernährung der Familie und zur Aussaat geerntet, dieses Getreide jedoch verkauft und den Erlös für andere Zwecke verbraucht hat. Für die gewährten Darlehen gibt es nach dem neuen Gesetz nicht die solidarische Haftung, sie werden nach denselben Bestimmungen wie die Feststeuern eingezogen. Darum muß der Hofbesitzer, der ein Darlehen erbeten und erhalten hat, daran denken, daß er es allein zurückerstatten muß, daß ihm niemand helfen wird und daß die Einziehung mit aller Strenge vorgenommen wird, so daß im Falle größerer Rückstände sein ganzes bewegliches Eigentum verkauft und seine Immobilien beschlagnahmt werden können.'"

Man kann sich vorstellen, wie nach einer solchen Bekanntmachung des Gouverneurs die Herren in den Amtsbezirken mit den hungernden Bauern umspringen, die Steuerrückstände haben und um Darlehen bitten!

zählen. Fangen wir mit dem Titel an: „Provisorische Bestimmungen über die *Beteiligung* der Bevölkerung der von der Mißernte betroffenen Gebiete an den Arbeiten, die auf Anordnung der Ministerien für Verkehrswesen, für Landwirtschaft und für Staatsdomänen vorgenommen werden". Wahrscheinlich sind diese Arbeiten derart mit Vergünstigungen gespickt, daß die „Beteiligung" an ihnen eine besondere Gnade ist? Wahrscheinlich, denn würde sonst der erste Paragraph des neuen Gesetzes wiederholen: „Den Landbewohnern der von der Mißernte betroffenen Gebiete *wird die Beteiligung* an der Ausführung der Arbeiten *gestattet*" usw.?

Doch von diesen „Vergünstigungen" spricht das Gesetz erst in seiner zweiten Hälfte, während zunächst die *Organisierung* der ganzen Sache festgelegt wird. Die betreffenden Verwaltungen „setzen die zweckmäßigsten Arbeiten fest" (§ 2), und zwar „in Angleichung an die im Gesetz vorgesehene Regelung" (§ 3, den man, in Angleichung an die Kapitelüberschriften einiger Romane von Dickens, etwa bezeichnen könnte: „Jener Paragraph des neuen Gesetzes, worin von der Notwendigkeit gesprochen wird, sich den alten Gesetzen anzugleichen"). Für die Durchführung der Arbeiten werden entweder Haushaltsmittel oder besondere Kredite verwendet, wobei die allgemeine Leitung der Organisierung dieser Arbeiten dem Innenminister untersteht, der Sonderbevollmächtigte ernennen kann und bei dem unter Vorsitz seines Stellvertreters eine besondere „Kommission für das Ernährungswesen" aus Vertretern der verschiedenen Ministerien zu bilden ist. Zu den Pflichten dieser Kommission gehören: a) Genehmigung von Ausnahmen von der festgesetzten Regelung; b) Prüfung der Voranschläge für die Verwendung der Gelder; c) „Bestimmung der Höchstsätze für die Entlohnung der Arbeiter sowie Festsetzung der übrigen Bedingungen für die Beteiligung der Bevölkerung an den genannten Arbeiten; d) Verteilung der Arbeitertrupps auf die Arbeitsbezirke und e) Leitung der Beförderung dieser Trupps zu den Arbeitsstätten". Die Gutachten der Kommission werden vom Innenminister sowie „in entsprechenden Fällen" auch von Ministern anderer Ressorts bestätigt. Weiter wird die Zuweisung der Arbeiten und die Ermittlung der Zahl der Bewohner, die der Zuweisung von Arbeit bedürfen, den Landeshauptleuten übertragen, die alle diese Angaben den Gouverneuren mitteilen; die Gouverneure ihrerseits übermitteln sie mit ihrem Gutachten

dem Innenministerium „und erlassen auf Weisung desselben durch die Landeshauptleute Anordnungen über die Beförderung der Arbeiter zu den Arbeitsstätten"...

Uff! Endlich haben wir die ganze „Organisation" der neuen Sache bewältigt! Jetzt fragt es sich, wieviel Schmieröl notwendig sein wird, um alle Räder dieses schwerfälligen, echt russischen Verwaltungsungetüms in Bewegung zu setzen? Man versuche nur, sich die Sache konkret vorzustellen: Unmittelbar in der Nähe der Hungernden befindet sich allein der Landeshauptmann. An ihm liegt es also, Initiative zu entfalten. Er setzt ein Schriftstück auf — an wen? An den Gouverneur, lautet ein Paragraph der provisorischen Bestimmungen vom 15. September. Aber auf Grund des Rundschreibens vom 17. August ist ja eine besondere „zentrale Kreisverwaltung für das Ernährungswesen" geschaffen worden, deren Aufgabe darin besteht, „die Leitung des *gesamten* Ernährungswesens des Kreises in den Händen einer Amtsperson zu konzentrieren" (Rundschreiben vom 17. August — diese Person soll möglichst der Kreisadelsmarschall sein). Es entsteht ein „Kompetenzstreit", der natürlich rasch beigelegt wird auf Grund der außerordentlich klaren und einfachen „Grundsätze", die in den sechs Punkten des Paragraphen 175 der „Gouvernementsverwaltungsordnung" dargelegt sind und „die das Verfahren zur Beilegung von Kompetenzstreiten... zwischen Ämtern und Amtspersonen" festlegen. Schließlich gelangt das Schriftstück dennoch in die Kanzlei des Gouverneurs, wo man nun darangeht, ein „Gutachten" auszuarbeiten. Dann geht alles nach Petersburg, um von der Sonderkommission geprüft zu werden. Aber der Vertreter des Verkehrsministeriums in der Kommission ist nicht imstande, die Zweckmäßigkeit einer solchen Arbeit, wie etwa die Ausbesserung der Wege im Kreise Buguruslan, zu beurteilen — und ein neues Schriftstück wandert von Petersburg nach der Provinz und zurück. Und wenn schließlich die Frage der Zweckmäßigkeit der Arbeit usw. usf. prinzipiell entschieden ist, dann wird sich die Petersburger Kommission mit der „Verteilung der Arbeitertrupps" auf die Kreise Busuluk und Buguruslan befassen.

Wozu wurde nun so ein Ungetüm geschaffen? Etwa weil die Sache neu ist? Durchaus nicht. Vor dem Erlaß der provisorischen Bestimmungen vom 15. September konnten öffentliche Arbeiten sehr viel einfacher „auf Grund der geltenden Gesetze" organisiert werden, und dasselbe Rund-

schreiben vom 17. August sieht dort, wo es sich mit den öffentlichen Arbeiten befaßt, die von den Semstwos, den Kuratorien der Arbeitshäuser und den Gouvernementsbehörden organisiert werden, keineswegs die Notwendigkeit irgendeiner besonderen Organisation vor. Die „Ernährungskampagne" der Regierung besteht also darin, daß die Petersburger Departements einen ganzen Monat (vom 17. August bis zum 15. September) nachdachten und schließlich eine ins Unendliche gehende Komplizierung des bürokratischen Amtsweges ausdachten. Dafür aber wird die Petersburger Kommission sicherlich nicht Gefahr laufen, in Übertreibungen zu verfallen, eine Gefahr, vor der die Beamten der Provinz, die „sich fürchten, als illiberal zu gelten", nicht gefeit sind.

Aber das Hauptstück der neuen „provisorischen Bestimmungen" sind die gesetzlichen Vorschriften über die „Landbewohner", die für die Arbeiten eingestellt werden sollen. Werden die Arbeiten „außerhalb ihres Wohnbezirks" durchgeführt, so bilden die Arbeiter erstens besondere Artels „unter Aufsicht des Landeshauptmanns", der auch den Ältesten zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bestimmen hat; zweitens wird von den Arbeitern, die einem solchen Artel angehören, eine besondere Liste angefertigt, die „für die in ihr" (in „selbiger", wie es im Gesetz heißt) „eingetragenen Arbeiter — unterwegs und während ihrer Beteiligung an den Arbeiten — die vom Gesetz vorgeschriebenen Aufenthaltsgenehmigungen *ersetzt* und bis zur Ankunft der Arbeiter am Bestimmungsort von dem Beamten, der die Arbeiter auf der Fahrt begleitet, oder in seiner Abwesenheit von dem Artel-Ältesten aufbewahrt wird, und danach von der Person, die die Durchführung der Arbeiten leitet".

Warum war es notwendig, die gewöhnlichen Pässe, die jeder Bauer, der seinen Wohnort verlassen will, kostenlos zu erhalten berechtigt ist, durch eine besondere Liste zu ersetzen? Für den Arbeiter ist das zweifellos eine Beschränkung seiner Freiheit, denn mit einem eigenen Einzelpaß ist er viel freier, sowohl in der Wahl seiner Wohnung und in der Einteilung seiner Zeit als auch beim Wechsel seiner Arbeitsstelle gegen eine andere, die für ihn vorteilhafter ist oder ihm mehr zusagt. Wir werden weiter sehen, daß man das zweifellos absichtlich getan hat und nicht nur aus Vorliebe für den Bürokratismus, sondern gerade um die Arbeiter in ihrer Freiheit zu beschränken und sie Leibeigenen gleichzusetzen, die mit einem „Begleitschein", gewissermaßen mit einer „Bestandsliste" transpor-

tiert werden. Es zeigt sich, daß z. B. die Sorge um die „Aufrechterhaltung der gebührenden Ordnung während der Fahrt und die Übergabe (sic!) der herangeschafften Arbeitertrupps an die Arbeitsleiter Beamten anvertraut wird, die das Innenministerium speziell hierfür beordert". Je tiefer in den Wald, um so dichter die Bäume. Der Ersatz der Pässe durch Listen führt dazu, daß die Freizügigkeit durch „Heranschaffen und Übergabe von Trupps" ersetzt wird. Ja, ist denn hier von Trupps Verbannter und Zuchthäusler die Rede? Sind denn bereits (vielleicht zur Strafe für die „Übertreibung" der Hungersnot?) alle Gesetze aufgehoben, wonach der Bauer, der sich einen Paß besorgt hat, reisen darf, wohin es ihm beliebt und wie es ihm beliebt? Ist denn die Beförderung auf Kosten der Staatskasse ein hinreichender Grund für die Aberkennung der Bürgerrechte?

Weiter. Es stellt sich heraus, daß die über die Verteilung der Arbeiter, die Lohnauszahlung usw. verfügenden Personen sowie die anderen Beamten der Behörde, die mit der Durchführung der Arbeiten betraut wurde, „auf eine Mitteilung der Behörden des Gouvernements hin, in dem die Familien der Arbeiter zurückgeblieben sind, falls möglich einen Teil des Arbeitslohns einbehalten und an die zuständigen Stellen zur Unterstützung dieser Familien überweisen". Eine neue Entrechtung. Wie können es die Beamten wagen, erarbeitetes Geld einzubehalten? Wie können sie es wagen, sich in die Familienangelegenheiten der Arbeiter einzumischen und, statt ihrer, als wären es Leibeigene, zu bestimmen, wen sie zu unterstützen haben und in welcher Höhe dies geschehen soll? Werden es denn die Arbeiter überhaupt erlauben, daß man ohne ihre Einwilligung das von ihnen verdiente Geld einbehält? Diese Frage beschäftigte wahrscheinlich auch die Verfasser der neuen „Zuchthausbestimmungen", denn der Gesetzesparagraph, der auf den von uns angeführten unmittelbar folgt, lautet: „Die Aufsicht darüber, daß die Arbeiter an den Arbeitsstellen die gebührende Ordnung halten, wird auf Anordnung des Innenministers den örtlichen Landeshauptleuten, Offizieren des besonderen Gendarmeriekorps, Polizeibeamten oder besonders hierzu bestimmten Personen übertragen." Wahrlich, es handelt sich hier um eine *Bestrafung* der Bauern, die für „Übertreibung" der Hungersnot und für ihr „durch nichts gerechtfertigtes anspruchsvolles Verhalten gegenüber der Regierung" mit Aberkennung der Bürgerrechte bestraft werden! Es genügt noch nicht, daß

alle russischen Arbeiter sowohl von der allgemeinen Polizei als auch von der Fabrikpolizei und der Geheimpolizei überwacht werden — hier wird noch eine *besondere* Überwachung angeordnet. Man könnte meinen, die Regierung habe aus Angst vor diesen mit tausend Vorsichtsmaßnahmen verfrachteten, transportierten und zugestellten Trupps hungernder Bauern völlig den Kopf verloren.

Weiter. „Bei Verletzung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, bei offenkundig nachlässigem Verhalten zur Arbeit oder bei Nichterfüllung berechtigter Forderungen der Personen, die die Durchführung der Arbeiten leiten oder über die Aufrechterhaltung der Ordnung bei selbigen wachen, können Arbeiter, die sich dessen schuldig gemacht haben, *ohne besonderes Gerichtsverfahren* auf Anordnung der in § 16" (von uns soeben zitiert) „genannten Beamten mit Haft bis zu *drei* Tagen bestraft werden. Entziehen sie sich beharrlich der Arbeit, können sie auf Anordnung derselben Beamten *per Schub* nach ihrem ständigen Wohnsitz *abtransportiert werden.*"

Muß man nach alledem die provisorischen Bestimmungen vom 15. September nicht als provisorische Zuchthausbestimmungen bezeichnen? Bestrafung ohne Gericht, Abtransport per Schub... Groß, sehr groß ist die Unwissenheit und die Verschüchterung der russischen Bauern, aber alles hat doch seine Grenze. Auch das unaufhörliche Hungern und die ununterbrochenen Ausweisungen von Arbeitern aus den Städten konnten nicht spurlos vorübergehen. Und unsere Regierung, die einen solchen Gefallen daran gefunden hat, mit Hilfe „provisorischer Bestimmungen" zu regieren*, wird es noch erleben, daß sie auf Granit beißt.

Mögen die „provisorischen Bestimmungen" vom 15. September für uns ein Anlaß sein, um die breiteste Agitation in den Arbeiterzirkeln und in der Bauernschaft zu entfalten; *verbreiten wir* diese Bestimmungen im Wortlaut sowie Flugblätter, in denen wir sie erläutern, veranstalten wir Versammlungen, in denen wir dieses Gesetz verlesen und seinen Inhalt

* Es ist ein alter Satz, daß jeder Esel mit dem Belagerungszustand regieren kann. Nun, in Europa muß der Belagerungszustand jedesmal verhängt werden, bei uns aber ist Belagerungszustand der übliche Zustand, der bald hier, bald dort durch provisorische Bestimmungen ergänzt wird. Werden doch alle politischen Angelegenheiten in Rußland auf Grund von provisorischen Bestimmungen erledigt.

in Verbindung mit der gesamten „Ernährungs"politik der Regierung erklären. Sorgen wir dafür, daß jeder auch nur einigermaßen klassenbewußte Arbeiter, der auf die eine oder andere Weise ins Dorf kommt, genau weiß, was die „provisorischen Zuchthausbestimmungen" sind, und imstande ist, allen und jedem zu sagen, worum es sich hier handelt und was zu tun ist, um sich aus dem Zuchthaus des Hungers, der Willkür und der Rechtlosigkeit zu befreien.

Aber jenen schöngeistigen russischen Intellektuellen, die sich für allerlei Artels und ähnliche von der Regierung zugelassene oder geförderte legale Vereinigungen so einsetzen, mögen diese provisorischen Bestimmungen über *Arbeiterartels* ständiger Vorwurf und ernste Warnung sein: ein Vorwurf wegen der Naivität, weil sie glaubten, daß die Regierung solche Vereinigungen aufrichtig zulasse oder fördere, und dabei den allerniederträchtigsten leibeigenschaftlichen Inhalt hinter dem Aushängeschild „Entwicklung der Volksarbeit" usw. nicht sahen. Eine Warnung — damit sie in Zukunft, wenn sie von Artels und sonstigen von den Herren Sipjagin zugelassenen Vereinigungen reden, nie vergessen, über die Arbeiterartels der provisorischen Bestimmungen vom 15. September zu berichten und die ganze Wahrheit über sie zu berichten oder aber lieber ganz schweigen, wenn sie von *diesen* Artels nicht reden dürfen.

II. DAS VERHALTEN ZUR KRISE UND ZUR HUNGERSNOT

Neben der neuen Hungersnot dauert noch immer die alte, bereits chronisch gewordene Industrie- und Handelskrise an, die Zehntausende Arbeiter, die keine Arbeit finden, auf die Straße geworfen hat. Die Not dieser Arbeiter ist ungeheuer groß, und um so auffallender ist es, daß sich sowohl die Regierung als auch die gebildete „Gesellschaft" ganz verschieden zu dieser Not und zur Not der Bauern verhalten. Weder die öffentlichen Institutionen noch die Presse machen auch nur den geringsten Versuch, die Zahl der notleidenden Arbeiter und das Ausmaß der Not wenigstens annähernd zu ermitteln, wie das bei den Bauern geschieht. Es werden keine systematischen Maßnahmen ergriffen, um eine Hilfsaktion für die hungernden Arbeiter zu organisieren.

Worauf ist dieses unterschiedliche Verhalten zurückzuführen? Wir meinen, am wenigsten darauf, daß die Not der Arbeiter gewissermaßen weniger nach außen in Erscheinung tritt, in weniger scharfen Formen zum Ausdruck kommt. Allerdings weiß die nicht zur Arbeiterklasse gehörende städtische Bevölkerung wenig davon, welch qualvolles Leben die Fabrikarbeiter jetzt führen, die in Kellern, auf Böden und in Spelunken noch enger zusammengepfercht sind, noch mehr darben als sonst und beim Wucherer die letzten Reste des Hausrats verkaufen; allerdings erregt die wachsende Zahl der Vagabunden und Bettler, der Obdachlosen in den Nachtasylen und der Gefängnis- und Krankenhausinsassen keine besondere Aufmerksamkeit, denn „man" ist ja so sehr daran gewöhnt, daß nun einmal in der Großstadt die Nachtasyle und sonstigen Zufluchtsstätten der hoffnungslosesten Armut überfüllt sind; allerdings sind arbeitslose Arbeiter keineswegs an einen Ort gebunden, wie die Bauern, und entweder wandern sie selbst auf der Suche nach Arbeit in die verschiedensten Teile des Landes ab oder werden von den Verwaltungsbehörden, die sich vor einer Anhäufung von Arbeitslosen fürchten, „in die Heimatorte" ausgewiesen. Aber trotz allem sieht jeder, der mit dem industriellen Leben in Berührung kommt, mit eigenen Augen und jeder, der sich für das öffentliche Leben interessiert, weiß aus den Zeitungen, daß die Arbeitslosigkeit immer mehr zunimmt.

Nein, die Ursachen für dieses unterschiedliche Verhalten liegen tiefer: sie sind darin zu suchen, daß die Hungersnot auf dem Lande und die Arbeitslosigkeit in den Städten zu völlig verschiedenen Formationen des Wirtschaftslebens unseres Landes gehören, durch völlig verschiedene Wechselbeziehungen der Ausbeuterklasse und der Klasse der Ausgebeuteten bedingt sind. Auf dem Lande sind die Beziehungen zwischen diesen beiden Klassen überhaupt außerordentlich verworren und kompliziert durch eine Menge Übergangsformen, bei denen der landwirtschaftliche Betrieb bald mit dem Wucher, bald mit der Lohnarbeit usw. usf. verbunden ist. Und es hungern dabei nicht die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, deren Interessen den Interessen der Gutsbesitzer und reichen Bauern entgegengesetzt sind, was allen, und in einem hohen Maße auch den Arbeitern selbst, klar ist, sondern es hungern die kleinen Bauern, die man für selbständige Landwirte zu halten pflegt (und die sich selbst dafür halten), für selbständige Landwirte, die nur zufällig manchmal in diese

oder jene „zeitweilige" Abhängigkeit geraten. Die unmittelbare Ursache der Hungersnot, die Mißernte, ist in den Augen der Masse eine rein elementare Katastrophe, eine Fügung Gottes. Da aber diese von Hungersnöten begleiteten Mißernten seit undenklichen Zeiten immer wieder vorkommen, so ist auch die Gesetzgebung seit langem gezwungen, ihnen Rechnung zu tragen. Schon seit langem bestehen (hauptsächlich auf dem Papier) ganze Reglements über die Volksernährung, die ein ganzes System von „Maßnahmen" vorschreiben. Und wie wenig auch diese Maßnahmen, zum größten Teil aus der Zeit der Leibeigenschaft und des Überwiegens der patriarchalischen Naturalwirtschaft übernommen, den Bedürfnissen der gegenwärtigen Epoche entsprechen mögen, so bringt dennoch jede Hungersnot den ganzen Verwaltungs- und Semstwoapparat in Bewegung. Für diesen Apparat aber ist es trotz aller Anstrengungen der Machthaber schwer, ja fast unmöglich, ohne allseitige Hilfe dieser verhaßten „dritten Personen", der Intellektuellen, auszukommen, die stets danach trachten, „Lärm" zu schlagen. Der Zusammenhang der Hungersnot mit der Mißernte und die Unwissenheit des Bauern — der sich nicht bewußt ist (oder nur äußerst nebelhaft bewußt ist), daß nur der zunehmende Druck des Kapitals in Verbindung mit der räuberischen Politik der Regierung und der Gutsbesitzer ihn in dieses Elend gebracht hat — führen anderseits dazu, daß die Hungernden sich völlig hilflos fühlen und nicht nur kein übermäßig anspruchsvolles, sondern vielmehr überhaupt kein „anspruchsvolles Verhalten" an den Tag legen.

Je geringer aber in der unterdrückten Klasse das Bewußtsein ist, unterdrückt zu sein, und je anspruchsloser ihr Verhalten gegenüber den Unterdrückern ist, um so größer wird in den besitzenden Klassen die Zahl derjenigen sein, die zur Wohltätigkeit neigen, und um so geringer wird verhältnismäßig der Widerstand gegen diese Wohltätigkeit von seiten der örtlichen Gutsbesitzer sein, die am Elend des Bauern unmittelbar interessiert sind. Wenn man diese außer Zweifel stehende Tatsache berücksichtigt, so zeigt sich, daß der wachsende Widerstand der Gutsbesitzer, das immer lauter werdende Geschrei über die „Demoralisierung" des Bauern und schließlich die rein militärischen Maßnahmen, die von der mit solchem Geist „erfüllten" Regierung gegen die Hungernden und gegen die Wohltäter ergriffen wurden — daß all das ein deutlicher Beweis ist für den völligen Verfall und die völlige Auflösung dieser uralten, patriarchalischen,

durch Jahrhunderte geheiligten und angeblich unerschütterlich stabilen dörflichen Lebensweise, für die sich die eifrigsten Slawophilen, die zielbewußtesten Reaktionäre und die naivsten „Volkstümler" altväterlichen Gepräges so sehr begeisterten. Wir Sozialdemokraten wurden stets beschuldigt — von den Volkstümlern, daß wir den Begriff des Klassenkampfes künstlich dort hineintragen, wo er überhaupt nicht anwendbar ist, und von den Reaktionären, daß wir den Klassenhaß entfachen und „einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen" aufhetzen. Ohne die auf diese Beschuldigungen schon Dutzende Male erteilte Antwort zu wiederholen, wollen wir nur bemerken, daß die russische Regierung *uns allen voraus ist* in der Beurteilung der Schärfe des Klassenkampfes und in der Energie der Maßnahmen, die sich aus einem solchen Urteil ergeben. Jeder, der in dieser oder jener Weise mit den Leuten in Berührung gekommen ist, die sich in den Hungerjahren aufmachten, die Bauern zu „speisen" — und wer von uns ist mit ihnen nicht in Berührung gekommen? —, weiß, daß sie sich von einfachem menschlichem Mitgefühl, von Mitleid bewegen ließen, daß irgendwelche „politischen" Pläne ihnen vollkommen fernlagen, daß die Propaganda der Idee des Klassenkampfes diese Leute völlig kalt ließ, daß die Argumente, die die Marxisten in ihrem erbitterten Kampf gegen die Ansichten der Volkstümler über das Dorf vorbrachten, diese Leute nicht überzeugen konnten. Was hat das mit Klassenkampf zu tun? — sagten sie. Es ist einfach so, daß die Bauern hungern, und man muß ihnen helfen.

Aber wen die Argumente der Marxisten nicht überzeugt haben, den werden vielleicht die „Argumente" des Herrn Innenministers überzeugen. Nein, sie „hungern nicht einfach" — verkündet er den Wohltätern —, und ohne Erlaubnis der Obrigkeit darf man nicht „einfach" helfen, denn das begünstigt die Demoralisierung und ein durch nichts begründetes anspruchsvolles Verhalten. Sich in die Ernährungskampagne einmischen heißt sich in jene Ratschlüsse Gottes und der Polizei einmischen, die den Herren Gutsbesitzern die Beschaffung von Arbeitern, die fast umsonst zu arbeiten bereit sind, sichern, der Staatskasse aber den Eingang der mit drakonischen Mitteln einzutreibenden Abgaben garantieren. Und wer das Rundschreiben Sipjagins aufmerksam liest, der muß sich sagen: Jawohl, in unserem Dorf geht ein sozialer Krieg vor sich, und wie in jedem Kriege verneint man nicht das Recht der kriegführenden Seiten, die La-

dungen der Schiffe zu prüfen, die, sei es auch unter neutraler Flagge, die Häfen des Feindes anlaufen! Von anderen Kriegen unterscheidet sich dieser lediglich dadurch, daß hier die eine Seite, die verpflichtet ist, ewig zu arbeiten und ewig zu hungern, überhaupt nicht kämpft, sondern nur bekämpft wird... vorläufig.

Daß auf dem Gebiet der Industrie dieser Krieg geführt wird, steht seit langem außer Zweifel, und es besteht nicht die Notwendigkeit, den „neutralen" Wohltäter durch Rundschreiben darüber aufzuklären, daß man nicht in den Fluß steigt, bevor man die Furt (d. h. den Willen der Obrigkeit und der Herren Fabrikbesitzer) erkundet hat. Bereits im Jahre 1885, als von einer auch nur irgendwie bemerkbaren sozialistischen Agitation unter den Arbeitern noch nicht die Rede sein konnte, auch nicht im zentralen Gebiet, wo die Arbeiter mit der Bauernschaft mehr verbunden sind als in der Hauptstadt, hatte die industrielle Krise die Fabrikatmosphäre in einem solch hohen Maße mit Elektrizität geladen, daß ständig, bald hier, bald dort Explosionen erfolgten. Die Wohltätigkeit ist bei einer solchen Lage der Dinge von vornherein zur Ohnmacht verurteilt, und sie bleibt darum eine zufällige und rein individuelle Angelegenheit dieser oder jener Personen, ohne die geringste öffentliche Bedeutung zu gewinnen.

Wir wollen noch eine Besonderheit im Verhalten der Gesellschaft zu den Hungersnöten vermerken. Bis in die allerletzte Zeit herrschte bei uns, das kann man ohne Übertreibung sagen, die Ansicht, daß die ganze russische Wirtschafts-, ja sogar Staatsordnung sich nur auf die *Masse* der Bauern stützt, die Boden besitzen und den Boden selbständig bewirtschaften. Wie weit diese Auffassung sogar in die fortschrittlichen Kreise denkender Menschen eingedrungen war, die am wenigsten dazu neigen, auf die offiziellen Lobgesänge hereinzufallen, das hat mit besonderer Deutlichkeit das allen noch bekannte Buch Nikolai-ons gezeigt, das nach der Hungersnot des Jahres 1891/1892 erschien.[77] Den Ruin einer ungeheuren Zahl von Bauernwirtschaften hielten alle für ein solches Absurdum, für einen so unmöglichen Sprung ins Nichts, daß die Notwendigkeit einer großzügigen Hilfsaktion, die wirklich imstande wäre, die „Wunden zu heilen", fast zur allgemeinen Losung wurde. Und wiederum nahm sich kein anderer als Herr Sipjagin die Mühe, auch die letzten Illusionen zu zerstören. Worauf stützt sich denn „Rußland", wovon leben die Agrarier und die Industrie- und Handelsklassen, wenn nicht vom Ruin und Elend

des Volkes? Der Versuch, *diese* „Wunde" nicht nur auf dem Papier zu heilen, ja, das ist doch ein Staatsverbrechen!

Herr Sipjagin wird zweifellos dazu beitragen, die Wahrheit zu verbreiten und fest einzuhämmern, daß es sowohl gegen Arbeitslosigkeit und Krisen als auch gegen jene asiatisch-barbarischen und grausamen Formen der Expropriation des Kleinproduzenten, die dieser Prozeß bei uns angenommen hat, kein anderes Mittel gibt und geben kann als den Klassenkampf des revolutionären Proletariats gegen die ganze kapitalistische Ordnung. Die Massenopfer der Hungersnot und der Krise sind den Machthabern des kapitalistischen Staates ebenso gleichgültig, wie einer Lokomotive die Menschen gleichgültig sind, die sie auf ihrem Wege zermalmt. Die toten Körper halten die Räder auf, der Zug bleibt stehen, er kann dabei sogar (bei allzu energischen Lokomotivführern) entgleisen, aber er setzt auf jeden Fall nach kürzerer oder längerer Unterbrechung seine Fahrt fort. Man hört vom Hungertod und vom Ruin Zehntausender und Hunderttausender kleiner Landwirte, aber gleichzeitig hört man auch von den Fortschritten der einheimischen Landwirtschaft, von der erfolgreichen Eroberung des Auslandsmarktes durch die russischen Gutsbesitzer, die eine Delegation russischer Landwirte nach England entsandt haben, von erhöhtem Absatz verbesserter Geräte, von der Verbreitung des Futterkräuteranbaus u. a. m. Für die Herren der russischen Landwirtschaft ist (ebenso wie für alle kapitalistischen Unternehmer) die Verschärfung des Ruins und der Hungersnot nicht mehr als eine kleine vorübergehende Stockung, die sie fast gar nicht beachten, wenn die Hungernden sie nicht *zwingen*, ihnen Beachtung zu schenken. Alles geht seinen Gang — sogar die Bodenspekulation jenes Teils der *Landwirte*, der aus wohlhabenden Bauern besteht.

So z. B. ist der Kreis Buguruslan im Gouvernement Samara als „durch die Mißernte in Not geraten" erklärt worden. Die Verelendung der *Masse* der Bauern und die Hungersnot haben also hier den höchsten Grad erreicht. Aber das Elend der Masse behindert keineswegs, sondern fördert anscheinend sogar die Festigung der wirtschaftlichen Positionen der kapitalistischen Minderheit der Bauernschaft. Folgendes lesen wir über denselben Kreis in der September-Korrespondenz der „Russkije Wedomosti"[78] (Nr. 244):

„Kreis Buguruslan, Gouvernement Samara. Das Gespräch des Tages

ist bei uns das allgemeine rasche Steigen der Bodenpreise und die ungeheure Bodenspekulation, die dadurch hervorgerufen wird. Noch vor kaum 15 bis 20 Jahren kostete hier die Desjatine ausgezeichneter Talboden *10 bis 15 Rubel*; es gab von der Eisenbahn weit entfernte Gegenden, in denen noch vor drei Jahren ein Preis von 35 Rubel für die Desjatine als hoch galt, und nur für den allerbesten Boden mit ausgezeichneten Wirtschaftsgebäuden und guter Marktlage wurden einmal 60 Rubel für die Desjatine gezahlt. Jetzt dagegen zahlt man für den schlechtesten Boden *50 bis 60 Rubel*, und für den besten Boden sind die Preise bis auf 80 und sogar auf 100 Rubel pro Desjatine gestiegen. Die Spekulation, die durch dieses Steigen der Bodenpreise hervorgerufen wurde, ist von zweierlei Art: Erstens besteht sie im Kauf von Land zum sofortigen Weiterverkauf (es gibt Fälle, wo Boden zu 40 Rubel gekauft und nach einem Jahr an die ortsansässigen *Bauern zu 55 Rubel* weiterverkauft wurde); es verkaufen gewöhnlich die Gutsbesitzer, die keine Lust oder keine Zeit mehr haben, sich mit den langwierigen Formalitäten abzugeben, die der Verkauf des Bodens an die Bauern durch die Bauernbank mit sich bringt; es kaufen aber den Boden kapitalistische Händler, die ihn an *eben die Bauern dieser Gegend weiterverkaufen*. Zweitens befassen sich zahlreiche Makler verschiedener Art damit, den Bauern aus entfernten (vorwiegend kleinrussischen) Gouvernements alle möglichen ungeeigneten Landstücke anzudrehen, wofür sie von den Gutsbesitzern ganz hübsche *Prozente* (*1 bis 2 Rubel* für die Desjatine) erhalten. Aus dem Gesagten ist bereits ersichtlich, daß das Hauptobjekt der Bodenspekulation der *Bauer* ist, und auf seinem Landhunger beruht dieses ganze unvorstellbare und aus rein ökonomischen Ursachen nicht erklärbare sprunghafte Steigen der Bodenpreise; natürlich haben auch die Eisenbahnen eine Rolle gespielt, aber doch keine so große, denn der Hauptkäufer des Bodens bleibt bei uns die Bauernschaft, für die die Eisenbahn bei weitem nicht der wichtigste Faktor ist."

Diese zähen „tüchtigen Bäuerlein", die so gierig ihr „Erspartes" (und Erstohlenes) zum Kauf von Land verwenden, werden unvermeidlich auch jene Bauern mit wenig Besitz endgültig zugrunde richten, die die jetzige Hungersnot noch überstanden haben.

Ist für die bürgerliche Gesellschaft der Kauf von Land durch die reichen Bauern das Mittel gegen den Ruin und die Hungersnot der wenig besitzenden Bauern, so ist die Suche nach neuen Märkten das Mittel gegen die

Krise, gegen die Überfüllung des Marktes mit Erzeugnissen der Industrie. Die Reptilienpresse („Nowoje Wremja" Nr. 9188) ist begeistert von den Erfolgen des neuen Handels mit Persien; die Handelsaussichten in Mittelasien und insbesondere in der Mandschurei werden lebhaft erörtert. Die Eisenindustriellen und sonstigen Industriemagnaten reiben sich freudig die Hände, wenn sie von einer Belebung im Eisenbahnbau hören. Der Bau großer Eisenbahnlinien ist beschlossen worden: Petersburg—Wjatka, Bologoje—Sedlez, Orenburg—Taschkent; die Regierung hat Eisenbahnanleihen (der Gesellschaften Moskau-Kasaner Bahn, Lodzer Bahn und Südost-Bahn) in Höhe von 37 Millionen garantiert; folgende Linien sind geplant: Moskau—Kyschtym, Kamyschin—Astrachan und die Schwarzmeerbahn. Die hungernden Bauern und die brotlosen Arbeiter können sich trösten: die Staatsgelder (wenn die Staatskasse noch Geld auftreibt) werden selbstverständlich nicht „unproduktiv" (siehe das Rundschreiben Sipjagins) für Unterstützungen ausgegeben werden, nein, sie werden in die Taschen der Ingenieure und Bauunternehmer vom Schlage solcher Virtuosen im Stehlen von Staatseigentum wandern wie jene, die in Nishni-Nowgorod beim Bau des Sormowoer Dammes jahrelang den Staat bestohlen haben und erst jetzt (ausnahmsweise) von dem Moskauer Kammergericht während der Sitzungsperiode in Nishni-Nowgorod verurteilt worden sind.*

* Mangel an Raum erlaubt uns leider nicht, ausführlicher auf diesen Prozeß einzugehen, der erneut gezeigt hat, wie sowohl die Ingenieure als auch die Bauunternehmer wirtschaften. Für uns Russen ist das eben die alte Geschichte, die immer neu bleibt. Der Ingenieur Alexandrow hat in Gemeinschaft mit Schnakenburg, dem Chef der Abteilung Nishni-Nowgorod, Bezirk Kasan des Verkehrsministeriums, und zusammen mit sechs in dieser Sache zur Verantwortung gezogenen Bauunternehmern *im Laufe von drei Jahren* (1893—1895) für sich und die anderen in die Tausende gehende Kapitalien „erworben", indem er dem Fiskus Rechnungen, Berichte, Bescheinigungen usw. für niemals geleistete Arbeiten und Lieferungen einreichte. Fiktiv waren nicht nur die Arbeiten, sondern auch die Bauunternehmer selbst; ein einfacher Schreiber unterzeichnete als Bauunternehmer! Welche Summen diese ganze Bande eingesteckt hat, kann man aus folgendem ersehen. Der Ingenieur Alexandrow legte Rechnungen (von den auf die Anklagebank geratenen „Bauunternehmern") vor, deren Gesamtbetrag sich auf *mehr als zweihundert*tausend Rubel belief; in diesen Rechnungen aber waren zum Beispiel anstatt 400 Rubel wirklicher Ausgaben 4400 Rubel angegeben. Der Ingenieur Alexandrow verpraßte nach den Aussagen eines

III. DAS DRITTE ELEMENT

Der Ausdruck „drittes Element" oder „dritte Personen" stammt, wenn wir nicht irren, vom Vizegouverneur von Samara, Herrn Kondoidi, der ihn in seiner Rede bei der Eröffnung der Semstwoversammlung des Gouvernements Samara im Jahre 1900 zur Bezeichnung von Personen ge-

---

Zeugen bald mit Weibern, bald mit seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Eisenbahningenieuren, bei einem Mittagessen 50 bis 80 Rubel.

Am interessantesten aber ist, wie dieser Fall behandelt wurde und womit er endete. Der Polizeichef, dem ein Agent der Geheimpolizei Mitteilung davon machte, „wollte den Fall nicht anhängig machen" (!). „Das ist nicht unsere Sache", sagte er, „sondern Sache des Verkehrsministeriums", und der Agent mußte sich an den Staatsanwalt wenden. Ferner kam alles nur darum ans Licht, weil die Diebe miteinander in Streit geraten waren: Alexandrow hatte mit einem dieser Schreiber alias Bauunternehmer „nicht geteilt". Die Untersuchung dauerte *sechs Jahre*, so daß inzwischen viele Zeugen gestorben waren und fast alle das Wichtigste vergessen hatten. Selbst ein solcher Zeuge wie der damalige Chef des Kasaner Eisenbahnbezirks, Lochtin, war *nicht aufzufinden* (sic!): nach der einen Version war er in Kasan, nach der anderen in Jenissejsk auf Dienstreise! Der Leser möge nicht glauben, das sei ein Scherz — es ist dem Bericht über die Gerichtsverhandlung entnommen.

Daß in diese Angelegenheit durchaus nicht nur die Angeklagten verwickelt sind, geht schon aus folgenden zwei Tatsachen hervor: Erstens ist derselbe tugendhafte Polizeiagent, der die Sache ins Rollen brachte, nicht mehr in der Polizei tätig, sondern hat sich ein Haus gekauft und lebt von den Einkünften aus diesem Haus. Zweitens setzte der Ingenieur Makarow, *Chef des Kasaner Eisenbahnbezirks* (als der Sormowoer Damm gebaut wurde, war er stellvertretender Chef), vor Gericht alles daran, um Alexandrow reinzuwaschen; er erklärte sogar — wörtlich! —, wenn der Damm im Frühjahr 1894 unterspült wurde, *„mußte das eben so sein"*. Seine, Makarows, Revisionen hätten ergeben, daß bei Alexandrow alles in Ordnung gewesen sei, und Alexandrow habe sich durch Erfahrung, Eifer und Pünktlichkeit ausgezeichnet!

Das Ergebnis: Alexandrow — ein Jahr Festung, Schnakenburg — eine strenge Rüge (die auf Grund des Manifestes vom Jahre 1896 nicht erteilt wurde!); die übrigen wurden freigesprochen. Die Zivilklage des Fiskus wurde abgewiesen. Man kann sich vorstellen, wie zufrieden die nicht auffindbaren Lochtins und die im Staatsdienst stehenden Makarows sein müssen.

brauchte, „die weder zur Administration noch zu den Ständevertretern gehören". Das Anwachsen der Zahl und des Einflusses dieser Personen, die im Semstwo als Ärzte, Techniker, Statistiker, Agronomen, Pädagogen usw. tätig sind, lenkt bereits seit langem die Aufmerksamkeit unserer Reaktionäre auf sich, die diese verhaßten „dritten Personen" auch „Semstwobürokratie" nennen.

Es muß überhaupt gesagt werden, daß unsere Reaktionäre — und darunter natürlich auch die gesamte hohe Bürokratie — einen guten politischen Instinkt an den Tag legen. Sie sind durch alle möglichen Erfahrungen im Kampf gegen die Opposition, gegen „Revolten" des Volkes, gegen Sektierer, Aufstände und Revolutionäre so gewitzigt, daß sie ständig „auf der Hut" sind und viel besser als all die naiven Einfaltspinsel und „ehrlichen Arbeitsgäule" begreifen, wie unvereinbar die Selbstherrschaft ist mit *jeder wie immer gearteten* Selbständigkeit, Ehrlichkeit, Unabhängigkeit der Überzeugungen und mit dem Stolz auf wirkliches Wissen. Diese Reaktionäre, die sich den Geist der Kriecherei und des formalen Verhaltens zur Sache, der in der gesamten Hierarchie der russischen Beamtenschaft herrscht, vorzüglich zu eigen gemacht haben, sind mißtrauisch gegen alles, was nicht dem Gogolschen Akaki Akakijewitsch* oder, um einen neueren Vergleich zu gebrauchen, dem Mann im Futteral** ähnlich sieht.

Und in der Tat, wenn man die Menschen, die diese oder jene öffentlichen Funktionen ausüben, nicht nach ihrer Dienststellung, sondern nach ihrem Wissen und ihren Verdiensten werten wollte — würde das nicht mit unausweichlicher Logik zur Freiheit der öffentlichen Meinung und öffentlichen Kontrolle führen, die dieses Wissen und diese Verdienste prüft? Würde das nicht die Privilegien des Standes und des Ranges an der Wurzel untergraben, die die einzigen Stützen des absolutistischen Rußlands sind? Man höre, womit derselbe Herr Kondoidi seine Unzufriedenheit begründete:

„Es kommt vor", sagte er, „daß Ständevertreter, ohne die Dinge genügend geprüft zu haben, auf das Wort der Intellektuellen hören, obgleich es nur im freien Dienstverhältnis stehende Angestellte des Semstwoamtes sind, nur weil diese sich auf die Wissenschaft oder auf Belehrungen der

* Gestalt aus der Erzählung „Der Mantel" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

** Hauptfigur der gleichnamigen Novelle von A. P. Tschechow. *Der Übers.*

Zeitungs- und Zeitschriftenschreiber berufen." Wie? Einfache „im freien Dienstverhältnis stehende Angestellte", und wollen die „Ständevertreter" belehren! Übrigens: die Semstwomitglieder, von denen der Herr Vizegouverneur spricht, sind in Wirklichkeit Mitglieder einer nichtständischen Körperschaft; da aber bei uns alles vom ständischen Geist durchdrungen ist, da auch die Semstwos auf Grund der neuen Bestimmungen ihren nichtständischen Charakter zu einem sehr erheblichen Teil eingebüßt haben, so kann man der Kürze halber wirklich sagen, daß es in Rußland zwei herrschende „Klassen" gibt: 1. die Administration und 2. die Vertreter der Stände. Für das dritte Element ist in der ständischen Monarchie kein Platz. Wenn aber die widerspenstige wirtschaftliche Entwicklung allein durch das Wachstum des Kapitalismus die ständischen Grundlagen immer mehr untergräbt und einen Bedarf an „Intellektuellen" hervorruft, deren Zahl immer mehr wächst, so muß man unvermeidlich erwarten, daß das dritte Element versuchen wird, die Grenzen, durch die es beengt wird, zu erweitern.

„Die Träumereien der Personen, die weder zur Administration noch zu den Ständevertretern im Semstwo gehören", sagte derselbe Herr Kondoidi, „haben lediglich phantastischen Charakter, können aber, wenn man politische Tendenzen als Grundlage annimmt, auch eine schädliche Seite haben."

Die Annahme „politischer Tendenzen" ist nur ein diplomatischer Ausdruck für die Überzeugung, daß solche Tendenzen vorhanden sind. Als „Träumereien" werden hier gewissermaßen alle Erwägungen bezeichnet, die sich für den Arzt aus den Interessen der Medizin, für den Statistiker aus den Interessen der Statistik ergeben und die auf die Interessen der herrschenden Stände keine Rücksicht nehmen. An und für sich sind das phantastische Träumereien, aber sie sind, man beliebe das zu sehen, der Nährboden für politische Unzufriedenheit.

Und hier der Versuch eines anderen Administrators, des Chefs eines zentralrussischen Gouvernements, eine andere Motivierung für die Unzufriedenheit mit dem dritten Element zu geben. Nach seinen Worten zu urteilen, entfernt sich die Tätigkeit des Semstwos des *ihm anvertrauten* Gouvernements „mit jedem Jahr immer mehr und mehr von den wichtigsten Prinzipien, auf denen die Verordnung über die Semstwoinstitutionen fußt". Durch diese Verordnung wurde die ansässige Bevölkerung zur

Leitung der Angelegenheiten berufen, die die lokalen Belange und Bedürfnisse betreffen; aber infolge des gleichgültigen Verhaltens der Mehrheit der Grundbesitzer zu dem ihnen eingeräumten Recht „sind die Semstwoversammlungen zu einer bloßen *Formalität* geworden, während alle Angelegenheiten von den Semstwoämtern entschieden werden, deren Charakter sehr viel zu wünschen übrigläßt". Das „führte zur Entstehung umfangreicher Kanzleien in den Semstwoämtern und zur Einstellung von *Fachleuten* im Semstwo, Statistikern, Agronomen, Pädagogen, Hygieneärzten usw., die, da sie sich hinsichtlich ihrer *Bildung* und mitunter *auch in geistiger Beziehung* den Semstwovertretern *überlegen* fühlen, eine *immer größere Selbständigkeit* an den Tag zu legen begannen, was besonders durch die Abhaltung verschiedener *Tagungen* im Gouvernement und durch die Bildung von Räten in den Semstwoämtern gefördert wurde. Das Ergebnis war, daß die ganze Semstwowirtschaft in die Hände von Leuten geriet, *die mit der ansässigen Bevölkerung nichts gemein haben.*" Obwohl es „unter diesen Personen sehr viele gibt, die völlig loyal sind und volle Achtung verdienen, so können sie doch ihren Dienst lediglich als ein Mittel zu ihrer Existenz betrachten, die lokalen Belange und Bedürfnisse aber können sie nur soweit interessieren, wie ihr persönliches Wohlbefinden von selbigen abhängt". — „In den Semstwos kann", nach Ansicht des Gouverneurs, „*ein Lohnempfänger den Eigentümer nicht ersetzen.*" Diese Motivierung kann sowohl als schlauer wie auch als offener bezeichnet werden, je nachdem, wie man sie betrachtet. Sie ist schlauer, weil sie die politischen Tendenzen mit Schweigen übergeht und den Versuch macht, die Begründung ihres Urteils ausschließlich auf die Wahrnehmung der lokalen Belange und Bedürfnisse zurückzuführen. Sie ist offener, denn sie stellt den „Lohnempfänger" in direkten Gegensatz zum *Eigentümer*. Das ist der alte Standpunkt der russischen Kit Kitytschs*, die sich bei der Anstellung irgendeines „Schulmeisterleins" in erster Linie und am meisten vom Marktpreis, der für die betreffende Art fachlicher Dienste gezahlt wird, leiten lassen. Die wirklichen Herren des Ganzen sind die Eigentümer — so verkündet der Vertreter desselben Lagers, aus dem ständig die Lobgesänge auf Rußland ertönen, auf Rußland mit seiner starken, von niemand abhängigen und über den Klassen stehenden Staatsgewalt,

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittre Rest beim fremden Fest". *Der Übers.*

die, Gott sei Dank, frei ist von jener Herrschaft egoistischer Interessen über das Volksleben, die wir in den durch den Parlamentarismus demoralisierten westlichen Ländern sehen. Ist aber der Eigentümer der Herr, so muß er auch Herr über das „Ressort" Medizin, Statistik, Bildung sein: unser Pompadour geniert sich nicht, diesen Schluß zu ziehen, der die direkte Anerkennung der politischen Herrschaft der besitzenden Klassen enthält. Ja noch mehr: Er geniert sich nicht — und das ist besonders kurios — anzuerkennen, daß diese „Fachleute" sich in Hinsicht auf ihre Bildung und mitunter auch in geistiger Beziehung den Semstwovertretern überlegen fühlen. Nun, gegen geistige Überlegenheit gibt es selbstverständlich kein anderes Mittel als strenge Maßregeln...

Da bot sich vor kurzem unserer reaktionären Presse eine besonders günstige Gelegenheit, erneut zu solchen strengen Maßregeln aufzufordern. Da die Intellektuellen sich nicht als einfache Lohnempfänger, als Verkäufer von Arbeitskraft behandeln lassen wollen (statt als Bürger, die bestimmte gesellschaftliche Funktionen ausüben), kam es von Zeit zu Zeit immer wieder zu Konflikten zwischen den Häuptern der Semstwoämter und den Ärzten, die kollektiv um ihre Entlassung einkamen, oder den Technikern usw. In der letzten Zeit haben die Konflikte der Semstwoämter mit den Statistikern einen geradezu epidemischen Charakter angenommen.

In der „Iskra" wurde bereits im Mai (Nr. 4) darauf hingewiesen, daß die lokalen Behörden (in Jaroslawl) schon seit langem die Statistik scheel ansehen, daß sie nach den Märzereignissen in St. Petersburg tatsächlich eine „Säuberung" des Büros vornahmen und dem Büroleiter nahelegten, „künftig Studenten nur nach strenger Auswahl einzustellen, damit auch nicht der leiseste Gedanke aufkommt, sie könnten sich jemals als unzuverlässig erweisen". In dem Bericht „Aufruhr in Wladimir an der Kljasma" („Iskra" Nr. 5, Juni) wurden die allgemeine Lage des verdächtigen Ressorts Statistik und die Ursachen der feindseligen Haltung des Gouverneurs, der Fabrikanten und Gutsbesitzer zu diesem Ressort geschildert. Die Entlassung der Statistiker in Wladimir wegen eines Sympathietelegramms, das sie an Annenski (der am 4. März auf dem Kasaner Platz verprügelt worden war) geschickt hatten, führte faktisch zur Schließung des Büros, und da auswärtige Statistiker es ablehnten, in einem Semstwo zu arbeiten, das die Interessen seiner Angestellten nicht zu wahren versteht, so mußte die Ortsgendarmerie die Rolle des Vermittlers zwischen den entlassenen

Statistikern und dem Gouverneur spielen. „Ein Gendarm suchte mehrere Statistiker in ihren Wohnungen auf und machte ihnen den Vorschlag, dem Büro ein neues Gesuch um Anstellung einzureichen", aber seine Mission endete mit einem völligen Fiasko. Schließlich brachte die Augustnummer der „Iskra" (Nr. 7) die Schilderung eines „Zwischenfalls im Semstwo von Jekaterinoslaw", wo der „Pascha", Herr Rodsjanko (Vorsitzender des Gouvernementssemstwoamtes), Statistiker entließ, weil sie seiner „Anordnung", über die täglich geleistete Arbeit Buch zu führen, nicht nachgekommen waren, und durch diese Entlassung die Demission aller übrigen Mitglieder des Büros sowie Protestbriefe der Charkower Statistiker (in der gleichen Nummer der „Iskra" veröffentlicht) verursachte. Je tiefer in den Wald, um so dichter die Bäume! Nun mischte sich der Charkower Pascha, Herr Gordejenko (ebenfalls Vorsitzender des Gouvernements-Semstwoamtes), ein und erklärte den Statistikern „seines" Semstwos, daß er „in den Räumen des Amtes keine Beratungen der Angestellten über Fragen, die mit dienstlichen Obliegenheiten nichts zu tun haben", dulden werde. Die Charkower Statistiker waren noch nicht dazu gekommen, ihre Absicht auszuführen, nämlich die Entlassung eines unter ihnen befindlichen Spitzels (Antonowitsch) zu fordern, als das Semstwoamt den Leiter des statistischen Büros entließ und dadurch wiederum das Ausscheiden aller Statistiker aus dem Amt hervorrief.

In welchem Maße diese Ereignisse die gesamte Masse der Semstwostatistiker erregten, geht zum Beispiel aus einem Schreiben der Statistiker von Wjatka hervor, die ausführlich zu begründen versuchten, warum sie sich der Bewegung nicht anschließen wollten, wofür sie in der „Iskra" (Nr. 9) mit Recht als die „Streikbrecher von Wjatka" bezeichnet wurden.

Aber die „Iskra" berichtete natürlich nur über einige Fälle, bei weitem nicht über alle Konflikte; nach den Meldungen der legalen Zeitungen kam es zu solchen Konflikten auch in den Gouvernements Petersburg, Olonez, Nishni-Nowgorod, Taurien und Samara (zu den Konflikten rechnen wir hier auch die Fälle, in denen gleichzeitig mehrere Statistiker entlassen wurden, weil solche Fälle stets starke Unzufriedenheit und Gärung hervorriefen). Wie weit überhaupt das Mißtrauen und die Unverschämtheit der Gouvernementsbehörden gingen, ist zum Beispiel aus folgendem ersichtlich:

„*Der Leiter des taurischen Büros, S. M. Bleklow,* erzählt in seinem

dem Semstwoamt vorgelegten ‚Bericht über die Inspektion des Dneprkreises im Mai und Juni 1901', daß man in diesem Kreis unter beispiellosen Bedingungen zu arbeiten hatte: Obwohl die Statistiker zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten die Genehmigung des Gouverneurs erhalten hatten, obwohl sie mit den notwendigen Ausweisen versehen waren und auf Grund einer Anordnung der Gouvernementsbehörden das Recht hatten, die Unterstützung der lokalen Behörden in Anspruch zu nehmen, *waren sie von dem größten Argwohn* der Kreispolizei *umgeben*, die *ihnen auf den Fersen folgte*, ihr Mißtrauen in der *gröbsten Form* zum Ausdruck brachte und dabei so weit ging, daß, wie ein Bauer mitteilte, ein Wachtmeister hinter den Statistikern herritt und die Bauern ausfragte, ‚ob die Statistiker nicht schädliche Ideen gegen den Staat und das Vaterland propagieren'. Die Statistiker stießen, wie Herr Bleklow sagt, ‚auf verschiedene Hindernisse und Schwierigkeiten, die nicht nur die Arbeit hemmten, sondern auch *ihr Ehrgefühl* aufs tiefste verletzten... Oft befanden sich diese Statistiker in der Lage von Leuten, gegen die eine *Untersuchung* im Gange ist, über die geheime Auskünfte eingezogen werden, wovon übrigens jedermann gut unterrichtet ist, und vor denen man zu warnen für notwendig hält. Daraus kann jeder ermessen, in welch unerträglich schwerer moralischer Verfassung sie sich oft befanden.'"

Keine üble Illustration zur Geschichte der Konflikte mit den Semstwostatistikern und zur Charakterisierung der Überwachung des „dritten Elements" überhaupt!

Kein Wunder, daß die reaktionäre Presse über die neuen „Aufrührer" herfiel. Die „Moskowskije Wedomosti" brachten einen vernichtenden Leitartikel „Der Streik der Semstwostatistiker" (Nr. 263 vom 24. September) und einen speziellen Artikel „Das dritte Element" von Herrn N. A. Snamenski (Nr. 279 vom 10. Oktober). Dem „dritten Element" „ist der Kamm geschwollen", schrieb die Zeitung; auf die Versuche, die „notwendige Arbeitsdisziplin" einzuführen, antwortet es mit „systematischer Opposition und Streik". Schuld an allem seien die Semstwoliberalen, die die Angestellten verdorben hätten.

„Es besteht kein Zweifel, daß die nüchternsten und vernünftigsten Semstwoleute, die in den ihnen unterstellten *Verwaltungen selbst unter liberal*-oppositioneller Flagge keine *Disziplinlosigkeit* dulden wollten, eine gewisse Ordnung in die statistischen Taxierungsarbeiten des Semstwos

gebracht haben. Sowohl die Opposition als auch die *Streiks* müssen ihnen endlich die Augen darüber öffnen, mit wem sie es in Gestalt *jenes intellektuellen Proletariats* zu tun haben, *das aus einem Gouvernement ins andere zieht* und von dem man nicht weiß, ob es sich mit statistischen Untersuchungen *oder mit Aufklärung der örtlichen Halbwüchsigen in sozialdemokratischem Geiste befaßt.*

Auf jeden Fall erhält der vernünftige Teil der Semstwoleute durch die ‚Konflikte mit den Semstwostatistikern' eine nützliche Lektion. Wir glauben, daß er jetzt ganz klar erkennen wird, welche Schlange die Semstwoinstitutionen in Gestalt des ‚*dritten Elements*' an ihrem Busen genährt haben."*

Auch wir zweifeln nicht daran, daß dieses Geheul und Gewinsel des treuen Wachhundes der Selbstherrschaft (bekanntlich hat sich Katkow, der es verstanden hatte, die „Moskowskije Wedomosti" auf so lange Zeit mit seinem Geiste zu „erfüllen", „höchstselbst" so genannt) vielen „die Augen öffnen wird", die noch nicht ganz begriffen haben, daß die Selbstherrschaft völlig unvereinbar ist mit den Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung, mit den Interessen der Intelligenz überhaupt, mit den Interessen einer jeden wirklich öffentlichen Angelegenheit, die nicht in Plünderung der Staatskasse und in Verrat besteht.

Uns Sozialdemokraten muß dieses kleine Bild des Feldzugs gegen das „dritte Element" und der „Konflikte mit den Semstwostatistikern" eine wichtige Lehre sein. Es muß uns mit neuem Glauben an die Allmacht der von uns geführten Arbeiterbewegung erfüllen, wenn wir sehen, wie die Erregung innerhalb der fortgeschrittensten revolutionären Klasse auch auf andere Klassen und Schichten der Gesellschaft übergreift, wie sie bereits nicht nur zu einem nie dagewesenen Aufschwung des revolutionären Geistes in der Studentenschaft geführt hat**, sondern auch dazu, daß das Dorf zu erwachen beginnt, daß der Glaube an die eigene Kraft und die Kampfbereitschaft in solchen Gesellschaftsgruppen erstarkt, die (als Gruppen) bisher wenig reagiert haben.

* „Moskowskije Wedomosti" Nr. 263.

** In dem Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, kommen von überallher Nachrichten, daß die Gärung in der Studentenschaft erneut wächst, Nachrichten über Versammlungen in Kiew, Petersburg und anderen Städten, über die Bildung von revolutionären Studentengruppen in Odessa usw. Vielleicht wird

Die öffentliche Erregung wächst in Rußland im ganzen Volke, in allen seinen Klassen, und es ist unsere Pflicht, die Pflicht der revolutionären Sozialdemokraten, alle Anstrengungen zu machen, um diese Erregung richtig auszunützen und der fortgeschrittenen Arbeiterintelligenz klarzumachen, welchen Bundesgenossen sie sowohl in der Bauernschaft als auch in der Studentenschaft und in der Intelligenz überhaupt besitzt, um sie zu lehren, sich die bald hier, bald dort aufflackernden öffentlichen Proteste nutzbar zu machen. Der Rolle des Vorkämpfers für die Freiheit können wir nur dann gerecht werden, wenn die von einer kampffähigen revolutionären Partei geführte Arbeiterklasse, ohne auch nur einen einzigen Augenblick ihre besondere Lage in der modernen Gesellschaft und ihre besonderen welthistorischen Aufgaben der Befreiung der Menschheit von der wirtschaftlichen Sklaverei zu vergessen, gleichzeitig das Banner des Kampfes des gesamten Volkes für die *Freiheit* erhebt und unter diesem Banner alle diejenigen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten sammelt, die jetzt von den Herren Sipjagin, Kondoidi und dieser ganzen Bande so geflissentlich in die Reihen der Unzufriedenen getrieben werden.

Nur ist dazu notwendig, daß sich unsere Bewegung nicht nur die konsequent revolutionäre Theorie zu eigen macht, die durch eine lange geistige Entwicklung in Europa geschaffen wurde, sondern auch die revolutionäre Energie und die revolutionäre Erfahrung, die uns als Erbe von unsern westeuropäischen und russischen Vorläufern hinterlassen wurden, daß wir aber nicht alle möglichen Formen des Opportunismus sklavisch übernehmen, die unsern Sieg so sehr hinauszögern und von denen unsere Genossen im Westen, die verhältnismäßig wenig unter ihnen gelitten haben, sich schon frei zu machen beginnen.

Vor dem russischen Proletariat steht jetzt die schwerste, dafür aber auch edelste revolutionäre Aufgabe: den Feind zu zerschmettern, den die so schwer geprüfte russische Intelligenz nicht zu überwinden vermochte, und sich einzureihen in die internationale Armee des Sozialismus.

---

die Geschichte auch im Entscheidungskampf der Studentenschaft die Rolle des Trupps auferlegen, der den Kampf beginnt? Wie dem auch sein möge, für den Sieg in diesem Kampf ist der Aufschwung der Massen des Proletariats notwendig, und wir müssen so rasch wie irgend möglich für die Hebung ihres Klassenbewußtseins, ihres Enthusiasmus und ihrer Organisiertheit Sorge tragen.

IV. ZWEI ADELSMARSCHALLSREDEN

„Das ist eine schwerwiegende und traurige Tatsache, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist; und solche Tatsachen, die nur bei unserer schon sehr weit vorgeschrittenen sozialen Demoralisierung möglich sind, verheißen Rußland viele noch nie dagewesene Übel..." So schrieben die „Moskowskije Wedomosti" im Leitartikel der Nr. 268 (29. September) aus Anlaß der Rede des Adelsmarschalls des Gouvernements Orjol, M. A. Stachowitsch, auf dem Kongreß der Missionare in Orjol (dieser Kongreß endete am 24. September)... Nun, wenn die „soziale Demoralisierung" bereits in die Sphäre der Adelsmarschälle, dieser wichtigsten Persönlichkeiten im Kreis und zweitwichtigsten im Gouvernement, eingedrungen ist, wo endet dann eigentlich die „geistige Pestilenz, von der Rußland befallen ist"?

Worum handelt es sich eigentlich? Es handelt sich darum, daß dieser Herr Stachowitsch (derselbe, der dem Adel des Gouvernements Orjol die Einnehmerposten im staatlichen Branntweinmonopol verschaffen wollte: siehe Nr. 1 der „Sarja", „Zufällige Notizen" *) eine leidenschaftliche Rede zur Verteidigung der Gewissensfreiheit gehalten hat, wobei er sich „zu der Taktlosigkeit, um nicht zu sagen zu dem Zynismus, verstieg, folgenden Antrag einzubringen" **:

„Niemand in Rußland hat in höherem Maße als der Kongreß der Missionare die Pflicht, die Notwendigkeit der Gewissensfreiheit zu verkünden, die Notwendigkeit der Aufhebung jeder Kriminalstrafe für den Abfall von der rechtgläubigen Kirche wie für den Übertritt und das Bekenntnis zu einem anderen Glauben. *Ich schlage also dem Missionarkongreß in Orjol vor, sich offen in diesem Sinne auszusprechen und eine solche Petition in dienlicher Weise einzuleiten!..."*

---

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 383—415. *Die Red.*

** „Moskowskije Wedomosti", ebenda. Der Leser verzeihe mir meine Sympathie für die „Moskowskije Wedomosti". Aber was tun? Meines Erachtens ist es immerhin die interessanteste, konsequenteste *und brauchbarste* politische Zeitung Rußlands. Man kann doch nicht jene Literatur als „politisch" im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnen, die bestenfalls einfach irgendwelche interessanten Tatsachen aufgreift und statt „an ihnen zu deuteln" nur Seufzer von sich gibt. Ich bestreite nicht, daß das sehr nützlich sein kann, aber das ist keine Politik. Ebensowenig kann man auch die Literatur vom Schlage des „Nowoje

Selbstverständlich war es ebenso naiv von den „Moskowskije Wedomosti", aus Herrn Stachowitsch einen Robespierre machen zu wollen (dieser lebenslustige M. A. Stachowitsch, den ich schon so lange kenne, ein Robespierre! — schrieb Herr Suworin im „Nowoje Wremja" —, und es war schwer, seine „Verteidigungsrede" ohne Lachen zu lesen), wie in seiner Art auch Herr Stachowitsch naiv war, der den Pfaffen vorschlug, in „dienlicher Weise" für die Gewissensfreiheit zu petitionieren. Das ist genauso, als wollte man einem Kongreß der Polizeihauptleute vorschlagen, er solle für politische Freiheit petitionieren!

Es braucht wohl kaum für den Leser hinzugefügt zu werden, daß nach Entgegennahme der „ernsten Einwände" des hochwürdigsten Bischofs von Orjol, Nikanor, des Professors der Kasaner Geistlichen Akademie N. I. Iwanowski, des Redakteurs und Herausgebers der Zeitschrift „Missionerskoje Obosrenije" [Missions-Rundschau], W. M. Skworzow, der und der Missionsgeistlichen sowie der Kandidaten der Universität W. A. Ternawzew und M. A. Nowosjolow die „Priesterschar mit dem Erzbischof an der Spitze" den Antrag des Herrn Stachowitsch ablehnte, „sowohl wegen des Inhalts des Vortrags als auch weil er den Aufgaben des örtlichen Missionarkongresses nicht entspricht". Man darf sagen: Ein Bündnis von „Wissenschaft" und Kirche!

Aber Herr Stachowitsch interessiert uns selbstverständlich nicht als Muster eines Menschen mit klarem und konsequentem politischem Denken, sondern als Muster des überaus „lebenslustigen" russischen Edelmannes, der stets bereit ist, sich vom Staatskuchen ein Stückchen abzuschneiden. Wie unendlich groß muß doch die „Demoralisierung" sein, die durch die Polizeiwillkür und die inquisitorische Verfolgung des Sek-

---

Wremja" als politisch im wirklichen Sinne des Wortes bezeichnen, obgleich sie (oder besser weil sie) über alle Maßen politisch ist. Sie hat kein bestimmtes politisches Programm und keinerlei Überzeugungen, sie versteht es nur, sich dem Ton und der Stimmung des Augenblicks anzupassen, vor den Machthabern auf dem Bauche zu kriechen, was diese auch befehlen mögen, und einem Trugbild der öffentlichen Meinung zu schmeicheln. Die „Moskowskije Wedomosti" dagegen steuern ihren Kurs und fürchten sich nicht (sie haben ja auch nichts zu fürchten!), der Regierung voranzugehen, fürchten sich nicht, mitunter sehr unverblümt die heikelsten Fragen zu berühren. Eine nützliche Zeitung, ein unersetzlicher Mitarbeiter für die revolutionäre Agitation!

tenwesens in das russische Leben überhaupt und besonders in das Leben unseres Dorfes getragen wird, wenn sogar die Steine schreien! Wenn sogar Adelsmarschälle mit Leidenschaft von Gewissensfreiheit zu reden beginnen!

Hier aus der Rede des Herrn Stachowitsch einige kleine Beispiele für jene Zustände und schändlichen Erscheinungen, die schließlich auch die „Lebenslustigsten" in Empörung versetzen:

„Nehmen Sie doch", sagte der Redner, „in der Missionsbibliothek der Brüderschaft ein Handbuch über die Gesetze, und Sie werden darin finden, daß ein und derselbe Paragraph 783, Bd. II, Teil 1, dem Polizeihauptmann neben seiner Pflicht, das Duellunwesen, die Schmähschriften, die Trunksucht, den Jagdfrevel, das gemeinsame Baden von Männern und Frauen in den öffentlichen Badeanstalten zu bekämpfen, auch die Pflicht auferlegt, die Polemik gegen die Dogmen des griechisch-orthodoxen Glaubens zu überwachen und die Verleitung Rechtgläubiger zu einem anderen Glauben oder zum Sektentum zu verhindern!" Und es gibt wirklich eine Gesetzesbestimmung, die dem Polizeihauptmann außer den vom Redner aufgezählten Pflichten noch viele andere dieser Art aufbürdet. Die meisten Stadtbewohner werden diese Bestimmung natürlich einfach als Kuriosum betrachten, als das sie auch Herr Stachowitsch bezeichnet hat. Für den Bauern aber steckt hinter diesem Kuriosum bitterer Ernst* — die bittere Wahrheit über die Willkür der unteren Polizeibeamten, die nur allzugut wissen, daß es zum Herrgott sehr hoch und zum Zaren sehr weit ist.

Und nun einige konkrete Beispiele, die wir anführen wollen zusammen mit der offiziellen Widerlegung des „Vorsitzenden des Rates der Rechtgläubigen Peter-Pauls-Brüderschaft von Orjol und des Missionarkongresses der Orjoler Eparchie, des Propstes Pjotr Roshdestwenski" („Moskowskije Wedomosti" Nr. 269, aus dem „*Orlowski Westnik*" [Orjoler Bote] Nr. 257):

„a) Im Referat (des Herrn Stachowitsch) heißt es über eine Ortschaft im Kreise Trubtschewsk:

‚Mit Einverständnis und Wissen sowohl des Geistlichen als auch der Obrigkeit schloß man die verdächtigen Stundisten in der Kirche ein, brachte einen Tisch, bedeckte ihn mit einem reinen Tischtuch, stellte ein

* „bitterer Ernst" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Heiligenbild darauf und führte nun jeden einzeln an den Tisch. — Küsse das Heiligenbild!

— Ich will keine Götzenbilder küssen... — So! *sofort auspeitschen.* Die Schwächeren kehrten gleich nach dem ersten Mal zur rechtgläubigen Kirche zurück; es gab aber auch solche, die es bis zu *viermal aushielten.*'

Nach den offiziellen Angaben dagegen, die im Bericht der Rechtgläubigen Peter-Pauls-Brüderschaft von Orjol schon im Jahre 1896 veröffentlicht wurden, und nach der mündlichen Mitteilung des Geistlichen D. Perewersew auf dem Kongreß erfolgten die geschilderten Gewaltakte der rechtgläubigen Bevölkerung gegen die Sektierer des Dorfes Lubez, Kreis Trubtschewsk, *auf Beschluß der Dorfversammlung und irgendwo im Dorfe, aber keineswegs mit Einwilligung des damaligen Ortsgeistlichen und auf keinen Fall in der Kirche*; dieser bedauernswerte Zwischenfall fand *vor 18 oder 19 Jahren* statt, als in der Orjoler Eparchie von einer Mission noch keine Rede sein konnte."

In den „Moskowskije Wedomosti", die dies zum Abdruck bringen, wird erklärt, Herr Stachowitsch habe in seiner Rede *nur zwei Tatsachen* angeführt. Mag sein. Dafür aber sind das auch Tatsachen! Die Widerlegung, die sich auf die „offiziellen Angaben" (des Polizeihauptmanns!) im Bericht der Rechtgläubigen Brüderschaft stützt, *bestätigt nur* im ganzen Umfang die unglaublichen Zustände, die sogar einen lebenslustigen Adligen empörten. Ob die Züchtigung in der Kirche oder „irgendwo im Dorfe", ob sie vor einem halben Jahre oder vor 18 Jahren stattfand, das ändert nicht das geringste an der Sache (höchstens etwa in einer Hinsicht: es ist allgemein bekannt, daß die Verfolgungen der Sektierer in letzter Zeit noch bestialischer geworden sind, und die Gründung der Missionen steht damit in direktem Zusammenhang!). Und daß der Ortsgeistliche mit diesen *Inquisitoren im Bauernkittel* gar nichts zu tun haben *konnte* — davon, pröpstlicher Vater, hätten Sie in der Presse besser schweigen sollen.*

* In seiner Entgegnung auf die offiziellen Richtigstellungen schrieb Herr Stachowitsch: „Was im offiziellen Bericht der Brüderschaft steht, weiß ich nicht, ich behaupte aber, daß der Geistliche Perewersew, der auf dem Kongreß alle Einzelheiten erzählte und von vornherein erklärte, daß die Zivilbehörden von der Ausführung des Beschlusses der Dorfversammlung wußten (sic!!!), auf die von mir persönlich gestellte Frage: ‚Und wußte der Pfarrer davon?' die Antwort gab: ‚Ja, er wußte auch davon.'" Kommentar überflüssig.

Man wird Sie auslachen! Natürlich gab der „Ortsgeistliche" nicht seine „Einwilligung" zu der strafbaren Folterung, ebenso wie die heilige Inquisition nie selber strafte, sondern das der weltlichen Macht überließ, wie sie nie Blut vergoß, sondern nur auf dem Scheiterhaufen verbrennen ließ.

Die zweite Tatsache:

„b) Im Referat heißt es:

‚Dann wird der Missionsgeistliche schon nicht mehr die Antwort geben können, die wir hier auch gehört haben: — *Ehrwürden, Sie sagen, zu Anfang seien es 40 Familien gewesen, jetzt aber sind es 4.* Was ist mit den übrigen geschehen? — Sie sind durch Gottes Gnade *nach Transkaukasien und nach Sibirien verbannt.*'

In Wirklichkeit gab es nach den Angaben der Brüderschaft im Dorfe Glybotschka, Kreis Trubtschewsk, von dem hier die Rede ist, *im Jahre 1898* nicht *40 Stundisten-Familien*, sondern *40 Personen* beiderlei Geschlechts, darunter 21 Kinder. Im selben Jahr wurden auf Beschluß des Bezirksgerichts lediglich 7 Personen wegen Verleitung anderer Personen zum Übertritt zu den Stundisten nach Transkaukasien verbannt. Was die Äußerung des Ortsgeistlichen: *‚sie sind durch Gottes Gnade verbannt'*, betrifft, *so ist sie in einer geschlossenen Sitzung des Kongresses, bei einem ungezwungenen Meinungsaustausch der Delegierten zufällig gefallen*, um so mehr, als genannter Geistlicher schon früher allen als einer der *würdigsten* Seelenhirten und Missionare bekannt war und sich als solcher auch auf dem Kongreß gezeigt hat."

Diese Widerlegung ist geradezu köstlich! Die Äußerung ist zufällig bei einem ungezwungenen Meinungsaustausch gefallen! Gerade das ist interessant, denn wir alle wissen nur zu gut, welchen Wert offizielle Worte offizieller Persönlichkeiten haben. Und wenn der Pope, der diese „von Herzen kommenden" Worte gesagt hat, „einer der würdigsten Seelenhirten und Missionare" ist, so haben sie um so größere Bedeutung. „Durch Gottes Gnade nach Transkaukasien und Sibirien verbannt" — diese grandiosen Worte müssen in ihrer Art nicht weniger berühmt werden als die Verteidigung der Leibeigenschaft durch den Metropoliten Philaret unter Berufung auf die Heilige Schrift.

Übrigens, da wir schon einmal Philaret erwähnt haben, so wäre es ungerecht, den in der Zeitschrift „Wera i Rasum" [Glaube und Vernunft]

im Jahre 1901* veröffentlichten Brief eines „gelehrten Liberalen" an Seine Eminenz, den Erzbischof von Charkow, Ambrosius, mit Schweigen zu übergehen. Der Verfasser zeichnet als „Ehrenbürger und früherer Geistlicher, Hieronymus Preobrashenski", den Beinamen eines „gelehrten (!) Liberalen" aber hat ihm die Redaktion beigelegt, die offenbar vor den „Abgründen seiner Weisheit" erschauerte. Wir beschränken uns darauf, einige Stellen aus diesem Briefe anzuführen, der uns erneut beweist, daß das politische Denken und der politische Protest auf unsichtbarem Wege in unermeßlich weitere Kreise eindringt, als es mitunter den Anschein hat.

„Ich bin schon ein alter Mann von fast 60 Jahren; ich habe in meinem Leben nicht wenig Gelegenheit gehabt, die Nichterfüllung kirchlicher Pflichten zu beobachten, und ich muß nach bestem Gewissen sagen, daß in allen Fällen unsere Geistlichkeit die Ursache dafür war. Für die ‚*letzten Ereignisse*' aber muß man unserer heutigen Geistlichkeit sogar herzlich danken, denn sie öffnet vielen die Augen. Nicht nur Amtsbezirksschreiber, sondern jung und alt, Gebildete, wenig Gebildete und kaum des Lesens Kundige — alle sind jetzt bestrebt, den großen russischen Schriftsteller zu lesen. Um einen hohen Preis ersteht man seine Werke (die der Verlag ‚Swobodnoje Slowo'[79] im Ausland herausgibt und die in allen Ländern der Welt, mit Ausnahme von Rußland, frei zu kaufen sind); man liest sie, spricht darüber, und die Entscheidung fällt natürlich nicht zugunsten der Geistlichkeit aus. Die Masse der Menschen fängt jetzt bereits an zu begreifen, wo Lüge und wo Wahrheit ist, sie sieht, daß die Taten unserer Geistlichkeit mit ihren Worten nicht übereinstimmen, ja, daß auch ihre Worte oft voller Widersprüche sind. Man könnte viel Wahres sagen, aber mit der Geistlichkeit darf man ja nicht offen sprechen, sie wird nicht verfehlen, sofort Anzeige zu erstatten, damit man strafe und züchtige... Aber Christus hat doch nicht durch Gewalt und Züchtigung, sondern durch Wahrheit und Liebe gewirkt...

...Am Schluß Ihrer Rede schreiben Sie: ‚Wir besitzen eine gewaltige Kraft im Kampfe — das ist die autokratische Macht unserer strenggläubigen Herrscher'. Das ist wiederum Betrug, und wieder glauben wir Ihnen nicht. Obwohl

* Wir benutzen die Gelegenheit, um dem Korrespondenten unsern Dank auszusprechen, der uns einen Sonderdruck aus dieser Zeitschrift zugesandt hat. Sehr oft nehmen unsere herrschenden Klassen keinen Anstand, sich in speziellen Gefängnis-, Kirchen- und sonstigen Zeitschriften au naturel [in natürlicher Gestalt. *Die Red.*] zu zeigen. Es wäre längst an der Zeit, daß wir Revolutionäre diese „reiche Schatzkammer" politischer Aufklärung systematisch ausnützen.

Ihr, die *gebildete* Geistlichkeit, uns einzureden versucht, daß Ihr ‚der absolutistischen Regierung von der Mutterbrust an treu ergeben seid' (aus der Rede des jetzigen Vikars bei der Nomination zum Bischof), so glauben wir, die *Ungebildeten,* doch nicht, daß ein einjähriges Kind (auch wenn es ein künftiger Bischof ist) sich bereits über die Regierungsform Gedanken macht und für die Selbstherrschaft entscheidet. Nach dem mißlungenen Versuch des Patriarchen Nikon, in Rußland die Rolle der römischen Päpste zu spielen, die im Westen die kirchliche Macht mit der weltlichen Oberherrschaft vereinigten, hat sich unsere Kirche in der Person ihrer höchsten Vertreter, der Metropoliten, vollständig und für immer der Macht der Herrscher untergeordnet, die ihr manchmal in despotischer Weise, wie es unter Peter dem Großen der Fall war, ihre Befehle diktierten. (Der Druck, den Peter der Große bei der Verurteilung des Zarewitsch Alexej auf die Geistlichkeit ausübte.) Im 19. Jahrhundert sehen wir bereits eine völlige Harmonie zwischen der weltlichen und der kirchlichen Macht in Rußland. Als in der harten Zeit Nikolaus' I. das erwachte gesellschaftliche Selbstbewußtsein unter dem Einfluß der großen sozialen Bewegungen im Westen auch bei uns vereinzelte Kämpfer gegen die empörende Versklavung des einfachen Volkes auf den Plan rief, da stand unsere Kirche den Leiden des Volkes vollkommen gleichgültig gegenüber, und entgegen dem erhabenen Gebot Christi von der Brüderlichkeit der Menschen und der Nächstenliebe erhob sich in der Geistlichkeit keine einzige Stimme zur Verteidigung des entrechteten Volkes gegen die harte Willkür der Gutsbesitzer, und zwar nur darum, weil die Regierung sich noch nicht entschlossen hatte, die Leibeigenschaft anzutasten, deren Existenz der Metropolit von Moskau, Philaret, mit Bibelzitaten aus dem Alten Testament direkt zu rechtfertigen suchte. Aber da brach das Gewitter herein: Rußland wurde bei Sewastopol geschlagen und politisch gedemütigt. Die Niederlage legte alle Mängel unserer Staatsordnung der Vorreformzeit deutlich bloß; und vor allem der junge humane Herrscher (der dem Dichter Shukowski die Bildung seines Geistes und Willens verdankte) zerschlug die jahrhundertealten Ketten der Sklaverei, und die böse Ironie des Schicksals wollte es, daß demselben Philaret, der offenkundig, dem Geist der Zeit folgend, seine Ansichten über die Leibeigenschaft schleunigst geändert hatte, der Text des denkwürdigen Dokuments vom 19. Februar übergeben wurde, damit er es vom Standpunkt des Christentums redigiere. Die Zeit der großen Reformen ist auch an unserer Geistlichkeit nicht spurlos vorübergegangen, sie führte in der Geistlichkeit unter Makarius (dem späteren Metropoliten) zu der fruchtbaren Arbeit der Umgestaltung unserer geistlichen Institutionen, wo sie ebenfalls ein, wenn auch kleines, Fenster in die Mauer brach, das dem Licht und der Öffentlichkeit Zutritt verschaffte. Die Reaktion nach

dem 1. März 1881 ließ auch in der Geistlichkeit ein entsprechendes Führerelement im Stile Pobedonoszews und Katkows aufkommen, und während die fortgeschrittensten Männer des Landes in den Semstwos und in der Gesellschaft für die Aufhebung aller Reste der Prügelstrafe petitionieren, schweigt die Kirche und verurteilt mit keinem einzigen Wort die Verteidiger der Rute — dieses Werkzeugs einer empörenden Erniedrigung des Menschen, den Gott sich zum Bilde schuf. Ist man nach alledem nicht zu der Annahme berechtigt, daß *bei einer Änderung des Regimes von oben* unsere ganze Geistlichkeit durch ihre Vertreter einen konstitutionellen Herrscher ebenso lobpreisen wird, wie sie jetzt dem autokratischen Lobhymnen singt? Wozu also die Heuchelei, denn nicht die Selbstherrschaft gibt hier den Ausschlag, sondern der Monarch. Peter I. war ebenfalls ein Selbstherrscher von Gottes Gnaden, aber die Geistlichkeit ist ihm bis auf den heutigen Tag nicht sehr gewogen, und Peter III. war genauso ein Selbstherrscher, der drauf und dran war, unserer Geistlichkeit das Haar zu stutzen und ihr Bildung beizubringen — schade, daß es ihm nicht vergönnt war, zwei, drei Jahre zu regieren. Und wenn der jetzt regierende Selbstherrscher Nikolaus II. geruhen wollte, dem ruhmvollen Lew Nikolajewitsch* sein Wohlwollen zuzuwenden — wo würdet Ihr Euch dann verstekken mit Euren Intrigen, Schreckmitteln und Drohungen?

Vergeblich führt Ihr die Gebete an, die die Geistlichkeit für den Zaren verrichtet — dieses Sammelsurium von Worten in unverständlichem Idiom wird niemand von irgend etwas überzeugen. Wir leben ja unter der Selbstherrschaft: wenn es befohlen wird, werdet Ihr Gebete schreiben, die dreimal so lang und so ausdrucksvoll sind."

*

Die zweite Adelsmarschallsrede ist, soweit uns bekannt, nicht in unsere Presse gelangt. Ein der Redaktion unbekannter Korrespondent hat sie uns bereits im August eingesandt; sie ist hektographiert und mit Bleistift überschrieben: „Rede eines Kreisadelsmarschalls in einer privaten Versammlung der Adelsmarschälle aus Anlaß der Studentenangelegenheiten." Wir bringen hier diese Rede im vollen Wortlaut:

„Infolge Zeitmangels will ich meine Ansichten über unsere Versammlung der Adelsmarschälle in Form von Thesen zum Ausdruck bringen:

Wodurch die jetzigen Unruhen bedingt sind, ist ungefähr bekannt: Erstens werden sie hervorgerufen durch die allgemeine Mißwirtschaft im gesamten

* Gemeint ist L. N. Tolstoi. *Der Übers.*

Staatsapparat, durch das oligarchische Regime der Beamtenkörperschaft, d. h. durch die Diktatur der Beamtenschaft.

Diese Mißwirtschaft der diktatorischen Beamtenregierung äußert sich in der ganzen russischen Gesellschaft, von oben bis unten, als allgemeine Unzufriedenheit, deren äußeres Merkmal eine allgemeine Politisiererei ist, aber nicht etwa eine vorübergehende, oberflächliche, sondern eine tiefwurzelnde, chronische Politisiererei.

Diese Politisiererei wirkt sich als allgemeine Krankheit der gesamten Gesellschaft auf alle ihre Erscheinungen, Funktionen und Einrichtungen aus, wirkt sich deshalb unvermeidlich auch auf die Lehranstalten aus mit ihrem jugendlichen und daher viel empfänglicheren Publikum, das sich unter dem gleichen drückenden Regime der bürokratischen Diktatur befindet.

Wenn man feststellt, daß die Wurzel des Übels der Studentenunruhen in der allgemein im Staat herrschenden Mißwirtschaft und in dem allgemeinen, durch diese Mißwirtschaft verursachten Unbehagen zu suchen ist, so kann man doch — angesichts der unmittelbaren Gefühle und angesichts der Notwendigkeit, die Entwicklung des lokalen Übels aufzuhalten — nicht umhin, diesen Unruhen Beachtung zu schenken und zu versuchen, wenigstens von dieser Seite her die furchtbar zerstörende Wirkung des allgemeinen Übels zu verringern, so wie man etwa bei einem allgemein kranken Zustand des gesamten Organismus rasche Maßnahmen zur Unterdrückung der lokalen, akuten und zerstörenden Komplikationen der Krankheit ergreift, um eine langsame, radikale Heilung des Gesamtorganismus zu erreichen.

In den mittleren und höheren Lehranstalten kommt das Übel des Beamtenregimes hauptsächlich darin zum Ausdruck, daß man an die Stelle einer menschlichen (der Jugend gemäßen) Entwicklung und Bildung die bürokratische Dressur setzt, die mit systematischer Unterdrückung der menschlichen Persönlichkeit und ihrer Würde verbunden ist.

Das durch alle diese Erscheinungen bei der Jugend hervorgerufene Mißtrauen, ihre Empörung und ihre Erbitterung gegen Vorgesetzte und Lehrer greifen von den Gymnasien auf die Universitäten über, wo die Jugend bei dem jetzigen Zustand der Universitäten leider auf dasselbe Übel, auf dieselbe Unterdrückung sowohl der menschlichen Persönlichkeit als auch ihrer Würde stößt.

Mit einem Wort, für die Jugend sind die Universitäten nicht ein Tempel der Wissenschaft, sondern eine Fabrik, die aus der entpersönlichten Studentenmasse die für den Staat notwendige Beamtenware erzeugt.

Diese Unterdrückung der menschlichen Persönlichkeit (bei Verwandlung der Studentenschaft in eine gleichgültige, knetbare Masse), die sich in einer

systematischen, chronischen Unterdrückung und Verfolgung alles Persönlichen und Edlen, oft aber auch in brutaler Gewalt äußert, liegt allen Studentenunruhen zugrunde, die bereits einige Jahrzehnte andauern und, immer stärker werdend, auch in Zukunft nicht aufzuhören drohen, wobei die besten Kräfte der russischen Jugend verlorengehen.

All das wissen wir, was aber sollen wir in der jetzigen Lage tun? Wie können wir in der gegenwärtigen zugespitzten Situation mit all ihrer Erbitterung, mit all ihrem Elend und ihrem Jammer Abhilfe schaffen? Sollen wir die Sache aufgeben, ohne etwas versucht zu haben? Sollen wir unsere Jugend ohne jede Hilfe der Willkür des Schicksals, der Beamtenschaft und der Polizei preisgeben, die Hände in Unschuld waschen und unseres Weges gehen? Das ist meines Erachtens die wichtigste Frage, nämlich, wie den jetzigen akuten Erscheinungen der Krankheit abzuhelfen ist, bei Anerkennung ihres allgemeinen Charakters?

Unsere Sitzung erinnert mich an eine Schar wohlmeinender Leute, die in einen dichten Urwald gegangen sind, um ihn zu roden, und die ganz bestürzt vor der gewaltigen, ihre Kräfte übersteigenden Arbeit stehengeblieben sind, anstatt sich auf irgendeinen bestimmten Punkt zu konzentrieren.

Professor K. T. hat uns eine glänzende allgemeine Darstellung der gegenwärtigen und der tatsächlichen Verfassung der Universität und der Studentenschaft gegeben und hat auf den Einfluß hingewiesen, den verschiedene schädliche äußere Einwirkungen, nicht nur politische, sondern sogar auch polizeiliche, auf die schwankende Studentenschaft ausüben. Aber das alles war uns mehr oder minder auch früher bekannt, wenn auch nicht mit solcher Deutlichkeit.

Als einzig mögliche Maßnahme nannte er uns den radikalen Bruch mit dem gesamten gegenwärtigen System aller Lehranstalten überhaupt und die Ablösung dieses Systems durch ein neues, besseres; der Herr Professor bemerkte aber, dieses Werk würde wahrscheinlich eine sehr lange Zeit erfordern. Berücksichtigt man aber, daß jedes Teilsystem im russischen wie auch in jedem andern Staat mit dem Gesamtsystem organisch verbunden ist, so ist wohl für diese Zeit kein Ende abzusehen.

Was müssen wir nun tun, um zumindest den unerträglichen Schmerz zu lindern, den die Krankheit gegenwärtig verursacht? Was für ein Palliativmittel gibt es? Werden denn nicht häufig auch Palliativmittel, die den Schmerz des Kranken vorübergehend lindern, als notwendig anerkannt? Aber diese Frage haben wir nicht beantwortet; anstatt eine Antwort zu geben, wurden über die studierende Jugend im allgemeinen verschiedene, ich möchte sagen, unbestimmte, schwankende Meinungen vorgebracht, die die Frage noch mehr verdunkeln.

Es ist sogar schwer, sich diese Äußerungen wieder ins Gedächtnis zu rufen, dennoch will ich es versuchen.

Von den Studentinnen wurde gesagt, wir hätten ihnen Kurse und Vorlesungen gegeben, sie aber danken uns das, indem sie sich an den Studentenunruhen beteiligen!

Wären es Blumensträuße oder kostbarer Schmuck, die wir dem schönen Geschlecht verehrten, so wäre ein solcher Vorwurf begreiflich; aber die Einrichtung von Hochschulkursen für Frauen ist keine Gefälligkeit, sondern die Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses; die Frauenhochschulkurse sind also nicht das Produkt einer Laune, sondern ebensolche für die Gesellschaft notwendige höhere Lehranstalten wie die Universitäten usw. zur höheren Ausbildung der Jugend ohne Unterschied des Geschlechts, und darum besteht zwischen den Lehranstalten für Frauen und für Männer volle, sowohl gesellschaftliche als auch kameradschaftliche Solidarität.

Diese Solidarität erklärt auch meines Erachtens voll und ganz die Tatsache, daß die Erregung der Jugend auch die Studentinnen ergreift; überhaupt ist die gesamte studierende Jugend von Erregung erfaßt, unabhängig davon, ob sie Herren- oder Damenkleidung trägt.

Dann kam man wieder auf die Studentenunruhen zurück und erklärte, daß man den Studenten gegenüber keine Nachsicht üben dürfe, daß ihr schändliches Treiben mit Gewalt unterdrückt werden müsse. Dagegen ist meines Erachtens sehr richtig der Einwand erhoben worden, daß, wenn es auch schändliche Dinge sind, es sich jedenfalls nicht um zufällige, sondern um chronische, durch tiefe Ursachen bedingte Erscheinungen handle und daß darum die Anwendung bloßer Strafmaßnahmen wirkungslos bleiben müsse, was durch unsere ganze bisherige Erfahrung bewiesen wird. Meiner persönlichen Auffassung nach ist es noch sehr fraglich, auf welcher Seite die größte Schändlichkeit bei all diesen schändlichen Unruhen zu suchen ist, die Erregung in unsere Lehranstalten tragen und sie zugrunde richten; den Regierungsberichten glaube ich nicht.

Das ist es ja aber, daß man die andere Seite bei uns nicht anhört, ja nicht anhören kann; ihr ist der Mund verstopft (doch nicht voll bestätigt wurde die Richtigkeit meiner Behauptung, daß die Administration in ihren Berichten lügt und daß alle Schändlichkeiten hauptsächlich von ihr, durch ihre schändliche Einwirkung verursacht werden).

Man hat auf den Einfluß hingewiesen, den verschiedene revolutionäre Kräfte von außen her auf die studierende Jugend ausüben.

Jawohl, dieser Einfluß besteht, man mißt ihm aber allzu große Bedeutung bei: die Fabrikbesitzer zum Beispiel, in deren Fabriken sich dieser Einfluß

hauptsächlich geltend macht, schieben auch alle Schuld auf diesen Einfluß und erklären, ohne ihn wäre dort Friede allerwegen, Eintracht und Gottessegen; sie vergessen und verschweigen aber dabei all die gesetzliche und ungesetzliche Ausbeutung der Arbeiter, durch die diese völlig verelenden und die bei ihnen Unzufriedenheit und schließlich Unruhen hervorruft; gäbe es nicht diese Ausbeutung, so würden auch die von außen wirkenden revolutionären Elemente nicht die zahlreichen Anlässe und Ursachen finden, mit deren Hilfe sie so leicht in die Fabrikangelegenheiten eindringen — all das kann meiner Ansicht nach auch von unseren Lehranstalten gesagt werden, die aus Tempeln der Wissenschaft zu Fabriken für die Erzeugung von Beamtenmaterial gemacht wurden.

In dem allgemeinen instinktiven Bewußtsein der Unterdrückung, die auf der gesamten studierenden Jugend lastet, in dem allgemeinen krankhaften Zustand, der durch diese Unterdrückung bei der Jugend aller Lehranstalten hervorgerufen wird, liegt eben jene Stärke des kleinen, aber zielbewußten Häufleins junger Leute, von dem der Herr Professor sprach und das imstande ist, ganze Scharen der Jugend, die augenscheinlich durchaus keine Neigung zu Unruhen hat, zu hypnotisieren und sie zu allem zu verleiten: zu Streiks, zu allen möglichen Unruhen. — So ist es in allen Fabriken!

Dann ist, wie ich mich erinnere, darauf hingewiesen worden, daß man den Studenten keinen Weihrauch streuen dürfe, man dürfe während der Unruhen keine Sympathie für sie äußern; solche Äußerungen der Sympathie hätten sie nur zu neuen Unruhen ermuntert, was auch durch Beispiele, d. h. durch verschiedene Vorfälle illustriert wurde. Dazu möchte ich erstens sagen, daß man in dem mannigfaltigen Wirrwarr und der Buntheit aller bei Unruhen möglichen Vorkommnisse sich nicht auf einzelne Fälle als auf Beweise berufen darf, da man für alle solche Vorkommnisse eine Fülle von anderen finden kann, die ihnen widersprechen; man kann nur auf die allgemeinen Merkmale eingehen, die ich hier auch in Kürze behandeln möchte.

Die Studentenschaft ist, wie wir alle wissen, ganz und gar nicht verwöhnt; nicht nur, daß man ihr niemals Weihrauch streute (ich spreche nicht von den vierziger Jahren), sie genoß nicht einmal die besondere Sympathie der Öffentlichkeit. Während der Studentenunruhen nahm die Öffentlichkeit zu den Studenten entweder eine völlig gleichgültige oder sogar mehr als ablehnende Haltung ein, wobei sie ausschließlich den Studenten die Schuld zuschob, ohne die Ursachen, die zu diesen Unruhen geführt hatten, zu kennen oder auch nur kennen zu wollen (nur den studentenfeindlichen Mitteilungen der Regierung schenkte man Glauben, ohne an deren Richtigkeit zu zweifeln; die Öffentlichkeit hat anscheinend jetzt zum erstenmal daran zu zweifeln begonnen). Also kann von irgendeinem Weihrauchstreuen gar keine Rede sein.

Ohne Hoffnung auf Unterstützung weder von seiten der Intelligenz im allgemeinen noch der Professoren oder Universitätsbehörden begann schließlich die Studentenschaft in den verschiedenen Schichten des Volkes um Sympathie zu werben, und wir sehen, daß dies der Studentenschaft schließlich auch mehr oder weniger gelungen ist; sie gewinnt allmählich die Sympathie der Volksmenge.

Um sich davon zu überzeugen, erinnere man sich nur an den Unterschied zwischen dem Verhalten der Menge zu den Studenten während der Schlägereien auf dem Ochotny Rjad* und ihrem jetzigen Verhalten. Und das birgt eine große Gefahr in sich: die Gefahr liegt nicht in der Sympathie überhaupt, sondern in der Einseitigkeit dieser Sympathie, in der demagogischen Färbung, die sie annimmt.

Das Fehlen jeder Sympathie und jeder Unterstützung der studierenden Jugend seitens der soliden Intelligenz und das dadurch geweckte Mißtrauen treiben unsere Jugend, ob sie will oder nicht, in die Arme der Demagogen und Revolutionäre; sie wird zu einem Werkzeug dieser Leute, und innerhalb der Studentenschaft selbst entwickeln sich, ebenfalls nolens volens, immer mehr und mehr demagogische Elemente, die sie von der friedlichen kulturellen Entwicklung und von der bestehenden Ordnung (wenn man das überhaupt Ordnung nennen kann) abbringen und ins feindliche Lager treiben.

Wenn die Jugend aufhört, uns zu vertrauen, so müssen wir uns selber daran die Schuld geben; wir haben ihr Vertrauen durch nichts verdient!

Das waren wohl die wichtigsten Gedanken, die von den Versammelten geäußert wurden; die übrigen (auch deren gab es nicht wenige) sind wohl kaum erwähnenswert.

Ich komme jetzt zum Schluß. Wir haben uns versammelt, um etwas für die Milderung der brennenden Tagesnöte zu tun; heute und nicht irgendwann einmal etwas zu tun für die Erleichterung des schweren Schicksals unserer Jugend, und wir sind geschlagen worden — und wiederum wird die Jugend mit Recht sagen können und auch sagen, daß heute, ebenso wie früher, die friedliche, solide russische Intelligenz nicht imstande ist und auch nicht den Wunsch hat, sie irgendwie zu unterstützen, für sie einzutreten, sie zu verstehen und ihr bitteres Los zu erleichtern. — Die Kluft zwischen uns und der Jugend wird noch tiefer werden, und die Jugend wird sich immer mehr verschiedenen Demagogen anschließen, die ihr die Hand entgegenstrecken.

Nicht darum sind wir geschlagen, weil der von uns empfohlene Schritt, sich an den Zaren zu wenden, nicht angenommen worden ist; vielleicht ist ein solcher Schritt auch wirklich nicht praktisch (obwohl er meiner Ansicht nach nicht geprüft worden ist); geschlagen sind wir vielmehr, weil jede Möglichkeit, irgend-

* Straße in Moskau. *Der Übers.*

welche Maßnahmen zugunsten unserer leidenden Jugend zu ergreifen, hier zunichte gemacht worden ist, wir haben unsere Ohnmacht zugegeben und tappen wiederum wie früher im Dunkeln.

Aber was ist dann zu tun?

Die Hände in Unschuld waschen und seines Weges gehen?

In diesem Dunkel besteht ja eben die furchtbare hoffnungslose Tragik des russischen Lebens."

Es bedarf keiner langen Kommentare zu dieser Rede. Auch sie ist offenkundig von einem noch ziemlich „lebenslustigen" russischen Adligen gehalten worden, der entweder aus doktrinären oder aus eigennützigen Beweggründen vor der „friedlichen kulturellen Entwicklung" der „bestehenden Ordnung" in Ehrfurcht erstirbt und entrüstet ist über die „Revolutionäre", die er mit den „Demagogen" in einen Topf wirft. Aber diese Entrüstung ist, wenn man sie etwas näher prüft, etwa wie das Murren eines (nicht den Jahren, sondern den Anschauungen nach) alten Menschen, der doch eigentlich bereit ist zuzugeben, daß in dem, worüber er knurrt, auch etwas Gutes steckt. Wenn er von der „bestehenden Ordnung" spricht, kann er nicht umhin, den Vorbehalt zu machen: „Wenn man das überhaupt Ordnung nennen kann". In seinem Herzen hat sich bereits viel Unmut über die Mißwirtschaft der „Beamtendiktatur", über die „systematische, chronische Verfolgung alles Persönlichen und Edlen", angesammelt, er kann nicht die Augen dagegen verschließen, daß alle Schändlichkeiten hauptsächlich von der Administration kommen; er ist ehrlich genug, seine Ohnmacht einzugestehen und zu erklären, daß es unanständig ist, angesichts des Elends im ganzen Lande „sich die Hände in Unschuld zu waschen". Allerdings schreckt ihn noch die „Einseitigkeit" der Sympathie der „Menge" für die Studenten; sein aristokratisch-verzärtelter Geist wähnt eine „demagogische" Gefahr zu sehen, vielleicht sogar die Gefahr des Sozialismus (beantworten wir seine Offenheit mit Offenheit!). Es wäre aber unvernünftig, die Anschauungen und Gefühle eines Adelsmarschalls, dem die widerliche russische Bürokratie zum Halse heraushängt, am Probierstein des Sozialismus zu prüfen. Wir haben es nicht nötig, diplomatisch zu sein, weder ihm noch irgend jemand anderem gegenüber; wenn ein russischer Gutsbesitzer zum Beispiel gegen die ungesetzliche Ausbeutung und die Verelendung der *Fabrik*arbeiter wettert, so werden wir nicht verfehlen, ihm, nebenbei, zu sagen: „Kehre doch auch

vor deiner Tür, Gevatter!" Wir werden ihm keinen Augenblick lang verheimlichen, daß wir auf dem Standpunkt des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die „Herren" der heutigen Gesellschaft stehen und immer stehen werden. Aber die politische Gruppierung wird nicht nur durch die Endziele, sondern auch durch die nächsten Ziele bestimmt, nicht nur durch die allgemeinen Anschauungen, sondern auch durch den Druck der unmittelbaren praktischen Notwendigkeit. Jeder, dem der Widerspruch zwischen der „kulturellen Entwicklung" des Landes und dem „drückenden Regime der bürokratischen Diktatur" klargeworden ist, wird früher oder später durch das Leben selbst zu der Schlußfolgerung gezwungen werden, daß dieser Widerspruch ohne Beseitigung der Selbstherrschaft nicht zu beseitigen ist. Hat er diesen Schluß gezogen, dann wird er unvermeidlich jener Partei helfen — er wird murren, aber doch helfen —, die es versteht, eine gewaltige Kraft (gewaltig nicht nur in ihren eigenen Augen, sondern in den Augen aller) gegen die Selbstherrschaft in Bewegung zu setzen. Um eine solche Partei zu werden, muß sich die Sozialdemokratie, wir wiederholen es, von allem opportunistischen Unrat befreien und unter dem Banner der revolutionären Theorie, gestützt auf die revolutionärste Klasse, ihre agitatorische und organisatorische Tätigkeit in alle Klassen der Bevölkerung tragen!

Den Adelsmarschällen aber sagen wir zum Abschied: Auf Wiedersehen, ihr Herren Bundesgenossen von morgen!

VORWORT ZUR BROSCHÜRE „DOKUMENTE DER ‚VEREINIGUNGS'KONFERENZ"

In Nr. 9 der „Iskra" (Oktober 1901)* wurde schon von dem mißglückten Versuch berichtet, die Auslandsabteilung der Organisation „Sarja" und „Iskra", die revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat" und den „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" zu vereinigen. Damit sich alle russischen Sozialdemokraten ein selbständiges Urteil darüber bilden können, aus welchen Gründen die Versuche zur Vereinigung der Auslandsorganisationen gescheitert sind, haben wir beschlossen, die Protokolle der „Vereinigungs"konferenz zu veröffentlichen. Leider hat der vom „Auslandsbund" gewählte Sekretär der Konferenz es abgelehnt, sich an der Abfassung der Konferenzprotokolle zu beteiligen (wie aus seinem weiter unten, S. 10/11, mitgeteilten Antwortschreiben auf die Aufforderung der Sekretäre der beiden anderen Organisationen hervorgeht).

Diese Weigerung ist um so seltsamer, als der „Auslandsbund" jetzt selbst eine Schilderung der „Vereinigungs"konferenz veröffentlicht hat („Zwei Konferenzen", Genf, 1901). Der „Auslandsbund" wollte also die russischen Genossen von den Ergebnissen der Konferenz in Kenntnis setzen, *wünschte* aber *nicht*, daß sie die Debatten der Konferenz kennenlernen.** Wir überlassen es den Lesern, über die möglichen und wahr-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 241/242. *Die Red.*

** Laut der Geschäftsordnung der Konferenz sollte diese selbst die Protokolle bestätigen, und zwar sollte jede Sitzung mit der Bestätigung der Protokolle der vorhergegangenen Sitzung beginnen. Als aber am zweiten Konferenztag der Vorsitzende gleich zu Beginn der Sitzung den Vorschlag machte, die Protokolle der beiden Sitzungen des ersten Tages zu bestätigen, erklärten alle drei Sekretäre einstimmig, daß sie die Protokolle nicht vorlegen könnten. Die

scheinlichen Ursachen eines solchen ablehnenden Verhaltens selbst zu urteilen.

Nach der Weigerung des „Auslandsbundes" hielten wir es unserseits für unangebracht, eine nicht von allen Sekretären verfaßte Darstellung der Debatten herauszugeben, und sind daher gezwungen, uns auf die Veröffentlichung *aller dem Büro* der Konferenz *eingereichten* Dokumente und Erklärungen zu beschränken. Dem Konferenzbüro gehörten die Vorsitzenden und Sekretäre aller drei Organisationen an, und alle Erklärungen wurden beim Büro nur in schriftlicher Form eingereicht, so daß die Objektivität einer aus den Dokumenten und Erklärungen zusammengestellten Darstellung der Konferenz keinem Zweifel unterliegen kann.

Anderseits ist gegenwärtig die Herausgabe *aller* dem Büro eingereichten Dokumente und Erklärungen um so notwendiger, als der „Auslandsbund" seine sonderbare Weigerung, an der Abfassung der Protokolle mitzuarbeiten, durch eine noch sonderbarere Methode der Abfassung eines Berichts über die Konferenz übertroffen hat. So hat der „Auslandsbund" die Anfrage, die von dem Vertreter der „Iskra" (Frey) im Namen der Auslandsabteilung der „Iskra" und der Organisation „Sozialdemokrat" *im Büro* der Konferenz eingereicht wurde*, *nicht* vollständig *angeführt*, dagegen aber bringt er die dem Büro nicht eingereichte und in der Konferenz nicht einmal verlesene Antwort, die vom „Auslandsbund" lediglich

Niederschriften der Debatten waren in Ermangelung eines Stenographen in einem absolut unbefriedigenden Zustand. Wenn die Sekretäre in der Nacht vom ersten zum zweiten Tag der Konferenz das Protokoll nicht fertigstellen konnten, so ist es begreiflich, daß am Abend des zweiten Tages, als wir die Konferenz verließen, von einem Protokoll keine Rede sein konnte. Alle wußten sehr gut, daß die Protokolle nicht fertig waren. Folglich ist die Entrüstung des „Auslandsbundes" darüber, daß unser Vorsitzender, „ohne die Bestätigung der Konferenzprotokolle abgewartet zu haben", „desertierte" (S. 29 der Broschüre „Zwei Konferenzen"), nichts als eine Ausflucht. Da es keine stenographischen Protokolle gab, so blieb nichts anderes übrig, als daß die drei Sekretäre zusammenkamen und eine, wenn auch nur kurze Darlegung des Verlaufs der Debatten abfaßten. Das wurde auch von uns vorgeschlagen, aber der „Auslandsbund" lehnte das ab. Es ist klar, daß die Verantwortung für das Fehlen wenn nicht vollständiger, so doch wenigstens kurzer Protokolle auf den „Auslandsbund" fällt.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 230. *Die Red.*

„ausgearbeitet" worden war (S. 26 der Broschüre „Zwei Konferenzen"). Der „Auslandsbund" irrt, wenn er behauptet, die „Anfrage" sei zurückgezogen worden. Die Anfrage bestand aus zwei Fragen, die Frey im Namen der beiden Organisationen dem „Auslandsbund" vorlegte (siehe weiter unten, S. 6). *Keine* von diesen Fragen *wurde zurückgenommen*, sondern es wurde nur die Frageform geändert, und zwar so, daß die Fragen in eine Resolution verwandelt wurden, über die abgestimmt werden konnte (anstatt „Erkennt der ‚Auslandsbund' die Resolution der Juniberatung im Prinzip an?", hieß es: „Alle drei Organisationen erkennen die Resolution der Juniberatung im Prinzip an" usw.); weiter hat der „Auslandsbund" die *im Büro eingebrachte* Erklärung der Gruppe „Borba" nicht veröffentlicht (siehe weiter unten, S. 6/7).

Nicht nur, daß der „Auslandsbund" den Inhalt der Rede nicht wiedergab, die eines der Mitglieder der Gruppe „Borba" hielt, nachdem der „Auslandsbund" die Abänderungsanträge zu den Juniresolutionen eingebracht hatte, er erwähnte diese Rede nicht einmal.* In dieser Rede wandte sich das Mitglied der Gruppe „Borba", das auch an der Juniberatung teilgenommen hatte, gegen die Abänderungsanträge des „Auslandsbundes". Dagegen veröffentlichte der „Auslandsbund" die „Motivierung" zu den Abänderungsanträgen, die in der Konferenz von B. Kritschewski in einer Rede dargelegt wurde, die aber dem Büro nicht vorgelegen hatte. Mit einem Wort, der „Auslandsbund" lehnte unseren Vorschlag ab, die Darlegung der gesamten Debatte gemeinsam abzufassen, und zog es vor, nur das darzulegen, was ihm vorteilhaft für sich selber schien, und sogar einiges von dem zu verschweigen, was im Büro eingebracht worden war.

Wir haben nicht die Absicht, diesem Beispiel zu folgen. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe aller dem Büro eingereichten Erklärungen und Dokumente und auf den bloßen Hinweis, in welchem Sinne sich die Redner *aller* auf der Konferenz anwesenden Organisationen geäußert haben. Mögen die Leser dann schon selbst darüber urteilen, ob die Aufsätze in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" und die *Abänderungsanträge* des „Auslandsbundes" jene prinzipielle Grundlage eines Übereinkommens verletzt haben, die von der Juniberatung ausgearbeitet worden war. Ebenso lassen wir selbstverständlich auch alle die zornigen Worte unbeantwortet, die die Broschüre des „Auslandsbundes" in solchem Überfluß zieren,

* „Zwei Konferenzen", S. 28.

einschließlich solcher Beschuldigungen wie die der „Verleumdung" oder, daß wir die Konferenz durch unseren Fortgang „gesprengt" hätten. Eine solche Beschuldigung kann nur ein Lächeln hervorrufen: drei Organisationen kamen zusammen, um die Frage ihrer Vereinigung zu erörtern; zwei Organisationen überzeugten sich davon, daß sie sich mit der dritten nicht vereinigen können. Natürlich blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Meinung darzulegen und wegzugehen. Das als „Sprengung" der Konferenz bezeichnen und die Feststellung, daß der „Auslandsbund" in prinzipiellen Fragen eine schwankende Haltung einnehme, „Verleumdung" nennen, das können nur Leute, die eben darum zürnen, weil sie im Unrecht sind.

Was unsere Ansicht von den Streitfragen der russischen Sozialdemokratie betrifft, so ziehen wir es vor, sie nicht mit einer objektiven Wiedergabe der Konferenzdokumente zu verquicken. Außer den Aufsätzen, die in der „Iskra" und der „Sarja" veröffentlicht worden sind und noch veröffentlicht werden, bereiten wir eine Broschüre vor, die in kurzer Zeit erscheinen wird und speziell den brennenden Fragen unserer Bewegung gewidmet ist.

Geschrieben im November 1901.

Zuerst veröffentlicht im Dezember 1901 in der von der „Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" herausgegebenen Broschüre.

Nach dem Text der Broschüre.

DER PROTEST DES FINNISCHEN VOLKES

Wir bringen hier im vollen Wortlaut die neue, von breiten Massen unterzeichnete Adresse, durch die das finnische Volk seinen entschiedenen Protest gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck bringt, die unter Bruch des *Eides*, den sämtliche Zaren von Alexander I. bis Nikolaus II. feierlich geleistet haben, einen Anschlag auf die Verfassung Finnlands verübt hat und weiter Anschläge auf sie unternimmt.

Diese Adresse wurde am 17. (30.) September 1901 dem finnischen Senat zur Übermittlung an den Zaren überreicht. Unterschrieben ist sie von 473 363 Finnen beiderlei Geschlechts aus allen Gesellschaftsschichten, d. h. von fast einer *halben Million* Bürgern. Insgesamt hat Finnland 2½ Millionen Einwohner, so daß die neue Adresse wahrhaft *die Stimme des ganzen Volkes* ist.

Hier der volle Wortlaut dieser Adresse:

„*Großmächtigster, allergnädigster Herrscher, Kaiser und Großfürst!* Die von Eurer Kaiserlichen Majestät vorgenommene Änderung des Gesetzes über die Militärpflicht in Finnland hat im ganzen Lande allgemeine Beunruhigung und tiefste Trauer hervorgerufen.

Die Verfügungen, das Manifest und das Gesetz über die Militärpflicht, die von Eurer Kaiserlichen Majestät am 12. Juli (29. Juni) dieses Jahres bestätigt wurden, bedeuten eine tiefgreifende Verletzung der Grundgesetze des Großfürstentums und der wertvollsten Rechte, die dem finnischen Volk und allen Bürgern des Landes kraft seiner Gesetze zustehen.

Bestimmungen über die Pflichten der Bürger zur Landesverteidigung können, gemäß den Grundgesetzen, nicht anders als mit Einverständnis der Landstände erlassen werden. Auf diese Weise wurde auch das Militärpflichtgesetz

von 1878 durch gemeinsamen Beschluß des Kaisers Alexander II. und der Landstände erlassen. Unter der Regierung des Kaisers Alexander III. erfolgten viele partielle Änderungen dieses Gesetzes, doch nie anders als mit Zustimmung der Landstände. Im Gegensatz dazu wird jetzt ohne Zustimmung der Landstände die Aufhebung des Gesetzes von 1878 verkündet, während die an seiner Stelle erlassenen neuen Verordnungen dem Beschluß der Landstände des Außerordentlichen Landtages von 1899 völlig zuwiderlaufen.

Eines der wichtigsten Rechte, die jeder finnische Bürger besitzt, ist das Recht, unter dem Schutz der finnischen Gesetze zu leben und zu wirken. Jetzt sind Tausende und aber Tausende finnischer Staatsbürger dieses Rechtes beraubt, denn das neue Militärpflichtgesetz zwingt sie, im russischen Heere zu dienen, und macht damit die Erfüllung der Dienstpflicht zur Qual für jene Söhne des Landes, die gewaltsam in eine Armee eingezogen werden, die ihnen durch Sprache, Religion, Sitten und Gebräuche fremd ist.

Die neuen Verordnungen heben jede durch das Gesetz festgelegte Begrenzung des jährlichen Kontingents auf. Überdies fehlt in ihnen jegliche Anerkennung des in den Grundgesetzen niedergelegten Rechtes der Landstände, an der Aufstellung des Militärbudgets mitzuwirken.

Selbst die Landwehr wird, entgegen der grundlegenden Bestimmung des Gesetzes von 1878, in völlige Abhängigkeit vom Gutdünken des Kriegsministeriums gebracht.

Der Eindruck, den solche Verfügungen erwecken, wird durch die im Manifest für eine vorläufig noch unbestimmte Übergangszeit verkündeten Erleichterungen nicht gemildert, da auf eine zeitweilige Herabsetzung der Rekrutenzahl unbegrenzte Einberufungen zum Dienst in russischen Truppenteilen folgen werden.

Das finnische Volk hat um keinerlei Erleichterungen der von ihm bisher getragenen Militärlasten gebeten. Die Landstände, die die Meinung des Volkes zum Ausdruck brachten, haben bewiesen, daß Finnland bereit ist, nach Maßgabe seiner Kräfte seinen Anteil an der Verteidigung des Staates zu erhöhen, unter der Bedingung, daß die Rechtslage der finnischen Truppen als Institutionen Finnlands gewahrt bleibt.

Im Gegensatz dazu wird in den neuen Verordnungen festgesetzt, daß die finnischen Formationen zum größten Teil aufgelöst werden und daß russische Offiziere in die wenigen verbleibenden Truppenteile eintreten können; daß sogar die Unteroffiziere dieser Truppenteile der russischen Sprache mächtig sein müssen, wodurch der finnischen Bevölkerung, die vorwiegend dem Bauernstande angehört, die Bekleidung der genannten Dienstgrade völlig unmöglich gemacht wird; daß diese Truppenteile russischen Behörden unterstellt werden

und daß sie auch in Friedenszeiten außerhalb der Grenzen Finnlands stationiert werden können.

Diese Verfügungen, die nicht irgendeine Reform darstellen, sondern nur die Vernichtung der nationalen Truppenteile Finnlands bezwecken, deuten auf ein Mißtrauen hin, zu dem das finnische Volk in der ganzen Zeit seit seiner vor fast hundert Jahren erfolgten Vereinigung mit Rußland durch nichts Anlaß gegeben hat.

In den neuen Verordnungen über die Militärpflicht finden sich ferner Formulierungen, die verneinen, daß das finnische Volk ein besonderes Vaterland hat und die Bewohner des Landes finnische Staatsbürgerrechte besitzen. Diese Formulierungen lassen Ziele durchblicken, die unvereinbar sind mit dem unveräußerlichen Recht des finnischen Volkes, in seiner Vereinigung mit Rußland die politische Stellung zu wahren, die Finnland im Jahre 1809 unwiderruflich zugesichert wurde.

In den letzten Jahren hat unser Land viel schweres Leid erfahren. Wiederholt mußte man sich davon überzeugen, daß die Bestimmungen der Grundgesetze des Landes ignoriert wurden, teils in gesetzgeberischen Maßnahmen, teils dadurch, daß wichtige Posten mit gebürtigen Russen besetzt wurden. Die Verwaltung des Landes wurde so gehandhabt, als sei es ihre Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu stören, gemeinnützige Bestrebungen zu behindern und Feindschaft zwischen Russen und Finnen zu stiften.

Das größte Unglück für das Land ist jedoch die Einführung der neuen Verordnungen über die Militärpflicht.

In der alleruntertänigsten Antwortadresse vom 27. Mai 1899 haben die Landstände ausführlich dargelegt, welcher Weg gemäß den Grundgesetzen Finnlands beim Erlaß eines Gesetzes über die Militärpflicht einzuschlagen ist. Dabei haben sie erklärt, daß ein neues Gesetz über die Militärpflicht, das auf einem anderen Wege erlassen wird, auch wenn es durch Anwendung von Gewalt durchgeführt werden sollte, nicht als rechtskräftiges Gesetz anerkannt werden kann, sondern in den Augen des finnischen Volkes nur als ein durch Gewalt auferlegtes Gebot gelten wird.

Alles, was die Landstände erklärt haben, entspricht unveränderlich auch weiterhin der Rechtsauffassung des finnischen Volkes, die gewaltsam nicht geändert werden kann.

Diese Verfügungen, die mit den Landesgesetzen nicht in Einklang gebracht wurden, lassen überaus schwerwiegende Folgen befürchten. Für Beamte und Regierungsbehörden entsteht ein qualvoller Konflikt mit ihrem Pflichtgefühl, da das Gewissen ihnen gebietet, derartige Verfügungen nicht als Richtschnur zu betrachten. Die Zahl der arbeitsfähigen Auswanderer, die sich schon früher,

aus Furcht vor drohenden Veränderungen, zum Verlassen des Landes gezwungen sahen, wird noch mehr steigen, wenn die verkündeten Verordnungen durchgeführt werden.

Die neuen Verordnungen über die Militärpflicht wie auch die übrigen Maßnahmen, die gegen das Recht des finnischen Volkes auf eine gesonderte politische und nationale Existenz gerichtet sind, müssen unvermeidlich das Vertrauen zwischen Monarch und Volk untergraben und eine immer stärker werdende Unzufriedenheit, das Gefühl eines allgemeinen Druckes, Unsicherheit und größte Schwierigkeiten für die Gesellschaft und für ihre Mitglieder bei der Arbeit zum Wohle des Landes hervorrufen. Dies zu verhindern, gibt es nur ein Mittel: die obengenannten Verfügungen werden durch ein Gesetz über die Militärpflicht ersetzt, das unter Mitwirkung der Landstände erlassen wird, und alle Regierungsbehörden des Landes halten sich genau an die Bestimmungen der Grundgesetze.

Das finnische Volk kann nicht aufhören, ein gesondertes Volk zu sein. Verbunden durch ein gemeinsames historisches Schicksal, durch Rechtsbegriffe und kulturelle Arbeit, wird unser Volk seiner Liebe zum finnischen Vaterland und zu seiner gesetzmäßigen Freiheit treu bleiben. Das Volk wird sich nicht beirren lassen in dem Streben, seinen bescheidenen, ihm vom Schicksal zugewiesenen Platz unter den Völkern mit Würde zu behaupten.

Ebenso fest, wie wir an unser Recht glauben und unsere Gesetze achten, die uns in unserem öffentlichen Leben als Stütze dienen, ebenso fest sind wir davon überzeugt, daß der Einheit des mächtigen Rußlands kein Schaden zugefügt werden kann, wenn Finnland auch künftig im Einklang mit den im Jahre 1809 festgelegten Grundprinzipien regiert wird, damit es sich in seiner Vereinigung mit Rußland glücklich und ruhig fühle.

Das Gefühl der Pflicht gegenüber der Heimat zwingt die Mitglieder aller Gemeinden und Gesellschaftsschichten, sich an Eure Kaiserliche Majestät mit einer wahrheitsgetreuen und ungeschminkten Darstellung der Sachlage zu wenden. Wir haben oben erklärt, daß die vor kurzem bekanntgegebenen Verfügungen über die Militärpflicht, die den feierlich bekräftigten Grundgesetzen des Großfürstentums widersprechen, nicht als rechtskräftiges Gesetz anerkannt werden können. Wir halten es für unsere Pflicht, hinzuzufügen, daß die Militärlasten an sich für das finnische Volk nicht von so großer Bedeutung sind wie der Verlust fester rechtlicher Grundlagen und die durch das Gesetz garantierte Sicherheit in dieser so wichtigen Frage. Alleruntertänigst bitten wir daher, Eure Kaiserliche Majestät wolle geruhen, die in dieser Adresse berührten Fragen einer solchen allergnädigsten Prüfung zu unterziehen, wie es ihre Wichtigkeit verlangt. Wir verbleiben usw."

Wir haben dieser Adresse — einem wirklichen Volksurteil über die Bande russischer Beamten, die die Grundgesetze verletzen — nicht viel hinzuzufügen.

Erinnern wir uns der wichtigsten Daten in der „finnischen Frage".

Finnland wurde Rußland 1809, während des Krieges gegen Schweden, angegliedert. In der Absicht, die Finnen, bis dahin Untertanen des schwedischen Königs, für sich zu gewinnen, beschloß Alexander I., die alte finnische Verfassung anzuerkennen und zu bestätigen. Laut dieser Verfassung darf kein Grundgesetz *anders als mit Zustimmung des Landtags, d. h. der Versammlung der Vertreter aller Stände*, erlassen, verändert, erläutert oder aufgehoben werden. Und Alexander I. bekräftigte „feierlich" in mehreren Manifesten *„das Versprechen, die besondere Verfassung des Landes heilig zu halten"*.

Dieser Eid wurde danach von allen russischen Herrschern bekräftigt, darunter auch von Nikolaus II. im Manifest vom 25. Oktober (6. November) 1894, in dem er versprach, „... selbige (die Grundgesetze) in ihrer unverbrüchlichen und unabänderlichen Kraft und Wirkung aufrechtzuerhalten".

Doch fünf Jahre waren noch nicht verstrichen, und schon wurde der russische Zar *eidbrüchig*. Nachdem eine käufliche und kriecherische Presse lange gegen Finnland gehetzt hatte, wurde das „Manifest" vom 3. (15.) Februar 1899 erlassen, das eine neue Ordnung einführte: *Ohne Zustimmung des Landtags* können Gesetze erlassen werden, „wenn sie gesamtstaatliche Bedürfnisse betreffen oder mit der Gesetzgebung des Reiches im Zusammenhang stehen".

Das war ein himmelschreiender Verfassungsbruch, ein regelrechter *Staatsstreich*, denn von jedem Gesetz läßt sich ja behaupten, es betreffe gesamtstaatliche Bedürfnisse!

Und dieser Staatsstreich wurde *gewaltsam* durchgeführt: der General gouverneur Bobrikow drohte, Truppen in Finnland einmarschieren zu lassen, wenn der Senat sich weigern sollte, das Manifest zu veröffentlichen. Die in Finnland stehenden russischen Truppen hatten (wie russische Offiziere erzählten) bereits scharfe Patronen erhalten, die Pferde standen gesattelt usw.

Der ersten Gewalttat folgten zahllose andere: eine finnische Zeitung nach der anderen wurde verboten, die Versammlungsfreiheit aufgehoben,

Finnland wurde mit Horden russischer Spione und gemeinster Lockspitzel, die zum Aufstand hetzten, überschwemmt usw. usw. Schließlich wurde *ohne Zustimmung des Landtags* das Gesetz vom 29. Juni (12. Juli) über die Militärpflicht erlassen — ein Gesetz, das in der Adresse bereits hinreichend gekennzeichnet worden ist.

Sowohl das Manifest vom 3. Februar 1899 als auch das Gesetz vom 29. Juni 1901 sind *rechtswidrig*, sind die Gewalttat eines Meineidigen und einer Bande von Schergen, die sich Regierung des Zaren nennt. Zweieinhalb Millionen Finnen können natürlich nicht einmal daran denken, einen Aufstand zu wagen, aber wir alle, wir russischen Bürger, müssen an die Schmach denken, die uns trifft. Wir sind immer noch in solchem Maße Sklaven, daß man uns zur Versklavung anderer Völker ausnützt. Wir dulden bei uns immer noch eine Regierung, die nicht nur mit der wilden Wut eines Henkers jedes Streben nach Freiheit in Rußland unterdrückt, sondern außerdem auch noch russische Truppen zu gewaltsamen Anschlägen auf die Freiheit anderer verwendet!

„Iskra" Nr. 11,
20. November 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Über die Zeitschrift ‚Swoboda'"
1901

Verkleinert

ÜBER DIE ZEITSCHRIFT „SWOBODA"

Die „Swoboda" [Freiheit] ist ein ganz schlechtes Blatt. Ihr Verfasser – die Zeitschrift erweckt nämlich den Eindruck, als wäre sie von Anfang bis Ende von einer einzigen Person geschrieben – erhebt Anspruch darauf, populär, „für Arbeiter" zu schreiben. Aber das ist keine Popularität, sondern Popularitätshascherei übler Art. Kein einziges schlichtes Wörtchen, alles ist verkrampft... Ohne Verrenkungen, ohne „volkstümliche" Vergleiche und „volkstümliche" Wörtchen – wie „denen ihr's" – sagt der Verfasser nicht einen einzigen Satz. Und in dieser verunstalteten Sprache werden tausendmal wiederholte, absichtlich vulgarisierte sozialistische Gedanken ohne neue Tatsachen, ohne neue Beispiele, ohne neue Bearbeitung vorgekaut. Popularisierung, möchten wir dem Verfasser sagen, ist sehr weit entfernt von Vulgarisierung, von Popularitätshascherei. Der populäre Schriftsteller führt den Leser an tiefe Gedanken, an die ernste Wissenschaft heran, indem er von einfachsten und allgemein bekannten Gegebenheiten ausgeht, mit Hilfe unkomplizierter Betrachtungen oder treffend gewählter Beispiele auf die wichtigsten *Schlußfolgerungen* aus diesen Gegebenheiten hinweist und den denkenden Leser auf immer neue und neue Fragen stößt. Der populäre Schriftsteller setzt keinen nicht denkenden, nicht denken wollenden oder nicht denken könnenden Leser voraus – im Gegenteil, er setzt beim unentwickelten Leser die ernste Absicht voraus, mit dem Kopf zu arbeiten, er *hilft* ihm, diese ernste und schwere Arbeit zu tun, und leitet ihn, indem er ihm hilft, die ersten Schritte zu machen, ihn *lehrt*, selbständig weiterzugehen. Der vulgäre Schriftsteller setzt einen nicht denkenden und zum Denken unfähigen Leser voraus, er lenkt ihn nicht zu den ersten Grundlagen ernster Wissenschaft hin, sondern tischt

ihm in verzerrter und simplifizierter Gestalt, mit Späßchen und Sprüchen gewürzt, *alle* Schlußfolgerungen aus einer bestimmten Lehre „fertig" auf, so daß der Leser diesen Brei nicht einmal zu kauen, sondern nur hinunterzuschlucken braucht.

Geschrieben im Herbst 1901.
Zuerst veröffentlicht 1936 in der Zeitschrift „Bolschewik" Nr. 2.

Nach dem Manuskript.

EINE AUSEINANDERSETZUNG MIT VERTEIDIGERN DES ÖKONOMISMUS

Wir bringen hier im vollen Wortlaut den uns von einem unserer Vertreter übermittelten

„Brief an die russischen sozialdemokratischen Organe.

Genossen, die mit uns in der Verbannung leben, haben aufgefordert, zur ‚Iskra' Stellung zu nehmen. In Beantwortung dieses Vorschlags haben wir beschlossen, die Gründe mitzuteilen, weshalb wir mit diesem Organ nicht einverstanden sind.

Obgleich wir die Herausgabe eines besonderen, speziell den Fragen des politischen Kampfes gewidmeten sozialdemokratischen Organs für durchaus zeitgemäß halten, glauben wir nicht, daß die ‚Iskra', die diese Aufgabe übernommen hat, sie in befriedigender Weise gelöst hätte. Ihr grundlegender Fehler, der sich wie ein roter Faden durch die ganze Zeitschrift zieht und alle ihre übrigen großen und kleinen Fehler bedingt, besteht darin, daß die ‚Iskra' den Ideologen der Bewegung eine überaus bedeutende Position im Sinne ihres Einflusses auf diese oder jene Richtung der Bewegung zuweist. Gleichzeitig aber berücksichtigt die ‚Iskra' wenig jene materiellen Elemente der Bewegung und jenes materielle Milieu, durch deren Wechselwirkung ein bestimmter Typus der Arbeiterbewegung hervorgebracht und ihr Weg bestimmt wird, von dem alle Bemühungen der Ideologen, mögen sie auch von den besten Theorien und Programmen inspiriert sein, sie nicht abbringen können.

Dieser Fehler der ‚Iskra' fällt besonders stark auf, wenn man sie mit dem ‚Jushny Rabotschi'[80] vergleicht, der wie die ‚Iskra' das Banner des politischen Kampfes entrollt, diesen Kampf aber mit der vorangegangenen Phase der südrussischen Arbeiterbewegung in Verbindung bringt. Eine derartige Stellung der Frage ist der ‚Iskra' völlig fremd. Sie setzt sich das Ziel, den ‚Funken zu

einem großen Brand' zu entfachen, vergißt aber, daß hierzu der entsprechende Brennstoff und günstige äußere Bedingungen notwendig sind. Mit beiden Händen die ‚Ökonomisten' abwehrend, läßt die ‚Iskra' außer acht, daß gerade durch das Wirken der ‚Ökonomisten' jene Beteiligung der Arbeiter an den Februar- und Märzereignissen vorbereitet wurde, die die ‚Iskra' mit besonderem Eifer hervorhebt und allem Anschein nach bedeutend überschätzt. Zur Tätigkeit der Sozialdemokraten Ende der neunziger Jahre verhält sich die ‚Iskra' ablehnend und ignoriert, daß damals die Bedingungen für eine andere Arbeit als den Kampf für kleine Forderungen nicht gegeben waren und daß dieser Kampf von gewaltiger erzieherischer Bedeutung gewesen ist. Die ‚Iskra', die diese Periode und diese Richtung der Tätigkeit der russischen Sozialdemokraten ganz falsch und unhistorisch einschätzt, identifiziert deren Taktik mit der Taktik Subatows und sieht nicht den Unterschied zwischen dem ‚Kampf für kleine Forderungen', der die Arbeiterbewegung erweitert und vertieft, und ‚kleinen Zugeständnissen', die das Ziel haben, jeden Kampf und jede Bewegung zu lähmen.

Ganz und gar von sektiererischer Unduldsamkeit durchdrungen, die so charakteristisch ist für die Ideologen der Kindheitsperiode sozialer Bewegungen, ist die ‚Iskra' sofort dabei, jede Meinungsverschiedenheit mit ihr nicht nur als Aufgabe der sozialdemokratischen Prinzipien, sondern sogar als Überlaufen in das Lager des Feindes zu brandmarken. Von dieser Art ist ihr äußerst unanständiger sowie strengste und schonungsloseste Verurteilung verdienender Ausfall gegen die ‚Rabotschaja Mysl', der sie den Artikel über Subatow widmete und auf deren Einfluß sie Subatows Erfolge bei einem gewissen Teil der Arbeiter zurückführt. In ihrem ablehnenden Verhalten gegen die anderen sozialdemokratischen Organisationen, die über die Entwicklung und die Aufgaben der russischen Arbeiterbewegung anders denken als sie, vergißt die ‚Iskra' manchmal im Eifer der Polemik die Wahrheit und schreibt, einzelne, wirklich unglücklich gewählte Ausdrücke herausgreifend, ihren Gegnern Ansichten zu, die diese nicht vertreten, unterstreicht bei einer Meinungsverschiedenheit Momente, die oft unwesentlich sind, und verschweigt hartnäckig die zahlreichen Berührungspunkte in den Anschauungen: wir denken hier an das Verhalten der ‚Iskra' zum ‚Rabotscheje Delo'.

Dieser ihr außerordentlicher Hang zur Polemik kommt vor allem daher, daß die ‚Iskra' die Rolle der ‚Ideologie' (der Programme, Theorien...) in der Bewegung überschätzt, ist zum Teil aber auch eine Folge des inneren Haders, der unter den russischen Emigranten im Westen entbrannt ist, die es sehr eilig hatten, durch eine Reihe polemischer Broschüren und Artikel die Welt von diesem Hader in Kenntnis zu setzen. Unseres Erachtens haben all diese Mei-

nungsverschiedenheiten fast gar keinen Einfluß auf die tatsächliche Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Bewegung; es sei denn, daß sie sie schädigen, denn sie tragen eine unerwünschte Spaltung in den Kreis der in Rußland wirkenden Genossen hinein, und darum können wir nur eine ablehnende Haltung zum polemischen Eifer der ‚Iskra' einnehmen, besonders wenn sie über die Grenzen des Anstands hinausgeht.

Der gleiche grundlegende Fehler der ‚Iskra' ist die Ursache ihrer Inkonsequenz in der Frage, welche Stellung die Sozialdemokratie zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Richtungen einzunehmen hat. Nachdem die ‚Iskra' mit Hilfe theoretischer Berechnungen die Aufgabe des sofortigen Übergangs zum Kampf gegen den Absolutismus gelöst hat, wobei sie wahrscheinlich die ganze Schwierigkeit dieser Aufgabe für die Arbeiter beim jetzigen Stand der Dinge empfindet, aber keine Geduld hat abzuwarten, bis die Arbeiter weitere Kräfte für diesen Kampf gesammelt haben, sucht nun die ‚Iskra' in den Reihen der Liberalen und Intellektuellen Verbündete und verläßt bei diesem Suchen oft den Klassenstandpunkt, vertuscht die Klassengegensätze und stellt die gemeinsame Unzufriedenheit mit der Regierung in den Vordergrund, obgleich Ursachen und Grad dieser Unzufriedenheit bei den ‚Verbündeten' sehr verschieden sind. So z. B. die Haltung der ‚Iskra' zum Semstwo. Die Frondeurattacken des Semstwos, oft verursacht durch die — verglichen mit der Industrie — ungenügende Verteidigung der agrarischen Gelüste der Herren Semstwoleute seitens der Regierung, versucht die ‚Iskra' zur Flamme des politischen Kampfes zu entfachen, und sie verspricht den Adligen, die durch die Almosen der Regierung nicht befriedigt sind, die Hilfe der Arbeiterklasse, ohne mit einem Wort auf die Klassenfeindschaft zwischen diesen Bevölkerungsschichten einzugehen. Wir können zugeben, daß man vom Erwachen der Semstwobewegung sprechen und auf das Semstwo verweisen kann, als auf ein Element, das gegen die Regierung kämpft, doch muß das in klarer und deutlicher Form geschehen, die über den Charakter einer möglichen Verständigung zwischen uns und diesen Elementen keinerlei Unklarheit läßt. Die ‚Iskra' aber stellt die Frage des Verhaltens zum Semstwo so, daß dadurch unseres Erachtens das Klassenbewußtsein nur verdunkelt werden kann, denn sie wirkt hier, ebenso wie die Prediger des Liberalismus und verschiedener kultureller Bestrebungen, der Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Literatur entgegen, einer Aufgabe, die in der Kritik der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der Klarlegung der Klasseninteressen, nicht aber in der Verdunkelung ihres Antagonismus besteht. Genauso ist auch die Haltung der ‚Iskra' zur Studentenbewegung. Doch gleichzeitig verurteilt die ‚Iskra' in anderen Artikeln sehr scharf jegliche ‚Kompromisse' und verteidigt z. B. das unduldsame Verhalten der Guesdisten.

Ohne auf andere, weniger wichtige Mängel und Schnitzer der ‚Iskra' einzugehen, halten wir es zum Schluß für unsere Pflicht, zu bemerken, daß wir durch unsere Kritik die Bedeutung, die die ‚Iskra' haben kann, keineswegs herabsetzen wollen und daß wir nicht die Augen gegen ihre Verdienste verschließen. Wir begrüßen sie als sozialdemokratische politische Zeitung in Rußland. Wir betrachten die erfolgreiche Klärung der Frage des Terrors, der sie zur rechten Zeit einige Artikel widmete, als großes Verdienst der ‚Iskra'. Schließlich können wir nicht umhin, die in illegalen Veröffentlichungen so seltene musterhafte literarische Sprache der ‚Iskra', ihr regelmäßiges Erscheinen und ihren Reichtum an frischem und interessantem Material anzuerkennen.

September 1901 *Einige Genossen"*

Zunächst einmal sei zu diesem Brief gesagt, daß wir die Aufrichtigkeit und Offenheit seiner Verfasser von ganzem Herzen begrüßen. Es ist schon längst an der Zeit, daß man Schluß macht mit dem Versteckspielen, daß man aufhört, sein ökonomistisches „Credo" zu verheimlichen (wie es ein Teil des Odessaer Komitees tut, von dem sich die „Politiker" getrennt haben) oder, gleichsam der Wahrheit zum Hohn, zu erklären, gegenwärtig habe sich „auch nicht eine einzige sozialdemokratische Organisation des Ökonomismus schuldig gemacht" (Broschüre „Zwei Konferenzen", herausgegeben vom „Rabotscheje Delo", S. 32). — Und jetzt zur Sache.

Der Hauptfehler der Verfasser des Briefes ist genau der gleiche, den auch das „Rabotscheje Delo" begeht (siehe besonders Nr. 10). Bei ihnen herrscht Konfusion über die Wechselbeziehungen zwischen den „materiellen" (spontanen, wie sich „Rabotscheje Delo" ausdrückt) und den ideologischen (bewußten, „nach einem Plan" wirkenden) Elementen der Bewegung. Sie verstehen nicht, daß der „Ideologe" überhaupt nur dann die Bezeichnung Ideologe verdient, wenn er der spontanen Bewegung *vorangeht*, ihr den Weg zeigt, wenn er es versteht, früher als die anderen alle theoretischen, politischen, taktischen und organisatorischen Fragen zu lösen, auf die die „materiellen Elemente" der Bewegung spontan stoßen. Um tatsächlich „die materiellen Elemente der Bewegung zu berücksichtigen", muß man sich zu ihnen kritisch verhalten, muß man verstehen, auf die Gefahren und Mängel der spontanen Bewegung hinzuweisen, muß man verstehen, die Spontaneität auf das Niveau der Bewußtheit zu *heben*. Wenn man aber sagt, daß die Ideologen (d. h. die bewußten Führer) die

Bewegung nicht vom Weg abbringen können, der durch die Wechselwirkung von Milieu und Elementen bestimmt wird, so heißt das die Binsenwahrheit vergessen, daß das Bewußtsein an dieser Wechselwirkung und dieser Bestimmung *mitwirkt*. Die katholischen und die monarchistischen Arbeiterverbände in Europa sind ebenfalls ein notwendiges Resultat der Wechselwirkung von Milieu und Elementen, nur hat an dieser Wechselwirkung das Bewußtsein der Pfaffen und der Subatows mitgewirkt, und nicht das Bewußtsein von Sozialisten. Die theoretischen Ansichten der Verfasser des Briefes (wie auch des „Rabotscheje Delo") sind nicht Marxismus, sondern jene Parodie auf ihn, von der unsere „Kritiker" und die Bernsteinianer soviel Wesens machen, die nicht begreifen, wie die spontane Evolution mit bewußter revolutionärer Tätigkeit zu verbinden ist.

Diese tiefgehende theoretische Verirrung führt in der gegenwärtigen Zeit unvermeidlich zu einem riesigen taktischen Fehler, der der russischen Sozialdemokratie schon unermeßlichen Schaden zugefügt hat und zufügt. Es handelt sich darum, daß der spontane Aufschwung sowohl der Arbeitermasse als auch (dank ihrem Einfluß) anderer Gesellschaftsschichten in den letzten Jahren mit erstaunlicher Geschwindigkeit vor sich geht. Die „materiellen Elemente" der Bewegung sind selbst im Vergleich zu 1898 riesenhaft gewachsen, aber *die bewußten Führer* (die Sozialdemokraten) *bleiben hinter diesem Wachstum zurück*. Das ist die Hauptursache der Krise, die die russische Sozialdemokratie durchmacht. Der (spontanen) Massenbewegung fehlen „Ideologen", die theoretisch so gut geschult sind, daß sie gegen alle Schwankungen gefeit sind, es fehlen ihr Führer, die einen so weiten politischen Gesichtskreis, eine solche revolutionäre Energie, ein solches organisatorisches Talent besitzen, daß sie auf der Grundlage der neuen Bewegung eine kampffähige politische Partei aufbauen können.

Das alles wäre aber nur halb so schlimm. Theoretisches Wissen, politische Erfahrung, organisatorisches Geschick — das alles sind Dinge, die erworben werden können. Wenn nur der Wille da ist, zu lernen und die erforderlichen Eigenschaften in sich zu entwickeln. Aber seit Ende 1897 und insbesondere seit Herbst 1898 sind in der russischen Sozialdemokratie Leute und Presseorgane hervorgetreten, die gegen diesen Mangel nicht nur die Augen verschlossen, sondern ihn sogar für eine besondere

Tugend erklärt haben, die die Anbetung der Spontaneität und die sklavische Kriecherei vor ihr zur Theorie erhoben haben und predigen, die Sozialdemokraten dürften nicht der Bewegung vorangehen, sondern müßten *im Nachtrab* einhertrotten. (Zu diesen Organen gehört nicht nur die „Rabotschaja Mysl", sondern auch das „Rabotscheje Delo", das mit der „Stadientheorie" begann und schließlich bei der grundsätzlichen Verteidigung der Spontaneität, der „Vollberechtigung der Bewegung in der Gegenwart", der „Taktik als Prozeß" usw. angelangt ist.)

Das war nun schon wirklich schlimm. Das bedeutete die Entstehung einer *besonderen Richtung,* die man als Ökonomismus (im weiteren Sinne des Wortes) zu bezeichnen pflegt und deren Hauptmerkmal im Nichtverstehen, ja sogar in der *Verteidigung des Zurückbleibens,* d. h., wie wir bereits erklärt haben, des Zurückbleibens der bewußten Führer hinter dem spontanen Aufschwung der Massen, besteht. Diese Richtung wird gekennzeichnet: in grundsätzlicher Hinsicht durch die Verflachung des Marxismus und die Hilflosigkeit gegenüber der modernen „Kritik", dieser neuesten Abart des Opportunismus; in politischer Hinsicht durch das Bestreben, die politische Agitation und den politischen Kampf einzuengen oder sie gegen die Scheidemünze kleiner Forderungen einzutauschen, ferner durch das Nichtverstehen der Tatsache, daß die Sozialdemokratie, wenn sie nicht die Führung der gesamtdemokratischen Bewegung in *ihre* Hand nimmt, nicht imstande sein wird, die Selbstherrschaft zu stürzen; in taktischer Hinsicht durch absolute Haltlosigkeit (das „Rabotscheje Delo" nahm im Frühjahr zum „neuen" Problem des Terrors eine unschlüssige Haltung ein, und erst ein halbes Jahr später, nach einer Reihe von Schwankungen, nahm es, wie immer im Nachtrab der Bewegung einhertrottend, in einer sehr zweideutigen Resolution gegen ihn Stellung); in organisatorischer Hinsicht durch das Nichtverstehen der Tatsache, daß unsere Pflicht, eine starke und zentralisierte Organisation der Revolutionäre zu schaffen, die fähig ist, sowohl den vorbereitenden Kampf als auch jeden unerwarteten Ausbruch und schließlich den letzten entscheidenden Angriff zu leiten, durch den Massencharakter der Bewegung keineswegs vermindert, sondern im Gegenteil erhöht wird.

Gegen diese Richtung haben wir einen unversöhnlichen Kampf geführt und werden das auch in Zukunft tun. Die Verfasser des Briefes aber scheinen selber dieser Richtung anzugehören. Sie weisen uns darauf hin,

daß der wirtschaftliche Kampf die Teilnahme der Arbeiter an den Demonstrationen vorbereitet hat. Jawohl, und gerade wir haben diese Vorbereitung früher und gründlicher als alle anderen gewürdigt, als wir bereits im Dezember 1900 (Nr. 1) gegen die Stadientheorie Stellung nahmen*, als wir im Februar (Nr. 2), sofort nach der Zwangsrekrutierung der Studenten und noch vor Beginn der Demonstrationen, die Arbeiter aufforderten, den Studenten zu Hilfe zu kommen**. Die Februar- und Märzereignisse haben „die Ängste und Befürchtungen" der „Iskra" nicht „widerlegt" (wie Martynow — „Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 53 — glaubt und dadurch offenbart, daß ihm jedes Verständnis für die Sache abgeht), sondern sie voll und ganz bestätigt, denn die Führer sind *hinter* dem spontanen Aufschwung der Massen einhergetrottet, sie waren nicht darauf vorbereitet, ihre Pflichten als Führer zu erfüllen. Diese Vorbereitung ist auch jetzt noch sehr unvollkommen, und darum übt alles Gerede von einer „Überschätzung der Rolle der Ideologie" oder der Rolle des bewußten Elements im Vergleich zum spontanen u. a. m. weiterhin den schädlichsten Einfluß auf die Praxis unserer Partei aus.

Ebenso schädlichen Einfluß hat das Gerede, daß es, angeblich im Interesse des Klassenstandpunkts, notwendig sei, das Gemeinsame in der Unzufriedenheit der verschiedenen Bevölkerungsschichten mit der Regierung möglichst wenig zu betonen. Wir sind im Gegenteil stolz darauf, daß die „Iskra" in *allen* Schichten der Bevölkerung politische Unzufriedenheit weckt, und bedauern nur, daß es uns nicht gelingt, dies in noch breiterem Maße zu tun. Es ist nicht wahr, daß wir dabei den Klassenstandpunkt vertuschen: die Verfasser des Briefes haben kein einziges konkretes Beispiel eines solchen Vertuschens erbracht und werden auch keins erbringen können. Aber als Vorkämpfer der Demokratie muß die Sozialdemokratie — entgegen der Meinung des „Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 41 — die aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten leiten, ihnen die allgemeine politische Bedeutung ihrer partiellen und beruflichen Konflikte mit der Regierung klarmachen, sie zur Unterstützung der revolutionären Partei heranziehen und muß aus den eigenen Reihen Führer heranbilden, die fähig sind, auf alle oppositionellen Schichten politisch einzuwirken. Jeder Verzicht auf diese Rolle, in welch hochtrabende Phrasen über enge,

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 365—370. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 4, S. 416—421. *Die Red.*

organische Verbindung mit dem proletarischen Kampf usw. er auch gehüllt sei, ist gleichbedeutend mit einer neuen „Verteidigung des Zurückbleibens" der Sozialdemokraten, des Zurückbleibens hinter dem Aufschwung der demokratischen Volksbewegung, gleichbedeutend mit der Übergabe der führenden Rolle in die Hände der bürgerlichen Demokratie. Mögen die Verfasser des Briefes darüber nachdenken, warum eigentlich die Frühjahrsereignisse eine solche Belebung der *nicht*sozialdemokratischen revolutionären Strömungen hervorgerufen haben, anstatt die Autorität und das Prestige der Sozialdemokratie zu heben!

Wir müssen auch gegen die erstaunliche Kurzsichtigkeit Stellung nehmen, die die Verfasser des Briefes in der Frage der Polemik und des inneren Haders unter den Emigranten an den Tag legen. Sie wiederholen das alte nichtige Gerede, daß es „unanständig" gewesen sei, der „Rabotschaja Mysl" einen Artikel über Subatow zu widmen. Wollen sie etwa leugnen, daß die Verbreitung des Ökonomismus den Herren Subatow ihre Aufgabe erleichtert? Nur das behaupten wir ja, wobei wir keineswegs die Taktik der Ökonomisten mit der Taktik Subatows „identifizieren". Was aber die „Emigranten" betrifft (wenn die Verfasser des Briefes nicht so unverzeihlich sorglos wären in bezug auf die Kontinuität der Ideen in der russischen Sozialdemokratie, so würde ihnen bekannt sein, daß die Warnungen der „Emigranten", und zwar der Gruppe „Befreiung der Arbeit", in bezug auf den Ökonomismus glänzend gerechtfertigt wurden!), so hört, wie der im Jahre 1852 unter den rheinischen Arbeitern wirkende Lassalle über die Streitigkeiten in der Londoner Emigration urteilte:

„Noch weniger, glaube ich", schrieb er an Marx, „dürfte Deine Schrift über les grands hommes* Kinkel, Ruge etc.... hier auf Polizeischwierigkeiten stoßen. Denn die Regierung sieht sogar, soviel ich glaube, das Erscheinen solcher Schriften nicht einmal ungern, weil sie meint, daß sich ‚die Revolution dadurch in sich selbst zerfleische'. Daß die Parteikämpfe gerade einer Partei Kraft und Leben geben, daß der größte Beweis der Schwäche einer Partei das Verschwimmen derselben und die Abstumpfung der markierten Differenzen ist, daß sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert, davon weiß und befürchtet die Behördenlogik wenig!" (Aus einem Brief Lassalles an Marx vom 24. Juni 1852[81].)

* die großen Männer. *Der Übers.*

Dies zur Kenntnis allen, jetzt so zahlreichen, schöngeistigen Gegnern der Schärfe, der Unduldsamkeit, des polemischen Eifers usw.!

Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß wir hier die strittigen Fragen nur kurz streifen konnten. Ihrer ausführlichen Analyse werden wir eine besondere Broschüre widmen, die, wie wir hoffen, in etwa anderthalb Monaten erscheint.

„Iskra" Nr. 12,
6. Dezember 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

ZUM FÜNFUNDZWANZIGJÄHRIGEN JUBILÄUM DER REVOLUTIONÄREN TÄTIGKEIT G. W. PLECHANOWS

Die Redaktion der „Iskra" schließt sich von ganzem Herzen der Feier des 25jährigen Jubiläums der revolutionären Tätigkeit G. W. Plechanows an. Möge diese Feier der Festigung des revolutionären Marxismus dienen, der allein fähig ist, den weltumspannenden Befreiungskampf des Proletariats zu führen und dem Vorstoß des so lärmend unter neuen Namen auftretenden, ewig alten Opportunismus die Stirn zu bieten. Möge diese Feier zur Festigung des Bandes dienen, das Tausende junger russischer Sozialdemokraten, die all ihre Kraft der schweren praktischen Arbeit widmen, mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" verknüpft, die der Bewegung das gibt, was sie so notwendig braucht: den mächtigen Schatz theoretischen Wissens, den weiten politischen Gesichtskreis, die reiche revolutionäre Erfahrung.

Es lebe die revolutionäre russische, es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Geschrieben Anfang Dezember 1901.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" (Die proletarische Revolution) Nr. 7 (30).

Nach dem Manuskript.

DER BEGINN DER DEMONSTRATIONEN

Vor zwei Wochen würdigten wir den 25. Jahrestag der ersten sozialen revolutionären Demonstration in Rußland, die am 6. Dezember 1876 auf dem Kasaner Platz in Petersburg[82] stattfand, und wiesen auf den gewaltigen Aufschwung der Demonstrationsbewegung zu Beginn des nun endenden Jahres hin. Wir sagten, daß die Demonstranten eine konkretere politische Losung aufstellen müssen als „Land und Freiheit" (1876), eine umfassendere Forderung als die „Aufhebung der Provisorischen Bestimmungen" (1901). Eine solche Losung muß die *politische Freiheit* sein, eine solche vom ganzen Volk getragene Forderung muß *die Forderung der Einberufung einer Volksvertretung* sein.

Und schon sehen wir, daß es immer wieder aus den verschiedensten Anlässen zu Demonstrationen kommt, sowohl in Nishni-Nowgorod als auch in Moskau und in Charkow. Die Erregung wächst überall, und immer dringender wird die Notwendigkeit, sie zu einem einzigen Strom *gegen die Selbstherrschaft* zusammenzufassen, die überall Willkür, Unterdrückung und Gewalt sät. Die kleine, aber erfolgreich verlaufene Demonstration am 7. November in Nishni-Nowgorod galt dem Abschied von Maxim Gorki. Ein Schriftsteller von europäischem Ruf, dessen einzige Waffe – wie der Redner der Nishni-Nowgoroder Demonstration richtig bemerkte – im freien Wort bestand, wird von der autokratischen Regierung ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren aus seiner Vaterstadt ausgewiesen. „Die Zarenschergen beschuldigen ihn, einen schlechten Einfluß auf uns ausgeübt zu haben", sagte der Redner im Namen aller Russen, in denen auch nur ein Funken von Streben nach Licht und Freiheit lebendig ist, „wir aber erklären, daß es ein guter Einfluß war. Die Zaren-

knechte verüben ihre Untaten im geheimen, wir aber werden ihre Untaten aufdecken und publik machen. Bei uns prügelt man Arbeiter, die ihr Recht auf ein besseres Leben verteidigen, bei uns prügelt man Studenten, die gegen die Willkür protestieren, bei uns unterdrückt man jedes ehrliche und mutige Wort!" – Die Demonstration, an der sich auch Arbeiter beteiligten, schloß mit der feierlichen Deklamation eines Studenten: „Die Willkür fällt, es erhebt sich das Volk, das machtvolle, freie und starke!"

In Moskau wurde Gorki von Hunderten Studenten auf dem Bahnhof erwartet, und die erschreckte Polizei *verhaftete* ihn unterwegs im Eisenbahnwagen, verbot ihm (trotz der vorher speziell erteilten Erlaubnis) die Einreise nach Moskau und zwang ihn, sich direkt von der Nishni-Nowgoroder Bahn zur Kursker zu begeben. Die Demonstration gegen die Ausweisung Gorkis kam nicht zustande, aber aus Anlaß des Verbots einer Gedächtnisfeier für N. A. Dobroljubow, dessen Todestag sich am 17. November zum vierzigsten Male jährte, fand am 18. ohne jede Vorbereitung eine kleine Demonstration von Studenten und „außenstehenden Personen" (wie sich unsere Minister auszudrücken pflegen) vor dem Hause des Generalgouverneurs statt. Der Vertreter der absolutistischen Staatsgewalt in Moskau wurde von Leuten ausgepfiffen, denen, wie allen gebildeten und denkenden Menschen in Rußland, der Schriftsteller teuer ist, der die Willkür leidenschaftlich haßte und den Volksaufstand gegen die „inneren Türken" – gegen die autokratische Regierung – leidenschaftlich herbeisehnte. Das Exekutivkomitee der Moskauer Studentenorganisationen wies in seinem Bulletin vom 23. November mit Recht darauf hin, daß diese unvorbereitete Demonstration ein deutliches Anzeichen der Unzufriedenheit und des Protestes ist.

In Charkow wurde die Demonstration, die durch Studentenangelegenheiten hervorgerufen worden war, zu einem regelrechten Straßenkampf, an dem nicht nur Studenten teilnahmen. Die Erfahrung des vergangenen Jahres ist für die Studenten nicht ohne Nutzen gewesen. Sie haben erkannt, daß nur die Unterstützung durch das Volk und hauptsächlich die Unterstützung durch die Arbeiter ihnen den Erfolg sichern kann und daß sie, um diese Unterstützung zu erlangen, nicht nur für die akademische (studentische) Freiheit, sondern für die *Freiheit des ganzen Volkes*, für die *politische Freiheit* kämpfen müssen. Der Charkower Bundesrat der

Studentenorganisationen hat das in seinem Oktoberaufruf bereits offen zum Ausdruck gebracht. Aber auch die Studenten von Petersburg, Moskau, Kiew, Riga und Odessa haben — das geht aus ihren Flugblättern und Proklamationen hervor — die ganze „Sinnlosigkeit des Träumens" von akademischer Freiheit angesichts der finsteren Sklaverei des Volkes einzusehen begonnen. Die niederträchtige Rede des Generals Wannowski in Moskau, der die „Gerüchte" dementierte, daß er jemals irgend etwas versprochen habe; die unerhörte Frechheit eines Spitzels in Petersburg (der einen Studenten im Elektrotechnischen Institut arretierte, um ihm einen durch Boten zugestellten Brief abzunehmen); die barbarische Mißhandlung der Jaroslawler Studenten durch die Polizei auf der Straße und im Polizeirevier — all dies und tausend andere Tatsachen schrien nach Kampf, Kampf und nochmals Kampf gegen die gesamte autokratische Ordnung. Der Vorfall mit den Charkower Veterinären brachte den Becher der Geduld zum Überlaufen. Die Studenten des 1. Kursus hatten in einer Eingabe die Entlassung des Professors Lagermark gefordert und sich über dessen gleichgültiges Verhalten zur Arbeit und unerträgliche Grobheit beschwert, die so weit ging, daß er Studenten Programmhefte ins Gesicht warf! Ohne die Sache zu untersuchen, beantwortete die Regierung die Eingabe mit dem Hinauswurf des ganzen Kursus aus dem Institut und verleumdete zudem die Studenten, indem sie in ihrem Bericht erklärte, daß diese für sich das Recht verlangen, die Professoren zu ernennen. Da erhob sich die gesamte Charkower Studentenschaft; es wurde beschlossen, in den Streik zu treten und eine Demonstration zu veranstalten. Vom 28. November bis zum 2. Dezember wurde Charkow zum zweitenmal in diesem Jahre in ein Schlachtfeld der „inneren Türken" gegen das Volk verwandelt, das gegen die autokratische Willkür protestierte. Auf der einen Seite Rufe „Nieder mit der Selbstherrschaft! Es lebe die Freiheit!", — auf der anderen Säbelhiebe und Schläge mit der Nagaika, Niederreiten des Volkes. Polizei und Kosaken, die alle und jeden ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht erbarmungslos niederknüppelten, errangen einen Sieg über Wehrlose und triumphieren...

Werden wir sie wirklich triumphieren lassen?

Arbeiter! Ihr kennt nur zu gut die feindliche Macht, die das russische Volk verhöhnt. Diese feindliche Macht fesselt euch an Händen und Füßen in eurem täglichen Kampf gegen die Unternehmer, für ein besseres

Leben, für die Menschenwürde. Diese feindliche Macht reißt Hunderte und Tausende eurer besten Genossen aus euren Reihen, wirft sie ins Gefängnis, schickt sie in die Verbannung und erklärt sie auch noch, wie zum Hohn, für „Personen lasterhaften Lebenswandels". Diese feindliche Macht ließ am 7. Mai auf die Arbeiter der Obuchow-Werke in Petersburg schießen, die sich mit dem Rufe erhoben hatten: „Wir wollen Freiheit!", und inszenierte dann noch eine Gerichtskomödie, um die Helden, die die Kugel verschont hatte, ins Zuchthaus zu schicken. Diese feindliche Macht, die heute die Studenten niederknüppelt, wird sich morgen mit noch größerer Bestialität auf euch Arbeiter stürzen, um euch niederzuknüppeln. Verliert keine Zeit! Denkt daran, daß ihr jeden Protest und jeden Kampf gegen die Schergen der autokratischen Regierung unterstützen müßt! Setzt alle Mittel in Bewegung, um euch mit den demonstrierenden Studenten zu verständigen, organisiert Zirkel zur raschen Übermittlung von Nachrichten und zur Verbreitung von Aufrufen; klärt alle und jeden darüber auf, daß ihr euch zum Kampfe um die Freiheit des ganzen Volkes erhebt.

Wenn hier und dort kleine Flammen der Volksempörung und des offenen Kampfes aufflackern, dann bedarf es vor allem und hauptsächlich eines starken Zustroms frischer Luft, damit diese Flammen zu einer mächtigen Lohe werden können!

„Iskra" Nr. 13,
20. Dezember 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

ÜBER DEN BRIEF DER „ARBEITER AUS DEM SÜDEN"

Wir erhielten einen Brief von „Arbeitern aus dem Süden", die das Erstarken der revolutionären Richtung in der russischen Sozialdemokratie begrüßen und uns beauftragen, der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" ihre Grüße zu übermitteln. Leider gestattet es uns der Platzmangel nicht, diesen Brief ganz abzudrucken. Wir sind völlig einverstanden mit den Verfassern des Briefes, daß die „bei uns in Rußland übliche Methode, die revolutionären Ideen durch Proklamationen in die breite Masse zu tragen, nicht imstande ist, die Masse zu politischem Bewußtsein zu erziehen", daß es „notwendig ist, eine spezielle Literatur zur politischen Erziehung des russischen Proletariats zu schaffen". Aber der Vorschlag der Verfasser des Briefes, zu diesem Zweck populäre Broschüren im Umfang von 3—4 Seiten herauszugeben und sie „gleichzeitig in ganz Rußland" zu verbreiten, ist wohl kaum zweckmäßig. Wir sind der Meinung, daß das russische Proletariat auch bereits für jene Art Literatur völlig herangereift ist, deren sich alle übrigen Klassen bedienen, d. h. für eine Zeitung. Nur eine politische Zeitung kann die Massen wirklich zu politischem Bewußtsein erziehen und, um einen Ausdruck der Verfasser des Briefes zu gebrauchen, „unser gesamtes gesellschaftliches Leben, vom vierten Stand bis zur Großbourgeoisie", beleuchten. Nur eine gesamtrussische Zeitung kann, vorausgesetzt, daß sie von allen Komitees und örtlichen Zirkeln aktiv unterstützt wird, mehr oder weniger „gleichzeitig in ganz Rußland" verbreitet werden und so oft erscheinen, daß sie den Namen einer Zeitung verdient. Und nur die stabile Organisation eines solchen revolutionären Organs bedeutet den endgültigen Übergang unserer Bewegung „vom wirtschaftlichen Streikkampf zum breiten revolutionären Kampf gegen die russische autokratische Regierung".

„Iskra" Nr. 13, 20. Dezember 1901. *Nach dem Text der „Iskra".*

ANARCHISMUS UND SOZIALISMUS

Thesen:

1. Der Anarchismus hat in den 35—40 Jahren (Bakunin und die *Internationale* 1866—) seines Bestehens (seit Stirner aber sind es noch viel mehr Jahre) nichts gegeben außer allgemeinen Phrasen gegen die *Ausbeutung*.

Mehr als 2000 Jahre sind diese Phrasen im Schwange. Es fehlt (α) das Begreifen der *Ursachen* der Ausbeutung; (β) das Begreifen der gesellschaftlichen *Entwicklung*, die zum Sozialismus führt; (γ) das Begreifen des *Klassenkampfes* als schöpferische Kraft zur Verwirklichung des Sozialismus.

2. Das Begreifen der *Ursachen* der Ausbeutung. Das *Privat*eigentum als Grundlage der *Waren*wirtschaft. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Nil* beim Anarchismus.

Anarchismus ist umgestülpter bürgerlicher *Individualismus*. Der Individualismus als Grundlage der gesamten Weltanschauung des Anarchismus.

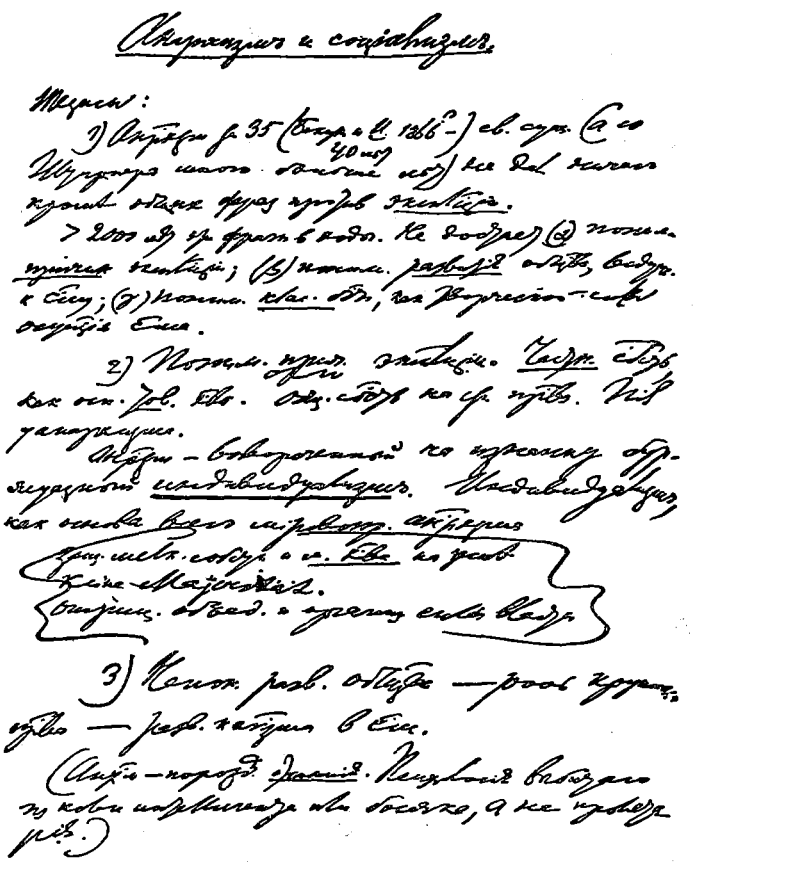
Verteidigung des Kleineigentums und des *Kleinbetriebs* auf dem Lande.
Keine Majorität.**
Verneinung der vereinigenden und organisierenden Kraft der Staatsmacht.

3. Nichtbegreifen der gesellschaftlichen Entwicklung — Rolle des Großbetriebs — Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus.

(Der Anarchismus ist ein Produkt der *Verzweiflung*. Die Mentalität des

* Nihil — nichts. *Die Red.*

** Gemeint ist, daß die Anarchisten die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit verwerfen. *Die Red.* „Keine Majorität" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Anarchismus und Sozialismus" — 1901

Verkleinert

aus dem Geleise geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariers, aber nicht des Proletariers.)

4. Nichtbegreifen des *Klassen*kampfes des Proletariats.

Unsinnige Negierung der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft.

Nichtbegreifen der Rolle der Organisation und der Erziehung der Arbeiter.

Panazeen aus einseitigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Mitteln.

5. In der neuesten Geschichte Europas, was gab da der Anarchismus, der früher einmal in den romanischen Ländern herrschte?

— Keinerlei Doktrin oder revolutionäre Lehre, keine Theorie.

— Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

— Völliges Fiasko bei Versuchen der revolutionären Bewegung (Proudhonismus 1871, Bakunismus 1873).

— Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die *bürgerliche* Politik, verhüllt als Negierung der Politik.

Geschrieben im Jahre 1901.

Zuerst veröffentlicht 1936 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 7.

Nach dem Manuskript.

ZUM STAATSHAUSHALT

Wie gewöhnlich haben unsere Zeitungen den alleruntertänigsten Bericht des Finanzministers zum Voranschlag der Staatseinnahmen und -ausgaben für das Jahr 1902 veröffentlicht. Wie gewöhnlich zeigt es sich, daß — so versichert der Minister — alles in bester Ordnung ist: „Die Finanzen sind in absolut günstigem Zustand", im Budget „ist das Gleichgewicht streng gewahrt", „das Eisenbahnwesen entwickelt sich weiterhin erfolgreich", und sogar „ein ständiges Wachsen des Volkswohlstandes ist zu verzeichnen"! Kein Wunder, daß man sich bei uns für Fragen des Staatshaushalts trotz ihrer großen Bedeutung so wenig interessiert: das Interesse ist durch die obligatorischen offiziellen Lobeshymnen abgestumpft, jeder weiß, daß Papier geduldig ist, daß es dem Publikum ohnehin verboten ist, hinter die Kulissen der offiziellen Finanz-Taschenspielerei zu blicken.

Diesmal jedoch springt folgender Umstand besonders in die Augen. Mit der üblichen Geschicklichkeit zeigt der Zauberkünstler dem Publikum die leeren Hände, schüttelt sie und weist eine goldene Münze nach der anderen vor. Das Publikum klatscht Beifall. Aber trotzdem beginnt der Zauberkünstler sich mit größtem Eifer zu verteidigen und versichert fast mit Tränen in den Augen, daß er nicht betrüge, daß kein Defizit vorhanden sei, daß seine Schulden geringer seien als sein Vermögen. Das russische Publikum ist, was gesittetes Benehmen in Amtsstellen anbelangt, so gut abgerichtet, daß es ihm als Außenstehendem peinlich wird, und nur wenige murmeln das französische Sprichwort vor sich hin: „Wer sich entschuldigt, klagt sich an."

Sehen wir zu, wie sich Herr Witte „entschuldigt". Die Riesenausgaben

von fast 2 Milliarden Rubel (1946 Mill.) sind nur dadurch voll gedeckt, daß 144 Millionen dem berühmten „frei verfügbaren Bestand" der Staatskasse entnommen wurden; dieser frei verfügbare Bestand aber wurde durch die vorjährige 4prozentige Anleihe in Höhe von 127 Mill. Rubel aufgefüllt (die gesamte Anleihe betrug 148 Mill. Rubel, wovon aber 21 Mill. noch ausstehen). Also ein Defizit, das durch die Anleihe gedeckt wurde? – Durchaus nicht, versichert uns der Zauberer, „die Emission der Anleihe war keineswegs durch die Notwendigkeit hervorgerufen, die in den Voranschlägen nicht vorhergesehenen Ausgaben zu decken", da ja nach deren Deckung 114 Mill. Rubel „völlig frei verfügbar" blieben, sondern durch den Wunsch, neue Eisenbahnlinien zu bauen. – Sehr gut, Herr Witte! Aber erstens widerlegen Sie damit nicht das Vorhandensein des Defizits, da ja selbst mit den „völlig frei verfügbaren" 114 Mill. Rubel nicht Ausgaben von 144 Mill. Rubel gedeckt werden können. Zweitens gehörten zu dem frei verfügbaren Bestand (von 114 Mill. Rubel) 63 Mill. Rubel, die sich im Jahre 1901 aus dem Überschuß der üblichen Einnahmen über den Voranschlag ergeben hatten, und unsere Presse weist seit langem darauf hin, daß Sie die Einnahmen im Voranschlag *künstlich niedriger ansetzen*, um den „frei verfügbaren Bestand" fiktiv aufzublähen und die Steuern dauernd erhöhen zu können. So wurden im vergangenen Jahr die Stempelgebühren erhöht (neue Stempelordnung), der Preis des Monopolschnapses wurde von 7 Rubel auf 7,60 Rubel pro Wedro* heraufgesetzt, die Erhöhung der Zollgebühren (1900 angeblich „vorübergehend" wegen des China-Kriegs vorgenommen) bleibt bestehen usw. Drittens verschweigen Sie bescheiden, wenn Sie der „kulturellen Rolle" der Eisenbahn eine Lobeshymne singen, die spezifisch russische und keineswegs von Kultur zeugende Gewohnheit, beim Bau von Eisenbahnen *die Staatskasse zu plündern* (ganz abgesehen von der schändlichen Ausbeutung der Arbeiter und der hungernden Bauern durch die Eisenbahn-Bauunternehmer!). Zum Beispiel berichtete eine russische Zeitung vor kurzem, daß die Kosten für den Bau der Sibirischen Eisenbahn zunächst auf 350 Mill. Rubel veranschlagt waren, in Wirklichkeit aber 780 Mill. Rubel verausgabt wurden und daß die Gesamtkosten vermutlich *eine Milliarde übersteigen* werden (welche Diebereien beim Bau der Sibirischen Bahn vor sich gingen, darüber hat die „Iskra" schon einiges mitgeteilt: siehe

* 1 Wedro = 12,3 Liter. *Der Übers.*

Nr. 2). Die Einnahmen rechnen Sie zwar richtig zusammen, Herr Witte, ohne etwas zu vergessen, aber wie wäre es, wenn Sie einmal versuchten, über die *wirkliche Höhe der Ausgaben* Rechenschaft zu geben!

Schließlich darf man auch nicht außer acht lassen, daß die Eisenbahnbauten im Jahre 1902 zum Teil durch die militärischen Ziele unserer „friedliebenden" Regierung verursacht wurden (so die riesige, mehr als tausend Werst lange Linie Bologoje—Sedlez), zum Teil durch die unbedingte Notwendigkeit, der daniederliegenden Industrie, an deren Geschäften die Staatsbank unmittelbar interessiert ist, irgendwie zu „helfen". Die Staatsbank hat nicht nur verschiedenen ins Wanken geratenen Unternehmungen freigebig Kredite zur Verfügung gestellt, sondern auch viele von ihnen faktisch ganz in eigene Verwaltung genommen. Der Bankrott industrieller Unternehmungen drohte zum Staatsbankrott zu führen! Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß unter der Leitung des „genialen" Witte eine ständige Erhöhung der Anleihesummen und des Steueraufkommens erfolgt, obgleich alle Kapitalien der Sparkassen restlos zur Stützung des staatlichen Kredits verwendet werden. Diese Kapitalien aber haben bereits 800 Millionen Rubel überstiegen. Man ziehe all das in Betracht, und man wird verstehen, daß Witte eine Raubwirtschaft treibt und daß die Selbstherrschaft langsam aber sicher dem Bankrott entgegengeht, denn man kann nicht ununterbrochen die Steuern erhöhen, und die französische Bourgeoisie wird dem russischen Zaren nicht ewig aus der Klemme helfen.

Gegen die Anklage, die Verschuldung des Staats vergrößert zu haben, verteidigt sich Witte mit Argumenten, über die man nur lachen kann. Er vergleicht die Schulden und das „Vermögen", stellt die Summen der Staatsanleihen in den Jahren 1892 und 1902 dem Werte der staatlichen Eisenbahnen in den gleichen Jahren gegenüber und leitet daraus eine Abnahme der „reinen" Verschuldung ab. Wir haben aber noch mehr Vermögen: „Festungen und Kriegsschiffe" (wahrhaftig, so steht es im Bericht!), Häfen und staatliche Betriebe, Pachtländereien und Wälder. — Ausgezeichnet, Herr Witte! Aber merken Sie denn nicht, daß Sie jenem Kaufmann gleichen, der wegen Bankrott bereits vor Gericht geladen ist und sich vor den Leuten zu verteidigen beginnt, die sein Vermögen pfänden wollen? Denn solange ein Unternehmen wirklich unerschütterlich fest ist, wird es niemand einfallen, eine besondere Garantie für die An-

leihen zu fordern. Es zweifelt ja niemand daran, daß das russische Volk ein großes „Vermögen" besitzt, aber je größer dieses Vermögen ist, um so schwerer ist die Schuld der Leute, die trotz des reichen Vermögens die Wirtschaft nur mit Hilfe immer höherer Anleihen und Steuern führen. Schließlich beweisen Sie nur, daß das Volk möglichst rasch die Räuber vertreiben sollte, die über sein Vermögen verfügen. In der Tat, auf spezielle Staatsvermögen als Garantie von Staatsanleihen verweisen, das hat bisher von allen europäischen Staaten einzig und allein die Türkei getan. Und das führte natürlich dazu, daß *von den ausländischen Kreditoren* die Verwendung des Vermögens, das die Rückerstattung der von ihnen geliehenen Gelder garantieren soll, *unter eigene Kontrolle genommen wurde.* Die Wirtschaft „des großen Russischen Reichs" unter der Kontrolle von Kommis der Rothschild und Bleichröder: welch glänzende Perspektive eröffnen Sie uns, Herr Witte!*

Wir sehen ganz davon ab, daß kein einziger Bankier Festungen und Kriegsschiffe als Pfand nehmen würde, daß sie nicht ein Plus, sondern ein Minus in unserer Volkswirtschaft sind. Aber auch die Eisenbahnen können nur dann als Garantie dienen, wenn sie Gewinn abwerfen. Aus demselben Bericht Wittes erfahren wir jedoch, daß bis in die letzte Zeit alle russischen Eisenbahnen nur Verluste gebracht haben. Erst 1900 konnte das Defizit der sibirischen Bahnen gedeckt werden, es wurde ein „geringer Reingewinn" erzielt, der jedoch so gering ist, daß Witte seine Höhe bescheiden verschweigt. Er verschweigt auch, daß in den ersten zwei Dritteln des Jahres 1901 die Einnahmen der Eisenbahnen im Europäischen Rußland infolge der Krise gesunken sind. Wie würde wohl die Bilanz unserer Eisenbahnen aussehen, wenn man nicht nur die offiziellen Zahlen der für den Bau ausgegebenen Gelder, sondern auch die wirklichen Summen der beim Bau gestohlenen Gelder zusammenrechnen wollte? Wäre es nicht wahr-

* Witte merkte selbst, wie ungeschickt seine Ausführungen über die „Vermögenswerte" waren, und ist deshalb in einem anderen Teil seines Berichts bemüht, sich zu „korrigieren", indem er erklärt, das Anwachsen des Wertes des Staatsvermögens sei „von keiner besonderen Bedeutung in bezug auf die Verpflichtungen der russischen Staatskasse, da der Kredit Rußlands keiner besonderen Garantien bedarf". Nun, natürlich! Aber die detaillierte Berechnung mit einer Aufzählung dieser besonderen Garantien ist trotzdem geblieben — für alle Fälle!

haftig an der Zeit, dieses wirklich wertvolle Vermögen in zuverlässigere Hände zu legen?

Von der Industriekrise spricht Witte selbstverständlich in höchst beruhigendem Tone: Die „kleine Stockung" „wird zweifellos die allgemeinen industriellen Erfolge nicht berühren, und nach Ablauf einiger Zeit wird wahrscheinlich (!!) eine neue Periode industrieller Belebung eintreten". Ein schöner Trost für die Millionen Arbeiter, die unter Arbeitslosigkeit und Herabsetzung der Löhne leiden! In der Aufzählung der staatlichen Ausgaben würde man vergeblich auch nur einen Hinweis darauf suchen, wieviel Millionen und aber Millionen der Staat für die direkte und indirekte Unterstützung der unter der Krise „leidenden" Industrieunternehmen aufgewendet hat. Daß man aber hierbei auch vor Riesensummen nicht zurückschreckte, geht aus der in den Zeitungen mitgeteilten Tatsache hervor, daß in der Zeit vom 1. Januar 1899 bis zum 1. Januar 1901 die Gesamthöhe der von der Staatsbank gewährten Kredite von 250 Mill. auf 449 Mill. Rubel gestiegen ist, während die Höhe der Industriekredite von 8,7 auf 38,8 Mill. Rubel stieg. Selbst der Verlust von 4 Mill. Rubel bei den Industriekrediten hat die Staatskasse nicht angefochten. Den Arbeitern aber, die auf dem Altar der „industriellen Erfolge" nicht den Inhalt ihres Geldbeutels opferten, sondern ihr eigenes Leben und das Leben der Millionen, die sie mit ihrem Verdienst unterhalten — den Arbeitern half der Staat dadurch, daß er sie zu Tausenden „unentgeltlich" aus den Industriestädten in die hungernden Dörfer auswies!

Das Wort „Hungersnot" vermeidet Witte gänzlich, er versichert in seinem Bericht, daß „die schweren Auswirkungen der Mißernte... durch großzügige Unterstützung der Bedürftigen gemildert werden". Diese großzügige Unterstützung beläuft sich, wie er selber angibt, auf 20 Mill. Rubel, während der Fehlertrag an Getreide auf 250 Mill. Rubel geschätzt wird (wenn man den sehr niedrigen Preis von 50 Kopeken pro Pud zugrunde legt, dafür aber mit den guten Erntejahren vergleicht). Ist dies nicht wirklich „großzügig"? Selbst wenn man annimmt, daß nur die Hälfte des Fehlertrags auf die Dorfarmut entfällt, so wird es sich trotzdem erweisen, daß wir den Geiz der russischen Regierung noch unterschätzten, als wir (aus Anlaß des Sipjaginschen Rundschreibens, siehe „Iskra" Nr. 9)* schrieben, daß die Regierung die Darlehen *auf ein Fünftel* kürzt. Freigebig ist der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 231—238. *Die Red.*

russische Zar nicht mit Hilfe für den Bauern, sondern mit polizeilichen Maßnahmen gegen jene, die den Hungernden wirklich helfen wollten. Freigebig ist er auch mit den Millionen, die hinausgeworfen werden, um ein möglichst fettes Stück von China zu ergattern. Im Verlauf von zwei Jahren kamen, wie Witte mitteilt, von den außerordentlichen Ausgaben 80 *Mill. Rubel* auf den China-Krieg, und *„außerdem* wurden für ihn sehr bedeutende Summen *aus dem ordentlichen Budget* verausgabt". Insgesamt also sind es wahrscheinlich an die *hundert Millionen Rubel*, wenn nicht mehr! Die brotlosen Arbeiter und die hungernden Bauern können sich damit trösten, daß dafür die Mandschurei sicherlich uns gehören wird...

Der Mangel an Raum zwingt uns, die übrigen Teile des Berichts nur kurz zu streifen. Witte verteidigt sich auch gegen die Beschuldigung, die Ausgaben für die Volksbildung zu karg bemessen zu haben: zu den im Voranschlag dieses Ministeriums angesetzten 36 Mill. Rubel fügt er noch die für Unterrichtszwecke bestimmten Ausgaben aller übrigen Ressorts hinzu und „treibt" so die Zahl auf 75 Mill. Rubel. Aber auch diese Zahl (von zweifelhafter Richtigkeit) ist für ganz Rußland außerordentlich klein und beträgt noch nicht einmal fünf Prozent des Gesamtbudgets. — Den Umstand, daß „unser Staatshaushalt hauptsächlich auf dem System der indirekten Steuern aufgebaut ist", hält Witte für einen Vorzug und wiederholt die abgedroschenen bürgerlichen Argumente von der Möglichkeit, „den Verbrauch an besteuerten Gegenständen dem Grade des Wohlstands anzupassen". In Wirklichkeit aber zeichnen sich bekanntlich die indirekten Steuern, die auf die Gegenstände des Massenbedarfs entfallen, durch größte Ungerechtigkeit aus. Sie lasten mit ihrer ganzen Schwere auf den Armen und schaffen für die Reichen ein Privileg. Je ärmer der Mensch, um so größer der Teil seines Einkommens, den er dem Staat in Gestalt der indirekten Steuern abgibt. Die wenig besitzende und besitzlose Masse macht $^{9}/_{10}$ der gesamten Bevölkerung aus, sie verbraucht $^{9}/_{10}$ aller besteuerten Erzeugnisse und zahlt $^{9}/_{10}$ der Gesamtsumme der indirekten Steuern; ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen beträgt aber nur etwa zwei bis drei Zehntel.

Zum Schluß noch eine interessante „Kleinigkeit". In welchen Positionen sind von 1901 bis 1902 die Ausgaben am meisten gestiegen? Die Gesamtsumme der Ausgaben stieg von 1788 Mill. Rubel auf 1946 Mill. Rubel, also um weniger als ein Zehntel. Dabei sind die Ausgaben *zweier* Posi-

tionen um *fast ein Viertel* gestiegen: „für den Unterhalt der Personen der kaiserlichen Familie" — von 9,8 Mill. Rubel auf 12,8 Mill. Rubel und... „für den Unterhalt des besonderen Gendarmeriekorps" von 3,96 Mill. Rubel auf 4,94 Mill. Rubel. Das ist die Antwort auf die Frage: Welche „Bedürfnisse des russischen Volkes" sind die dringendsten? Und welch rührende „Einigkeit" zwischen Zar und Gendarmen!

„Iskra" Nr. 15,
15. Januar 1902.

Nach dem Text der „Iskra".

POLITISCHE AGITATION UND „KLASSENSTANDPUNKT"

Beginnen wir mit einem Beispiel.

Die Leser erinnern sich wohl noch, welches Aufsehen das Referat von M. A. Stachowitsch, Adelsmarschall des Gouvernements Orjol, auf dem Missionarkongreß über die Notwendigkeit der gesetzlichen Anerkennung der *Gewissensfreiheit* hervorgerufen hat. Die konservative Presse, allen voran die „Moskowskije Wedomosti", speit Gift und Galle gegen Herrn Stachowitsch, sie weiß schon nicht mehr, wie sie ihn beschimpfen soll, und klagt den ganzen Orjoler Adel fast des Hochverrats an, weil er Herrn Stachowitsch wieder zum Adelsmarschall gewählt hat. Diese Wahl aber ist wirklich eine lehrreiche Erscheinung, die bis zu einem gewissen Grade den Charakter einer Demonstration des Adels gegen die Willkür und die Schändlichkeiten der Polizei annimmt.

Stachowitsch — so versichern die „Moskowskije Wedomosti" — „ist nicht so sehr Adelsmarschall als vielmehr Mischa Stachowitsch, der Bruder Lustig, der Salonlöwe, der geistreiche Plauderer..." (1901, Nr. 348). Um so schlimmer für euch, ihr Herren Verteidiger des Polizeiknüppels! Wenn sogar schon die lebenslustigen Gutsbesitzer von Gewissensfreiheit zu reden begonnen haben, so bedeutet das, daß die Gemeinheiten, die unsere Pfaffen im Verein mit unserer Polizei begehen, wirklich nicht mehr zu zählen sind. — „...Was hat die leichtfertige Menge unserer ‚Intelligenz', aus der die Herren Stachowitsch hervorgehen und die ihnen Beifall klatscht, zu schaffen mit unserem Heiligtum, der rechtgläubigen Religion, und unseren innigsten Beziehungen zu ihr?..." Wiederum: Um so schlimmer für euch, ihr Herren Verteidiger der Selbstherrschaft, der Rechtgläubigkeit, des Volkstums. Saubere Zustände müssen ja in unserem Polizei-

absolutismus herrschen, wenn er sogar die Religion so sehr mit dem Geist der Arrestantenzelle durchtränkt hat, daß die „Stachowitsch" (die keinerlei feste Überzeugung in religiösen Dingen haben, aber, wie wir weiter unten sehen werden, am festen Bestehen der Religion interessiert sind) von völliger Gleichgültigkeit (wenn nicht Haß) gegen dieses vielgerühmte „Volks"heiligtum durchdrungen werden! „...Sie nennen unseren Glauben Verirrung!! Sie verhöhnen uns, weil wir dank dieser ‚Verirrung' die Sünde fürchten und sie fliehen, weil wir ohne Murren unsere Pflichten erfüllen, so schwer sie auch sein mögen, weil wir Kraft und Mut finden, Leid und Entbehrungen zu ertragen, und im Erfolg und Glück keinen Stolz kennen..." Also das ist's! Das Heiligtum der rechtgläubigen Kirche ist darum so wertvoll, weil es lehrt, „ohne Murren" Leid zu ertragen! Fürwahr, ein vorteilhaftes Heiligtum für die herrschenden Klassen! Wenn die Gesellschaft so eingerichtet ist, daß eine verschwindende Minderheit Reichtum und Macht genießt, die Masse aber ständig „Entbehrungen" zu dulden und „schwere Pflichten" zu tragen hat, so ist die Sympathie der Ausbeuter für eine Religion, die die irdische Hölle um eines angeblichen himmlischen Paradieses willen „ohne Murren" ertragen lehrt, völlig verständlich. Im Eifer des Gefechts beginnen die „Moskowskije Wedomosti" sich zu verplappern. Und sie haben sich so sehr verplappert, daß sie *unversehens die Wahrheit gesagt haben.* Man höre weiter: „...Sie ahnen ja nicht, daß sie, die Herren Stachowitsch, eben dank dieser ‚Verirrung', gut essen und trinken, ruhig schlafen und lustig leben können."

Die reine Wahrheit! Eben deswegen, eben dank der ungeheuren Verbreitung religiöser „Verirrungen" in den Volksmassen, können sowohl die Stachowitsch wie die Oblomow und alle unsere Kapitalisten, die von der Arbeit dieser Massen leben, ja auch die „Moskowskije Wedomosti" selber „ruhig schlafen". Und je mehr sich die Aufklärung im Volke verbreitet, je mehr die religiösen Vorurteile durch das sozialistische Bewußtsein verdrängt werden, um so näher rückt der Tag des Sieges des Proletariats, der alle geknechteten Klassen aus ihrer Versklavung in der gegenwärtigen Gesellschaft erlöst.

Aber wenn die „Moskowskije Wedomosti" sich in einem Punkt verplappert haben, so haben sie sich in einer andern interessanten Frage die Sache zu leicht gemacht. Sie irren sich offensichtlich, wenn sie denken, daß die Stachowitsch von dieser Bedeutung der Religion „nichts ahnen" und

einfach aus „Leichtfertigkeit" liberale Reformen fordern. Eine feindliche politische Richtung so erklären ist doch allzu kindisch und naiv! Daß aber Herr Stachowitsch im vorliegenden Fall gerade der Herold der ganzen liberalen Richtung ist, das haben die „Moskowskije Wedomosti" selber am besten bewiesen: warum hätten sie sonst einen ganzen Feldzug gegen ein Referat eröffnet? Warum sprechen sie dann nicht von dem einen Stachowitsch, sondern von *den* Stachowitsch, von der „Menge der Intelligenz"?

Dieser Irrtum der „Moskowskije Wedomosti" ist natürlich ein Irrtum zu eigenem Nutz und Frommen. Wenn die „Moskowskije Wedomosti" an die Analyse des ihnen verhaßten Liberalismus nicht vom Klassenstandpunkt herangehen, so ist das selbstverständlich mehr ein Nichtwollen als ein Nichtkönnen. Über das Nichtwollen ist weiter kein Wort zu verlieren. Aber das Nichtkönnen hat für uns ein großes allgemeines Interesse, denn an diesem Übel leiden sehr viele Revolutionäre und Sozialisten. Daran leiden sowohl die Verfasser des Briefes in Nr. 12 der „Iskra", die uns beschuldigen, daß wir den „Klassenstandpunkt" aufgeben, weil wir uns in unserer Zeitung bemühen, alle Äußerungen der Unzufriedenheit und des Protestes der Liberalen aufzugreifen, als auch die Verfasser des „Proletarischen Kampfes"[83] und einiger Broschüren der „Sozialdemokratischen Bibliothek"[84], die sich einbilden, unsere Selbstherrschaft sei die absolutistische Herrschaft der Bourgeoisie; ferner die Martynow, die uns von der allseitigen Enthüllungskampagne (d. h. der allerbreitesten politischen Agitation) gegen die Selbstherrschaft abbringen und für den Kampf vorwiegend um ökonomische Reformen gewinnen wollen (der Arbeiterklasse „Positives" geben und in ihrem Namen „konkrete Forderungen" nach gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen erheben, die „gewisse greifbare Resultate verheißen"); und die Nadeshdin, die aus Anlaß unserer Korrespondenzen über die Konflikte der Statistiker verwundert fragen: „Herrgott, ist dieses Organ vielleicht für die Semstwoleute da?"

Alle diese Sozialisten vergessen, daß die Interessen der Selbstherrschaft nur unter bestimmten Umständen und nur mit gewissen Interessen der besitzenden Klassen zusammenfallen, und dazu häufig nicht mit den Interessen aller dieser Klassen überhaupt, sondern mit den Interessen einzelner ihrer Schichten. Die Interessen der anderen Schichten der Bourgeoisie sowie die in weiterem Sinn aufgefaßten Interessen der *gesamten* Bourgeoisie,

der gesamten Entwicklung des Kapitalismus überhaupt, erzeugen unvermeidlich eine liberale Opposition gegen die Selbstherrschaft. Wenn z. B. die Selbstherrschaft der Bourgeoisie die Möglichkeit sichert, die brutalsten Formen der Ausbeutung anzuwenden, so setzt sie doch anderseits einer umfassenden Entwicklung der Produktivkräfte und der Verbreitung von Bildung Tausende Hindernisse entgegen, wodurch sie nicht nur die Kleinbourgeoisie, sondern manchmal auch die Großbourgeoisie gegen sich aufbringt; wenn die Selbstherrschaft der Bourgeoisie Schutz gegen den Sozialismus garantiert (?), so verwandelt sich anderseits dieser Schutz angesichts der Rechtlosigkeit der Bevölkerung unvermeidlich in Polizeiwillkür, die alle und jeden empört. Was das Resultat dieser entgegengesetzten Tendenzen ist, welches Wechselverhältnis zwischen der konservativen und der liberalen Stimmung oder Richtung in der Bourgeoisie im gegebenen Zeitpunkt besteht — das kann man nicht aus ein paar allgemeinen Thesen schließen; das hängt von allen Eigentümlichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Lage im gegebenen Zeitpunkt ab. Um das zu bestimmen, muß man diese Lage genau kennen und alle Zusammenstöße zwischen der Regierung und ganz gleich welcher Gesellschaftsschicht aufmerksam verfolgen. Gerade wegen des „Klassenstandpunkts" ist es für einen Sozialdemokraten *unzulässig*, der Unzufriedenheit und den Protesten der „Stachowitsch" teilnahmslos gegenüberzustehen.

Die genannten Sozialisten aber beweisen sowohl durch ihre Reden wie durch ihr Handeln ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Liberalismus und zeigen dadurch, daß sie die wichtigsten Thesen des „Kommunistischen Manifestes", dieses „Evangeliums" der internationalen Sozialdemokratie, nicht verstanden haben. Man erinnere sich z. B. der Worte, daß die Bourgeoisie selbst das Material für die politische Erziehung des Proletariats liefert durch ihren Kampf um die Macht, durch die Kollisionen einzelner ihrer Schichten und Gruppen usw.[85] Nur in politisch freien Ländern fällt dem Proletariat dieses Material von selbst zu (und auch das nur zum Teil). Im versklavten Rußland dagegen müssen wir Sozialdemokraten an der Beschaffung dieses „Materials" für die Arbeiterklasse aktiv arbeiten, d. h., wir müssen die Aufgabe *auf uns nehmen*, eine allseitige politische Agitation, eine vom ganzen Volk ausgehende Enthüllungskampagne gegen die Selbstherrschaft zu führen. Und diese Aufgabe ist in Zeiten politischer Gärung besonders dringlich. Man darf nicht vergessen, daß das Proleta-

riat, was die revolutionäre Erziehung anbelangt, in einem Jahr politischer Belebung mehr lernen kann als in mehreren Jahren der Stille. Darum ist die Tendenz der genannten Sozialisten, Umfang und Inhalt der politischen Agitation bewußt oder unbewußt *einzuengen*, besonders schädlich.

Man erinnere sich ferner der Worte, daß die Kommunisten *jede* revolutionäre Bewegung gegen die bestehende Ordnung unterstützen. Diese Worte werden häufig zu eng aufgefaßt, werden nicht auf die Unterstützung der liberalen Opposition ausgedehnt. Man darf jedoch nicht vergessen, daß es Zeiten gibt, in denen jeder durch fortschrittliche gesellschaftliche Interessen hervorgerufene Zusammenstoß mit der Regierung, wie klein er an sich auch sein mag, unter gewissen Bedingungen (*und unsere Unterstützung ist eine dieser Bedingungen*) zu einem allgemeinen Brand auflodern kann. Es genügt, daran zu erinnern, zu welch großer öffentlicher Bewegung in Rußland der durch akademische Forderungen verursachte Zusammenstoß der Studenten mit der Regierung emporwuchs[86], oder in Frankreich der Zusammenstoß aller fortschrittlichen Elemente mit dem Militärklüngel aus Anlaß *eines*, durch Fälschungen entschiedenen Prozesses[87]. Darum ist es unsere direkte Pflicht, dem Proletariat jeden liberalen und demokratischen Protest zu erklären, ihn auszuweiten und durch aktive Teilnahme der Arbeiter zu unterstützen, mag er nun entstehen aus einem Zusammenstoß von Semstwoleuten mit dem Innenministerium, von Adligen mit dem Polizeiregime der orthodoxen Kirche, von Statistikern mit den Pompadours, von Bauern mit den Landeshauptleuten oder von Sektenangehörigen mit den Gendarmen usw. usw. Wer verächtlich die Nase rümpft, weil einige dieser Zusammenstöße zu winzig sind oder die Versuche, sie zu einem allgemeinen Brand zu entfachen, „hoffnungslos" erscheinen, der versteht nicht, daß die allseitige politische Agitation eben der Brennpunkt ist, in dem die lebenswichtigen Interessen der politischen Erziehung des Proletariats zusammentreffen mit den lebenswichtigen Interessen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und des gesamten Volkes, d. h. aller seiner demokratischen Elemente. Es ist unsere direkte Pflicht, uns in jede liberale Frage einzumischen, unsere, die sozialdemokratische Haltung zu ihr festzulegen und Maßnahmen zu treffen, damit das Proletariat an der Entscheidung dieser Frage aktiv teilnimmt und ihre Entscheidung in seinem Sinne erzwingt. Wer sich von solcher Einmischung fernhält, der streckt in Wirklichkeit (welches seine Absichten

auch sein mögen) die Waffen vor dem Liberalismus, überläßt ihm die politische Erziehung der Arbeiter und tritt die Hegemonie im politischen Kampf an solche Elemente ab, die letzten Endes Führer der bürgerlichen Demokratie sind.

Der Klassencharakter der sozialdemokratischen Bewegung darf nicht in der Beschränkung unserer Aufgaben auf die unmittelbaren und nächsten Erfordernisse einer „reinen Arbeiter"bewegung zum Ausdruck kommen, sondern muß sich in der Leitung aller Seiten und aller Erscheinungsformen des großen Befreiungskampfes des Proletariats, dieser einzigen wahrhaft revolutionären Klasse der modernen Gesellschaft, ausdrücken. Die Sozialdemokratie muß immer und unentwegt den Einfluß der Arbeiterbewegung auf alle Sphären des gesellschaftlichen und politischen Lebens der modernen Gesellschaft erweitern. Sie muß nicht nur den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter leiten, sondern auch den politischen Kampf des Proletariats, sie darf keine Minute unser Endziel aus dem Auge verlieren, muß stets die proletarische Ideologie, die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. den Marxismus, propagieren, ihn vor Entstellungen bewahren und weiterentwickeln. Wir müssen unermüdlich gegen jede bürgerliche Ideologie kämpfen, in welch modisches und glänzendes Gewand sie sich auch hüllen mag. Die oben von uns genannten Sozialisten weichen vom „Klassen"standpunkt auch dadurch und insoweit ab, als sie dem Kampf gegen die „Kritik des Marxismus" teilnahmslos gegenüberstehen. Nur Blinde sehen nicht, daß diese „Kritik" am raschesten in Rußland Wurzel gefaßt hat und mit dem größten Triumph von der russischen liberalen Publizistik aufgegriffen wurde, eben weil sie eines der Elemente der sich herausbildenden bürgerlichen (jetzt bereits bewußt bürgerlichen) Demokratie in Rußland ist.

Was nun den politischen Kampf im besonderen betrifft, so erfordert gerade der „Klassenstandpunkt", daß das Proletariat jede demokratische Bewegung *vorwärtstreibt*. Die Arbeiterdemokratie unterscheidet sich in ihren politischen Forderungen nicht grundsätzlich, sondern nur graduell von der bürgerlichen Demokratie. Im Kampf für die ökonomische Befreiung, für die sozialistische Revolution, steht das Proletariat auf einer prinzipiell anderen Basis und steht allein da (der Kleinproduzent wird ihm nur insoweit zu Hilfe kommen, als er in die Reihen des Proletariats übergeht oder sich überzugehen anschickt). Aber im Kampf um die poli-

tische Befreiung haben wir viele Verbündete, denen wir nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen. Doch während unsere Verbündeten aus der bürgerlichen Demokratie in ihrem Kampf für liberale Reformen stets rückwärts schauen und die Dinge so einzurichten bemüht sein werden, daß sie nach wie vor auf anderer Leute Kosten „gut essen und trinken, ruhig schlafen und lustig leben" können, wird das Proletariat, ohne zurückzuschauen, vorwärtsschreiten bis zum Ende. Während irgendwelche Herren R. N. S. (der Verfasser des Vorwortes zur Witteschen Denkschrift) mit der Regierung um die Rechte eines machtbefugten Semstwos oder um eine Konstitution feilschen, werden wir für die demokratische Republik kämpfen. Vergessen wir nur nicht, daß man, wenn man einen anderen vorwärtsstoßen will, die Hand stets auf dessen Schulter halten muß. Die Partei des Proletariats muß jeden Liberalen gerade in dem Augenblick zu fassen wissen, wenn er sich anschickt, einen Zollbreit vorzurücken, und muß ihn zwingen, einen ganzen Schritt vorwärts zu tun. Sträubt er sich — dann gehen wir vorwärts, ohne ihn und über ihn hinweg.

„Iskra" Nr. 16,
1. Februar 1902.

Nach dem Text der „Iskra".

ANTWORT AN DEN „LESER"

Wir erhielten folgenden Brief an die Redaktion:

„Was die Frage der Agitation angeht, so nimmt die ‚Iskra' (wenn ich nicht irre, in Nr. 13) gegen Agitationsflugschriften (kleine Broschüren von zwei, drei Seiten Umfang) über politische Themen Stellung. Eine solche Literatur kann nach Meinung der Redaktion erfolgreich durch Zeitungen ersetzt werden. Zeitungen sind natürlich eine gute Sache. Dagegen wird niemand etwas einzuwenden haben. Aber können sie jene Flugblätter ersetzen, deren spezielle Bestimmung die weite Verbreitung unter den Massen ist? Der Redaktion liegt bereits ein Brief aus Rußland vor, in dem eine Gruppe von Arbeiteragitatoren zu dieser Frage Stellung nimmt. Die Antwort der ‚Iskra' auf diesen Brief ist offenkundig ein Mißverständnis. Die Frage der Agitation ist jetzt ebenso wichtig wie die Frage der Demonstrationen. Deshalb wäre es wünschenswert, daß die Redaktion sie nochmals aufgreift und ihr diesmal mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Ein Leser"

Wer sich die Mühe macht, zusammen mit diesem Brief nochmals unsere Antwort an die „Arbeiter aus dem Süden" in Nr. 13 der „Iskra"* aufmerksam zu lesen, der wird sich leicht davon überzeugen, daß gerade der Verfasser des Briefes einem offenkundigen Mißverständnis unterlegen ist. Davon, daß die „Iskra" „gegen Agitationsflugschriften" auftritt, war gar keine Rede; „Flugblätter" durch die Zeitung zu „ersetzen" ist niemandem in den Sinn gekommen. Der Briefschreiber hat nicht bemerkt, daß Flugblätter — eben Proklamationen sind. Daß eine solche Art von Literatur wie die Proklamationen *durch nichts zu ersetzen ist* und jederzeit *unbedingt notwendig* sein wird — darin waren sich sowohl die „Arbeiter aus dem Süden" als auch die „Iskra" völlig einig. Aber sie waren sich auch darin einig, daß diese Art Literatur *nicht ausreicht*. Wenn wir von

* Siehe den vorliegenden Band, S. 333. *Die Red.*

guten Wohnungen für die Arbeiter sprechen und zugleich der Meinung beipflichten, daß ihnen gute Nahrung allein nicht genügt, so bedeutet das sicher nicht, daß wir „gegen" gute Nahrung sind. Es fragt sich, welche Art *Agitation*sliteratur nun höher zu stellen ist? Die „Arbeiter aus dem Süden", die diese Frage aufwarfen, haben die Zeitung *mit keinem Wort erwähnt*. Das konnte natürlich durch die örtlichen Verhältnisse bedingt sein, und, obwohl wir ganz und gar nicht daran dachten, mit unseren Korrespondenten zu „streiten", mußten wir sie selbstverständlich daran erinnern, daß sich auch das Proletariat seine eigene Zeitung schaffen muß, so wie es die anderen Klassen der Bevölkerung bereits getan haben; daß die zersplitterte Arbeit allein nicht genügt, daß vielmehr eine regelmäßige, aktive, gemeinsame Arbeit aller Gebiete an einem revolutionären Organ unumgänglich notwendig ist.

Was die „Broschüren im Umfang von 3—4 Seiten" betrifft, so haben wir auch „gegen" sie *in keiner Weise Stellung genommen*, sondern nur an der Zweckmäßigkeit des Plans gezweifelt, aus ihnen eine *regelmäßig* erscheinende Literatur zu entwickeln, die „gleichzeitig in ganz Rußland" verbreitet wird. Bei einem Umfang von 3—4 Seiten werden das im Grunde genommen auch nur Proklamationen sein. Wir haben aus allen Teilen Rußlands sehr viele gute und keineswegs schwerfällige Proklamationen, sowohl für Studenten als auch für Arbeiter, die sogar einem Umfang von 6—8 Seiten im Kleinformat gleichkommen. Aber eine wirklich *populäre* Broschüre, die auch einem völlig ungeschulten Arbeiter wenigstens irgendeine Einzelfrage *klarmachen* könnte, wird wahrscheinlich viel umfangreicher sein, und es wird weder möglich noch nötig sein (da sie nicht nur von zeitweiliger Bedeutung ist), sie „gleichzeitig in ganz Rußland" zu verbreiten. Obgleich wir alle und jegliche, alte wie neue Arten der politischen Literatur durchaus anerkennen, wenn es nur wirklich gute politische Literatur ist, möchten wir doch unserseits raten, nicht an der Erfindung eines Mitteldings zwischen Flugblatt und populärer Broschüre zu arbeiten, sondern an einem revolutionären Organ, das *tatsächlich* die Bezeichnung eines periodischen (d. h. nicht nur einmal monatlich, sondern mindestens zwei- bis viermal monatlich erscheinenden) und *gesamt*russischen Organs verdient.

„Iskra" Nr. 16, 1. Februar 1902. *Nach dem Text der „Iskra".*

WAS TUN?

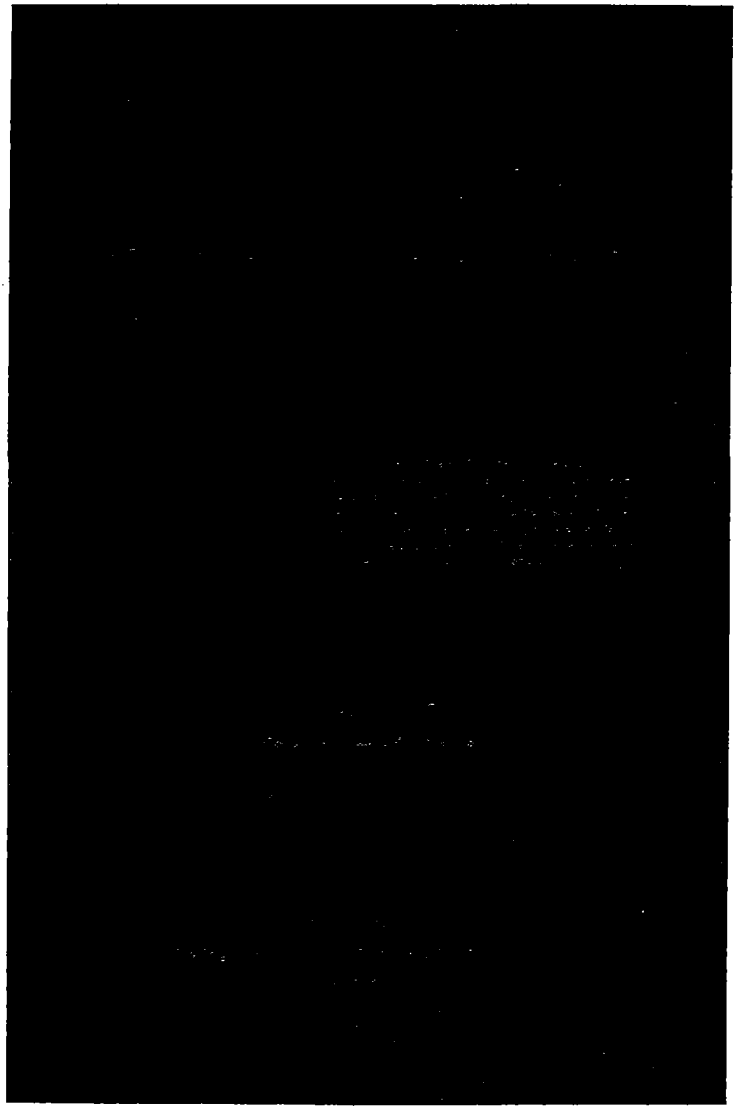
Brennende Fragen unserer Bewegung[88]

„Daß die Parteikämpfe gerade einer Partei Kraft und Leben geben, daß der größte Beweis der Schwäche einer Partei das Verschwimmen derselben und die Abstumpfung der markierten Differenzen ist, daß sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert, davon weiß und befürchtet die Behördenlogik wenig!"

(Aus einem Brief Lassalles an Marx vom 24. Juni 1852.)

Geschrieben Herbst 1901 bis Februar 1902.
Zuerst veröffentlicht als Einzelausgabe im März 1902.

Nach dem Text der Einzelausgabe, verglichen mit dem Sammelband: Wl. Iljin, „12 Jahre", 1907.



Umschlag des Buches W. I. Lenin „Was tun?"
1902

Verkleinert

VORWORT

Die vorliegende Broschüre sollte nach dem ursprünglichen Plan des Verfassers einer ausführlichen Entwicklung der Gedanken gewidmet sein, die im Artikel „Womit beginnen?" („Iskra" Nr. 4, Mai 1901)* enthalten sind. Und wir müssen den Leser vor allem um Entschuldigung bitten, daß das dort gegebene (und in Beantwortung vieler privater Anfragen und Briefe wiederholte) Versprechen so spät eingelöst wird. Eine der Ursachen dieser Verspätung war der im Juni vergangenen Jahres (1901) unternommene Versuch zur Vereinigung aller sozialdemokratischen Auslandsorganisationen. Es war ganz natürlich, das Ergebnis dieses Versuchs abzuwarten, denn wäre er gelungen, so hätte man vielleicht die organisatorischen Ansichten der „Iskra" von einem etwas andern Gesichtspunkt aus darlegen müssen, und ein solches Gelingen hätte jedenfalls dem Bestehen zweier Strömungen in der russischen Sozialdemokratie sehr rasch ein Ende bereiten können. Wie dem Leser bekannt, endete der Versuch mit einem Mißerfolg und konnte auch, wie wir weiter unten nachweisen wollen, nicht anders enden, nachdem das „Rabotscheje Delo" in Nr. 10 eine neue Schwenkung zum Ökonomismus gemacht hatte. Es erwies sich als unbedingt notwendig, gegen diese verschwommene und wenig bestimmte, dafür aber um so zähere Richtung, die die Fähigkeit besitzt, in verschiedenartigen Formen wiederaufzuerstehen, einen entschiedenen Kampf aufzunehmen. Dementsprechend ist der ursprüngliche Plan der Broschüre abgeändert und ganz beträchtlich erweitert worden.

Ihr Hauptthema sollten die drei Fragen sein, die im Artikel „Womit beginnen?" aufgeworfen worden sind. Und zwar: die Fragen nach dem

* Siehe den vorliegenden Band, S. 1—13. *Die Red.*

Charakter und dem Hauptinhalt unserer politischen Agitation, nach unseren organisatorischen Aufgaben, nach dem Plan für den gleichzeitig und von verschiedenen Seiten in Angriff zu nehmenden Aufbau einer kampffähigen gesamtrussischen Organisation. Bereits seit langem interessieren diese Fragen den Verfasser, der es schon einmal unternommen hatte, sie in der „Rabotschaja Gaseta"[89] bei einem mißlungenen Versuch zur Wiederherausgabe dieser Zeitung aufzuwerfen (siehe Kapitel V). Aber unsere ursprüngliche Absicht, uns in der Broschüre auf eine Analyse allein dieser drei Fragen zu beschränken und unsere Anschauungen nach Möglichkeit in positiver Form darzulegen, ohne oder fast ohne polemisch zu werden, erwies sich aus zwei Gründen als völlig undurchführbar. Einerseits stellte es sich heraus, daß der Ökonomismus viel zählebiger ist, als wir angenommen hatten (wir gebrauchen das Wort Ökonomismus im weiten Sinne, wie es in Nr. 12 der „Iskra" [Dezember 1901] im Artikel „Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus" erläutert worden ist, wo sozusagen ein Konspekt der dem Leser hier vorgelegten Broschüre entworfen wurde*). Es wurde klar, daß die verschiedenen Ansichten über die Lösung dieser drei Fragen in weitaus höherem Maße aus dem grundlegenden Gegensatz zwischen den beiden Richtungen in der russischen Sozialdemokratie zu erklären sind als aus Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen. Anderseits hat das Unverständnis, das die Ökonomisten angesichts der tatsächlichen Anwendung unserer Anschauungen in der „Iskra" an den Tag legen, klar gezeigt, daß wir oft buchstäblich verschiedene Sprachen sprechen, daß wir uns folglich *nicht* verständigen *können*, wenn wir nicht ab ovo** beginnen, und daß es notwendig ist, den Versuch zu machen, eine möglichst populäre, durch sehr zahlreiche und konkrete Beispiele erläuterte, *systematische „Auseinandersetzung"* mit *allen* Ökonomisten über *alle* prinzipiellen Punkte unserer Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Und so habe ich mich entschlossen, den Versuch einer solchen „Auseinandersetzung" zu unternehmen, wobei ich mir vollkommen bewußt war, daß dies den Umfang der Broschüre stark erweitern und ihr Erscheinen verzögern wird, doch sah ich zugleich keine *andere* Möglichkeit, mein im Artikel „Womit beginnen?" gegebenes Versprechen einzulösen. Der Entschuldigung wegen der Verspätung muß ich also noch die Entschuldigung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 319—327. *Die Red.*

** von Anfang an. *Die Red.*

wegen der riesigen Mängel in der literarischen Bearbeitung der Broschüre hinzufügen: ich mußte *in größter Hast* arbeiten und wurde überdies durch alle möglichen anderen Arbeiten aufgehalten.

Die Analyse der drei obengenannten Fragen stellt nach wie vor das Hauptthema der Broschüre dar, doch mußte ich mit zwei allgemeineren Fragen beginnen: Warum ist eine so „harmlose" und „natürliche" Losung wie „Freiheit der Kritik" für uns ein wahres Kampfsignal? Warum können wir uns nicht einmal über die Grundfrage, die Rolle der Sozialdemokratie hinsichtlich der spontanen Massenbewegung, verständigen? Ferner verwandelte sich die Darlegung der Auffassungen vom Charakter und Inhalt der politischen Agitation in eine Erläuterung des Unterschieds zwischen trade-unionistischer und sozialdemokratischer Politik und die Darlegung der Auffassungen von den organisatorischen Aufgaben in eine Erläuterung des Unterschieds zwischen der die Ökonomisten befriedigenden Handwerklerei und der, unseres Erachtens, notwendigen Organisation der Revolutionäre. Ferner bestehe ich um so mehr auf dem „Plan" einer gesamtrussischen politischen Zeitung, als die gegen diesen Plan erhobenen Einwände völlig unhaltbar waren und man mir auf die im Artikel „Womit beginnen?" gestellte Frage, wie wir den Aufbau der für uns notwendigen Organisation gleichzeitig von allen Seiten in Angriff nehmen könnten, Antworten gab, die am Wesen der Sache vorbeigehen. Endlich hoffe ich im Schlußteil der Broschüre nachzuweisen, daß wir alles, was von uns abhing, getan haben, um den entschiedenen Bruch mit den Ökonomisten zu vermeiden, der sich jedoch als unvermeidlich erwiesen hat; daß das „Rabotscheje Delo" eine besondere, wenn man will „historische", Bedeutung dadurch erlangt hat, daß es am vollkommensten, am prägnantesten nicht den konsequenten Ökonomismus, sondern jene Zerfahrenheit und jene Schwankungen zum Ausdruck gebracht hat, die zum Merkmal einer *ganzen Periode* in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie geworden sind; daß darum auch die auf den ersten Blick allzu eingehende Polemik gegen das „Rabotscheje Delo" Bedeutung gewinnt, denn wir können nicht vorwärtsschreiten, wenn wir diese Periode nicht endgültig liquidieren.

Februar 1902

N. Lenin

I

DOGMATISMUS UND „FREIHEIT DER KRITIK"

a) Was heißt „Freiheit der Kritik"?

„Freiheit der Kritik" ist heutzutage entschieden das modernste Schlagwort, das in den Diskussionen zwischen den Sozialisten und den Demokraten aller Länder am häufigsten gebraucht wird. Auf den ersten Blick kann man sich kaum etwas Seltsameres vorstellen als diese feierlichen Berufungen einer der streitenden Parteien auf die Freiheit der Kritik. Sind denn wirklich aus der Mitte der fortschrittlichen Parteien Stimmen gegen das verfassungsmäßige Gesetz der meisten europäischen Länder laut geworden, das die Freiheit der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Forschung garantiert? „Da stimmt etwas nicht!" — muß sich jeder Unbeteiligte sagen, der an allen Ecken und Enden das Modeschlagwort hört, aber in das Wesen der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitenden noch nicht eingedrungen ist. „Dieses Schlagwort gehört offenbar zu jenen konventionellen Wörtchen, die sich wie Spitznamen durch den Gebrauch einbürgern und fast zu Gattungsnamen werden."

In der Tat, es ist für niemand ein Geheimnis, daß in der heutigen internationalen* Sozialdemokratie zwei Richtungen entstanden sind, zwischen

* Beiläufig bemerkt: In der Geschichte des modernen Sozialismus ist es wohl eine einzig dastehende und in ihrer Art außerordentlich tröstliche Erscheinung, daß der Streit der verschiedenen Richtungen innerhalb des Sozialismus zum erstenmal aus einem nationalen zu einem internationalen geworden ist. In früheren Zeiten blieb der Streit zwischen den Lassalleanern und Eisenachern[90], zwischen den Guesdisten und Possibilisten[91], zwischen den Fabiern[92] und Sozialdemokraten, zwischen den Narodowolzen und den Sozialdemokraten auf rein nationalen Rahmen beschränkt, spiegelte rein nationale Besonderheiten wider, spielte sich sozusagen auf verschiedenen Ebenen ab. Heute (jetzt ist

denen der Kampf bald entbrennt und in hellen Flammen auflodert, bald erlischt und unter der Asche eindrucksvoller „Waffenstillstands-Resolutionen" weiterglimmt. Worin die „neue" Richtung besteht, die dem „alten, dogmatischen" Marxismus „kritisch" gegenübersteht, das hat mit genügender Klarheit Bernstein *gesagt* und Millerand *gezeigt*.

Die Sozialdemokratie soll aus einer Partei der sozialen Revolution zu einer demokratischen Partei der sozialen Reformen werden. Diese politische Forderung hat Bernstein mit einer ganzen Batterie ziemlich gut aufeinander abgestimmter „neuer" Argumente und Betrachtungen umgeben. Geleugnet wurde die Möglichkeit, den Sozialismus wissenschaftlich zu begründen und vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung seine Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit zu beweisen; geleugnet wurde die zunehmende Verelendung, die Proletarisierung und die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche; der Begriff *„Endziel"* selbst wurde für unhaltbar erklärt und die Idee der Diktatur des Proletariats völlig verworfen; geleugnet wurde der prinzipielle Gegensatz von Liberalismus und Sozialismus; geleugnet wurde die *Theorie des Klassenkampfes*, die auf eine streng demokratische, nach dem Willen der Mehrheit regierte Gesellschaft angeblich unanwendbar sei, usw.

Somit wurde die Forderung nach einer entschiedenen Schwenkung von der revolutionären Sozialdemokratie zum bürgerlichen Sozialreformismus von einer nicht minder entschiedenen Schwenkung zur bürgerlichen Kritik an allen Grundideen des Marxismus begleitet. Da aber diese Kritik am Marxismus schon seit langem sowohl von der politischen Tribüne wie vom Katheder der Universität, sowohl in einer Unmenge von Broschüren wie in einer Reihe gelehrter Abhandlungen betrieben wurde, da die ganze heranwachsende Jugend der gebildeten Klassen jahrzehntelang systematisch im Geiste dieser Kritik erzogen wurde, ist es nicht verwunderlich,

---

das bereits deutlich zu erkennen) bilden die englischen Fabier, die französischen Ministerialisten, die deutschen Bernsteinianer und die russischen Kritiker eine einzige Familie, sie alle loben einander, lernen voneinander und ziehen gemeinsam gegen den „dogmatischen" Marxismus zu Felde. Vielleicht wird die internationale revolutionäre Sozialdemokratie in diesem ersten wirklich internationalen Ringen mit dem sozialistischen Opportunismus genügend erstarken, um der schon seit langem in Europa herrschenden politischen Reaktion ein Ende zu bereiten?

daß die „neue kritische" Richtung in der Sozialdemokratie mit einem Schlag als etwas völlig Fertiges hervortrat, so wie Minerva dem Haupte Jupiters entstieg. Ihrem Inhalt nach brauchte sich diese Richtung nicht zu entwickeln und herauszubilden: sie wurde direkt aus der bürgerlichen Literatur in die sozialistische übertragen.

Weiter. Wenn die theoretische Kritik Bernsteins und seine politischen Aspirationen noch für irgend jemand unklar geblieben waren, so sorgten die Franzosen für eine anschauliche Demonstration der „neuen Methode". Frankreich erwies sich auch diesmal, getreu seinem alten Ruf, als „das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgefochten wurden" (Engels in der Vorrede zu Marx' Schrift „Der achtzehnte Brumaire"[93]). Die französischen Sozialisten theoretisierten nicht, sondern handelten einfach; die in demokratischer Hinsicht höher entwickelten politischen Verhältnisse Frankreichs gestatteten ihnen, sofort zum „praktischen Bernsteinianertum" mit allen seinen Konsequenzen überzugehen. Millerand hat ein ausgezeichnetes Beispiel dieses praktischen Bernsteinianertums geliefert — nicht umsonst waren sowohl Bernstein als auch Vollmar sofort dabei, Millerand so eifrig zu verteidigen und ihm Lob zu spenden! In der Tat: Wenn die Sozialdemokratie im Grunde genommen einfach eine Reformpartei ist und den Mut haben muß, dies offen zu bekennen, dann hat ein Sozialist nicht nur das Recht, sondern muß sogar stets danach streben, in ein bürgerliches Kabinett einzutreten. Wenn die Demokratie im Grunde genommen die Aufhebung der Klassenherrschaft bedeutet, warum sollte dann ein sozialistischer Minister nicht die ganze bürgerliche Welt mit Reden über Zusammenarbeit der Klassen entzücken? Warum sollte er nicht selbst dann noch in der Regierung bleiben, wenn die Niedermetzelung von Arbeitern durch Gendarmen zum hundertsten und tausendsten Male den wahren Charakter der demokratischen Klassenzusammenarbeit offenbart hat? Warum sollte er nicht persönlich an der Begrüßung des Zaren teilnehmen, den die französischen Sozialisten jetzt nur noch den Helden des Galgens, der Knute und der Verbannung (knouteur, pendeur et déportateur) nennen? Und als Entgelt für diese unsagbare Erniedrigung und Selbstbespeiung des Sozialismus vor der ganzen Welt, für die Korrumpierung des sozialistischen Bewußtseins der Arbeitermassen — das die einzige Grundlage ist, die uns den Sieg verbürgen kann —, als Entgelt dafür groß aufgemachte *Projekte*

armseliger Reformen, armseliger noch als das, was unter bürgerlichen Regierungen schon errungen werden konnte!

Wer nicht absichtlich die Augen verschließt, der muß sehen, daß die neue „kritische" Richtung im Sozialismus nichts anderes ist als eine neue Spielart des *Opportunismus*. Beurteilt man die Menschen nicht nach der glänzenden Uniform, die sie sich selber angelegt, nicht nach dem effektvollen Namen, den sie sich selber beigelegt haben, sondern danach, wie sie handeln und was sie in Wirklichkeit propagieren, so wird es klar, daß die „Freiheit der Kritik" die Freiheit der opportunistischen Richtung in der Sozialdemokratie ist, die Freiheit, die Sozialdemokratie in eine demokratische Reformpartei zu verwandeln, die Freiheit, bürgerliche Ideen und bürgerliche Elemente in den Sozialismus hineinzutragen.

Freiheit ist ein großes Wort, aber unter dem Banner der Freiheit der Industrie wurden die räuberischsten Kriege geführt, unter dem Banner der Freiheit der Arbeit wurden die Werktätigen ausgeplündert. Dieselbe innere Verlogenheit steckt im heutigen Gebrauch des Wortes „Freiheit der Kritik". Leute, die tatsächlich davon überzeugt sind, daß sie die Wissenschaft vorwärtsgebracht haben, würden nicht Freiheit für die neuen Auffassungen neben den alten fordern, sondern eine Ersetzung der alten durch die neuen. Das jetzt laut gewordene Geschrei „Es lebe die Freiheit der Kritik!" erinnert allzusehr an die Fabel vom leeren Faß.

Wir schreiten als eng geschlossenes Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und mühevollem Wege dahin. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast stets unter ihrem Feuer marschieren. Wir haben uns, nach frei gefaßtem Beschluß, eben zu dem Zweck zusammengetan, um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an dafür schalten, daß wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den Weg des Kampfes und nicht den der Versöhnung gewählt haben. Und nun beginnen einige von uns zu rufen: Gehen wir in diesen Sumpf! Will man ihnen ins Gewissen reden, so erwidern sie: Was seid ihr doch für rückständige Leute! und ihr schämt euch nicht, uns das freie Recht abzusprechen, euch auf einen besseren Weg zu rufen! — O ja, meine Herren, ihr habt die Freiheit, nicht nur zu rufen, sondern auch zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir sind sogar der Meinung, daß euer wahrer Platz gerade im Sumpf ist, und wir sind bereit, euch nach

Kräften bei *eurer* Übersiedlung dorthin zu helfen. Aber laßt unsere Hände los, klammert euch nicht an uns und besudelt nicht das große Wort Freiheit, denn wir haben ja ebenfalls die „Freiheit", zu gehen, wohin wir wollen, die Freiheit, nicht nur gegen den Sumpf zu kämpfen, sondern auch gegen diejenigen, die sich dem Sumpfe zuwenden!

b) Die neuen Verteidiger der „Freiheit der Kritik"

Eben diese Losung („Freiheit der Kritik") wird in letzter Zeit vom „Rabotscheje Delo" (Nr. 10), dem Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten", feierlich verkündet, und zwar nicht als theoretisches Postulat, sondern als politische Forderung, als Antwort auf die Frage: „Ist die Vereinigung der im Ausland wirkenden sozialdemokratischen Organisationen möglich?" — „Für eine dauerhafte Vereinigung ist Freiheit der Kritik notwendig" (S. 36).

Aus dieser Erklärung ergeben sich zwei ganz bestimmte Schlußfolgerungen: 1. Das „Rabotscheje Delo" verteidigt die opportunistische Richtung in der internationalen Sozialdemokratie überhaupt; 2. das „Rabotscheje Delo" fordert die Freiheit des Opportunismus in der russischen Sozialdemokratie. Prüfen wir diese Schlußfolgerungen.

Dem „Rabotscheje Delo" mißfällt „insbesondere" „die Neigung der ‚Iskra' und der ‚Sarja', einen Bruch zwischen dem *Berg* und der *Gironde* in der internationalen Sozialdemokratie zu prophezeien".*

„Überhaupt scheint uns", schreibt B. Kritschewski, der Redakteur des „Rabotscheje Delo", „das Gerede vom *Berg* und von der *Gironde* in den Reihen der

* Der Vergleich der beiden Strömungen im revolutionären Proletariat (der revolutionären und der opportunistischen) mit den beiden Strömungen in der revolutionären Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts (der jakobinischen, dem „Berg", und der girondistischen) ist im Leitartikel der „Iskra" Nr. 2 (Februar 1901) angestellt worden. Der Verfasser dieses Artikels ist Plechanow. Bis zum heutigen Tage lieben es die Kadetten, die „Bessaglawzen"[94] und die Menschewiki, vom „Jakobinertum" in der russischen Sozialdemokratie zu sprechen. Aber daß Plechanow zum erstenmal diesen Begriff gegen den rechten Flügel der Sozialdemokratie gebraucht hat, das wird heute lieber verschwiegen oder... vergessen. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

Sozialdemokratie eine oberflächliche historische Analogie zu sein, die sich bei einem Marxisten sehr merkwürdig ausnimmt: der Berg und die Gironde repräsentierten nicht verschiedene Temperamente oder geistige Strömungen, wie es den ideologischen Geschichtsschreibern scheinen mag, sondern verschiedene Klassen oder Schichten — die mittlere Bourgeoisie auf der einen und das Kleinbürgertum mit dem Proletariat auf der andern Seite. In der modernen sozialistischen Bewegung gibt es aber keinen Konflikt der Klasseninteressen, sie steht restlos in *allen*" (hervorgehoben von B. Kr.) „ihren Spielarten, die ausgemachtesten Bernsteinianer mit inbegriffen, auf dem Boden der Klasseninteressen des Proletariats, seines Klassenkampfes für die politische und wirtschaftliche Befreiung." (S. 32/33.)

Eine kühne Behauptung! Hat B. Kritschewski nichts von der längst festgestellten Tatsache gehört, daß gerade die starke Beteiligung der *Schicht* der „Akademiker" an der sozialistischen Bewegung der letzten Jahre dem Bernsteinianertum eine so rasche Verbreitung gesichert hat? Und vor allem — worauf gründet unser Verfasser seine Meinung, daß auch „die ausgemachtesten Bernsteinianer" auf dem Boden des Klassenkampfes für die politische und wirtschaftliche Befreiung des Proletariats stehen? Das bleibt unbekannt. Diese entschiedene Verteidigung der ausgemachtesten Bernsteinianer wird durch kein einziges Argument, keine einzige Erwägung gestützt. Der Verfasser glaubt anscheinend, daß seine Behauptung keiner Beweise bedürfe, wenn er das wiederholt, was die ausgemachtesten Bernsteinianer von sich selber sagen. Aber kann man sich etwas „Oberflächlicheres" denken als dieses Urteil über eine ganze Richtung, das sich darauf gründet, was die Vertreter dieser Richtung von sich selber sagen? Kann man sich etwas Oberflächlicheres denken als die danach folgende „Moral" von den zwei verschiedenen und sogar diametral entgegengesetzten Typen oder Wegen der Parteientwicklung („Rabotscheje Delo", S. 34/35)? Die deutschen Sozialdemokraten, heißt es, erkennen die volle Freiheit der Kritik an, die Franzosen aber nicht, und gerade ihr Beispiel zeige die ganze „Schädlichkeit der Intoleranz".

Gerade das Beispiel B. Kritschewskis, antworten wir darauf, zeigt, daß sich manchmal Leute Marxisten nennen, die die Geschichte buchstäblich „nach Ilowaiski"[95] auffassen. Um die Einheitlichkeit der deutschen und die Zersplitterung der französischen sozialistischen Partei zu erklären, brauche man gar nicht die Besonderheiten der Geschichte des einen und

des anderen Landes zu erforschen, die Verhältnisse des militärischen Halbabsolutismus und des republikanischen Parlamentarismus einander gegenüberzustellen, die Folgen der Kommune und des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten zu analysieren, das wirtschaftliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung zu vergleichen, sich vor Augen zu halten, wie „das beispiellose Anwachsen der deutschen Sozialdemokratie" begleitet war von einer in der Geschichte des Sozialismus einzig dastehenden Energie im Kampf nicht nur gegen die theoretischen Verirrungen (Mülberger, Dühring*, die Kathedersozialisten[96]), sondern auch gegen die taktischen (Lassalle) usw. usf. All das sei überflüssig! Die Franzosen zanken sich, weil sie intolerant, die Deutschen sind einig, weil sie artige Knaben sind.

Man beachte, daß mit Hilfe dieses beispiellosen Tiefsinns eine Tatsache „bestritten" wird, die die Verteidigung der Bernsteinianer völlig zunichte macht. Ob sie auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes *stehen* — diese Frage kann endgültig und unwiderruflich nur durch die historische Erfahrung entschieden werden. Folglich hat in dieser Beziehung gerade das Beispiel Frankreichs die größte Bedeutung, da Frankreich das einzige Land ist, in dem die Bernsteinianer — unter stürmischem Beifall ihrer deutschen Kollegen (und zum Teil auch der russischen Opportunisten: vgl. „Rabotscheje Delo" Nr. 2/3, S. 83/84) — den Versuch gemacht haben, sich auf eigene Füße zu *stellen*. Die Berufung auf die „Intoleranz" der

---

* Als Engels gegen Dühring vom Leder zog, da neigten ziemlich viele Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zu den Ansichten Dührings, und Engels wurde sogar öffentlich, auf dem Parteitag, mit Vorwürfen überschüttet, zu scharf, zu intolerant, zu unkameradschaftlich in der Polemik vorgegangen zu sein usw. Most und Genossen beantragten (auf dem Parteitag von 1877), die Veröffentlichung der Engelsschen Artikel im „Vorwärts" einzustellen, da sie „für die weitaus größte Mehrheit der Leser... völlig ohne Interesse... sind". Vahlteich erklärte, daß die Aufnahme dieser Artikel der Partei großen Schaden bringe, daß auch Dühring der Sozialdemokratie viel genützt habe: „Wir haben alle im Interesse der Partei zu benützen, aber wenn sich die Professoren streiten, ist der ‚Vorwärts' nicht das Forum, vor dem dieser Streit ausgefochten werden darf" („Vorwärts" Nr. 65 vom 6. Juni 1877). Man sieht, auch das ist ein Beispiel, wie die „Freiheit der Kritik" verteidigt wird, und es würde nichts schaden, wenn unsere legalen Kritiker und illegalen Opportunisten, die sich so gern auf die Deutschen berufen, über dieses Beispiel nachdenken wollten!

Franzosen erweist sich — abgesehen von ihrer (im Nosdrjowschen* Sinne) „geschichtlichen" Bedeutung — einfach als Versuch, durch zornige Worte sehr unangenehme Tatsachen zu vertuschen.

Doch sind wir durchaus noch nicht gewillt, B. Kritschewski und den übrigen zahlreichen Verteidigern der „Freiheit der Kritik" die Deutschen zu schenken. Wenn die „ausgemachtesten Bernsteinianer" in den Reihen der deutschen Partei noch geduldet werden können, so nur insofern, als sie sich sowohl der Hannoverschen Resolution[97] *fügen*, die die „Zusatzanträge" Bernsteins entschieden verworfen hat, als auch der Lübecker Resolution[70], die (ungeachtet aller Diplomatie) eine direkte Warnung an Bernstein enthält. Man mag vom Standpunkt der Interessen der deutschen Partei darüber streiten, inwieweit diese Diplomatie angebracht war, ob in diesem Fall ein magerer Vergleich besser ist als ein tüchtiger Streit; mit einem Wort, man mag in der Beurteilung der Zweckmäßigkeit dieser oder jener *Art* der Ablehnung des Bernsteinianertums verschiedener Meinung sein, doch darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß die deutsche Partei das Bernsteinianertum zweimal *abgelehnt* hat. Darum heißt es absolut nicht begreifen, was vor aller Augen vor sich geht, wenn man glaubt, das Beispiel der Deutschen bestätige die These: „Die ausgemachtesten Bernsteinianer stehen auf dem Boden des Klassenkampfes des Proletariats für seine wirtschaftliche und politische Befreiung."**

* Nosdrjow — Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

** Es muß bemerkt werden, daß sich das „Rabotscheje Delo" in der Frage des Bernsteinianertums in der deutschen Partei stets auf die nackte Wiedergabe von Tatsachen beschränkt und jeder eigenen Beurteilung völlig „enthalten" hat. Siehe z. B. Nr. 2/3, S. 66: über den Stuttgarter Parteitag[98]; alle Meinungsverschiedenheiten werden auf die „Taktik" reduziert, und es wird lediglich festgestellt, daß die übergroße Mehrheit der alten revolutionären Taktik treu geblieben ist. Oder Nr. 4/5, S. 25ff.: eine einfache Wiedergabe der Reden auf dem Hannoverschen Parteitag mit Anführung der Resolution Bebels; die Darstellung und die Kritik der Ansichten Bernsteins werden wiederum (wie in Nr. 2/3) einem „besondern Artikel" vorbehalten. Kurios ist es, daß wir auf S. 33 der Nr. 4/5 lesen: „...die von Bebel dargelegten Ansichten haben die übergroße Mehrheit des Parteitages hinter sich", und etwas weiter unten: „...David verteidigte die Ansichten Bernsteins... Vor allem bemühte er sich nachzuweisen, daß... Bernstein und seine Freunde immerhin (sic!)

Nicht genug damit. Das „Rabotscheje Delo" tritt, wie wir bereits bemerkt haben, vor die *russische* Sozialdemokratie mit der Forderung nach „Freiheit der Kritik" und mit einer Verteidigung des Bernsteinianertums. Offenbar hat es sich davon überzeugen müssen, daß man unsere „Kritiker" und Bernsteinianer zu Unrecht gekränkt habe. Aber wen eigentlich? wer? wo? wann? worin bestand eigentlich diese Ungerechtigkeit? Darüber schweigt sich das „Rabotscheje Delo" aus, es erwähnt kein einziges Mal einen russischen Kritiker und Bernsteinianer! Es bleibt uns also nur eine von zwei möglichen Annahmen übrig. *Entweder* ist es niemand anders als das „Rabotscheje Delo" selbst, das zu Unrecht gekränkt worden ist (das wird dadurch bestätigt, daß in den beiden Artikeln der Nr. 10 nur von Kränkungen die Rede ist, die die „Sarja" und die „Iskra" dem „Rabotscheje Delo" zugefügt hätten). Wie soll man dann aber die merkwürdige Tatsache erklären, daß das „Rabotscheje Delo", das stets so hartnäckig in Abrede gestellt hat, mit dem Bernsteinianertum solidarisch zu sein, nichts zur eigenen Verteidigung vorzubringen vermochte, ohne für die „ausgemachtesten Bernsteinianer" und für die Freiheit der Kritik ein Wort einzulegen? *Oder* es sind irgendwelche dritte Personen zu Unrecht gekränkt worden. Welches können dann die Gründe sein, über sie zu schweigen?

So sehen wir, daß das „Rabotscheje Delo" dasselbe Versteckspiel fortsetzt, das es (wie wir weiter unten zeigen werden) getrieben hat, solange es besteht. Und ferner beachte man diese *erste* tatsächliche Anwendung der gepriesenen „Freiheit der Kritik". In Wirklichkeit reduzierte sich diese sofort nicht nur auf das Fehlen jeder Kritik, sondern auch auf das Fehlen jedes selbständigen Urteils überhaupt. Dasselbe „Rabotscheje Delo", das das russische Bernsteinianertum (nach dem treffenden Ausdruck Starowers[99]) wie eine heimliche Krankheit verschweigt, schlägt vor, zur Heilung dieser Krankheit das letzte deutsche Rezept gegen die deutsche Abart der Krankheit *ganz einfach abzuschreiben!* Anstatt Freiheit der Kritik sklavische... schlimmer: äffische Nachahmung! Der gleiche soziale und politische Inhalt des heutigen internationalen Opportunismus

auf dem Boden des Klassenkampfes stehen..." So schrieb man im Dezember 1899, im September 1901 aber scheint das „Rabotscheje Delo" nicht mehr zu glauben, daß Bebel recht hat, und wiederholt die Ansichten Davids als seine eigenen!

äußert sich in diesen oder jenen Abarten entsprechend den nationalen Besonderheiten. In dem einen Lande trat die Gruppe der Opportunisten seit jeher unter einer besonderen Flagge auf, in dem anderen vernachlässigten die Opportunisten die Theorie und betrieben praktisch die Politik der Radikalsozialisten, in dem dritten sind einige Mitglieder der revolutionären Partei ins Lager des Opportunismus übergelaufen und sind bestrebt, nicht in offenem Kampf um die Prinzipien und um eine neue Taktik ihre Ziele zu erreichen, sondern durch eine allmähliche, unmerkliche und, wenn man so sagen darf, straflose Demoralisierung ihrer Partei; in dem vierten wenden ebensolche Überläufer die gleichen Methoden im Halbdunkel der politischen Sklaverei und bei einer völlig originellen Wechselbeziehung von „legaler" und „illegaler" Tätigkeit an usw. Von Freiheit der Kritik und des Bernsteinianertums als Vorbedingung für die Vereinigung der *russischen* Sozialdemokraten reden zu wollen und dabei nicht zu analysieren, worin gerade das *russische* Bernsteinianertum zutage getreten ist und welche besonderen Früchte es gezeitigt hat, das heißt das Wort ergreifen, um nichts zu sagen.

Versuchen wir also selber, wenn auch nur in wenigen Worten, das zu sagen, was das „Rabotscheje Delo" nicht zu sagen wünschte (oder vielleicht nicht einmal zu begreifen vermochte).

c) *Die Kritik in Rußland*

Die wichtigste Besonderheit Rußlands in der Frage, die hier zu behandeln ist, besteht darin, daß schon der *eigentliche Beginn* der spontanen Arbeiterbewegung einerseits und der Wendung der fortgeschrittenen öffentlichen Meinung zum Marxismus anderseits gekennzeichnet war durch eine Vereinigung offenkundig heterogener Elemente unter gemeinsamer Flagge und zum Kampf gegen den gemeinsamen Gegner (die veraltete soziale und politische Weltanschauung). Wir sprechen vom Honigmond des „legalen Marxismus". Das war überhaupt eine außerordentlich originelle Erscheinung, die in den achtziger oder zu Beginn der neunziger Jahre niemand auch nur für möglich gehalten hätte. In einem absolutistischen Lande, wo die Presse völlig versklavt ist, in der Epoche einer wüsten politischen Reaktion, die die geringsten Anzeichen von politischer Unzufriedenheit

oder Protest verfolgt, bricht sich plötzlich in der *unter Zensur stehenden* Literatur die Theorie des revolutionären Marxismus Bahn, dargelegt in einer Äsopschen, aber für alle „Interessierten" verständlichen Sprache. Die Regierung war gewohnt, nur die Theorie des (revolutionären) Narodowolzentums als gefährlich anzusehen, ohne, wie üblich, ihre innere Evolution zu bemerken, und freute sich über *jede* gegen diese Theorie gerichtete Kritik. Bis die Regierung dahinter kam, bis die schwerfällige Armee der Zensoren und Gendarmen den neuen Feind ausfindig machte und über ihn herfiel, verging (mit unserem russischen Maß gemessen) recht viel Zeit. In dieser Zeit aber erschien ein marxistisches Buch nach dem andern, marxistische Zeitschriften und Zeitungen wurden gegründet, jeder wurde Marxist, den Marxisten wurde geschmeichelt, der Hof gemacht, die Verleger waren über den außergewöhnlich guten Absatz marxistischer Bücher entzückt. Es ist durchaus begreiflich, daß unter den Marxisten, die in diesem Taumel ihre ersten Schritte taten, mehr als ein „Schriftsteller überheblich wurde"[100]...

Heute kann von dieser Zeit ganz ruhig wie von etwas Vergangenem gesprochen werden. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die kurze Blüte des Marxismus an der Oberfläche unserer Literatur durch das Bündnis extrem-radikaler mit sehr gemäßigten Leuten hervorgerufen wurde. Im Grunde genommen waren die Letztgenannten bürgerliche Demokraten, und dieser Schluß (der durch ihre weitere „kritische" Entwicklung offenkundig bestätigt worden ist) drängte sich manch einem schon zu einer Zeit auf, als das „Bündnis" noch intakt war.*

Wenn dem aber so ist, fällt dann nicht die größte Verantwortung für die spätere „Verwirrung" gerade auf die revolutionären Sozialdemokraten, die dieses Bündnis mit den zukünftigen „Kritikern" eingingen? Diese Frage und die bejahende Antwort darauf bekommt man manchmal von Leuten zu hören, die die Sache allzu gradlinig betrachten. Doch haben diese Leute absolut unrecht. Nur wer zu sich selbst kein Vertrauen hat, kann sich vor vorübergehenden Bündnissen, und sei es auch mit unzuverlässigen Leuten, fürchten, und keine einzige politische Partei könnte ohne

* Hier ist der Artikel von K. Tulin gegen Struve gemeint (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 315—484, russ. *Die Red.*), der aus einem Referat entstand, das den Titel trug: „Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur". (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

solche Bündnisse existieren. Das Zusammengehen mit den legalen Marxisten war in seiner Art das erste wirklich politische Bündnis der russischen Sozialdemokratie. Dank diesem Bündnis ist ein erstaunlich rascher Sieg über die Volkstümlerrichtung und eine außerordentlich weite Verbreitung der Ideen des Marxismus (wenn auch in vulgarisierter Form) erzielt worden. Dabei war das Bündnis nicht ganz ohne „Bedingungen" abgeschlossen worden. Ein Beweis dafür ist der im Jahre 1895 von der Zensur verbrannte marxistische Sammelband „Materialien zur Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands"[101]. Wenn das literarische Übereinkommen mit den legalen Marxisten mit einem politischen Bündnis verglichen werden kann, so kann dieses Buch mit einem politischen Vertrag verglichen werden.

Der Bruch ist natürlich nicht dadurch hervorgerufen worden, daß sich die „Bundesgenossen" als bürgerliche Demokraten entpuppten. Im Gegenteil, die Repräsentanten dieser letzten Richtung sind die natürlichen und willkommenen Bundesgenossen der Sozialdemokratie, soweit es sich um die demokratischen Aufgaben der Sozialdemokratie handelt, die durch die gegenwärtige Lage Rußlands in den Vordergrund gerückt werden. Die notwendige Voraussetzung eines solchen Bündnisses ist aber, daß die Sozialisten die volle Möglichkeit haben, vor dem Proletariat den feindlichen Gegensatz seiner Interessen zu den Interessen der Bourgeoisie zu enthüllen. Das Bernsteinianertum aber und die „kritische" Richtung, zu der sich die Mehrheit der legalen Marxisten samt und sonders bekehrt hatte, machten diese Möglichkeit zunichte und demoralisierten das sozialistische Bewußtsein, indem sie den Marxismus vulgarisierten, die Theorie der Abstumpfung der sozialen Gegensätze predigten, die Idee der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats für ein Unding erklärten, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf auf engen Trade-Unionismus und „realistischen" Kampf um kleine, allmähliche Reformen beschränkten. Das war völlig gleichbedeutend mit der Haltung der bürgerlichen Demokratie, die das Recht des Sozialismus auf Selbständigkeit und folglich auch seine Existenzberechtigung verneint; das bedeutete in der Praxis das Bestreben, die aufkommende Arbeiterbewegung in ein Anhängsel der Liberalen zu verwandeln.

Natürlich war unter diesen Umständen der Bruch notwendig. Aber die „originelle" Besonderheit Rußlands kam darin zum Ausdruck, daß dieser

Bruch einfach die Entfernung der Sozialdemokraten aus der allen am besten zugänglichen und weitverbreiteten „legalen" Literatur bedeutete. In ihr setzten sich „ehemalige Marxisten" fest, die „im Zeichen der Kritik" auftraten und fast ein Monopol darauf erhielten, den Marxismus „herunterzureißen". Die Rufe „Gegen die Orthodoxie!" und „Es lebe die Freiheit der Kritik!" (die das „Rabotscheje Delo" jetzt wiederholt) wurden auf einmal Modewörter, und wie wenig selbst die Zensoren und Gendarmen dieser Mode widerstehen konnten, geht daraus hervor, daß das Buch des berühmten (herostratisch berühmten) Bernstein in *drei* russischen Ausgaben erschienen ist oder daß Subatow die Bücher Bernsteins, des Herrn Prokopowitsch u. a. empfohlen hat („Iskra" Nr. 10). Den Sozialdemokraten fiel nun die an sich schon schwierige und durch rein äußere Hindernisse noch unglaublich erschwerte Aufgabe zu, gegen die neue Richtung zu kämpfen. Diese Richtung aber beschränkte sich nicht auf das Gebiet der Literatur. Die Wendung zur „Kritik" traf sich hierbei mit der Neigung der sozialdemokratischen Praktiker zum „Ökonomismus".

Wie die Verbindung und die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der legalen Kritik und dem illegalen Ökonomismus entstanden und sich entwickelten, diese interessante Frage könnte Gegenstand eines besonderen Artikels sein. Uns genügt es hier, das unzweifelhafte Bestehen dieser Verbindung festzustellen. Das berüchtigte „Credo"* hat eben darum eine so verdiente Berühmtheit erlangt, weil es diese Verbindung offen formuliert und die politische Grundtendenz des „Ökonomismus" ausgeplaudert hat: die Arbeiter sollen den ökonomischen Kampf (genauer müßte man sagen: den trade-unionistischen Kampf, denn dieser umfaßt auch die spezifische Arbeiterpolitik) führen, die marxistische Intelligenz aber soll sich mit den Liberalen zum politischen „Kampf" verschmelzen. Die trade-unionistische Arbeit „im Volk" sollte die Verwirklichung der ersten, die legale Kritik die der zweiten Hälfte dieser Aufgabe sein. Diese Erklärung war eine so ausgezeichnete Waffe gegen den Ökonomismus, daß man, gäbe es nicht das „Credo", dieses hätte erfinden müssen.

Das „Credo" war nicht erfunden, aber es wurde ohne und vielleicht sogar gegen den Willen seiner Verfasser veröffentlicht. Wenigstens hat der Schreiber dieser Zeilen, der sich daran beteiligte, das neue „Pro-

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

gramm"* ans Tageslicht zu bringen, Vorwürfe und Klagen darüber hören müssen, daß man das von den Rednern entworfene Resümee ihrer Ansichten in Abschriften verbreitet, ihm das Etikett „Credo" angehängt und es sogar mitsamt dem Protest in der Presse veröffentlicht hat! Wir erwähnen diese Episode, denn sie deckt einen sehr interessanten Zug unseres Ökonomismus auf: die Angst vor der Publizität. Das ist eben ein Merkmal des Ökonomismus überhaupt, und nicht allein der Verfasser des „Credo": diese Angst zeigten sowohl die „Rabotschaja Mysl", die aufrichtigste und ehrlichste Anhängerin des Ökonomismus, als auch das „Rabotscheje Delo" (das sich über die Veröffentlichung der „ökonomistischen" Dokumente im „Vademecum"** empört) und das Kiewer Komitee, das vor zwei Jahren seine Einwilligung zur Veröffentlichung seiner „Profession de foi"*** samt einer dazu geschriebenen Widerlegung verweigerte†, und viele, viele einzelne Vertreter des Ökonomismus.

Diese Furcht vor Kritik, die die Anhänger der freien Kritik bekunden, kann nicht allein als List erklärt werden (obgleich es zweifellos dann und wann nicht ohne List abgeht: es wäre unvernünftig, die noch schwachen Keime einer neuen Richtung dem Ansturm der Gegner auszusetzen!). Nein, der größte Teil der Ökonomisten blickt mit ehrlichem Widerwillen (und dem Wesen des Ökonomismus nach müssen sie das tun) auf alle theoretischen Streitigkeiten, fraktionellen Meinungsverschiedenheiten, großen politischen Fragen, Pläne zur Organisierung der Revolutionäre

---

* Es handelt sich hier *um den Protest der 17* gegen das „Credo". Der Schreiber dieser Zeilen hat an der Abfassung dieses Protestes (Ende 1899)[102] teilgenommen. Der Protest ist zusammen mit dem „Credo" im Frühjahr 1900 im Ausland veröffentlicht worden (siehe Werke, Bd. 4, S. 159—175. *Die Red.*). Jetzt ist aus einem Artikel der Frau Kuskowa (ich glaube, im „*Byloje*"[103]) bereits bekannt geworden, daß sie die Verfasserin des „Credo" ist, aber unter den im Ausland lebenden „Ökonomisten" jener Zeit spielte Herr Prokopowitsch eine sehr hervorragende Rolle. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

** „Wegweiser".[104] *Die Red.*

*** Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung.[105] *Die Red.*

† Soweit uns bekannt, hat sich seitdem die Zusammensetzung des Kiewer Komitees verändert.

usw. „Man sollte das alles dem Ausland überlassen!" sagte einst ein ziemlich konsequenter Ökonomist zu mir, und er sprach damit eine sehr verbreitete (und wiederum rein trade-unionistische) Ansicht aus; unsere Sache ist die Arbeiterbewegung, sind die Arbeiterorganisationen hier, an dem Ort, wo wir leben, alles übrige sind Hirngespinste von Doktrinären, ist eine „Überschätzung der Ideologie", wie sich die Verfasser des Briefes in Nr. 12 der „Iskra" im Einklang mit Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" ausdrückten.

Nun fragt es sich: Worin mußte, angesichts dieser Besonderheiten der russischen „Kritik" und des russischen Bernsteinianertums, die Aufgabe derjenigen bestehen, die in der Tat und nicht nur in Worten Gegner des Opportunismus sein wollten? Erstens hätte man für die Wiederaufnahme der theoretischen Arbeit sorgen müssen, die mit der Epoche des legalen Marxismus kaum erst begonnen hatte und die jetzt wieder den illegalen Genossen zufiel; ohne eine solche Arbeit war eine erfolgreiche Entwicklung der Bewegung unmöglich. Zweitens hätte man den aktiven Kampf gegen die legale „Kritik" aufnehmen müssen, die eine tiefgreifende Demoralisierung in die Köpfe hineingetragen hatte. Drittens hätte man aktiv gegen die Zerfahrenheit und die Schwankungen in der praktischen Bewegung auftreten müssen, wobei alle Versuche, bewußt oder unbewußt unser Programm und unsere Taktik zu degradieren, entlarvt und widerlegt werden mußten.

Daß das „Rabotscheje Delo" weder das eine noch das andere oder das dritte getan hat, ist bekannt, und weiter unten werden wir diese bekannte Tatsache von den verschiedensten Seiten eingehend klarlegen müssen. Jetzt aber wollen wir nur zeigen, in welch schreiendem Widerspruch zu den Besonderheiten unserer russischen Kritik und des russischen Ökonomismus die Forderung nach „Freiheit der Kritik" steht. In der Tat, man sehe sich die Resolution im Wortlaut an, mit der der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" den Standpunkt des „Rabotscheje Delo" gebilligt hat:

„Im Interesse einer weiteren ideologischen Entwicklung der Sozialdemokratie betrachten wir die Freiheit der Kritik an der sozialdemokratischen Theorie in der Parteiliteratur als unbedingt notwendig, soweit die Kritik dem revolutionären und Klassencharakter dieser Theorie nicht zuwiderläuft." („Zwei Konferenzen", S. 10.)

Und die Motivierung: Die Resolution „stimmt in ihrem ersten Teil mit der Resolution des Lübecker Parteitages betreffs Bernstein überein..." In ihrer Einfalt merken die „Bundesgenossen" nicht, welch testimonium paupertatis (Armutszeugnis) sie sich mit diesem Kopieren ausstellen!... „aber... im zweiten Teil beschränkt sie die Freiheit der Kritik auf engere Grenzen, als es der Lübecker Parteitag getan hat".

Die Resolution des „Auslandsbundes" ist also gegen die russischen Bernsteinianer gerichtet? Sonst wäre es ein absoluter Nonsens, sich auf Lübeck zu berufen! Es ist aber nicht wahr, daß sie „die Freiheit der Kritik auf enge Grenzen beschränkt". Die Deutschen haben durch ihre Hannoversche Resolution *gerade diejenigen* Abänderungen, die Bernstein einbrachte, Punkt für Punkt abgelehnt, und in der Lübecker Resolution haben sie *Bernstein persönlich* verwarnt, indem sie in der Resolution seinen Namen nannten. Unsere „freien" Nachahmer hingegen erwähnen *mit keinem Wort auch nur eine einzige* Erscheinung der speziell russischen „Kritik" und des russischen Ökonomismus; bei diesem Verschweigen läßt der bloße Hinweis auf den revolutionären und Klassencharakter der Theorie weitaus mehr Spielraum für falsche Auslegungen, besonders wenn der „Auslandsbund" es ablehnt, den „sogenannten Ökonomismus" zum Opportunismus zu rechnen („Zwei Konferenzen", S. 8, Punkt I). Das aber nur nebenbei. Die Hauptsache jedoch ist, daß die Positionen der Opportunisten in ihrem Verhältnis zu den revolutionären Sozialdemokraten in Deutschland und in Rußland diametral entgegengesetzt sind. In Deutschland sind bekanntlich die revolutionären Sozialdemokraten für die Aufrechterhaltung dessen, was ist: für das alte Programm und für die Taktik, die alle kennen und die durch die Erfahrung vieler Jahrzehnte in allen Einzelheiten erhellt worden ist. Die „Kritiker" aber wollen Änderungen vornehmen, und da diese Kritiker nur eine verschwindende Minderheit sind und ihre revisionistischen Bestrebungen sehr schüchtern hervortreten, so kann man die Beweggründe verstehen, die die Mehrheit veranlassen, sich auf eine kühle Ablehnung der „Neuerungen" zu beschränken. Bei uns in Rußland hingegen sind es die Kritiker und Ökonomisten, die für die Aufrechterhaltung dessen eintreten, was ist: die „Kritiker" wollen, daß man sie auch weiterhin als Marxisten betrachte und ihnen die „Freiheit der Kritik" gewähre, von der sie in jeder Weise Gebrauch machten (denn irgendeine *Partei*bindung haben sie eigentlich nie an-

erkannt*; außerdem besaßen wir gar kein allgemein anerkanntes Parteiorgan, das die Freiheit der Kritik, sei es auch nur durch einen Ratschlag, hätte „beschränken" können); die Ökonomisten wollen, daß die Revolutionäre die „Vollberechtigung der Bewegung in der Gegenwart" anerkennen („Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 25), d. h. die „Legitimität" der Existenz dessen, was existiert; sie wollen, daß die „Ideologen" keinen Versuch unternehmen, die Bewegung von dem Weg „abzubringen", der „bestimmt wird durch die Wechselwirkung der materiellen Elemente und des materiellen Milieus" („Brief" in Nr. 12 der „Iskra"); daß man es als wünschenswert anerkenne, den Kampf zu führen, „der für die Arbeiter unter den gegebenen Bedingungen allein möglich ist", als möglich anerkannten sie aber den Kampf, „den sie in Wirklichkeit im gegebenen Moment führen" („Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'", S. 14). Wir revolutionären Sozialdemokraten dagegen sind nicht zufrieden mit einer solchen Anbetung der Spontaneität, d. h. dessen, was „im gegebenen Moment" da ist; wir verlangen die Änderung der in den letzten Jahren herrschenden Taktik, wir erklären: „Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen" (aus der Ankündigung über das Erscheinen der „Iskra")**. Mit einem Wort,

*Schon dieses Fehlen einer offenen Parteibindung und einer Parteitradition bildet einen so kardinalen Unterschied zwischen Rußland und Deutschland, daß jeder vernünftige Sozialist vor einer blinden Nachahmung gewarnt sein müßte. Hier aber ein Beispiel dafür, wie weit die „Freiheit der Kritik" in Rußland geht. Herr Bulgakow, ein russischer Kritiker, erteilt dem österreichischen Kritiker Hertz folgende Rüge: „Bei aller Unabhängigkeit seiner Schlußfolgerungen bleibt Hertz in diesem Punkte" (in der Genossenschaftsfrage) „offensichtlich doch zu sehr gebunden an die Meinungen seiner Partei, und er wagt es nicht, sich vom allgemeinen Prinzip loszusagen, obgleich er in Einzelheiten anderer Ansicht ist" („Kapitalismus und Landwirtschaft", Bd. II, S. 287). Der Untertan eines politisch versklavten Staates, in dem 999 von 1000 der Bevölkerung bis ins innerste Mark demoralisiert sind durch politische Knechtseligkeit und durch einen absoluten Mangel an Verständnis für Parteiehre und Parteibindung, rügt hochmütig den Bürger eines konstitutionellen Staates, weil dieser sich zu sehr „an die Meinungen der Partei gebunden" fühle! Unseren illegalen Organisationen bleibt scheinbar nichts anderes übrig, als sich an die Abfassung von Resolutionen über die Freiheit der Kritik zu machen...

** Siehe Werke, Bd. 4, S. 351/352. *Die Red.*

die Deutschen bleiben bei dem Vorhandenen und lehnen Änderungen ab; wir verlangen eine Änderung des Vorhandenen und lehnen die Anbetung dieses Vorhandenen und die Aussöhnung mit ihm ab.

Diesen „kleinen" Unterschied haben unsere „freien" Abschreiber der deutschen Resolutionen nicht bemerkt!

d) Engels über die Bedeutung des theoretischen Kampfes

„Dogmatismus, Doktrinarismus", „Verknöcherung der Partei als unvermeidliche Strafe für die gewaltsame Abschnürung des Denkens" — das seien die Feinde, gegen die die Verfechter der „Freiheit der Kritik" im „Rabotscheje Delo" so kühn zu Felde ziehen. Wir freuen uns sehr, daß diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird, und möchten nur noch vorschlagen, sie durch eine andere Frage zu ergänzen:

Und wer sind die Richter?

Zwei Ankündigungen literarischer Ausgaben liegen vor uns. Die eine ist das „Programm des periodisch erscheinenden Organs des Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten, ‚Rabotscheje Delo'" (Abdruck aus Nr. 1 des „Rabotscheje Delo"). Die andere ist die „Mitteilung der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' über die Wiederaufnahme ihrer Publikationstätigkeit". Beide sind vom Jahre 1899 datiert, als die „Krise des Marxismus" schon seit langem auf der Tagesordnung stand. Und was sehen wir? In der ersten Schrift würde man vergeblich nach einem Hinweis auf diese Erscheinung und eine bestimmte Darlegung der Position suchen, die das neue Organ in dieser Frage einzunehmen gedenkt. Über die theoretische Arbeit und ihre dringendsten Aufgaben in der gegebenen Zeit ist weder in diesem Programm noch in jenen Ergänzungen zu ihm, die die dritte Konferenz des „Auslandsbundes" im Jahre 1901 angenommen hat, auch nur ein Wort zu finden („Zwei Konferenzen", S. 15—18). In dieser ganzen Zeit ließ die Redaktion des „Rabotscheje Delo" die theoretischen Fragen unbeachtet, obwohl diese Fragen die Sozialdemokraten der ganzen Welt bewegten.

Die zweite Ankündigung weist dagegen vor allem auf das in den letzten Jahren wahrzunehmende Nachlassen des Interesses für die Theorie hin, sie verlangt dringend „aufmerksame Beachtung der theoretischen Seite der revolutionären Bewegung des Proletariats" und fordert zur „scho-

nungslosen Kritik an den Bernsteinschen und anderen antirevolutionären Tendenzen" in unserer Bewegung auf. Die erschienenen Nummern der „Sarja" zeigen, wie dieses Programm erfüllt worden ist.

Wir sehen also, daß mit den tönenden Phrasen gegen die Verknöcherung des Denkens usw. nur Sorglosigkeit und Hilflosigkeit in der Entwicklung des theoretischen Denkens bemäntelt werden. Das Beispiel der russischen Sozialdemokraten illustriert besonders anschaulich die allgemeine europäische Erscheinung (die auch von den deutschen Marxisten schon seit langem festgestellt worden ist), daß die vielgerühmte Freiheit der Kritik nicht das Ablösen einer Theorie durch eine andere bedeutet, sondern das Freisein von jeder geschlossenen und durchdachten Theorie, daß sie Eklektizismus und Prinzipienlosigkeit bedeutet. Wer den tatsächlichen Zustand unserer Bewegung einigermaßen kennt, der kann nicht umhin zu sehen, daß die weite Verbreitung des Marxismus von einem gewissen Absinken des theoretischen Niveaus begleitet war. Der Bewegung schlossen sich, angezogen von ihrer praktischen Bedeutung und ihren praktischen Erfolgen, viele Leute an, die sehr wenig oder gar keine theoretischen Kenntnisse hatten. Man kann danach beurteilen, welchen Mangel an Takt das „Rabotscheje Delo" zeigt, wenn es mit triumphierender Miene Marx' Ausspruch ins Treffen führt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme."[106] Diese Worte in einer Zeit der theoretischen Zerfahrenheit wiederholen ist dasselbe, als wolle man beim Anblick eines Leichenbegängnisses ausrufen: „Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!" Zudem sind die Worte von Marx seinem Brief über das Gothaer Programm entnommen, in dem er den bei der Formulierung der Prinzipien zugelassenen Eklektizismus *scharf verurteilt*: Wenn man sich schon vereinigen mußte, schrieb Marx an die Parteiführer, so hätte man einfach eine Übereinkunft abschließen sollen, um praktische Ziele der Bewegung zu befriedigen, sich aber auf keinen Prinzipienschacher einlassen, keine theoretischen „Zugeständnisse" machen dürfen. Das war Marx' Gedanke, bei uns aber finden sich Leute, die in seinem Namen die Bedeutung der Theorie herabzusetzen suchen!

Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.

Für die russische Sozialdemokratie aber wird die Bedeutung der Theorie noch durch drei Umstände erhöht, die man oft vergißt, nämlich: Erstens dadurch, daß sich unsere Partei eben erst herausbildet, erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet und die Auseinandersetzung mit den anderen Richtungen des revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Wege abzulenken drohen, noch lange nicht abgeschlossen hat. Im Gegenteil, gerade die allerletzte Zeit war durch eine Belebung der nichtsozialdemokratischen revolutionären Richtungen gekennzeichnet (wie das Axelrod den Ökonomisten seit langem prophezeit hatte). Unter solchen Umständen kann ein auf den ersten Blick „belangloser" Fehler die traurigsten Folgen haben, und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß oder überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener „Schattierung" kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre abhängen.

Zweitens ist die sozialdemokratische Bewegung ihrem ureigensten Wesen nach international. Das bedeutet nicht nur, daß wir den nationalen Chauvinismus zu bekämpfen haben. Das bedeutet auch, daß die in einem jungen Lande einsetzende Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie die Erfahrungen der anderen Länder verarbeitet. Für ein solches Verarbeiten aber genügt die einfache Kenntnis dieser Erfahrungen oder das einfache Abschreiben der jüngsten Resolutionen nicht. Dazu ist notwendig, daß man es versteht, diesen Erfahrungen kritisch gegenüberzutreten und sie selbständig zu überprüfen. Wer sich vergegenwärtigt, wie gewaltig die moderne Arbeiterbewegung gewachsen ist und sich verzweigt hat, der wird begreifen, welche Fülle an theoretischen Kräften und politischen (und auch revolutionären) Erfahrungen zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlich ist.

Drittens hat die russische Sozialdemokratie nationale Aufgaben, vor denen noch keine sozialistische Partei der Welt gestanden hat. Wir werden weiter unten auf die politischen und organisatorischen Pflichten zu sprechen kommen, die uns durch die Aufgabe, das ganze Volk vom Joch der Selbstherrschaft zu befreien, auferlegt werden. Jetzt möchten wir nur darauf hinweisen, daß *die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.* Um sich auch nur einigermaßen konkret vorzustellen, was das bedeutet, möge sich der

Leser an solche Vorläufer der russischen Sozialdemokratie erinnern wie Herzen, Belinski, Tschernyschewski und die glanzvolle Plejade der Revolutionäre der siebziger Jahre; möge er an die Weltbedeutung denken, die gegenwärtig die russische Literatur gewinnt, möge er... aber auch das genügt schon!

Wir wollen Engels' Bemerkungen über die Bedeutung der Theorie in der sozialdemokratischen Bewegung anführen, die aus dem Jahre 1874 stammen. Engels spricht *nicht von zwei* Formen des großen Kampfes der Sozialdemokratie (dem politischen und dem ökonomischen) — wie das bei uns üblich ist —, *sondern von drei, indem er neben diese auch den theoretischen Kampf stellt.* Die Worte, die er der praktisch und politisch erstarkten deutschen Arbeiterbewegung mit auf den Weg gibt, sind unter dem Gesichtspunkt der heutigen Probleme und Auseinandersetzungen so lehrreich, daß der Leser uns hoffentlich das lange Zitat aus der Vorbemerkung zur Broschüre „Der deutsche Bauernkrieg" * nicht verübeln wird, die seit langem eine der größten bibliographischen Seltenheiten geworden ist:

„Die deutschen Arbeiter haben vor denen des übrigen Europas zwei wesentliche Vorteile voraus. Erstens, daß sie dem theoretischsten Volk Europas angehören und daß sie sich den theoretischen Sinn bewahrt haben, der den sogenannten ‚Gebildeten' Deutschlands so gänzlich abhanden gekommen ist. Ohne Vorausgang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels, wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus — der einzige wissenschaftliche Sozialismus, der je existiert hat — nie zustande gekommen. Ohne theoretischen Sinn unter den Arbeitern wäre dieser wissenschaftliche Sozialismus nie so sehr in ihr Fleisch und Blut übergegangen, wie dies der Fall ist. Und welch ein unermeßlicher Vorzug dies ist, zeigt sich einerseits an der Gleichgültigkeit gegen alle Theorie, die eine der Hauptursachen ist, weshalb die englische Arbeiterbewegung, trotz aller ausgezeichneten Organisation der einzelnen Gewerke, so langsam vom Flecke kommt, und andererseits an dem Unfug und der Verwirrung, die der Proudhonismus in seiner ursprünglichen Gestalt bei Franzosen und Belgiern, in seiner durch Bakunin weiter karikierten Form bei Spaniern und Italienern angerichtet hat.

Der zweite Vorteil ist der, daß die Deutschen in der Arbeiterbewegung der Zeit nach ziemlich zuletzt gekommen sind. Wie der deutsche theore-

* Dritter Abdruck, Leipzig 1875, Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

tische Sozialismus nie vergessen wird, daß er auf den Schultern Saint-Simons, Fouriers und Owens steht, dreier Männer, die bei aller Phantasterei und bei allem Utopismus zu den bedeutendsten Köpfen aller Zeiten gehören und zahllose Dinge genial antizipierten, deren Richtigkeit wir jetzt wissenschaftlich nachweisen — so darf die deutsche praktische Arbeiterbewegung nie vergessen, daß sie auf den Schultern der englischen und französischen Bewegung sich entwickelt hat, ihre teuer erkauften Erfahrungen sich einfach zunutze machen, ihre damals meist unvermeidlichen Fehler jetzt vermeiden konnte. Ohne den Vorgang der englischen Trade-Unions und der französischen politischen Arbeiterkämpfe, ohne den riesenhaften Anstoß, den namentlich die Pariser Kommune gegeben, wo wären wir jetzt?

Man muß den deutschen Arbeitern nachsagen, daß sie die Vorteile ihrer Lage mit seltnem Verständnis ausgebeutet haben. Zum erstenmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin — nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) — im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.

Einerseits durch diese ihre vorteilhafte Stellung, andererseits durch die insularen Eigentümlichkeiten der englischen und die gewaltsame Niederhaltung der französischen Bewegung sind die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des proletarischen Kampfes gestellt worden. Wie lange die Ereignisse ihnen diesen Ehrenposten lassen werden, läßt sich nicht vorhersagen. Aber solange sie ihn einnehmen, werden sie ihn hoffentlich so ausfüllen, wie es sich gebührt. Dazu gehören verdoppelte Anstrengungen auf jedem Gebiet des Kampfes und der Agitation. Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will. Es wird darauf ankommen, die so gewonnene, immer mehr geklärte Einsicht unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten, die Organisation der Partei wie der Gewerksgenossenschaften immer fester zusammenzuschließen.

...Wenn die deutschen Arbeiter so vorangehen, so werden sie nicht gerade an der Spitze der Bewegung marschieren — es ist gar nicht im Interesse dieser Bewegung, daß die Arbeiter irgendeiner einzelnen Nation an ihrer Spitze marschieren —, aber doch einen ehrenvollen Platz in der Schlachtlinie einnehmen; und sie werden gerüstet dastehen, wenn entweder unerwartet schwere Prüfungen oder gewaltige Ereignisse von ihnen erhöhten Mut, erhöhte Entschlossenheit und Tatkraft erheischen."[107]

Engels' Worte haben sich als prophetisch erwiesen. Wenige Jahre später wurden die deutschen Arbeiter unerwartet von einer schweren Prüfung, dem Sozialistengesetz, betroffen. Die deutschen Arbeiter sind dieser Prüfung tatsächlich gerüstet entgegengetreten und haben es verstanden, aus ihr siegreich hervorzugehen.

Dem russischen Proletariat stehen noch unermeßlich härtere Prüfungen bevor, ihm steht der Kampf gegen ein Ungeheuer bevor, mit dem verglichen das Sozialistengesetz in einem konstitutionellen Lande als wahrer Zwerg erscheint. Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die *revolutionärste* von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen. Und wir haben das Recht anzunehmen, daß wir uns diesen Ehrennamen, den sich schon unsere Vorgänger, die Revolutionäre der siebziger Jahre, verdient haben, erwerben werden, wenn wir es verstehen, unsere tausendmal mehr in die Tiefe und in die Breite gehende Bewegung mit ebenso rückhaltloser Entschlossenheit und Tatkraft zu erfüllen.

II

SPONTANEITÄT DER MASSEN UND BEWUSSTHEIT DER SOZIALDEMOKRATIE

Wir sagten, daß unsere Bewegung, die viel breiter und tiefer ist als die der siebziger Jahre, mit der gleichen rückhaltlosen Entschlossenheit und Tatkraft wie damals erfüllt werden muß. Und wirklich, bisher scheint

niemand daran gezweifelt zu haben, daß die Stärke der heutigen Bewegung im Erwachen der Massen (und vor allem des Industrieproletariats) besteht, ihre Schwäche aber im Mangel an Bewußtheit und Initiative bei den revolutionären Führern.

In der allerletzten Zeit wurde jedoch eine sensationelle Entdeckung gemacht, die alle bisher herrschenden Ansichten in dieser Frage auf den Kopf zu stellen droht. Diese Entdeckung hat das „Rabotscheje Delo" gemacht, das in seiner Polemik gegen die „Iskra" und die „Sarja" sich nicht allein auf einzelne Einwände beschränkte, sondern den Versuch unternahm, die „allgemeine Meinungsverschiedenheit" auf eine tieferliegende Wurzel zurückzuführen, und zwar auf die „verschiedene Bewertung der *relativen* Bedeutung des spontanen und des bewußt ‚planmäßigen' Elements". Die Anklagethese des „Rabotscheje Delo" lautet: *„Unterschätzung des objektiven oder spontanen Elements der Entwicklung."** Darauf wollen wir erwidern: Hätte die Polemik der „Iskra" und der „Sarja" absolut kein anderes Resultat gezeitigt, als das „Rabotscheje Delo" zu bewegen, diese „allgemeine Meinungsverschiedenheit" zu entdecken, so würde uns schon allein dieses Resultat große Befriedigung gewähren: so vielbedeutend ist diese These, ein so grelles Licht wirft sie auf das ganze Wesen der heutigen theoretischen und politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Sozialdemokraten.

Das ist der Grund, warum die Frage, in welchem Verhältnis die Bewußtheit zur Spontaneität steht, von gewaltigem allgemeinem Interesse ist, und diese Frage müssen wir sehr eingehend behandeln.

a) Der Beginn des spontanen Aufschwungs

Wir haben im vorhergehenden Kapitel hervorgehoben, daß die gebildete russische Jugend um die Mitte der neunziger Jahre von einer *allgemeinen* Begeisterung für die Theorie des Marxismus erfaßt war. Einen ebenso allgemeinen Charakter hatten um ungefähr dieselbe Zeit, nach dem berühmten Petersburger Industriekrieg von 1896, die Arbeiterstreiks angenommen. Ihre Ausbreitung über ganz Rußland zeugte deutlich von

* „Rabotscheje Delo" Nr. 10, September 1901, S. 17 und 18. Hervorgehoben vom „Rabotscheje Delo".

der Tiefe der neu einsetzenden Volksbewegung, und wenn man schon vom „spontanen Element" reden will, so wird man natürlich vor allem gerade diese Streikbewegung als spontan kennzeichnen müssen. Aber es gibt Spontaneität und Spontaneität. Streiks gab es in Rußland auch in den siebziger und in den sechziger Jahren (ja sogar in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts), und sie waren begleitet von „spontaner" Maschinenstürmerei u. dgl. Verglichen mit diesen „Rebellionen" kann man die Streiks der neunziger Jahre sogar als „bewußt" bezeichnen — so bedeutend ist der Schritt vorwärts, den die Arbeiterbewegung in dieser Zeit getan hat. Dies zeigt uns, daß das „spontane Element" eigentlich nichts anderes darstellt als die *Keimform* der Bewußtheit. Auch die primitiven Rebellionen brachten schon ein gewisses Erwachen des Bewußtseins zum Ausdruck: die Arbeiter verloren den uralten Glauben an die Unerschütterlichkeit der sie unterdrückenden Ordnung, sie begannen die Notwendigkeit einer kollektiven Abwehr ... ich will nicht sagen zu verstehen, so doch zu empfinden, und brachen entschieden mit der sklavischen Unterwürfigkeit vor der Obrigkeit. Aber das war dennoch viel eher Ausdruck der Verzweiflung und Rache als *Kampf*. Die Streiks der neunziger Jahre zeigen schon viel mehr Symptome der Bewußtheit: es werden bestimmte Forderungen aufgestellt, es wird im voraus erwogen, welcher Zeitpunkt der beste ist, es werden bestimmte Fälle und Beispiele aus anderen Orten erörtert usw. Waren die Rebellionen lediglich eine Auflehnung unterdrückter Menschen, so stellten die systematischen Streiks bereits Keimformen des Klassenkampfes dar, aber eben nur Keimformen. An und für sich waren diese Streiks ein trade-unionistischer und noch kein sozialdemokratischer Kampf; sie kennzeichneten das Erwachen des Antagonismus zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, aber den Arbeitern fehlte — und mußte auch fehlen — die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System, das heißt, es fehlte ihnen das sozialdemokratische Bewußtsein. In diesem Sinne blieben die Streiks der neunziger Jahre, trotz ihres gewaltigen Fortschritts im Vergleich zu den „Rebellionen", eine rein spontane Bewegung.

Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein *gar nicht haben konnten*. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse

ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.* Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. Zu der Zeit, von der wir sprechen, d. h. um die Mitte der neunziger Jahre, war diese Lehre nicht nur das bereits völlig ausgereifte Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit", sondern sie hatte auch die Mehrheit der revolutionären Jugend in Rußland für sich gewonnen.

Es gab also sowohl ein spontanes Erwachen der Arbeitermassen, ein Erwachen zu bewußtem Leben und bewußtem Kampf, als auch eine mit der sozialdemokratischen Theorie gewappnete revolutionäre Jugend, die es stürmisch zu den Arbeitern hinzog. Dabei ist es besonders wichtig, die oft vergessene (und verhältnismäßig wenig bekannte) Tatsache festzuhalten, daß die *ersten* Sozialdemokraten dieser Periode, die sich *eifrig mit ökonomischer Agitation befaßten* (und in dieser Hinsicht den wirklich nützlichen Weisungen der damals erst als Manuskript vorliegenden Broschüre „Über Agitation" durchaus Rechnung trugen), keineswegs diese Agitation als ihre einzige Aufgabe betrachteten, sondern, im Gegenteil, *von Anfang an* auch die weitestgehenden geschichtlichen Aufgaben der russischen Sozialdemokratie überhaupt und im besonderen die Aufgabe, die Selbstherrschaft zu stürzen, in den Vordergrund stellten. So wurde

* Der Trade-Unionismus schließt keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede „Politik" aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse (aber nicht sozialdemokratische) politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt. Vom Unterschied zwischen trade-unionistischer und sozialdemokratischer Politik sprechen wir im nächsten Kapitel.

zum Beispiel von der Gruppe der Petersburger Sozialdemokraten, die den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" gründete, schon Ende 1895 die erste Nummer einer Zeitung mit dem Titel „Rabotscheje Delo" zusammengestellt. Die bereits druckreife Nummer wurde in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1895 während einer Haussuchung bei einem der Mitglieder der Gruppe, Anat. Alex. Wanejew*, von Gendarmen beschlagnahmt, und das „Rabotscheje Delo" erster Fassung sollte nie das Licht der Welt erblicken. Der Leitartikel dieses Blattes (den in dreißig Jahren vielleicht irgendeine „Russkaja Starina"[108] aus den Archiven des Polizeidepartements ausgraben wird) umriß die historischen Aufgaben der Arbeiterklasse in Rußland und stellte die Eroberung der politischen Freiheit an die Spitze dieser Aufgaben. Ferner standen in dieser Nummer ein Artikel, „Woran denken unsere Minister?"**, der sich mit der Zerschlagung der Komitees für Elementarbildung durch die Polizei befaßte, sowie eine Reihe von Zuschriften nicht allein aus Petersburg, sondern auch aus anderen Gegenden Rußlands (z. B. über das Blutbad unter den Arbeitern im Gouvernement Jaroslawl). Dieser, wenn wir nicht irren, „erste Versuch" der russischen Sozialdemokraten der neunziger Jahre war somit eine Zeitung, die keinen eng lokalen und noch weniger einen „ökonomischen" Charakter trug, sondern bestrebt war, die Streikkämpfe mit der revolutionären Bewegung gegen die Selbstherrschaft zu vereinigen und alle durch die Politik der reaktionären Dunkelmänner Unterdrückten für die Unterstützung der Sozialdemokratie zu gewinnen. Niemand, der den Zustand der Bewegung in jener Zeit auch nur einigermaßen kennt, wird daran zweifeln, daß eine solche Zeitung sowohl die ungeteilte Sympathie der Arbeiter der Hauptstadt und der revolutionären Intelligenz als auch weiteste Verbreitung gefunden hätte. Der Mißerfolg des Unternehmens bewies nur, daß die damaligen Sozialdemokraten nicht imstande waren, den dringenden Erfordernissen des Augenblicks gerecht zu werden, da es

* A. A. Wanejew starb im Jahre 1899 in Ostsibirien an der Schwindsucht, die er sich in der Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis geholt hatte. Wir hielten es deshalb für möglich, die hier angeführten Tatsachen zu veröffentlichen; für ihre Richtigkeit leisten wir Gewähr, denn sie stammen von Personen, die A. A. Wanejew unmittelbar gekannt und ihm sehr nahegestanden haben.

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 71—76, russ. *Die Red.*

ihnen an revolutionärer Erfahrung und praktischer Schulung gebrach. Das gleiche ist von dem „St. Peterburgski Rabotschi Listok“[109] und insbesondere von der „Rabotschaja Gaseta“ und dem „Manifest“ der im Frühjahr 1898 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu sagen. Selbstverständlich fällt es uns nicht ein, diese mangelnde Schulung den damaligen Führern zum Vorwurf zu machen. Um aber die Erfahrungen der Bewegung auszunutzen und aus diesen Erfahrungen praktische Lehren zu ziehen, muß man sich über die Ursachen und die Bedeutung dieses oder jenes Mangels volle Rechenschaft geben. Darum ist es außerordentlich wichtig, festzustellen, daß ein Teil (vielleicht sogar die Mehrheit) der in den Jahren 1895 bis 1898 wirkenden Sozialdemokraten schon damals, ganz zu Beginn der „spontanen“ Bewegung, es durchaus mit Recht für möglich hielt, ein Programm und eine Kampftaktik mit weitgesteckten Zielen zu vertreten.* Die mangelnde Schulung der meisten Revolutionäre konnte, da sie eine durchaus natürliche Erscheinung war, keine besonderen Befürchtungen erregen. Waren einmal die Aufgaben richtig gestellt, war die Tatkraft vorhanden, um die Versuche, diese Aufgaben zu erfüllen, zu wiederholen, so konnten vorübergehende Mißerfolge nur ein halbes Übel sein. Revolutionäre Erfahrung und organisatorische Geschicklichkeit sind Dinge, die man erwerben kann. Man muß nur den Willen haben, die erforderlichen Eigenschaften in sich

* „Zur Tätigkeit der Sozialdemokraten Ende der neunziger Jahre verhält sich die ‚Iskra‘ ablehnend und ignoriert, daß damals die Bedingungen für eine andere Arbeit als den Kampf für kleine Forderungen nicht gegeben waren“, erklären die Ökonomisten in ihrem „Brief an die russischen sozialdemokratischen Organe“ („Iskra“ Nr. 12). Die im Text angeführten Tatsachen beweisen, daß diese Behauptung, „es waren nicht die Bedingungen gegeben“, *im diametralen Gegensatz zur Wahrheit steht.* Nicht nur am Ende, sondern auch um die Mitte der neunziger Jahre waren durchaus alle Bedingungen für eine *andere* Tätigkeit, nicht nur für den Kampf um kleine Forderungen vorhanden, alle Bedingungen mit Ausnahme der ausreichenden Schulung der Führer. Aber anstatt nun offen einzugestehen, daß es uns, den Ideologen, den Führern, an Schulung mangelte, suchen die „Ökonomisten“ alles auf das „Fehlen der Bedingungen“ abzuwälzen, auf den Einfluß des materiellen Milieus, das den Weg bestimme, von dem kein Ideologe die Bewegung abbringen könne. Was ist das anderes als sklavische Kriecherei vor der Spontaneität? als ein Verliebtsein der „Ideologen“ in ihre Mängel?

zu entwickeln! Man muß die Fehler nur einsehen, diese Einsicht ist in revolutionären Dingen schon mehr als die halbe Besserung!

Aber das halbe Übel wurde zu einem ganzen, als diese Einsicht zu schwinden begann (bei den Mitgliedern der obengenannten Gruppen war sie sehr lebendig gewesen), als Leute — und sogar sozialdemokratische Organe — auftauchten, die bereit waren, aus der Not eine Tugend zu machen, die versuchten, ihre *sklavische Anbetung der Spontaneität* sogar *theoretisch* zu begründen. Es ist jetzt an der Zeit, das Fazit aus dem Wirken dieser Richtung zu ziehen, deren Inhalt sehr ungenau mit dem für sie zu engen Begriff „Ökonomismus" gekennzeichnet wird.

b) Die Anbetung der Spontaneität
Die „Rabotschaja Mysl"

Bevor wir zu den literarischen Äußerungen dieser Anbetung der Spontaneität übergehen, wollen wir folgende (uns von obengenannter Quelle mitgeteilte) charakteristische Tatsache feststellen, die ein gewisses Licht darauf wirft, wie unter den in Petersburg arbeitenden Genossen der Zwiespalt zwischen den beiden künftigen Richtungen der russischen Sozialdemokratie entstanden ist und sich entwickelt hat. Bevor A. A. Wanejew und einige seiner Genossen in die Verbannung geschickt wurden, hatten sie Anfang 1897 an einer privaten Versammlung[110] teilgenommen, in der die „alten" und die „jungen" Mitglieder des „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" zusammengekommen waren. Es wurde hauptsächlich über die Organisation und insbesondere über dasselbe „Statut einer Arbeiterkasse" gesprochen, das in seiner endgültigen Fassung in Nr. 9/10 des „Listok ‚Rabotnika'"[111] (S. 46) veröffentlicht worden ist. Zwischen den „Alten" (den „Dekabristen", wie sie damals im Scherz von den Petersburger Sozialdemokraten genannt wurden) und einigen „Jungen" (die später an der „Rabotschaja Mysl" eng mitarbeiteten) traten sofort scharfe Meinungsverschiedenheiten zutage, und es entbrannte eine heftige Polemik. Die „Jungen" verteidigten die Hauptgrundsätze des Statuts in der Form, in der es veröffentlicht wurde. Die „Alten" meinten, daß wir in erster Linie gar nicht das brauchten, sondern die Konsolidierung des „Kampfbundes" als Organisation der Revolutionäre, der die verschie-

denen Arbeiterkassen, die Propagandazirkel der studierenden Jugend u. dgl. untergeordnet sein müßten. Selbstverständlich waren die Streitenden weit entfernt von dem Gedanken, in diesem Streit den Beginn einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit zu sehen, sie betrachteten ihn, im Gegenteil, als etwas Vereinzeltes und Zufälliges. Aber diese Tatsache zeigt, daß auch in Rußland die Entstehung und Verbreitung des „Ökonomismus" durchaus nicht ohne Kampf gegen die „alten" Sozialdemokraten vor sich ging (das vergessen die heutigen Ökonomisten oft). Und wenn dieser Kampf zum größten Teil keine „dokumentarischen" Spuren hinterlassen hat, so liegt der Grund *einzig und allein* darin, daß die Teilnehmer der arbeitenden Zirkel unglaublich oft wechselten, daß keine Kontinuität zustande kam und darum auch die Meinungsverschiedenheiten in keinerlei Dokumenten festgehalten worden sind.

Die Gründung der „Rabotschaja Mysl" brachte den Ökonomismus ans Licht, aber das geschah auch nicht auf einmal. Man muß sich die Arbeitsbedingungen und die kurze Lebensdauer der meisten russischen Zirkel konkret vorstellen (konkret vorstellen kann sich dieses aber nur, wer es selbst miterlebt hat), um zu verstehen, von wieviel Zufälligkeiten der Erfolg oder Mißerfolg der neuen Richtung in den verschiedenen Städten abhing und wie lange weder die Anhänger noch die Gegner dieses „Neue" feststellen konnten, wie sie buchstäblich keine Möglichkeit hatten, festzustellen, ob es sich tatsächlich um eine besondere Richtung oder nur um den Ausdruck der mangelnden Schulung einzelner Personen handelte. Die ersten hektographierten Nummern der „Rabotschaja Mysl" zum Beispiel sind der übergroßen Mehrheit der Sozialdemokraten sogar gänzlich unbekannt geblieben, und wenn wir uns jetzt auf den Leitartikel ihrer ersten Nummer beziehen können, dann nur dank dem Umstand, daß er im Artikel von W. I-n[112] („Listok ‚Rabotnika'" Nr. 9/10, S. 47ff.) nachgedruckt worden ist, der es natürlich nicht verabsäumt hat, der neuen Zeitung, die sich von den oben von uns erwähnten Zeitungen und Zeitungsprojekten so scharf abhob, sehr eifrig — mehr eifrig als klug — Lob zu spenden*. Und es lohnt sich, bei diesem Leitartikel zu verweilen, so

* Übrigens ging dieses Lob der „Rabotschaja Mysl" im November 1898, als der Ökonomismus, besonders im Ausland, feste Gestalt angenommen hatte, von demselben W. I-n aus, der sehr bald einer der Redakteure des „Rabotscheje

prägnant ist in ihm der *ganze Geist* der „Rabotschaja Mysl" und des Ökonomismus überhaupt zum Ausdruck gebracht.

Im Leitartikel wird erklärt, daß es dem Arm mit dem blauen Ärmelaufschlag nicht gelingen wird, die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufzuhalten, und dann heißt es weiter: „...Eine solche Zählebigkeit verdankt die Arbeiterbewegung dem Umstand, daß der Arbeiter jetzt endlich selbst sein Schicksal in die Hand nimmt, nachdem er es den Händen der Führer entrissen hat", und diese Grundthese wird dann weiter ausführlich entwickelt. In Wirklichkeit sind die Führer (d. h. die Sozialdemokraten, die Organisatoren des „Kampfbundes") von der Polizei sozusagen den Händen der Arbeiter entrissen worden*, die Sache wird aber so dargestellt, als hätten die Arbeiter gegen diese Führer einen Kampf geführt und sich von deren Joch befreit! Anstatt vorwärts zu rufen, zur Festigung der revolutionären Organisation und zur Erweiterung der politischen Tätigkeit, begann man *zurück* zu rufen, zum ausschließlich trade-unionistischen Kampf. Es wurde verkündet, daß „die ökonomische Grundlage der Bewegung verdunkelt werde durch das Bestreben, stets an das politische Ideal zu denken", daß der Wahlspruch der Arbeiterbewegung „Kampf um die wirtschaftliche Lage" (!) oder, noch besser, „Die Arbeiter für die Arbeiter" sein müßte; es wurde verkündet, daß die Streikkassen „für die Bewegung wertvoller sind als hundert andere Organisationen" (man vergleiche diese Behauptung, die im Oktober 1897 aufgestellt wurde, mit dem Streit zwischen den „Dekabristen" und den Jungen zu Beginn des Jahres 1897) usw. Äußerungen von der Art, daß nicht die „Elite" der Arbeiter, sondern der „Durchschnitts"arbeiter, der Arbeiter aus der Masse, die Hauptsache sei, daß „die Politik immer gehorsam der Wirtschaft

---

Delo" wurde. Und das „Rabotscheje Delo" leugnete noch das Vorhandensein zweier Richtungen in der russischen Sozialdemokratie, wie es auch heute noch fortfährt, es zu leugnen!

* Daß dieser Vergleich zutreffend ist, geht aus folgender charakteristischen Tatsache hervor: Als sich nach der Verhaftung der „Dekabristen" unter den Arbeitern der Schlüsselburger Landstraße die Nachricht verbreitete, daß der Lockspitzel N. N. Michailow (ein Zahnarzt), der einer mit den „Dekabristen" in Verbindung stehenden Gruppe nahestand, bei der Verhaftung mitgewirkt hatte, da waren diese Arbeiter so empört, daß sie Michailow umbringen wollten.

folgt"* usw. usw., wurden Mode und übten einen unwiderstehlichen Einfluß auf die Masse der der Bewegung zuströmenden Jugend aus, die in den meisten Fällen den Marxismus nur aus den Bruchstücken seiner legalen Darstellung kannte.

Das bedeutete die vollständige Unterdrückung der Bewußtheit durch die Spontaneität—durch die Spontaneität derjenigen „Sozialdemokraten", die die „Ideen" des Herrn W. W. wiederholten, durch die Spontaneität derjenigen Arbeiter, die dem Argument erlagen, daß eine Kopeke Zulage pro Rubel für sie nützlicher und wertvoller sei als aller Sozialismus und alle Politik, denn sie müßten „den Kampf führen im Bewußtsein, daß sie nicht für irgendwelche zukünftigen Generationen kämpfen, sondern für sich und ihre Kinder" (Leitartikel in Nr. 1 der „Rabotschaja Mysl"). Solche Phrasen waren stets eine beliebte Waffe der westeuropäischen Bourgeois, die den Sozialismus hassen und selbst (wie der deutsche „Sozialpolitiker" Hirsch) bemüht waren, den englischen Trade-Unionismus auf den heimatlichen Boden zu verpflanzen, wobei sie den Arbeitern einzureden suchten, daß der nur-gewerkschaftliche Kampf** eben der Kampf für sie selbst und für ihre Kinder sei, und nicht ein Kampf für irgendwelche zukünftigen Generationen mit irgendeinem zukünftigen Sozialismus. Und nun begannen „die W. W.s der russischen Sozialdemokratie" diese bürgerlichen Phrasen zu wiederholen. Es ist wichtig, hier auf drei Umstände hinzuweisen, die uns bei der weiteren Analyse der *heutigen**** Meinungsverschiedenheiten sehr von Nutzen sein werden.

---

* Aus demselben Leitartikel der ersten Nummer der „Rabotschaja Mysl". Danach kann man urteilen, wie die theoretische Schulung dieser „W. W.s der russischen Sozialdemokratie"[113] aussah, die die grobe Vulgarisierung des „ökonomischen Materialismus" zu derselben Zeit wiederholten, als die Marxisten in der Literatur einen Krieg gegen den wirklichen Herrn W. W. führten, der schon seit langem wegen der *gleichen* Auffassung über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft den Spitznamen „Spezialist für reaktionäre Angelegenheiten" bekommen hatte!

** Die Deutschen haben sogar einen besonderen Ausdruck: „Nur-Gewerkschaftler" [bei Lenin deutsch. *Der Übers.*], mit dem die Anhänger des „nur-gewerkschaftlichen" Kampfes bezeichnet werden.

*** Wir unterstreichen das Wort *heutigen* im Hinblick auf diejenigen, die pharisäisch die Achseln zucken und sagen werden: Jetzt ist es leicht, an der

Erstens ist die Unterdrückung der Bewußtheit durch die Spontaneität, auf die wir hingewiesen haben, ebenfalls auf *spontanem Wege* vor sich gegangen. Das scheint ein Wortspiel zu sein, ist aber — leider! — bittere Wahrheit. Sie erfolgte nicht dadurch, daß zwei völlig entgegengesetzte Anschauungen offen miteinander kämpften und die eine über die andere siegte, sondern dadurch, daß eine immer größere Zahl der revolutionären „Alten" von den Gendarmen „herausgerissen" wurde und immer mehr die „jungen" „W. W.s der russischen Sozialdemokratie" auf den Plan traten. Jeder, der an der *heutigen* russischen Bewegung, ich will nicht sagen teilgenommen, aber doch wenigstens eine Vorstellung von ihr hat, weiß sehr wohl, daß es sich so und nicht anders verhält. Und wenn wir trotzdem besonders darauf bestehen, daß der Leser sich über diese allgemein bekannte Tatsache völlig klar wird, wenn wir sozusagen der Anschaulichkeit halber Material über das „Rabotscheje Delo" erster Fassung und über die Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Alten" und den „Jungen" zu Beginn des Jahres 1897 anführen, so tun wir es, weil die Leute, die mit ihrem „Demokratismus" protzen, darauf spekulieren, daß das breite Publikum (oder die blutjunge Generation) diese Tatsache nicht kennt. Wir werden weiter unten noch darauf zurückkommen.

Zweitens können wir schon bei der ersten literarischen Äußerung des Ökonomismus die höchst eigentümliche und für das Verständnis aller Meinungsverschiedenheiten unter den heutigen Sozialdemokraten äußerst charakteristische Erscheinung beobachten, daß die Anhänger der „reinen Arbeiterbewegung", die Anbeter der engsten und (nach einem Ausdruck des „Rabotscheje Delo") „organischsten" Verbindung mit dem proletarischen Kampf, die Gegner jeder nichtproletarischen Intelligenz (selbst wenn es sich um die sozialistische Intelligenz handelt) gezwungen sind, bei der Verteidigung ihrer Position zu den Argumenten der *bürgerlichen* „Nur-Gewerkschaftler" Zuflucht zu nehmen. Das zeigt uns, daß die „Rabotschaja Mysl" von Anfang an — ohne sich selber dessen bewußt zu sein — das Programm des „Credo" verwirklicht. Das beweist (was das

„Rabotschaja Mysl" kein gutes Haar zu lassen, aber das ist doch ein Archaismus! Mutato nomine de te fabula narratur [unter anderem Namen wird in der Fabel von dir erzählt. *Die Red.*], antworten wir solchen modernen Pharisäern, deren völlige Versklavung durch die Ideen der „Rabotschaja Mysl" weiter unten *nachgewiesen* wird.

„Rabotscheje Delo" durchaus nicht begreifen kann), daß *jede* Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des „bewußten Elements", der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich — *ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet.* Jeder, der von der „Überschätzung der Ideologie"*, von der Übertreibung der Rolle des bewußten Elements** u. dgl. m. spricht, glaubt, die reine Arbeiterbewegung könne und werde sich von selbst eine selbständige Ideologie schaffen, wenn nur die Arbeiter „ihr Schicksal den Händen der Führer entreißen". Aber das ist ein schwerer Fehler. In Ergänzung zu dem oben Gesagten wollen wir noch folgende, sehr treffende und wertvolle Worte K. Kautskys über den Entwurf für das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratischen Partei anführen***:

„Manche unserer revisionistischen Kritiker nehmen an, Marx hätte behauptet, die ökonomische Entwicklung und der Klassenkampf schüfen nicht bloß die Vorbedingungen sozialistischer Produktion, sondern auch direkt die *Erkenntnis*" (hervorgehoben von K. K.) „ihrer Notwendigkeit, und da sind die Kritiker gleich fertig mit dem Einwand, daß das Land der höchsten kapitalistischen Entwicklung, England, von allen modernen Ländern am freiesten von dieser Erkenntnis sei. Nach der neuen Fassung könnte man annehmen, daß auch die österreichische Programmkommission den auf diese Weise widerlegten angeblich ‚orthodox-marxistischen' Standpunkt teile. Denn es heißt da: ‚Je mehr die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Es kommt zum Bewußtsein' der Möglichkeit und Notwendigkeit des Sozialismus etc. In diesem Zusammenhang erscheint das sozialistische Bewußtsein als das notwendige direkte Ergebnis des proletarischen Klassenkampfes. Das ist aber falsch. Der Sozialismus als Lehre wurzelt allerdings ebenso in den heutigen ökonomischen Verhältnissen wie der Klassenkampf des Proletariats, entspringt ebenso wie dieser aus dem Kampfe gegen die Massenarmut und das Massenelend, das der Kapitalismus erzeugt; aber beide entstehen nebeneinander, nicht

* Brief der „Ökonomisten" in Nr. 12 der „Iskra".

** „Rabotscheje Delo" Nr. 10.

*** „Die Neue Zeit", 1901—1902, XX, I, Nr. 3, S. 79/80. Der Entwurf der Kommission, von dem K. Kautsky spricht, ist vom Wiener Parteitag (Ende vorigen Jahres) in etwas abgeänderter Form angenommen worden.

auseinander, und unter verschiedenen Voraussetzungen. Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur erstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht. In der Tat bildet die heutige ökonomische Wissenschaft ebenso eine Vorbedingung sozialistischer Produktion wie etwa die heutige Technik, nur kann das Proletariat beim besten Willen die eine ebensowenig schaffen wie die andere; sie entstehen beide aus dem heutigen gesellschaftlichen Prozeß. Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die *bürgerliche Intelligenz*" (hervorgehoben von K. K.); „in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist denn auch der moderne Sozialismus entstanden und durch sie erst geistig hervorragenden Proletariern mitgeteilt worden, die ihn dann in den Klassenkampf des Proletariats hineintragen, wo die Verhältnisse es gestatten. Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwas aus ihm urwüchsig Entstandenes. Dem entsprechend sagt auch das alte Hainfelder Programm ganz richtig, daß es zu den Aufgaben der Sozialdemokratie gehöre, das Proletariat mit dem *Bewußtsein*" (hervorgehoben von K. K.) „seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen. Das wäre nicht notwendig, wenn dies Bewußtsein von selbst aus dem Klassenkampf entspränge. Die neue Fassung hat diesen Satz von dem alten Programm übernommen und dem eben besprochenen angehängt. Dadurch ist aber der Gedankengang völlig zerrissen worden . . ."

Kann nun von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein*, so kann

* Dies heißt selbstverständlich nicht, daß die Arbeiter an dieser Ausarbeitung nicht teilnehmen. Aber sie nehmen daran nicht als Arbeiter teil, sondern als Theoretiker des Sozialismus, als die Proudhon und Weitling, mit anderen Worten, sie nehmen nur dann und soweit daran teil, als es ihnen in höherem oder geringerem Maße gelingt, sich das Wissen ihres Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern. Damit aber den Arbeitern *dieses häufiger gelinge*, ist es notwendig, alles zu tun, um das Niveau der Bewußtheit der Arbeiter im allgemeinen zu heben; ist es notwendig, daß die Arbeiter sich nicht in dem künstlich eingeengten Rahmen einer *„Literatur für Arbeiter"* abschließen, sondern daß sie es immer mehr lernen, sich die *allgemeine Literatur* zu eigen zu machen. Es wäre sogar richtiger, anstatt „sich nicht abschließen" zu sagen: nicht abgeschlossen werden, denn die Arbeiter selbst lesen alles und wollen alles lesen, auch das, was für die Intelligenz geschrieben wird, und nur einige (schlechte) Intellektuelle glauben, „für Arbeiter" genüge es, wenn man ihnen von den Zuständen in der Fabrik erzählt und längst bekannte Dinge wiederkäut.

die Frage *nur so* stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine „dritte" Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes Abschwenken* von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie. Man redet von Spontaneität. Aber die *spontane* Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie, sie *verläuft eben nach dem Programm* des „Credo", denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschaftlerei*, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Darum besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie, im *Kampf gegen die Spontaneität*, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, *abzubringen* und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen. Der Satz der Verfasser des „ökonomistischen" Briefes in Nr. 12 der „Iskra", daß die größten Anstrengungen der begeistertsten Ideologen die Arbeiterbewegung nicht von dem Weg abbringen könnten, der durch die Wechselwirkung der materiellen Elemente und des materiellen Milieus bestimmt werde, ist daher *völlig gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Sozialismus*, und wenn diese Verfasser fähig wären, das, was sie sagen, unerschrocken und konsequent bis zu Ende zu durchdenken, wie jeder seine Gedanken durchdenken muß, der die Arena der literarischen und öffentlichen Tätigkeit betritt, so würde ihnen nichts anderes übrigbleiben, als ihre „müßigen Hände auf der Brust zu verschränken" und... und den Herren Struve und Prokopowitsch, die die Arbeiterbewegung auf den „Weg des geringsten Widerstands", d. h. den Weg des bürgerlichen Trade-Unionismus zerren, oder den Herren Subatow, die sie auf den Weg der Pfaffen- und Gendarmen-„Ideologie" zerren, das Feld zu überlassen.

Man denke zum Beispiel an Deutschland. Worin bestand das historische Verdienst Lassalles um die deutsche Arbeiterbewegung? Darin, daß er diese Bewegung vom Weg des progressistischen Trade-Unionismus und Kooperativismus *hinwegführte*, den sie spontan (*unter gütiger Mitwir-*

* „Nur-Gewerkschaftlerei" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

kung der Schulze-Delitzsch und ihresgleichen) eingeschlagen hatte. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war etwas ganz anderes notwendig als das Gerede von der Unterschätzung des spontanen Elements, von der Taktik als Prozeß, von der Wechselwirkung der Elemente und des Milieus u. dgl. Dazu war ein *erbitterter Kampf gegen die Spontaneität* notwendig, und erst im Ergebnis dieses lange, lange Jahre hindurch geführten Kampfes ist z. B. erreicht worden, daß die Arbeiterbevölkerung Berlins aus einer Stütze der Fortschrittspartei zu einer der stärksten Hochburgen der Sozialdemokratie geworden ist. Und dieser Kampf ist auch heute noch nicht beendet (wie es Leuten scheinen könnte, die die Geschichte der deutschen Bewegung nach Prokopowitsch und ihre Philosophie nach Struve studieren). Auch jetzt noch ist die deutsche Arbeiterklasse, wenn man so sagen darf, in mehrere Ideologien zersplittert: ein Teil der Arbeiter ist in den katholischen und den monarchistischen Arbeiterverbänden vereinigt, ein anderer Teil in den Hirsch-Dunckerschen[114], die von den bürgerlichen Anbetern des englischen Trade-Unionismus gegründet worden sind, der dritte in den sozialdemokratischen Verbänden. Dieser Teil ist unermeßlich größer als alle übrigen, diese führende Position aber konnte die sozialdemokratische Ideologie nur erreichen und wird sie nur aufrechterhalten können durch unentwegten Kampf gegen alle anderen Ideologien.

Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung, die Bewegung in der Richtung des geringsten Widerstands gerade zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, weil sie über *unvergleichlich* mehr Mittel der Verbreitung verfügt.* Und je jünger die sozialistische

* Man sagt oft: Die Arbeiterklasse fühlt sich *spontan* zum Sozialismus hingezogen. Das ist vollkommen richtig in dem Sinne, daß die sozialistische Theorie tiefer und richtiger als jede andere die Ursachen des Elends der Arbeiterklasse aufzeigt; darum wird sie von den Arbeitern auch so leicht erfaßt, *falls* diese Theorie nur selber vor der Spontaneität nicht die Segel streicht, *falls* sie sich die Spontaneität unterordnet. Gewöhnlich versteht sich das von selbst, aber das *„Rabotscheje Delo"* vergißt und entstellt gerade diese selbstverständliche Tatsache. Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wiederauferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf.

Bewegung in einem Lande ist, desto energischer muß deshalb der Kampf gegen alle Versuche, die nichtsozialistische Ideologie zu festigen, geführt werden, desto entschiedener müssen die Arbeiter vor den schlechten Beratern gewarnt werden, die von einer „Überschätzung des bewußten Elements" usw. zetern. Die Verfasser des ökonomistischen Briefes wettern im Einklang mit dem „Rabotscheje Delo" gegen die Intoleranz, die der Kindheitsperiode der Bewegung eigen sei. Wir antworten darauf: Ja, unsere Bewegung befindet sich tatsächlich im Kindesalter, und um schneller mannbar zu werden, muß sie eben von Intoleranz gegen die Leute erfüllt werden, die ihr Wachstum durch Anbetung der Spontaneität aufzuhalten suchen. Es gibt nichts Lächerlicheres und Schädlicheres, als den alten Mann spielen zu wollen, der alle entscheidenden Episoden des Kampfes schon längst hinter sich hat!

Drittens zeigt uns die erste Nummer der „Rabotschaja Mysl", daß die Bezeichnung „Ökonomismus" (auf die wir natürlich nicht verzichten wollen, da dieser Name sich so oder so bereits eingebürgert hat) das Wesen der neuen Richtung nicht genügend präzis wiedergibt. Die „Rabotschaja Mysl" lehnt den politischen Kampf nicht ganz ab: In dem in Nr. 1 der „Rabotschaja Mysl" veröffentlichten Kassenstatut ist vom Kampf gegen die Regierung die Rede. Die „Rabotschaja Mysl" ist nur der Ansicht, daß „die Politik immer gehorsam der Wirtschaft folgt" (das „Rabotscheje Delo" aber variiert diese These, indem es in seinem Programm versichert: „In Rußland ist der ökonomische Kampf mehr als in irgendeinem anderen Lande mit dem politischen *untrennbar* verbunden"). Diese Behauptungen der „Rabotschaja Mysl" und des „Rabotscheje Delo" sind absolut unzutreffend, *wenn man unter Politik sozialdemokratische Politik versteht.* Sehr oft ist der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter, wie wir bereits gesehen haben, mit der bürgerlichen, klerikalen usw. Politik (wenn auch nicht untrennbar) verbunden. Die Behauptungen des „Rabotscheje Delo" sind zutreffend, wenn man unter Politik trade-unionistische Politik versteht, d. h. das gemeinsame Bestreben aller Arbeiter zu erreichen, daß der Staat diese oder jene Maßnahmen ergreift, die den mit ihrer Lage verbundenen Nöten abhelfen, aber diese Lage selbst nicht beseitigen, d. h. die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital nicht aufheben. Dieses Bestreben ist tatsächlich sowohl den englischen Trade-Unionisten, die dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen, als auch den katholischen Arbei-

tern, den „Subatowschen" Arbeitern usw. gemein. Es gibt Politik und Politik. Wir sehen also, daß die „Rabotschaja Mysl" auch in bezug auf den politischen Kampf weniger eine Ablehnung dieses Kampfes zum Ausdruck bringt als vielmehr die Anbetung der *Spontaneität*, der Unbewußtheit dieses Kampfes. Sie erkennt durchaus den politischen Kampf an, der aus der eigentlichen Arbeiterbewegung elementar hervorwächst (richtiger: die politischen Wünsche und Ansprüche der Arbeiter), verzichtet aber gänzlich darauf, eine spezifische *sozialdemokratische Politik selbständig auszuarbeiten*, die den allgemeinen Aufgaben des Sozialismus und den heutigen russischen Verhältnissen entspricht. Weiter unten werden wir zeigen, daß das „Rabotscheje Delo" den gleichen Fehler begeht.

c) *Die „Gruppe der Selbstbefreiung" und das „Rabotscheje Delo"*

Wir sind auf den wenig bekannten und jetzt fast vergessenen Leitartikel der ersten Nummer der „Rabotschaja Mysl" so ausführlich eingegangen, weil er früher und prägnanter als alle anderen die allgemeine Strömung zum Ausdruck gebracht hat, die später in zahllosen schmalen Bächlein ans Tageslicht trat. W. I-n, der die erste Nummer und den Leitartikel der „Rabotschaja Mysl" so sehr lobte, hatte durchaus recht, als er sagte, der Artikel sei „scharf, mit Kampfgeist" geschrieben („Listok ‚Rabotnika'" Nr. 9/10, S. 49). Jeder von seiner Meinung überzeugte Mensch, der glaubt, daß er etwas Neues bringt, schreibt „mit Kampfgeist" und schreibt so, daß er seine Ansichten prägnant zum Ausdruck bringt. Nur Leute, die gewohnt sind, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, haben keinen „Kampfgeist", nur solche Leute sind fähig, nachdem sie gestern den Kampfgeist der „Rabotschaja Mysl" gelobt haben, heute über deren Gegner wegen ihres „polemischen Kampfgeistes" herzufallen.

Ohne auf die „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'" näher einzugehen (wir werden uns weiter unten aus verschiedenen Anlässen auf diese Schrift beziehen müssen, die die Ideen der Ökonomisten am konsequentesten zum Ausdruck bringt), wollen wir nur kurz auf den „Aufruf der Gruppe der Selbstbefreiung der Arbeiter" hinweisen (März 1899, abgedruckt im Londoner „Nakanune"[115] Nr. 7, Juli 1899). Die Verfasser die-

ses Aufrufs sagen mit Fug und Recht, daß „das Rußland der Arbeiter *eben erst erwacht*, eben erst beginnt, sich umzuschauen, und *instinktiv nach den ersten besten* Kampfmitteln *greift*", aber sie ziehen daraus dieselbe falsche Schlußfolgerung wie die „Rabotschaja Mysl", denn sie vergessen, daß das Instinktive eben das Unbewußte (das Spontane) ist, dem die Sozialisten zu Hilfe kommen müssen, daß die „ersten besten" Kampfmittel in der modernen Gesellschaft stets die trade-unionistischen Kampfmittel sind, die „erste beste" Ideologie aber die bürgerliche (trade-unionistische) Ideologie ist. Ebenso wird von diesen Verfassern auch die Politik nicht „abgelehnt", sie meinen nur (nur!), dem Herrn W. W. folgend, daß die Politik ein Überbau sei und daß darum „die politische Agitation ein Überbau über der Agitation für den ökonomischen Kampf sein muß, daß sie auf dem Boden dieses Kampfes erwachsen und ihm folgen muß".

Was das „Rabotscheje Delo" betrifft, so hat es seine Tätigkeit direkt mit der „Verteidigung" der Ökonomisten begonnen. Nachdem es schon in seiner ersten Nummer (Nr. 1, S. 141/142) die *direkte Unwahrheit* sagte, daß es „nicht weiß, von welchen jungen Genossen Axelrod sprach", als er in seiner bekannten Broschüre* die Ökonomisten warnte, mußte das „Rabotscheje Delo" in der wegen dieser Unwahrheit entbrannten Polemik mit Axelrod und Plechanow zugeben, daß es „in der Form des Nichtverstehens alle jüngeren Sozialdemokraten im Ausland gegen diese ungerechte Beschuldigung" (die von Axelrod gegen die Ökonomisten erhobene Beschuldigung der Beschränktheit) „*in Schutz nehmen* wollte". In Wirklichkeit war dieser Vorwurf völlig berechtigt, und das „Rabotscheje Delo" wußte ausgezeichnet, daß er sich unter anderem auch gegen sein Redaktionsmitglied W. I-n richtete. Nebenbei sei bemerkt, daß Axelrod in dieser Polemik, was die Auslegung meiner Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten"** betrifft, völlig recht und das „Rabotscheje Delo" völlig unrecht hatte. Diese Broschüre ist im Jahre 1897, noch vor dem Erscheinen der „Rabotschaja Mysl", geschrieben worden, als ich der Ansicht war und das Recht hatte, der Ansicht zu sein, daß die von mir oben charakterisierte *ursprüngliche* Richtung des Petersburger „Kampf-

* „Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und der Taktik der russischen Sozialdemokraten", Genf 1898. Zwei Briefe an die „Rabotschaja Gaseta", geschrieben im Jahre 1897.

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 299—326, russ. *Die Red.*

bundes" die vorherrschende sei. Und mindestens bis Mitte 1898 war diese Richtung tatsächlich vorherrschend. Darum hatte das „Rabotscheje Delo", als es die Existenz und die Gefährlichkeit des Ökonomismus leugnete, nicht das geringste Recht, sich auf eine Broschüre zu berufen, in der Ansichten vertreten wurden, die in den Jahren 1897/1898 in St. Petersburg durch die Ansichten des „Ökonomismus" *verdrängt* worden sind.*

Aber das „Rabotscheje Delo" hat die Ökonomisten nicht nur „verteidigt", sondern ist auch selber ständig in ihre grundlegenden Irrtümer verfallen. Die Ursache hierfür ist in der Doppeldeutigkeit der folgenden These des Programms des „Rabotscheje Delo" zu suchen: „Die wichtigste Erscheinung des russischen Lebens, die in erster Linie *bestimmend sein wird für die Aufgaben*" (hervorgehoben von uns) „und den Charakter der literarischen Tätigkeit des Auslandsbundes, ist unseres Erachtens die in den letzten Jahren entstandene *Massenbewegung der Arbeiter*" (hervorgehoben vom „Rabotscheje Delo"). Daß die Massenbewegung eine höchst wichtige Erscheinung ist, darüber kann nicht gestritten werden. Aber die ganze Frage ist hier, wie die „Bestimmung der Aufgaben" durch diese Massenbewegung aufzufassen ist. Sie kann in zweifacher Weise aufgefaßt werden: *entweder* im Sinne der Anbetung der Spontaneität dieser Bewegung, d. h. der Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher (Auffassung der „Rabotschaja Mysl", der „Gruppe der Selbstbefreiung" und der

* Bei seiner Verteidigung fügte das „Rabotscheje Delo" seiner ersten Unwahrheit („wir wissen nicht, von welchen jungen Genossen P. B. Axelrod sprach") eine zweite hinzu, als es in der „Antwort" schrieb: „Seit jener Zeit, in der die Rezension der ‚Aufgaben' geschrieben wurde, sind bei manchen russischen Sozialdemokraten Tendenzen zu einer ökonomischen Einseitigkeit entstanden oder mehr oder weniger klar hervorgetreten, die im Vergleich zu dem Zustand unserer Bewegung, wie er in den ‚Aufgaben' (S. 9) geschildert ist, einen Schritt rückwärts bedeuten." So heißt es in der „Antwort", die *im Jahre 1900* erschien. Die erste Nummer des „Rabotscheje Delo" (mit der Rezension) aber erschien *im April 1899*. Ist denn der Ökonomismus erst im Jahre 1899 entstanden? Nein, im Jahre 1899 ertönte zum erstenmal der Protest der *russischen* Sozialdemokraten gegen den Ökonomismus (der Protest gegen das „Credo"). Der Ökonomismus aber entstand, wie das „Rabotscheje Delo" sehr gut weiß, im Jahre 1897, denn W. I-n hatte bereits im *November 1898* („Listok ‚Rabotnika'" Nr. 9/10) ein Loblied auf die „Rabotschaja Mysl" gesungen.

übrigen Ökonomisten); *oder* aber in dem Sinne, daß die Massenbewegung uns vor *neue* theoretische, politische, organisatorische Aufgaben stellt, die viel komplizierter sind als diejenigen, mit denen man sich in der Periode vor der Entstehung der Massenbewegung begnügen konnte. Das „Rabotscheje Delo" neigte und neigt gerade zu der ersten Auffassung, denn etwas Bestimmtes über neue Aufgaben hat es niemals gesagt, sondern immer nur so gesprochen, als würde uns diese „Massenbewegung" der Notwendigkeit *entheben*, die von ihr gestellten Aufgaben klar zu erkennen und zu lösen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das „Rabotscheje Delo" es für unmöglich hielt, der Massenbewegung der Arbeiter als *erste* Aufgabe den Sturz der Selbstherrschaft zu stellen, und daß es diese Aufgabe (im Namen der Massenbewegung) auf die Aufgabe, für die nächsten politischen Forderungen zu kämpfen, herabdrückte. („Antwort", S. 25.)

Wir überschlagen den Artikel des Redakteurs des „Rabotscheje Delo", B. Kritschewski, in Nr. 7 — „Der wirtschaftliche und der politische Kampf in der russischen Bewegung" —, einen Artikel, in dem dieselben Fehler* wiederholt sind, und gehen direkt zu Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" über.

---

* Die „Theorie der Stadien" oder die Theorie „des schüchternen Zickzacks" im politischen Kampf kommt zum Beispiel in diesem Artikel folgendermaßen zum Ausdruck: „Die politischen Forderungen, die ihrem Charakter nach für ganz Rußland gelten, müssen jedoch in der ersten Zeit" (das ist im August 1900 geschrieben!) „der Erfahrung entsprechen, die die betreffende Arbeiterschicht (sic!) aus dem ökonomischen Kampf gewonnen hat. Nur (!) ausgehend von dieser Erfahrung kann und muß man an die politische Agitation gehen" usw. (S. 11). Auf S. 4 ruft der Verfasser, der sich gegen die seiner Meinung nach völlig unbegründeten Vorwürfe wegen ökonomistischer Ketzerei wendet, pathetisch aus: „Welcher Sozialdemokrat weiß denn nicht, daß nach der Lehre von Marx und Engels die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Klassen die entscheidende Rolle in der Geschichte spielen und daß *folglich* auch der Kampf des Proletariats für seine wirtschaftlichen Interessen von ausschlaggebender Bedeutung für die Klassenentwicklung und den Befreiungskampf des Proletariats sein muß?" (Hervorgehoben von uns.) Dieses „folglich" ist absolut nicht am Platze. Aus dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Interessen eine entscheidende Rolle spielen, ist *keineswegs zu folgern*, daß der wirtschaftliche (= gewerkschaftliche) Kampf von ausschlaggebender Bedeutung sei, denn die wesentlichsten, „entscheidenden" Interessen der Klassen können *nur* durch radikale *politische* Umgestaltungen befriedigt werden; insbesondere kann das

Wir wollen natürlich nicht auf die Analyse der einzelnen Einwände B. Kritschewskis und Martynows gegen die „Sarja" und die „Iskra" eingehen. Uns interessiert hier nur die prinzipielle Position, die das „Rabotscheje Delo" in Nr. 10 eingenommen hat. Wir wollen zum Beispiel nicht das Kuriosum untersuchen, daß das „Rabotscheje Delo" einen „diametralen Gegensatz" gefunden hat zwischen dem Satz:

„Die Sozialdemokratie bindet sich nicht die Hände, sie engt ihre Tätigkeit nicht durch irgendeinen vorher ersonnenen Plan oder Modus des politischen Kampfes ein — sie erkennt alle Mittel des Kampfes an, wenn sie nur den vorhandenen Kräften der Partei entsprechen" usw. (Nr. 1 der „Iskra")*,

und dem Satz:

„Ist keine feste Organisation vorhanden, die den politischen Kampf in den verschiedensten Situationen und Perioden gründlich aus der Erfahrung kennt, dann kann auch keine Rede sein von jenem systematischen, durch feste Prinzipien erhellten und unbeirrt durchzuführenden Tätigkeitsplan, der allein die Bezeichnung Taktik verdient" (Nr. 4 der „Iskra").**

Die *prinzipielle* Anerkennung aller Kampfmittel, aller Pläne und Methoden, sofern sie nur zweckmäßig sind, verwechseln mit der Forderung, sich *in einem gegebenen politischen Moment* von einem unbeirrt durchzuführenden Plan leiten zu lassen, wäre — wenn von Taktik die Rede sein soll — genau dasselbe, als würde man die Anerkennung verschiedener Heilsysteme durch die Medizin mit der Forderung verwechseln, sich bei der Behandlung einer bestimmten Krankheit an ein bestimmtes System zu halten. Aber das ist es eben, daß das „Rabotscheje Delo", das selber an der Krankheit leidet, die wir als Anbetung der Spontaneität bezeichnet haben, keinerlei „Heilsysteme" für *diese* Krankheit anerkennen will. Es hat dar-

grundlegende wirtschaftliche Interesse des Proletariats nur durch eine politische Revolution befriedigt werden, die die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt. B. Kritschewski wiederholt die Argumentation der „W. W.s der russischen Sozialdemokratie" (die Politik folge der Wirtschaft usw.) und der Bernsteinianer der deutschen Sozialdemokratie (Woltmann z. B. hat gerade mit solchen Argumenten nachzuweisen versucht, die Arbeiter müßten, ehe sie an die politische Revolution denken können, erst einmal „ökonomische Macht" erringen).

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 370. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 6/7. *Die Red.*

um die großartige Entdeckung gemacht, daß die „Taktik als Plan dem Wesen des Marxismus widerspricht" (Nr. 10, S. 18), daß die Taktik *„ein Prozeß des Wachsens der Parteiaufgaben ist, die zusammen mit der Partei wachsen"* (S. 11, hervorgehoben vom „Rabotscheje Delo"). Dieser letzte Ausspruch hat alle Chancen, ein berühmter Ausspruch, ein unvergängliches Denkmal der „Richtung" des „Rabotscheje Delo" zu werden. Auf die Frage *„Wohin gehen?"* gibt das führende Organ die Antwort: Bewegung ist ein Prozeß der Veränderung des Abstands zwischen dem Ausgangspunkt und den folgenden Punkten der Bewegung. Dieser unvergleichliche Tiefsinn ist aber nicht nur ein Kuriosum (dann würde es sich nicht lohnen, besonders darauf einzugehen), sondern auch *das Programm einer ganzen Richtung,* nämlich: dasselbe Programm, das R. M. (in der „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'") mit den Worten zum Ausdruck brachte: Wünschenswert ist der Kampf, der möglich ist, und möglich ist der, der im gegebenen Augenblick vor sich geht. Das ist gerade die Richtung des grenzenlosen Opportunismus, der sich der Spontaneität passiv anpaßt.

„Die Taktik als Plan widerspricht dem Wesen des Marxismus!" Das ist doch eine Verleumdung des Marxismus, seine Verwandlung in dieselbe Karikatur, die die Volkstümler in ihrem Kampf gegen uns ins Feld führten. Das ist gerade ein Herabdrücken der Initiative und der Tatkraft der bewußten Funktionäre, während der Marxismus im Gegenteil der Initiative und der Tatkraft des Sozialdemokraten einen gewaltigen Anstoß gibt, ihm die weitesten Perspektiven eröffnet, ihm die machtvollen Kräfte von Millionen und aber Millionen der sich „spontan" zum Kampf erhebenden Arbeiterklasse zur Verfügung stellt (wenn man sich so ausdrücken darf)! Die ganze Geschichte der internationalen Sozialdemokratie strotzt von Plänen, die bald von dem einen, bald von dem anderen politischen Führer entworfen wurden, wobei der Weitblick und die Richtigkeit der politischen und organisatorischen Ansichten des einen sich bestätigten und die Kurzsichtigkeit und die politischen Fehler des anderen zutage traten. Als sich in Deutschland ein so gewaltiger historischer Umschwung vollzog wie die Reichsgründung, die Eröffnung des Reichstags, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, da hatte Liebknecht den einen Plan für die gesamte sozialdemokratische Politik und Arbeit, Schweitzer einen anderen. Als über die deutschen Sozialisten das Ausnahmegesetz verhängt wurde, da hatten Most und Hasselmann, die einfach zu Gewalt und Terror auf-

rufen wollten, den einen Plan, einen anderen hatten Höchberg, Schramm und (zum Teil) Bernstein, die den Sozialdemokraten zu predigen begannen, daß sie durch ihre unvernünftige Schärfe und ihre revolutionäre Haltung das Gesetz herausgefordert hätten und sich darum jetzt die Verzeihung der Regierung durch musterhaftes Betragen verdienen müßten; einen dritten Plan hatten diejenigen, die die Herausgabe eines illegalen Organs vorbereiteten und verwirklichten. Blickt man viele Jahre später zurück, nachdem der Kampf um die Wahl des Weges beendet und die Geschichte ihr endgültiges Urteil über die Tauglichkeit des gewählten Weges gefällt hat, dann ist es allerdings nicht schwer, tiefsinnige Aussprüche zu tun über das Wachsen der Parteiaufgaben, die zusammen mit der Partei wachsen. Aber in einer Zeit der Verwirrung*, da die russischen „Kritiker" und Ökonomisten die Sozialdemokratie zum Trade-Unionismus degradieren, die Terroristen aber mit großem Eifer eine „Taktik als Plan" verfechten, die die alten Fehler wiederholt, sich in solcher Zeit auf einen solchen Tiefsinn beschränken, heißt sich ein „Armutszeugnis" ausstellen. In einer Zeit, da viele russische Sozialdemokraten eben gerade an mangelnder Initiative und Tatkraft, an mangelndem „Ausmaß der politischen Propaganda, Agitation und Organisation"** leiden, daran leiden, daß es an „Plänen" für eine möglichst umfassende revolutionäre Arbeit mangelt, in einer solchen Zeit sagen: „die Taktik als Plan widerspricht dem Wesen des Marxismus", heißt nicht nur theoretisch den Marxismus verflachen, sondern auch praktisch *die Partei nach rückwärts zerren.*

„Der revolutionäre Sozialdemokrat hat die Aufgabe", belehrt uns weiter das „Rabotscheje Delo", „durch seine bewußte Arbeit die objektive Entwicklung nur zu beschleunigen, nicht aber sie durch subjektive Pläne aufzuheben oder zu ersetzen. In der Theorie weiß die ‚Iskra' das alles. Aber die enorme Bedeutung, die der Marxismus der bewußten revolutionären Arbeit mit Recht beimißt, verführt sie, infolge ihrer doktrinären Auffassung von der Taktik, in der Praxis dazu, *die Bedeutung des objektiven oder spontanen Elements der Entwicklung zu unterschätzen.*" (S. 18.)

* „Ein Jahr der Verwirrung" — so nannte Mehring das Kapitel seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", in dem er die Schwankungen und die Unentschlossenheit schildert, die die Sozialisten anfänglich bei der Wahl einer neuen, den neuen Verhältnissen angepaßten „Taktik als Plan" an den Tag legten.

** Aus dem Leitartikel der „Iskra" Nr. 1. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 368. *Die Red.*)

Wiederum eine ungeheure theoretische Verwirrung, die des Herrn W. W. und seiner Sippschaft würdig ist. Wir möchten unseren Philosophen fragen: Worin kann die „Unterschätzung" der objektiven Entwicklung durch den Verfasser subjektiver Pläne zum Ausdruck kommen? Offenbar darin, daß er außer acht läßt, daß diese objektive Entwicklung bestimmte Klassen, Schichten, Gruppen, bestimmte Nationen, Gruppen von Nationen usw. schafft oder festigt, zugrunde richtet oder schwächt, wodurch die und die internationale politische Kräftegruppierung, die und die Stellungnahme der revolutionären Parteien usw. bedingt wird. Aber die Schuld eines solchen Verfassers besteht dann nicht in der Unterschätzung des spontanen Elements, sondern umgekehrt in der Unterschätzung des *bewußten* Elements, denn seine „Bewußtheit" reicht für das richtige Verstehen der objektiven Entwicklung nicht aus. Darum zeigt schon allein das Gerede von der „Einschätzung der *relativen*" (hervorgehoben vom „Rabotscheje Delo") „Bedeutung" der Spontaneität und der Bewußtheit einen absoluten Mangel an „Bewußtheit". Wenn gewisse „spontane Elemente der Entwicklung" dem Bewußtsein des Menschen überhaupt zugänglich sind, so wird ihre falsche Einschätzung gleichbedeutend mit einer „Unterschätzung des bewußten Elements" sein. Wenn sie aber dem Bewußtsein nicht zugänglich sind, so kennen wir sie nicht und können von ihnen nicht sprechen. Wovon redet also B. Kritschewski? Wenn er die „subjektiven Pläne" der „Iskra" für irrig hält (und er erklärt sie ausdrücklich für irrig), so müßte er nachweisen, welche objektiven Tatsachen es sind, die von diesen Plänen ignoriert werden, und müßte der „Iskra" wegen dieser Ignorierung *Mangel an Bewußtheit*, „Unterschätzung des bewußten Elements" (um mit seinen eigenen Worten zu sprechen) vorwerfen. Wenn er jedoch, mit den subjektiven Plänen unzufrieden, keine anderen Argumente hat als den Hinweis auf die „Unterschätzung des spontanen Elements" (!!), so beweist er damit nur, daß er erstens den Marxismus theoretisch à la Karejew und Michailowski versteht, die von Beltow[116] genügend verspottet worden sind, und sich zweitens praktisch mit den „spontanen Elementen der Entwicklung" vollkommen zufriedengibt, durch die unsere legalen Marxisten in das Bernsteinianertum und unsere Sozialdemokraten in den Ökonomismus geführt wurden, und daß er auf die Leute „sehr böse" ist, die sich entschlossen haben, die russische Sozialdemokratie um jeden Preis vom Weg der „spontanen" Entwicklung *abzubringen*.

Weiter kommen dann schon ganz und gar spaßige Dinge. „Ebenso wie die Menschen, trotz aller Fortschritte der Naturwissenschaften, sich in derselben Weise vermehren werden, wie es die Großväter taten, wird die Entstehung einer neuen Gesellschaftsordnung, trotz aller Fortschritte der Gesellschaftswissenschaften und trotz Zunahme der bewußten Kämpfer, auch fernerhin das Resultat *vorwiegend* spontaner Ausbrüche sein." (19.) Ebenso wie die großväterliche Weisheit lautet: Wem mangelt es schon an Verstand, um Kinder zu haben? — lautet die Weisheit der „neuesten Sozialisten" (à la Narziß Tuporylow[117]): Um an der spontanen Entstehung der neuen Gesellschaftsordnung teilzunehmen, wird es niemand an Verstand mangeln. Auch wir meinen, daß es niemand daran mangeln wird. Für eine solche Teilnahme genügt es, sich dem Ökonomismus *anzupassen*, wenn der Ökonomismus herrscht, und dem Terrorismus, wenn der Terrorismus aufgetaucht ist. So nahm das „Rabotscheje Delo" im Frühjahr dieses Jahres, als es so wichtig war, vor der Begeisterung für den Terror zu warnen, zu der für das „Rabotscheje Delo" „neuen" Frage eine unschlüssige Haltung ein. Jetzt aber, ein halbes Jahr später, wo die Frage nicht mehr aktuell ist, tischt uns die Zeitung gleichzeitig sowohl die Erklärung auf: „Wir sind der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann und sein darf, dem Aufschwung der terroristischen Stimmungen entgegenzuwirken" („Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 23), als auch die Konferenzresolution: „Einen systematischen offensiven Terror hält die Konferenz für unzeitgemäß" („Zwei Konferenzen", S. 18). Wie wunderbar klar und logisch ist das! Wir wollen dem Terror nicht entgegenwirken, aber wir erklären ihn für unzeitgemäß, und zwar so, daß sich die „Resolution" auf den unsystematischen und defensiven Terror nicht erstreckt. Es muß zugegeben werden, daß eine solche Resolution sehr gefahrlos und gegen falsche Auslegung völlig gesichert ist — wie ein Mensch vor Fehlern sicher ist, der gesprochen hat, um nichts zu sagen! Und um eine solche Resolution zu verfassen, ist nur eins notwendig: im *Nachtrab* der Bewegung einherzutrotten. Als die „Iskra" sich darüber lustig machte, daß das „Rabotscheje Delo" den Terror für eine neue Frage erklärte*, da erhob das „Rabotscheje Delo" erzürnt die Beschuldigung, daß sich die „Iskra" in „geradezu unglaublicher Weise anmaßt, der Parteiorganisation die Lösung der taktischen Fragen aufzuzwingen, die vor mehr als

* Siehe den vorliegenden Band, S. 7/8. *Die Red.*

fünfzehn Jahren von einer Gruppe in der Emigration lebender Schriftsteller gegeben wurde" (S. 24). In der Tat, welche Anmaßung und welche Überschätzung des bewußten Elements: Fragen vorher theoretisch lösen, um dann von der Richtigkeit dieser Lösung sowohl die Organisation als auch die Partei und die Masse überzeugen zu wollen!* Da ist es doch viel einfacher, Binsenwahrheiten zu wiederholen und, ohne jemand etwas „aufzuzwingen", sich jeder „Wendung", sowohl zum Ökonomismus als auch zum Terrorismus, unterzuordnen. Das „Rabotscheje Delo" verallgemeinert sogar diese goldene Regel der Lebensweisheit und wirft der „Iskra" und der „Sarja" vor, daß sie „der Bewegung ihr Programm entgegenstellen, das als Geist über dem formlosen Chaos schwebt" (S. 29). Worin besteht denn die Rolle der Sozialdemokratie, wenn nicht darin, der „Geist" zu sein, der nicht nur über der spontanen Bewegung schwebt, sondern diese Bewegung auch *auf die Höhe „seines Programms" emporhebt*? Doch nicht darin, im *Nachtrab* der Bewegung einherzutrotten: Im besten Falle wäre das für die Bewegung nutzlos, im schlimmsten Falle — sehr, sehr schädlich. Das „Rabotscheje Delo" aber befolgt nicht nur diese „Taktik als Prozeß", sondern erhebt sie zum Prinzip, so daß es richtiger wäre, seine Richtung nicht als Opportunismus, sondern (abgeleitet vom Worte Chwost**) als *Chwostismus* [Nachtrabpolitik] zu bezeichnen. Und es muß zugegeben werden, daß Leute, die fest beschlossen haben, stets hinter der Bewegung als ihr Nachtrab einherzutrotten, vor einer „Unterschätzung des spontanen Elements der Entwicklung" für alle Zeiten und absolut gesichert sind.

*

Wir haben uns also davon überzeugt, daß der grundlegende Fehler der „neuen Richtung" in der russischen Sozialdemokratie in der Anbetung der Spontaneität besteht, im Nichtbegreifen der Tatsache, daß die Spontaneität der Masse von uns Sozialdemokraten eine Masse von Bewußtheit erfordert. Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen

* Man darf auch nicht vergessen, daß die Gruppe „Befreiung der Arbeit" die Erfahrungen der vorhergegangenen revolutionären Bewegung *verallgemeinerte*, als sie die Frage des Terrors „theoretisch" löste.

** Schwanz, Nachtrab. *Der Übers.*

als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.

Der spontane Aufschwung der Massen in Rußland ist mit einer solchen Schnelligkeit vor sich gegangen (und geht auch jetzt noch so vor sich), daß die sozialdemokratische Jugend für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben nicht genügend geschult war. Diese mangelnde Schulung ist unser allgemeines Unglück, das Unglück *aller* russischen Sozialdemokraten. Der Aufschwung der Massen ist unaufhörlich und kontinuierlich vorwärts und in die Breite gegangen, wobei er dort, wo er begonnen hat, nicht nur nicht aufhört, sondern immer neue Gegenden und neue Bevölkerungsschichten erfaßt (unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung ist die Gärung in der studierenden Jugend, in der Intelligenz überhaupt und sogar in der Bauernschaft stärker geworden). Die Revolutionäre aber sind hinter diesem Aufschwung sowohl in ihren „Theorien" als auch in ihrem Wirken *zurückgeblieben*, und es ist ihnen nicht gelungen, eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu *leiten*.

Im ersten Kapitel haben wir festgestellt, daß das „Rabotscheje Delo" unsere theoretischen Aufgaben herabdrückt und „spontan" das Modeschlagwort „Freiheit der Kritik" wiederholt: diesen Leuten fehlte es an „Bewußtheit", um zu begreifen, daß die Positionen der opportunistischen „Kritiker" und die der Revolutionäre in Deutschland und in Rußland diametral entgegengesetzt sind.

In den weiteren Kapiteln werden wir untersuchen, wie diese Anbetung der Spontaneität auf dem Gebiet der politischen Aufgaben und in der organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen ist.

III

TRADE-UNIONISTISCHE UND SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK

Beginnen wir wiederum mit einem Lob für das „Rabotscheje Delo". „Die Enthüllungsliteratur und der proletarische Kampf" — so betitelte Martynow in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" seinen Artikel über die Mei-

nungsverschiedenheiten mit der „Iskra". „Wir können uns nicht allein auf das Enthüllen der Zustände beschränken, die ihrer" (der Arbeiterpartei) „Entwicklung im Wege stehen. Wir müssen auch auf die unmittelbaren Tagesinteressen des Proletariats reagieren" (S. 63) — so formulierte er das Wesen dieser Meinungsverschiedenheiten. „Die ‚Iskra'... ist faktisch das Organ der revolutionären Opposition, das unsere Zustände, und vor allem die politischen Zustände enthüllt... Wir aber arbeiten für die Arbeitersache in enger organischer Verbindung mit dem proletarischen Kampf und werden weiter so für sie arbeiten." (Ebenda.) Für diese Formulierung muß man Martynow dankbar sein. Sie gewinnt ein hervorragendes allgemeines Interesse, denn sie umfaßt eigentlich nicht nur unsere Meinungsverschiedenheiten mit dem „Rabotscheje Delo", sondern überhaupt alle Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den „Ökonomisten" in der Frage des politischen Kampfes. Wir haben bereits gezeigt, daß die „Ökonomisten" die „Politik" nicht unbedingt ablehnen, sondern nur ständig von der sozialdemokratischen zur trade-unionistischen Auffassung der Politik abgleiten. Genau dasselbe macht auch Martynow, und darum wollen wir gerade ihn als *Musterbeispiel* für die ökonomistischen Verirrungen in dieser Frage nehmen. Weder die Verfasser der „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'" oder die Verfasser der Proklamation der „Gruppe der Selbstbefreiung" noch die Verfasser des ökonomistischen Briefes in Nr. 12 der „Iskra" werden ein Recht haben, sich wegen dieser Wahl über uns zu beklagen — und das werden wir zu beweisen suchen.

a) Die politische Agitation und ihre Einengung durch die Ökonomisten

Es ist allbekannt, daß die weite Verbreitung und das Erstarken des ökonomischen* Kampfes der russischen Arbeiter Hand in Hand ging mit der Schaffung einer „Literatur" der ökonomischen Enthüllungen (Enthüllun-

* Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen wir bemerken, daß wir in der weiteren Darlegung unter ökonomischem Kampf (dem bei uns üblichen Wortgebrauch gemäß) stets den „praktisch-ökonomischen Kampf" verstehen, den Engels in dem oben angeführten Zitat als „Widerstand gegen die Kapitalisten" bezeichnet und der in freien Ländern gewerkschaftlicher, syndikaler oder trade-unionistischer Kampf heißt.

gen über die Zustände in den Fabriken und den einzelnen Berufen). Der Hauptinhalt der „Flugblätter" bestand in Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken, und bald entbrannte unter den Arbeitern eine wahre Leidenschaft für Enthüllungen. Sobald die Arbeiter sich überzeugt hatten, daß ihnen die sozialdemokratischen Zirkel eine neue Art von Flugblättern verschaffen wollen und können, in denen die ganze Wahrheit über ihr elendes Dasein, ihre unerträglich schwere Arbeit und ihre rechtlose Lage enthalten ist, überschütteten sie uns, so darf man sagen, mit Korrespondenzen aus den Betrieben. Diese „Enthüllungsliteratur" rief ungeheure Sensation nicht nur in der Fabrik hervor, deren Zustände in dem betreffenden Flugblatt gegeißelt wurden, sondern auch in allen Fabriken, in denen man irgend etwas über die enthüllten Zustände vernommen hatte. Und da das Elend und die Nöte der Arbeiter verschiedener Betriebe und verschiedener Berufe viel Gemeinsames aufweisen, so fand die „Wahrheit über das Arbeiterleben" bei *allen* begeisterte Zustimmung. Unter den rückständigsten Arbeitern entstand eine wahre Leidenschaft, „sich gedruckt zu sehen", eine edle Leidenschaft für diese Keimform des Krieges gegen die gesamte heutige Gesellschaftsordnung, die auf Raub und Unterdrückung aufgebaut ist. Und die „Flugblätter" waren in der übergroßen Mehrzahl der Fälle wirklich eine Kriegserklärung, denn die Enthüllungen übten eine furchtbar erregende Wirkung aus und riefen bei den Arbeitern die allgemeine Forderung nach Beseitigung der empörendsten Mißstände sowie die Bereitschaft hervor, diese Forderungen durch Streiks zu unterstützen. Die Fabrikbesitzer selber sahen sich schließlich gezwungen, die Bedeutung dieser Flugblätter als Kriegserklärung so sehr anzuerkennen, daß sie häufig den Krieg selbst gar nicht erst abwarten wollten. Wie stets übten die Enthüllungen allein schon durch ihre Veröffentlichung eine starke Wirkung aus, sie gewannen die Bedeutung eines mächtigen moralischen Druckes. Es geschah öfters, daß schon allein das Erscheinen eines Flugblatts genügte, damit sämtliche oder ein Teil der Forderungen erfüllt wurden. Mit einem Wort, die ökonomischen Enthüllungen (Enthüllungen über die Zustände in den Fabriken) waren und bleiben auch jetzt noch ein wichtiger Hebel im ökonomischen Kampf. Und diese Bedeutung werden sie behalten, solange der Kapitalismus besteht, der notwendigerweise die Selbstverteidigung der Arbeiter hervorruft. In den fortgeschrittensten europäischen Ländern kann man auch jetzt noch beobachten, wie die Ent-

hüllung der Mißstände in irgendeinem zurückgebliebenen „Gewerbe" oder in irgendeinem von allen vergessenen Zweig der Hausarbeit zum Ausgangspunkt für das Erwachen des Klassenbewußtseins, für den Beginn des gewerkschaftlichen Kampfes und der Verbreitung des Sozialismus wird.*

Die überwiegende Mehrheit der russischen Sozialdemokraten der letzten Zeit ging fast völlig in dieser Arbeit zur Organisierung von Fabrikenthüllungen auf. Es genügt, an die „Rabotschaja Mysl" zu erinnern, um zu sehen, wie sehr man in dieser Arbeit aufging, wie man dabei vergaß, daß das *an und für sich* eigentlich noch keine sozialdemokratische, sondern nur eine trade-unionistische Tätigkeit war. Die Enthüllungen erfaßten eigentlich nur die Beziehungen der Arbeiter *eines bestimmten Berufes* zu ihren Unternehmern und erreichten nur, daß die Verkäufer der Arbeitskraft lernten, diese „Ware" vorteilhafter zu verkaufen und den Kampf gegen den Käufer auf der Basis einer rein kommerziellen Übereinkunft zu führen. Diese Enthüllungen konnten (unter der Bedingung, daß die Organisation der Revolutionäre sie bis zu einem gewissen Grade ausnutzte) zum Beginn und zu einem Bestandteil der sozialdemokratischen Tätigkeit werden, sie konnten aber auch (und durch die Anbetung der Spontaneität mußten sie es) zu einem „nur-gewerkschaftlichen" Kampf und einer nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung führen. Die Sozialdemokratie

* In diesem Kapitel sprechen wir nur vom *politischen* Kampf, von einer weiteren oder engeren Auffassung dieses Kampfes. Darum sei nur nebenbei, einfach als Kuriosum, auf die vom „Rabotscheje Delo" erhobene Anklage hingewiesen, die „Iskra" lege „übermäßige Zurückhaltung" gegen den ökonomischen Kampf an den Tag („Zwei Konferenzen", S. 27, aufgewärmt von Martynow in seiner Broschüre „Die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse"). Wollten die Herren Ankläger den Teil, den die „Iskra" jährlich dem ökonomischen Kampf widmet, in Zentnern oder in Druckbogen messen (wie sie es so gern tun) und ihn mit der entsprechenden Rubrik im „Rabotscheje Delo" und in der „Rabotschaja Mysl" zusammengenommen vergleichen, so würden sie leicht sehen, daß sie sogar in dieser Beziehung zurückbleiben. Anscheinend zwingt sie die Erkenntnis dieser einfachen Wahrheit, zu Argumenten Zuflucht zu nehmen, die ihre Verlegenheit klar erkennen lassen. „Die ‚Iskra'", schreiben sie, „muß (!), ob sie will oder nicht (!), den gebieterischen Forderungen des Lebens Rechnung tragen und zumindest (!!) Zuschriften über die Arbeiterbewegung bringen." („Zwei Konferenzen", S. 27.) Wahrhaftig ein Argument, das uns vernichtet!

leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur in ihrem Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht. Daher ist es begreiflich, daß die Sozialdemokraten sich nicht nur nicht auf den ökonomischen Kampf beschränken können, sondern es auch nicht zulassen dürfen, daß die Organisierung der ökonomischen Enthüllungen zu ihrer hauptsächlichen Tätigkeit werde. Wir müssen die politische Erziehung der Arbeiterklasse, die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins aktiv in Angriff nehmen. Damit sind *jetzt*, nach dem ersten Angriff der „Sarja" und der „Iskra" gegen den Ökonomismus, „alle einverstanden" (manche allerdings nur in Worten, wie wir bald sehen werden).

Es fragt sich nun, worin die politische Erziehung bestehen muß. Kann man sich darauf beschränken, die Idee der Feindschaft der Arbeiterklasse gegen die Selbstherrschaft zu propagieren? Natürlich nicht. Es genügt nicht, die politische Unterdrückung der Arbeiter zu *erklären* (wie es nicht genügte, ihnen den Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Unternehmer zu *erklären*). Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung für die Agitation auszunutzen (so wie wir die konkreten Erscheinungen der ökonomischen Unterdrückung für die Agitation ausgenutzt haben). Und da die verschiedensten Gesellschaftsklassen unter *dieser* Unterdrückung zu leiden haben, da sie auf den verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein-bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw. usw. in Erscheinung tritt — ist es da nicht klar, daß wir *unsere Aufgabe*, das politische Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, *nicht erfüllen werden*, wenn *wir* es nicht *übernehmen*, die *allseitige politische Entlarvung* der Selbstherrschaft zu organisieren? Ist es doch, um die konkreten Erscheinungen der Unterdrückung für die Agitation auszunutzen, notwendig, diese Erscheinungen zu enthüllen (wie man die Mißstände in den Fabriken enthüllen mußte, um ökonomische Agitation zu treiben).

Man sollte meinen, das sei klar. Aber gerade hier zeigt sich, daß

„alle" nur in Worten die *allseitige* Entwicklung des politischen Bewußtseins als notwendig betrachten. Gerade hier stellt es sich heraus, daß das „Rabotscheje Delo" zum Beispiel nicht nur die Aufgabe ablehnte, allseitige politische Enthüllungen zu organisieren (oder den Anfang damit zu machen), sondern daß es sogar versuchte, die „Iskra" *zurückzuzerren*, die diese Aufgabe übernommen hatte. Man höre: „Der politische Kampf der Arbeiterklasse ist nur" (eben nicht nur) „die entwickeltste, umfassendste und realste Form des ökonomischen Kampfes" (Programm des „Rabotscheje Delo", „Rabotscheje Delo" Nr. 1, S. 3). „Jetzt stehen die Sozialdemokraten vor der Aufgabe: Wie ist dem eigentlichen ökonomischen Kampf nach Möglichkeit politischer Charakter zu verleihen?" (Martynow in Nr. 10, S. 42.) „Der ökonomische Kampf ist das weitest anwendbare Mittel zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf" (Resolution der Konferenz des Auslandsbundes und „Abänderungsanträge": „Zwei Konferenzen", S. 11 und 17). Von all diesen Thesen ist, wie der Leser sieht, das „Rabotscheje Delo" vom ersten Tage seines Bestehens an bis zu den letzten „Instruktionen für die Redaktion" durchdrungen, und sie alle bringen offensichtlich ein und dieselbe Ansicht über die politische Agitation und den politischen Kampf zum Ausdruck. Man prüfe diese Ansicht vom Standpunkt der bei allen Ökonomisten herrschenden Meinung, daß die politische Agitation der ökonomischen *nachfolgen* müsse. Ist es richtig, daß der ökonomische Kampf im allgemeinen* „das weitest anwendbare Mittel" zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf ist? Das ist absolut unrichtig. Ein nicht weniger „weit anwendbares" Mittel zu einer solchen „Einbeziehung" sind *alle*

* Wir sagen „im allgemeinen", denn es handelt sich im „Rabotscheje Delo" eben um die allgemeinen Prinzipien und die allgemeinen Aufgaben der gesamten Partei. Zweifellos gibt es in der Praxis Fälle, in denen die Politik tatsächlich der Wirtschaft folgen *muß*, aber davon in einer Resolution zu sprechen, die für ganz Rußland bestimmt ist, das bringen nur die Ökonomisten fertig. Es gibt doch auch Fälle, wo die politische Agitation „von Anfang an" „nur auf ökonomischer Grundlage" getrieben werden *kann*, und trotzdem ist das „Rabotscheje Delo" schließlich zu der Überzeugung gelangt, daß hierfür „gar keine Notwendigkeit besteht" („Zwei Konferenzen", S. 11). Im nächsten Kapitel werden wir zeigen, daß die Taktik der „Politiker" und Revolutionäre die gewerkschaftlichen Aufgaben der Sozialdemokratie nicht nur nicht ignoriert, sondern im Gegenteil, daß nur sie deren konsequente Durchführung *gewährleistet*.

möglichen Erscheinungen der polizeilichen Unterdrückung und der Willkür der Selbstherrschaft, keineswegs aber nur die Erscheinungen, die mit dem ökonomischen Kampf verknüpft sind. Die Landeshauptleute und die Prügelstrafen für Bauern, die Bestechlichkeit der Beamten und die Behandlung des „gemeinen Volks" in den Städten durch die Polizei, der Kampf gegen die Hungernden und das Kesseltreiben gegen das Streben des Volkes nach Licht und Wissen, die Zwangseintreibung der Abgaben und die Verfolgungen der Sektenanhänger, das Drillen der Soldaten und die Kasernenhofmethoden bei der Behandlung der Studenten und liberalen Intellektuellen — warum sollen alle diese und tausend andere ähnliche Erscheinungen der Unterdrückung, die nicht unmittelbar mit dem „ökonomischen" Kampf verknüpft sind, *weniger* „weit anwendbare" Mittel und Anlässe der politischen Agitation, der Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf darstellen? Ganz im Gegenteil: Von all den Fällen, in denen der Arbeiter unter Rechtlosigkeit, Willkür und Gewalt zu leiden hat (weil sie ihn oder ihm nahestehende Personen betreffen), sind zweifellos die Fälle der polizeilichen Unterdrückung gerade im gewerkschaftlichen Kampf nur eine geringe Minderheit. Warum also von vornherein den Umfang der politischen Agitation *einengen*, indem man für „weitest anwendbar" nur *eines* der Mittel erklärt, neben dem es für einen Sozialdemokraten andere geben muß, die, allgemein gesprochen, nicht weniger „weit anwendbar" sind?

In längst, längst vergangenen Zeiten (vor einem Jahre! . . .) schrieb das „Rabotscheje Delo": „Die nächsten politischen Forderungen werden den Massen nach einem oder im äußersten Falle nach einigen Streiks zugänglich", „sobald die Regierung von Polizei und Gendarmerie Gebrauch macht" (Nr. 7, S. 15, *August* 1900). Diese opportunistische Stadientheorie wird jetzt vom Auslandsbund bereits abgelehnt, der uns ein Zugeständnis macht, indem er erklärt: „Es besteht gar keine Notwendigkeit, die politische Agitation von Anfang an nur auf ökonomischem Boden zu betreiben" („Zwei Konferenzen", S. 11). Der künftige Geschichtsschreiber der russischen Sozialdemokratie wird allein aus dem Umstand, daß der „Auslandsbund" einen Teil seiner alten Fehler abschwört, besser als aus langen Erörterungen sehen, wie sehr unsere Ökonomisten den Sozialismus degradiert haben! Aber welche Naivität von seiten des Auslandsbundes, anzunehmen, daß dieser Verzicht auf *eine* Form der Einengung der Politik uns bewegen könnte, mit einer anderen Form der Einengung

einverstanden zu sein! Wäre es nicht logischer, auch hier zu sagen, daß der ökonomische Kampf in möglichst breitem Umfang geführt, daß er stets für die politische Agitation ausgenützt werden muß, daß jedoch „gar keine Notwendigkeit besteht", den ökonomischen Kampf als das *weitest* anwendbare Mittel zur Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf zu betrachten?

Der Auslandsbund mißt dem Umstand Bedeutung bei, daß er den Ausdruck „das beste Mittel", der in der entsprechenden Resolution der 4. Konferenz des Jüdischen Arbeiterverbandes („Bund") enthalten ist, durch den Ausdruck „das weitest anwendbare Mittel" ersetzt hat. Uns fällt es wahrhaftig schwer, zu sagen, welche von den beiden Resolutionen besser ist: unserer Meinung nach sind *beide schlechter*. Sowohl der Auslandsbund als auch der „Bund" gleiten hier (zum Teil vielleicht sogar unbewußt, unter dem Einfluß der Tradition) zur ökonomistischen, tradeunionistischen Auslegung der Politik ab. Ob das nun mittels des Wortes „beste" oder der Worte „weitest anwendbar" geschieht, ändert nichts am Wesen der Sache. Würde der Auslandsbund sagen, daß „die politische Agitation auf ökonomischem Boden" das weitest angewandte (und nicht „anwendbare") Mittel sei, so hätte er in bezug auf eine bestimmte Periode in der Entwicklung unserer sozialdemokratischen Bewegung recht. Namentlich hätte er in bezug auf die *Ökonomisten*, in bezug auf viele Praktiker (wenn nicht auf die Mehrheit von ihnen) der Jahre 1898 bis 1901 recht, denn diese ökonomistischen Praktiker haben tatsächlich die politische Agitation *fast ausschließlich auf ökonomischem Boden angewandt* (soweit sie sie überhaupt angewandt haben!). Eine *solche* politische Agitation haben, wie wir sahen, sowohl die „Rabotschaja Mysl" als auch die „Gruppe der Selbstbefreiung" anerkannt und sogar empfohlen! Das „Rabotscheje Delo" hätte *entschieden verurteilen* müssen, daß die nützliche ökonomische Agitation von einer schädlichen Einengung des politischen Kampfes begleitet war; anstatt dessen erklärt es aber das (*von den Ökonomisten*) weitest *angewandte* Mittel für das weitest *anwendbare*! Wenn wir nun diese Leute Ökonomisten nennen, so ist es kein Wunder, daß ihnen nichts anderes übrigbleibt, als uns nach allen Regeln der Kunst zu beschimpfen, uns „Mystifikatoren", „Desorganisatoren", „päpstliche Nuntien" und „Verleumder" * zu nennen, bei allen und jedem darüber zu

* Wörtlich in der Broschüre „Zwei Konferenzen", S. 31, 32, 28 und 30.

jammern, daß man sie tödlich beleidigt habe, und beinah unter Eid zu versichern: „Keine einzige sozialdemokratische Organisation kann jetzt des Ökonomismus beschuldigt werden"*. Ach, diese Verleumder, diese bösen... Politiker! Ob sie nicht den ganzen Ökonomismus absichtlich ausgeheckt haben, nur aus ihrem Menschenhaß, um den Leuten tödliche Beleidigungen zuzufügen?

Welchen konkreten, realen Sinn hat es im Munde Martynows, wenn er der Sozialdemokratie die Aufgabe stellt: „Dem eigentlichen ökonomischen Kampf ist politischer Charakter zu verleihen"? Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des *Verkaufs der Arbeitskraft*, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein beruflicher Kampf, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die *Verbesserung* dieser Bedingungen nach Berufen (im Westen durch die Gewerkschaften, in Rußland durch provisorische gewerkschaftliche Vereinigungen und durch Flugblätter usw.) geführt werden muß. „Dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter" verleihen heißt folglich die Durchsetzung derselben gewerkschaftlichen Forderungen, derselben gewerkschaftlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch „gesetzgebende und administrative Maßnahmen" (wie sich Martynow auf der nächsten Seite, auf Seite 43 seines Artikels ausdrückt) anstreben. Das eben tun alle gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und haben es stets getan. Man werfe einen Blick in die Werke des gründlich gelehrten (und „gründlich" opportunistischen) Ehepaars Webb, und man wird sehen, daß die englischen Arbeiterverbände schon seit langem die Aufgabe, „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen", erkannt haben und verwirklichen; daß sie schon seit langem für Streikfreiheit, für die Beseitigung aller rechtlichen Behinderungen der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Bewegung, für Gesetze zum Schutz der Frauen und Kinder, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mittels der Hygiene- und Fabrikgesetzgebung usw. kämpfen.

So verbirgt sich hinter der pompösen Phrase „dem *eigentlichen* ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen", die „schrecklich" tiefgründig und revolutionär klingt, eigentlich nur das traditionelle Bestreben,

* „Zwei Konferenzen", S. 32.

die sozialdemokratische Politik zu einer trade-unionistischen Politik zu *degradieren*! Unter dem Vorwand, die Einseitigkeit der „Iskra", die angeblich „die Revolutionierung des Dogmas über die Revolutionierung des Lebens"* stellt, korrigieren zu wollen, tischt man uns *den Kampf für ökonomische Reformen* als etwas Neues auf. In Wirklichkeit steckt hinter dem Satz „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen" absolut nichts außer dem Kampf um ökonomische Reformen. Und Martynow hätte selbst zu diesem simplen Schluß gelangen können, wenn er sich die Bedeutung seiner eigenen Worte richtig klargemacht hätte. „Unsere Partei", sagt er und fährt sein schwerstes Geschütz gegen die „Iskra" auf, „könnte und müßte konkrete Forderungen nach gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Hungersnot usw. an die Regierung stellen." (S. 42/43 in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo".) Konkrete Forderungen nach Maßnahmen — ist das etwa keine Forderung nach sozialen Reformen? Und wir fragen die unvoreingenommenen Leser noch einmal, ob wir die Rabotschedelenzen (man verzeihe mir dieses plumpe, jetzt oft gebrauchte Wort!) dadurch verleumden, daß wir sie verkappte Bernsteinianer nennen, wenn sie die These von der Notwendigkeit des Kampfes für ökonomische Reformen als ihre *Meinungsverschiedenheit* mit der „Iskra" hinstellen?

Die revolutionäre Sozialdemokratie hat den Kampf für Reformen stets in ihre Tätigkeit eingeschlossen und tut das auch heute. Aber sie bedient sich der „ökonomischen" Agitation, um an die Regierung nicht nur die Forderung nach allen möglichen Maßnahmen zu stellen, sondern auch (und vor allem) die Forderung, daß sie aufhöre, eine autokratische Regierung zu sein. Außerdem hält sie es für ihre Pflicht, der Regierung diese Forderung *nicht nur* auf dem Boden des ökonomischen Kampfes zu stellen, sondern auch überhaupt auf dem Boden aller Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens. Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen

* „Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 60. Das ist die Martynowsche Variante der schon oben von uns gekennzeichneten Anwendung der These „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme" auf den heutigen, chaotischen Zustand unserer Bewegung. In Wirklichkeit ist das nur die Übersetzung des berüchtigten Bernsteinschen Satzes „Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts" ins Russische.

untergeordnet ist, ordnet sie den Kampf für Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus unter. Martynow aber läßt in anderer Form die Stadientheorie wiederauferstehen und ist bemüht, dem politischen Kampf unbedingt einen sozusagen ökonomischen Weg der Entwicklung vorzuschreiben. Indem er in der Zeit eines revolutionären Aufschwungs mit der angeblich besonderen „Aufgabe" des Kampfes für Reformen auftritt, zerrt er die Partei nach rückwärts und arbeitet sowohl dem „ökonomistischen" als auch dem liberalen Opportunismus in die Hände.

Weiter. Nachdem Martynow den Kampf für Reformen hinter der hochtrabenden These „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen" schamhaft verborgen hatte, hob er als etwas Besonderes *einzig und allein ökonomische Reformen* (und sogar nur Fabrikreformen) hervor. Warum er das tat, wissen wir nicht. Vielleicht versehentlich? Aber hätte er nicht nur „Fabrik"reformen im Auge, dann würde seine ganze eben von uns angeführte These jeden Sinn verlieren. Vielleicht, weil er „Zugeständnisse" der Regierung nur auf ökonomischem Gebiet für möglich und wahrscheinlich hält?* Wenn ja, dann ist das eine seltsame Verirrung: Zugeständnisse sind möglich und gibt es auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung über die Prügelstrafe, über das Paßwesen, über die Ablösegelder, über die Sekten, über die Zensur usw. usf. „Ökonomische" Zugeständnisse (oder Scheinzugeständnisse) sind für die Regierung freilich am billigsten und vorteilhaftesten, denn sie hofft dadurch den Arbeitermassen Vertrauen zur Regierung einzuflößen. Aber gerade darum *dürfen* wir Sozialdemokraten auf *keinen* Fall die Ansicht (oder das Mißverständnis) aufkommen lassen, als seien uns ökonomische Reformen lieber, als würden wir sie für besonders wichtig halten usw. „Solche Forderungen", sagt Martynow über die vorher von ihm aufgestellten konkreten Forderungen nach gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen, „wären kein leerer Schall, weil sie gewisse greifbare Resultate verheißen und somit von der Arbeitermasse aktiv unterstützt werden könnten..." Wir sind keine Ökonomisten, o nein! Wir liegen nur vor der „Greifbarkeit" konkreter Resultate ebenso sklavisch auf dem

* S. 43: „Natürlich, wenn wir den Arbeitern empfehlen, bestimmte ökonomische Forderungen an die Regierung zu stellen, so tun wir es, weil die autokratische Regierung auf *ökonomischem* Gebiet notgedrungen bereit ist, gewisse Zugeständnisse zu machen."

Bauch wie die Herren Bernstein, Prokopowitsch, Struve, R. M. und tutti quanti*! Wir geben nur (zusammen mit Narziß Tuporylow) zu verstehen, daß alles, was keine „greifbaren Resultate verheißt", „leerer Schall" sei! Wir drücken uns nur so aus, als wäre die Arbeitermasse unfähig (und als hätte sie nicht schon, ungeachtet derjenigen, die ihr Philistertum auf sie abwälzen wollen, ihre Fähigkeit bewiesen), *jeden* Protest gegen die Selbstherrschaft aktiv zu unterstützen, auch wenn *er ihr absolut keine greifbaren Resultate verheißt!*

Nehmen wir z. B. dieselben, gerade von Martynow angeführten Beispiele von „Maßnahmen" gegen die Arbeitslosigkeit und die Hungersnot. In der Zeit, in der das „Rabotscheje Delo", seinem Versprechen nach zu urteilen, sich damit befaßt, „konkrete" (in der Form von Gesetzentwürfen?) „Forderungen nach gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen", die „greifbare Resultate verheißen", aufzustellen und auszuarbeiten — in dieser Zeit war die „Iskra", die „unentwegt die Revolutionierung des Dogmas über die Revolutionierung des Lebens stellt", bemüht, den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und dem gesamten kapitalistischen System zu erklären, warnte sie vor der „kommenden Hungersnot", brandmarkte sie den polizeilichen „Kampf gegen die Hungernden" und die empörenden „provisorischen Zuchthausbestimmungen", in dieser Zeit veröffentlichte die „Sarja" in einem Sonderdruck den die Hungersnot behandelnden Teil ihrer „Innerpolitischen Rundschau"** als Agitationsbroschüre. Aber, du lieber Gott, wie „einseitig" waren dabei die unverbesserlich engstirnigen Orthodoxen, die Dogmatiker, die für die Gebote „des Lebens" taube Ohren haben! In allen ihren Artikeln gab es — o Schrecken! — *keine einzige*, kann man sich das vorstellen: aber auch nicht eine einzige „konkrete Forderung", die „greifbare Resultate verheißt"! Unglückselige Dogmatiker! Man sollte sie zu den Kritschewski und Martynow in die Lehre schicken, damit diese sie davon überzeugen, daß die Taktik ein Prozeß des Wachsens, das wächst usw., sei und daß man dem *eigentlichen* ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen müsse!

„Der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" („der *ökonomische* Kampf gegen die Regierung"!!)

* alle ihresgleichen. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 253—275. *Die Red.*

„hat außer seiner unmittelbaren revolutionären Bedeutung noch die Bedeutung, daß er die Arbeiter ständig auf die Frage ihrer politischen Rechtlosigkeit stößt." (Martynow, S. 44.) Wir haben dieses Zitat nicht nachgeschrieben, um zum hundertsten und tausendsten Male das schon oben Gesagte zu wiederholen, sondern um Martynow unseren besonderen Dank auszusprechen für diese neue und ausgezeichnete Formulierung: „Der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung." Wie prächtig! Mit welch unnachahmlichem Talent, mit welch meisterhafter Eliminierung* aller partiellen Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede in der Schattierung, die es unter den Ökonomisten gibt, ist hier in einem kurzen und klaren Satz das *ganze Wesen* des Ökonomismus dargelegt, von der Aufforderung an die Arbeiter „zum politischen Kampf, den sie im gemeinsamen Interesse führen, um der Verbesserung der Lage aller Arbeiter willen"**, über die Stadientheorie bis zur Konferenzresolution über die „weiteste Anwendbarkeit" usw. Der „ökonomische Kampf gegen die Regierung" ist eben die trade-unionistische Politik, von der es bis zur sozialdemokratischen Politik noch sehr, sehr weit ist.

b) Die Geschichte darüber, wie Plechanow von Martynow vertieft wurde

„Wieviel sozialdemokratische Lomonossows sind doch bei uns in letzter Zeit aufgetaucht!" bemerkte einmal ein Genosse und meinte damit die erstaunliche Neigung vieler zum Ökonomismus neigenden Leute, unbedingt „aus eigenem Verstand" zu erhabenen Wahrheiten zu gelangen (wie z. B. zu der, daß der ökonomische Kampf die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit stößt) und dabei mit der dem urwüchsigen Genie eigenen großartigen Verachtung all das zu ignorieren, was die vorangegangene Entwicklung des revolutionären Denkens und der revolutionären Bewegung bereits hervorgebracht hat. Und ein so urwüchsiges Talent ist Lomonossow-Martynow. Man werfe einen Blick in seinen Artikel „Aktuelle Fragen", und man wird sehen, wie er „aus eigenem Verstand" an das *herankommt*, was bereits vor langer Zeit von Axelrod (über den sich unser Lomonossow natürlich völlig ausschweigt) gesagt wurde, wie er zum Bei-

* Beseitigung. *Die Red.*

** „Rabotschaja Mysl", „Sonderbeilage", S. 14.

spiel zu verstehen *beginnt*, daß wir die oppositionelle Haltung dieser oder jener Schichten der Bourgeoisie nicht ignorieren dürfen („Rabotscheje Delo" Nr. 9, S. 61, 62, 71, vgl. mit der „Antwort" der Redaktion des „Rabotscheje Delo" an Axelrod, S. 22, 23/24) usw. Aber — leider! — er „kommt nur heran", er „beginnt nur", und nicht mehr als das, denn die Gedanken Axelrods hat er trotzdem noch so wenig begriffen, daß er vom „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" spricht. Drei Jahre lang (1898—1901) hat das „Rabotscheje Delo" Anstrengungen gemacht, um Axelrod zu begreifen, und... hat ihn dennoch nicht begriffen! Vielleicht kommt das auch daher, daß die Sozialdemokratie, „gleich der Menschheit", sich immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann?

Aber die Lomonossow zeichnen sich nicht nur dadurch aus, daß sie vieles nicht wissen (das wäre nur das halbe Übel!), sondern auch dadurch, daß sie sich ihrer eigenen Ignoranz nicht bewußt sind. Das ist schon ein wirkliches Übel, und dieses Übel bringt sie dazu, sich so ohne weiteres an die „Vertiefung" Plechanows zu machen.

„Seit der Zeit, da Plechanow das genannte Buch schrieb" („Über die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot in Rußland"), „ist viel Wasser ins Meer geflossen", erzählt Lomonossow-Martynow. „Die Sozialdemokraten, die zehn Jahre lang den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse geleitet haben..., sind noch nicht dazu gekommen, der Parteitaktik eine umfassende theoretische Begründung zu geben. Jetzt ist diese Frage herangereift, und wollten wir eine solche theoretische Begründung geben, so müßten wir unbedingt die Prinzipien der Taktik bedeutend vertiefen, die Plechanow einst entwickelte... Wir müßten jetzt den Unterschied zwischen Propaganda und Agitation anders definieren, als es Plechanow getan hat." (Martynow hat soeben die Worte Plechanows angeführt: „Der Propagandist vermittelt viele Ideen an eine oder mehrere Personen, der Agitator aber vermittelt nur eine oder nur wenige Ideen, dafür aber vermittelt er sie einer ganzen Menge von Personen.") „Unter Propaganda würden wir die revolutionäre Beleuchtung der gesamten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung oder ihrer Teilerscheinungen verstehen, unabhängig davon, ob das in einer Form geschieht, die dem einzelnen oder der breiten Masse zugänglich ist. Unter Agitation im strengen Sinne des Wortes (sic!) würden wir verstehen: den Appell an die Massen zu bestimmten konkreten Aktionen, die Förderung der unmittelbaren revolutionären Einmischung des Proletariats in das öffentliche Leben."

Wir beglückwünschen die russische — und auch die internationale — Sozialdemokratie zu der neuen, exakteren und tieferen, Martynowschen Terminologie. Bisher waren wir (zusammen mit Plechanow sowie mit allen Führern der internationalen Arbeiterbewegung) der Meinung, daß der Propagandist zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen muß usw. Mit einem Wort, er muß „viele Ideen" vermitteln, so viele, daß sich nur (verhältnismäßig) wenige Personen alle diese Ideen in ihrer Gesamtheit sofort zu eigen machen werden. Der Agitator hingegen, der über die gleiche Frage spricht, wird das allen seinen Hörern bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen — z. B. den Hungertod einer arbeitslosen Familie, die Zunahme der Bettelei usw. — und wird alle seine Bemühungen darauf richten, auf Grund dieser allen bekannten Tatsache der „Masse" *eine Idee* zu vermitteln: die Idee von der Sinnlosigkeit des Widerspruchs zwischen der Zunahme des Reichtums und der Zunahme des Elends, er wird bemüht sein, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu *wecken*, während er die restlose Erklärung des Ursprungs dieses Widerspruchs dem Propagandisten überlassen wird. Der Propagandist wirkt darum hauptsächlich durch das *gedruckte*, der Agitator durch das *gesprochene* Wort. Vom Propagandisten werden nicht die gleichen Eigenschaften verlangt wie vom Agitator. Kautsky und Lafargue werden wir zum Beispiel als Propagandisten bezeichnen, Bebel und Guesde als Agitatoren. Ein drittes Gebiet oder eine dritte Funktion der praktischen Tätigkeit schaffen zu wollen, nämlich „den Appell an die Massen zu bestimmten konkreten Aktionen", ist der größte Unsinn, denn der „Appell" als einzelner Akt ist entweder die natürliche und unumgängliche Ergänzung sowohl des theoretischen Traktats und der propagandistischen Broschüre als auch der Agitationsrede, oder er stellt eine rein ausführende Funktion dar. In der Tat, man betrachte zum Beispiel den jetzigen Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Kornzölle. Die Theoretiker schreiben Untersuchungen über die Zollpolitik mit dem „Appell", sagen wir, für Handelsverträge und Handelsfreiheit zu kämpfen; der Propagandist tut das gleiche in der Zeitschrift, der Agitator in öffentlichen Reden. Die „konkreten Aktionen" der Masse sind in diesem

Fall die Unterschriften unter die Petitionen an den Reichstag, in denen verlangt wird, die Kornzölle nicht zu erhöhen. Der Appell zu diesen Aktionen geht mittelbar von den Theoretikern, Propagandisten und Agitatoren aus und unmittelbar von den Arbeitern, die in den Fabriken und in Wohnungen Unterschriften sammeln. Nach der „Martynowschen Terminologie" wären also Kautsky und Bebel Propagandisten, die Unterschriftensammler — Agitatoren, nicht wahr?

Bei dem Beispiel der Deutschen fällt mir das deutsche Wort „Verballhornung" ein. Johann Ballhorn war ein Lübecker Verleger aus dem 16. Jahrhundert; er gab eine Fibel heraus, in der er, wie üblich, auch eine Zeichnung brachte, auf der ein Hahn abkonterfeit war; nur sah man auf dem Bilde statt des gewöhnlichen Hahns mit Sporen an den Füßen einen Hahn ohne Sporen, dafür aber lagen neben ihm ein paar Eier. Und auf dem Umschlag der Fibel vermerkte er: „*Verbesserte* Ausgabe von Johann Ballhorn". Seitdem bezeichnen die Deutschen eine „Verbesserung", die in Wirklichkeit eine Verschlechterung ist, als Verballhornung. Und unwillkürlich fällt einem Ballhorn ein, wenn man sieht, wie die Martynow einen Plechanow „vertiefen"...

Zu welchem Zweck hat unser Lomonossow dieses Durcheinander „erfunden"? Um zu illustrieren, daß die „Iskra" „ihr Augenmerk nur auf die eine Seite der Sache richtet, ebenso wie es Plechanow schon vor anderthalb Jahrzehnten getan hat" (39). „Bei der ‚Iskra' werden, wenigstens für die Gegenwart, die Aufgaben der Agitation durch die Aufgaben der Propaganda in den Hintergrund gedrängt." (52.) Übersetzt man diesen letzten Satz aus der Martynowschen in eine menschliche Sprache (denn die Menschheit ist noch nicht so weit, daß sie sich die neuentdeckte Terminologie zu eigen gemacht hat), so erhält man folgendes: Bei der „Iskra" wird die Aufgabe, „an die Regierung konkrete Forderungen nach gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen zu stellen", „die gewisse greifbare Resultate verheißen" (oder Forderungen nach sozialen Reformen, wenn es erlaubt ist, einmal noch die alte Terminologie der bisherigen Menschheit zu gebrauchen, die das Martynowsche Niveau noch nicht erreicht hat), durch die Aufgaben der politischen Propaganda und der politischen Agitation in den Hintergrund gedrängt. Wir stellen dem Leser anheim, diese Behauptung mit folgender Tirade zu vergleichen:

„Was uns an diesen Programmen" (den Programmen der revolutionären Sozialdemokraten) „in Staunen setzt, ist auch die Tatsache, daß sie ständig die Vorzüge des Wirkens der Arbeiter im (bei uns nicht bestehenden) Parlament in den Vordergrund schieben, während sie (infolge ihres revolutionären Nihilismus) völlig ignorieren, wie wichtig es ist, daß die Arbeiter an den bei uns bestehenden gesetzgebenden Versammlungen der Fabrikanten zur Regelung der Fabrikangelegenheiten teilnehmen ... oder daß die Arbeiter wenigstens an der städtischen Selbstverwaltung teilnehmen ..."

Der Urheber dieser Tirade bringt etwas direkter, klarer und offener denselben Gedanken zum Ausdruck, zu dem Lomonossow-Martynow aus eigenem Verstand gelangt ist. Dieser Verfasser aber ist R. M. aus der „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'" (S. 15).

c) *Die politischen Enthüllungen und die „Erziehung zur revolutionären Aktivität"*

Als Martynow der „Iskra" seine „Theorie" von der „Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse" entgegenstellte, offenbarte er in Wirklichkeit das Bestreben, diese Aktivität *herabzudrücken*, denn als das den Vorzug verdienende, besonders wichtige, „weitest anwendbare" Mittel zur Erweckung dieser Aktivität und als das Feld dieser Aktivität erklärte er denselben ökonomischen Kampf, den auch alle Ökonomisten sklavisch anbeteten. Dieser Irrtum ist darum so charakteristisch, weil er keineswegs Martynow allein eigen ist. In Wirklichkeit aber kann die „Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse" *nur* dann erreicht werden, wenn wir uns *nicht beschränken* auf die „politische Agitation auf ökonomischem Boden". Eine der Grundbedingungen für die notwendige Erweiterung der politischen Agitation ist aber die Organisierung *allseitiger* politischer Enthüllungen. Anders als durch diese Enthüllungen *kann* das politische Bewußtsein und die revolutionäre Aktivität der Massen *nicht* herangebildet werden. Darum ist diese Art Tätigkeit eine der wichtigsten Funktionen der gesamten internationalen Sozialdemokratie, denn auch die politische Freiheit beseitigt keineswegs die Sphäre, auf die diese Enthüllungen gerichtet sind, sondern verschiebt sie nur. Zum Beispiel ist es besonders die deutsche Partei, die gerade dank der ungeschwächten Energie ihrer politischen Ent-

kampagne ihre Positionen festigt und ihren Einfluß erweitert. Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf *alle* und *jegliche* Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, *welche Klassen* diese Fälle auch betreffen mögen, und eben vom sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem anderen Standpunkt aus zu reagieren. Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu unbedingt an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, *jede* andere Klasse der Gesellschaft in *allen* Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Analyse und materialistische Beurteilung *aller* Seiten der Tätigkeit und des Lebens *aller* Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden. Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen... sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen als vielmehr der durch die Erfahrung des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen *aller* Klassen der modernen Gesellschaft. Darum eben ist die Predigt unserer Ökonomisten, daß der ökonomische Kampf das weitest anwendbare Mittel zur Einbeziehung der Massen in die politische Bewegung sei, so überaus schädlich und ihrer praktischen Bedeutung nach so überaus reaktionär. Um Sozialdemokrat zu werden, muß der Arbeiter eine klare Vorstellung haben von dem ökonomischen Wesen und dem sozialen und politischen Gesicht des Gutsbesitzers und des Pfaffen, des hohen Beamten und des Bauern, des Studenten und des Lumpenproletariers, muß er ihre starken und schwachen Seiten kennen, muß er sich in den landläufigen Phrasen und all den Sophistereien auskennen, mit denen jede Klasse und jede Schicht ihre egoistischen Neigungen und ihr wahres „Innere" *verhüllt*, muß er sich darin auskennen, welche Institutionen und welche Gesetze diese oder jene Interessen zum Ausdruck bringen und in welcher Weise sie es tun. Diese „klare Vorstellung" aber kann aus keinem Buche gewonnen werden; sie kann uns nur durch lebendige Bilder aus dem Leben und durch Enthüllungen ge-

geben werden, die auf frischer Spur alles fixieren, was im gegebenen Moment um uns herum vor sich geht, wovon jedermann auf seine Art spricht oder wenigstens flüstert, was in bestimmten Ereignissen, in bestimmten Zahlen, in bestimmten Gerichtsurteilen usw. usw. seinen Ausdruck findet. Diese allseitigen politischen Enthüllungen sind die notwendige und die *wichtigste* Vorbedingung für die Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität.

Warum zeigt der russische Arbeiter noch so wenig seine revolutionäre Aktivität in bezug auf die bestialische Behandlung des Volkes durch die Polizei, in bezug auf die Verfolgungen der Sektierer, die Mißhandlungen der Bauern, das Wüten der Zensur, die Soldatenschindereien, die Verfolgung selbst der harmlosesten kulturellen Bestrebungen usw.? Darum etwa, weil ihn der „ökonomische Kampf" nicht darauf „stößt", weil ihm das keine „greifbaren Resultate verheißt" und wenig „Positives" gibt? Nein, eine solche Ansicht ist, wie gesagt, nichts anderes als der Versuch, die eigene Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, das eigene Philistertum (alias Bernsteinianertum) auf die Arbeitermasse abzuwälzen. Wir müssen es uns selbst, unserem Zurückbleiben hinter der Bewegung der Massen zuschreiben, daß wir es noch nicht verstanden haben, genügend umfassende, aufrüttelnde, rasche Enthüllungen all dieser Schandtaten zu organisieren. Tun wir das (und wir können und müssen es tun), so wird auch der unentwickeltste Arbeiter verstehen *oder fühlen*, daß der Student und der Sektierer, der Bauer und der Schriftsteller von derselben finsteren Macht verhöhnt und mißhandelt werden, die ihn selber auf Schritt und Tritt unterdrückt, und sobald er das fühlt, wird er von dem Willen, unwiderstehlich von dem Willen beseelt werden, auch selbst zu reagieren, wird es dann verstehen, heute den Zensoren Katzenmusik zu machen, morgen vor dem Hause des Gouverneurs, der einen Bauernaufstand unterdrückt hat, zu demonstrieren, übermorgen den Gendarmen im Priesterrock, die die Arbeit der Heiligen Inquisition verrichten, eine Lektion zu erteilen usw. Wir haben noch sehr wenig, fast nichts getan, um schnell allseitige Enthüllungen unter die Arbeitermassen zu *bringen*. Vielen von uns ist diese ihre *Pflicht* noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, sie trotten spontan hinter dem „unscheinbaren Tageskampf" im engen Rahmen des Fabriklebens einher. Bei dieser Sachlage sagen: „Die ‚Iskra' hat die Tendenz, die Bedeutung der Vorwärtsbewegung des unscheinbaren

Tageskampfes im Vergleich zur Propaganda glänzender und vollendeter Ideen herabzusetzen" (Martynow, S. 61), heißt die Partei zurückzerren, heißt unsere mangelnde Vorbereitung, unsere Rückständigkeit verteidigen und preisen.

Was den Appell an die Massen zur Aktion betrifft, so wird das von selbst kommen, sobald es eine energische politische Agitation, lebendige und aufrüttelnde Enthüllungen geben wird. Jemand auf frischer Tat ertappen und ihn sofort vor aller Welt brandmarken — das wirkt schon an sich besser als jeder „Appell", das wirkt oft so, daß man nachher nicht mehr feststellen kann, wer eigentlich an die Menge „appelliert" und wer eigentlich diesen oder jenen Plan der Demonstration vorgeschlagen hat usw. Appellieren — nicht im allgemeinen, sondern im konkreten Sinne des Wortes — kann man nur am Ort der Handlung, appellieren kann nur, wer selber und sofort mitmacht. Unsere Sache, die Sache der sozialdemokratischen Publizisten, aber ist es, die politischen Enthüllungen und die politische Agitation zu vertiefen, zu erweitern und zu verstärken.

Beiläufig, über die „Appelle". Das *einzige Organ*, das *vor* den Frühjahrsereignissen an die Arbeiter *appellierte*, sich aktiv in eine solche, dem Arbeiter absolut keine *greifbaren Resultate verheißende* Frage einzumischen, wie die Zwangsrekrutierung von Studenten, *war die „Iskra"*. Sofort nach Veröffentlichung der Verfügung vom 11. Januar über die „Rekrutierung von 183 Studenten" brachte die „Iskra" einen Artikel darüber (Nr. 2, Februar*), und noch *bevor* irgendwelche Demonstrationen stattgefunden hatten, *appellierte* sie direkt „an den Arbeiter, dem Studenten zu Hilfe zu kommen", appellierte sie an das „Volk", eine offene Antwort auf die freche Herausforderung der Regierung zu geben. Wir fragen jedermann: Wie und wodurch ist der bedeutsame Umstand zu erklären, daß Martynow, der soviel von „Appellen" spricht und die „Appelle" sogar zu einem besonderen Tätigkeitsgebiet macht, kein Wort über *diesen* Appell gesagt hat? Und ist es nach alldem nicht Philistertum, wenn Martynow die „Iskra" für *einseitig* erklärt, da sie nicht genügend „Appelle" zum Kampf für Forderungen bringe, „die greifbare Resultate verheißen"?

Unsere Ökonomisten, darunter auch das „Rabotscheje Delo", hatten Erfolg, weil sie den unentwickelten Arbeitern nach dem Munde redeten. Aber der sozialdemokratische Arbeiter, der revolutionäre Arbeiter (und

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 416—421. *Die Red.*

die Zahl dieser Arbeiter wächst beständig), wird all diese Erörterungen über den Kampf um Forderungen, die „greifbare Resultate verheißen" usw., mit Empörung von sich weisen, denn er versteht, daß das nur neue Lesarten des alten Liedchens von der Kopeke Zulage pro Rubel sind. Ein solcher Arbeiter wird zu seinen Ratgebern aus der „Rabotschaja Mysl" und dem „Rabotscheje Delo" sagen: Wozu die nutzlose Geschäftigkeit, meine Herren, ihr mischt euch allzu eifrig in Dinge ein, mit denen wir allein fertig werden, und drückt euch vor der Erfüllung eurer wirklichen Pflichten. Es ist doch ganz und gar nicht klug, wenn ihr sagt, es sei Aufgabe der Sozialdemokraten, dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen; das ist nur der Anfang, und nicht darin besteht die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten, denn in der ganzen Welt, darunter auch in Rußland, *beginnt die Polizei oft selbst*, dem ökonomischen Kampf politischen Charakter zu *verleihen*, und die Arbeiter lernen selber begreifen, auf welcher Seite die Regierung steht.* Wird doch der „ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" — von dem ihr so tut, als wäre er ein von euch entdecktes

* Die Forderung, „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen", bringt die *Anbetung der Spontaneität* auf dem Gebiet der politischen Tätigkeit besonders klar zum Ausdruck. Der ökonomische Kampf nimmt fast immer *spontan*, das heißt ohne Einmischung „des revolutionären Bazillus, der Intelligenz", ohne Einmischung der zielbewußten Sozialdemokraten politischen Charakter an. Politischen Charakter hat zum Beispiel auch, ohne jede Beteiligung der Sozialisten, der ökonomische Kampf der Arbeiterschaft in England angenommen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten aber erschöpft sich nicht in der politischen Agitation auf ökonomischem Boden, ihre Aufgabe ist es, diese trade-unionistische Politik in einen sozialdemokratischen politischen Kampf zu *verwandeln*, die Funken politischen Bewußtseins, die der ökonomische Kampf in den Arbeitern entstehen läßt, *auszunutzen*, um die Arbeiter auf das Niveau des *sozialdemokratischen* politischen Bewußtseins zu *heben*. Anstatt aber das spontan erwachende politische Bewußtsein zu heben und vorwärtszubringen, machen die Martynow einen *Kotau vor der Spontaneität* und versichern immer wieder bis zum Erbrechen, daß der ökonomische Kampf die Arbeiter auf die Frage ihrer politischen Rechtlosigkeit „stößt". Schlimm ist es, ihr Herren, daß dieses spontane Erwachen des trade-unionistischen politischen Bewußtseins euch nicht auf die Frage eurer sozialdemokratischen Aufgaben „*stößt*".

Amerika — überall in den entlegensten Ecken und Enden Rußlands von den Arbeitern selber geführt, die wohl von Streiks, aber fast nichts vom Sozialismus gehört haben. Ist doch unter uns, den Arbeitern, die ihr alle unterstützen wollt, indem ihr konkrete, greifbare Resultate verheißende Forderungen formuliert, diese „Aktivität" bereits vorhanden, und wir selber stellen in unserer täglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit diese konkreten Forderungen häufig ohne jede Hilfe der Intellektuellen auf. Aber eine *solche* Aktivität genügt uns nicht; wir sind keine Kinder, die man mit dem Brei der „ökonomischen" Politik allein abspeisen kann; wir wollen all das wissen, was auch die anderen wissen, wir wollen *alle* Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und *aktiv* an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen*, dafür aber uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, was wir aus unserer Fabrikerfahrung und „ökonomischen" Erfahrung nie lernen können, nämlich: politisches Wissen. Dieses Wissen könnt ihr, Intellektuelle, erwerben, und ihr seid *verpflichtet*, es uns in hundert- und tausendfach größerem Ausmaß zu übermitteln, als ihr es bis jetzt getan habt, und zwar nicht nur in der Form von Abhandlungen, Broschüren und Artikeln (die oft — entschuldigt unsere Offenheit! — etwas langweilig sind), sondern unbedingt in der Form von lebendigen *Enthüllungen* dessen, was gerade jetzt unsere Regierung und unsere herrschenden Klassen auf allen Lebensgebieten tun. Erfüllt lieber eifriger diese eure Pflicht und *sprecht weniger von der „Steigerung der Aktivität der Arbeitermasse"*. Wir besitzen viel mehr Aktivi-

* Zur Bestätigung dessen, daß wir uns diese ganze Rede der Arbeiter an die Ökonomisten nicht ohne Grund ausgedacht haben, wollen wir uns auf zwei Zeugen berufen, die zweifellos die Arbeiterbewegung unmittelbar kennen und die am wenigsten geneigt sein dürften, eine Vorliebe für uns „Dogmatiker" zu hegen, denn der eine Zeuge ist ein Ökonomist (der sogar das „Rabotscheje Delo" für ein politisches Organ hält!), der andere ein Terrorist. Der erste Zeuge ist der Verfasser des durch seine Wahrhaftigkeit und Lebendigkeit bemerkenswerten Artikels „Die Petersburger Arbeiterbewegung und die praktischen Aufgaben der Sozialdemokratie" in Nr. 6 des „Rabotscheje Delo". Er teilt die Arbeiter in 1. bewußte Revolutionäre, 2. eine Zwischenschicht und 3. die übrige Masse. Und die Zwischenschicht „interessiert sich oft mehr für die Fragen des politischen Lebens als für ihre nächsten wirtschaftlichen Interessen, deren Zusammenhang mit den allgemeinen sozialen Verhältnissen längst be-

tät, als ihr glaubt, und wir verstehen es, durch offenen, durch Straßenkampf sogar solche Forderungen zu unterstützen, die keine „greifbaren Resultate" verheißen! Und nicht an euch ist es, unsere Aktivität „zu steigern", denn *gerade euch selber mangelt es an Aktivität.* Betet weniger die Spontaneität an und denkt mehr an die Steigerung *eurer* Aktivität, ihr Herren!

d) Was hat der Ökonomismus mit dem Terrorismus gemein?

Weiter oben haben wir in der Fußnote einen Ökonomisten und einen nichtsozialdemokratischen Terroristen konfrontiert; sie haben sich zufällig als solidarisch erwiesen. Doch allgemein gesprochen, besteht zwischen dem einen und dem anderen nicht ein zufälliger, sondern ein notwendiger innerer Zusammenhang, auf den wir weiter unten noch zurückkommen werden und der gerade bei der Frage der Erziehung zur revolutionären Aktivität erwähnt werden muß. Die Ökonomisten und die heutigen Terroristen haben eine gemeinsame Wurzel: das ist eben jene *Anbetung der Spontaneität,* von der wir im vorigen Kapitel als von einer allgemeinen Erscheinung gesprochen haben und die wir jetzt hinsichtlich ihres Einflusses auf die politische Tätigkeit und den politischen Kampf betrachten. Auf den ersten Blick mag unsere Behauptung paradox erscheinen: so groß ist scheinbar der Unterschied zwischen Leuten, die den „unscheinbaren Tageskampf" hervorheben, und Leuten, die zum selbstlosesten Kampf einzelner Personen aufrufen. Aber das ist nicht paradox. Die Ökonomi-

griffen worden ist..." Die „Rabotschaja Mysl" „wird scharf kritisiert": „Immer dasselbe, längst bekannt, längst gelesen", „die politische Übersicht enthält wieder nichts" (S. 30/31). Aber sogar die dritte Schicht, „die sensiblere, jüngere, durch Wirtshaus und Kirche weniger demoralisierte Arbeitermasse, die fast nie die Möglichkeit hat, sich ein Buch politischen Inhalts zu verschaffen, legt sich die Erscheinungen des politischen Lebens schlecht und recht aus, wenn sie über die fragmentarischen Berichte von Studentenunruhen usw. nachdenkt". Der Terrorist aber schreibt: „Ein-, zweimal werden die Details aus dem Fabrikleben in verschiedenen fremden Städten gelesen, und dann hört man damit auf... Es ist langweilig... In einer Arbeiterzeitung nicht vom Staate reden... heißt den Arbeiter als Wickelkind behandeln... Der Arbeiter ist kein Wickelkind." („Swoboda", herausgegeben von der revolutionär-sozialistischen Gruppe, S. 69 und 70.)

sten und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomisten — der Spontaneität der „reinen Arbeiterbewegung", die Terroristen — der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror. So ist die Anbetung der Spontaneität bei beiden von uns genannten Richtungen nichts anderes als der *Anfang zur Verwirklichung* des berühmten Programms des „Credo": Die Arbeiter führen ihren „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" (der Verfasser des „Credo" mag uns verzeihen, daß wir seine Gedanken mit den Worten Martynows ausdrücken! Wir glauben dazu berechtigt zu sein, denn auch im „Credo" ist davon die Rede, daß die Arbeiter in ihrem ökonomischen Kampf „mit dem politischen Regime zusammenstoßen") — die Intellektuellen aber führen den politischen Kampf aus eigenen Kräften, natürlich mit Hilfe des Terrors! Das ist eine vollkommen logische und unvermeidliche *Schlußfolgerung*, auf der man bestehen muß, *wenn auch diejenigen*, die dieses Programm auszuführen beginnen, sich der Unvermeidlichkeit dieser Schlußfolgerung *selber nicht bewußt geworden sind*. Die politische Tätigkeit hat ihre Logik, die unabhängig vom Bewußtsein derer ist, die mit den besten Vorsätzen entweder zum Terror auffordern oder dazu, dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen. Mit guten Vorsätzen ist der Weg zur Hölle gepflastert, und in diesem Falle retten die guten Vorsätze noch nicht vor dem spontanen Sichtreibenlassen auf der „Linie des geringsten Widerstands", der Linie des *rein bürgerlichen* Programms des „Credo". Auch der Umstand ist nicht zufällig, daß viele russische Liberale — die offenen Liberalen und diejenigen, die eine marxistische Larve tragen — von ganzem Herzen mit dem Terror sympathisieren und bemüht sind, den Aufschwung der terroristischen Stimmungen im gegenwärtigen Zeitpunkt zu fördern.

Als nun die „revolutionär-sozialistische Gruppe Swoboda" entstand, die sich ja gerade die Aufgabe stellte, die Arbeiterbewegung in jeder Beziehung zu fördern, jedoch den Terror *in das Programm* mit aufnahm und

sich sozusagen von der Sozialdemokratie emanzipierte, da bestätigte diese Tatsache ein übriges Mal die glänzende Voraussicht P. B. Axelrods, der *schon Ende 1897* dieses Resultat der Schwankungen in der Sozialdemokratie *ganz genau voraussagte* („Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und der Taktik") und seine berühmten „zwei Perspektiven" entwarf. Alle späteren Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Sozialdemokraten sind bereits, wie die Pflanze im Samenkorn, in diesen beiden Perspektiven enthalten.*

Von diesem Standpunkt aus gesehen, wird es auch klar, warum das „Rabotscheje Delo", das der Spontaneität des Ökonomismus nicht widerstand, auch der Spontaneität des Terrorismus nicht widerstehen konnte. Es ist sehr interessant, hier auf die besondere Argumentation zur Verteidigung des Terrors hinzuweisen, die die „Swoboda" vorgebracht hat. Die einschüchternde Rolle des Terrors wird von ihr „völlig verneint" („Die Wiedergeburt des Revolutionismus", S. 64), dafür aber schiebt sie die „exzitierende (aufrüttelnde) Bedeutung" des Terrors in den Vordergrund. Das ist charakteristisch, erstens, als eines der Zersetzungs- und Zerfallsstadien jenes traditionellen (vorsozialdemokratischen) Ideenkreises, der zwangsläufig die Beibehaltung des Terrors forderte. Anerkennen, daß man jetzt die Regierung durch den Terror nicht „einschüchtern" —

* Martynow „stellt sich ein anderes, realeres (?) Dilemma vor" („Die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse", 19): „Entweder übernimmt die Sozialdemokratie die unmittelbare Leitung des ökonomischen Kampfes des Proletariats und verwandelt ihn dadurch (!) in den revolutionären Klassenkampf..." „Dadurch" heißt augenscheinlich durch die unmittelbare Leitung des ökonomischen Kampfes. Soll uns Martynow zeigen, wo es jemals gelungen wäre, *allein* durch die Leitung des gewerkschaftlichen Kampfes eine trade-unionistische Bewegung in eine revolutionäre Klassenbewegung zu verwandeln. Begreift er denn nicht, daß wir zu dieser „Verwandlung" die „unmittelbare Leitung" der *allseitigen* politischen Agitation aktiv in die Hand nehmen müssen?... „Oder die andere Perspektive: Die Sozialdemokratie hält sich abseits von der Leitung des ökonomischen Kampfes der Arbeiter und... stutzt sich damit selbst die Flügel..." Nach der oben angeführten Meinung des „Rabotscheje Delo" ist es die „Iskra", die „sich abseits hält". Aber wir haben gesehen, daß die „Iskra" für die Leitung des ökonomischen Kampfes *viel mehr* tut *als das „Rabotscheje Delo"*, wobei sie sich darauf nicht beschränkt und um dieser Sache willen ihre politischen Aufgaben *nicht einengt*.

und folglich nicht desorganisieren — kann, heißt im Grunde genommen, den Terror als Kampfsystem, als ein durch das Programm sanktioniertes Tätigkeitsgebiet völlig verurteilen. Zweitens ist das noch charakteristischer als Musterbeispiel des mangelnden Verständnisses für unsere dringenden Aufgaben bei „der Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität". Die „Swoboda" propagiert den Terror als Mittel, die Arbeiterbewegung „aufzurütteln", ihr einen „starken Anstoß" zu geben. Man kann sich schwerlich eine Argumentation vorstellen, die sich selbst anschaulicher widerlegte! Gibt es denn, fragt man sich, im russischen Leben noch zu wenig Schändlichkeiten, daß man besondere „aufrüttelnde" Mittel erfinden muß? Und anderseits, wer selbst durch die in Rußland herrschende Willkür nicht aufgerüttelt wird und nicht aufzurütteln ist, der wird offenbar auch dem Zweikampf zwischen der Regierung und einem Häuflein von Terroristen ruhig zusehen und „die Daumen drehen". Das ist es ja gerade, daß die Arbeitermassen durch die Niederträchtigkeiten des russischen Lebens sehr stark aufgerüttelt werden, wir verstehen es nur nicht, alle jene Tropfen und Rinnsale der Volkserregung zu sammeln und — wenn man so sagen darf — zu konzentrieren, die aus dem russischen Leben in unermeßlich größerer Menge hervorquellen, als wir alle es uns vorstellen und glauben, die aber zu *einem* gewaltigen Strom vereinigt werden müssen. Daß das eine realisierbare Aufgabe ist, wird unwiderleglich durch das mächtige Anwachsen der Arbeiterbewegung und den oben bereits festgestellten Heißhunger der Arbeiter nach politischer Literatur bewiesen. Die Aufforderungen zum Terror jedoch, ebenso wie die Aufforderungen, dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen, stellen verschiedene Formen des *Sichdrückens* vor der dringendsten Pflicht der russischen Revolutionäre dar: die allseitige politische Agitation zu organisieren. Die „Swoboda" will die Agitation durch den Terror *ersetzen*; sie erklärt offen, daß, „wenn eine verstärkte, energische Agitation in den Massen einsetzt, seine exzitierende (aufrüttelnde) Rolle ausgespielt ist" („Die Wiedergeburt des Revolutionismus", S. 68). Das zeigt eben, daß sowohl die Terroristen als auch die Ökonomisten die revolutionäre Aktivität der Massen *unterschätzen*, und dies ungeachtet der klaren Beweise, die die Frühjahrsereignisse* geliefert haben, wobei die einen nach

* Es handelt sich um das Frühjahr *1901*, in dem die großen Straßendemonstrationen begannen. (Anmerkung des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

künstlichen „aufrüttelnden Mitteln" suchen, die anderen von „konkreten Forderungen" sprechen. Sowohl die einen wie die anderen schenken der Entfaltung *ihrer eigenen Aktivität* auf dem Gebiet der politischen Agitation und der Organisation der politischen Enthüllungen nicht genügend Aufmerksamkeit. Es ist aber weder jetzt noch zu irgendeiner anderen Zeit möglich, diese Aktivität durch irgend etwas anderes zu *ersetzen*.

e) Die Arbeiterklasse als der Vorkämpfer der Demokratie

Wir haben gesehen, daß die umfassendste politische Agitation und folglich auch die Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen die unbedingt notwendige und *allerdringendste* Aufgabe der Arbeit ist, wenn sie eine wahrhaft sozialdemokratische Arbeit sein soll. Doch diese Schlußfolgerung haben wir gezogen, ausgehend *allein* von dem dringendsten Bedürfnis der Arbeiterklasse nach politischem Wissen und politischer Erziehung. Indes wäre diese Problemstellung allein zu eng, sie würde die allgemein demokratischen Aufgaben jeder Sozialdemokratie schlechthin und der heutigen russischen Sozialdemokratie insbesondere außer acht lassen. Um diesen Satz möglichst konkret zu erläutern, wollen wir versuchen, an die Frage von der Seite heranzugehen, die dem Ökonomisten „am nächsten" liegt, nämlich der praktischen Seite. „Alle sind damit einverstanden", daß es notwendig ist, das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse zu entwickeln. Es fragt sich, *wie* das getan werden muß und was erforderlich ist, um es zu tun. Der ökonomische Kampf „stößt" die Arbeiter nur auf Fragen, die das Verhältnis der Regierung zur Arbeiterklasse betreffen, und *wie sehr wir uns auch abmühen mögen* mit der Aufgabe, „dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen", wir würden es *nie zustande bringen*, im Rahmen dieser Aufgabe das politische Bewußtsein der Arbeiter (bis zur Höhe des sozialdemokratischen politischen Bewußtseins) zu entwickeln, denn *dieser Rahmen selbst ist zu eng*. Die Martynowsche Formel ist für uns keineswegs deshalb von Wert, weil sie Martynows Fähigkeit, die Dinge durcheinanderzubringen, illustriert, sondern weil sie den Grundirrtum aller Ökonomisten plastisch zum Ausdruck bringt, nämlich die Überzeugung, daß man das politi-

sche Klassenbewußtsein der Arbeiter aus ihrem ökonomischen Kampf sozusagen *von innen heraus* entwickeln könne, d. h. ausgehend allein (oder zumindest hauptsächlich) von diesem Kampf, basierend allein (oder zumindest hauptsächlich) auf diesem Kampf. Eine solche Auffassung ist grundfalsch — und eben weil die Ökonomisten, die uns wegen der gegen sie geführten Polemik zürnen, über den Ursprung der Meinungsverschiedenheiten nicht ordentlich nachdenken wollen, ergibt es sich, daß wir einander buchstäblich nicht verstehen, daß wir verschiedene Sprachen sprechen.

Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter *nur von außen* gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen *aller* Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen* Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? — nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen — von den Praktikern, die zum Ökonomismus neigen, ganz zu schweigen —, nämlich die Antwort: „Zu den Arbeitern gehen". Um den *Arbeitern* politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten *in alle Klassen der Bevölkerung gehen*, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee *in alle Richtungen* aussenden.

Wir wählen absichtlich eine so schroffe Formulierung, drücken uns absichtlich vereinfacht kraß aus, nicht etwa aus dem Wunsch heraus, Paradoxa zu sagen, sondern um die Ökonomisten gehörig auf die Aufgaben „zu stoßen", die sie in unverzeihlicher Weise vernachlässigen, auf den Unterschied zwischen trade-unionistischer und sozialdemokratischer Politik, den sie nicht verstehen wollen. Darum bitten wir den Leser, sich nicht zu ereifern und uns aufmerksam bis zu Ende anzuhören.

Man nehme einen sozialdemokratischen Zirkel von dem Typus, wie er in den letzten Jahren am meisten verbreitet war, und betrachte seine Arbeit. Er hat „Verbindungen mit Arbeitern" und gibt sich damit zufrieden, er gibt Flugblätter heraus, in denen die Mißstände in den Fabriken, die Begünstigung der Kapitalisten durch die Regierung und die Gewalttaten der Polizei gegeißelt werden; gewöhnlich geht in den Versamm-

lungen die Unterhaltung mit den Arbeitern nie oder fast nie über den Rahmen der gleichen Themen hinaus; Referate und Aussprachen über die Geschichte der revolutionären Bewegung, über die Innen- und Außenpolitik unserer Regierung, über Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands und Europas und über die Stellung der verschiedenen Klassen in der modernen Gesellschaft usw. sind eine überaus große Seltenheit; niemand denkt daran, systematisch Verbindungen in anderen Gesellschaftsklassen anzuknüpfen und sie auszubauen. Im Grunde genommen schwebt den Mitgliedern eines solchen Zirkels in den meisten Fällen als Ideal eines Funktionärs viel eher so etwas wie der Sekretär einer Trade-Union vor als der sozialistische politische Führer. Denn der Sekretär einer beliebigen, beispielsweise englischen Trade-Union hilft den Arbeitern stets, den ökonomischen Kampf zu führen, organisiert Fabrikenthüllungen, erläutert die Ungerechtigkeit von Gesetzen und Maßnahmen, die die Streikfreiheit und die Aufstellung von Streikposten (um jedermann zur Kenntnis zu bringen, daß in dem betreffenden Betrieb gestreikt wird) behindern, klärt über die Voreingenommenheit der Schiedsrichter auf, die den bürgerlichen Klassen des Volkes angehören usw. usf. Mit einem Wort, jeder Sekretär einer Trade-Union führt „den ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" und hilft ihn führen. Man kann nicht genug betonen, daß *das noch nicht* Sozialdemokratismus ist, daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen. Man vergleiche zum Beispiel solche Männer wie Robert Knight (bekannter Sekretär und Führer des Verbandes der Kesselschmiede, einer der mächtigsten englischen Trade-Unions) und Wilhelm Liebknecht, und man versuche auf sie jene Gegenüberstellung anzuwenden, in die Martynow seine Meinungsverschiedenheit mit der „Iskra" faßt. Man wird sehen — ich beginne Martynows Artikel durchzublättern —, daß R. Knight

viel mehr „an die Massen den Appell zu gewissen konkreten Aktionen" richtete (39), während W. Liebknecht sich viel mehr „mit der revolutionären Beleuchtung des ganzen bestehenden Regimes oder seiner Teilerscheinungen" befaßte (38/39); daß R. Knight „die nächsten Forderungen des Proletariats formulierte und auf die Mittel zu ihrer Verwirklichung hinwies" (41), während W. Liebknecht, der dies auch tat, nicht darauf verzichtete, „gleichzeitig die aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten zu leiten" und „ihnen ein positives Aktionsprogramm zu diktieren"* (41); daß R. Knight bestrebt war, eben „nach Möglichkeit dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen" (42), und es ausgezeichnet verstand, „an die Regierung konkrete Forderungen zu stellen, die gewisse greifbare Resultate verheißen" (43), während W. Liebknecht sich viel mehr mit „einseitigen" „Enthüllungen" (40) befaßte; daß R. Knight der „Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes" (61), W. Liebknecht aber „der Propaganda glänzender und vollendeter Ideen" mehr Bedeutung beimaß (61); daß W. Liebknecht aus der von ihm geleiteten Zeitung gerade „das Organ der revolutionären Opposition" machte, „das unsere Zustände enthüllt, vor allem die politischen Zustände, soweit sie mit den Interessen der verschiedensten Bevölkerungsschichten kollidieren" (63), während R. Knight „für die Arbeitersache in enger organischer Verbindung mit dem proletarischen Kampf arbeitete" (63) — wenn man „die enge und organische Verbindung" im Sinne jener Anbetung der Spontaneität versteht, wie wir sie oben an den Beispielen Kritschewskis und Martynows untersucht haben — und „die Sphäre seiner Einwirkung einengte", weil er natürlich ebenso wie Martynow davon überzeugt war, daß er „dadurch die Einwirkung selber komplizierte" (63). Kurz und gut, man wird sehen, daß Martynow de facto** die Sozialdemokratie zum Trade-Unionismus degradiert, obgleich er das natürlich keineswegs deshalb tut, weil er etwa der Sozialdemokratie nicht das Beste wünscht, sondern einfach, weil er sich ein wenig beeilt hat, Plechanow zu vertiefen, anstatt sich die Mühe zu machen, Plechanow zu verstehen.

* Zum Beispiel diktierte Liebknecht während des Deutsch-Französischen Krieges der *gesamten Demokratie* ein Aktionsprogramm — und noch mehr taten es Marx und Engels im Jahre 1848.

** faktisch, in der Tat. *Die Red.*

Doch kehren wir zu unserer Darstellung zurück. Wir haben gesagt, daß ein Sozialdemokrat, der nicht nur in Worten für die Notwendigkeit einer allseitigen Entwicklung des politischen Bewußtseins des Proletariats eintritt, „in alle Klassen der Bevölkerung gehen" muß. Es entstehen die Fragen: Wie ist das zu machen? Haben wir die Kräfte dazu? Ist der Boden für eine solche Arbeit in allen übrigen Klassen vorhanden? Wird das nicht eine Preisgabe des Klassenstandpunkts bedeuten oder zu einer Preisgabe des Klassenstandpunkts führen? Gehen wir auf diese Fragen ein.

„In alle Klassen der Bevölkerung gehen" müssen wir sowohl als Theoretiker und als Propagandisten wie auch als Agitatoren und als Organisatoren. Daß die theoretische Arbeit der Sozialdemokraten auf das Studium aller Besonderheiten der sozialen und der politischen Lage der einzelnen Klassen gerichtet sein muß, daran zweifelt niemand. Doch wird in dieser Hinsicht herzlich wenig getan, unverhältnismäßig wenig im Vergleich zu der Arbeit, die auf das Studium der Besonderheiten des Fabriklebens verwendet wird. In den Komitees und Zirkeln kann man Leute antreffen, die sich sogar in das Spezialstudium irgendeines Zweiges der Eisenproduktion vertiefen, aber man kann fast keine Beispiele anführen, daß Mitglieder der Organisationen (die, wie es oft der Fall ist, gezwungen sind, aus diesem oder jenem Grunde die praktische Arbeit aufzugeben) sich speziell mit dem Sammeln von Material über irgendeine aktuelle Frage unseres sozialen und politischen Lebens befaßten, die zu einer sozialdemokratischen Arbeit in anderen Schichten der Bevölkerung Anlaß geben könnte. Wenn man von der geringen Schulung der meisten heutigen Führer der Arbeiterbewegung spricht, so muß man auch die Schulung in dieser Hinsicht erwähnen, denn auch das hängt mit der „ökonomistischen" Auffassung von der „engen organischen Verbindung mit dem proletarischen Kampf" zusammen. Die Hauptsache aber ist natürlich *Propaganda* und *Agitation* unter allen Schichten des Volkes. Dem westeuropäischen Sozialdemokraten wird diese Aufgabe durch Volksversammlungen und Zusammenkünfte erleichtert, die *jeder*, der dazu Lust hat, besuchen kann, sie wird ihm durch das Parlament erleichtert, wo er vor Abgeordneten *aller* Klassen spricht. Wir haben weder ein Parlament noch Versammlungsfreiheit, aber wir verstehen es dennoch, Versammlungen von Arbeitern zu veranstalten, die einen *Sozialdemokraten* hören wollen. Wir müssen es auch verstehen, Versammlungen von Vertretern aller Bevölkerungs-

klassen zu veranstalten, die nur einen *Demokraten* hören wollen. Denn der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis vergißt, daß „die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen", daß wir daher verpflichtet sind, *vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben* darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, bei der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung *jeder* allgemein demokratischen Frage *allen voranzugehen.*

„Damit sind entschieden alle einverstanden!" — unterbricht uns der ungeduldige Leser, und die neue Instruktion für die Redaktion des „Rabotscheje Delo", die von der letzten Konferenz des Auslandsbundes angenommen worden ist, sagt direkt: „Als Anlässe zur politischen Propaganda und Agitation müssen alle Erscheinungen und Geschehnisse des sozialen und politischen Lebens dienen, die das Proletariat entweder unmittelbar als besondere Klasse oder als *Avantgarde aller revolutionären Kräfte im Kampfe für die Freiheit* betreffen." („Zwei Konferenzen", S. 17, hervorgehoben von uns.) Ja, das sind sehr richtige und sehr schöne Worte, und wir wären völlig zufrieden, wenn das „Rabotscheje Delo" sie *begriffen hätte, wenn es nicht zugleich mit diesen Worten Dinge redete, die ihnen widersprechen.* Es genügt nicht, sich „Avantgarde", Vortrupp zu nennen — man muß auch so handeln, daß *alle* übrigen Trupps erkennen und gezwungen sind anzuerkennen, daß wir an der Spitze marschieren. Und wir fragen den Leser: Sind denn die Vertreter der übrigen „Trupps" solche Dummköpfe, daß sie uns die „Avantgarde" aufs Wort glauben? Man stelle sich nur einmal konkret folgendes vor: Zu dem „Trupp" der gebildeten russischen Radikalen oder liberalen Konstitutionalisten kommt ein Sozialdemokrat und erklärt: Wir sind die Avantgarde, „jetzt steht vor uns die Aufgabe, nach Möglichkeit dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen". Jeder einigermaßen gescheite Radikale oder Konstitutionalist (und unter den russischen Radikalen und Konstitutionalisten gibt es viele gescheite Leute) wird, wenn er eine solche Rede hört, nur spöttisch lächeln und sagen (natürlich im stillen, denn er ist in den meisten Fällen ein erfahrener Diplomat): „Wie einfältig ist doch diese ‚Avantgarde'! Sie versteht nicht einmal, daß es ja unsere Aufgabe ist, die Aufgabe der fortgeschrittenen Vertreter der bürgerlichen Demo-

kratie, dem *eigentlichen* ökonomischen Kampf der Arbeiter politischen Charakter zu verleihen. Auch wir wollen, ebenso wie alle westeuropäischen Bourgeois, die Arbeiter in die Politik hineinziehen, *aber eben nur in eine trade-unionistische und nicht in eine sozialdemokratische Politik.* Die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse ist eben die *bürgerliche Politik* der Arbeiterklasse. Wenn diese ‚Avantgarde' ihre Aufgaben so formuliert, so ist das eben die Formulierung der trade-unionistischen Politik! Mögen sie sich daher Sozialdemokraten nennen, soviel sie wollen. Ich bin doch wahrlich kein Kind, daß ich mich wegen der Etiketten aufregen könnte! Wenn sie nur nicht dem Einfluß dieser schädlichen orthodoxen Dogmatiker verfallen, wenn sie nur die ‚Freiheit der Kritik' denen überlassen, die unbewußt die Sozialdemokratie in das trade-unionistische Fahrwasser schleppen!"

Das spöttische Lächeln unseres Konstitutionalisten wird aber zum homerischen Gelächter werden, wenn er erfährt, daß jene Sozialdemokraten, die von der Sozialdemokratie als Avantgarde sprechen, heute, in einer Zeit fast absoluter Herrschaft der Spontaneität in unserer Bewegung, nichts mehr fürchten als die „Unterschätzung des spontanen Elements", daß sie Angst haben, „die Bedeutung der Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes im Vergleich zur Propaganda glänzender und vollendeter Ideen zu unterschätzen" usw. usw.! Eine „Vorhut", die befürchtet, das Bewußtsein könne der Spontaneität voraneilen, die sich scheut, einen kühnen „Plan" aufzustellen, der auch die allgemeine Anerkennung der Andersdenkenden erzwingen würde! Verwechseln sie nicht am Ende das Wort Vorhut mit dem Wort Nachhut?

In der Tat, man überlege sich einmal gründlich folgende Betrachtung Martynows. Er spricht auf S. 40 davon, daß die Enthüllungstaktik der „Iskra" einseitig sei, daß wir, „wieviel Mißtrauen und Haß gegen die Regierung wir auch säen mögen, das Ziel nicht erreichen werden, solange es uns nicht gelingt, eine genügend aktive soziale Kraft zum Sturz der Regierung zu entwickeln". Das ist, in Parenthese bemerkt, die uns bereits bekannte Sorge um die Steigerung der Aktivität der Masse neben dem Bestreben, die eigene Aktivität zu vermindern. Aber nicht darum handelt es sich jetzt. Martynow spricht hier also von einer *revolutionären* Kraft („zum Sturz"). Und zu welchem Schluß gelangt er? Da in normalen Zeiten die verschiedenen sozialen Schichten unvermeidlich getrennt auftre-

ten, so „ist angesichts dieser Tatsache klar, daß wir Sozialdemokraten nicht imstande sind, gleichzeitig die aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten zu leiten, daß wir nicht imstande sind, ihnen ein positives Aktionsprogramm zu diktieren, ihnen nicht zeigen können, mit welchen Mitteln sie tagein, tagaus für ihre Interessen zu kämpfen haben... Die liberalen Schichten werden sich schon selber um den aktiven Kampf für ihre nächsten Interessen kümmern, der sie Auge in Auge unserem politischen Regime gegenüberstellen wird." (41.) Kaum hat also Martynow begonnen, von der revolutionären Kraft, vom aktiven Kampf zum Sturz der Selbstherrschaft zu sprechen, da gleitet er sofort zur gewerkschaftlichen Kraft, zum aktiven Kampf für die nächsten Interessen ab! Es versteht sich von selbst, daß wir den Kampf der Studenten, der Liberalen usw. für ihre „nächsten Interessen" nicht leiten können, aber nicht davon war ja die Rede, verehrtester Ökonomist! Die Rede war von der möglichen und notwendigen Teilnahme der verschiedenen Gesellschaftsschichten am Sturz der Selbstherrschaft, und *diese* „aktive Tätigkeit der verschiedenen oppositionellen Schichten" *können* wir nicht nur, sondern müssen wir unbedingt leiten, wenn wir die „Avantgarde" sein wollen. Daß unsere Studenten, unsere Liberalen usw. „Auge in Auge unserem politischen Regime gegenüberstehen", dafür werden nicht nur sie selber sorgen, wer dafür sorgen wird, das werden vor allem und in erster Linie die Polizei und die Beamten der absolutistischen Regierung sein. Aber „wir" müssen, wenn wir fortgeschrittene Demokraten sein wollen, dafür sorgen, daß die Leute, die eigentlich nur mit den Zuständen an der Universität oder in den Semstwos usw. unzufrieden sind, auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Regimes *gestoßen* werden. *Wir* müssen die Aufgabe auf uns nehmen, einen solchen allseitigen politischen Kampf unter Leitung *unserer* Partei zu organisieren, damit alle oppositionellen Schichten diesen Kampf und diese Partei nach Maßgabe ihrer Kräfte unterstützen können und es auch wirklich tun. *Wir* müssen aus den Praktikern der Sozialdemokratie politische Führer heranbilden, die imstande sind, diesen allseitigen Kampf in all seinen Erscheinungsformen zu leiten, die imstande sind, im gegebenen Moment sowohl den rebellierenden Studenten und unzufriedenen Semstwoleuten als auch den empörten Sektierern, den benachteiligten Volksschullehrern usw. usf. „ein positives Aktionsprogramm zu diktieren". Darum ist Martynows Be-

hauptung *vollkommen falsch*, daß „wir ihnen gegenüber *nur in der negativen* Rolle der Entlarver des Regimes auftreten können... Wir können *nur* die Hoffnungen, die sie auf verschiedene Regierungskommissionen setzen, zerstreuen" (hervorgehoben von uns). Mit diesen Worten zeigt Martynow, daß er von der wirklichen Rolle der revolutionären „Avantgarde" *rein gar nichts versteht*. Zieht der Leser dies in Betracht, so wird ihm der *wahre Sinn* folgender abschließenden Worte Martynows klar: „Die ‚Iskra' ist das Organ der revolutionären Opposition, das unsere Zustände, und vor allem die politischen Zustände, enthüllt, soweit sie mit den Interessen der verschiedensten Bevölkerungsschichten kollidieren. Wir aber arbeiten für die Arbeitersache in enger organischer Verbindung mit dem proletarischen Kampf und werden weiter für sie arbeiten. Wenn wir die Sphäre unserer Einwirkung einengen, so komplizieren wir damit die Einwirkung selber." (63.) Der wahre Sinn dieser Schlußfolgerung ist folgender: Die „Iskra" will die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse (auf die sich bei uns die Praktiker aus Mißverständnis, mangelnder Schulung oder aus Überzeugung so oft beschränken) zur sozialdemokratischen Politik *emporheben*. Das „Rabotscheje Delo" aber will die sozialdemokratische Politik zur trade-unionistischen *degradieren*. Dabei versichert es allen und jedem, dies seien „durchaus vereinbare Positionen in der gemeinsamen Sache" (63). O sancta simplicitas!*

Gehen wir weiter. Haben wir die Kraft, unsere Propaganda und Agitation in *alle* Klassen der Bevölkerung zu tragen? Gewiß. Unsere Ökonomisten, die oft geneigt sind, das zu verneinen, übersehen jenen gewaltigen Schritt vorwärts, den unsere Bewegung von (ungefähr) 1894 bis 1901 getan hat. Als echte „Nachtrabpolitiker" leben sie oft noch in den Vorstellungen der längst vergangenen Anfangsperiode der Bewegung. Damals verfügten wir tatsächlich über erstaunlich geringe Kräfte, damals war die Entschlossenheit, sich restlos der Tätigkeit unter den Arbeitern zu widmen und jedes Abweichen von ihr scharf zu verurteilen, natürlich und gerechtfertigt, damals bestand die ganze Aufgabe darin, in der Arbeiterklasse festen Fuß zu fassen. Jetzt sind gigantische Kräfte in die Bewegung hineingezogen worden, zu uns stoßen die besten Vertreter der jungen Generation der gebildeten Klassen, überall in der Provinz sitzen gezwungenerweise Leute, die an der Bewegung bereits teilgenommen

* O heilige Einfalt! *Die Red.*

haben oder an ihr teilnehmen möchten, Leute, die sich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlen (während man im Jahre 1894 die Zahl der russischen Sozialdemokraten noch an den Fingern abzählen konnte). Einer der grundlegenden politischen und organisatorischen Mängel unserer Bewegung ist, daß wir es *nicht verstehen*, alle diese Kräfte zu beschäftigen, allen die passende Arbeit zu geben (ausführlicher werden wir im nächsten Kapitel darauf eingehen). Die überwiegende Mehrheit dieser Kräfte hat absolut keine Möglichkeit, „zu den Arbeitern zu gehen", so daß von einer Gefahr, es könnten Kräfte von unserer Hauptarbeit abgezogen werden, nicht die Rede sein kann. Um aber den Arbeitern wirkliches, allseitiges und lebendiges politisches Wissen zu vermitteln, brauchen wir unsere „eigenen Leute", Sozialdemokraten, überall, in allen Gesellschaftsschichten, in allen Positionen, wo sie die Möglichkeit haben, die inneren Triebfedern unseres Staatsmechanismus kennenzulernen. Und solche Leute braucht man nicht nur für die Propaganda und Agitation, sondern noch viel mehr für die organisatorische Arbeit.

Gibt es einen Boden für die Tätigkeit in allen Klassen der Bevölkerung? Wer das nicht sieht, der bleibt wiederum in seiner Bewußtheit hinter dem spontanen Aufschwung der Massen zurück. Die Arbeiterbewegung hat Unzufriedenheit bei den einen, Hoffnung auf Unterstützung der Opposition bei den anderen, die Erkenntnis, daß die Selbstherrschaft unhaltbar und ihr Zusammenbruch unvermeidlich ist, bei den dritten hervorgerufen und ruft sie weiterhin hervor. Wir wären nur in Worten „Politiker" und Sozialdemokraten (wie es sehr, sehr oft in Wirklichkeit der Fall ist), wenn wir uns nicht der Aufgabe bewußt wären, alle Erscheinungen der Unzufriedenheit auszunutzen, alle Körnchen eines, wenn auch erst aufkeimenden Protestes zu sammeln und zu bearbeiten. Wir sprechen dabei schon gar nicht davon, daß all die vielen Millionen der werktätigen Bauernschaft, der Hausarbeiter, der kleinen Handwerker usw. stets die Rede eines einigermaßen geschickt auftretenden Sozialdemokraten begierig anhören würden. Aber kann auch nur eine Klasse der Bevölkerung genannt werden, in der es nicht Personen, Gruppen und Kreise gäbe, die mit der Rechtlosigkeit und Willkür unzufrieden und daher für die Agitation des Sozialdemokraten, als des Wortführers der dringendsten allgemein demokratischen Forderungen, zugänglich sind? Wer sich aber diese politische Agitation des Sozialdemokraten in *allen*

Klassen und Schichten der Bevölkerung konkret vorstellen will, der sei auf die *politischen Enthüllungen* im weiten Sinne dieses Wortes hingewiesen, als auf das wichtigste (aber natürlich nicht einzige) Mittel dieser Agitation.

„Wir müssen...", schrieb ich im Artikel „Womit beginnen?" („Iskra" Nr. 4, Mai 1901), auf den wir weiter unten noch ausführlich eingehen werden, „in allen einigermaßen bewußten Volksschichten die Leidenschaft für *politische* Enthüllungen wecken. Man darf sich nicht dadurch beirren lassen, daß Stimmen der politischen Enthüllung heute so schwach, selten und zaghaft sind. Der Grund hierfür liegt durchaus nicht darin, daß man sich allgemein mit der Polizeiwillkür abgefunden kätte. Der Grund ist der, daß die Leute, die fähig und bereit sind, Mißstände zu enthüllen, keine Tribüne haben, von der sie sprechen könnten, daß sie kein Auditorium haben, das den Rednern leidenschaftlich zuhören und sie ermutigen würde, daß sie nirgends im Volke die Kraft sehen, bei der es der Mühe wert wäre, eine Beschwerde gegen die ‚allmächtige' russische Regierung vorzubringen... Wir sind jetzt imstande, und wir sind verpflichtet, eine Tribüne zu schaffen für eine vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung der zaristischen Regierung — eine solche Tribüne soll die sozialdemokratische Zeitung sein."*

Eben ein solches ideales Auditorium für politische Enthüllungen ist die Arbeiterklasse, die vor allem und am meisten ein allseitiges und lebendiges politisches Wissen braucht; die am meisten fähig ist, dieses Wissen in aktiven Kampf umzusetzen, auch wenn dieser keine „greifbaren Resultate" verheißt. Eine Tribüne aber für Enthüllungen, die vom *ganzen Volk* ausgehen, kann nur eine gesamtrussische Zeitung sein. „Ohne ein politisches Organ ist im heutigen Europa eine Bewegung, die die Bezeichnung politisch verdient, undenkbar", zweifellos aber gehört Rußland in dieser Hinsicht ebenfalls zum heutigen Europa. Die Presse ist bei uns schon längst eine Macht geworden — sonst würde ja die Regierung nicht Zehntausende von Rubeln ausgeben, um die Presse zu bestechen und die verschiedenen Katkow und Meschtscherski zu subsidieren. Und es ist im Rußland der Selbstherrschaft nichts Neues, daß die illegale Presse die Zensurschranken durchbricht und die legalen und konservativen Organe *zwingt*, offen von ihr zu reden. So war es in den siebziger und sogar in den fünfziger Jahren. Um wieviel breiter und tiefer aber sind jetzt die Volksschichten, die bereit sind, die illegale Presse zu lesen und aus ihr zu

* Siehe den vorliegenden Band, S. 10. *Die Red.*

lernen, „wie man leben und wie man sterben" soll, um mit den Worten eines Arbeiters zu reden, der einen Brief an die „Iskra" schrieb (Nr. 7).[118] Die politischen Enthüllungen sind ebenso eine Kriegserklärung an die *Regierung*, wie die ökonomischen Enthüllungen eine Kriegserklärung an den Fabrikbesitzer sind. Und diese Kriegserklärung ist von um so größerer moralischer Bedeutung, je umfassender und wuchtiger diese Enthüllungskampagne ist, je stärker an Zahl und entschlossener die gesellschaftliche *Klasse* ist, die den *Krieg erklärt, um den Krieg zu beginnen*. Die politischen Enthüllungen sind darum an und für sich schon eines der wirksamsten Mittel zur *Zersetzung* der feindlichen Reihen, ein Mittel, dem Feinde seine zufälligen oder zeitweiligen Verbündeten abtrünnig zu machen, ein Mittel, zwischen den ständigen Trägern der absolutistischen Macht Feindschaft und Mißtrauen zu säen.

In unserer Zeit kann nur die Partei zur Avantgarde der revolutionären Kräfte werden, die wirklich vom *ganzen Volk* ausgehende Enthüllungen *organisiert*. Diese Worte „vom ganzen Volk ausgehend" haben aber einen sehr reichen Inhalt. Die übergroße Mehrheit der Entlarver, die nicht der Arbeiterklasse angehören (um aber zur Avantgarde zu werden, *muß* man eben die anderen Klassen heranziehen), sind nüchterne Politiker und kaltblütige, sachliche Leute. Sie wissen sehr gut, daß es nicht ungefährlich ist, sich sogar über einen unteren Beamten „zu beschweren", geschweige denn über die „allmächtige" russische Regierung. Und sie werden sich mit einer Beschwerde erst dann *an uns* wenden, wenn sie sehen, daß diese Beschwerde tatsächlich geeignet ist, eine Wirkung auszuüben, wenn sie sehen, daß wir eine *politische Kraft* darstellen. Damit wir in den Augen Außenstehender zu einer solchen Kraft werden, müssen wir viel und beharrlich an der *Hebung* unserer Bewußtheit, Initiative und Tatkraft arbeiten; dazu genügt es nicht, der Theorie und Praxis einer Nachhut das Etikett „Vorhut" aufzukleben.

Müssen wir es aber übernehmen, eine wirklich vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung der Regierung zu organisieren, worin drückt sich dann der Klassencharakter unserer Bewegung aus? — wird uns der mehr eifrige als kluge Anbeter der „engen organischen Verbindung mit dem proletarischen Kampf" fragen und fragt es uns bereits. — Eben darin, daß wir, die Sozialdemokraten, diese vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung organisieren; darin, daß alle durch die Agitation aufgerollten Fragen in streng

sozialdemokratischem Geiste, ohne die geringste Nachsicht gegen beabsichtigte und unbeabsichtigte Entstellungen des Marxismus erläutert werden; darin, daß diese allseitige politische Agitation von einer Partei geführt wird, die zu einem untrennbaren Ganzen vereinigt: sowohl den Ansturm gegen die Regierung im Namen des ganzen Volkes als auch die revolutionäre Erziehung des Proletariats bei gleichzeitiger Wahrung seiner politischen Selbständigkeit, sowohl die Leitung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse als auch die Ausnutzung jener spontanen Zusammenstöße des Proletariats mit seinen Ausbeutern, die immer neue Schichten des Proletariats aufrütteln und für uns gewinnen!

Aber eines der charakteristischsten Merkmale des Ökonomismus besteht eben darin, daß er diesen Zusammenhang, ja mehr, diese Übereinstimmung des dringendsten Bedürfnisses des Proletariats (der allseitigen politischen Erziehung durch politische Agitation und politische Enthüllungen) mit den Bedürfnissen der gesamtdemokratischen Bewegung nicht versteht. Dieses Nichtverstehen kommt nicht nur in den „Martynowschen" Phrasen zum Ausdruck, sondern auch in der Berufung auf den angeblichen Klassenstandpunkt, die ihrem Inhalt nach mit diesen Phrasen identisch ist. So äußern sich darüber z. B. die Verfasser des „ökonomistischen" Briefes in Nr. 12 der „Iskra"*: „Der gleiche grundlegende Fehler der ‚Iskra'" (die Überschätzung der Ideologie) „ist die Ursache ihrer Inkonsequenz in der Frage, welche Stellung die Sozialdemokratie zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Richtungen einzunehmen hat. Nachdem die ‚Iskra' mit Hilfe theoretischer Berechnungen..." (nicht aber durch das „Wachsen der Parteiaufgaben, die zusammen mit der Partei wachsen...") „die Aufgabe des sofortigen Übergangs zum Kampf gegen den Absolutismus gelöst hat, wobei sie wahrscheinlich die ganze Schwierigkeit dieser Auf-

* Raummangel erlaubte uns nicht, in der „Iskra" in aller Ausführlichkeit auf diesen für die Ökonomisten äußerst charakteristischen Brief zu antworten. Wir waren über sein Erscheinen sehr froh, denn das Gerede, daß die „Iskra" nicht konsequent den Klassenstandpunkt vertrete, war uns schon längst, und zwar von den verschiedensten Seiten her zu Ohren gekommen, und wir warteten nur auf eine passende Gelegenheit oder auf einen formulierten Ausdruck dieser trivialen Anschuldigung, um auf sie zu antworten. Wir sind aber gewohnt, Angriffe nicht mit einer Verteidigung, sondern mit einem Gegenangriff zu beantworten.

gabe für die Arbeiter beim jetzigen Stand der Dinge empfindet..." (nicht nur empfindet, sondern auch sehr wohl weiß, daß den Arbeitern diese Aufgabe weniger schwierig erscheint als den „ökonomistischen" Intellektuellen mit ihren Ammensorgen, denn die Arbeiter sind bereit, auch für Forderungen zu kämpfen, die, um mit den Worten des unvergeßlichen Martynow zu reden, keine „greifbaren Resultate" verheißen) „...aber keine Geduld hat abzuwarten, bis die Arbeiter weitere Kräfte für diesen Kampf gesammelt haben, sucht nun die ‚Iskra' in den Reihen der Liberalen und Intellektuellen Verbündete..."

Ja, ja, wir haben tatsächlich bereits jede „Geduld" verloren, auf die selige, uns seit langem von allen möglichen „Versöhnern" in Aussicht gestellte Zeit „zu warten", in der unsere Ökonomisten aufgehört haben werden, ihre *eigene* Rückständigkeit den Arbeitern in die Schuhe zu schieben, ihren eigenen Mangel an Tatkraft mit dem angeblichen Mangel an Kräften bei den Arbeitern zu rechtfertigen. Wir fragen unsere Ökonomisten: Worin soll „die Sammlung von Kräften für diesen Kampf durch die Arbeiter" bestehen? Doch wohl in der politischen Erziehung der Arbeiter und darin, daß *alle* Seiten unserer niederträchtigen Selbstherrschaft vor ihnen entlarvt werden? Und ist es denn nicht klar, daß wir *gerade für diese Arbeit* „in den Reihen der Liberalen und Intellektuellen Verbündete" brauchen, die bereit sind, uns Enthüllungen über den politischen Feldzug gegen die Semstwoleute, die Lehrer, die Statistiker, die Studenten usw. zu machen? Ist es denn wirklich so schwer, diese erstaunlich „verzwickte Mechanik" zu begreifen? Wiederholt denn nicht P. B. Axelrod schon seit 1897 ständig: „Die Aufgabe der russischen Sozialdemokraten, Anhänger und direkte oder indirekte Verbündete in den nichtproletarischen Klassen zu gewinnen, wird vor allem und hauptsächlich durch den Charakter der propagandistischen Arbeit im Proletariat selber gelöst"? Aber die Martynow und die übrigen Ökonomisten stellen sich trotzdem die Sache weiterhin so vor, als müßten die Arbeiter *zunächst* „im ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" Kräfte (für eine trade-unionistische Politik) sammeln und erst *dann* — wohl von der trade-unionistischen „Erziehung zur Aktivität" zur sozialdemokratischen Aktivität „übergehen"!

Die „Iskra", so schreiben die Ökonomisten weiter, „verläßt bei diesem Suchen oft den Klassenstandpunkt, vertuscht die Klassengegensätze und

stellt die gemeinsame Unzufriedenheit mit der Regierung in den Vordergrund, obgleich Ursachen und Grad dieser Unzufriedenheit bei den ‚Verbündeten' sehr verschieden sind. So z. B. die Haltung der ‚Iskra' zum Semstwo..." Die „Iskra" verspricht angeblich „den Adligen, die durch die Almosen der Regierung nicht befriedigt sind, die Hilfe der Arbeiterklasse, ohne mit einem Wort auf die Klassenfeindschaft zwischen diesen Bevölkerungsschichten einzugehen". Würde sich der Leser die Artikel „Selbstherrschaft und Semstwo" (Nr. 2 und 4 der „Iskra") ansehen, von denen die Verfasser des Briefes *wahrscheinlich* reden, so würde er sich davon überzeugen, daß sich diese Artikel* mit dem Verhalten der *Regierung* zu der „sanften Agitation des ständisch-bürokratischen Semstwos" und zur „Selbsttätigkeit sogar der besitzenden Klassen" befassen. In dem Artikel wird gesagt, daß der Arbeiter dem Kampf der Regierung gegen das Semstwo nicht gleichgültig zusehen darf, und die Semstwoleute werden aufgefordert, mit ihren sanften Reden aufzuhören und ein resolutes und scharfes Wort zu sagen, sobald sich die revolutionäre Sozialdemokratie in ihrer ganzen Größe vor der Regierung aufrichten wird. Womit die Verfasser des Briefes hier nicht einverstanden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Glauben sie, daß der Arbeiter die Worte „besitzende Klassen" und „ständisch-bürokratisches Semstwo" „nicht verstehen" werde, daß die *Aufmunterung* der Semstwoleute, von sanften zu scharfen Worten überzugehen, eine „Überschätzung der Ideologie" sei? Bilden sie sich denn ein, daß die Arbeiter zum Kampf gegen den Absolutismus „Kräfte sammeln" können, wenn sie sich nicht *auch* über das Verhältnis des Absolutismus zum Semstwo klar sind? All das entzieht sich wiederum unserer Kenntnis. Klar ist nur das eine: daß die Verfasser von den politischen Aufgaben der Sozialdemokratie eine sehr verschwommene Vorstellung haben. Noch deutlicher geht das aus dem Satz hervor: „Genauso ist auch die Haltung der ‚Iskra' zur Studentenbewegung" (d. h. auch hier werden „die Klassengegensätze verdunkelt"). Anstatt die Arbeiter aufzufordern, in öffentlicher Kundgebung zu erklären, daß nicht die Studentenschaft, sondern die russische Regierung die wirkliche Brutstätte der Gewalttätigkeit, der Ausschreitungen und der Zügellosigkeit ist (Nr. 2

* *Zwischen* diesen beiden Artikeln wurde (in Nr. 3 der „Iskra") ein speziell dem Klassenantagonismus in unserem Dorf gewidmeter Artikel veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 422—430. *Die Red.*)

der „Iskra" *), hätten wir wohl lieber Betrachtungen im Geiste der „Rabotschaja Mysl" anstellen sollen! Und solche Gedanken verzapfen Sozialdemokraten im Herbst 1901, nach den Februar- und Märzereignissen, am Vorabend eines neuen Aufschwungs der Studentenbewegung, der zutage bringt, daß auch auf diesem Gebiet die „Spontaneität" des Protestes gegen die Selbstherrschaft der bewußten Leitung der Bewegung durch die Sozialdemokratie *vorauseilt*. Der elementare Drang der Arbeiter, für die von Polizei und Kosaken mißhandelten Studenten einzutreten, eilt der zielbewußten Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisation voraus!

„Doch gleichzeitig verurteilt die ‚Iskra' in anderen Artikeln", fahren die Verfasser des Briefes fort, „sehr scharf jegliche Kompromisse und verteidigt zum Beispiel das unduldsame Verhalten der Guesdisten." Wir raten den Leuten, die angesichts der Meinungsverschiedenheiten im Lager der heutigen Sozialdemokraten gewöhnlich so selbstsicher und so leichtfertig erklären, diese Meinungsverschiedenheiten seien unwesentlich und rechtfertigten keine Spaltung, über diese Worte einmal ordentlich nachzudenken. Ist es denn möglich, daß mit Erfolg in ein und derselben Organisation einerseits Leute arbeiten, die sagen, wir hätten außerordentlich wenig getan, um die Feindseligkeit der Selbstherrschaft gegen die verschiedensten Klassen aufzuzeigen und die Arbeiter über das oppositionelle Verhalten der verschiedensten Schichten gegenüber der Selbstherrschaft aufzuklären, und anderseits Leute, die in dieser Aufklärung ein „Kompromiß" erblicken, offenbar wohl ein Kompromiß mit der Theorie des „ökonomischen Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die Regierung"?

Wir haben aus Anlaß des vierzigsten Jahrestags der Bauernbefreiung (Nr. 3 **) davon gesprochen, daß es notwendig ist, den Klassenkampf ins Dorf zu tragen, und anläßlich der geheimen Denkschrift Wittes (Nr. 4) davon, daß Selbstverwaltung und Selbstherrschaft unvereinbar sind; wir haben anläßlich des neuen Gesetzes das Fronherrentum der Gutsbesitzer und der in ihrem Dienste stehenden Regierung angegriffen (Nr. 8 ***) und die illegale Semstwotagung begrüßt, wobei wir die Semstwoleute anspornten, von den knechtseligen Petitionen zum Kampf überzugehen (Nr. 8 †);

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 416—421. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 4, S. 422—430. *Die Red.*

*** Siehe den vorliegenden Band, S. 88—93. *Die Red.*

† Siehe den vorliegenden Band, S. 94—96. *Die Red.*

wir haben die Studenten ermuntert, die begonnen haben, sich über die Notwendigkeit des politischen Kampfes klarzuwerden, und die diesen Kampf aufgenommen haben (Nr. 3), und haben gleichzeitig den „grenzenlosen Unverstand" der Anhänger der „Nur-Studenten"bewegung gegeißelt, die die Studenten aufforderten, den Straßendemonstrationen fernzubleiben (Nr. 3, anläßlich des Aufrufs des Exekutivkomitees der Moskauer Studentenschaft vom 25. Februar); wir haben die „sinnlosen Träumereien" und die „verlogene Heuchelei" der liberalen Schlaumeier aus der Zeitung „Rossija"[119] entlarvt (Nr. 5) und zugleich das Wüten des Regierungsterrors festgenagelt, der sich „an friedlichen Literaten, an alten Professoren und Gelehrten, an bekannten liberalen Semstwoleuten austobte" (Nr. 5: „Die Polizeirazzia auf die Literatur"); wir haben die wahre Bedeutung des Programms der „staatlichen Fürsorge für das Wohlergehen der Arbeiter" enthüllt und das „wertvolle Geständnis" begrüßt, daß es „besser ist, durch Reformen von oben der Forderung nach Reformen von unten zuvorzukommen, als abzuwarten, bis diese Forderung erhoben wird" (Nr. 6*); wir haben die protestierenden Statistiker ermuntert (Nr. 7) und die Streikbrecher unter den Statistikern angeprangert (Nr. 9). Wer in dieser Taktik eine Verdunkelung des Klassenbewußtseins des Proletariats und ein *Kompromiß mit dem Liberalismus* erblickt, der beweist damit nur, daß er den wahren Sinn des Programms des „Credo" absolut nicht versteht und de facto *gerade dieses Programm durchführt*, wie sehr er sich von ihm auch lossagen mag! Denn er zerrt *damit* die Sozialdemokratie zum „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" und *kapituliert vor dem Liberalismus*, denn er verzichtet darauf, sich aktiv in *jede* „liberale" Frage einzumischen und *seine*, die sozialdemokratische, Stellung zu dieser Frage zu bestimmen.

f) Noch einmal die „Verleumder", noch einmal die „Mystifikatoren"

Diese liebenswürdigen Worte gebraucht, wie sich der Leser erinnert, das „Rabotscheje Delo", das in dieser Weise auf unsere Beschuldigung antwortet, daß es „indirekt den Boden für die Verwandlung der Arbeiterbewegung in ein Werkzeug der bürgerlichen Demokratie vorbereitet".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 80. *Die Red.*

Das „Rabotscheje Delo" ist in seiner Einfalt zu dem Schluß gekommen, dieser Vorwurf sei nichts anderes als ein polemischer Ausfall: da haben nun die bösen Dogmatiker beschlossen, uns alle möglichen unangenehmen Dinge zu sagen; nun, und was kann unangenehmer sein, als ein Werkzeug der bürgerlichen Demokratie zu sein? Und nun wird in Fettschrift eine „Widerlegung" veröffentlicht: „unverhüllte Verleumdung" („Zwei Konferenzen", S. 30), „Mystifikation" (31), „Mummenschanz" (33). Wie Jupiter zürnt das „Rabotscheje Delo" (obgleich es Jupiter wenig ähnlich sieht), eben weil es unrecht hat, denn es beweist durch seine übereilte Schimpfkanonade die Unfähigkeit, sich in den Gedankengang seiner Gegner hineinzufinden. Dabei gehört doch nur ein wenig Überlegung dazu, um zu verstehen, warum *jede* Anbetung der Spontaneität der Massenbewegung, *jede* Degradierung der sozialdemokratischen Politik zur trade-unionistischen Politik eben bedeutet, den Boden für die Verwandlung der Arbeiterbewegung in ein Werkzeug der bürgerlichen Demokratie vorzubereiten. Die spontane Arbeiterbewegung ist an und für sich nur fähig, Trade-Unionismus hervorzubringen (und bringt ihn auch unvermeidlich hervor), die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse. Die Teilnahme der Arbeiterklasse am politischen Kampf und selbst an der politischen Revolution macht ihre Politik noch keineswegs zur sozialdemokratischen Politik. Hat das „Rabotscheje Delo" etwa die Absicht, dies zu leugnen? Oder hat es jetzt endlich die Absicht, direkt und ohne Winkelzüge allen seine Auffassung über die brennenden Fragen der internationalen und der russischen Sozialdemokratie darzulegen? — O nein, das wird ihm niemals einfallen, denn es hält sich streng an die Methode, die man die Methode des „Nicht-dabeigewesen-Seins" nennen kann. Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Wir sind keine Ökonomisten, die „Rabotschaja Mysl" ist kein Ökonomismus, in Rußland gibt es überhaupt keinen Ökonomismus. Das ist eine überaus geschickte und „diplomatische" Methode, die nur die kleine Unbequemlichkeit hat, daß man die Organe, die sie praktizieren, gewöhnlich mit dem Namen „Wetterfahne" belegt.

Dem „Rabotscheje Delo" scheint, daß die bürgerliche Demokratie in Rußland überhaupt ein „Phantom" sei („Zwei Konferenzen", S. 32*).

* Hier finden wir auch die Berufung auf „die konkreten russischen Verhältnisse, die die Arbeiterbewegung unabwendbar auf den revolutionären Weg

Glückliche Menschen! Wie der Vogel Strauß stecken sie den Kopf in den Sand und bilden sich ein, daß damit die ganze Umgebung verschwinde. Eine Reihe liberaler Publizisten, die von Monat zu Monat ihren Triumph über den Zerfall und sogar das Verschwinden des Marxismus aller Welt verkünden; eine Reihe liberaler Zeitungen („St. Peterburgskije Wedomosti"[120], „Russkije Wedomosti" und viele andere), die jene Liberalen anspornen, die die Brentanosche Auffassung vom Klassenkampf und die trade-unionistische Auffassung von der Politik unter die Arbeiter tragen; eine Plejade von Kritikern des Marxismus, deren wahre Tendenzen das „Credo" so klar gezeigt hat und deren literarische Ware die einzige ist, die abgabe- und zollfrei in Rußland zirkuliert; die Belebung der revolutionären *nicht*sozialdemokratischen Richtungen, insbesondere nach den Februar- und Märzereignissen — all das soll ein Phantom sein! All das soll absolut keine Beziehung zur bürgerlichen Demokratie haben!

Das „Rabotscheje Delo" wie auch die Verfasser des ökonomistischen Briefes in Nr. 12 der „Iskra" sollten „darüber nachdenken, warum eigentlich die Frühjahrsereignisse eine solche Belebung der nichtsozialdemokratischen revolutionären Strömungen hervorgerufen haben, anstatt die Autorität und das Prestige der Sozialdemokratie zu heben". — Weil es sich erwiesen hat, daß wir unserer Aufgabe nicht gewachsen waren, daß die Aktivität der Arbeitermassen größer war als unsere Aktivität, daß wir nicht über genügend geschulte revolutionäre Führer und Organisatoren verfügten, die die Stimmung in allen oppositionellen Schichten gut gekannt und es verstanden hätten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die spontane Demonstration in eine politische umzuwandeln, ihren politischen Charakter zu erweitern usw. Unter diesen Umständen wird unsere Rückständigkeit unvermeidlich von beweglicheren, energischeren nichtsozialdemokratischen Revolutionären ausgenutzt werden, und wie

---

stoßen". Die Leute wollen nicht begreifen, daß der revolutionäre Weg der Arbeiterbewegung auch noch ein nichtsozialdemokratischer Weg sein kann! Hat doch die gesamte westeuropäische Bourgeoisie unter dem Absolutismus die Arbeiter auf einen revolutionären Weg „gestoßen", bewußt gestoßen. Wir Sozialdemokraten aber dürfen uns damit nicht zufriedengeben. Und wenn wir, gleichviel durch was, die sozialdemokratische Politik zur spontanen, trade-unionistischen Politik degradieren, so arbeiten wir eben damit der bürgerlichen Demokratie in die Hände.

aufopferungsvoll und energisch die Arbeiter sich mit Polizei und Militär auch schlagen mögen, wie revolutionär sie auch auftreten mögen, sie werden nur eine Kraft sein, die diese Revolutionäre unterstützt, sie werden die Nachhut der bürgerlichen Demokratie sein und nicht die sozialdemokratische Vorhut. Man nehme die deutsche Sozialdemokratie, von der unsere Ökonomisten nur die schwachen Seiten übernehmen wollen. Warum geht in Deutschland *kein einziges* politisches Ereignis vorüber, ohne sich in einer weiteren Erhöhung der Autorität und des Prestiges der Sozialdemokratie auszuwirken? Weil die Sozialdemokratie in der ausgeprägt revolutionären Beurteilung dieses Ereignisses, in der Unterstützung eines jeden Protestes gegen die Willkür stets allen vorangeht. Sie läßt sich nicht durch Betrachtungen einlullen, daß der ökonomische Kampf die Arbeiter auf die Frage ihrer Rechtlosigkeit stoßen wird und daß die konkreten Verhältnisse die Arbeiterbewegung unabwendbar auf den revolutionären Weg stoßen. Sie mischt sich in alle Gebiete und alle Fragen des öffentlichen und politischen Lebens ein, sei es, daß ein Bürgermeister, der der bürgerlichen Fortschrittspartei angehört, durch Wilhelm nicht bestätigt wurde (unseren Ökonomisten ist es noch nicht gelungen, die Deutschen darüber aufzuklären, daß solch eine Einmischung eigentlich ein Kompromiß mit dem Liberalismus ist!), sei es der Erlaß eines Gesetzes gegen „unzüchtige" Schriften und Abbildungen oder die Beeinflussung der Professorenwahlen durch die Regierung usw. usf. Überall sind sie allen voran, sie wecken die politische Unzufriedenheit in allen Klassen, rütteln die Schläfrigen auf, ermuntern die Zurückbleibenden, liefern vielseitiges Material zur Entwicklung des politischen Bewußtseins und der politischen Aktivität des Proletariats. Und das Ergebnis ist, daß selbst bewußte Feinde des Sozialismus von Achtung für den politischen Kämpfer erfüllt werden, und zuweilen geschieht es, daß ein wichtiges Dokument nicht nur aus bürgerlichen Kreisen, sondern sogar aus Beamten- und Hofkreisen wie durch ein Wunder auf den Redaktionstisch des „Vorwärts" geflogen kommt.

Da haben wir die Lösung des scheinbaren „Widerspruchs", der das Auffassungsvermögen des „Rabotscheje Delo" so sehr übersteigt, daß es nur die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und „Mummenschanz!" ruft. Man stelle sich in der Tat vor: Wir, das „Rabotscheje Delo", betrachten die *Massen*bewegungen der Arbeiter *als die Hauptsache* (und

drucken das in Fettschrift!), wir warnen alle Welt vor der Unterschätzung des spontanen Elements, wir wollen dem eigentlichen, *eigentlichen, eigentlichen* ökonomischen Kampf politischen Charakter verleihen, wir wollen in enger und organischer Verbindung mit dem proletarischen Kampf bleiben! Und da kommt man und sagt uns, daß wir den Boden für die Umwandlung der Arbeiterbewegung in ein Werkzeug der bürgerlichen Demokratie vorbereiten. Und wer sagt das? Leute, die ein „Kompromiß" mit dem Liberalismus eingehen, die sich in jede „liberale" Frage einmischen (welche Verständnislosigkeit für die „organische Verbindung mit dem proletarischen Kampf"!), die den Studenten und gar (o Schrecken!) den Semstwoleuten so viel Aufmerksamkeit schenken! Leute, die überhaupt einen (im Vergleich zu den Ökonomisten) größeren Teil ihrer Kräfte der Arbeit unter den nichtproletarischen Klassen der Bevölkerung zuteilen wollen! Ist das etwa kein „Mummenschanz"??

Armes „Rabotscheje Delo"! Wird es dieser verzwickten Mechanik jemals auf den Grund kommen?

IV

DIE HANDWERKLEREI DER ÖKONOMISTEN UND DIE ORGANISATION DER REVOLUTIONÄRE

Die oben von uns analysierten Behauptungen des „Rabotscheje Delo", der ökonomische Kampf sei das weitest anwendbare Mittel der politischen Agitation und es sei jetzt unsere Aufgabe, dem eigentlichen ökonomischen Kampf politischen Charakter zu verleihen usw., bringen eine beschränkte Auffassung nicht nur von unseren politischen, sondern auch von unseren *organisatorischen* Aufgaben zum Ausdruck. Für den „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" ist eine gesamtrussische zentralisierte Organisation überhaupt nicht notwendig — und aus diesem Kampf kann daher eine derartige Organisation gar nicht hervorgehen, die sämtliche Erscheinungen der politischen Opposition, des Protestes und der Empörung zu einem gemeinsamen Ansturm vereinigt, eine Organisation, die aus Berufsrevolutionären besteht und von wirklichen politischen Führern des ganzen Volkes geleitet wird. Das ist auch begreif-

lich. Der Charakter der Organisation einer jeden Institution wird natürlich und unvermeidlich durch den Inhalt der Tätigkeit dieser Institution bestimmt. Darum sanktioniert und legalisiert das „Rabotscheje Delo" durch seine oben analysierten Behauptungen nicht nur den engen Rahmen der politischen Tätigkeit, sondern auch den der organisatorischen Arbeit. Auch in diesem Falle ist das „Rabotscheje Delo", wie immer, ein Organ, dessen Bewußtheit vor der Spontaneität kapituliert. Doch die Anbetung der sich spontan herausbildenden Organisationsformen, die mangelnde Erkenntnis dessen, wie eng und primitiv unsere Organisationsarbeit ist, was für „Handwerkler" wir auf diesem wichtigen Gebiet noch sind, das Fehlen dieser Erkenntnis, sage ich, ist die wahre Krankheit unserer Bewegung. Das ist selbstverständlich nicht eine Krankheit des Verfalls, sondern eine Wachstumskrankheit. Aber gerade jetzt, wo die Welle der spontanen Empörung uns, den Führern und Organisatoren der Bewegung, sozusagen über den Kopf schlägt, ist es besonders notwendig, den unversöhnlichsten Kampf gegen jede Verteidigung der Rückständigkeit, gegen jede Legalisierung des engen Rahmens auf diesem Gebiet zu führen, ist es besonders notwendig, in jedem, der an der praktischen Arbeit teilnimmt oder die Absicht hat, sich ihr zu widmen, Unzufriedenheit mit der bei uns herrschenden *Handwerklerei* zu wecken sowie die unbeugsame Entschlossenheit, sich von dieser frei zu machen.

a) Was ist Handwerklerei?

Wir wollen versuchen, auf diese Frage dadurch zu antworten, daß wir ein kleines Bild von der Tätigkeit eines typischen sozialdemokratischen Zirkels der Jahre 1894 bis 1901 entwerfen. Wir haben bereits auf die allgemeine Begeisterung der studierenden Jugend jener Zeit für den Marxismus hingewiesen. Diese Begeisterung galt natürlich nicht nur und sogar nicht so sehr dem Marxismus als Theorie als vielmehr dem Marxismus als Antwort auf die Frage „Was tun?", als Appell zum Feldzug gegen den Feind. Und die neuen Streiter zogen mit erstaunlich primitiver Ausrüstung und Ausbildung ins Feld. In vielen Fällen hatten sie sogar fast gar keine Ausrüstung und nicht die geringste Ausbildung. Sie zogen in den Krieg, wie richtige Bauern, nur mit einem Knüppel bewaffnet. Ein Studenten-

zirkel knüpft Beziehungen zu Arbeitern an und beginnt zu arbeiten, ohne jede Verbindung mit den alten Funktionären der Bewegung, ohne jede Verbindung mit Zirkeln an anderen Orten oder auch nur in anderen Stadtteilen (oder in anderen Lehranstalten), ohne jede Organisation der einzelnen Zweige der revolutionären Arbeit, ohne jeden systematischen Plan für eine Tätigkeit auf längere Zeit. Nach und nach entfaltet der Zirkel eine immer umfassendere Propaganda- und Agitationsarbeit, gewinnt schon allein durch sein Auftreten die Sympathien ziemlich breiter Arbeiterschichten sowie die Sympathien eines gewissen Teils der gebildeten Gesellschaft, die Gelder aufbringt und dem „Komitee" immer neue und neue Gruppen der Jugend zuführt. Die Anziehungskraft des Komitees (oder des Kampfbundes) nimmt zu, es wächst das Ausmaß seiner Tätigkeit, und das Komitee erweitert diese Tätigkeit ganz spontan: dieselben Menschen, die vor einem Jahr oder einigen Monaten in Studentenzirkeln auftraten und die Frage „Wohin gehen?" zu beantworten suchten, die Beziehungen zu den Arbeitern anknüpften und unterhielten, Flugblätter verfaßten und verbreiteten, knüpfen nun Beziehungen zu anderen Gruppen von Revolutionären an, schaffen Literatur herbei, machen sich daran, eine lokale Zeitung herauszugeben, beginnen von der Veranstaltung einer Demonstration zu reden und gehen schließlich zu offenen Kampfhandlungen über (wobei eine solche offene Kampfhandlung, je nach den Umständen, entweder schon das erste Agitationsflugblatt oder die erste Nummer einer Zeitung, oder die erste Demonstration sein kann). Und gewöhnlich führt gleich der Beginn dieser Aktionen zum sofortigen und vollständigen Auffliegen. Sofort und vollständig, eben weil diese Kampfhandlungen nicht das Resultat eines systematischen, im voraus durchdachten und von langer Hand vorbereiteten Planes für einen langen und hartnäckigen Kampf waren, sondern sich einfach aus dem spontanen Wachstum der traditionell betriebenen Zirkelarbeit ergeben haben; weil die Polizei natürlicherweise fast immer sämtliche Hauptführer der lokalen Bewegung, die sich schon in ihrer Studentenzeit „mißliebig gemacht" hatten, kannte und nur den günstigsten Augenblick für eine Razzia abwartete; dazu gab sie den Zirkeln absichtlich die Möglichkeit, sich auszubreiten und zu entfalten, um ein greifbares corpus delicti* zu haben, und ließ ein paar ihr wohlbekannte Leute stets absichtlich übrig — „zur Auf-

* Beweisstück. *Die Red.*

zucht" (wie der Fachausdruck lautet, der, soweit mir bekannt ist, sowohl von den Unseren als auch von den Gendarmen gebraucht wird). Man kann nicht umhin, einen solchen Krieg einem Feldzug mit Knüppeln bewaffneter Bauernhaufen gegen eine moderne Armee gleichzusetzen. Und man kann nur staunen über die Lebensfähigkeit der Bewegung, die sich ausbreitete, wuchs und Siege davontrug, trotz dieses absoluten Mangels an Schulung bei den Kämpfenden. Geschichtlich gesehen war allerdings die Primitivität der Ausrüstung anfänglich nicht nur unvermeidlich, sondern *sogar gerechtfertigt*, als eine der Bedingungen für die Gewinnung einer großen Schar von Streitern. Aber sobald ernste Kampfhandlungen einsetzten (und sie setzten eigentlich schon mit den Streiks im Sommer 1896 ein), da machten sich die Mängel unserer militärischen Organisation immer stärker und stärker fühlbar. Die Regierung war zuerst verdutzt und machte eine Reihe von Fehlern (wie z. B. der Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem die Missetaten der Sozialisten ausgemalt wurden, oder die Ausweisung von Arbeitern aus den Hauptstädten in die Industriezentren der Provinz), sehr bald paßte sie sich aber den neuen Kampfbedingungen an und verstand es, ihre auf das vollkommenste gerüsteten Trupps von Lockspitzeln, Spionen und Gendarmen an den nötigen Stellen einzusetzen. Das Auffliegen von Organisationen wurde so häufig, zog eine so große Menge von Menschen in Mitleidenschaft, fegte die lokalen Zirkel so gründlich hinweg, daß die Arbeitermasse buchstäblich alle Führer verlor, die Bewegung einen unglaublich sprunghaften Charakter annahm und sich absolut keine Kontinuität und kein Zusammenhang in der Arbeit herausbilden konnte. Das unvermeidliche Ergebnis der geschilderten Verhältnisse waren außerordentliche Zersplitterung der örtlichen Funktionäre, zufällige Zusammensetzung der Zirkel, Mangel an Vorbereitung und ein enger Gesichtskreis in theoretischen, politischen und organisatorischen Fragen. Infolge unseres Mangels an Ausdauer und Konspiration ist es so weit gekommen, daß an manchen Orten die Arbeiter von Mißtrauen gegen die Intellektuellen erfaßt werden und sie meiden: die Intellektuellen, sagen sie, verursachen durch ihre Leichtfertigkeit Verhaftungen!

Daß diese Handwerklerei schließlich von allen denkenden Sozialdemokraten als Krankheit empfunden wurde, weiß jeder, der die Bewegung auch nur einigermaßen kennt. Damit aber der Leser, der mit der Bewegung nicht vertraut ist, nicht etwa glaubt, daß wir ein besonderes Sta-

dium oder eine besondere Krankheit der Bewegung künstlich „konstruieren", wollen wir uns auf einen bereits erwähnten Zeugen berufen. Man verzeihe uns das lange Zitat.

„Wenn der allmähliche Übergang zu einer umfassenderen praktischen Tätigkeit", schreibt B-w in Nr. 6 des „Rabotscheje Delo", „ein Übergang, der in direkter Abhängigkeit von der allgemeinen Übergangszeit steht, die die russische Arbeiterbewegung durchmacht, ein charakteristischer Zug ist..., so gibt es noch einen anderen, nicht minder interessanten Zug im allgemeinen Mechanismus der russischen Arbeiterrevolution. Wir meinen damit den *allgemeinen Mangel an aktionsfähigen revolutionären Kräften**, der sich nicht nur in Petersburg, sondern auch in ganz Rußland fühlbar macht. Mit der allgemeinen Belebung der Arbeiterbewegung, mit der allgemeinen Entwicklung der Arbeitermasse, mit den immer häufiger werdenden Streiks, mit dem immer offener werdenden Massenkampf der Arbeiter, der zu einer Zunahme der Verfolgungen, Verhaftungen, Verbannungen und Ausweisungen durch die Regierung führt, *tritt dieser Mangel an qualitativ hochstehenden revolutionären Kräften immer deutlicher hervor* und bleibt zweifellos *nicht ohne Einfluß auf die Tiefe und den allgemeinen Charakter der Bewegung.* Viele Streiks verlaufen ohne starke und unmittelbare Einwirkung der revolutionären Organisationen... es macht sich der Mangel an Agitationsflugblättern und illegaler Literatur geltend... die Arbeiterzirkel bleiben ohne Agitatoren... Gleichzeitig macht sich ein ständiger Mangel an Geld bemerkbar. Mit einem Wort, *das Wachstum der Arbeiterbewegung überflügelt das Wachstum und die Entwicklung der revolutionären Organisationen.* Der Bestand an aktiven Revolutionären ist zu unbedeutend, als daß sie den Einfluß auf die gesamte in Wallung gekommene Arbeitermasse in ihren Händen konzentrieren, als daß sie der ganzen Empörung auch nur einen Schein von Geschlossenheit und Organisiertheit verleihen könnten... Die einzelnen Zirkel, die einzelnen Revolutionäre sind nicht zusammengefaßt, nicht vereinigt, stellen keine einheitliche, starke und disziplinierte Organisation mit planmäßig entwickelten Teilen dar..." Und nachdem der Verfasser weiter festgestellt hat, daß das sofortige Auftauchen neuer Zirkel an Stelle der zerschlagenen „nur die Lebensfähigkeit der Bewegung beweist,... nicht aber das Vorhandensein einer genügenden Zahl von wirklich tauglichen revolutionären Funktionären", kommt er zu der Schlußfolgerung: „Die mangelnde praktische Schulung der Petersburger Revolutionäre zeigt sich auch in den Ergebnissen ihrer Arbeit. Die letzten Prozesse, besonders die gegen die Gruppen ‚Selbstbefreiung' und ‚Kampf der Arbeit gegen

* Alle Hervorhebungen von uns.

das Kapital'[121] haben klar gezeigt, daß ein junger Agitator, der die Bedingungen der Arbeit und folglich auch der Agitation in einem bestimmten Betrieb nicht in ihren Einzelheiten kennt, der mit den Grundregeln der Konspiration nicht vertraut ist und sich nur die allgemeinen Ansichten der Sozialdemokratie zu eigen gemacht hat" (hat er sie sich wirklich zu eigen gemacht?), „höchstens 4, 5 oder 6 Monate arbeiten kann. Dann erfolgt seine Verhaftung, die oft die Zerschlagung der gesamten oder zum mindesten eines Teils der Organisation zur Folge hat. Es fragt sich nun, ob eine erfolgreiche und fruchtbare Tätigkeit einer Gruppe möglich ist, wenn ihre Lebensdauer nach Monaten zu rechnen ist?... Offensichtlich können die Mängel der vorhandenen Organisationen nicht gänzlich der Übergangszeit zur Last gelegt werden... offensichtlich spielt hier die quantitative und vor allem die qualitative Zusammensetzung der tätigen Organisationen eine nicht geringe Rolle, und die erste Aufgabe unserer Sozialdemokraten... muß *eine wirkliche Vereinigung der Organisationen bei strenger Auslese der Mitglieder* sein."

b) Handwerklerei und Ökonomismus

Wir müssen jetzt auf die Frage eingehen, die sich sicherlich schon jedem Leser aufdrängt. Kann man diese Handwerklerei als eine Wachstumskrankheit, die der *gesamten* Bewegung anhaftet, in Zusammenhang bringen mit dem Ökonomismus als *einer* der Strömungen in der russischen Sozialdemokratie? Wir sind der Ansicht, ja. Mangel an praktischer Schulung, Unvermögen in der organisatorischen Arbeit sind *uns allen* eigen, auch denen, die von Anfang an fest auf dem Boden des revolutionären Marxismus standen. Und diesen Mangel an Schulung an sich könnte natürlich niemand den Praktikern zum Vorwurf machen. Aber außer dem Mangel an Schulung gehört zum Begriff der „Handwerklerei" noch etwas anderes: der beschränkte Umfang der ganzen revolutionären Arbeit im allgemeinen, das mangelnde Verständnis dafür, daß sich bei dieser beschränkten Arbeit auch gar keine ordentliche Organisation von Revolutionären herausbilden kann, schließlich — und das ist die Hauptsache — die Versuche, diese Beschränktheit zu rechtfertigen und zu einer besonderen „Theorie" zu erheben, d. h. eine Anbetung der Spontaneität auch auf diesem Gebiet. Sind solche Versuche zutage getreten, so ist schon nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Handwerklerei mit dem Ökonomismus

zusammenhängt und daß wir uns von der Beschränktheit unserer organisatorischen Tätigkeit nicht frei machen können, ohne uns vom Ökonomismus überhaupt (d. h. von der engen Auffassung sowohl der Theorie des Marxismus als auch der Rolle der Sozialdemokratie und ihrer politischen Aufgaben) frei gemacht zu haben. Diese Versuche aber traten in zweifacher Richtung zutage. Die einen begannen so zu reden: Die Arbeitermasse hat noch nicht selbst solch umfassende politische Kampfaufgaben gestellt, wie sie ihr von den Revolutionären „aufgezwungen" werden, sie muß noch für die *nächsten* politischen Forderungen kämpfen, den „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" führen* (diesem der Massenbewegung „zugänglichen" Kampf entspricht aber naturgemäß auch eine selbst der ungeschultesten Jugend „zugängliche" Organisation). Die anderen, denen jede „Allmählichkeitstheorie" fernlag, sagten: Es ist möglich und notwendig, eine „politische Revolution zu vollbringen", dazu aber ist es absolut nicht nötig, eine starke Organisation der Revolutionäre zu schaffen, die das Proletariat durch harten und zähen Kampf erzieht; dazu genügt es, daß wir alle den uns „zugänglichen" und schon bekannten Knüppel zur Hand nehmen. Um ohne Allegorien zu sprechen: daß wir einen Generalstreik organisieren**; oder daß wir den „schlappen" Gang der Arbeiterbewegung mit Hilfe des „exzitierenden Terrors" anspornen***. Diese beiden Richtungen, die Opportunisten und die „Revolutionisten", kapitulieren vor der herrschenden Handwerklerei, sie glauben nicht an die Möglichkeit, sich von ihr zu befreien, sie verstehen nicht unsere erste und dringendste praktische Aufgabe: *eine Organisation von Revolutionären* zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen.

Wir haben soeben die Worte von B-w angeführt: „Das Wachstum der Arbeiterbewegung überflügelt das Wachstum und die Entwicklung der revolutionären Organisationen." Dieser „wertvolle Bericht eines Beobachters aus der Nähe" (Urteil des „Rabotscheje Delo" über den Artikel

* „Rabotschaja Mysl" und „Rabotscheje Delo", besonders die „Antwort" an Plechanow.

** Die Schrift „Wer wird die politische Revolution vollbringen?" in dem in Rußland veröffentlichten Sammelband „Der proletarische Kampf". Die Schrift wurde auch vom Kiewer Komitee neu herausgegeben.

*** „Die Wiedergeburt des Revolutionismus" und „Swoboda".

von B-w) ist für uns von doppeltem Wert. Er zeigt, daß wir recht hatten, als wir feststellten, daß die Hauptursache der gegenwärtigen Krise in der russischen Sozialdemokratie in dem *Zurückbleiben der Führer* (der „Ideologen", der Revolutionäre, der Sozialdemokraten) hinter dem *spontanen Aufschwung der Massen* besteht. Er zeigt, daß all dieses Gerede der Verfasser des ökonomistischen Briefes (in Nr. 12 der „Iskra") sowie auch B. Kritschewskis und Martynows über die Gefahr der Unterschätzung des spontanen Elements, des unscheinbaren Tageskampfes, über die Taktik als Prozeß usw., eben eine Verherrlichung und Verteidigung der Handwerklerei ist. Diese Leute, die das Wort „Theoretiker" nicht in den Mund nehmen können, ohne eine verächtliche Grimasse zu ziehen, die den Mangel an praktischer Schulung und die Zurückgebliebenheit verherrlichen und dies als „Sinn fürs Leben" bezeichnen, offenbaren in Wirklichkeit, daß sie unsere dringendsten *praktischen* Aufgaben nicht verstehen. Den Zurückgebliebenen ruft man zu: Haltet Schritt! Eilt nicht voraus! Zu Leuten, die daran kranken, daß es ihnen an Energie und Initiative in der Organisationsarbeit mangelt, daß es ihnen an „Plänen" mangelt, die Arbeit an breiter Front und kühn in Angriff zu nehmen, redet man von der „Taktik als Prozeß"! Unsere größte Sünde besteht im *Herabdrücken* unserer politischen *und organisatorischen* Aufgaben auf das Niveau der nächsten, „greifbaren", „konkreten" Interessen des ökonomischen Tageskampfes — aber wir hören immer wieder die alte Leier: Dem eigentlichen ökonomischen Kampf muß politischer Charakter verliehen werden! Noch einmal: Das ist buchstäblich derselbe „Sinn fürs Leben", wie ihn eine Gestalt der Volksdichtung kundtat, die beim Anblick eines Leichenbegängnisses rief: „Mögen euch immer so glückliche Tage beschieden sein!"

Man erinnere sich, mit welch unvergleichlichem Hochmut wahrhaft „à la Narziß" diese Neunmalweisen Plechanow zu belehren versuchten: „Die politischen Aufgaben im wirklichen, *praktischen* Sinne des Wortes, d. h. im Sinne eines zweckmäßigen und erfolgreichen *praktischen* Kampfes für die politischen Forderungen, sind den Arbeiter*zirkeln* überhaupt (sic!) nicht zugänglich" („Antwort der Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'", S. 24). Es gibt Zirkel und Zirkel, meine Herren! Einem Zirkel der „Handwerkler" sind freilich die politischen Aufgaben nicht zugänglich, solange diese Handwerkler ihre Handwerklerei nicht erkannt und sich nicht von ihr frei gemacht haben. Wenn aber diese Handwerkler außerdem noch

in ihre Handwerklerei verliebt sind, wenn sie das Wort „praktisch" unbedingt kursiv setzen lassen und der Meinung sind, praktisch sein heiße, daß man seine Aufgaben auf das Niveau des Auffassungsvermögens der rückständigsten Schichten der Masse herabdrücke, dann ist bei diesen Handwerklern natürlich Hopfen und Malz verloren, und die *politischen Aufgaben* sind ihnen tatsächlich *überhaupt nicht zugänglich*. Aber einem Zirkel von Koryphäen, von der Art eines Alexejew und Myschkin, Chalturin und Sheljabow, sind politische Aufgaben im wahrsten, im praktischsten Sinne dieses Wortes zugänglich, sie sind ihnen gerade darum und insoweit zugänglich, als ihre leidenschaftliche Propaganda in der spontan erwachenden Masse einen Widerhall findet, als ihre sprühende Energie von der Energie der revolutionären Klasse aufgenommen und unterstützt wird. Plechanow hatte tausendmal recht, als er nicht nur auf diese revolutionäre Klasse hinwies, nicht nur die Unvermeidlichkeit, die Unabwendbarkeit ihres spontanen Erwachens nachwies, sondern auch sogar die „Arbeiterzirkel" vor eine hohe und große politische Aufgabe stellte. Ihr aber beruft euch auf die seither entstandene Massenbewegung, um diese Aufgabe *herabzudrücken*, um die Energie und den Umfang der Tätigkeit der „Arbeiterzirkel" *einzuengen*. Was ist das, wenn nicht die Verliebtheit des Handwerklers in seine Handwerklerei? Ihr brüstet euch mit eurem praktischen Sinn und seht nicht die jedem russischen Praktiker bekannte Tatsache, welche Wunder für die Sache der Revolution die Energie nicht nur eines Zirkels, sondern sogar einer einzelnen Person zu vollbringen vermag. Oder glaubt ihr etwa, daß es in unserer Bewegung keine solchen Koryphäen geben kann, wie es sie in den siebziger Jahren gab? Warum denn? Weil wir nicht genügend geschult sind? Aber wir schulen uns, werden uns schulen und werden geschult sein! Allerdings hat sich bei uns unglücklicherweise auf dem stehenden Wasser des „ökonomischen Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" Schimmel gebildet, es sind Leute aufgetaucht, die vor der Spontaneität einen Kotau machen und sie anbeten, wobei sie ehrfurchtsvoll (nach einem Ausdruck Plechanows) das „Hinterteil" des russischen Proletariats betrachten. Aber wir werden es verstehen, diesen Schimmel loszuwerden. Gerade jetzt kann der russische Revolutionär, geleitet von einer wahrhaft revolutionären Theorie und gestützt auf eine wahrhaft revolutionäre und spontan erwachende Klasse, sich endlich — endlich! — in seiner

ganzen Größe aufrichten und all seine reckenhaften Kräfte entfalten. Dazu ist es nur notwendig, daß jeder Versuch, unsere politischen Aufgaben und den Umfang unserer Organisationsarbeit herabzudrücken, bei der Masse der Praktiker, bei der noch größeren Masse der Leute, die schon auf der Schulbank von praktischer Arbeit träumten, auf Hohn und Verachtung stößt. Und das werden wir erreichen, darauf können Sie sich verlassen, meine Herren!

Im Artikel „Womit beginnen?" schrieb ich gegen das „Rabotscheje Delo": „Man kann in 24 Stunden die Taktik der Agitation in irgendeiner besonderen Frage, die Taktik bei der Durchführung irgendeiner Teilaufgabe der Parteiorganisation ändern; aber in 24 Stunden, ja sei es sogar in 24 Monaten, seine Ansichten darüber ändern, ob überhaupt, stets und unbedingt eine Kampforganisation und politische Agitation in den Massen notwendig sind, das bringen nur Leute ohne jegliche Prinzipien fertig."* Das „Rabotscheje Delo" antwortet: „Dieser einzige, auf Sachlichkeit Anspruch erhebende Vorwurf der ‚Iskra' ist völlig unbegründet. Die Leser des ‚Rabotscheje Delo' wissen sehr gut, daß wir von Anfang an, ohne das Erscheinen der ‚Iskra' abzuwarten, nicht nur zur politischen Agitation aufgerufen haben"... (wobei hinzugefügt wurde: Nicht nur die Arbeiterzirkel, „auch die Massenbewegung der Arbeiter" könne sich „den Sturz des Absolutismus nicht zur ersten politischen Aufgabe machen", sondern nur den Kampf um die nächsten politischen Forderungen, und „die nächsten politischen Forderungen werden den Massen nach einem oder, im äußersten Falle, nach einigen Streiks zugänglich")... „sondern auch den in Rußland tätigen Genossen durch unsere Schriften aus dem Ausland das *einzige* sozialdemokratische politische Agitationsmaterial vermittelten"... (wobei ihr in diesem einzigen Material die politische Agitation lediglich auf dem Boden des ökonomischen Kampfes nicht nur am weitesten angewandt habt, sondern schließlich auch zu der Behauptung gelangt seid, diese eng begrenzte Agitation sei „am weitesten anwendbar". Und ihr merkt nicht, ihr Herren, daß eure Argumentation gerade in Anbetracht eines derartigen *einzigen* Materials die Notwendigkeit des Erscheinens der „Iskra" und die Notwendigkeit des Kampfes der „Iskra" gegen das „Rabotscheje Delo" beweist?)... „Anderseits hat unsere Verlagstätigkeit die taktische Einheit der Partei durch die Tat vor-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 6. *Die Red.*

bereitet..." (die Einheit der Überzeugung, daß die Taktik ein Prozeß des Wachsens der Parteiaufgaben ist, die zusammen mit der Partei wachsen? Eine wertvolle Einheit!) „...und damit die Möglichkeit einer ‚Kampforganisation', für deren Schaffung der Auslandsbund überhaupt alles getan hat, was für eine Auslandsorganisation erreichbar ist" („Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 15). Ein vergeblicher Versuch, sich herauszuwinden! Daß ihr alles getan habt, was für euch nur erreichbar war, wollte ich niemals abstreiten. Ich behauptete und behaupte, daß die *Grenzen* des „Erreichbaren" für euch durch die Kurzsichtigkeit eurer Auffassung eingeengt werden. Es ist lächerlich, von einer „Kampforganisation" zum Kampfe für die „nächsten politischen Forderungen" oder zum „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" auch nur zu reden.

Will aber der Leser Perlen „ökonomistischer" Verliebtheit in die Handwerklerei kennenlernen, so muß er sich selbstverständlich von dem eklektischen und schwankenden „Rabotscheje Delo" der konsequenten und entschlossenen „Rabotschaja Mysl" zuwenden. „Jetzt zwei Worte über die eigentliche sogenannte revolutionäre Intelligenz", schrieb R. M. in der „Sonderbeilage", S. 13, „sie hat allerdings mehr als einmal ihre volle Bereitschaft, ‚den entschlossenen Kampf mit dem Zarismus aufzunehmen', durch die Tat gezeigt. Das ganze Malheur ist nur, daß unsere revolutionäre Intelligenz, die von der politischen Polizei schonungslos verfolgt wird, den Kampf gegen diese politische Polizei für einen politischen Kampf gegen die Selbstherrschaft hielt. Darum bleibt für sie bis heute noch die Frage ungeklärt, ‚woher die Kräfte für den Kampf gegen die Selbstherrschaft nehmen?'"

Nicht wahr, wie beispiellos ist doch diese grandiose Mißachtung des Kampfes gegen die Polizei bei einem Verehrer (Verehrer im schlechten Sinne des Wortes) der *spontanen* Bewegung? Unser Unvermögen in Fragen der Konspiration will er dadurch *rechtfertigen*, daß für uns — angesichts der spontanen Massenbewegung — der Kampf gegen die politische Polizei eigentlich gar nicht von Belang sei!! Diese ungeheuerliche Schlußfolgerung werden nur ganz wenige unterschreiben: so sehr sind jetzt für alle die Mängel unserer revolutionären Organisationen zur akuten Frage geworden. Wenn sie aber zum Beispiel Martynow nicht unterschreibt, so nur, weil er es nicht versteht oder weil er nicht den Mut aufbringt, das, was er sagt, zu Ende zu denken. Wahrhaftig, verlangt denn eine solche

„Aufgabe" wie die Aufstellung konkreter, greifbare Resultate verheißender Forderungen durch die Masse besondere Sorge für die Gründung einer festen, zentralisierten Kampforganisation der Revolutionäre? Wird denn diese „Aufgabe" nicht auch von einer Masse erfüllt, die gar nicht „gegen die politische Polizei kämpft"? Mehr noch: Wäre denn diese Aufgabe zu erfüllen, wenn sie nur von den wenigen Führern und nicht auch (und zwar in übergroßer Mehrheit) von solchen Arbeitern in Angriff genommen würde, die gar *nicht fähig* sind, „gegen die politische Polizei zu kämpfen"? Solche Arbeiter, Durchschnittsmenschen aus der Masse, sind fähig, in einem Streik, einem Straßenkampf gegen Polizei und Militär riesige Energie und Opfermut an den Tag zu legen, sie sind fähig (und nur sie allein können es), den Ausgang unserer ganzen Bewegung zu *entscheiden* — aber gerade der Kampf gegen die *politische* Polizei erfordert besondere Eigenschaften, erfordert *Berufs*revolutionäre. Und wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß die Masse konkrete Forderungen „stellt", sondern auch dafür, daß die Masse der Arbeiter aus ihrer Mitte in immer größerer Zahl solche Berufsrevolutionäre „stellt". Wir sind also bei der Frage der Wechselbeziehung zwischen der Organisation der Berufsrevolutionäre und der reinen Arbeiterbewegung angelangt. Diese Frage, die in der Literatur einen geringen Widerhall gefunden hat, hat uns „Politiker" in Gesprächen und Diskussionen mit Genossen, die mehr oder weniger zum Ökonomismus neigen, viel beschäftigt. Es lohnt, auf diese Frage besonders einzugehen. Zunächst aber wollen wir die Illustrierung unserer These vom Zusammenhang der Handwerklerei mit dem Ökonomismus mit einem weiteren Zitat abschließen.

„Die Gruppe ‚Befreiung der Arbeit'", schrieb Herr N. N.[122] in seiner „Antwort", „fordert den direkten Kampf gegen die Regierung, ohne zu erwägen, wo die materielle Kraft für diesen Kampf ist, und ohne zu zeigen, *welche Wege es für diesen Kampf gibt.*" Und die letzten Worte unterstreichend, macht der Verfasser zum Wort „Wege" folgende Bemerkung: „Dieser Umstand kann nicht durch konspirative Ziele erklärt werden, da im Programm nicht von einer Verschwörung, sondern von einer *Massenbewegung* die Rede ist. Die Masse kann aber nicht geheime Wege gehen. Ist etwa ein geheimer Streik möglich? Ist eine geheime Manifestation oder Petition möglich?" („Vademecum", S. 59.) Der Verfasser ist sowohl an diese „materielle Kraft" (die Organisatoren von

Streiks und Demonstrationen) als auch an die „Wege" des Kampfes hart herangekommen, geriet aber dennoch in ratlose Verlegenheit, denn er „betet" die Massenbewegung an, d. h., er betrachtet sie als etwas, was uns unserer, der revolutionären Aktivität *enthebt*, und nicht als etwas, was unsere revolutionäre Aktivität ermuntern und *anspornen* soll. Einen Streik geheimhalten ist für seine Teilnehmer und alle mit ihm unmittelbar in Berührung stehenden Personen unmöglich. Aber für die Masse der russischen Arbeiter kann dieser Streik „geheim" bleiben (und meistens bleibt er es auch), denn die Regierung wird dafür sorgen, daß jede Verbindung mit den Streikenden unterbunden, jede Verbreitung von Berichten über den Streik unmöglich gemacht wird. Hier ist schon ein spezieller „Kampf gegen die politische Polizei" notwendig, ein Kampf, der niemals von einer ebenso breiten Masse, wie sie an Streiks teilnimmt, aktiv geführt werden kann. Dieser Kampf muß „nach allen Regeln der Kunst" von Leuten organisiert werden, denen die revolutionäre Arbeit zum Beruf geworden ist. Die Organisierung dieses Kampfes ist nicht *weniger notwendig* geworden, weil die Masse spontan in die Bewegung hineingezogen wird. Im Gegenteil, dadurch wird die Organisation noch *notwendiger*, denn wir Sozialisten würden unsere direkten Pflichten der Masse gegenüber nicht erfüllen, wenn wir es nicht fertigbrächten zu verhindern, daß die Polizei jeden Streik und jede Manifestation geheimhält (und wir selber nicht mitunter die Streiks und Manifestationen geheim vorbereiteten). Wir sind aber gerade deshalb in der Lage, *dies fertigzubringen*, weil diese spontan erwachende Masse *auch aus ihrer Mitte* in immer größerer Zahl „Berufsrevolutionäre" *hervorbringen wird* (wenn wir uns nicht darauf versteifen, den Arbeitern in allen Tonarten zu predigen, daß sie auf der Stelle treten müssen).

c) *Die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Revolutionäre*

Deckt sich für einen Sozialdemokraten der Begriff politischer Kampf mit dem Begriff „ökonomischer Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung", so ist natürlich zu erwarten, daß der Begriff „Organisation der Revolutionäre" sich für ihn mehr oder weniger mit dem Begriff „Organisation der Arbeiter" decken wird. Und das geschieht tatsächlich,

so daß wir buchstäblich verschiedene Sprachen sprechen, wenn wir über Organisation reden. Ich erinnere mich zum Beispiel, als wäre es heute, an das Gespräch mit einem ziemlich konsequenten Ökonomisten, den ich bis dahin nicht gekannt hatte. Das Gespräch kam auf die Broschüre „Wer wird die politische Revolution vollbringen?", und wir waren uns sehr bald darüber einig, daß ihr Hauptmangel darin besteht, daß sie die Frage der Organisation ignoriert. Wir glaubten schon, völlig einig zu sein, aber... das Gespräch geht weiter, und da stellt sich heraus, daß wir von verschiedenen Dingen sprechen. Während mein Gesprächspartner den Verfasser beschuldigte, die Streikkassen, Gesellschaften für gegenseitige Hilfe usw. ignoriert zu haben, hatte ich die Organisation der Revolutionäre im Auge, die notwendig ist, um die politische Revolution zu „vollbringen". Und kaum war diese Meinungsverschiedenheit zutage getreten, da konnte ich mich, soweit ich mich erinnere, in keiner einzigen prinzipiellen Frage mehr mit diesem Ökonomisten verständigen!

Worin bestand der Ursprung unserer Meinungsverschiedenheiten? Nun, gerade darin, daß die Ökonomisten sowohl bei den organisatorischen als auch bei den politischen Aufgaben ständig vom Sozialdemokratismus zum Trade-Unionismus abgleiten. Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genauso (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Partei unvermeidlich *anderer Art* sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom autokratischen Rußland). Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich auch von der Organisation der *Revolutionäre*, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe). Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation *muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen*, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen, *völlig zurücktreten*. Diese Organisation muß notwendigerweise nicht sehr umfassend und möglichst konspirativ sein. Gehen wir auf diesen dreifachen Unterschied näher ein.

In Ländern mit politischer Freiheit ist der Unterschied zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation vollkommen klar, wie auch der Unterschied zwischen den Trade-Unions und der Sozialdemokratie klar ist. Natürlich gestalten sich notwendigerweise die Beziehungen der letzteren zu den ersteren in den verschiedenen Ländern verschieden, je nach den historischen, rechtlichen und sonstigen Bedingungen; sie können mehr oder weniger eng, kompliziert usw. sein (von unserem Standpunkt aus sollen sie möglichst eng und möglichst wenig kompliziert sein), aber davon, daß die Organisation der Gewerkschaften und die Organisation der sozialdemokratischen Partei zusammenfallen, kann in freien Ländern nicht die Rede sein. In Rußland aber wird auf den ersten Blick durch den Druck der Selbstherrschaft jeder Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Organisation und dem Arbeiterverband verwischt, da *alle* Arbeiterverbände und *alle* Zirkel verboten sind und da das wichtigste Ausdrucksmittel und Werkzeug des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter — der Streik — überhaupt als kriminelles (und mitunter sogar als politisches!) Vergehen gilt. So kommt es, daß durch unsere Verhältnisse einerseits die Arbeiter, die einen ökonomischen Kampf führen, nachdrücklich auf die politischen Fragen „gestoßen" und anderseits die Sozialdemokraten zur Verwechslung von Trade-Unionismus und Sozialdemokratismus „gestoßen" werden (und unsere Kritschewski, Martynow und Konsorten, die voller Eifer von dem „Gestoßenwerden" der ersten Art reden, merken das „Gestoßenwerden" der zweiten Art nicht). In der Tat, man stelle sich Leute vor, die zu 99 Prozent vom „ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" absorbiert sind. Die einen von ihnen werden im Verlauf der *ganzen* Zeit ihrer Tätigkeit (4 bis 6 Monate lang) kein einziges Mal auf die Frage stoßen, ob die kompliziertere Organisation der Revolutionäre notwendig sei; die anderen werden womöglich auf die verhältnismäßig weitverbreitete bernsteinianische Literatur „stoßen", aus der sie die Überzeugung von der großen Bedeutung der „Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes" schöpfen werden. Die dritten schließlich werden sich vielleicht von der verführerischen Idee hinreißen lassen, der Welt ein neues Vorbild der „engen und organischen Verbindung mit dem proletarischen Kampf", der Verbindung der gewerkschaftlichen mit der sozialdemokratischen Bewegung, zu zeigen. Je später ein

Land die Arena des Kapitalismus und folglich auch der Arbeiterbewegung betritt — werden solche Leute sagen —, um so mehr können die Sozialisten an der Gewerkschaftsbewegung teilnehmen und ihr Unterstützung angedeihen lassen, um so weniger kann und muß es nichtsozialdemokratische Gewerkschaften geben. Bis hierher ist diese Betrachtung absolut richtig, doch schlimm ist, daß man noch weiter geht und von einer vollständigen Verschmelzung des Sozialdemokratismus mit dem Trade-Unionismus träumt. Wir werden gleich am Beispiel des „Statuts des St. Petersburger Kampfbundes" sehen, wie schädlich sich solche Träumereien auf unsere Organisationspläne auswirken.

Die Organisationen der Arbeiter für den ökonomischen Kampf müssen Gewerkschaftsorganisationen sein. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hat diese Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und aktiv in ihnen zu arbeiten. Das ist richtig. Es liegt aber durchaus nicht in unserem Interesse, zu fordern, daß nur Sozialdemokraten Mitglieder der „Gewerk"-verbände sein dürfen: das würde den Bereich unseres Einflusses auf die Massen einengen. Mag am Gewerkverband jeder Arbeiter teilnehmen, der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zum Kampfe gegen die Unternehmer und gegen die Regierung erkennt. Das eigentliche Ziel der Gewerkverbände wäre gar nicht zu erreichen, wenn sie nicht alle zusammenfaßten, denen diese, sei es auch nur diese eine, elementare Stufe der Erkenntnis zugänglich ist, wenn diese Gewerkverbände nicht sehr *breite* Organisationen wären. Und je breiter diese Organisationen sind, um so größer wird unser Einfluß auf sie sein, ein Einfluß, der nicht nur durch die „spontane" Entwicklung des ökonomischen Kampfes ausgeübt wird, sondern auch durch die direkte, bewußte Einwirkung der sozialistischen Mitglieder des Verbandes auf ihre Kollegen. Aber bei einer breiten Mitgliedschaft der Organisation ist strenge Konspiration unmöglich (die eine viel größere Schulung erfordert, als für die Teilnahme am ökonomischen Kampf notwendig ist). Wie ist dieser Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer breiten Mitgliedschaft und einer strengen Konspiration zu beheben? Wie ist es zu erreichen, daß die Gewerkorganisationen möglichst wenig konspirativ sind? Dafür kann es, allgemein gesprochen, nur zwei Wege geben: entweder die Legalisierung der Gewerkverbände (die in manchen Ländern der Legalisierung der sozialistischen und der politischen Vereinigungen voranging) oder: die Organisation bleibt geheim,

ist aber so „frei", so locker, so lose*, wie die Deutschen zu sagen pflegen, daß die Konspiration für die Masse der Mitglieder fast Null ist.

Die Legalisierung der nichtsozialistischen und nichtpolitischen Arbeiterverbände hat in Rußland bereits begonnen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Schritt unserer rasch wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung diese Legalisierungsversuche mehren und fördern wird, Versuche, die hauptsächlich von Anhängern des bestehenden Regimes, zum Teil aber auch von den Arbeitern selber und von der liberalen Intelligenz ausgehen. Das Banner der Legalisierung ist bereits von den Wassiljew und Subatow erhoben worden, die Herren Oserow und Worms haben schon ihre Unterstützung zugesagt und sie gewährt, unter den Arbeitern gibt es bereits Anhänger der neuen Strömung. Und wir können von jetzt an nicht umhin, mit dieser Strömung zu rechnen. In welcher Weise das geschehen soll, darüber kann es unter Sozialdemokraten wohl kaum zwei Meinungen geben. Wir sind verpflichtet, unentwegt jede Teilnahme der Subatow und Wassiljew, der Gendarmen und Pfaffen an dieser Strömung zu entlarven und die Arbeiter über die wahren Absichten dieser Teilnehmer aufzuklären. Wir sind auch verpflichtet, alle Töne der Versöhnung und „Harmonie" anzuprangern, die aus den Reden der liberalen Politiker in öffentlichen Arbeiterversammlungen klingen werden — einerlei, ob sie diese Töne anschlagen, weil sie aufrichtig überzeugt sind, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Klassen erwünscht sei, oder weil sie sich bei der Obrigkeit lieb Kind machen wollen, oder weil sie einfach ungeschickt sind. Wir sind schließlich verpflichtet, die Arbeiter vor einer Falle zu warnen, die ihnen oft von der Polizei gestellt wird: die Polizei hält in diesen öffentlichen Versammlungen und polizeilich genehmigten Vereinen nach „Heißspornen" Umschau und ist bemüht, mittels der legalen Organisationen ihre Lockspitzel auch in die illegalen Organisationen hineinzubringen.

Aber all das tun heißt durchaus nicht vergessen, daß die Legalisierung der Arbeiterbewegung *letzten Endes* eben uns, und nicht den Subatow, Nutzen bringen wird. Im Gegenteil, gerade durch unsere Enthüllungskampagne sondern wir das Unkraut vom Weizen. Das Unkraut haben wir bereits genannt. Der Weizen, das bedeutet, daß die Aufmerksamkeit noch breiterer, auch der rückständigsten Arbeiterschichten auf soziale und poli-

* „lose" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

tische Fragen gelenkt wird, das bedeutet, daß wir Revolutionäre von solchen Funktionen befreit werden, die ihrem Wesen nach legal sind (Verbreitung von legalen Schriften, gegenseitige Hilfe usw.) und deren Entwicklung uns unvermeidlich immer mehr Agitationsmaterial liefern wird. In diesem Sinne können und müssen wir zu den Subatow und den Oserow sagen: Macht nur weiter, ihr Herren, macht nur weiter! Soweit ihr den Arbeitern (durch direkte Provokation oder durch „ehrliche" Demoralisierung der Arbeiter mit Hilfe des „Struvismus") eine Falle stellt, werden wir schon für eure Entlarvung sorgen. Soweit ihr einen wirklichen Schritt vorwärts tut — wenn auch nur in der Form eines „schüchternen Zickzacks", aber immerhin einen Schritt vorwärts —, werden wir sagen: Bitte sehr! Ein wirklicher Schritt vorwärts kann nur eine tatsächliche, wenn auch nur winzige Erweiterung der Ellenbogenfreiheit für die Arbeiter sein. Und jede solche Erweiterung wird für uns von Nutzen sein und die Entstehung legaler Vereine beschleunigen, in denen nicht die Lockspitzel Sozialisten fangen, wohl aber die Sozialisten sich Anhänger fangen werden. Mit einem Wort, unsere Sache ist es jetzt, gegen das Unkraut zu kämpfen. Nicht unsere Sache ist es, in Blumentöpfen Weizen zu ziehen. Indem wir das Unkraut jäten, säubern wir den Boden, damit der Weizensamen aufgehen kann. Während die Afanassi Iwanytsch und Pulcheria Iwanowna* ihre Zimmerpflanzen ziehen, müssen wir Schnitter ausbilden, die imstande sind, heute Unkraut zu jäten und morgen Weizen zu ernten.**

Also, mit Hilfe der Legalisierung die Frage *lösen*, wie eine möglichst wenig konspirative und möglichst breite Gewerkschaftsorganisation zu schaffen sei, das können *wir* nicht (aber wir wären sehr froh, wenn die Subatow und Oserow uns wenigstens zum Teil die Möglichkeit einer solchen Lösung eröffneten, dazu aber müssen wir sie möglichst energisch

---

* Gestalten aus der Erzählung „Gutsbesitzer der alten Zeit" von N. W. Gogol. *Der Übers.*

** Der Kampf gegen das Unkraut hat der „Iskra" vom „Rabotscheje Delo" einen wütenden Ausfall eingebracht: „Für die ‚Iskra' sind nicht so sehr diese großen (die Frühjahrs-) Ereignisse als vielmehr die kläglichen Versuche der Subatowschen Agenten, die Arbeiterbewegung zu ‚legalisieren', ein Zeichen der Zeit. Sie sieht nicht, daß eben diese Tatsachen gegen sie sprechen; gerade sie zeugen davon, daß die Arbeiterbewegung in den Augen der Regierung ganz

bekämpfen!). Es bleibt der Weg der geheimen Gewerkschaftsorganisationen, und *wir müssen* die Arbeiter, die (wie wir genau wissen) diesen Weg bereits beschreiten, in jeder Weise unterstützen. Die Gewerkschaftsorganisationen können nicht nur für die Entwicklung und Verstärkung des ökonomischen Kampfes von gewaltigem Nutzen sein, sie können auch zu einem sehr wichtigen Helfer für die politische Agitation und revolutionäre Organisation werden. Um dieses Resultat zu erreichen, um die aufkommende Gewerkschaftsbewegung in ein für die Sozialdemokratie erwünschtes Fahrwasser zu lenken, muß man sich vor allem über die Unsinnigkeit des Organisationsplanes im klaren sein, mit dem sich die Petersburger Ökonomisten nun schon fast fünf Jahre beschäftigen. Dieser Plan ist dargelegt sowohl im „Statut einer Arbeiterkasse" vom Juli 1897 („Listok ‚Rabotnika'" Nr. 9/10, S. 46, aus „Rabotschaja Mysl" Nr. 1) als auch im „Statut einer Arbeiterverbandsorganisation" vom Oktober 1900 (besondere Flugschrift, gedruckt in St. Petersburg und erwähnt in Nr. 1 der „Iskra"). Der Hauptmangel dieser beiden Statuten liegt darin, daß die Form der breiten Arbeiterorganisation bis ins Detail festgelegt und diese Organisation mit der Organisation der Revolutionäre verwechselt wird. Nehmen wir das zweite Statut, das genauer ausgearbeitet ist. Sein Hauptstück besteht aus *zweiundfünfzig* Paragraphen: In 23 Paragraphen werden der Aufbau, die Regeln für die Arbeit und die Kompetenzgrenzen der „Arbeiterzirkel" dargelegt, die in jedem Betrieb einzurichten sind („nicht mehr als zehn Personen") und die „zentrale (Betriebs-)Gruppen" zu wählen haben. „Die zentrale Gruppe", lautet § 2, „verfolgt alles, was in ihrer Fabrik oder ihrem Betrieb vor sich geht, und führt eine Chronik dieser Ereignisse." „Die zentrale Gruppe erstattet monatlich Bericht an alle zahlenden Mitglieder über den Stand der Kasse" (§ 17) usw. Zehn Paragraphen sind der „Bezirksorganisation" gewidmet und neunzehn der äußerst komplizierten Verflechtung des „Komitees der Arbeiterorganisation" mit dem „Komitee des St. Petersburger Kampf-

bedrohliche Dimensionen angenommen hat." („Zwei Konferenzen", S. 27.) Schuld an allem ist der „Dogmatismus" dieser „den gebieterischen Befehlen des Lebens gegenüber tauben" Orthodoxen. Sie wollen hartnäckig den meterhohen Weizen nicht sehen und bekämpfen das zollhohe Unkraut! Ist das nicht ein „entartetes Gefühl für die Perspektive der russischen Arbeiterbewegung" (ebenda, S. 27)?

bundes" (gewählte Vertreter jedes Bezirks und der „Vollzugsgruppen" — „der Propagandistengruppen, der Gruppen für die Verbindung mit der Provinz, für die Verbindung mit dem Ausland, zur Verwaltung der Lager, für die Verlagsarbeit, für die Kasse").

Sozialdemokratie = „Vollzugsgruppen" für den ökonomischen Kampf der Arbeiter! Man könnte wohl kaum prägnanter zeigen, wie die Gedanken des Ökonomisten vom Sozialdemokratismus zum Trade-Unionismus abgleiten, wie ihm jede Vorstellung davon fremd ist, daß der Sozialdemokrat vor allem an eine Organisation von Revolutionären denken muß, die fähig sind, den *gesamten* Befreiungskampf des Proletariats zu leiten. Von der „politischen Befreiung der Arbeiterklasse", vom Kampf gegen die „zaristische Willkür" reden und solche Organisationsstatuten verfassen heißt absolut keinen Begriff von den wirklichen politischen Aufgaben der Sozialdemokratie haben. Von dem halben Hundert Paragraphen zeigt auch kein einziger nur einen Schimmer von Verständnis dafür, daß die breiteste politische Agitation unter den Massen notwendig ist, eine Agitation, die alle Seiten des russischen Absolutismus, das ganze Gepräge der verschiedenen Gesellschaftsklassen in Rußland beleuchtet. Ja, *nicht* nur politische, auch trade-unionistische Ziele lassen sich mit einem solchen Statut nicht erreichen, denn sie erfordern eine Organisation *nach Berufen*, die nicht einmal erwähnt wird.

Aber am charakteristischsten ist wohl die erstaunliche Schwerfälligkeit dieses ganzen „Systems", das versucht, eine ständige Verbindung von jeder einzelnen Fabrik zum „Komitee" durch gleichförmige und geradezu lächerlich kleinliche Regeln, auf Grund eines dreistufigen Wahlsystems zu schaffen. Erdrückt durch den engen Gesichtskreis des Ökonomismus, verfängt sich der Gedanke hier in Einzelheiten, die nach Bürokratismus und Amtsschimmel geradezu stinken. In der Wirklichkeit werden natürlich drei Viertel all dieser Paragraphen nie angewandt, dagegen aber wird es durch eine solche „konspirative" Organisation mit einer Zentralgruppe in jedem Betrieb den Gendarmen leicht gemacht, Massenverhaftungen größten Ausmaßes vorzunehmen. Die polnischen Genossen haben die Periode der Bewegung bereits hinter sich, in der sich alle für eine breit angelegte Gründung von Arbeiterkassen begeisterten, aber sie gaben sehr bald diese Idee auf, da sie sich überzeugen mußten, daß sie nur den Gendarmen eine reiche Ernte verschafften. Wenn wir breite Arbeiterorgani-

sationen und keine Massenverhaftungen wollen, wenn wir nicht den Gendarmen Vergnügen bereiten wollen, so müssen wir danach streben, daß diese Organisationen nur ganz lose aufgebaut sind. — Werden sie dann funktionieren können? — Man sehe sich diese Funktionen an: „...alles verfolgen, was in der Fabrik vor sich geht, und eine Chronik dieser Ereignisse führen." (§ 2 des Statuts.) Muß das denn unbedingt in einer festen organisatorischen Form geschehen? Kann das nicht noch besser erreicht werden durch Zuschriften an die illegalen Zeitungen, ohne daß besondere Gruppen zu diesem Zweck gebildet werden? „...den Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lage im Betrieb leiten." (§ 3 des Statuts.) Auch hier ist eine feste organisatorische Form überflüssig. Welche Forderungen die Arbeiter aufstellen wollen, kann jeder einigermaßen tüchtige Agitator aus einer einfachen Unterhaltung genau erfahren, und sobald er das weiß, wird er es schon an die enge — und nicht breite — Organisation der Revolutionäre weiterleiten, damit sie das entsprechende Flugblatt liefert. „...eine Kasse organisieren... mit einem Zweikopekenbeitrag je Rubel" (§ 9) — und dann monatlich über die Kasse allen Bericht erstatten (§ 17), die nichtzahlenden Mitglieder ausschließen (§ 10) usw. Das ist für die Polizei geradezu ein wahres Paradies, denn nichts ist leichter, als in die ganze Konspiration der „zentralen Betriebskasse" einzudringen, das Geld zu beschlagnahmen und die besten Leute zu verhaften. Wäre es nicht einfacher, Einkopeken- oder Zweikopekenmarken mit dem Stempel der bekannten (sehr engen und sehr konspirativen) Organisation auszugeben, oder ganz ohne Marken Sammlungen zu veranstalten, über die das illegale Blatt unter einem bestimmten verabredeten Stichwort Berichte veröffentlicht? Es wird das gleiche Ziel erreicht werden, den Gendarmen aber wird es hundertmal schwerer sein, die Fäden aufzufinden.

Ich könnte die Analyse des als Beispiel gewählten Statuts noch weiter fortsetzen, glaube aber, daß das Gesagte genügt. Ein kleiner, festgefügter Kern der zuverlässigsten, erfahrensten und gestähltesten Arbeiter, der in den wichtigsten Bezirken Vertrauensleute hat und nach allen Regeln der strengsten Konspiration mit der Organisation der Revolutionäre verbunden ist, kann, unter weitestgehender Mitwirkung der Masse und ohne der Sache feste organisatorische Formen zu geben, *sämtliche* Funktionen durchaus erfüllen, die der Gewerkschaftsorganisation obliegen, und sie zudem so erfüllen, wie es für die Sozialdemokratie erwünscht ist. Nur

auf diesem Wege kann, allen Gendarmen zum Trotz, eine *Festigung* und Entfaltung der *sozialdemokratischen* Gewerkschaftsbewegung erreicht werden.

Man wird mir erwidern: Eine Organisation, die so lose* ist, daß sie überhaupt keine bestimmte Form hat, daß sie nicht einmal eingetragene und registrierte Mitglieder hat, kann auch nicht als Organisation bezeichnet werden. — Mag sein. Mir ist es nicht um den Namen zu tun. Aber alles, was notwendig ist, wird diese „Organisation ohne Mitglieder" tun, und sie wird von Anfang an eine feste Verbindung unserer künftigen Gewerkschaften mit dem Sozialismus sichern. Wer aber unter dem Absolutismus eine *breite* Arbeiterorganisation mit Wahlen, Berichten, allgemeinen Abstimmungen usw. haben will, der ist einfach ein unverbesserlicher Utopist.

Es ergibt sich hieraus die einfache Moral: Beginnen wir mit einer festgefügten Organisation der Revolutionäre, so werden wir die Widerstandsfähigkeit der Bewegung als Ganzes sichern und sowohl die sozialdemokratischen als auch die eigentlich trade-unionistischen Ziele verwirklichen können. Beginnen wir aber mit der der Masse angeblich „zugänglichsten", breiten Arbeiterorganisation (die aber in Wirklichkeit für die Gendarmen am zugänglichsten ist und die Revolutionäre für die Polizei am zugänglichsten macht), so werden wir weder diese noch jene Ziele verwirklichen, werden uns von der Handwerklerei nicht frei machen und werden dadurch, daß wir zersplittert sind und immer wieder hochgehen, die Trade-Unions vom Subatowschen oder Oserowschen Typ für die Massen am zugänglichsten machen.

Worin sollen nun eigentlich die Funktionen dieser Organisation der Revolutionäre bestehen? Darüber werden wir uns gleich ausführlicher unterhalten. Analysieren wir aber zunächst noch eine sehr typische Ausführung unseres Terroristen, der wiederum (welch trauriges Los!) in nächster Nachbarschaft mit dem Ökonomisten anzutreffen ist. In der Zeitschrift für Arbeiter „Swoboda" (Nr. 1) ist ein Artikel mit der Überschrift „Die Organisation" enthalten, dessen Verfasser die ihm bekannten Anhänger des Ökonomismus unter den Arbeitern von Iwanowo-Wosnessensk in Schutz nehmen möchte:

„Es ist schlimm", schreibt er, „wenn die Menge stumm, unaufgeklärt ist, wenn die Bewegung nicht von unten kommt. Man sehe sich das an: Die Stu-

* „lose" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

denten verlassen die Universitätsstadt und fahren für die Feiertage oder die Sommerferien nach Hause — und die Arbeiterbewegung kommt zum Stillstand. Kann denn eine Arbeiterbewegung, die von außen angetrieben wird, eine wirkliche Kraft darstellen? In keiner Weise... Sie hat noch nicht gelernt, auf eigenen Füßen zu gehen, sie wird noch am Gängelband geführt. Und so ist es in allem: Die Studenten sind fort — und alles steht still; man hat die Fähigsten herausgegriffen, den Rahm abgeschöpft — und die Milch wird sauer; das ‚Komitee' ist verhaftet, und bis ein neues zustande kommt, tritt wieder Stillstand ein; und wer weiß, was für ein Komitee zustande kommt, vielleicht wird es dem bisherigen absolut nicht ähnlich sehen; jenes hat dies gesagt, dieses wird das Gegenteil sagen. Der Zusammenhang zwischen gestern und heute geht verloren, die Erfahrung der Vergangenheit ergibt keine Lehre für die Zukunft. Und all das nur, weil die Wurzeln in der Tiefe, in der Menge fehlen; nicht ein Hundert Dummköpfe ist am Werk, sondern ein Dutzend Schlauköpfe. Ein Dutzend kann immer vom Hecht geschnappt werden, erfaßt aber die Organisation die Menge, kommt alles aus der Menge — dann vermag bei allem Eifer niemand die Sache zu zerstören." (S. 63.)

Die Tatsachen sind richtig geschildert. Das Bild unserer Handwerklerei ist nicht übel. Aber die Schlußfolgerungen sind sowohl ihrem Unverstand als auch ihrer politischen Taktlosigkeit nach der „Rabotschaja Mysl" würdig. Sie sind der Gipfel der Unvernunft, denn der Verfasser verwechselt die philosophische und die sozialhistorische Frage nach den „Wurzeln" der Bewegung in der „Tiefe" mit der technisch-organisatorischen Frage, wie der Kampf gegen die Gendarmen besser zu führen ist. Sie sind der Gipfel politischer Taktlosigkeit, denn anstatt sich von den schlechten Führern abzuwenden und an die guten Führer zu appellieren, wendet sich der Verfasser von den Führern überhaupt ab und appelliert an die „Menge". Das ist in organisatorischer Beziehung der gleiche Versuch, uns nach rückwärts zu zerren, wie es in politischer Beziehung der Gedanke ist, die politische Agitation durch den exzitierenden Terror zu ersetzen. Ich empfinde wahrhaftig einen embarras de richesses* und weiß nicht, womit ich die Analyse dieses Durcheinanders, das uns die „Swoboda" auftischt, beginnen soll. Der Anschaulichkeit halber will ich versuchen, mit einem Beispiel zu beginnen. Nehmen wir die Deutschen. Man wird doch hoffentlich nicht leugnen wollen, daß ihre Organisation die Menge erfaßt, daß alles von der Menge ausgeht, daß ihre Arbeiterbewegung gelernt hat, auf

* Verlegenheit aus Überfluß. *Die Red.*

eigenen Füßen zu gehen? Und wie versteht diese millionenköpfige Menge es trotzdem, ihr „Dutzend" bewährter politischer Führer zu schätzen, wie fest hält sie zu ihnen! Im Parlament kam es wiederholt vor, daß Abgeordnete der feindlichen Parteien die Sozialisten hänselten: „Schöne Demokraten seid ihr! Nur in Worten habt ihr eine Bewegung der Arbeiterklasse, in Wirklichkeit aber tritt immer dieselbe Führersippe auf. Immer derselbe Bebel, derselbe Liebknecht, jahraus, jahrein, von einem Jahrzehnt zum anderen. Eure angeblich gewählten Abgeordneten der Arbeiterschaft sind noch weniger absetzbar als die vom Kaiser eingesetzten Beamten!" Doch die Deutschen hatten nur ein verächtliches Lächeln für diese demagogischen Versuche übrig, die „Menge" gegen die „Führer" auszuspielen, in der Menge schlechte und eitle Instinkte zu entfachen, der Bewegung durch Erschütterung des Vertrauens der Masse zu einem „Dutzend Schlauköpfen" die Widerstandsfähigkeit und Festigkeit zu rauben. Das politische Denken der Deutschen ist schon entwickelt genug, sie haben genügend politische Erfahrung gesammelt, um zu verstehen, daß es ohne ein „Dutzend" talentvoller (Talente aber kommen nicht zu Hunderten zur Welt), bewährter Führer, die mit den notwendigen Kenntnissen ausgerüstet sind, eine lange Schule durchgemacht haben und die ausgezeichnet zusammenarbeiten, in der heutigen Gesellschaft keinen beharrlichen Kampf einer Klasse geben kann. Die Deutschen haben auch in ihrer Mitte Demagogen gesehen, die einem „Hundert Dummköpfen" schmeichelten, indem sie sie über das „Dutzend Schlauköpfe" stellten, die der „schwieligen Faust" der Masse schmeichelten, sie (wie Most oder Hasselmann) zu unüberlegten „revolutionären" Aktionen anstachelten und Mißtrauen gegen die bewährten und standhaften Führer säten. Und nur dank dem unentwegten und unversöhnlichen Kampf gegen alle demagogischen Elemente innerhalb des Sozialismus ist der deutsche Sozialismus so gewachsen und erstarkt. Zu einer Zeit, wo die ganze Krise der russischen Sozialdemokratie daraus zu erklären ist, daß die spontan erwachten Massen keine genügend geschulten, durchgebildeten und erfahrenen Führer besitzen, verkünden unsere Neunmalklugen mit der Tiefgründigkeit des dummen Hans: „Es ist schlimm, wenn die Bewegung nicht von unten kommt"!

„Ein Komitee aus Studenten taugt nichts, es ist nicht widerstandsfähig." — Sehr richtig. Aber hieraus muß der Schluß gezogen werden, daß man ein Komitee aus Berufs*revolutionären* braucht, einerlei, ob es ein Student oder

ein Arbeiter versteht, sich zum Berufsrevolutionär zu entwickeln. Ihr aber zieht den Schluß, die Arbeiterbewegung dürfe keinen Antrieb von außen erhalten! In eurer politischen Einfalt merkt ihr nicht einmal, daß ihr damit unseren Ökonomisten und unserer Handwerklerei in die Hände spielt. Worin bestand, mit Verlaub zu fragen, der „Antrieb", den unsere Studenten unseren Arbeitern gegeben haben? *Einzig und allein* darin, daß der Student dem Arbeiter die Bruchstücke politischen Wissens übermittelte, die er selber besaß, die Brocken sozialistischer Ideen, die ihm zugefallen waren (denn die geistige Hauptnahrung des heutigen Studenten, der legale Marxismus, konnte ja nichts als das Abc, als Brocken geben). *Dieser* „Antrieb von außen" war für unsere Bewegung nicht zu stark, sondern, im Gegenteil, zu schwach, heillos und sträflich schwach, denn wir schmorten nur zu sehr im eigenen Saft, beteten überaus sklavisch den elementaren „ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" an. Mit *diesem* „Antrieb" müssen wir Berufsrevolutionäre uns in hundertmal stärkerem Maße beschäftigen und werden dies auch tun. Aber eben weil ihr ein so niederträchtiges Wort wie „Antrieb von außen" wählt, das unbedingt im Arbeiter (wenigstens im Arbeiter, der ebenso unentwickelt ist, wie ihr es seid) Mißtrauen gegen *alle* weckt, die ihm politisches Wissen und revolutionäre Erfahrung von außen bringen, das instinktiv bei ihm den Wunsch hervorruft, *allen* solchen Leuten die Tür zu weisen — eben darum seid ihr *Demagogen*, die Demagogen aber sind die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse.

Ja, ja! Habt es nicht so eilig, über die „unkameradschaftlichen Methoden" meiner Polemik ein Geschrei zu erheben! Ich denke gar nicht daran, die Lauterkeit eurer Absichten anzuzweifeln, ich habe schon gesagt, daß man allein schon aus politischer Naivität zum Demagogen werden kann. Aber ich habe gezeigt, daß ihr bis zur Demagogie herabgesunken seid. Und ich werde nie müde werden zu wiederholen, daß die Demagogen die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse sind. Eben darum die ärgsten, weil sie die schlechten Instinkte der Menge schüren, weil die unentwickelten Arbeiter nicht die Möglichkeit haben, diese Feinde richtig zu erkennen, die — manchmal aufrichtig — als ihre Freunde auftreten. Die ärgsten, weil in einer Zeit der Zerfahrenheit und Schwankungen, in einer Zeit, wo sich die Physiognomie unserer Bewegung erst herausbildet, nichts leichter ist, als demagogisch die Menge mitzureißen, die später nur durch die bittersten

Erfahrungen über ihren Irrtum belehrt werden kann. Darum muß für den heutigen russischen Sozialdemokraten die Tageslosung sein: energischer Kampf sowohl gegen die bis zur Demagogie hinabsinkende „Swoboda" als auch gegen das bis zur Demagogie hinabsinkende „Rabotscheje Delo" (hiervon wird weiter unten noch ausführlich die Rede sein*).

„Ein Dutzend Schlauköpfe kann leichter geschnappt werden als hundert Dummköpfe." Diese großartige Wahrheit (für die euch stets hundert Dummköpfe Beifall spenden werden) erscheint nur darum selbstverständlich, weil ihr im Laufe eurer Ausführungen von einer Frage auf die andere übergesprungen seid. Ihr habt begonnen und fahrt fort, davon zu sprechen, daß das „Komitee" geschnappt wird, daß die „Organisation" geschnappt wird, seid aber jetzt auf die Frage übergesprungen, daß die „Wurzeln" der Bewegung „in der Tiefe" geschnappt werden. Gewiß, unsere Bewegung ist nur darum nicht zu fassen, weil sie Tausende und aber Tausende Wurzeln in der Tiefe hat, aber darum handelt es sich ja gar nicht. Was die „Wurzeln in der Tiefe" betrifft, so kann man uns, trotz all unserer Handwerklerei, auch jetzt nicht „schnappen", und dennoch klagen wir alle darüber und müssen darüber klagen, daß die „*Organisationen*" geschnappt werden und dadurch jede Kontinuität der Bewegung zerstört wird. Stellt ihr aber die Frage, daß die *Organisationen* geschnappt werden, und geht davon nicht ab, so will ich euch sagen, daß es viel schwieriger ist, ein Dutzend Schlauköpfe zu schnappen als hundert Dummköpfe. Und ich werde diesen Grundsatz verfechten, so sehr ihr auch die Menge wegen meines „Antidemokratismus" usw. gegen mich aufhetzen möget. Unter den „Schlauköpfen" sind, wie ich schon wiederholt betont habe, in organisatorischer Beziehung nur die *Berufsrevolutionäre* zu verstehen, einerlei, ob sie sich aus Studenten oder Arbeitern hierzu entwickeln. Und nun behaupte ich: 1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist, die spontan

* Hier sei nur bemerkt, daß alles, was wir über den „Antrieb von außen" wie auch über alle weiteren Ausführungen der „Swoboda" zur Organisation gesagt haben, sich *voll und ganz* auch auf *sämtliche* „Ökonomisten" bezieht, einschließlich der „Rabotschedelenzen", denn zum Teil predigten und verteidigten sie aktiv dieselben Auffassungen über die Fragen der Organisation, zum anderen Teil glitten sie zu solchen Auffassungen ab.

in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein (denn um so leichter wird es für allerhand Demagogen sein, die unentwickelten Schichten der Masse mitzureißen); 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen; 4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation *einengen*, und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation „zu schnappen", und 5. um so *breiter* wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse und aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu betätigen.

Ich stelle unseren Ökonomisten, Terroristen und „ökonomistischen Terroristen"* anheim, diese Sätze zu widerlegen, von denen ich die beiden letzten gleich näher betrachten werde. Die Frage, ob es leichter sei, ein „Dutzend Schlauköpfe" als „hundert Dummköpfe" zu schnappen, läuft auf die oben analysierte Frage hinaus, ob eine Massen*organisation* möglich ist, wenn strengste Konspiration geboten ist. Eine breite Organisation werden wir nie auf die Höhe der Konspiration bringen können, ohne die von einem zähen und kontinuierlichen Kampf gegen die Regierung

* Diese Bezeichnung paßt vielleicht auf die „Swoboda" besser als die vorhergehende, denn in der „Wiedergeburt des Revolutionismus" wird der Terrorismus in Schutz genommen, in dem Artikel aber, von dem hier die Rede ist, der Ökonomismus. Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach! — könnte man überhaupt von der „Swoboda" sagen. Die besten Ansätze und die besten Vorsätze, und im Resultat eine Konfusion, hauptsächlich deswegen eine Konfusion, weil die „Swoboda", die für die Kontinuität der Organisation eintritt, von der Kontinuität des revolutionären Denkens und der sozialdemokratischen Theorie nichts wissen will. Danach streben, den Berufsrevolutionär zu neuem Leben zu erwecken („Wiedergeburt des Revolutionismus"), und dazu erstens den exzitierenden Terror und zweitens die „Organisation der Durchschnittsarbeiter" („Swoboda" Nr. 1, S. 66ff.) vorschlagen, die möglichst wenig „von außen angetrieben werden", das heißt wahrlich, zur Heizung seines Hauses das Holz verwenden, aus dem es gebaut ist.

keine Rede sein kann. Die Konzentrierung aller konspirativen Funktionen in den Händen einer möglichst geringen Zahl von Berufsrevolutionären bedeutet keineswegs, daß die Berufsrevolutionäre „für alle denken werden", daß die Menge keinen tätigen Anteil an der *Bewegung* nehmen wird. Im Gegenteil, die Menge wird diese Berufsrevolutionäre in immer größerer Anzahl hervorbringen, denn die Menge wird dann wissen, daß es nicht genügt, wenn sich ein paar Studenten und Arbeiter, die einen ökonomischen Kampf führen, zusammentun, um ein „Komitee" zu bilden, sondern daß es notwendig ist, sich durch jahrelange Arbeit zu einem Berufsrevolutionär auszubilden; und die Menge wird nicht nur an Handwerklerei „denken", sondern eben an eine solche Ausbildung. Die Zentralisierung der konspirativen Funktionen der *Organisation* bedeutet keineswegs die Zentralisierung aller Funktionen der *Bewegung*. Die aktive Mitarbeit der breitesten Massen an der illegalen Literatur wird nicht geringer, sondern zehnmal *stärker* werden, wenn ein „Dutzend" Berufsrevolutionäre die konspirativen Funktionen dieser Arbeit zentralisieren. So und nur so werden wir es erreichen, daß das Lesen der illegalen Literatur, die Mitarbeit an ihr, zum Teil auch ihre Verbreitung *fast aufhören werden, eine konspirative Angelegenheit zu sein*, denn die Polizei wird sehr bald einsehen, wie sinnlos und unmöglich es ist, wegen eines jeden Exemplars der zu Tausenden verbreiteten Schriften endlose gerichtliche und administrative Verfahren einzuleiten. Und das gilt nicht allein für die Presse, sondern auch für alle Funktionen der Bewegung, einschließlich der Demonstrationen. Die aktivste und breiteste Teilnahme der Massen an einer Demonstration wird nicht nur keinen Abbruch erleiden, sondern, im Gegenteil, viel dadurch gewinnen, daß ein „Dutzend" bewährter Revolutionäre, beruflich nicht schlechter geschult als unsere Polizei, die ganze konspirative Arbeit zentralisieren werden, wie z. B. die Herstellung von Flugblättern, die Aufstellung eines Planes in groben Umrissen, die Einsetzung eines Stabes von Leitern für jeden Stadtbezirk, für jedes Fabrikviertel, für jede Lehranstalt usw. (ich weiß, man wird mir entgegnen, meine Ansichten seien „undemokratisch", aber ich werde auf diesen recht törichten Einwand weiter unten eingehen). Die Zentralisierung der konspirativsten Funktionen durch eine Organisation der Revolutionäre wird den Umfang und den Inhalt der Tätigkeit vieler anderer Organisationen, die auf ein breites Publikum berechnet und darum mög-

lichst lose und möglichst wenig konspirativ sind, nicht vermindern, sondern vergrößern; dazu gehören sowohl die Gewerkschaftsverbände der Arbeiter als auch die Arbeiterzirkel für Selbstbildung und die Lesezirkel für illegale Literatur, ferner die sozialistischen und auch die demokratischen Zirkel in *allen* übrigen Bevölkerungsschichten usw. usf. Solche Zirkel, Verbände und Organisationen sind überall in *möglichst großer* Zahl und mit den mannigfaltigsten Funktionen erforderlich, aber es wäre unsinnig und schädlich, sie mit einer Organisation der *Revolutionäre zu verwechseln*, die Grenzen zwischen ihnen zu verwischen, in der Masse die ohnehin sehr verblaßte Erkenntnis auszulöschen, daß zur „Bedienung" der Massenbewegung Menschen erforderlich sind, die sich speziell und uneingeschränkt der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen, und daß diese Menschen sich mit Geduld und Zähigkeit zu Berufsrevolutionären *heranbilden* müssen.

Ja, diese Erkenntnis ist unglaublich verblaßt. Unsere größte Sünde in organisatorischer Beziehung besteht darin, daß *wir durch unsere Handwerklerei das Ansehen der Revolutionäre in Rußland herabgesetzt haben.* Schlaff und schwankend in theoretischen Fragen, mit engem Horizont, seine Schlaffheit mit der Spontaneität der Massen rechtfertigend, eher dem Sekretär einer Trade-Union ähnlich als einem Volkstribun, unfähig, einen umfassenden und kühnen Plan aufzustellen, der auch den Gegnern Achtung abzwänge, unerfahren und ungeschickt in seiner beruflichen Kunst — im Kampf gegen die politische Polizei —, aber erlauben Sie! das ist doch kein Revolutionär, sondern ein kläglicher Handwerkler.

Kein Praktiker möge mir dieses schroffe Wort übelnehmen, denn soweit es sich um mangelnde Schulung handelt, beziehe ich es vor allem auf mich selber. Ich arbeitete in einem Zirkel[123], der sich sehr weite, allumfassende Aufgaben stellte, und wir alle, die Mitglieder dieses Zirkels, mußten es schmerzlich, qualvoll empfinden, daß wir uns als Handwerkler erweisen in einem so historischen Moment, wo man, den bekannten Ausspruch variierend, sagen könnte: Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben! Und je öfter ich seitdem an dieses glühende Schamgefühl zurückdenken mußte, das ich damals empfand, um so mehr Bitternis sammelte sich in mir gegen jene Pseudosozialdemokraten, die durch ihre Predigten „dem hohen Beruf des Revolutionärs Schande machen", die nicht verstehen, daß es unsere Auf-

gabe ist, nicht für die Degradierung des Revolutionärs zum Handwerkler einzutreten, sondern die Handwerkler auf das Niveau von Revolutionären *emporzuheben.*

d) Der Umfang der Organisationsarbeit

Wir haben oben B-w zitiert, der von dem „Mangel an aktionsfähigen revolutionären Kräften, der sich nicht nur in Petersburg, sondern auch in ganz Rußland fühlbar macht", spricht. Und schwerlich wird irgend jemand dies bestreiten wollen. Doch die Frage besteht darin, wie diese Tatsache zu erklären ist. B-w schreibt:

„Wir wollen uns nicht auf eine Klarlegung der geschichtlichen Ursachen dieser Erscheinung einlassen; wir wollen nur sagen, daß die durch die andauernde politische Reaktion demoralisierte und durch die vollzogenen und sich noch vollziehenden wirtschaftlichen Veränderungen zerrissene Gesellschaft aus ihrer Mitte eine *äußerst geringe Zahl von Personen* hervorbringt, *die sich für die revolutionäre Arbeit eignen,* daß die Arbeiterklasse, die aus ihrer Mitte Revolutionäre stellt, die Reihen der illegalen Organisationen zwar teilweise auffüllt, daß aber die Zahl dieser Revolutionäre den Erfordernissen der Zeit nicht entspricht. Dies um so weniger, als der Arbeiter, der 11½ Stunden täglich in der Fabrik arbeitet, infolge seiner Lage vorwiegend die Funktionen eines Agitators ausüben kann; Propaganda und Organisation, Transport und Vervielfältigung der illegalen Literatur, Herstellung von Flugblättern usw. lasten aber mit ihrem Hauptgewicht notgedrungen auf einer äußerst geringen Anzahl intellektueller Kräfte." („Rabotscheje Delo" Nr. 6, S. 38/39.)

Wir sind in vielem mit dieser Ansicht B-ws nicht einverstanden, insbesondere nicht mit den von uns hervorgehobenen Worten, die besonders plastisch zeigen, daß B-w, zermürbt (wie überhaupt jeder einigermaßen denkende Praktiker) von unserer Handwerklerei, aus der unerträglichen Lage keinen Ausweg zu finden vermag, da er unter dem Druck des Ökonomismus steht. Nein, die Gesellschaft bringt sehr *viele* Personen hervor, die sich für die „Sache" eignen, wir verstehen es nur nicht, sie alle auszunutzen. Der kritische, der Übergangszustand unserer Bewegung kann in der hier erörterten Beziehung mit den Worten gekennzeichnet werden: *Es fehlt an Menschen, und Menschen sind in Massen da.* Sie sind in Massen da, denn sowohl die Arbeiterklasse als auch immer neue Schichten

der Gesellschaft bringen mit jedem Jahr immer mehr Menschen hervor, die unzufrieden sind, die protestieren wollen, die bereit sind, den Kampf gegen den Absolutismus, dessen Unerträglichkeit noch nicht von allen erkannt, aber von immer breiteren Massen immer schärfer empfunden wird, nach Kräften zu unterstützen. Und gleichzeitig fehlt es an Menschen, denn es sind keine Leiter, keine politischen Führer, keine organisatorischen Talente da, die imstande wären, eine so umfassende und gleichzeitig einheitliche und geschlossene Arbeit zu organisieren, in der jede, auch die geringfügigste Kraft ihre Verwendung fände. „Das Wachstum und die Entwicklung der revolutionären Organisationen" bleibt nicht nur hinter dem Wachstum der Arbeiterbewegung zurück, was auch B-w zugibt, sondern auch hinter dem Wachstum der allgemein demokratischen Bewegung in allen Schichten des Volkes. (Übrigens würde B-w heute wahrscheinlich auch das als Ergänzung zu seiner Schlußfolgerung anerkennen.) Der Umfang der revolutionären Arbeit ist im Vergleich zur breiten spontanen Grundlage der Bewegung allzu beschränkt, zu sehr durch die armselige Theorie des „ökonomischen Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" eingeengt. Heutzutage müssen indessen nicht nur die politischen Agitatoren, sondern auch die sozialdemokratischen Organisatoren „in alle Klassen der Bevölkerung gehen".* Und schwerlich wird auch nur ein einziger Praktiker bezweifeln wollen, daß die Sozialdemokraten Tausende von kleinen Funktionen ihrer organisatorischen Arbeit unter die einzelnen Vertreter der verschiedensten Klassen verteilen könnten. Der Mangel an Spezialisierung, über den sich B-w so bitter und mit soviel Recht beklagt, ist einer der größten Mängel unserer Technik. Je kleiner die einzelnen „Operationen" der gemeinsamen Arbeit sind, um so eher kann man Leute finden, die fähig sind, solche Operationen auszuführen (und die meist absolut unfähig sind, Berufsrevolutionäre zu werden), und um so schwieriger wird es für die Polizei, alle diese „Teil-

* Zum Beispiel macht sich in letzter Zeit zweifellos eine Belebung des demokratischen Geistes in Militärkreisen bemerkbar, zum Teil infolge der sich häufenden Fälle von Straßenkämpfen gegen solche „Feinde" wie Arbeiter und Studenten. Und sobald es die vorhandenen Kräfte erlauben, müssen wir unbedingt der Propaganda und Agitation unter den Soldaten und Offizieren, der Gründung von „Militärorganisationen", die unserer Partei angehören, die größte Aufmerksamkeit schenken.

arbeiter" zu „schnappen", um so schwieriger wird es für sie sein, aus der Verhaftung eines einzelnen Menschen auf Grund irgendeiner Kleinigkeit ein „Verfahren" zu inszenieren, das die Ausgaben der Staatskasse für „Sicherheit" aufwiegt. Was aber die Zahl der Leute betrifft, die bereit sind, uns Unterstützung zu erweisen, so haben wir bereits im vorhergehenden Kapitel auf die riesige Veränderung hingewiesen, die in dieser Beziehung in kaum fünf Jahren vor sich gegangen ist. Um aber anderseits all diese kleinen Splitter zu einem Ganzen zusammenzufassen, um mit den Funktionen der Bewegung nicht die Bewegung selbst zu zersplittern und um dem mit kleinen Funktionen Beauftragten den Glauben an die Notwendigkeit und die Bedeutung seiner Arbeit zu geben, ohne den er überhaupt nie arbeiten wird* — für all das ist eben eine feste Organisation von erprobten Revolutionären notwendig. Besteht eine solche Organisation, so wird der Glaube an die Kraft der Partei sich um so mehr festigen und um so weiter ausbreiten, je konspirativer diese Organisation sein wird — und bekanntlich kommt es ja im Krieg vor allem darauf an,

* Ich erinnere mich, wie mir ein Genosse erzählte, daß ein Fabrikinspektor, der der Sozialdemokratie helfen wollte und auch half, sich bitter darüber beklagte, daß er nicht wisse, ob seine „Information" das wirkliche revolutionäre Zentrum erreiche, inwieweit seine Hilfe notwendig sei und in welchem Maße die Möglichkeit bestehe, seine kleinen und unbedeutenden Dienste auszunutzen. Jeder Praktiker kennt natürlich mehr solcher Fälle, in denen uns infolge unserer Handwerklerei Verbündete verlorengingen. Solche im einzelnen „unbedeutenden", in ihrer Summe aber unschätzbaren Dienste könnten und würden uns Angestellte und Beamte nicht nur der Fabriken, sondern auch der Post, der Eisenbahn, der Zollämter, der Adelsinstitutionen, der Kirchen und *jeder* anderen Behörde erweisen, selbst der Polizeibehörden und der Hofämter! Hätten wir bereits eine wirkliche Partei, eine wirkliche revolutionäre Kampforganisation, dann würden wir alle diese „Helfer" nicht so zu exponieren brauchen, dann würden wir es nicht so eilig haben, sie stets und unbedingt in das innerste Getriebe der illegalen Arbeit hineinzuziehen, sondern wir würden sie, im Gegenteil, besonders schonen oder sogar speziell Leute für solche Funktionen schulen, eingedenk dessen, daß viele Studenten der Partei als „Helfer" in amtlichen Stellungen viel mehr nützen könnten, als wenn sie „kurzfristige" Revolutionäre sind. Aber — ich wiederhole es nochmals — nur eine schon völlig gefestigte Organisation, die nicht unter dem Mangel an aktiven Kräften leidet, ist berechtigt, diese Taktik anzuwenden.

nicht nur der eigenen Armee Glauben an die eigene Kraft einzuflößen, sondern auch den Feind und alle *neutralen* Elemente von der Kraft dieser Armee zu überzeugen; eine wohlwollende Neutralität kann zuweilen die Sache entscheiden. Besteht eine solche Organisation, die eine feste theoretische Grundlage hat und über ein sozialdemokratisches Organ verfügt, so wird man nicht zu befürchten haben, daß die zahlreichen für sie gewonnenen „außenstehenden" Elemente die Bewegung vom rechten Wege abbringen könnten (im Gegenteil, gerade jetzt, bei der vorherrschenden Handwerklerei, können wir beobachten, daß viele Sozialdemokraten die Linie des „Credo" befolgen und sich einbilden, daß nur sie Sozialdemokraten seien). Mit einem Wort, die Spezialisierung setzt notwendigerweise die Zentralisierung voraus und erfordert sie ihrerseits unbedingt.

Doch B-w selber, der die ganze Notwendigkeit der Spezialisierung so trefflich dargestellt hat, schätzt sie, unseres Erachtens, im zweiten Teil seiner zitierten Ausführungen nicht genügend hoch ein. Die Zahl der Revolutionäre, die aus der Arbeiterschaft hervorgehen, sei unzureichend, sagt er. Das ist ganz richtig, und wir betonen wiederum, daß der „wertvolle Bericht eines Beobachters aus der Nähe" unsere Ansicht über die Ursachen der gegenwärtigen Krise in der Sozialdemokratie und folglich auch über die Mittel zu ihrer Heilung durchaus bestätigt. Es ist nicht nur so, daß die Revolutionäre im allgemeinen hinter dem spontanen Aufschwung der Massen zurückbleiben, sondern es bleiben sogar die Arbeiterrevolutionäre hinter dem spontanen Aufschwung der Arbeitermassen zurück. Und diese *Tatsache* bestätigt in anschaulichster Weise, sogar vom „praktischen" Standpunkt aus gesehen, nicht nur, wie unsinnig, sondern auch wie *politisch reaktionär* die „Pädagogik" ist, die man uns so häufig auftischt, wenn die Frage unserer Pflichten gegenüber den Arbeitern erörtert wird. Diese Tatsache zeugt davon, daß es unsere allererste, allerdringendste Pflicht und Schuldigkeit ist, die Heranbildung von Revolutionären aus der Arbeiterschaft zu fördern, die *hinsichtlich der Parteitätigkeit* auf demselben Niveau stehen wie die Revolutionäre aus den Kreisen der Intellektuellen (wir betonen die Worte: hinsichtlich der Parteitätigkeit, denn in anderer Hinsicht das gleiche Niveau zu erreichen, ist für die Arbeiter zwar notwendig, aber bei weitem nicht so leicht und nicht so dringend notwendig). Darum muß das Augenmerk *vornehmlich* darauf gerichtet sein, die Arbeiter auf das Niveau von Revolutionären zu *heben*, keineswegs aber

darauf, sich selbst unbedingt auf das Niveau der „Arbeitermasse" *hinabzubegeben*, wie es die Ökonomisten wollen, oder auf das der „Durchschnittsarbeiter", wie es die „Swoboda" wünscht (die sich in dieser Beziehung auf die zweite Stufe der ökonomistischen „Pädagogik" erhebt). Ich bin weit davon entfernt, zu leugnen, daß für die Arbeiter eine populäre Literatur und für die besonders rückständigen Arbeiter eine besonders populäre (allerdings keine seichte) Literatur notwendig ist. Aber mich empört dieses ständige Vermengen von Fragen der Politik und der Organisation mit Pädagogik. Ihr Herren Sachwalter der „Durchschnittsarbeiter" beleidigt ja eigentlich die Arbeiter durch euren Wunsch, euch unbedingt zu *bücken*, bevor ihr von Arbeiterpolitik oder von Arbeiterorganisation zu reden anfangt. Redet doch von ernsten Dingen in aufrechter Haltung und überlaßt die Pädagogik den Pädagogen, nicht den Politikern und Organisatoren! Gibt es denn nicht auch unter den Intellektuellen Fortgeschrittene, „Durchschnittliche" und die „Masse"? Wird denn nicht von allen anerkannt, daß auch für die Intellektuellen eine populäre Literatur erforderlich ist, und wird diese Literatur nicht für sie geschrieben? Man stelle sich nur vor, daß in einem Artikel über die Organisation der Studenten oder Gymnasiasten der Verfasser als besondere Entdeckung des langen und breiten darlegen wollte, daß in erster Linie eine Organisation von „Durchschnittsstudenten" notwendig sei. Der Verfasser eines solchen Artikels würde sicherlich ausgelacht werden, und das mit Recht. Gebt uns doch, würde man ihm sagen, organisatorische Ideen, wenn ihr solche habt, und wir werden schon selber feststellen, wer von uns ein „Durchschnittsmensch" ist, wer höher und wer tiefer steht. Wenn ihr aber keine *eigenen* Organisationsideen habt, so wird all euer Gerede über „Masse" und „Durchschnittsmenschen" einfach langweilig sein. Begreift doch, daß die Fragen der „Politik" und der „Organisation" an sich so ernst sind, daß man von ihnen nicht anders als völlig ernsthaft reden soll: man kann und muß die Arbeiter (wie auch die Studenten und Gymnasiasten) so *schulen*, daß man mit ihnen über diese Fragen *reden kann*; wenn ihr aber schon einmal begonnen habt, darüber zu reden, so gebt wirkliche Antworten, weicht nicht zurück zu dem „Durchschnittsmenschen" oder zu der „Masse", versucht nicht, die Sache mit Redensarten oder Phrasen abzutun.*

* „Swoboda" Nr. 1, Artikel „Die Organisation", S. 66: „Schweren Schritts

Der Arbeiterrevolutionär muß, um für sein Wirken vollkommen vorbereitet zu sein, ebenfalls Berufsrevolutionär werden. Darum hat B-w unrecht, wenn er sagt, daß die übrigen revolutionären Funktionen (außer der Agitation) „mit ihrem Hauptgewicht *notgedrungen* auf einer äußerst geringen Anzahl intellektueller Kräfte lasten", weil der Arbeiter elfeinhalb Stunden in der Fabrik beschäftigt ist. Das geschieht gar nicht „notgedrungen", sondern infolge unserer Rückständigkeit, weil wir es nicht als unsere Pflicht erkennen, jedem hervorragend befähigten Arbeiter zu helfen, *Berufs*agitator, *Berufs*organisator, *Berufs*propagandist, *Berufs*kurier usw. usf. zu werden. In dieser Beziehung treiben wir geradezu schändlichen Raubbau an unseren Kräften, wir verstehen es nicht, behutsam umzugehen mit dem, was besonders sorgfältig gehegt und gepflegt werden muß. Man sehe sich die Deutschen an: Sie verfügen über hundertmal mehr Kräfte als wir, aber sie wissen sehr gut, daß wirklich begabte Agitatoren usw. aus den „Durchschnittsarbeitern" gar nicht allzuoft hervorgehen. Darum sind sie sofort bemüht, für jeden begabten Arbeiter Verhältnisse zu schaffen, unter denen seine Fähigkeiten zu voller Entfaltung gelangen und restlose Verwendung finden: man macht ihn zum Berufsagitator, man veranlaßt ihn, sein Arbeitsfeld zu erweitern, es von *einer* Fabrik auf das ganze Gewerbe, von *einem* Ort auf das ganze Land auszudehnen. Er erwirbt Übung und Geschicklichkeit in seinem Beruf, er erweitert seinen Gesichtskreis und seine Kenntnisse, er hat Gelegenheit, hervorragende politische Führer anderer Gegenden und anderer Parteien aus unmittelbarer Nähe zu beobachten, er bemüht sich, das gleiche Niveau zu erreichen sowie Kenntnis des Arbeitermilieus und Frische der sozialistischen Überzeugung mit der beruflichen Schulung in sich zu vereinigen, ohne die das Proletariat den hartnäckigen Kampf gegen die

---

vorwärtsschreitend, wird der Arbeiterkoloß alle Forderungen bekräftigen, die im Namen der russischen ARBEIT aufgestellt werden" — unbedingt groß geschrieben! Und derselbe Verfasser ruft aus: „Ich stehe den Intellektuellen absolut nicht feindlich gegenüber, aber..." (das ist dasselbe *Aber*, das Schtschedrin mit den Worten übersetzte: Die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus!) „...aber es ärgert mich immer fürchterlich, wenn einer daherkommt und eine Menge sehr schöne und großartige Dinge sagt und verlangt, daß sie wegen der eigenen (seiner?) Schönheit und anderer Vorzüge angenommen werden" (62). Ja, auch mich „ärgert das immer fürchterlich"...

ausgezeichnet geschulten Reihen seiner Feinde *nicht* führen *kann*. So, und nur so steigen aus der Arbeitermasse die Bebel und Auer empor. Aber was in einem politisch freien Lande zum großen Teil von selbst geschieht, das muß bei uns systematisch von unseren Organisationen vollbracht werden. Ein halbwegs talentierter und „zu Hoffnungen berechtigender" Agitator aus der Arbeiterklasse *darf nicht* 11 Stunden in der Fabrik arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, daß er aus Mitteln der Partei unterhalten wird, daß er imstande ist, rechtzeitig in die Illegalität zu gehen, daß er den Ort seiner Tätigkeit oft wechselt, denn sonst wird er nicht viel Erfahrungen sammeln, wird seinen Gesichtskreis nicht erweitern, wird nicht imstande sein, sich wenigstens einige Jahre lang im Kampf gegen die Gendarmen zu halten. Je breiter und tiefer der spontane Elan der Arbeitermassen wird, um so eher bringen sie nicht nur talentvolle Agitatoren hervor, sondern auch talentvolle Organisatoren, Propagandisten und „Praktiker" im guten Sinne des Wortes (deren es unter unseren Intellektuellen, die größtenteils nach russischer Art etwas nachlässig und schwerfällig sind, so wenige gibt). Haben wir erst Trupps speziell geschulter Revolutionäre aus der Arbeiterklasse, die eine lange Lehrzeit durchgemacht haben (und zwar selbstverständlich von Revolutionären „aller Waffengattungen"), dann wird keine politische Polizei der Welt mit diesen Trupps fertig werden, denn diese Trupps der Revolution grenzenlos ergebener Menschen werden auch das grenzenlose Vertrauen der breitesten Arbeitermassen genießen. Und es ist unsere direkte *Schuld*, daß wir die Arbeiter zuwenig auf diesen Weg der Schulung zu Berufsrevolutionären „stoßen", der für sie derselbe ist wie für die „Intellektuellen", daß wir sie allzuoft nach rückwärts ziehen durch unsere dummen Reden darüber, was der Arbeitermasse, den „Durchschnittsarbeitern" „zugänglich" sei usw.

In diesen wie auch in anderen Beziehungen steht der beschränkte Umfang der organisatorischen Arbeit unzweifelhaft in untrennbarem (wenn auch von der großen Mehrheit der „Ökonomisten" und der beginnenden Praktiker nicht erkanntem) Zusammenhang mit der Einengung unserer Theorie und unserer politischen Aufgaben. Die Anbetung der Spontaneität erzeugt eine gewisse Furcht, auch nur einen Schritt weit von dem abzuweichen, was der Masse „zugänglich" ist, eine Furcht, sich allzuhoch über das einfache Eintreten für die nächsten und unmittelbaren Bedürfnisse der Masse zu erheben. Habt keine Angst, ihr Herren! Denkt

daran, daß wir in organisatorischer Beziehung so tief stehen, daß schon der bloße Gedanke unsinnig ist, wir *könnten* uns *allzu* hoch erheben!

e) „Verschwörer" organisation und „Demokratismus"

Es gibt aber unter uns sehr viele Leute, die ein so feines Ohr für die „Stimme des Lebens" haben, daß sie sich gerade davor am allermeisten fürchten und diejenigen, die die hier dargelegten Ansichten teilen, des „Narodowolzentums" bezichtigen, ihnen vorwerfen, sie verstünden den „Demokratismus" nicht usw. Auf diese Beschuldigungen, die selbstverständlich auch das „Rabotscheje Delo" aufgegriffen hat, muß näher eingegangen werden.

Dem Schreiber dieser Zeilen ist sehr gut bekannt, daß die Petersburger Ökonomisten schon die „Rabotschaja Gaseta" des Narodowolzentums beschuldigten (was auch verständlich wird, wenn man sie mit der „Rabotschaja Mysl" vergleicht). Es hat uns darum absolut nicht gewundert, als uns bald nach dem Erscheinen der „Iskra" ein Genosse mitteilte, die Sozialdemokraten der Stadt X bezeichneten die „Iskra" als „Narodowolzen"-organ. Diese Beschuldigung empfanden wir natürlich nur als schmeichelhaft, denn welcher anständige Sozialdemokrat ist von den Ökonomisten nicht des Narodowolzentums bezichtigt worden?

Diese Beschuldigungen werden durch Mißverständnisse zweierlei Art hervorgerufen. Erstens kennt man bei uns die Geschichte der revolutionären Bewegung so schlecht, daß man jede Idee einer zentralisierten Kampforganisation, die dem Zarismus den entschiedensten Kampf ansagt, als „Narodowolzentum" bezeichnet. Aber jene ausgezeichnete Organisation, die die Revolutionäre der siebziger Jahre hatten und die uns allen als Vorbild dienen sollte, war gar nicht von der „Narodnaja Wolja" geschaffen worden, sondern von der *„Semlja i Wolja"*, die sich in „Tschorny Peredel" und „Narodnaja Wolja" spaltete. Es ist also sowohl geschichtlich als auch logisch ein Unding, in einer revolutionären Kampforganisation etwas spezifisch Narodowolzenhaftes sehen zu wollen, denn *keine* revolutionäre Richtung, falls sie wirklich an einen ernsten Kampf denkt, kann ohne eine solche Organisation auskommen. Der Fehler der Narodowolzen bestand nicht darin, daß sie sich bemühten, *alle* Unzu-

friedenen für ihre Organisation zu gewinnen und diese Organisation auf einen energischen Kampf gegen die Selbstherrschaft zu orientieren. Das ist, im Gegenteil, ihr großes historisches Verdienst. Ihr Fehler aber bestand darin, daß sie sich auf eine Theorie stützten, die im Grunde genommen gar keine revolutionäre Theorie war, und daß sie es nicht vermochten oder nicht verstanden, ihre Bewegung mit dem Klassenkampf in der aufkommenden kapitalistischen Gesellschaft untrennbar zu verbinden. Und nur das gröbste Nichtverstehen des Marxismus (oder sein „Verstehen" im Geiste des „Struvismus") konnte zu der Ansicht führen, daß die Entstehung einer spontanen proletarischen Massenbewegung uns der Pflicht *enthebe*, eine ebenso gute, ja noch unvergleichlich bessere Organisation von Revolutionären zu schaffen, als die „Semlja i Wolja" sie hatte. Im Gegenteil, diese Pflicht wird uns gerade durch diese Bewegung *auferlegt*, denn der spontane Kampf des Proletariats wird nicht zu einem wirklichen „Klassenkampf" werden, solange dieser Kampf nicht von einer starken Organisation der Revolutionäre geleitet wird.

Zweitens verstehen viele — und darunter anscheinend auch B. Kritschewski („Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 18) — die Polemik falsch, die von den Sozialdemokraten stets gegen die „verschwörerische" Auffassung des politischen Kampfes geführt worden ist. Wir wandten uns stets gegen die *Einengung* des politischen Kampfes zu einer Verschwörung und werden uns natürlich auch weiter dagegen wenden*, aber selbstverständlich bedeutete dies keineswegs, daß wir die Notwendigkeit einer festgefügten revolutionären Organisation leugneten. In der in der Fußnote genannten Broschüre wird zum Beispiel, neben der Polemik gegen die Reduzierung des politischen Kampfes auf eine Verschwörung, eine Organisation (als sozialdemokratisches Ideal) skizziert, die so stark ist, daß sie, „um dem Absolutismus den entscheidenden Schlag zu versetzen", sowohl zum „Aufstand" als auch zu jeder „anderen Art des Angriffs greifen" kann.** Ihrer *Form* nach kann eine derartige festgefügte revolutionäre Organisation in einem autokratischen Lande auch eine „Ver-

* Vgl. „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", S. 21, Polemik gegen P. L. Lawrow. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 316/317, russ. *Die Red.*)

** „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", S. 23. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 318, russ. *Die Red.*) Hier übrigens noch eine Illustration

schwörer"organisation genannt werden, denn das französische Wort „conspiration" entspricht dem russischen Wort für „Verschwörung", Konspiration aber tut einer solchen Organisation im höchsten Grade not. Konspiration ist eine so unumgängliche Vorbedingung für eine solche Organisation, daß alle anderen Bedingungen (die Zahl der Mitglieder, ihre Auslese, ihre Funktionen usw.) ihr angepaßt werden müssen. Es wäre darum höchst naiv, die Beschuldigung zu fürchten, daß wir Sozialdemokraten eine Verschwörerorganisation schaffen wollten. Diese Beschuldigungen müssen für jeden Feind des Ökonomismus ebenso schmeichelhaft sein wie die Beschuldigung des „Narodowolzentums".

Man wird uns entgegenhalten: Eine so machtvolle und streng geheime Organisation, die alle Fäden der konspirativen Arbeit in ihren Händen konzentriert, eine Organisation, die notwendigerweise zentralistisch ist, kann allzuleicht einen verfrühten Angriff unternehmen, kann unüberlegt die Bewegung forcieren, bevor dies im Hinblick auf das Anwachsen der politischen Unzufriedenheit, auf die Stärke der Gärung und Erbitterung in der Arbeiterklasse usw. möglich und notwendig wäre. Darauf antworten wir: Abstrakt gesprochen, kann natürlich nicht in Abrede gestellt werden, daß eine Kampforganisation einen unüberlegten Kampf beginnen *kann*, der mit einer Niederlage enden *kann*, die unter anderen Umständen keineswegs unvermeidlich gewesen wäre. Aber man darf sich bei einer solchen Frage nicht auf abstrakte Erwägungen beschränken, denn jede Schlacht schließt abstrakt die Möglichkeit einer Niederlage in sich ein, und es gibt kein anderes Mittel, diese Möglichkeit zu *verringern*, als die Schlacht organisiert vorzubereiten. Stellen wir die Frage aber konkret,

---

dafür, daß das *„Rabotscheje Delo"* entweder nicht versteht, was es sagt, oder seine Ansichten „mit dem Winde" wechselt. In Nr. 1 des „Rabotscheje Delo" liest man in Kursiv: *„Der dargelegte Inhalt der Broschüre stimmt mit dem Redaktionsprogramm des ‚Rabotscheje Delo' voll überein"* (S. 142). Wirklich? Mit den „Aufgaben" soll die Ansicht übereinstimmen, daß man der Massenbewegung den Sturz der Selbstherrschaft nicht als erste Aufgabe stellen darf? soll die Theorie des „ökonomischen Kampfes gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" übereinstimmen? soll die Stadientheorie übereinstimmen? Wir überlassen es dem Leser, darüber zu urteilen, ob bei einem Organ, das vom Begriff „Übereinstimmung" eine so originelle Auffassung hat, von Prinzipienfestigkeit die Rede sein kann.

ausgehend von den heutigen russischen Verhältnissen, so werden wir den positiven Schluß ziehen müssen, daß eine starke revolutionäre Organisation unbedingt notwendig ist, gerade um der Bewegung Widerstandsfähigkeit zu verleihen und um sie vor der Möglichkeit zu *bewahren*, unüberlegte Angriffe zu unternehmen. Gerade jetzt, bei dem Fehlen einer solchen Organisation und bei dem schnellen spontanen Wachstum der revolutionären Bewegung, *zeigen sich bereits* zwei entgegengesetzte Extreme (die sich, wie es sich auch gehört, „berühren"): bald ein ganz unhaltbarer Ökonomismus und eine Propaganda der Mäßigung, bald ein ebenso unhaltbarer „exzitierender Terror", der bestrebt ist, „in der Bewegung, die sich entwickelt und festigt, aber noch dem Anfang näher steht als dem Ende, die Symptome des Endes künstlich hervorzurufen" (W. Sassulitsch in der „Sarja" Nr. 2/3, S. 353). Das Beispiel des „Rabotscheje Delo" zeigt, daß *es bereits* Sozialdemokraten *gibt*, die vor beiden Extremen kapitulieren. Diese Erscheinung ist, von allen übrigen Ursachen abgesehen, auch darum nicht verwunderlich, weil der „ökonomische Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" den Revolutionär *nie* befriedigen wird, und entgegengesetzte Extreme werden stets bald hier, bald dort auftauchen. Nur eine zentralisierte Kampforganisation, die die sozialdemokratische Politik konsequent durchführt und sozusagen alle revolutionären Instinkte und Bestrebungen befriedigt, ist imstande, die Bewegung vor einem unüberlegten Angriff zu bewahren und den Angriff vorzubereiten, der Erfolg verspricht.

Man wird uns ferner entgegenhalten, daß die dargelegte Ansicht über die Organisation dem „demokratischen Prinzip" widerspreche. Während die vorhergehende Beschuldigung spezifisch russischen Ursprungs ist, trägt diese — *spezifisch ausländischen* Charakter. Und nur eine Auslandsorganisation (der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten") konnte ihrer Redaktion unter anderen Instruktionen auch die folgende erteilen:

„*Organisationsprinzip.* Im Interesse einer erfolgreichen Entwicklung und Vereinigung der Sozialdemokratie muß das umfassende demokratische Prinzip ihrer Parteiorganisation betont, entwickelt und erkämpft werden, was angesichts der in den Reihen unserer Partei zutage getretenen antidemokratischen Tendenzen besonders notwendig ist." („Zwei Konferenzen", S. 18.)

In welcher Weise das „Rabotscheje Delo" gegen die „antidemokratischen Tendenzen" der „Iskra" kämpft, werden wir aus dem nächsten

Kapitel ersehen. Jetzt aber wollen wir uns das „Prinzip" näher ansehen, das von den Ökonomisten empfohlen wird. Jeder wird wohl zugeben, daß das „umfassende demokratische Prinzip" die beiden folgenden notwendigen Vorbedingungen einschließt: erstens vollständige Publizität und zweitens Wählbarkeit aller Funktionäre. Ohne Publizität und dazu eine Publizität, die sich nicht nur auf die Mitglieder der Organisation beschränkt, wäre es lächerlich, von Demokratismus zu reden. Als demokratisch bezeichnen wir die Organisation der deutschen sozialistischen Partei, denn in ihr geschieht alles öffentlich, die Sitzungen des Parteitages mit inbegriffen; aber niemand wird eine Organisation als demokratisch bezeichnen, die für alle Nichtmitglieder vom Schleier des Geheimnisses verhüllt ist. Es fragt sich: Welchen Sinn hat also die Aufstellung des *„umfassenden* demokratischen Prinzips", wenn die wichtigste Vorbedingung dieses Prinzips für eine Geheimorganisation *unerfüllbar* ist? Das „umfassende Prinzip" erweist sich einfach als eine tönende, aber hohle Phrase. Mehr als das. Diese Phrase zeugt von einem absoluten Unverständnis für die dringenden Aufgaben, vor denen wir gegenwärtig in organisatorischer Hinsicht stehen. Alle wissen, wie groß der Mangel an Konspiration ist, der bei uns unter der „breiten" Masse der Revolutionäre herrscht. Wir haben gesehen, wie bitter sich B-w darüber beklagt, der durchaus mit Recht eine „strenge Auslese der Mitglieder" verlangt („Rabotscheje Delo" Nr. 6, S. 42). Und nun kommen Leute, die sich mit ihrem „Sinn fürs Leben" brüsten und die bei einer solchen Sachlage nicht die Notwendigkeit strengster Konspiration und der strengsten (folglich also auch einer engeren) Auslese der Mitglieder *betonen*, sondern das *„umfassende* demokratische Prinzip"! So etwas nennt man danebenhauen.

Nicht besser steht es auch mit dem zweiten Merkmal des Demokratismus, mit der Wählbarkeit. In Ländern mit politischer Freiheit ist diese Bedingung eine Selbstverständlichkeit. „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt" — so lautet der erste Paragraph des Organisationsstatuts der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Und da die ganze politische Arena vor aller Augen ebenso offen daliegt wie die Bühne eines Theaters vor den Zuschauern, so ist allen und jedem sowohl aus Zeitungen als auch aus Volksversammlungen bekannt, ob einer sich zum Parteiprogramm bekennt oder nicht, ob er die Partei unterstützt oder

ihr entgegenarbeitet. Alle wissen, daß der und der Politiker in bestimmter Weise angefangen, daß er eine bestimmte Entwicklung durchgemacht hat, daß er sich in einem schwierigen Augenblick des Lebens so oder so verhalten hat, daß er sich überhaupt durch bestimmte Eigenschaften auszeichnet — und darum können natürlich *alle* Parteimitglieder mit voller Sachkenntnis einen solchen Mann für eine bestimmte Parteifunktion wählen oder nicht wählen. Die (im buchstäblichen Sinne des Wortes) allgemeine Kontrolle über jeden Schritt eines Parteimitglieds in seinem politischen Wirkungsbereich schafft einen automatisch wirkenden Mechanismus, der das zeitigt, was in der Biologie als „Erhaltung der am besten Angepaßten" bezeichnet wird. Die „natürliche Auslese" durch die volle Publizität, durch die Wählbarkeit und die allgemeine Kontrolle gibt die Sicherheit, daß jeder Funktionär schließlich am rechten Platz steht, daß er die seinen Kräften und Fähigkeiten am meisten entsprechende Arbeit übernimmt, alle Folgen seiner Fehler an sich selbst erfährt und vor aller Augen seine Fähigkeit beweist, Fehler einzusehen und zu vermeiden.

Nun versuche man einmal, dieses Bild in dem Rahmen unserer Selbstherrschaft unterzubringen! Ist es bei uns denn denkbar, daß alle, „die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennen und die Partei nach Kräften unterstützen", jeden Schritt eines konspirativ arbeitenden Revolutionärs kontrollieren? Daß sie alle den einen oder anderen aus der Zahl der konspirativ arbeitenden Revolutionäre wählen, während doch der Revolutionär im Interesse der Arbeit *verpflichtet* ist, vor neun Zehnteln dieser „allen" zu verbergen, wer er ist? Man überlege sich nur ein wenig die wirkliche Bedeutung dieser hochtrabenden Worte des „Rabotscheje Delo", und man wird sehen, daß der „umfassende Demokratismus" der Parteiorganisation in der Finsternis der Selbstherrschaft, wo die Gendarmen es sind, die eine Auslese vornehmen, nur eine *leere und schädliche Spielerei* ist. Das ist eine leere Spielerei, denn in Wirklichkeit hat nie eine revolutionäre Organisation einen *umfassenden* Demokratismus durchgeführt, und sie kann es auch selbst beim besten Willen nicht tun. Das ist eine schädliche Spielerei, denn die Versuche, das „umfassende demokratische Prinzip" in der Praxis anzuwenden, erleichtern der Polizei nur, Massenverhaftungen vorzunehmen, und verewigen die herrschende Handwerklerei, lenken die Gedanken der Praktiker nicht auf die ernste und dringende Aufgabe, sich zu Berufsrevolutionären auszubilden, sondern

auf die Abfassung ausführlicher „papierner" Statuten über Wahlsysteme. Nur im Ausland, wo sich oft Leute zusammenfinden, denen es unmöglich ist, eine wirkliche, lebendige Arbeit für sich zu finden, konnte sich hie und da und insbesondere innerhalb verschiedener kleiner Gruppen diese „Spielerei mit dem Demokratismus" entwickeln.

Um dem Leser zu zeigen, wie unschön die vom „Rabotscheje Delo" mit Vorliebe angewandte Methode ist, ein so schönes „Prinzip" aufzustellen, wie es der Demokratismus in der revolutionären Arbeit ist, wollen wir uns wieder auf einen Zeugen berufen. Dieser Zeuge, J. Serebrjakow, der Redakteur der Londoner Zeitschrift „Nakanune", hat eine ausgesprochene Schwäche für das „Rabotscheje Delo" und ist von heftigem Haß gegen Plechanow und die „Plechanowisten" erfüllt. In den Artikeln über die Spaltung des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" hat sich das „Nakanune" entschieden auf die Seite des „Rabotscheje Delo" gestellt und einen ganzen Schwall jämmerlicher Phrasen gegen Plechanow losgelassen. Um so wertvoller ist für uns dieser Zeuge in der hier aufgeworfenen Frage. In Nr. 7 des „Nakanune" (Juli 1899), im Artikel „Zum Aufruf der Gruppe der Selbstbefreiung der Arbeiter" wies J. Serebrjakow darauf hin, wie „unanständig" es sei, Fragen „der Selbstüberhebung, der Führerrolle, des sogenannten Areopag, in einer ernsten revolutionären Bewegung" aufzurollen, wobei er u. a. schrieb:

„Myschkin, Rogatschow, Sheljabow, Michailow, Perowskaja, Figner u. a. haben sich nie als Führer betrachtet und sind auch nie von irgend jemand gewählt oder ernannt worden, obgleich sie in Wirklichkeit Führer waren, denn sowohl zur Zeit der Propaganda als auch zur Zeit des Kampfes gegen die Regierung haben sie die größte Last der Arbeit auf sich genommen, sind sie an die gefährlichsten Stellen gegangen, und ihre Tätigkeit war am produktivsten. Ihre Führerrolle war nicht das Ergebnis ihrer Wünsche, sondern des Vertrauens, das die Genossen ihrer Umgebung zu ihrem Verstand, ihrer Tatkraft und ihrer Zuverlässigkeit hatten. Sich aber vor irgendeinem Areopag zu fürchten (wenn man ihn aber nicht fürchtet, warum dann von ihm schreiben), der die Bewegung eigenmächtig leiten könnte, das ist doch zu naiv. Wer würde denn auf ihn hören?"

Wir fragen den Leser: Wodurch unterscheidet sich der „Areopag" von den „antidemokratischen Tendenzen"? Ist es denn nicht augenscheinlich, daß das „schöne" Organisationsprinzip des „Rabotscheje Delo" ebenso

naiv wie unanständig ist: naiv, weil auf den „Areopag" oder auf die Leute mit „antidemokratischen Tendenzen" einfach niemand hören würde, wenn „die Genossen ihrer Umgebung das Vertrauen zu ihrem Verstand, ihrer Tatkraft und ihrer Zuverlässigkeit" nicht haben; unanständig als demagogischer Ausfall, der bei den einen auf die Eitelkeit, bei den anderen auf die Unkenntnis des wahren Zustandes unserer Bewegung und bei den dritten auf ungenügende Schulung und mangelnde Vertrautheit mit der Geschichte der revolutionären Bewegung spekuliert. Das einzige ernste Organisationsprinzip muß für die Funktionäre unserer Bewegung sein: strengste Konspiration, strengste Auslese der Mitglieder, Heranbildung von Berufsrevolutionären. Sind diese Eigenschaften gegeben, so ist noch etwas Größeres gesichert als der „Demokratismus", nämlich: das volle kameradschaftliche Vertrauen der Revolutionäre zueinander. Und dieses Größere ist für uns unbedingt notwendig, denn bei uns in Rußland kann gar keine Rede davon sein, es durch eine allgemeine demokratische Kontrolle zu ersetzen. Und es wäre ein großer Fehler, wollte man glauben, daß die Unmöglichkeit einer wirklich „demokratischen" Kontrolle die Mitglieder der revolutionären Organisation unkontrollierbar macht: sie haben keine Zeit, an spielerische Formen des Demokratismus zu denken (des Demokratismus innerhalb eines engen Kreises von Genossen, die vollkommenes Vertrauen zueinander haben), aber ihre *Verantwortlichkeit* empfinden sie sehr lebhaft, und zudem wissen sie aus Erfahrung, daß eine aus wirklichen Revolutionären bestehende Organisation vor keinem Mittel zurückschrecken wird, wenn es gilt, sich von einem untauglichen Mitglied zu befreien. Und außerdem gibt es ja bei uns eine ziemlich entwickelte, bereits ihre eigene Geschichte aufweisende, öffentliche Meinung der russischen (und der internationalen) revolutionären Kreise, die mit schonungsloser Härte jede Verletzung der Pflichten der Kameradschaft straft (der „Demokratismus" aber, der wirkliche, nicht der spielerische Demokratismus, gehört ja zu diesem Begriff der Kameradschaftlichkeit wie ein Teil zum Ganzen!). Man ziehe das alles in Betracht, und man wird begreifen, welch muffiger Geruch einer im Ausland betriebenen Generalsspielerei aus diesen Reden und Resolutionen über „antidemokratische Tendenzen" aufsteigt!

Es sei noch bemerkt, daß die andere Quelle dieser Reden, nämlich die Naivität, auch durch die Verworrenheit der Vorstellungen darüber genährt

wird, was Demokratie ist. Im Buche des Ehepaars Webb über die englischen Trade-Unions gibt es ein interessantes Kapitel: „Die primitive Demokratie". Die Verfasser erzählen darin, wie die englischen Arbeiter in der ersten Periode des Bestehens ihrer Gewerkschaften es als notwendiges Merkmal der Demokratie betrachteten, daß in Sachen der Leitung der Gewerkschaften alles von allen getan werde: nicht nur wurden alle Fragen durch Abstimmung aller Mitglieder entschieden, sondern auch die Ämter wurden von allen Mitgliedern der Reihe nach ausgeübt. Es bedurfte einer langen geschichtlichen Erfahrung, damit die Arbeiter das Sinnlose einer solchen Vorstellung von der Demokratie einsahen und erkannten, daß man einerseits Vertretungskörperschaften und anderseits Berufsfunktionäre braucht. Es bedurfte einiger Fälle des finanziellen Zusammenbruchs von Gewerkschaftskassen, damit die Arbeiter begriffen, daß die Frage des Verhältnisses zwischen den eingezahlten Beträgen und den ausgezahlten Unterstützungen nicht allein durch demokratische Abstimmung entschieden werden kann, sondern daß auch die Stimme eines Fachmannes in Versicherungsfragen erforderlich ist. Man nehme ferner das Buch Kautskys über Parlamentarismus und Volksgesetzgebung, und man wird sehen, daß die Schlußfolgerungen des marxistischen Theoretikers mit den Lehren aus der langjährigen Praxis der Arbeiter übereinstimmen, die sich „spontan" zusammengeschlossen hatten. Kautsky wendet sich entschieden gegen die primitive Auffassung, die Rittinghausen von der Demokratie hat, er verspottet die Leute, die es fertigbringen, im Namen der Demokratie zu fordern, daß die „Volkszeitungen direkt vom Volke redigiert werden", er weist nach, daß *Berufs*journalisten, *Berufs*parlamentarier usw. für die sozialdemokratische Führung des proletarischen Klassenkampfes notwendig sind, er greift den „Sozialismus der Anarchisten und Literaten" an, die in ihrer „Effekthascherei" die direkte Volksgesetzgebung verherrlichen und nicht begreifen, daß diese in der modernen Gesellschaft nur sehr bedingte Anwendung finden kann.

Wer in unserer Bewegung praktisch gearbeitet hat, der weiß, wie stark verbreitet unter der Masse der studierenden Jugend und der Arbeiter die „primitive" Auffassung von Demokratie ist. Kein Wunder, daß diese Auffassung sowohl in die Statuten als auch in die Literatur eindringt. Die Ökonomisten von Bernsteinschem Schlage haben in ihrem Statut geschrie-

ben: „§ 10. Alle Angelegenheiten, die die Interessen der gesamten Verbandsorganisation berühren, werden durch Stimmenmehrheit aller ihrer Mitglieder entschieden." Die Ökonomisten von terroristischem Schlage sprechen ihnen nach: „Es ist notwendig, daß die Komiteebeschlüsse durch alle Zirkel die Runde machen, um erst dann zu gültigen Beschlüssen zu werden." („Swoboda" Nr. 1, S. 67.) Man beachte, daß diese Forderung, das Referendum weitgehend anzuwenden, *zusätzlich* zu der Forderung aufgestellt wird, die *gesamte* Organisation auf dem Prinzip der Wählbarkeit aufzubauen! Wir sind natürlich weit davon entfernt, deswegen die Praktiker zu verdammen, die zuwenig Gelegenheit hatten, die Theorie und Praxis wirklich demokratischer Organisationen kennenzulernen. Wenn aber das „Rabotscheje Delo", das auf eine führende Rolle Anspruch erhebt, sich unter diesen Umständen auf eine Resolution über das umfassende demokratische Prinzip beschränkt, wie soll man das nicht als einfache „Effekthascherei" bezeichnen?

f) Örtliche und gesamtrussische Arbeit

Sind auch die Einwände gegen den hier dargelegten Plan der Organisation, sie sei undemokratisch und trage verschwörerischen Charakter, völlig unbegründet, so bleibt doch noch eine Frage zu beantworten, die oft aufgeworfen wird und eingehende Betrachtung verdient. Das ist die Frage der Wechselbeziehung zwischen der örtlichen und der gesamtrussischen Arbeit. Es wird die Befürchtung geäußert: Wird nicht die Gründung einer zentralisierten Organisation zu einer Verschiebung des Schwerpunkts von der örtlichen Arbeit auf die gesamtrussische führen? wird sie nicht der Bewegung schaden, indem sie unsere Verbindung mit der Arbeitermasse und überhaupt die Beständigkeit der lokalen Agitation schwächt? Wir antworten darauf, daß unsere Bewegung in den letzten Jahren gerade darunter leidet, daß die örtlichen Funktionäre zu sehr von der örtlichen Arbeit in Anspruch genommen sind; daß es darum unbedingt notwendig ist, den Schwerpunkt ein wenig auf die gesamtrussische Arbeit zu verschieben; daß eine solche Verschiebung unsere feste Verbindung mit den Massen und die Beständigkeit unserer örtlichen Agitation nicht schwächen, sondern stärken wird. Wir wollen die Frage der zentralen und der lokalen

Zeitungen betrachten und bitten den Leser, nicht zu vergessen, daß das Zeitungswesen uns nur als *Beispiel* dient, durch das die unermeßlich viel umfassendere und vielseitigere revolutionäre Arbeit überhaupt illustriert wird.

In der ersten Periode der Massenbewegung (1896 bis 1898) wird von den örtlichen Funktionären der Versuch gemacht, eine gesamtrussische Zeitung herauszugeben — die „Rabotschaja Gaseta"; in der darauffolgenden Periode (1898 bis 1900) macht die Bewegung einen enormen Schritt vorwärts, aber die Aufmerksamkeit der führenden Genossen wird durch die lokalen Zeitungen vollkommen in Anspruch genommen. Zählt man alle diese lokalen Zeitungen zusammen, so ergibt sich, daß, rund gerechnet, auf den Monat eine Zeitungsnummer entfällt.* Ist das nicht eine anschauliche Illustration unserer Handwerklerei? Zeigt das nicht mit aller Klarheit, wie unsere revolutionäre Organisation hinter dem spontanen Aufschwung der Bewegung zurückgeblieben ist? Wäre *die gleiche Anzahl* von Zeitungsnummern nicht von vereinzelten lokalen Gruppen herausgegeben worden, sondern von einer einheitlichen Organisation, so würden wir nicht nur viel Kraft gespart haben, sondern wir hätten auch unserer Arbeit eine unvergleichlich höhere Stabilität und Kontinuität gesichert. Diese einfache Erwägung wird nur zu oft sowohl von den Praktikern außer acht gelassen, die *aktiv* fast ausschließlich an lokalen Zeitungen arbeiten (leider ist es in den allermeisten Fällen auch heute noch so), als auch von den Publizisten, die in dieser Frage eine erstaunliche Donquichotterie an den Tag legen. Der Praktiker begnügt sich gewöhnlich mit der Erwägung, daß es für die örtlichen Funktionäre „schwierig"** sei, sich mit der Arbeit für eine gesamtrussische Zeitung zu befassen, und daß lokale Zeitungen besser seien als gar keine. Dieses letzte Argument ist natürlich völlig richtig, und in der Anerkennung der gewaltigen Bedeutung und des gewaltigen

* Siehe den „Bericht an den Pariser Internationalen Sozialistenkongreß"[124], S. 14: „Seit jener Zeit (1897) bis zum Frühjahr 1900 sind an verschiedenen Orten 30 Nummern verschiedener Zeitungen erschienen... Im Durchschnitt erschien mehr als eine Nummer monatlich."

** Diese Schwierigkeit ist nur eine scheinbare. In Wirklichkeit *gibt es keinen* örtlichen Zirkel, der nicht die Möglichkeit hätte, die eine oder die andere Funktion der gesamtrussischen Arbeit aktiv in Angriff zu nehmen. „Sage nicht: Ich kann nicht, sondern sage: Ich will nicht."

Nutzens der lokalen Zeitungen *überhaupt* stehen wir hinter keinem Praktiker zurück. Aber doch nicht darum handelt es sich, sondern es geht um die Frage, ob man die Zersplitterung und Handwerklerei nicht loswerden könnte, die so anschaulich darin zum Ausdruck kommen, daß in 2½ Jahren in ganz Rußland nur 30 Nummern lokaler Zeitungen erschienen sind. Man darf sich also nicht auf zwar unbestrittene, aber zu allgemeine Behauptungen über den Nutzen lokaler Zeitungen überhaupt beschränken, sondern man muß auch den Mut haben, ihre negativen Seiten, die die Erfahrung der zweieinhalb Jahre klar gezeigt hat, offen festzustellen. Diese Erfahrung zeugt davon, daß lokale Zeitungen unter unseren Verhältnissen in den meisten Fällen *nicht prinzipienfest*, daß sie *politisch* bedeutungslos sind, daß sie, was den Aufwand an revolutionären Kräften betrifft, übermäßig kostspielig und in technischer Beziehung völlig unzulänglich sind (ich meine natürlich nicht die Drucktechnik, sondern die Häufigkeit und Regelmäßigkeit des Erscheinens). Alle genannten Mängel sind kein Zufall, sondern das unvermeidliche Ergebnis der Zersplitterung, aus der sich einerseits das Überwiegen der lokalen Zeitungen in der hier behandelten Periode erklärt und die anderseits durch dieses Überwiegen *gefördert* wird. Es geht geradezu *über die Kraft* einer einzelnen lokalen Organisation, ihrer Zeitung Prinzipienfestigkeit zu sichern und sie auf das Niveau zu bringen, das ein politisches Organ haben muß, es geht *über ihre Kraft*, genügend Material für die Beleuchtung unseres gesamten politischen Lebens zu sammeln und auszuwerten. Das Argument aber, mit dem die Notwendigkeit zahlreicher lokaler Zeitungen in freien Ländern verteidigt zu werden pflegt — die Billigkeit der Herstellung mit Hilfe der örtlichen Arbeiter und die umfassendere und raschere Information der örtlichen Bevölkerung — dieses *Argument* kehrt sich bei uns, wie die Erfahrung zeigt, *gegen* die lokalen Zeitungen. Es erweist sich, daß sie, was den Aufwand an revolutionären Kräften betrifft, übermäßig kostspielig sind und daß sie aus dem einfachen Grund *besonders* selten erscheinen, weil für eine *illegale* Zeitung, wie klein sie auch sein mag, ein gewaltiger konspirativer Apparat notwendig ist, der einen fabrikmäßigen Großbetrieb erfordert, denn in der Werkstatt eines Handwerkers ist ein solcher Apparat nicht herzustellen. Die Primitivität des konspirativen Apparats führt aber auf Schritt und Tritt dazu (jeder Praktiker kennt eine Menge solcher Beispiele), daß die Polizei das Erscheinen und die Verbreitung

von ein, zwei Nummern ausnützt, um *Massen*verhaftungen vorzunehmen, durch die alles so ratzekahl hinweggefegt wird, daß man wieder von vorn anfangen muß. Ein guter konspirativer Apparat erfordert eine gute berufliche Schulung der Revolutionäre und eine aufs konsequenteste durchgeführte Arbeitsteilung; diese beiden Forderungen übersteigen aber weit die Kraft einer einzelnen lokalen Organisation, wie stark sie im gegebenen Moment auch sein mag. Ganz abgesehen von den allgemeinen Interessen unserer gesamten Bewegung (die prinzipiell konsequente sozialistische und politische Erziehung der Arbeiter), werden auch die speziell lokalen Interessen durch *nichtlokale Zeitungen besser vertreten,* das erscheint nur auf den ersten Blick paradox, in Wirklichkeit aber wird es durch die geschilderten Erfahrungen von zweieinhalb Jahren unwiderleglich bewiesen. Jeder wird zugeben: Hätten alle lokalen Kräfte, die 30 Zeitungsnummern herausgebracht haben, an *einer* Zeitung gearbeitet, so hätten von dieser leicht 60, wenn nicht gar 100 Nummern erscheinen können, und in ihr wären infolgedessen alle Besonderheiten der Bewegung rein lokalen Charakters vollständiger beleuchtet worden. Unzweifelhaft ist eine solche Organisiertheit keine leichte Sache, doch müssen wir einsehen, daß sie notwendig ist, jeder lokale Zirkel muß über sie nachdenken und an ihr *aktiv arbeiten,* ohne auf einen Anstoß von außen zu warten, ohne sich durch die Zugänglichkeit, die Nähe des lokalen Organs verlocken zu lassen, die, wie unsere revolutionäre Erfahrung zeigt, in hohem Maße illusorisch ist.

Einen schlechten Dienst erweisen der praktischen Arbeit jene Publizisten, die sich einbilden, den Praktikern besonders nahezustehen, aber nicht sehen, wie illusorisch das ist, und die Sache mit der erstaunlich billigen und erstaunlich hohlen Erklärung abtun: notwendig seien lokale Zeitungen, notwendig seien Bezirkszeitungen, notwendig seien gesamtrussische Zeitungen. Natürlich ist das alles, allgemein gesprochen, notwendig, aber wenn man eine konkrete organisatorische Frage anpackt, muß man doch auch an die Bedingungen denken, die durch die Verhältnisse und den Zeitpunkt gegeben sind. Ist es denn nicht wirklich Donquichotterie, wenn die „Swoboda" (Nr. 1, S. 68), speziell „auf die *Frage der Zeitung* eingehend", schreibt: „Uns dünkt, daß jeder Ort mit halbwegs bedeutender Konzentration von Arbeitern eine eigene Arbeiterzeitung haben muß. Nicht eine von irgendwo importierte, sondern eben seine eigene." Will dieser Publi-

zist nicht über die Bedeutung seiner Worte nachdenken, so mag es wenigstens der Leser für ihn tun: Wieviel Dutzende, ja Hunderte solcher „Orte mit halbwegs bedeutender Konzentration von Arbeitern" gibt es in Rußland, und was für eine Verewigung unserer Handwerklerei wäre es, wenn tatsächlich jede lokale Organisation ihre eigene Zeitung herausgeben wollte! Wie sehr würde diese Zersplitterung die Aufgabe unserer Gendarmen erleichtern, alle örtlichen Funktionäre — und zwar ohne jede „halbwegs bedeutende" Schwierigkeit — schon zu Beginn ihrer Tätigkeit zu schnappen, ohne ihnen erst die Möglichkeit zu geben, wirkliche Revolutionäre zu werden! In einer gesamtrussischen Zeitung, fährt der Verfasser fort, wären die Schilderungen der Machenschaften der Fabrikbesitzer und der „Einzelheiten des Fabriklebens in verschiedenen fremden Städten" nicht interessant, aber „dem Leser in Orjol wird es nicht langweilig sein, von seinen eigenen Orjoler Angelegenheiten zu lesen. Er weiß dann immer, wen man sich ‚vorgeknöpft' hat, wer ‚festgenagelt' worden ist, und das Herz hüpft ihm im Leibe" (S. 69). Ja ja, das Herz des Lesers in Orjol hüpft, aber allzusehr „hüpfen" auch die Gedanken unseres Publizisten. Ist diese Verteidigung der Kleinkrämerei taktisch richtig? — darüber sollte er nachdenken. Wir stehen hinter niemand zurück in der Erkenntnis, daß Fabrikenthüllungen notwendig und wichtig sind, aber man darf doch nicht vergessen: Wir sind schon so weit gekommen, daß es den Petersburgern langweilig geworden ist, die Petersburger Korrespondenzen der Petersburger Zeitung „Rabotschaja Mysl" zu lesen. Für die Fabrikenthüllungen an den einzelnen Orten hatten wir stets Flugblätter und *werden wir auch stets Flugblätter haben müssen*, aber den Typus der *Zeitung* müssen wir auf ein höheres Niveau bringen und sie nicht zu einem Fabrikflugblatt degradieren. Für eine „Zeitung" brauchen wir nicht so sehr Enthüllungen der „Kleinigkeiten" als vielmehr Enthüllungen der großen, typischen Übelstände des Fabriklebens, Enthüllungen an Hand besonders prägnanter Beispiele, die geeignet sind, *alle* Arbeiter und alle Führer der Bewegung zu interessieren, die geeignet sind, ihr Wissen wirklich zu bereichern, ihren Gesichtskreis zu erweitern und das Erwachen eines neuen Bezirks, einer neuen Berufsschicht von Arbeitern in die Wege zu leiten.

„Ferner können in der lokalen Zeitung alle Machenschaften der Fabrikverwaltung oder anderer Behörden sofort an Ort und Stelle aufgegriffen

werden. Wie lange dauert es aber, bis die Nachricht in die allgemeine, weit entfernte Zeitung kommt — bis dahin hat man am Ort längst vergessen, was geschehen ist: ‚Wann war das doch bloß — wer denkt noch daran!‘" (Ebenda.) Eben — wer denkt noch daran! Die im Verlaufe von 2½ Jahren erschienenen 30 Nummern verteilen sich, wie wir aus derselben Quelle erfahren, auf 6 Städte. Dann kommt also durchschnittlich auf *eine* Stadt *eine Nummer der Zeitung in einem halben Jahre*! Und selbst wenn unser leichtfertiger Publizist in seinen Annahmen die Produktivität der örtlichen Arbeit *verdreifacht* (was zweifellos, im Durchschnitt auf *eine* Stadt genommen, falsch wäre, denn im Rahmen der Handwerklerei ist eine bedeutende Steigerung der Produktivität unmöglich), so erhalten wir trotzdem nur *eine* Nummer in zwei Monaten, d. h. etwas, was einem „Aufgreifen an Ort und Stelle" absolut nicht ähnlich sieht. Dabei würde es genügen, daß sich zehn lokale Organisationen zusammentun und ihre Delegierten mit aktiven Funktionen für die Herausgabe einer allgemeinen Zeitung betrauen — und es wäre möglich, *in ganz Rußland* nicht Kleinigkeiten „aufzugreifen", sondern einmal in vierzehn Tagen tatsächlich hervorstechende und typische Mißstände zu enthüllen. Daran wird niemand zweifeln, der die Lage in unseren Organisationen kennt. Den Feind auf frischer Tat erwischen — wenn man das ernst meint und es nicht nur eine schöne Redensart ist —, daran kann eine illegale Zeitung überhaupt nicht denken: dazu taugt nur ein heimlich zugestecktes Flugblatt, denn die äußerste Frist für ein solches Erwischen beläuft sich meist auf höchstens ein oder zwei Tage (man denke zum Beispiel an einen gewöhnlichen kurzfristigen Streik oder an einen Zusammenstoß in einer Fabrik oder an eine Demonstration usw.).

„Der Arbeiter lebt nicht nur in der Fabrik, sondern auch in der Stadt", fährt unser Verfasser fort, der mit strenger Konsequenz, die selbst einem Boris Kritschewski Ehre machen würde, vom Besonderen zum Allgemeinen emporsteigt. Er weist auf Fragen der Stadtdumas, der städtischen Krankenhäuser und Schulen hin und verlangt, daß die Arbeiterzeitung die städtischen Angelegenheiten nicht mit Schweigen übergehe. — Die Forderung ist an und für sich sehr schön, aber sie illustriert besonders anschaulich die inhaltslose Abstraktheit, auf die man sich zu oft bei Erörterungen über lokale Zeitungen beschränkt. Erstens, wenn tatsächlich in „jedem Ort mit halbwegs bedeutender Konzentration von Arbeitern" Zeitungen

mit einer so ausführlichen Stadtchronik, wie die „Swoboda" es wünscht, erschienen, so würde das unter unseren russischen Verhältnissen unvermeidlich in eine wahre Kleinkrämerei ausarten, es würde das Bewußtsein von der Wichtigkeit eines gesamtrussischen revolutionären Ansturms gegen die zaristische Selbstherrschaft schwächen und die lebenszähen, eher verborgenen oder unterdrückten als mit der Wurzel entfernten Keime derjenigen Richtung stärken, die schon bekanntgeworden ist durch den denkwürdigen Ausspruch über die Revolutionäre, die zuviel von dem nicht vorhandenen Parlament und zuwenig von den vorhandenen Stadtdumas reden. Wir sagen: unvermeidlich, und betonen damit, daß die „Swoboda" zweifellos nicht das will, sondern das Gegenteil. Aber gute Vorsätze allein genügen nicht. — Um die städtischen Angelegenheiten in der richtigen Perspektive zu unserer Gesamtarbeit zu erläutern, ist *zuerst* notwendig, daß diese Perspektive völlig klar sei, daß sie nicht allein durch Behauptungen, sondern an Hand von zahlreichen Beispielen genau festgelegt sei, daß sie bereits die Festigkeit einer *Tradition* gewonnen habe. So weit sind wir noch lange nicht, dies ist aber gerade *zuerst* notwendig, bevor man sich erlauben kann, an eine umfassende lokale Presse zu denken und von einer solchen Presse zu reden.

Zweitens ist es notwendig, um wirklich gut und interessant über die städtischen Angelegenheiten zu berichten, sie genau und nicht nur aus Büchern zu kennen. Aber Sozialdemokraten, die ein solches Wissen haben, gibt es *in ganz Rußland* fast gar nicht. Um in der Zeitung (und nicht in einer populären Broschüre) über städtische und staatliche Angelegenheiten zu schreiben, muß man frisches, vielseitiges, von einem tüchtigen Menschen gesammeltes und bearbeitetes Material haben. Um aber solches Material zu sammeln und zu bearbeiten, genügt die „primitive Demokratie" eines primitiven Zirkels nicht, in dem alle alles tun und sich mit Referendumspielen die Zeit vertreiben. Hierzu ist ein Stab von Schriftstellern mit Fachwissen, von speziellen Korrespondenten, eine Armee von sozialdemokratischen Reportern notwendig, die überall Verbindungen anknüpfen, die es verstehen, in alle „Staatsgeheimnisse" (mit denen der russische Beamte so wichtig tut und die er so leicht ausplaudert) einzudringen, hinter alle „Kulissen" zu schauen, eine Armee von Menschen, die „von Amts wegen" verpflichtet sind, allgegenwärtig und allwissend zu sein. Und wir, die Partei des Kampfes gegen *jede* wirtschaftliche, politi-

sche, soziale, nationale Unterdrückung, können und müssen eine solche Armee allwissender Menschen sammeln, ausbilden, mobilisieren und in den Kampf schicken — aber das muß erst noch getan werden! Bei uns jedoch ist nicht nur in den meisten Gegenden noch kein Schritt in dieser Richtung getan worden, sondern es fehlt sogar oft die *Erkenntnis*, daß das getan werden muß. Man suche in unserer sozialdemokratischen Presse lebendige und interessante Artikel, Zuschriften und Enthüllungen über unsere großen und kleinen diplomatischen, militärischen, kirchlichen, städtischen, finanziellen usw. usw. Angelegenheiten, und man wird *fast nichts* oder sehr wenig finden.* Darum „ärgert es mich immer fürchterlich, wenn einer daherkommt und eine Menge sehr schöne und großartige Dinge sagt" von der Notwendigkeit, „in jedem Ort mit halbwegs bedeutender Konzentration von Arbeitern" Zeitungen herauszugeben, in denen die Mißstände in der Fabrik, in der Stadtverwaltung, im Staatsapparat enthüllt werden!

Das Überwiegen der lokalen Presse über die zentrale ist ein Anzeichen entweder von Mangel oder von Überfluß. Von Mangel, wenn die Bewegung noch nicht die Kräfte für einen Großbetrieb hervorgebracht hat, wenn sie noch in der Handwerklerei steckt und in den „Kleinigkeiten des Fabriklebens" fast untergeht; von Überfluß, wenn die Bewegung die Aufgabe der allseitigen Enthüllungen und der allseitigen Agitation *bereits vollkommen bewältigt hat*, so daß neben dem Zentralorgan zahlreiche lokale Zeitungen notwendig werden. Mag jeder für sich entscheiden, wovon das Überwiegen der lokalen Zeitungen bei uns in der Gegenwart

* Aus diesem Grunde wird unser Standpunkt sogar durch das Beispiel außerordentlich guter Lokalorgane nur bestätigt. Der „Jushny Rabotschi" ist zum Beispiel eine ausgezeichnete Zeitung, der man keineswegs Mangel an Prinzipienfestigkeit vorwerfen kann. Aber das, was sie für die örtliche Bewegung leisten wollte, ist infolge des seltenen Erscheinens der Zeitung und der zahlreichen Verhaftungen nicht erreicht worden. Das, was für die Partei heute am dringendsten ist, die prinzipielle Erörterung der Grundfragen der Bewegung und die allseitige politische Agitation, überstieg die Kraft einer lokalen Zeitung. Was aber besonders gut an ihr war, z. B. die Artikel über die Konferenz der Bergwerksbesitzer, über die Arbeitslosigkeit usw., stellte kein streng lokales Material dar *und wurde für ganz Rußland gebraucht*, und nicht nur für den Süden. Solche Artikel hat es in unserer ganzen sozialdemokratischen Presse nicht gegeben.

zeugt. Ich aber will mich auf eine genaue Formulierung meiner Schlußfolgerung beschränken, um keinen Anlaß zu Mißverständnissen zu geben. Bis jetzt denkt die Mehrheit unserer lokalen Organisationen fast ausschließlich an lokale Zeitungen und arbeitet aktiv fast nur für sie. Das ist nicht normal. Es müßte umgekehrt sein: Die Mehrheit der lokalen Organisationen müßte hauptsächlich an ein gesamtrussisches Organ denken und vorwiegend für dieses arbeiten. Solange das nicht geschieht, werden wir *nicht eine einzige* Zeitung herausbringen, die halbwegs imstande wäre, der Bewegung wirklich mit einer *allseitigen* Presseagitation zu dienen. Geschieht das aber, dann wird sich ein normales Verhältnis zwischen dem notwendigen Zentralorgan und den notwendigen lokalen Organen von selbst herausbilden.

*

Es mag auf den ersten Blick scheinen, daß die Schlußfolgerung, es sei notwendig, den Schwerpunkt von der lokalen auf die gesamtrussische Arbeit zu verlegen, auf den speziell wirtschaftlichen Kampf nicht anwendbar sei: die unmittelbaren Feinde der Arbeiter sind hier einzelne Unternehmer oder Gruppen von Unternehmern, und diese sind in keiner Organisation zusammengefaßt, die auch nur annähernd an die rein militärische, streng zentralistische, bis in die kleinsten Dinge von einem einheitlichen Willen geleitete Organisation der russischen Regierung, unseres unmittelbaren Feindes im politischen Kampf, erinnert.

Aber dem ist nicht so. Der ökonomische Kampf ist — wir haben schon oft darauf hingewiesen — ein gewerkschaftlicher Kampf, und darum erfordert er den Zusammenschluß der Arbeiter nach Berufen, und nicht nur nach dem Betrieb. Und diese gewerkschaftliche Vereinigung wird um so dringender notwendig, je rapider der Zusammenschluß unserer Unternehmer zu Gesellschaften und Syndikaten aller Art vorwärtsschreitet. Unsere Zersplitterung und unsere Handwerklerei hemmen direkt diese Vereinigung, für die eine einheitliche gesamtrussische Organisation der Revolutionäre notwendig ist, die fähig wäre, die Leitung der Gewerkschaftsverbände der Arbeiter ganz Rußlands zu übernehmen. Wir haben schon weiter oben von dem Organisationstypus gesprochen, der für diesen Zweck wünschenswert ist, und wollen jetzt im Zusammenhang mit der Frage unserer Presse nur noch einige Worte hinzufügen.

Daß jede sozialdemokratische Zeitung eine *Rubrik* für den gewerkschaftlichen (wirtschaftlichen) Kampf enthalten muß, das wird kaum jemand bezweifeln. Aber die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung veranlaßt uns, auch an eine Gewerkschaftspresse zu denken. Wir glauben jedoch, daß von Gewerkschaftszeitungen in Rußland, mit wenigen Ausnahmen, vorläufig noch keine Rede sein kann: das wäre ein Luxus, und uns fehlt nur allzuoft selbst das tägliche Brot. Die den Bedingungen der illegalen Arbeit entsprechende und schon jetzt notwendig gewordene Form der Gewerkschaftspresse müßten bei uns *Gewerkschaftsbroschüren* sein. In ihnen müßte das *legale** und das illegale Material gesammelt und

* Das legale Material ist in dieser Beziehung besonders wichtig, und wir sind besonders zurückgeblieben in der Kunst, es systematisch zu sammeln und auszunutzen. Es wird keine Übertreibung sein, wenn man sagt, daß legales Material allein genügt, um eine noch einigermaßen annehmbare Gewerkschaftsbroschüre zu schreiben, daß aber illegales Material allein nicht genügt. Wenn wir von Arbeitern illegales Material über Fragen, wie sie zum Beispiel die „Rabotschaja Mysl" behandelt hat, sammeln, so vergeuden wir viel Kraft eines Revolutionärs (der in diesem Falle leicht durch eine legal tätige Person ersetzt werden könnte), und trotzdem bekommen wir nie ein brauchbares Material, denn den Arbeitern, die meist nur *eine* Abteilung der großen Fabrik und fast immer die wirtschaftlichen Resultate, nicht aber die allgemeinen Bedingungen und Normen ihrer eigenen Arbeit kennen, fehlt die Möglichkeit, die Informationen zu erhalten, die die Fabrikangestellten, Inspektoren, Ärzte usw. besitzen und die zum größten Teil in kleinen Zeitungskorrespondenzen sowie in speziellen Industrie-, Sanitäts-, Semstwo- und anderen Publikationen verstreut sind.

Ich erinnere mich lebhaft meines „ersten Versuchs", den ich nie wiederholen würde. Viele Wochen hindurch befaßte ich mich damit, einen Arbeiter, der mich öfters besuchte, einem „peinlichen Verhör" über alle möglichen Zustände in der großen Fabrik, in der er arbeitete, zu unterziehen. Es gelang mir zwar, wenn auch mit ungeheurer Mühe, irgendwie eine Beschreibung (nur der einen Fabrik!) zustande zu bringen, aber der Arbeiter sagte mir manches Mal am Schluß der Unterredung lächelnd und sich den Schweiß von der Stirn wischend: „Es fällt mir leichter, eine Extraschicht zu machen, als Ihre Fragen zu beantworten!"

Je energischer wir den revolutionären Kampf führen werden, um so mehr wird die Regierung gezwungen sein, einen Teil der „gewerkschaftlichen" Arbeit zu legalisieren, wodurch sie uns unsere Last zum Teil abnehmen wird.

systematisch gruppiert werden: über die Arbeitsbedingungen in dem betreffenden Gewerbe, über die in dieser Hinsicht bestehenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Gegenden Rußlands, über die Hauptforderungen der Arbeiter des betreffenden Berufs, über die Mängel der Gesetzgebung für diesen Beruf, über die besonders bemerkenswerten Fälle des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter dieses Berufszweiges, über die Anfänge, den gegenwärtigen Stand und die Erfordernisse ihrer gewerkschaftlichen Organisation usw. Solche Broschüren würden erstens unsere sozialdemokratische Presse von einer Unmenge Berufsdetails befreien, die speziell nur die Arbeiter einer bestimmten Branche interessieren; zweitens würden sie die Resultate unserer Erfahrungen im Gewerkschaftskampf festhalten, sie würden das gesammelte Material, das jetzt in der Menge von Flugblättern und fragmentarischen Korrespondenzen buchstäblich untergeht, sammeln und verallgemeinern; drittens könnten sie als eine Art Anleitung für Agitatoren dienen, denn die Arbeitsbedingungen ändern sich verhältnismäßig langsam, die grundlegenden Forderungen der Arbeiter eines bestimmten Berufes sind außerordentlich beständig (man vergleiche die Forderungen der Weber des Moskauer Bezirks im Jahre 1885 und die des Petersburger Bezirks im Jahre 1896), und eine Zusammenstellung dieser Forderungen und Nöte könnte Jahre hindurch als ausgezeichneter Leitfaden für die wirtschaftliche Agitation in den rückständigen Gebieten oder unter den rückständigen Arbeiterschichten dienen; Beispiele erfolgreicher Streiks in dem einen Bezirk, Angaben über höhere Lebenshaltung, über bessere Arbeitsbedingungen an dem einen Ort würden die Arbeiter an anderen Orten zu neuem und immer neuem Kampf anfeuern; viertens würde die Sozialdemokratie dadurch, daß sie die Initiative zur Verallgemeinerung des Gewerkschaftskampfes auf sich nimmt und auf diese Weise die Verbindung zwischen der russischen Gewerkschaftsbewegung und dem Sozialismus festigt, gleichzeitig dafür sorgen, daß unsere Gewerkschaftsarbeit weder einen zu kleinen noch einen zu großen Teil der Gesamtheit unserer sozialdemokratischen Arbeit ausmacht. Ist eine lokale Organisation von den Organisationen anderer Städte losgelöst, so ist es für sie sehr schwer, oft sogar fast unmöglich, dabei die richtige Proportion einzuhalten (und das Beispiel der „Rabotschaja Mysl" zeigt, zu welch ungeheuerlicher Übertreibung in der Richtung zum Trade-Unionismus man dabei kommen kann). Eine gesamtrussische Organisation

der Revolutionäre aber, die streng auf dem Standpunkt des Marxismus stünde, die den ganzen politischen Kampf leitete und über einen Stab von Berufsagitatoren verfügte, würde bei der Bestimmung dieser richtigen Proportion niemals Schwierigkeiten haben.

V

„PLAN" EINER GESAMTRUSSISCHEN POLITISCHEN ZEITUNG

„Der größte Fehler der ‚Iskra' in dieser Beziehung", schreibt B. Kritschewski („Rabotscheje Delo" Nr. 10, S. 30), der uns die Tendenz vorwirft, „die Theorie durch ihre Isolierung von der Praxis in eine tote Doktrin zu verwandeln", „ist ihr ‚Plan' einer Organisation, die die gesamte Partei erfaßt" (gemeint ist der Artikel „Womit beginnen?"*). Und Martynow sekundiert ihm, indem er erklärt, daß „die Tendenz der ‚Iskra', die Bedeutung der Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes im Vergleich zur Propaganda glänzender und vollendeter Ideen herabzusetzen..., durch den Plan einer Parteiorganisation gekrönt worden ist, den sie in Nr. 4 im Artikel ‚Womit beginnen?' vorschlägt" (ebenda, S. 61). Schließlich gesellte sich in allerletzter Zeit zu den Leuten, die dieser „Plan" (die Anführungsstriche sollen die Ironie zum Ausdruck bringen, mit der man den Plan behandelt) empörte, auch L. Nadeshdin, und zwar in der uns eben zugegangenen Broschüre „Der Vorabend der Revolution" (herausgegeben von der uns bereits bekannten „revolutionär-sozialistischen Gruppe" *Swoboda*), in der erklärt wird: „Jetzt von einer Organisation sprechen, die wie Fäden von einer gesamtrussischen Zeitung ausginge, hieße Studierstubenideen aushecken und die Studierstubenarbeit vermehren" (S. 126) — das sei eine Erscheinung des „Literatentums" u. a. m.

Daß unser Terrorist sich mit den Verteidigern der „Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes" solidarisch gezeigt hat, kann uns nicht verwundern, nachdem wir in den Kapiteln über Politik und über Organisation den Wurzeln dieser Verwandtschaft nachgegangen sind. Aber wir müssen jetzt schon bemerken, daß L. Nadeshdin, und nur er allein, den

* Siehe den vorliegenden Band, S. 1—13. *Die Red.*

Versuch gemacht hat, gewissenhaft in den Gedankengang des Artikels, der ihm mißfallen hat, einzudringen, daß er den Versuch gemacht hat, ihn sachlich zu beantworten, während das „Rabotscheje Delo" absolut nichts zur Sache selbst vorgebracht hat, sondern nur bemüht war, die Frage mit Hilfe eines ganzen Haufens unanständiger demagogischer Ausfälle zu verwirren. Und wie unerfreulich es auch sein mag, wir müssen zunächst einige Zeit auf die Säuberung des Augiasstalles verwenden.

a) Wer fühlt sich durch den Artikel „Womit beginnen?" gekränkt?

Wir wollen eine kleine Auslese von Ausdrücken und Ausrufen präsentieren, mit denen das „Rabotscheje Delo" über uns hergefallen ist. „Nicht durch die Zeitung kann eine Parteiorganisation geschaffen werden, sondern umgekehrt..." „Eine Zeitung, die *über* der Partei und *außerhalb ihrer Kontrolle* steht und dank einem eigenen Netz von Agenten von ihr unabhängig ist..." „Durch welches Wunder konnte es geschehen, daß die ‚Iskra' die faktisch existierenden sozialdemokratischen Organisationen der Partei vergessen hat, der sie angehört?..." „Wer feste Grundsätze und einen entsprechenden Plan besitzt, der ist auch der oberste Regulator des realen Kampfes der Partei, der diktiert ihr die Ausführung seines Plans..." „Der Plan verbannt unsere lebendigen und lebensfähigen Organisationen in das Reich der Schatten und will ein irreales Netz von Agenten ins Leben rufen..." „Würde der Plan der ‚Iskra' verwirklicht werden, so würde er dazu führen, daß von der sich bei uns herausbildenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands auch die letzte Spur ausgemerzt wird..." „Das propagandistische Organ wird zum unkontrollierbaren autokratischen Gesetzgeber des ganzen praktischen revolutionären Kampfes..." „Wie soll sich unsere Partei zu ihrer *völligen* Unterordnung unter eine autonome Redaktion verhalten?" usw. usw.

Wie der Leser aus dem Inhalt und dem Ton dieser Zitate ersieht, fühlt sich das „Rabotscheje Delo" *gekränkt*. Aber es ist nicht seiner selbst wegen gekränkt, sondern wegen der Organisationen und Komitees unserer Partei, die die „Iskra" angeblich in das Reich der Schatten verbannen und deren Spuren sie sogar ausmerzen will. Wie entsetzlich, man denke nur! Merkwürdig ist nur eins. Der Artikel „Womit beginnen?" ist im Mai 1901

erschienen, die Artikel des „Rabotscheje Delo" im September 1901, und jetzt haben wir bereits Mitte Januar 1902. In diesen ganzen fünf Monaten (sowohl vor wie nach dem September) ist *kein einziges* Parteikomitee und *keine einzige* Parteiorganisation mit einem formellen Protest gegen dieses Monstrum hervorgetreten, das die Komitees und die Organisationen in das Reich der Schatten verbannen will! In dieser Zeit sind aber doch sowohl in der „Iskra" als auch in einer Menge anderer, lokaler und nichtlokaler Publikationen Dutzende und Hunderte von Berichten aus allen Ecken und Enden Rußlands erschienen. Wie war es möglich, daß diejenigen, die man in das Reich der Schatten verbannen will, das nicht merkten und sich nicht gekränkt fühlten, während sich eine dritte Person gekränkt fühlte?

Das geschah, weil die Komitees und anderen Organisationen durch wirkliche Arbeit in Anspruch genommen sind und nicht durch Spielerei mit „Demokratismus". Die Komitees haben den Artikel „Womit beginnen?" gelesen, sie haben gesehen, daß das ein Versuch ist, „einen bestimmten Plan der Organisation auszuarbeiten, *damit von allen Seiten an ihren Aufbau geschritten werden kann*", und da sie sehr gut wußten und sahen, daß *keine einzige* von „allen" diesen „Seiten" „an den Aufbau zu schreiten" gedenkt, solange sie sich nicht von seiner Notwendigkeit und von der Richtigkeit des architektonischen Plans überzeugt hat, so haben sie natürlich auch gar nicht daran gedacht, sich durch die Verwegenheit der Leute „gekränkt zu fühlen", die in der „Iskra" erklärten: „In Anbetracht der unaufschiebbaren Dringlichkeit der Frage haben wir beschlossen, unserseits den Genossen den Entwurf eines Plans zu unterbreiten, den wir in einer Broschüre, die für den Druck vorbereitet wird, ausführlicher entwickeln werden." War denn bei einer gewissenhaften Behandlung der Sache überhaupt etwas anderes möglich als einzusehen, daß die Genossen, wenn sie den ihnen unterbreiteten Plan *annehmen*, diesen Plan durchführen werden, nicht weil sie sich „unterordnen", sondern weil sie von seiner Notwendigkeit für unsere gemeinsame Sache überzeugt sind und, wenn sie diesen „Entwurf" (welch anspruchsvolles Wort, nicht wahr?) *nicht annehmen*, er einfach ein Entwurf bleiben wird? Ist es denn nicht Demagogie, wenn man gegen den Entwurf eines Plans nicht nur dadurch kämpft, daß man ihn „verreißt" und den Genossen den Rat gibt, ihn abzulehnen, sondern auch dadurch, daß man in revolutionären Dingen wenig

wenig erfahrene Leute gegen die Verfasser des Entwurfs *aufhetzt, nur weil* diese es *wagen*, „Gesetze zu erlassen", als „oberste Regulatoren" aufzutreten, d. h. es wagen, den Entwurf eines Plans *vorzuschlagen*?? Kann unsere Partei sich entwickeln und vorwärtsschreiten, wenn man den Versuch, die örtlichen Funktionäre auf das Niveau umfassenderer Ansichten, Aufgaben, Pläne usw. zu *heben*, nicht nur damit beantwortet, daß man diese Ansichten als falsch bezeichnet, sondern daß man sich „gekränkt" fühlt, weil man uns *„auf ein höheres Niveau heben"* „will"? Auch L. Nadeshdin hat ja unseren Plan „verrissen", aber zu einer solchen Demagogie, die nicht mehr mit bloßer Naivität oder Primitivität der politischen Ansichten erklärt werden kann, ist er nicht hinabgesunken; den Vorwurf der „Beaufsichtigung der Partei" hat er von Anfang an und entschieden abgelehnt. Und darum kann und muß man Nadeshdins Kritik an dem Plan sachlich beantworten, während man dem „Rabotscheje Delo" nur mit Verachtung antworten kann.

Aber die Verachtung für einen Schriftsteller, der sich so weit erniedrigt, daß er von „Autokratie" und „Unterordnung" schreit, enthebt uns noch nicht der Pflicht, das Durcheinander zu entwirren, das solche Leute dem Leser auftischen. Und hier können wir aller Welt anschaulich zeigen, von welcher Beschaffenheit diese Schlagworte vom „umfassenden Demokratismus" sind. Man beschuldigt uns, die Komitees vergessen zu haben, sie in das Reich der Schatten verbannen zu wollen oder dies zu versuchen u. dgl. Wie sollen wir auf diese Beschuldigungen antworten, wenn wir dem Leser über unsere wirklichen Beziehungen zu den Komitees *fast nichts Konkretes* erzählen *können*, es aus Gründen der Konspiration nicht können? Leute, die eine heftige und die Masse aufreizende Beschuldigung erheben, sind gegen uns im Vorteil infolge ihrer Hemmungslosigkeit, infolge ihrer Geringschätzung der Pflichten eines Revolutionärs, der die Beziehungen und Verbindungen, die er hat, die er anknüpft oder anzuknüpfen sucht, vor dem Auge der Welt sorgfältig verborgen hält. Selbstverständlich lehnen wir es ein für allemal ab, auf dem Felde des „Demokratismus" mit solchen Leuten zu konkurrieren. Was aber den Leser betrifft, der nicht in alle Parteiangelegenheiten eingeweiht ist, so besteht das einzige Mittel, ihm gegenüber unsere Pflicht zu erfüllen, darin, ihm nicht das zu erzählen, was vorhanden und was im Werden* ist, sondern einen *kleinen Teil* von

* „im Werden" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

dem, was war und wovon zu erzählen erlaubt ist, da es bereits der Vergangenheit angehört.

Der „Bund" macht Anspielungen auf unser „Usurpatorentum"*, der „Auslandsbund" beschuldigt uns, von der Partei jede Spur ausmerzen zu wollen. Bitte, meine Herren. Sie werden volle Genugtuung erhalten, wenn wir den Lesern *vier Tatsachen* aus der Vergangenheit unterbreiten.

Die erste** Tatsache. Mitglieder eines der „Kampfbünde", die an der Gründung unserer Partei und an der Entsendung eines Delegierten zum Gründungsparteitag unmittelbar teilgenommen haben, verhandeln mit einem Mitglied der „Iskra"-Gruppe über die Herausgabe einer besonderen Arbeiterbibliothek, die die Bedürfnisse der gesamten Bewegung befriedigen sollte. Es gelingt nicht, die Arbeiterbibliothek zustande zu bringen, und die für sie geschriebenen Broschüren „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" und „Das neue Fabrikgesetz"*** geraten auf Umwegen und durch dritte Personen ins Ausland, wo sie auch gedruckt werden.[126]

Die zweite Tatsache. Mitglieder des Zentralkomitees des „Bund" wenden sich an ein Mitglied der „Iskra"-Gruppe mit dem Vorschlag, ein — wie der „Bund" sich damals ausdrückte — „literarisches Laboratorium" zu organisieren. Dabei meinen sie, daß ein Nichtzustandekommen dieses Unternehmens unsere Bewegung stark zurückwerfen könnte. Das Ergebnis der Verhandlungen ist die Broschüre „Die Arbeitersache in Rußland".†

Die dritte Tatsache. Das Zentralkomitee des „Bund" wendet sich durch Vermittlung eines Provinzstädtchens an ein Mitglied der „Iskra" mit dem

* „Iskra" Nr. 8, Antwort des Zentralkomitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterverbandes in Rußland und Polen auf unseren Artikel zur nationalen Frage.

** Wir bringen diese Tatsachen absichtlich nicht in der Reihenfolge, in der sie sich ereignet haben.[125]

*** Siehe Werke, Bd. 2, S. 325—354 und 265—316. *Die Red.*

† Übrigens bittet mich der Verfasser dieser Broschüre, zu erklären, daß sie, wie auch seine früheren Broschüren, dem „Auslandsbund" in der Annahme zugeschickt wurde, der Herausgeber seiner Schriften sei die Gruppe „Befreiung der Arbeit" (aus bestimmten Gründen konnte er damals, d. h. im Februar 1899, nicht wissen, daß in der Redaktion ein Wechsel eingetreten war). Diese Broschüre wird in Kürze von der Liga neu herausgegeben werden.

Vorschlag, die Redaktion der „Rabotschaja Gaseta", die wieder erscheinen sollte, zu übernehmen, und erhält natürlich eine Zusage. Der Vorschlag wird dann geändert: in Anbetracht eines neuen Plans über die Zusammensetzung der Redaktion wird Mitarbeit vorgeschlagen. Auch hierzu erhält man selbstverständlich die Zustimmung.[127] Es werden Artikel geschickt (sie blieben erhalten): „Unser Programm" mit einem direkten Protest gegen die Bernsteiniade, gegen die Wendung in der legalen Literatur und in der „Rabotschaja Mysl"; „Unsere nächste Aufgabe" („ein regelmäßig erscheinendes und mit allen lokalen Gruppen eng verbundenes Parteiorgan zu schaffen"; die Mängel der herrschenden „Handwerklerei"); „Eine dringende Frage" (Analyse der Entgegnung, daß man *zunächst* die Tätigkeit der lokalen Gruppen entfalten müsse, bevor man darangeht, ein Gesamtorgan zu gründen; es wird darauf bestanden, daß die „revolutionäre Organisation" von erstrangiger Bedeutung ist, daß es notwendig ist, „die Organisation, Disziplin und Konspirationstechnik auf die höchste Stufe der Vollkommenheit zu bringen").* Der Vorschlag, die „Rabotschaja Gaseta" wieder herauszugeben, wird nicht in die Tat umgesetzt, und die Artikel bleiben unveröffentlicht.

Die vierte Tatsache. Das Mitglied eines Komitees, das den zweiten ordentlichen Parteitag unserer Partei organisieren sollte, übermittelt einem Mitglied der „Iskra"-Gruppe das Programm des Parteitags und schlägt diese Gruppe als Kandidaten für die Redaktion der neu herauszugebenden „Rabotschaja Gaseta" vor. Sein sozusagen vorbereitender Schritt wird dann auch von dem Komitee, dem er angehörte, und vom Zentralkomitee des „Bund" sanktioniert[128]; die „Iskra"-Gruppe wird von Ort und Zeit des Parteitags unterrichtet, verfaßt aber auch (da sie nicht sicher ist, ob sie nicht aus verschiedenen Gründen verhindert sein wird, einen Delegierten zu diesem Parteitag zu entsenden) einen schriftlichen Bericht an den Parteitag. In diesem Bericht wird der Gedanke vertreten, daß wir in einer Zeit so völliger Zerfahrenheit wie der jetzigen das Problem der Vereinigung allein durch die Wahl eines Zentralkomitees nicht nur nicht lösen werden, sondern außerdem noch Gefahr laufen, die große Idee der Gründung der Partei zu kompromittieren, falls die Organisation wiederum schnell und vollständig zerschlagen werden sollte, was bei dem herrschenden Mangel an Konspiration mehr als wahrscheinlich ist; daß man darum

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 204—208, 209—214 und 215—220. *Die Red.*

beginnen muß mit einer an alle Komitees und an alle übrigen Organisationen gerichteten Aufforderung, das wieder erscheinende Zentralorgan zu unterstützen, welches auf *reale* Weise alle Komitees *faktisch* miteinander verbinden und *real* eine Führergruppe für die ganze Bewegung heranbilden wird — und eine solche von den Komitees geschaffene Gruppe in ein Zentralkomitee zu verwandeln, wird für die Komitees und die Partei nicht schwer sein, wenn sich diese Gruppe festigt und erstarkt. Infolge einer Reihe von Verhaftungen konnte der Parteitag jedoch nicht stattfinden, und der Bericht mußte aus konspirativen Gründen vernichtet werden, nachdem ihn nur wenige Genossen, darunter die Bevollmächtigten eines Komitees, gelesen hatten.

Mag jetzt der Leser selbst über den Charakter solcher Methoden urteilen wie die vom „Bund" gemachte Anspielung auf Usurpatorentum oder wie die Bemerkung des „Rabotscheje Delo", daß wir die Komitees in das Reich der Schatten verbannen und die Parteiorganisation durch eine Organisation zur Verbreitung der Ideen *einer* Zeitung „ersetzen" wollen. Es waren doch gerade die Komitees, denen wir *auf ihre mehrfache Aufforderung hin* auseinandergesetzt haben, daß es nötig ist, einen bestimmten Plan der gemeinsamen Arbeit anzunehmen. Gerade für die Parteiorganisation haben wir diesen Plan in den Artikeln für die „Rabotschaja Gaseta" und im Bericht an den Parteitag ausgearbeitet, und zwar wiederum auf Grund der Aufforderung jener Genossen, die in der Partei eine so einflußreiche Stellung innehatten, daß sie die Initiative zur (faktischen) Wiederherstellung der Partei übernahmen. Und erst nachdem der *zweimalige* Versuch der Parteiorganisation, *mit uns zusammen offiziell* das Zentralorgan der Partei wieder herauszugeben, Schiffbruch erlitten hatte, hielten wir es für unsere direkte Pflicht, mit einem *nichtoffiziellen* Organ hervorzutreten, damit die Genossen bei einem *dritten* Versuch es schon mit bestimmten Ergebnissen des *Versuchs* und nicht nur mit vagen Mutmaßungen zu tun hätten. Jetzt haben bereits alle einige Ergebnisse dieses Versuchs vor Augen, und alle Genossen können beurteilen, ob wir unsere Pflicht richtig aufgefaßt haben und was man von Leuten denken muß, die — aus Ärger darüber, daß wir den einen Inkonsequenz in der „nationalen" Frage und den anderen die Unzulässigkeit prinzipienloser Schwankungen nachwiesen — diejenigen irreführen wollen, die die jüngste Vergangenheit nicht kennen.

b) *Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?*

Die Quintessenz des Artikels „Womit beginnen?" besteht darin, daß er *eben* diese Frage aufgeworfen und sie im positiven Sinne entschieden hat. Den einzigen uns bekannten Versuch, diese Frage sachlich zu analysieren und zu beweisen, daß sie im negativen Sinne entschieden werden müsse, macht L. Nadeshdin, dessen Argumente wir hier ungekürzt anführen:

„... Es gefällt uns sehr, daß die ‚Iskra' (Nr. 4) die Frage aufwirft, daß eine gesamtrussische Zeitung notwendig sei, aber wir können uns durchaus nicht damit einverstanden erklären, daß diese Frage in einen Artikel mit dem Titel ‚Womit beginnen?' gehört. Das ist zweifellos eine der Angelegenheiten, die äußerst wichtig sind, aber nicht durch sie, nicht durch eine ganze Serie populärer Flugschriften, nicht durch einen Berg von Proklamationen kann der Grundstein zu einer Kampforganisation für den revolutionären Zeitpunkt gelegt werden. Es ist notwendig, zur Bildung starker politischer Organisationen an den einzelnen Orten zu schreiten. Wir haben sie nicht, wir haben hauptsächlich unter den gebildeten Arbeitern gearbeitet, während die Massen fast ausschließlich den wirtschaftlichen Kampf führten. *Wenn nicht starke politische Organisationen an den einzelnen Orten herangebildet werden, welche Bedeutung hat dann eine, sei es auch vorzüglich geleitete gesamtrussische Zeitung?* Ein brennender Busch, der selbst brennt, nie verbrennt, aber auch niemand entflammt! Die ‚Iskra' glaubt, daß sich die Leute um die Zeitung und bei der Arbeit für sie sammeln und organisieren. *Es liegt ihnen aber viel näher, sich um eine konkretere Sache zu sammeln und zu organisieren!* Eine solche konkretere Sache kann und muß sein: großzügige Herausgabe lokaler Zeitungen, die sofortige Vorbereitung der Arbeiter zu Demonstrationen, die ständige Arbeit der örtlichen Organisationen unter den Arbeitslosen (unter denen unermüdlich Flugblätter und Schriften zu verbreiten sind, die zu Versammlungen und Protestaktionen gegen die Regierung aufzurufen sind usw.). Es ist notwendig, an den einzelnen Orten eine lebendige politische Arbeit in Angriff zu nehmen, und wenn auf diesem realen Boden die Vereinigung zur Notwendigkeit wird, dann wird sie nicht künstlich, nicht nur auf dem Papier sein; — nicht durch Zeitungen kann eine solche Vereinigung der lokalen Arbeit zu einer gesamtrussischen Sache bewerkstelligt werden!" („Der Vorabend der Revolution", S. 54.)

Wir haben jene Stellen der wortreichen Tirade unterstrichen, die besonders deutlich zeigen, daß sowohl die Beurteilung unseres Planes durch

den Verfasser falsch ist als auch der hier der „Iskra" entgegengestellte Standpunkt überhaupt. Wenn nicht starke politische Organisationen an den einzelnen Orten herangebildet werden, dann wird auch die beste gesamtrussische Zeitung ohne Belang sein. — Vollkommen richtig. Aber das ist es ja gerade, daß es *kein anderes Mittel gibt*, starke politische Organisationen *heranzubilden*, als eine gesamtrussische Zeitung. Der Verfasser hat die wichtigste Erklärung der „Iskra" übersehen, die sie gemacht hat, *bevor* sie zur Darlegung ihres „Planes" *überging*: Notwendig ist die „Aufforderung, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die fähig ist, alle Kräfte zu vereinigen, die *sich nicht nur Leitung nennt*, sondern die Bewegung tatsächlich leitet, d. h. *stets bereit ist, jeden Protest und jeden Ausbruch zu unterstützen* und zur Vermehrung und Festigung der für den entscheidenden Kampf tauglichen Streitkräfte auszunutzen". Prinzipiell werden jetzt, nach dem Februar und März, alle damit einverstanden sein, fährt die „Iskra" fort, wir brauchen aber keine prinzipielle, sondern *eine praktische Entscheidung der Frage*; es ist notwendig, sofort einen bestimmten Plan der Organisation auszuarbeiten, damit alle sofort *von verschiedenen Seiten her* an ihren Aufbau schreiten können. Und nun will man uns von der praktischen Entscheidung wieder zurückzerren zu einer zwar prinzipiell richtigen, unbestreitbaren, großen, aber für die breiten Massen der Arbeitenden völlig ungenügenden und völlig unverständlichen These: „starke politische Organisationen heranbilden"! Nicht mehr darum handelt es sich, verehrter Herr Verfasser, sondern darum, *wie sie eben* zu bilden und heranzubilden sind!

Es ist nicht wahr, daß „wir hauptsächlich unter den gebildeten Arbeitern gearbeitet haben, während die Massen fast ausschließlich den wirtschaftlichen Kampf führten". In dieser Form verwandelt sich dieser Satz in die für die „Swoboda" charakteristische und grundfalsche Gegenüberstellung der gebildeten Arbeiter und der „Masse". Auch die gebildeten Arbeiter haben bei uns in den letzten Jahren „fast ausschließlich den wirtschaftlichen Kampf geführt". Das einerseits. Und anderseits werden es auch die Massen nie lernen, den politischen Kampf zu führen, solange wir nicht dazu beitragen, daß sowohl aus den Kreisen der gebildeten Arbeiter als auch aus den Kreisen der Intellektuellen für diesen Kampf Führer *herangebildet* werden; solche Führer können aber herangebildet werden *ausschließlich* durch eine systematische, ständige Bewertung *aller* Seiten

res politischen Lebens, *aller Versuche* zum Protest und Kampf, die von den verschiedenen Klassen und aus verschiedenen Anlässen unternommen werden. Darum ist es einfach lächerlich, wenn man von der „Heranbildung politischer Organisationen" spricht und gleichzeitig die „papierne Arbeit" einer politischen Zeitung der „lebendigen politischen Arbeit an den einzelnen Orten" *entgegenstellt*! Die „Iskra" hat ja ihren „Plan" einer Zeitung eben auf den „Plan" eingestellt, eine solche „Kampfbereitschaft" zu schaffen, damit sowohl die Arbeitslosenbewegung als auch die Bauernrebellionen, die Unzufriedenheit der Semstwoleute, die „Empörung der Bevölkerung über die Schandtaten der zaristischen Schergen" usw. unterstützt werden. Jeder, der die Bewegung kennt, weiß ja sehr gut, daß die übergroße Mehrheit der lokalen Organisationen hieran *nicht einmal denkt*, daß ferner viele der hier angedeuteten Perspektiven einer „lebendigen politischen Arbeit" *noch niemals* von irgendeiner Organisation verwirklicht worden sind, daß z. B. der Versuch, die Aufmerksamkeit auf das Anwachsen der Unzufriedenheit und des Protestes unter den Semstwointellektuellen zu lenken, sowohl bei Nadeshdin („Herrgott, ist dieses Organ vielleicht für die Semstwoleute da?", „Der Vorabend der Revolution", S. 129) als auch bei den Ökonomisten (Brief in Nr. 12 der „Iskra") und bei vielen Praktikern ein Gefühl ratloser Verwunderung hervorgerufen hat. Unter diesen Bedingungen kann man *nur* damit „beginnen", daß man die Leute veranlaßt, über all das *nachzudenken*, daß man sie veranlaßt, die kleinsten Äußerungen der Gärung und des aktiven Kampfes zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Die „lebendige politische Arbeit" kann man in unserer Zeit der Degradierung der sozialdemokratischen Aufgaben *ausschließlich* mit der lebendigen politischen Agitation *beginnen*, die ohne eine gesamtrussische, oft erscheinende und regelmäßig verbreitete Zeitung unmöglich ist.

Leute, die im „Plan" der „Iskra" einen Ausfluß des „Literatentums" erblicken, haben das eigentliche Wesen des Plans absolut nicht begriffen, weil sie das als Ziel ansahen, was für die Gegenwart als das passendste Mittel empfohlen wird. Diese Leute haben sich nicht die Mühe gegeben, über die beiden Vergleiche nachzudenken, durch die der vorgeschlagene Plan anschaulich illustriert wurde. Die Gründung einer gesamtrussischen politischen Zeitung, hieß es in der „Iskra", muß die *wichtigste Richtschnur* sein, an Hand deren wir die Organisation (d. h. die revolutionäre Organi-

sation, die stets bereit ist, jeden Protest und jedes Aufflackern der Empörung zu unterstützen) unbeirrt entwickeln, vertiefen und erweitern könnten. Sagt doch bitte: Wenn Maurer an verschiedenen Stellen die Steine für einen ungeheuer großen, noch nie dagewesenen Bau legen — ist es dann eine „papierne" Arbeit, wenn sie eine Schnur ziehen, die die richtige Stelle für das Legen der Steine anzeigt, die auf das Endziel der gemeinsamen Arbeit hinweist, die die Möglichkeit gibt, nicht nur jeden Stein, sondern auch jedes Stück Stein zu verwerten, das, sich dem vorhergehenden und dem folgenden einfügend, die letzte Lücke in der vollendeten und allumfassenden Linie schließt? Und erleben wir denn nicht in unserem Parteileben gerade einen Augenblick, wo wir sowohl über Steine als auch Maurer verfügen, aber nur die allen sichtbare Schnur fehlt, an die sich alle halten könnten? Mag man schreien, daß wir durch das Ziehen der Schnur kommandieren wollen: Wollten wir kommandieren, meine Herren, so würden wir anstatt „Iskra Nr. 1" — „Rabotschaja Gaseta Nr. 3" geschrieben haben, wie es einige Genossen vorgeschlagen hatten und wozu wir nach den oben geschilderten Ereignissen *das volle Recht gehabt hätten.* Aber wir haben das nicht getan: wir wollten uns die Hände frei halten zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Pseudosozialdemokraten; wir wollten, daß unsere Schnur, richtig gezogen, geachtet werde, weil sie richtig ist und nicht weil sie von einem offiziellen Organ gezogen worden ist.

„Die Frage der Vereinigung der lokalen Tätigkeit in zentralen Organen bewegt sich in einem fehlerhaften Kreis", belehrt uns L. Nadeshdin, „die Vereinigung erfordert eine Gleichartigkeit der Elemente, diese Gleichartigkeit aber kann nur durch etwas Vereinigendes geschaffen werden, dieses Vereinigende wiederum kann nur das Produkt starker lokaler Organisationen sein, die sich jetzt keineswegs durch einen gleichartigen Charakter auszeichnen." Eine ebenso achtbare und ebenso unwiderlegbare Wahrheit wie die, daß man starke politische Organisationen heranbilden muß. Eine Wahrheit, die ebenso fruchtlos ist wie jene. *Jede* Frage „bewegt sich in einem fehlerhaften Kreis", denn das ganze politische Leben ist eine endlose Kette aus einer endlosen Reihe von Gliedern. Die ganze Kunst des Politikers besteht eben darin, gerade jenes kleine Kettenglied herauszufinden und ganz fest zu packen, das ihm am wenigsten aus der Hand geschlagen werden kann, das im gegebenen Augenblick am wichtig-

sten ist, das dem Besitzer dieses Kettengliedes den Besitz der ganzen Kette am besten garantiert.* Hätten wir einen Trupp erfahrener Maurer, die so gut aufeinander eingearbeitet sind, daß sie auch ohne Schnur die Steine gerade dort hinlegen könnten, wo es notwendig ist (das ist, abstrakt gesprochen, durchaus nicht unmöglich), dann könnten wir vielleicht auch nach einem anderen Kettenglied greifen. Aber das ist ja eben das Malheur, daß wir noch keine erfahrenen und gut aufeinander eingearbeiteten Maurer haben, daß die Steine oft ganz nutzlos gelegt werden, daß sie nicht nach einer gemeinsamen Schnur gelegt werden, sondern so verstreut, daß der Feind sie einfach fortbläst, als wären es nicht Steine, sondern Sandkörner.

Ein anderer Vergleich: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. Was das letztere betrifft, kann *sie mit einem Gerüst verglichen werden*, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten gemeinsamen Resultate zu überblicken."** Nicht wahr, wie ähnlich sieht das der Übertreibung der eigenen Rolle seitens eines Literaten, eines Mannes der Studierstube? Für die Wohnung selbst ist doch kein Baugerüst erforderlich, das Baugerüst wird aus minderwertigerem Material gemacht, es wird nur für kurze Zeit errichtet und verheizt, sobald wenigstens der Rohbau fertig ist. Was den Aufbau von revolutionären Organisationen betrifft, so zeigt die Erfahrung, daß sie manchmal auch ohne Baugerüst aufgebaut werden können — man denke an die siebziger Jahre. Aber jetzt kann man sich bei uns gar nicht vorstel-

---

* Genosse Kritschewski und Genosse Martynow! Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf diese empörende Äußerung von „Autokratie", von „unkontrollierbarem Autoritätsanspruch", von „oberster Regulierung" u. a. Man höre nur: Er will die ganze Kette *besitzen!!* Verfassen Sie rasch eine Beschwerde. Da haben Sie ein fertiges Thema für zwei Leitartikel in Nr. 12 des „Rabotscheje Delo"!

** Martynow, der im „Rabotscheje Delo" den ersten Satz dieses Zitats angeführt hat (Nr. 10, S. 62), hat gerade den zweiten Satz weggelassen, als wollte er damit betonen, daß er auf den Kern der Frage nicht eingehen will oder daß er unfähig ist, diesen Kern zu verstehen.

len, daß es möglich sein soll, den für uns notwendigen Bau ohne Baugerüst zu errichten.

Nadeshdin ist damit nicht einverstanden und sagt: „Die ‚Iskra' glaubt, daß sich die Leute um die Zeitung und bei der Arbeit für sie sammeln und organisieren. *Es liegt ihnen aber viel näher*, sich um eine *konkretere* Sache zu sammeln und zu organisieren!" So, so: „... viel näher um eine konkretere Sache ..." Ein russisches Sprichwort sagt: Spuck nicht in den Brunnen — vielleicht wirst du selbst aus ihm trinken müssen. Aber es gibt Leute, denen es nichts ausmacht, aus einem Brunnen zu trinken, in den schon hineingespuckt worden ist. Zu welchen Abscheulichkeiten haben sich unsere herrlichen legalen „Kritiker des Marxismus" und die illegalen Verehrer der „Rabotschaja Mysl" im Namen dieser größeren Konkretheit nicht schon verstiegen! Wie ist doch unsere gesamte Bewegung behindert durch unsere Enge, unseren Mangel an Initiative und unsere Schüchternheit, die mit den traditionellen Argumenten gerechtfertigt werden: „Viel näher um eine konkretere Sache!" Und Nadeshdin, der ein besonders feines Ohr fürs „Leben" zu haben glaubt, der die Männer der „Studierstube" besonders streng verurteilt, der (mit dem Anspruch, geistreich zu sein) der „Iskra" die Schwäche vorwirft, überall Ökonomismus zu sehen, der sich einbildet, turmhoch über dieser Teilung in Orthodoxe und Kritiker zu stehen, merkt nicht, daß er mit seinen Argumenten gerade die Enge, die ihn empört, fördert, daß er aus dem Brunnen trinkt, in den am meisten hineingespuckt worden ist! Ja, die aufrichtigste Empörung über Enge, der glühendste Wunsch, die Leute, die ihr huldigen, eines Besseren zu belehren, genügt noch nicht, wenn der Empörte sich ohne Steuer und ohne Segel treiben läßt und ebenso „spontan" zum „exzitierenden Terror", zum „Agrarterror", zum „Sturmläuten" usw. Zuflucht nimmt, wie es die Revolutionäre der siebziger Jahre taten. Man betrachte diese „konkretere Sache", um die sich zu sammeln und zu organisieren — wie er glaubt — „viel näher" liege; das sind: 1. die lokalen Zeitungen; 2. die Vorbereitungen zu Demonstrationen; 3. die Arbeit unter den Arbeitslosen. Auf den ersten Blick erkennt man, daß alle diese Dinge ganz zufällig, aufs Geratewohl herausgegriffen sind, nur um irgend etwas zu sagen, denn, wie wir sie auch betrachten mögen, es wäre absolut unsinnig, in ihnen irgend etwas besonders Geeignetes zu finden, um das man sich „sammeln und organisieren" könnte. Sagt doch derselbe Nadeshdin ein

paar Seiten weiter: „Es wäre an der Zeit, einfach die Tatsache zu konstatieren: In den lokalen Organisationen wird eine ganz erbärmliche Arbeit geleistet, die Komitees tun auch nicht den zehnten Teil von dem, was sie tun könnten . . ., die vereinigenden Zentren, die wir jetzt haben, sind eine Fiktion, sind revolutionärer Kanzleibürokratismus, gegenseitige Ernennung zu Generalen, und so wird es sein, bis starke lokale Organisationen herangewachsen sind." Diese Worte enthalten zweifellos neben Übertreibungen auch viel bittere Wahrheit, und sieht denn Nadeshdin wirklich nicht den Zusammenhang zwischen der erbärmlichen Arbeit in den lokalen Organisationen und dem engen Gesichtskreis der Funktionäre, dem beschränkten Umfang ihrer Tätigkeit, die bei der mangelnden Schulung der sich in den lokalen Organisationen abkapselnden Funktionäre nicht zu vermeiden sind? Hat er ebenso wie der Verfasser des in der „Swoboda" erschienenen Artikels über die Organisation vergessen, wie der Übergang zu einer breiten lokalen Presse (seit 1898) von einem besonderen Erstarken des Ökonomismus und der „Handwerklerei" begleitet war? Ja selbst wenn eine halbwegs befriedigende Organisation einer „breiten lokalen Presse" möglich wäre (wir haben aber oben gezeigt, daß sie, mit Ausnahme ganz besonderer Fälle, unmöglich ist), so könnten auch dann die lokalen Organe nicht *alle* Kräfte der Revolutionäre zum *gemeinsamen* Ansturm gegen die Selbstherrschaft, zur Leitung des *einheitlichen* Kampfes „sammeln und organisieren". Man vergesse nicht, daß es sich hier *nur* um die „sammelnde", um die organisierende Bedeutung der Zeitung handelt, und da könnten wir Nadeshdin, der die Zersplitterung verteidigt, die von ihm selbst gestellte ironische Frage vorlegen: „Haben wir gar von irgendwoher 200 000 revolutionäre organisatorische Kräfte geerbt?" Weiter. Die „Vorbereitungen zu Demonstrationen" können dem Plan der „Iskra" schon deshalb nicht *entgegengestellt* werden, weil dieser Plan gerade die größten Demonstrationen *als eines seiner Ziele* vorsieht; es handelt sich aber um die Wahl des praktischen *Mittels*. Nadeshdin hat sich hier wieder verheddert und außer acht gelassen, daß Demonstrationen (die bisher in den meisten Fällen ganz spontan vor sich gingen) nur von einer bereits „gesammelten und organisierten" Armee „vorbereitet" werden können, daß wir es aber gerade *nicht verstehen*, zu sammeln und zu organisieren. Die „Arbeit unter den Arbeitslosen". Wieder die gleiche Konfusion, denn auch das ist eine der Kampfhandlungen der mobilisierten Truppen und

nicht ein Plan zur Mobilisierung von Truppen. In welchem Maße Nadeshdin auch hier das Verderbliche unserer Zersplitterung und den Umstand unterschätzt, daß wir die „200000 Kräfte" nicht haben, geht aus folgendem hervor. Der „Iskra" ist von vielen (darunter auch von Nadeshdin) der Vorwurf gemacht worden, sie bringe zuwenig Meldungen über die Arbeitslosigkeit und nur zufällige Zuschriften über die alltäglichen Vorkommnisse im Leben des Dorfes. Der Vorwurf ist berechtigt, aber die „Iskra" ist hier „ohne Schuld schuldig". Wir sind bemüht, auch durch das Dorf unsere „Schnur zu ziehen", aber wir haben dort fast gar keine Maurer, und wir *müssen jeden* ermuntern, der auch nur eine alltägliche Tatsache mitteilt, in der Hoffnung, daß dies die Zahl der Mitarbeiter auf diesem Gebiet vermehren und *uns alle lehren wird*, schließlich die wirklich hervorstechenden Tatsachen herauszufinden. Doch es gibt so wenig Material, an dem man lernen könnte, daß ohne seine Verallgemeinerung für ganz Rußland überhaupt nichts zum Lernen da wäre. Zweifellos könnte ein Mensch, der auch nur annähernd so viel agitatorische Fähigkeit besitzt und das Leben des Paupers auch nur annähernd so gut kennt, wie es bei Nadeshdin der Fall ist, durch Agitation unter den Arbeitslosen der Bewegung unschätzbare Dienste leisten — aber ein solcher Mensch würde sein Licht unter den Scheffel stellen, wenn er nicht dafür Sorge tragen wollte, daß *alle* russischen Genossen von jedem Schritt seiner Arbeit in Kenntnis gesetzt werden, um eine Lehre und ein Beispiel für solche Leute zu geben, die zum größten Teil diese neue Arbeit noch nicht anzupacken verstehen.

Von der Wichtigkeit der Vereinigung, von der Notwendigkeit, „zu sammeln und zu organisieren", sprechen jetzt ausnahmslos alle, aber in den meisten Fällen fehlt eine bestimmte Vorstellung davon, womit man beginnen und wie diese Vereinigung durchgeführt werden soll. Alle werden sicherlich damit einverstanden sein, daß für die „Vereinigung" der einzelnen Zirkel, sagen wir der Bezirke einer Stadt, *gemeinsame Einrichtungen* notwendig sind, d. h. nicht nur die einheitliche Bezeichnung „Verband", sondern tatsächlich eine *gemeinsame* Arbeit, ein Austausch von Material, Erfahrungen und Kräften, eine Verteilung der Funktionen schon nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach den Spezialgebieten der Arbeit in der ganzen Stadt. Jeder wird zugeben, daß ein solider konspirativer Apparat sich bei den „Mitteln" (sowohl materiellen wie personellen

natürlich) eines Bezirks nicht rentiert (wenn man den kommerziellen Ausdruck gebrauchen darf), daß in einem so engen Arbeitsbereich das Talent eines Fachmanns nicht zur Entfaltung kommen kann. Dasselbe trifft aber auch für die Vereinigung verschiedener Städte zu, denn auch ein solcher Arbeitsbereich wie ein einzelnes Gebiet *erweist sich* und erwies sich schon in der Geschichte unserer sozialdemokratischen Bewegung als viel zu eng; wir haben das oben an einem Beispiel sowohl der politischen Agitation als auch der Organisationsarbeit eingehend nachgewiesen. Man muß, muß unbedingt und muß vor allem diesen Bereich erweitern, muß eine *tatsächliche* Verbindung zwischen den Städten durch *regelmäßige gemeinsame* Arbeit herstellen, denn die Zersplitterung entmutigt die Menschen, die (nach dem Ausdruck des Verfassers eines Briefes an die „Iskra") „wie in einer Grube sitzen", ohne zu wissen, was in der weiten Welt vorgeht, von wem sie etwas lernen, wie sie Erfahrungen erwerben können, in welcher Weise der Wunsch nach einer umfassenden Tätigkeit zu befriedigen ist. Und ich bestehe nach wie vor darauf, daß man mit der Herstellung dieser *tatsächlichen* Verbindung nur *beginnen* kann auf der Grundlage einer gemeinsamen Zeitung, als des einzigen regelmäßigen gesamtrussischen Unternehmens, das die Ergebnisse der verschiedensten Arten der Tätigkeit summiert und dadurch die Leute *anspornt*, unermüdlich auf *all* den zahlreichen Wegen vorwärtszuschreiten, die zur Revolution führen, so, wie alle Wege nach Rom führen. Wollen wir nicht nur in Worten eine Vereinigung erreichen, so ist es notwendig, daß jeder lokale Zirkel *sofort*, sagen wir, ein Viertel seiner Kräfte der *aktiven* Arbeit für die *gemeinsame* Sache *zur Verfügung stellt*, und die Zeitung wird ihm* sofort den allgemeinen Abriß, den Umfang und den Charakter dieser Sache anzeigen, sie wird ihm zeigen, welche Lücken es sind, die sich in der ganzen gesamtrussischen Tätigkeit am stärksten fühlbar machen, wo die Agitation fehlt, wo die Verbindungen schwach sind, welche Rädchen des

* *Ein Vorbehalt*: Falls er mit der Richtung dieser Zeitung sympathisiert und es als nützlich für die Sache betrachtet, ihr Mitarbeiter zu werden, wobei darunter nicht nur literarische, sondern überhaupt jede revolutionäre Mitarbeit zu verstehen ist. *Anmerkung für das „Rabotscheje Delo"*: Unter Revolutionären, die auf die Sache Wert legen und nicht auf Spielerei mit dem Demokratismus, die „Sympathisieren" nicht von der aktivsten und regsten Teilnahme trennen, versteht sich dieser Vorbehalt von selbst.

gewaltigen Gesamtmechanismus der betreffende Zirkel reparieren oder durch bessere ersetzen könnte. Ein Zirkel, der noch nicht gearbeitet hat, sondern erst Arbeit sucht, könnte sie beginnen schon nicht mehr als Handwerker in einer einzelnen kleinen Werkstatt, der weder die vorangegangene Entwicklung der „Industrie" noch den allgemeinen Stand der gegebenen industriellen Produktionsmethoden kennt, sondern als Teilnehmer an einem großen Unternehmen, das den ganzen allgemein-revolutionären Ansturm gegen die Selbstherrschaft *widerspiegelt*. Und je vollkommener jedes einzelne Rädchen gearbeitet, je größer die Zahl der Teilarbeiter wäre, die an der gemeinsamen Sache mitarbeiten, um so dichter würde unser Netz sein, und eine um so geringere Verwirrung würden die unvermeidlichen Verhaftungen in den gemeinsamen Reihen hervorrufen.

Eine *tatsächliche* Verbindung würde schon allein durch die Verbreitung der Zeitung aufgenommen werden (falls diese den Namen Zeitung verdiente, d. h. regelmäßig, und nicht nur einmal im Monat, wie die literarisch-publizistischen Zeitschriften, sondern viermal monatlich erschiene). Jetzt sind Verbindungen zwischen den Städten zu revolutionären Zwecken größte Seltenheit und jedenfalls eine Ausnahme; dann aber würden diese Verbindungen zur Regel werden, sie würden natürlich nicht nur die Verbreitung der Zeitung, sondern auch (was viel wichtiger ist) den Austausch der Erfahrungen, des Materials, der Kräfte und Mittel sichern. Der Umfang der organisatorischen Arbeit würde sofort um ein vielfaches wachsen, und der Erfolg an einem Ort würde ständig zur weiteren Vervollkommnung anregen, er würde den Wunsch wecken, die Erfahrungen zu verwerten, die schon ein in einem anderen Teil des Landes arbeitender Genosse gemacht hat. Die örtliche Arbeit würde bedeutend reicher und vielseitiger sein als jetzt: Die in ganz Rußland gesammelten politischen und ökonomischen Enthüllungen würden den Arbeitern aller Berufe und *aller Stufen der Entwicklung* geistige Nahrung bieten, sie würden Material und Anlaß geben zu Aussprachen und zum Nachlesen über die verschiedensten Fragen, die sowohl durch Andeutungen der legalen Presse als auch durch Gespräche in der Gesellschaft und „verschämte" Regierungsmitteilungen aufgeworfen werden. Jedes Aufflammen der Empörung, jede Demonstration würde an allen Enden Rußlands von allen Seiten besprochen und erörtert werden und so den Wunsch hervorrufen, nicht hinter den anderen zurückzubleiben, es besser als die anderen zu machen (wir

Sozialisten lehnen durchaus nicht jeden Wettbewerb, nicht jede „Konkurrenz" überhaupt ab!), bewußt das vorzubereiten, was das erstemal irgendwie spontan zustande gekommen ist, die günstigen Verhältnisse an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Moment auszunutzen, um den Angriffsplan zu modifizieren usw. Zugleich würde diese Belebung der örtlichen Arbeit nicht zu der verzweifelten „letzten" Anstrengung *aller* Kräfte und zum Einsatz *aller* Leute führen, wie es jetzt häufig bei jeder Demonstration oder bei der Herausgabe jeder Nummer einer lokalen Zeitung der Fall ist: einerseits würde es der Polizei viel schwerer fallen, bis an die „Wurzeln" zu kommen, da sie ja nicht weiß, an welchem Ort sie sie zu suchen hat; anderseits würde die regelmäßige gemeinsame Arbeit die Leute daran gewöhnen, die Stärke eines *gegebenen* Angriffs dem gegebenen Zustand der Kräfte eines bestimmten Truppenteils der Gesamtarmee anzupassen (jetzt denkt fast niemand an eine solche Anpassung, denn in neun von zehn Fällen erfolgen solche Angriffe spontan), und den „Transport" nicht nur von Literatur, sondern auch von revolutionären Kräften aus einem andern Ort erleichtern.

Jetzt ist es so, daß sich in den meisten Fällen diese Kräfte in der begrenzten örtlichen Arbeit verausgaben, dann aber wäre die Möglichkeit gegeben und wäre immer Anlaß vorhanden, einen halbwegs fähigen Agitator oder Organisator von einem Teil des Landes in den anderen zu schicken. Die Genossen würden mit kleinen Reisen im Parteiauftrag auf Parteikosten beginnen und sich dann daran gewöhnen, gänzlich von der Partei erhalten zu werden, würden Berufsrevolutionäre werden und sich zu wirklichen politischen Führern heranbilden.

Und gelänge es uns, tatsächlich zu erreichen, daß alle oder eine beträchtliche Mehrheit der örtlichen Komitees, der lokalen Gruppen und Zirkel die gemeinsame Sache aktiv in Angriff nehmen, dann könnten wir in der nächsten Zukunft ein Wochenblatt herausgeben, das regelmäßig in Zehntausenden Exemplaren über ganz Rußland verbreitet wird. Diese Zeitung würde zu einem Teil des gewaltigen Blasebalgs werden, der jeden Funken des Klassenkampfes und der Volksempörung zu einem allgemeinen Brand anfacht. Um diese an und für sich noch sehr harmlose und noch sehr kleine, aber regelmäßige und im vollen Sinne des Wortes *gemeinsame* Sache könnte man eine ständige Armee von erprobten Kämpfern systematisch sammeln und schulen. Auf dem Gerüst dieses gemeinsamen

ganisatorischen Baus würden aus den Reihen unserer Revolutionäre bald sozialdemokratische Sheljabows, aus den Reihen unserer Arbeiter russische Bebels emporsteigen und hervortreten, die sich an die Spitze der mobilisierten Armee stellen und das ganze Volk zur Abrechnung mit der Schmach und dem Fluche Rußlands führen würden.

Das ist es, wovon wir träumen müssen!

*

„Träumen müssen!" Ich schrieb diese Worte nieder und erschrak. Ich stellte mir vor, ich sitze in der „Vereinigungskonferenz" und mir gegenüber sitzen die Redakteure und Mitarbeiter des „Rabotscheje Delo". Und nun steht Genosse Martynow auf und wendet sich drohend an mich: „Gestatten Sie, daß ich Sie frage: Hat eine autonome Redaktion überhaupt das Recht, ohne vorherige Befragung der Parteikomitees zu träumen?" Und nach ihm steht Genosse Kritschewski auf und fährt (den Genossen Martynow philosophisch vertiefend, der schon vor langem den Genossen Plechanow vertieft hat) noch drohender fort: „Ich gehe weiter. Ich frage, ob ein Marxist überhaupt das Recht hat zu träumen, wenn er nicht vergißt, daß sich die Menschheit nach Marx immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann, und daß die Taktik ein Prozeß des Wachsens der Aufgaben ist, die zusammen mit der Partei wachsen?"

Bei dem bloßen Gedanken an diese drohenden Fragen überläuft es mich eiskalt, und ich überlege nur, wo ich mich verstecken könnte. Ich will versuchen, mich hinter Pissarew zu verstecken.

„Ein Zwiespalt gleicht dem anderen nicht", schrieb Pissarew über den Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit. „Meine Träume können dem natürlichen Gang der Ereignisse vorauseilen, oder sie können auch ganz auf Abwege geraten, auf Wege, die der natürliche Gang der Ereignisse nie beschreiten kann. Im ersten Fall ist das Träumen ganz unschädlich; es kann sogar die Tatkraft des arbeitenden Menschen fördern und stärken... Solche Träume haben nichts an sich, was die Schaffenskraft beeinträchtigt oder lähmt. Sogar ganz im Gegenteil. Wäre der Mensch aller Fähigkeit bar, in dieser Weise zu träumen, könnte er nicht dann und wann vorauseilen, um in seiner Phantasie als einheitliches und vollendetes Bild das Werk zu erblicken, das eben erst unter seinen Händen zu entstehen beginnt, dann kann ich mir absolut nicht vorstellen, welcher Beweggrund

den Menschen zwingen würde, große und anstrengende Arbeiten auf dem Gebiet der Kunst, der Wissenschaft und des praktischen Lebens in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen... Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit seinen Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeitet. Gibt es nur irgendeinen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung."[129]

Träume solcher Art gibt es leider in unserer Bewegung allzuwenig. Und schuld daran sind hauptsächlich diejenigen, die sich damit brüsten, wie nüchtern sie seien und wie „nahe" sie dem „Konkreten" stünden, nämlich die Vertreter der legalen Kritik und der nichtlegalen „Nachtrabpolitik".

c) *Welchen Organisationstypus brauchen wir?*

Aus dem Vorhergehenden kann der Leser ersehen, daß unsere „Taktik als Plan" in der Ablehnung des sofortigen *Aufrufs* zum Sturmangriff besteht, in der Forderung, eine „regelrechte Belagerung der feindlichen Festung" zu organisieren, oder, mit andern Worten, in der Forderung, alle Anstrengungen darauf zu richten, daß eine reguläre Armee gesammelt, organisiert und *mobilisiert* werde. Als wir uns über das „Rabotscheje Delo" wegen seines Sprunges vom Ökonomismus zum Geschrei über einen Sturmangriff lustig gemacht haben (dieses Geschrei ertönte im *April* 1901 in Nr. 6 des „Listok ‚Rabotschewo Dela'"), da ist es natürlich über uns hergefallen und hat uns des „Doktrinarismus" geziehen, hat uns vorgeworfen, wir verstünden unsere revolutionäre Pflicht nicht, wir forderten zur Vorsicht auf u. ä. m. Uns haben diese Vorwürfe aus dem Munde von Leuten, die keinerlei Grundsätze haben und die Sache mit der tiefgründigen „Taktik als Prozeß" abtun, keineswegs gewundert, ebenso wie wir uns nicht gewundert haben, daß diese Beschuldigungen von Nadeshdin wiederholt wurden, der überhaupt für alle festen Grundsätze im Programm und in der Taktik nur hoheitsvolle Verachtung übrig hat.

Man sagt, daß die Geschichte sich nicht wiederholt. Aber Nadeshdin ist aus allen Kräften bemüht, sie zu wiederholen, er kopiert eifrig Tkatschow,

wettert gegen die „revolutionäre Kulturarbeit" und schreit vom „Sturmläuten der großen Ratsglocke", von einem besonderen „Standpunkt am Vorabend der Revolution" usw. Er vergißt anscheinend den bekannten Ausspruch: War das Original eines historischen Ereignisses eine Tragödie, so ist seine Wiederholung nur eine Farce[180]. Vorbereitet durch die Propaganda Tkatschows und unternommen mit Hilfe des „einschüchternden" Terrors, der auch wirklich einschüchterte, war der Versuch, die Macht zu ergreifen, erhaben, der „exzitierende" Terror Tkatschows des Kleinen aber ist einfach lächerlich, und er ist besonders lächerlich, wenn man ihn durch die Idee der Organisation der Durchschnittsmenschen ergänzt.

„Hätte die ‚Iskra'", schreibt Nadeshdin, „die Sphäre ihres Literatentums verlassen, so würde sie gesehen haben, daß dies (solche Erscheinungen wie der Brief des Arbeiters an die ‚Iskra' Nr. 7 u. a.) Symptome dafür sind, daß der ‚Sturmangriff' sehr, sehr bald beginnt, und jetzt (sic!) von einer Organisation sprechen, die wie Fäden von einer gesamtrussischen Zeitung ausginge, hieße Studierstubenideen aushecken und die Studierstubenarbeit vermehren." Man betrachte nur dieses unglaubliche Durcheinander: einerseits der exzitierende Terror und die „Organisation der Durchschnittsmenschen", daneben die Ansicht, daß es „viel näher" liege, sich um eine „konkretere" Sache zu sammeln, z. B. um lokale Zeitungen, und anderseits: es hieße Studierstubenideen aushecken, wenn man „jetzt" von einer gesamtrussischen Organisation spricht, d. h. — direkter und einfacher gesagt — „jetzt" sei es schon zu spät! Und die „breite Organisation von lokalen Zeitungen" — ist es dafür nicht zu spät, verehrtester L. Nadeshdin? Man vergleiche damit den Standpunkt und die Taktik der „Iskra": Der exzitierende Terror ist Unsinn, von der Organisation gerade der Durchschnittsmenschen und einer *breiten* Organisation von lokalen Zeitungen sprechen heißt dem Ökonomismus Tür und Tor öffnen. Gesprochen werden muß von einer einheitlichen gesamtrussischen Organisation der Revolutionäre, und von ihr zu sprechen ist es so lange nicht zu spät, bis in Wirklichkeit und nicht auf dem Papier der Sturmangriff begonnen hat.

„Ja, was die Organisation betrifft, so sieht es damit bei uns ganz und gar nicht glänzend aus", fährt Nadeshdin fort. „Ja, die ‚Iskra' hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß die Hauptmasse unserer Streitkräfte aus Freiwilligen und Aufständischen besteht... Schön, daß ihr euch den Zustand unserer Kräfte

nüchtern vorstellt, aber warum dabei vergessen, *daß die Menge gar nicht uns gehört* und daß *sie uns* darum *nicht fragen wird*, wann sie die Kampfhandlungen eröffnen soll, sondern ‚zu rebellieren' beginnen wird... Wenn die Menge selber in ihrer spontanen zerstörenden Kraft auftritt, dann *kann* sie doch die ‚reguläre Armee' überrennen und beiseite drängen, der man all die Zeit eine überaus systematische Organisation verleihen wollte, aber nie damit *zustande kam.*" (Hervorgehoben von uns.)

Eine merkwürdige Logik! *Eben weil* „die Menge nicht uns gehört", ist es unvernünftig und unanständig, von sofortigem „Sturmangriff" zu schreien, denn der Sturmangriff ist der Angriff einer regulären Armee, nicht aber ein spontaner Ausbruch der Menge. Eben weil die Menge die reguläre Armee überrennen und beiseite drängen *kann*, müssen wir unbedingt mit dem spontanen Aufschwung Schritt halten und „zustande kommen" mit unserer Arbeit, der regulären Armee eine „überaus systematische Organisation zu verleihen", denn je eher wir damit „zustande kommen" und der regulären Armee diese Organisiertheit verleihen, um so wahrscheinlicher ist es, daß diese reguläre Armee von der Menge nicht überrannt wird, sondern in den vordersten Reihen und an der Spitze der Menge stehen wird. Nadeshdin vergaloppiert sich, weil er glaubt, daß diese systematisch zu organisierende Armee sich mit Dingen beschäftige, die sie von der Menge trennen, während sie sich in Wirklichkeit ausschließlich mit allseitiger und allumfassender politischer Agitation beschäftigt, d. h. gerade mit der Arbeit, die die spontane zerstörende Kraft der Menge und die bewußt zerstörende Kraft der Organisation der Revolutionäre *einander näherbringt und zu einem Ganzen verschmilzt*. Sie aber, meine Herren, wälzen Ihre Schuld auf die anderen ab, denn gerade die Gruppe „Swoboda", die in ihr *Programm* den Terror aufnimmt, ruft damit zur Organisation der Terroristen auf, eine solche Organisation aber würde unsere Armee tatsächlich von einer Annäherung an die Menge abbringen, die leider noch nicht uns gehört, die uns leider noch nicht oder nur selten fragt, wann und wie sie ihre Kampfhandlungen eröffnen soll.

„Wir werden sogar die Revolution verpassen", fährt Nadeshdin fort, die „Iskra" zu schrecken, „so wie wir die jetzigen Ereignisse verpaßt haben, die uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel trafen." Dieser Satz im Zusammenhang mit dem oben angeführten zeigt uns sehr anschaulich das Unsinnige des von der „Swoboda" erfundenen besonderen „Standpunkts

am Vorabend der Revolution"*. Der besondere „Standpunkt" läuft, um es offen zu sagen, darauf hinaus, daß es „jetzt" bereits zu spät sei, Betrachtungen anzustellen und Vorbereitungen zu treffen. Wenn dem so ist, o verehrtester Feind des „Literatentums", warum war es dann notwendig, auf 132 Druckseiten „über Fragen der Theorie** und Taktik" zu schreiben? Glauben Sie nicht, daß es sich für den „Standpunkt am Vorabend der Revolution" mehr geziemt hätte, 132 000 Flugblätter mit dem kurzen Aufruf „Schlagt sie!" herauszugeben?

Derjenige riskiert am wenigsten, die Revolution zu verpassen, der eine das ganze Volk erfassende politische Agitation zum Eckpfeiler seines Programms, seiner *Taktik und Organisationsarbeit* macht, wie es die „Iskra" tut. Die Leute, die in ganz Rußland damit beschäftigt sind, Fäden der Organisation zu spinnen, die von einer gesamtrussischen Zeitung ausgehen, haben die Frühjahrsereignisse nicht nur nicht verpaßt, sondern haben uns, im Gegenteil, die Möglichkeit gegeben, sie vorauszusagen. Sie haben auch die Demonstrationen nicht verpaßt, die in den Nummern 13 und 14 der „Iskra" geschildert sind: im Gegenteil, sie haben an ihnen teilgenommen, da sie lebhaft die Pflicht empfanden, dem spontanen Aufschwung der Menge zu Hilfe zu kommen, wobei sie außerdem durch die Zeitung allen russischen Genossen halfen, sich über diese Demonstratio-

* „Der Vorabend der Revolution", S. 62.

** Übrigens hat L. Nadeshdin in seiner „Übersicht über die Fragen der Theorie" in bezug auf theoretische Fragen fast nichts gebracht, wenn man den folgenden, vom „Standpunkt am Vorabend der Revolution" sehr interessanten Passus ausnimmt: „Die Bernsteiniade als Ganzes verliert für uns in diesem Augenblick ihren aktuellen Charakter, ebenso wie es gleichgültig ist, ob Herr Adamowitsch nachweist, daß Herr Struve bereits den ehrenvollen Abschied verdient hat, oder ob, umgekehrt, Herr Struve Herrn Adamowitsch widerlegt und nicht demissionieren will — das ist alles vollkommen gleichgültig, denn die Stunde der Revolution schlägt" (S. 110). Es würde schwerfallen, die grenzenlose Sorglosigkeit L. Nadeshdins in Fragen der Theorie noch plastischer darzustellen. Wir haben „den Vorabend der Revolution" verkündet — *darum* „ist es vollkommen gleichgültig", ob es den Orthodoxen gelingt, die Kritiker endgültig aus ihren Positionen zu vertreiben!! Und unser Neunmalweiser merkt nicht, daß wir gerade während der Revolution die Resultate des theoretischen Kampfes gegen die Kritiker brauchen werden für den entscheidenden Kampf gegen ihre *praktischen* Positionen!

nen zu informieren und die aus ihnen gewonnene Erfahrung auszunutzen. Sie werden auch, wenn sie am Leben bleiben, die Revolution nicht verpassen, die von uns vor allem und zu allererst Erfahrung in der Agitation erfordert, die verlangt, daß wir es verstehen, jeden Protest zu unterstützen (auf sozialdemokratische Art zu unterstützen), es verstehen, die spontane Bewegung zu lenken und sie vor den Fehlern der Freunde und vor den Fallstricken der Feinde zu bewahren!

Wir sind somit bei dem letzten Argument angelangt, das uns veranlaßt, besonders auf dem Plan einer Organisation zu bestehen, die sich um eine gesamtrussische Zeitung gruppiert, die durch die gemeinsame Arbeit für diese Zeitung geschaffen wird. Nur eine solche Organisation wird die für eine sozialdemokratische Kampforganisation notwendige *Elastizität* gewährleisten, d. h. die Fähigkeit, sich den verschiedenen und rasch wechselnden Bedingungen des Kampfes sofort anzupassen, die Fähigkeit, „einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind auszuweichen, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, und anderseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird"*. Es wäre der größte Fehler, wollte man die Parteiorganisation so aufbauen, daß man dabei nur auf einen Ausbruch und einen Straßenkampf oder nur auf die „Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes" rechnet. Wir müssen unsere tägliche Arbeit *ständig* leisten und immer zu allem bereit sein, denn sehr oft ist es fast unmöglich, vorauszu-

* „Iskra" Nr. 4, „Womit beginnen?" „Die revolutionären Kulturarbeiter, die nicht auf dem Standpunkt des Vorabends der Revolution stehen, lassen sich durch die lange Dauer der Arbeit durchaus nicht beirren", schreibt Nadeshdin (S. 62). Hierzu wollen wir bemerken: Wenn wir es nicht verstehen, eine solche politische Taktik, einen solchen Organisationsplan auszuarbeiten, die unbedingt auf eine *sehr lange Arbeit* berechnet sind und gleichzeitig *durch den Prozeß dieser Arbeit selber* die Gewähr geben, daß unsere Partei bereit ist, auf ihrem Posten zu sein und bei jedem unerwarteten Zwischenfall, bei jeder Beschleunigung des Ganges der Ereignisse ihre Pflicht zu tun — so werden wir uns einfach als armselige politische Abenteurer erweisen. Nur ein Nadeshdin, der sich seit gestern Sozialdemokrat nennt, kann vergessen, daß das Ziel der Sozialdemokratie die radikale Umgestaltung der Lebensbedingungen der ganzen Menschheit ist, daß sich die Sozialdemokraten darum durch die Frage der Dauer ihrer Arbeit nicht „beirren" lassen dürfen.

sehen, wann Perioden der Stille durch Perioden des Sturms abgelöst werden. In den Fällen aber, wo das möglich ist, könnte man sich diese Voraussicht nicht nutzbar machen, um die Organisation umzubauen, denn der Wechsel von Stille und Sturm erfolgt in einem autokratischen Lande ungeheuer rasch, da er zuweilen mit einem einzigen nächtlichen Überfall der zaristischen Janitscharen[131] zusammenhängt. Auch die eigentliche Revolution darf man sich keineswegs in der Form eines einmaligen Aktes vorstellen (wie es offenbar Leuten mit den Auffassungen Nadeshdins vorschwebt), sondern in der Form eines rasch aufeinanderfolgenden Wechsels von mehr oder weniger starken Ausbrüchen und mehr oder weniger vollständiger Stille. Darum muß der Hauptinhalt der Tätigkeit unserer Parteiorganisation, der Brennpunkt dieser Tätigkeit, die Arbeit sein, die sowohl in der Periode des stärksten Ausbruchs als auch in der Periode der vollständigen Stille möglich und notwendig ist, und zwar: die politische Agitationsarbeit, die in ganz Rußland einheitlich zusammengefaßt sein muß, die alle Seiten des Lebens beleuchtet und in die breitesten Massen getragen wird. Diese Arbeit aber ist im heutigen Rußland ohne eine gesamtrussische, sehr oft erscheinende Zeitung *undenkbar*. Die Organisation, die sich von selbst um diese Zeitung bildet, die Organisation ihrer *Mitarbeiter* (im weiten Sinne des Wortes, d. h. aller, die für sie arbeiten), wird eben *zu allem* bereit sein, angefangen damit, daß sie die Ehre, das Ansehen und die Kontinuität der Partei in der Zeit der größten revolutionären „Depression" rettet, bis zu dem Moment, da sie den *allgemeinen bewaffneten Volksaufstand* vorbereitet, ansetzt und durchführt.

In der Tat, man stelle sich den bei uns sehr üblichen Fall vor, daß an einem oder an mehreren Orten die Organisation restlos auffliegt. Wenn es nicht *eine* regelmäßige gemeinsame Arbeit gibt, die *alle* örtlichen Organisationen verbindet, so wird in einem solchen Fall die Arbeit oft für viele Monate unterbrochen. Ist aber eine gemeinsame Sache da, so genügt, selbst wenn noch soviel aufgeflogen ist, die Arbeit von zwei, drei energischen Menschen, um innerhalb von wenigen Wochen neue Zirkel von Jugendlichen, die bekanntlich sogar jetzt sehr rasch entstehen, mit dem gemeinsamen Zentrum zu verbinden; wenn aber diese gemeinsame Sache, die unter den Verhaftungen zu leiden hat, allen sichtbar ist, so können noch rascher neue Zirkel entstehen und die Verbindung mit dem Zentrum aufnehmen.

Man stelle sich anderseits einen Volksaufstand vor. In der heutigen Zeit werden wohl alle zugeben, daß wir an ihn denken und uns auf ihn vorbereiten müssen. Aber *wie* vorbereiten? Das Zentralkomitee kann doch nicht an allen Orten Agenten zur Vorbereitung des Aufstands ernennen! Selbst wenn wir ein Zentralkomitee hätten, so würde es unter den gegenwärtigen russischen Verhältnissen durch solche Ernennungen absolut nichts errreichen. Das Netz von Agenten* hingegen, das sich bei der Arbeit für die Schaffung und Verbreitung der gemeinsamen Zeitung von selbst bildet, brauchte nicht „zu sitzen und zu warten", bis die Losung zum Aufstand ausgegeben wird, sondern es würde gerade eine solche regelmäßige Arbeit leisten, die ihm im Moment des Aufstands mit größter Wahrscheinlichkeit den Erfolg sichert. Gerade eine solche Arbeit würde unbedingt die Verbindung mit den breitesten Massen der Arbeiter und mit allen Schichten, die mit der Selbstherrschaft unzufrieden sind, festigen, was für den Aufstand von so großer Wichtigkeit ist. Gerade in einer solchen Arbeit würde sich die Fähigkeit herausbilden, die allgemeine politische Lage richtig einzuschätzen, und folglich auch die Fähigkeit, den für den Aufstand passenden Moment zu wählen. Gerade eine solche Arbeit würde *alle* lokalen Organisationen daran gewöhnen, gleichzeitig auf dieselben, ganz Rußland bewegenden politischen Fragen, Vorkommnisse und Vorfälle zu reagieren, auf diese „Vorfälle" möglichst energisch, möglichst einheitlich und zweckmäßig zu antworten — denn der Aufstand ist doch im Grunde genommen die energischste, die einheitlichste und zweck-

* O weh! Wieder ist dieses furchtbare Wort „Agent", das das demokratische Ohr der Martynows so sehr verletzt, meinen Lippen entschlüpft! Es ist doch sonderbar: Warum hat dieses Wort die Koryphäen der siebziger Jahre nicht verletzt, verletzt aber die Handwerkler der neunziger Jahre? Mir gefällt dieses Wort, denn es betont klar und deutlich die *gemeinsame Sache*, der alle Agenten ihre Vorhaben und Handlungen unterordnen, und müßte man dieses Wort durch ein anderes ersetzen, so könnte ich höchstens das Wort „Mitarbeiter" wählen, wenn es nicht ein wenig nach Literatentum röche und etwas verschwommen wäre. Wir aber brauchen eine militärische Organisation von Agenten. Übrigens, die (besonders im Ausland) zahlreichen Martynow, die es lieben, sich mit der „gegenseitigen Ernennung zu Generalen" zu beschäftigen, könnten ja anstatt „Agent für Paßangelegenheiten" sagen: „Oberkommandierender der besonderen Abteilung für die Versorgung der Revolutionäre mit Pässen" u. dgl.

mäßigste „Antwort" des gesamten Volkes an die Regierung. Gerade eine solche Arbeit würde endlich alle revolutionären Organisationen an allen Ecken und Enden Rußlands dazu anhalten, ständige und gleichzeitig streng konspirative Verbindungen zu unterhalten, die die *faktische* Einheit der Partei schaffen — ohne diese Verbindungen aber ist es unmöglich, den Plan des Aufstands kollektiv zu beraten und am Vorabend des Aufstands die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, über die das strengste Geheimnis gewahrt werden muß.

Mit einem Wort, der „Plan einer gesamtrussischen politischen Zeitung" ist nicht nur keine Frucht der Studierstubenarbeit von Personen, die von Doktrinarismus und Literatentum angesteckt sind (wie es Leuten schien, die nicht richtig über ihn nachgedacht haben), sondern ist im Gegenteil der praktischste Plan, um von allen Seiten und unverzüglich mit der Vorbereitung des Aufstands zu beginnen, ohne dabei auch nur für einen Augenblick die dringende Tagesarbeit zu vergessen.

SCHLUSS

Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie zerfällt klar erkennbar in drei Perioden.

Die erste Periode umfaßt etwa zehn Jahre, ungefähr die Jahre 1884 bis 1894. Das war die Periode, in der die Theorie und das Programm der Sozialdemokratie entstanden und sich konsolidierten. Die Zahl der Anhänger der neuen Richtung in Rußland konnte an den Fingern abgezählt werden. Die Sozialdemokratie existierte ohne Arbeiterbewegung und machte als politische Partei den Prozeß ihrer embryonalen Entwicklung durch.

Die zweite Periode umfaßt drei bis vier Jahre, 1894 bis 1898. Die Sozialdemokratie tritt in Erscheinung als gesellschaftliche Bewegung, als Aufschwung der Volksmassen, als politische Partei. Das ist die Periode der Kindheit und des Knabenalters. Mit der Geschwindigkeit einer Epidemie verbreitet sich unter den Intellektuellen eine allgemeine Begeisterung für den Kampf gegen die Volkstümlerrichtung, ein allgemeiner Drang, zu den Arbeitern zu gehen, und unter den Arbeitern eine allgemeine Begeisterung für Streiks. Die Bewegung macht gewaltige Fortschritte. Die Mehrheit der Führer sind ganz junge Menschen, die das „fünfunddreißigste Lebensjahr" noch bei weitem nicht erreicht haben, das Herrn N. Michailowski als eine Art natürliches Grenzalter erschien. Infolge ihrer Jugend sind sie für die praktische Arbeit nicht genügend geschult und verschwinden darum sehr bald wieder von der Bildfläche. Aber der Wirkungsbereich ihrer Arbeit war meistens sehr groß. Viele von ihnen hatten als Narodowolzen revolutionär zu denken begonnen. Fast alle hatten in früher Jugend die Helden des Terrors begeistert verehrt. Die Befreiung von dem

faszinierenden Eindruck dieser heroischen Tradition kostete Kampf, war begleitet von dem Bruch mit Menschen, die um jeden Preis der Narodnaja Wolja treu bleiben wollten und die von den jungen Sozialdemokraten hoch geachtet wurden. Der Kampf zwang zum Studium, zum Lesen illegaler Werke aller Richtungen, zur eifrigen Beschäftigung mit den Fragen der legalen Volkstümlerrichtung. Die durch diesen Kampf geschulten Sozialdemokraten gingen in die Arbeiterbewegung, ohne die Theorie des Marxismus, die sie mit ihrem hellen Licht erleuchtete, oder die Aufgabe, die Selbstherrschaft zu stürzen, „auch nur für einen Augenblick" zu vergessen. Die Gründung der Partei im Frühjahr 1898 war die hervorragendste und gleichzeitig die *letzte* Tat der Sozialdemokraten dieser Periode.

Die dritte Periode wird, wie wir gesehen haben, im Jahre 1897 vorbereitet und löst im Jahre 1898 (1898 — ?) die zweite Periode endgültig ab. Das ist die Periode der Zerfahrenheit, des Zerfalls, der Schwankungen. Im Knabenalter erfolgt beim Menschen der Stimmbruch. Auch die Stimme der russischen Sozialdemokratie dieser Periode begann zu brechen, falsch zu tönen — einerseits in den Schriften der Herren Struve und Prokopowitsch, Bulgakow und Berdjajew, anderseits bei W. I-n und R. M., bei B. Kritschewski und Martynow. Aber nur die Führer zogen getrennt einher und gingen zurück: die Bewegung selbst wuchs weiter und machte gewaltige Fortschritte. Der proletarische Kampf erfaßte neue Schichten der Arbeiter und breitete sich über ganz Rußland aus, während er gleichzeitig indirekt auch auf die Belebung des demokratischen Geistes in der Studentenschaft und in anderen Bevölkerungsschichten einwirkte. Die Bewußtheit der Führer jedoch kapitulierte vor dem Ausmaß und der Kraft des spontanen Aufschwungs; unter den Sozialdemokraten war bereits eine andere Periode vorherrschend — die Periode der Funktionäre, die sich fast nur an der „legalen" marxistischen Literatur geschult hatten, diese aber genügte um so weniger, je mehr Bewußtheit die Spontaneität der Massen von ihnen erforderte. Die Führer waren, wie sich zeigte, nicht nur in theoretischer („Freiheit der Kritik") und praktischer („Handwerklerei") Beziehung zurückgeblieben, sondern sie suchten ihr Zurückbleiben mit allerhand bombastischen Argumenten zu verteidigen. Der Sozialdemokratismus wurde sowohl von den Brentano-Anhängern in der legalen wie von den Nachtrabpolitikern in der illegalen Literatur zum Trade-Unionismus degradiert. Das Programm des „Credo" begann verwirklicht zu

werden, besonders als die „Handwerklerei" der Sozialdemokraten eine Belebung der nichtsozialdemokratischen revolutionären Richtungen zur Folge hatte.

Und wenn der Leser nun den Vorwurf gegen mich erhebt, daß ich mich allzu eingehend mit einem „Rabotscheje Delo" befaßt habe, so antworte ich darauf: Das „Rabotscheje Delo" hat eine „historische" Bedeutung gewonnen, weil es den „Geist" dieser dritten Periode ganz besonders plastisch zum Ausdruck gebracht hat.* Nicht der konsequente R. M., sondern gerade die sich wie Wetterfahnen drehenden Kritschewski und Martynow konnten die Zerfahrenheit und die Schwankungen, die Bereitschaft zu Zugeständnissen sowohl an die „Kritik" und an den „Ökonomismus" wie auch an den Terrorismus so recht zum Ausdruck bringen. Nicht die hoheitsvolle Verachtung der Praxis von seiten irgendeines Verehrers des „Absoluten" ist für diese Periode charakteristisch, sondern gerade die Vereinigung von kleinlichem Praktizismus mit völliger theoretischer Unbekümmertheit. Nicht so sehr mit der direkten Ablehnung „großer Worte" als vielmehr mit ihrer Verflachung beschäftigten sich die Helden dieser Periode: der wissenschaftliche Sozialismus hörte auf, eine einheitliche revolutionäre Theorie zu sein, und wurde zu einem Mischmasch, der nach „freiem Ermessen" mit Banalitäten aus jedem neuen deutschen Lehrbuch verwässert wurde; die Losung „Klassenkampf" gab nicht den Anstoß zu einer immer breiter und immer energischer werdenden Tätigkeit, sondern diente als Beruhigungsmittel, da ja „der ökonomische Kampf untrennbar mit dem politischen verbunden ist"; die Idee der Partei diente nicht als Aufforderung zur Gründung einer Kampforganisation der Revolutionäre, sondern rechtfertigte einen „revolutionären Kanzleibürokratismus" und ein kindisches Spiel mit „demokratischen" Formen.

Wann die dritte Periode zu Ende ist und die vierte beginnt (die auf jeden Fall schon durch viele Anzeichen angekündigt wird), wissen wir

* Ich könnte auch mit dem deutschen Sprichwort antworten: „Den Sack schlägt man, den Esel meint man." [Das Sprichwort bei Lenin deutsch. *Der Übers.*] Nicht nur das „Rabotscheje Delo", sondern auch die *breite Masse* der Praktiker *und der Theoretiker* begeisterte sich für die zur Mode gewordene „Kritik", verhedderte sich in der Frage der Spontaneität, glitt von der sozialdemokratischen zur trade-unionistischen Auffassung unserer politischen und organisatorischen Aufgaben ab.

nicht. Aus dem Bereich der Geschichte gelangen wir hier in den Bereich der Gegenwart, zum Teil der Zukunft. Aber wir haben die feste Überzeugung, daß die vierte Periode zur Festigung des streitbaren Marxismus führen wird, daß die russische Sozialdemokratie aus der Krise gestärkt und gereift hervorgehen wird, daß die Nachhut der Opportunisten „abgelöst" werden wird von der wahren Vorhut der revolutionärsten Klasse.

Im Sinne einer Aufforderung zu dieser „Ablösung", und alles oben Gesagte zusammenfassend, können wir auf die Frage: Was tun? die kurze Antwort geben:

Die dritte Periode liquidieren.

Beilage[132]

VERSUCH EINER VEREINIGUNG DER „ISKRA" MIT DEM „RABOTSCHEJE DELO"

Es bleibt uns noch die Taktik zu schildern, für die sich die „Iskra" in ihren organisatorischen Beziehungen zum „Rabotscheje Delo" entschieden und die sie konsequent durchgeführt hat. Diese Taktik ist schon in Nr. 1 der „Iskra", in dem Artikel „Die Spaltung im Auslandsbund russischer Sozialdemokraten"* klar zum Ausdruck gekommen. Wir haben uns sofort auf den Standpunkt gestellt, daß der *wirkliche* „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten", der auf dem ersten Parteitag unserer Partei als ihr Auslandsvertreter anerkannt worden ist, sich in zwei Organisationen *gespalten hat*, daß die Frage der Vertretung der Partei offenbleibt, da sie nur eine provisorische und bedingte Lösung in der Form gefunden hatte, daß auf dem Pariser Internationalen Kongreß in das ständige Internationale Sozialistische Büro zwei Mitglieder für Rußland gewählt wurden, je eines für jeden Teil des gespaltenen „Auslandsbundes". Wir erklärten, daß das „Rabotscheje Delo" sachlich *im Unrecht ist*, wir stellten uns in prinzipieller Hinsicht entschieden auf die Seite der Gruppe „Befreiung der Arbeit", lehnten jedoch zugleich ab, auf die Einzelheiten der Spaltung einzugehen, und stellten die Verdienste des „Auslandsbundes" auf dem Gebiet der rein praktischen Arbeit fest.**

Unsere Stellung war somit bis zu einem gewissen Grade eine abwartende: wir machten ein Zugeständnis an die bei der Mehrheit der russischen Sozialdemokraten herrschende Meinung, daß auch die entschie-

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 377/378. *Die Red.*

** Diese Beurteilung der Spaltung beruhte nicht nur auf Kenntnis der Literatur, sondern auch auf dem Material, das einige Mitglieder unserer Organisation, die im Ausland gewesen waren, dort gesammelt hatten.

densten Feinde des Ökonomismus Hand in Hand mit dem „Auslandsbund" arbeiten könnten, denn der „Auslandsbund" hatte mehrfach seine prinzipielle Übereinstimmung mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" erklärt, ohne — so schien es — auf eine selbständige Physiognomie in den grundlegenden theoretischen und taktischen Fragen Anspruch zu erheben. Die Richtigkeit unserer Stellung wurde indirekt dadurch bestätigt, daß fast gleichzeitig mit dem Erscheinen der ersten Nummer der „Iskra" (Dezember 1900) drei Mitglieder des „Auslandsbundes" sich von ihm trennten; sie bildeten die sogenannte „Initiatorengruppe" und wandten sich: 1. an die Auslandssektion der „Iskra"-Organisation, 2. an die revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat" und 3. an den „Auslandsbund" mit dem Vorschlag, bei Verhandlungen über eine Aussöhnung zu vermitteln. Die beiden erstgenannten Organisationen stimmten sofort zu, *die dritte lehnte ab*. Als allerdings ein Redner in der „Vereinigungs"konferenz des vorigen Jahres über diese Dinge berichtete, erklärte ein Mitglied der Administration des „Auslandsbundes", ihre Ablehnung sei *ausschließlich* dadurch veranlaßt worden, daß der „Auslandsbund" mit der Zusammensetzung der Initiatorengruppe unzufrieden war. Ich halte es für meine Pflicht, diese Erklärung wiederzugeben, muß jedoch meinerseits bemerken, daß ich sie für unbefriedigend halte: da der „Auslandsbund" wußte, daß die beiden Organisationen zu Verhandlungen bereit waren, hätte er sich auch durch einen anderen Vermittler oder unmittelbar an sie wenden können.

Im Frühjahr 1901 eröffneten sowohl die „Sarja" (Nr. 1, April) als auch die „Iskra" (Nr. 4, Mai) eine direkte Polemik gegen das „Rabotscheje Delo".* Insbesondere griff die „Iskra" den Artikel „Eine historische Wendung" im „Rabotscheje Delo" an, das in seinem *April*blatt, also schon nach den Frühjahrsereignissen, eine schwankende Haltung zur Schwärmerei für den Terror und für „blutrünstige" Aufrufe einnahm. Trotz dieser Polemik gab der „Auslandsbund" seine Einwilligung zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Aussöhnung, und zwar vermittels einer neuen Gruppe von „Versöhnern". Im Juni fand eine Vorberatung statt, an der Vertreter der drei obengenannten Organisationen teilnahmen, und es wurde ein Vertragsentwurf auf der Grundlage eines sehr eingehenden „prinzipiellen Übereinkommens" ausgearbeitet, das vom „Aus-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 1—13. *Die Red.*

landsbund" in der Broschüre „Zwei Konferenzen" und von der Liga in der Broschüre „Dokumente der ‚Vereinigungs'konferenz" veröffentlicht wurde.

Der Inhalt dieses prinzipiellen Übereinkommens (oder der Resolutionen der Juniberatung, wie man es meistens nennt) zeigt mit aller Klarheit, daß wir die *entschiedenste* Ablehnung aller Erscheinungen des Opportunismus im allgemeinen und des russischen Opportunismus im besonderen als absolut notwendige Vorbedingung für die Vereinigung forderten. „Wir weisen", lautet Punkt 1, „alle Versuche zurück, den Opportunismus in den Klassenkampf des Proletariats hineinzutragen — Versuche, die in dem sogenannten Ökonomismus, Bernsteinianertum, Millerandismus usw. ihren Ausdruck gefunden haben." „Zum Tätigkeitsbereich der Sozialdemokratie gehört... der ideologische Kampf gegen alle Widersacher des revolutionären Marxismus" (4, c). „Auf keinem Gebiet der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit darf die Sozialdemokratie auch nur für einen Augenblick die nächste Aufgabe des russischen Proletariats — den Sturz der Selbstherrschaft — außer acht lassen" (5, a). „...Agitation nicht allein auf dem Boden des täglichen Kampfes der Lohnarbeit gegen das Kapital" (5, b). „...ein Stadium des rein ökonomischen Kampfes und des Kampfes um politische Teilforderungen... lehnen wir ab" (5, c). „... wir sind der Meinung, daß die Kritik an den Strömungen, die ... das Elementare... und die Beschränktheit der niederen Formen der Bewegung zum Prinzip erheben, für die Bewegung von Wichtigkeit ist" (5, d). Selbst ein ganz abseits stehender Mensch, der diese Resolutionen einigermaßen aufmerksam gelesen hat, ersieht allein schon aus ihren Formulierungen, daß sie sich gegen die Leute richten, die Opportunisten und „Ökonomisten" waren, die, sei es auch nur für einen Augenblick, die Aufgabe, die Selbstherrschaft zu stürzen, vergaßen, die die Stadientheorie anerkannten, die Beschränktheit zum Prinzip erhoben usw. Und wer auch nur einigermaßen mit der Polemik der Gruppe „Befreiung der Arbeit", der „Sarja" und der „Iskra" gegen das „Rabotscheje Delo" vertraut ist, der wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß diese Resolutionen Punkt für Punkt gerade die Irrtümer verwerfen, in die das „Rabotscheje Delo" immer wieder verfiel. Und als in der „Vereinigungs"konferenz ein Mitglied des „Auslandsbundes" erklärte, die Artikel in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" seien nicht durch die neue „historische Wendung" des „Aus-

landsbundes" verursacht, sondern durch die übermäßige „Abstraktheit"* der Resolutionen — da verlachte ein Redner mit vollem Recht diese Erklärung. Die Resolutionen sind nicht nur nicht abstrakt, antwortete er, sondern unglaublich konkret: ein Blick auf sie genügt, um zu erkennen, daß hier „jemand gefangen werden sollte".

Dieser Ausdruck gab in der Konferenz zu einer charakteristischen Episode Anlaß. Einerseits klammerte sich B. Kritschewski an das Wort „fangen", er glaubte, es sei ein falscher Zungenschlag gewesen, der unsere schnöde Absicht verrate („eine Falle stellen"), und rief pathetisch aus: „Wer aber, wer sollte hier gefangen werden?" — „Ja, tatsächlich, wer?" fragte ironisch Plechanow. — „Ich werde dem Genossen Plechanow, der so begriffsstutzig ist, zu Hilfe kommen", antwortete B. Kritschewski, „ich werde ihm klarmachen, daß hier *die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'* gefangen werden sollte (allgemeine Heiterkeit). Aber wir haben uns nicht fangen lassen!" (Zurufe von links: „Um so schlimmer für euch!") — Anderseits erklärte ein Mitglied der Gruppe „Borba" (Gruppe der Versöhner), als er gegen die Abänderungsanträge des „Auslandsbundes" zu den Resolutionen polemisierte und unseren Redner verteidigen wollte, daß das Wort „fangen" offenbar nur zufällig im Eifer der Polemik gefallen sei.

Was mich betrifft, so glaube ich, daß mit einer solchen „Verteidigung" dem Redner, der den erwähnten Ausdruck gebrauchte, ein schlechter Dienst erwiesen wird. Ich denke, daß die Worte „jemand sollte gefangen werden" „im Scherz gesagt, aber im Ernst gemeint sind": Wir haben dem „Rabotscheje Delo" stets Wankelmütigkeit und Schwankungen vorgeworfen, und deshalb *mußten* wir natürlich bestrebt sein, es zu *fangen*, um in Zukunft Schwankungen unmöglich zu machen. Von schnöden Absichten konnte hier keine Rede sein, denn es handelte sich um Wankelmütigkeit in prinzipiellen Fragen. Und es ist uns gelungen, den „Auslandsbund" so kameradschaftlich zu „fangen"**, daß die Juniresolutionen von B. Kri-

* Diese Behauptung wird in den „Zwei Konferenzen", S. 25, wiederholt.

** Und zwar: Wir sagten in der Einleitung zu den Juniresolutionen, daß die russische Sozialdemokratie als Ganzes stets auf dem Boden der Prinzipien der Gruppe „Befreiung der Arbeit" gestanden hat und daß die Verdienste des „Auslandsbundes" besonders in seiner Verlags- und Organisationstätigkeit bestanden. Mit andern Worten, wir brachten unsere absolute Bereitschaft zum Ausdruck, alles Vergangene zu vergessen und die Nützlichkeit der Arbeit (für

tschewski selber und einem weiteren Mitglied der Administration des „Auslandsbundes" unterzeichnet wurden.

Die Artikel in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" (unsere Genossen bekamen diese Nummer erst zu Gesicht, als sie, wenige Tage vor Beginn der Sitzungen, zur Konferenz eintrafen) haben klar gezeigt, daß vom Sommer bis zum Herbst im „Auslandsbund" eine neue Wendung vor sich gegangen war: die Ökonomisten gewannen wieder die Oberhand, und die Redaktion, jeder neuen „Strömung" gehorchend, begann von neuem, die „ausgemachtesten Bernsteinianer", die „Freiheit der Kritik" und die „Spontaneität" zu verteidigen und durch den Mund Martynows die „Theorie der Einengung" der Sphäre unserer politischen Einwirkung zu verkünden (angeblich um die Einwirkung selbst zu komplizieren). Wiederum bestätigt sich die treffende Bemerkung von Parvus, daß es schwierig ist, den Opportunisten bei irgendeiner Formel zu fassen: er wird mit Leichtigkeit *jede* Formel unterzeichnen und mit Leichtigkeit von ihr abrücken, denn der Opportunismus besteht eben im Fehlen irgendwelcher bestimmten und festen Prinzipien. Heute verwerfen die Opportunisten *jeden* Versuch, Opportunismus in die Sache hineinzutragen, sie lehnen *jede* Einengung ab, versprechen feierlich, „keinen Augenblick den Sturz der Selbstherrschaft zu vergessen", „Agitation nicht nur auf dem Boden des täglichen Kampfes der Lohnarbeit gegen das Kapital" zu treiben usw. usf. Morgen aber ändern sie ihre Ausdrucksweise, kehren zum alten zurück und verteidigen die Spontaneität, die Vorwärtsbewegung des unscheinbaren Tageskampfes, die Aufstellung von Forderungen, die greifbare Resultate verheißen, usw. Der „Auslandsbund", der nach wie vor behauptet, daß er in den Artikeln der Nr. 10 „keine ketzerische Abweichung von den allgemeinen Prinzipien des Entwurfs der Beratung gesehen hat und

---

die Sache) unserer Genossen vom „Auslandsbund" anzuerkennen, *unter der Bedingung*, daß all die Schwankungen ein Ende nehmen, die wir mit dem „Fangen" bekämpften. Jeder unvoreingenommene Mensch, der die Juniresolutionen liest, kann sie eben nur so verstehen. Wenn aber der „Auslandsbund" jetzt, nachdem er durch seine neue Schwenkung zum Ökonomismus (in den Artikeln der Nr. 10 und in den Abänderungsanträgen) einen Bruch mit uns *hervorgerufen* hat, uns wegen dieser Worte über seine Verdienste feierlich der *Unwahrheit* beschuldigt („Zwei Konferenzen", S. 30), so kann eine solche Beschuldigung natürlich nur ein Lächeln hervorrufen.

keine sieht" („Zwei Konferenzen", S. 26), offenbart damit nur, daß er absolut unfähig oder nicht gewillt ist, das Wesen der Meinungsverschiedenheiten zu begreifen.

Nachdem Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" erschienen war, blieb uns nur übrig, den Versuch zu machen, eine allgemeine Diskussion zu eröffnen, um zu sehen, ob der gesamte „Auslandsbund" mit diesen Artikeln und mit seiner Redaktion einverstanden ist. Deswegen ist der „Auslandsbund" besonders unzufrieden mit uns, er wirft uns vor, wir hätten den Versuch gemacht, im „Auslandsbund" Zwietracht zu säen, wir hätten uns in fremde Angelegenheiten eingemischt usw. Diese Anschuldigungen sind zweifellos unbegründet, denn bei einer gewählten Redaktion, die sich beim leisesten Windhauch „wendet", hängt eben alles von der Richtung des Windes ab, und wir stellten diese Richtung jeweils in geschlossenen Sitzungen fest, in denen niemand anwesend war als die Mitglieder der Organisationen, die zusammengekommen waren, um sich zu vereinigen. Der Umstand, daß der „Auslandsbund" Abänderungsanträge zu den Juniresolutionen einbrachte, hat uns auch den letzten Schimmer einer Hoffnung auf Verständigung genommen. Die Abänderungsvorschläge waren ein dokumentarischer Beweis dafür, daß die Mehrheit des „Auslandsbundes" eine neue Wendung zum Ökonomismus gemacht hatte und mit Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" solidarisch ist. Aus der Reihe der Erscheinungsformen des Opportunismus sollte der „sogenannte Ökonomismus" gestrichen werden (angeblich wegen des „unklaren Sinnes" dieser zwei Worte, obgleich sich aus einer solchen Motivierung nur die Notwendigkeit ergäbe, das Wesen der weitverbreiteten Verirrung genauer zu definieren), gestrichen sollte ferner der „Millerandismus" werden (obwohl B. Kritschewski ihn im „Rabotscheje Delo" Nr. 2/3, S. 83/84, und noch offener im „Vorwärts" verteidigt hatte*). Obgleich die Juniresolutionen die Aufgabe der Sozialdemokratie klar nannten: „*alle* Äußerungen des Kampfes des Proletariats gegen *alle* Formen der politischen, *wirtschaftlichen* und sozialen Unterdrückung zu leiten", wodurch schon an und für sich gefordert wurde, all diesen Äußerungen des Kampfes Planmäßigkeit und Einheitlichkeit zu verleihen, wollte der „Auslandsbund" noch die vollkommen überflüssigen

* Im „Vorwärts" begann aus diesem Anlaß eine Polemik zwischen seiner jetzigen Redaktion, Kautsky und der „Sarja". Wir werden nicht versäumen, die russischen Leser über diese Polemik zu unterrichten.[183]

Worte hinzufügen, daß „der wirtschaftliche Kampf ein machtvoller Antrieb der Massenbewegung ist" (an und für sich sind diese Worte unbestreitbar, aber in Anbetracht des Vorhandenseins eines engen „Ökonomismus" mußten sie zu falschen Auslegungen Anlaß geben). Mehr als das: Die Juniresolutionen sollten sogar im Sinne der direkten *Einengung* der „Politik " geändert werden, sowohl durch die Beseitigung der Worte „für keinen Augenblick" (das Ziel vergessen, die Selbstherrschaft zu stürzen) als auch durch das Hinzufügen der Worte, daß „der ökonomische Kampf das *weitest* anwendbare Mittel für die Einbeziehung der Massen in den aktiven politischen Kampf" ist. Nachdem diese Abänderungsanträge eingebracht waren, verzichteten begreiflicherweise die Redner von unserer Seite einer nach dem andern auf das Wort, da sie weitere Verhandlungen mit Leuten für nutzlos hielten, die sich wieder dem Ökonomismus zuwandten und sich die Freiheit des Schwankens sicherten.

„Gerade das, was der ‚Auslandsbund' als Bedingung sine qua non* für die Dauerhaftigkeit der künftigen Verständigung betrachtete, d. h. die Wahrung der selbständigen Physiognomie des ‚Rabotscheje Delo' und seiner Autonomie — gerade das war für die ‚Iskra' der Stein des Anstoßes, der die Verständigung verhinderte." („Zwei Konferenzen", S. 25.) Das ist sehr ungenau ausgedrückt. Die Autonomie des „Rabotscheje Delo" haben wir niemals angetastet.** Die Selbständigkeit seiner Physiognomie haben wir tatsächlich *unbedingt verworfen*, wenn darunter die „selbständige Physiognomie" in prinzipiellen theoretischen und taktischen Fragen zu verstehen ist: die Juniresolutionen enthalten ja gerade die unbedingte Ablehnung einer *derartigen* selbständigen Physiognomie, denn diese „Selbständigkeit der Physiognomie" bedeutete in der Praxis stets, wir wiederholen es, alle möglichen Schwankungen, bedeutete, daß durch diese Schwankungen die bei uns herrschende und für die Partei untragbare Zerfahrenheit unterstützt wurde. Durch die Artikel in Nr. 10 und die „Abänderungsanträge" hat das „Rabotscheje Delo" klar seinen Wunsch geäußert, eben gerade diese Selbständigkeit der Physiognomie zu wahren,

* absolut notwendige. *Die Red.*

** Wenn man nicht die Redaktionsberatungen im Zusammenhang mit der Gründung eines gemeinsamen obersten Rates der vereinigten Organisationen als Einschränkung der Autonomie betrachten will — Redaktionsberatungen, zu denen auch das „Rabotscheje Delo" im Juni seine Zustimmung gab.

dieser Wunsch aber mußte natürlich und unvermeidlich zum Bruch und zur Kriegserklärung führen. Wir dagegen waren alle bereit, die „selbständige Physiognomie" des „Rabotscheje Delo" in dem Sinne anzuerkennen, daß es sich auf bestimmte literarische Funktionen konzentriert. Die richtige Verteilung dieser Funktionen hätte sich von selbst ergeben: 1. eine wissenschaftliche Zeitschrift, 2. eine politische Zeitung und 3. populäre Sammelbände und populäre Broschüren. Nur wenn das „Rabotscheje Delo" einer solchen Verteilung zustimmte, würde es seinen *aufrichtigen* Wunsch beweisen, endgültig mit den Verirrungen Schluß zu machen, gegen die sich die Juniresolutionen richteten; nur eine solche Verteilung würde jede Möglichkeit von Reibungen beseitigen und tatsächlich die Dauerhaftigkeit der Verständigung sichern, sie würde gleichzeitig als Grundlage für einen neuen Aufschwung und für neue Erfolge unserer Bewegung dienen.

Heute kann kein russischer Sozialdemokrat mehr daran zweifeln, daß der endgültige Bruch der revolutionären Richtung mit der opportunistischen nicht durch irgendwelche „organisatorischen" Umstände hervorgerufen worden ist, sondern eben durch den Wunsch der Opportunisten, die selbständige Physiognomie des Opportunismus zu festigen und durch das Geschwätz der Kritschewski und Martynow nach wie vor Verwirrung in den Köpfen anzurichten.

BERICHTIGUNG ZU „WAS TUN?"

Die „Initiatorengruppe", von der ich in der Broschüre „Was tun?", S. 141*, spreche, bittet mich, zur Darstellung ihrer Teilnahme an dem Versuch, eine Aussöhnung der sozialdemokratischen Organisationen im Ausland herbeizuführen, folgende Berichtigung zu geben: „Von den drei Mitgliedern dieser Gruppe ist nur ein Mitglied Ende 1900 aus dem ‚Auslandsbund' ausgetreten, die beiden anderen aber im Jahre 1901, erst nachdem sie sich von der Unmöglichkeit überzeugt hatten, vom ‚Auslandsbund' die Zustimmung zu einer Konferenz mit der Auslandsorganisation der ‚Iskra' und der ‚Revolutionären Organisation Sozialdemokrat' zu erhalten — worin eben der Vorschlag der ‚Initiatorengruppe' bestand. Diesen Vorschlag hatte die Administration des ‚Auslandsbundes' zunächst abgelehnt und ihre Ablehnung einer Konferenz damit begründet, daß die Personen, die dieser vermittelnden ‚Initiatorengruppe' angehörten, ‚nicht kompetent' wären, wobei sie den Wunsch äußerte, direkte Beziehungen zur Auslandsorganisation der ‚Iskra' aufzunehmen. Bald jedoch benachrichtigte die Administration des ‚Auslandsbundes' die ‚Initiatorengruppe' davon, daß sie nach dem Erscheinen der ersten Nummer der ‚Iskra', in der die Notiz über die Spaltung im ‚Auslandsbund' veröffentlicht war, ihren Beschluß geändert habe und in keine Beziehungen zur ‚Iskra' treten wolle. Wie ist also hiernach die Mitteilung eines Mitgliedes der Administration des ‚Auslandsbundes' zu erklären, die Ablehnung einer Konferenz durch den ‚Auslandsbund' sei *ausschließlich* dadurch hervorgerufen worden, daß er mit der Zusammensetzung der ‚Initiatorengruppe' unzufrieden gewesen sei? Allerdings ist auch die Zustimmung der Admini-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 542/543. *Die Red.*

stration des ‚Auslandsbundes' zur Beratung im Juni vorigen Jahres nicht verständlich: war doch die Notiz in der ersten Nummer der ‚Iskra' in Kraft geblieben und das ‚ablehnende' Verhalten der ‚Iskra' gegen den ‚Auslandsbund' im ersten Heft der ‚Sarja' und in der vierten Nummer der ‚Iskra', die beide vor der Juniberatung erschienen waren, noch klarer zutage getreten."

N. Lenin

„Iskra" Nr. 19,
1. April 1902.

Nach dem Text der „Iskra".

ANMERKUNGEN

[1] Der in der „Iskra" veröffentlichte Artikel Lenins *„Womit beginnen?"* wurde von den lokalen sozialdemokratischen Organisationen als Broschüre herausgegeben. Der sibirische sozialdemokratische Bund druckte die Broschüre in 5000 Exemplaren und verbreitete sie in ganz Sibirien. Eine Einzelausgabe des Artikels wurde ferner in Samara, Tambow, Nishni-Nowgorod und in anderen Städten Rußlands verbreitet. *1*

[2] *„Rabotscheje Delo"* (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomisten", unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten". Die Zeitschrift wurde in Genf von April 1899 bis Februar 1902 unter der Redaktion von B. N. Kritschewski, A. S. Martynow und W. P. Iwanschin herausgegeben. Insgesamt erschienen 12 Nummern in neun Heften.

Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „Rabotscheje Delo" findet man in Lenins Werk „Was tun?". (Siehe den vorliegenden Band, S. 355—551.) *5*

[3] *„Rabotschaja Mysl"* (Arbeitergedanke) — Zeitung der „Ökonomisten", die von Oktober 1897 bis Dezember 1902 erschien. Insgesamt kamen 16 Nummern heraus: die Nummern 3—11 und 16 in Berlin, die übrigen in Petersburg. Die Zeitung wurde von K. M. Tachtarew u. a. redigiert.

Eine Kritik der Ansichten der „Rabotschaja Mysl" als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus gab Lenin in einer Reihe seiner Schriften, besonders in Artikeln, die in der „Iskra" veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?". *5*

[4] *„Iskra"* (Der Funke) — die erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, die 1900 von Lenin gegründet wurde. Die Schaffung dieses Kampforgans der revolutionären Marxisten war „das Hauptglied in der Kette der Glieder und die Hauptaufgabe in der Kette der Aufgaben, vor denen die Partei damals stand" (*Stalin*).

Da es wegen der polizeilichen Verfolgungen unmöglich war, in Rußland eine revolutionäre Zeitung herauszugeben, hatte Lenin bereits in der sibirischen Verbannung in allen Einzelheiten den Plan durchdacht, sie im Ausland erscheinen zu lassen. Nach Beendigung seiner Verbannung im Januar 1900 ging Lenin unverzüglich daran, seinen Plan zu verwirklichen.

Die erste Nummer der Leninschen „Iskra" erschien am 11. (24.) Dezember 1900 in Leipzig, die folgenden Nummern erschienen in München, ab April 1902 in London und ab Frühjahr 1903 in Genf.

Der Redaktion der „Iskra" gehörten an: W. I. Lenin, G. W. Plechanow, J. O. Martow, P. B. Axelrod, A. N. Potressow und W. I. Sassulitsch. Ab Frühjahr 1901 war N. K. Krupskaja Redaktionssekretärin. Faktisch war Lenin der Chefredakteur und Leiter der „Iskra". Er veröffentlichte in der „Iskra" Artikel über alle grundlegenden Fragen des Parteiaufbaus und des proletarischen Klassenkampfes in Rußland und nahm zu den wichtigsten internationalen Ereignissen Stellung.

In einer Reihe von Städten Rußlands (Petersburg, Moskau u. a.) wurden Gruppen und Komitees der SDAPR geschaffen, die sich zur Leninschen „Iskra"-Richtung bekannten. In Transkaukasien wurden die Ideen der „Iskra" von der Zeitung „Brdsola" (Der Kampf) vertreten, der ersten illegalen georgischen Zeitung der Tifliser sozialdemokratischen Organisation, ihrer Leninschen „Iskra"-Gruppe. Der Begründer und Leiter der Leninschen „Iskra"-Organisationen in Transkaukasien war J. W. Stalin in Zusammenarbeit mit W. S. Kezchoweli, A. G. Zulukidse und W. K. Kurnatowski.

Die „Iskra"-Organisationen entstanden und arbeiteten unter der unmittelbaren Leitung der von Lenin und Stalin herangebildeten Berufsrevolutionäre (N. E. Bauman, I. W. Babuschkin, S. I. Gussew, M. I. Kalinin u. a.).

Auf Initiative Lenins und unter seiner unmittelbaren Teilnahme arbeitete die Redaktion der „Iskra" den Entwurf eines Parteiprogramms aus (veröffentlicht in Nr. 21 der „Iskra") und bereitete den II. Parteitag der SDAPR vor, der im Juli—August 1903 stattfand.

Als der Parteitag zusammentrat, hatten sich die meisten lokalen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands der „Iskra" angeschlossen; sie billigten ihre Taktik, ihr Programm und ihren Organisationsplan und erkannten sie als ihr leitendes Organ an. In einem besonderen Beschluß unterstrich der Parteitag die außerordentliche Bedeutung der „Iskra" im Kampf für die Partei und erklärte sie zum Zentralorgan der SDAPR.

Auf dem II. Parteitag wurden Lenin, Plechanow und Martow zu Redak-

teuren gewählt. Trotz des Parteitagsbeschlusses lehnte Martow es jedoch ab, in die Redaktion einzutreten, so daß die Nummern 46—51 der „Iskra" unter der Redaktion Lenins und Plechanows erschienen. Später ging Plechanow zum Menschewismus über und forderte die Aufnahme aller alten, vom Parteitag abgelehnten menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra". Hiermit konnte sich Lenin nicht einverstanden erklären. Er trat am 19. Oktober (1. November) 1903 aus der Redaktion der „Iskra" aus, um sich im Zentralkomitee der Partei eine feste Position zu sichern und von dieser Position aus die opportunistischen Menschewiki zu bekämpfen. Nr. 52 erschien unter der alleinigen Redaktion Plechanows. Am 13. (26.) November 1903 kooptierte Plechanow eigenmächtig, unter Verletzung des Willens des Parteitags, die früheren menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra". Von Nr. 52 der „Iskra" angefangen, verwandelten die Menschewiki die „Iskra" in ihr Organ.

„Seit dieser Zeit spricht man in der Partei von der *alten* ‚Iskra' als der Leninschen, bolschewistischen ‚Iskra' und von der *neuen* ‚Iskra' als der menschewistischen, opportunistischen ‚Iskra'." („Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", Berlin 1954, S. 58.) *6*

[5] Gemeint sind die Studentenunruhen und die Aktionen der Arbeiter — Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks — im Februar und März 1901, die viele Städte Rußlands erfaßten, darunter Petersburg, Moskau, Kiew, Charkow, Jaroslawl, Tomsk, Warschau und Belostok. *8*

[6] Gemeint ist die Korrespondenz „Der erste Mai in Rußland", die in der „Iskra" Nr. 5 (Juni 1901) in der Rubrik „Chronik der Arbeiterbewegung und Briefe aus Fabriken und Werken" veröffentlicht wurde. *16*

[7] Lenin meint Friedrich Engels' Einleitung zu der Schrift von Karl Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850"; die Einleitung wurde bei der Veröffentlichung im Jahre 1895 von den deutschen Sozialdemokraten entstellt und dann von ihnen als Ablehnung des bewaffneten Aufstands und des Barrikadenkampfes ausgelegt.

Erst in der UdSSR wurde der vollständige Text der Einleitung nach dem Engelsschen Manuskript veröffentlicht. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 104—122.) *19*

[8] Lenin meint den Zusammenstoß zwischen der Polizei und den streikenden Arbeitern des Maxwell-Werkes in Petersburg im Dezember 1898. Die zur Verhaftung der „Rädelsführer" des Streiks entsandten Polizeikräfte (200 Mann zu Fuß und 100 Berittene) versuchten mehrere Stunden lang

vergeblich, in die Arbeiterkaserne einzudringen. Die Arbeiter, die sich verbarrikadiert hatten, wehrten sich gegen die Polizei mit Holzscheiten, Flaschen und kochendem Wasser, das sie über die Polizisten ausschütteten. *19*

[9] Es handelt sich um das Blutbad, das die zaristische Polizei und Kosaken am 4. (17.) März 1901 auf dem Kasaner Platz in Petersburg unter den Teilnehmern einer Demonstration anrichteten. An dieser Protestdemonstration gegen die Zwangsrekrutierung von Studenten nahmen Tausende von Studenten und Arbeitern teil. Die zaristische Regierung ließ die Demonstranten mit Waffengewalt auseinanderjagen. Die Demonstrationsteilnehmer wurden brutal mißhandelt, mehrere Personen wurden getötet und viele zu Krüppeln geschlagen. Über dieses Ereignis wurde in der „Iskra" Nr. 3 im April 1901 eingehend berichtet. *19*

[10] In dem Artikel *„Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus"* unterzieht Lenin die im Ausland illegal herausgegebene vertrauliche Denkschrift des zaristischen Ministers S. J. Witte „Selbstherrschaft und Semstwo" und das von dem Liberalen P. B. Struve dazu verfaßte Vorwort einer Kritik.

Der Artikel Lenins rief in der Redaktion der „Iskra" ernste Meinungsverschiedenheiten hervor. Plechanow und einige andere Redaktionsmitglieder sprachen sich gegen den Artikel Lenins aus.

Ungefähr einen Monat dauerte die Auseinandersetzung, die die Mitglieder der „Iskra"-Redaktion in ihrer Korrespondenz über den Artikel führten. Einzelne Vorschläge über die Änderung einiger nebensächlicher Formulierungen nahm Lenin an, lehnte es aber entschieden ab, den scharf anprangernden Ton des Artikels und seine Richtung zu ändern. *21*

[11] *„Sarja"* (Die Morgenröte) — marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegeben wurde.

In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen", „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". Insgesamt erschienen 4 Nummern (3 Hefte) der „Sarja": Nr. 1 im April 1901 (tatsächlich erschien Nr. 1 am 23. März n.St.), Nr. 2—3 im Dezember 1901 und Nr. 4 im August 1902. *26*

[12] *Katkow, M. N.* — reaktionärer Publizist; war seit 1851 Redakteur der Zeitung „Moskowskije Wedomosti"; er war ein wütender Gegner nicht nur

der revolutionären Bewegung, sondern auch jedes gesellschaftlichen Fortschritts. Lenin charakterisierte Katkow als einen „treuen Wachhund der Selbstherrschaft". *28*

[13] *„Junges Rußland"* — eine von dem revolutionären Zirkel P. G. Saïtschnewskis im Mai 1862 herausgegebene Proklamation. Die Proklamation rief zur revolutionären Aktion gegen die Selbstherrschaft auf und forderte eine „soziale und demokratische Russische Republik" in Form eines föderativen regionalen Bundes. *28*

[14] *„Sowremennik"* (Der Zeitgenosse) — wissenschaftlich-politische und literarische Monatsschrift; wurde von A. S. Puschkin gegründet und erschien in Petersburg von 1836 bis 1866. Ab 1847 wurde die Zeitschrift von N. A. Nekrassow und I. I. Panajew herausgegeben. Mitarbeiter der Zeitschrift waren u. a. W. G. Belinski, N. G. Tschernyschewski, N. A. Dobroljubow, N. W. Schelgunow, M. J. Saltykow-Schtschedrin und M. A. Antonowitsch. Der „Sowremennik" brachte die Bestrebungen der revolutionären Demokratie zum Ausdruck; er war die fortschrittlichste Zeitschrift der damaligen Zeit. 1866 wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. *30*

[15] *„Russkoje Slowo"* (Das russische Wort) — literarisch-politische Monatsschrift, die in Petersburg von 1859 bis 1866 erschien; an der Zeitschrift arbeiteten D. I. Pissarew und N. W. Schelgunow mit. Die Zeitschrift hatte großen Einfluß auf die fortschrittliche Jugend der sechziger Jahre. Nach dem „Sowremennik" war dies die fortschrittlichste Zeitschrift jener Zeit. Sie wurde 1866 von der zaristischen Regierung verboten. *30*

[16] *„Den"* (Der Tag) — Wochenzeitung; wurde von 1861 bis 1865 in Moskau von I. S. Aksakow herausgegeben. *30*

[17] *Radischtschew, A. N.* (1749—1802) — russischer Schriftsteller und Revolutionär. In seinem berühmten Werk „Reise von Petersburg nach Moskau" trat er als erster offen gegen die Leibeigenschaft im zaristischen Rußland auf. Auf Befehl Katharinas II. wurde er dafür zum Tode verurteilt; die Strafe wurde dann in zehnjährige Verbannung nach Sibirien verwandelt. Auf Grund einer Amnestie kehrte er aus der Verbannung zurück; da ihm jedoch neue Verfolgungen von seiten der zaristischen Regierung drohten, machte er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende. Lenin zählte Radischtschew zu den hervorragenden fortschrittlichen Persönlichkeiten in der Geschichte des russischen Volkes. *31*

[18] *Araktschejew, A. A.* — reaktionärer Staatsmann im zaristischen Rußland Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts; er hatte großen Einfluß

auf die Außen- und die Innenpolitik unter Paul I. und Alexander I. Mit dem Namen Araktschejews ist eine ganze Epoche unumschränkten Polizeidespotismus und brutaler Militärwillkür verbunden („Araktschejew-Regime"). *31*

[19] Gemeint ist der Aufstand der Dekabristen, adliger Revolutionäre, die sich gegen die Selbstherrschaft und die Leibeigenschaft erhoben hatten. *31*

[20] Es handelt sich um die Teilnahme von Truppen des russischen Zaren Nikolaus I. an der Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Europa 1848—1849, insbesondere der Revolution in Ungarn im Jahre 1849. *31*

[21] *États généraux* (Generalstände) — ständische Vertretungskörperschaft in Frankreich im 14. bis 18. Jahrhundert, die aus Abgeordneten des Adels, der Geistlichkeit und des dritten Standes bestand; sie wurde vom König zur Entscheidung von Verwaltungs- und Finanzfragen einberufen. 175 Jahre lang, von 1614 bis 1789, waren die États généraux nicht zusammengetreten. Die von Ludwig XVI. im Jahre 1789 zur Behebung der Finanzkrise einberufenen États généraux wurden durch Beschluß der Abgeordneten des dritten Standes als Nationalversammlung proklamiert. *32*

[22] *General Wannowski* wurde 1901 zum Minister für Volksbildung ernannt. Er versuchte die rebellierenden Studenten durch liberale Phrasen von der „Liebe" und „herzlichen Fürsorge" für die studierende Jugend zu beschwichtigen. Nachdem er eine Reihe von unbedeutenden Reformen auf dem Gebiet der Volksbildung durchgeführt hatte, ging Wannowski gegen die revolutionäre Studentenschaft wieder mit Repressalien — Verhaftungen, Verbannungen, Exmatrikulationen usw. — vor. *35*

[23] Die Zeitung *„Prawitelstwenny Westnik"* (Regierungsbote) war das offizielle Regierungsorgan und erschien in Petersburg von 1869 bis 1917. *42*

[24] *„Notabelnversammlung Ludwigs XVI."* — Versammlung vornehmer Personen aus den privilegierten Ständen Frankreichs, die 1787 und 1788 vom französischen König Ludwig XVI. einberufen wurde, um die Finanzkrise des Landes zu überwinden. Die Versammlung weigerte sich, einer Verordnung über die Besteuerung der privilegierten Stände zuzustimmen, woraufhin Ludwig XVI. genötigt war, die États généraux einzuberufen. *44*

[25] *„Diktatur des Herzens"* nannte man ironisch die von dem zaristischen Würdenträger Loris-Melikow kurze Zeit hindurch betriebene Politik des Liebäugelns mit den Liberalen; Loris-Melikow wurde 1880 zunächst zum Leiter der „Höchsten Exekutivkommission" für die Bekämpfung des „Aufruhrs" und anschließend zum Innenminister ernannt. *45*

[26] *„Sozialdemokrat"* — literarisch-politische Rundschau, die von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1890—1892 im Ausland herausgegeben wurde. Insgesamt erschienen vier Bände.

Lenin zitiert den Artikel von W. I. Sassulitsch, „Revolutionäre aus bürgerlichem Milieu", der 1890 in Nr. 1 des „Sozialdemokrat" veröffentlicht wurde. *45*

[27] *Machiavellismus* (nach Machiavelli, 1469—1527, Politiker und Schriftsteller in der Republik Florenz) — eine Politik, die auch vor den heimtückischsten Kampfmitteln wie Betrug, Treubruch, Verrat und Mord nicht zurückscheut, um ihr Ziel zu erreichen. *47*

[28] *„Narodnaja Wolja"* (Volkswille) — Geheimbund der Volkstümler; wurde 1879 zum revolutionären Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft organisiert.

Bald nach der Ermordung des Zaren Alexander II. (1. [13.] März 1881) durch Mitglieder der „Narodnaja Wolja" wurde die Organisation von der Zarenregierung zerschlagen. Die meisten Volkstümler sagten sich hiernach vom revolutionären Kampf gegen den Zarismus los und predigten Versöhnung und Verständigung mit der zaristischen Selbstherrschaft. Diese Epigonen der Volkstümlerrichtung, die liberalen Volkstümler der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, wurden zu Wortführern der Kulakeninteressen.

Eine Einschätzung der Tätigkeit der „Narodnaja Wolja" findet sich im ersten Kapitel der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang". *57*

[29] *„Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'"* — eine von der Redaktion der „Rabotschaja Mysl", einer Zeitung der „Ökonomisten", im September 1899 herausgegebene Broschüre. In der Broschüre, besonders aber in dem mit *R. M.* unterzeichneten Artikel „Unsere Wirklichkeit", wurden die opportunistischen Anschauungen der „Ökonomisten" unverhüllt ausgesprochen. Lenin kritisierte diese Broschüre in dem Artikel „Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie" und in dem Buch „Was tun?". (Siehe Werke, Bd. 4, S. 249—279, und den vorliegenden Band, S. 370—378, 409/410, 420/421.) *60*

[30] Die Partei *„Volksrecht"* (Narodnoje Prawo) — illegale Organisation der demokratischen Intelligenz, die 1893 unter Beteiligung ehemaliger Narodowolzen (M. A. Natanson u. a.) gegründet und im Frühjahr 1894 von der zaristischen Regierung zerschlagen wurde. Diese Organisation gab zwei programmatische Dokumente heraus: „Eine dringende Frage" und „Mani-

fest". Die Mehrheit der Volksrechtler trat später in die Partei der Sozialrevolutionäre ein. 72

31 Lenin meint einen Passus aus der Schrift von Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850". (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 123.) 73

32 *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) — Zeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der staatlichen Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. 74

33 Gemeint ist ein Rundschreiben der Hauptverwaltung für Presseangelegenheiten, das nach dem Erscheinen des Artikels „Aus Anlaß der Arbeiterunruhen" in der Zeitung „Nowoje Wremja" an alle Zeitschriften- und Zeitungsredaktionen gesandt wurde. Das Rundschreiben wurde in der „Iskra" Nr. 6 (Juli 1901) in der Notiz „Sankt Petersburg" (Rubrik „Aus unserem sozialen Leben") zitiert. 74

34 *„Moskowskije Wedomosti"* (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eins der wichtigsten Organe der Schwarzhunderter. Erschien bis zur Oktoberrevolution 1917. 76

35 Die Broschüre *„Geheimdokumente zum Gesetz vom 2. Juni 1897"* wurde 1898 in Genf vom „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" herausgegeben. 76

36 *„Grashdanin"* (Der Staatsbürger) — reaktionäre Zeitung, die von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel der Zeitung waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. 92

37 An der Schrift *„Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'"* arbeitete Lenin von Juni bis September 1901. Die ersten vier Kapitel erschienen im Dezember 1901 mit der Überschrift „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage. Erste Abhandlung" unter dem Namen *N. Lenin* in Nr. 2—3 der Zeitschrift „Sarja". Später wurden sie in Odessa (mit dem Vermerk: „Von der Zensur zugelassen. Odessa, 23. Juli 1905") als Broschüre unter dem veränderten

Titel *N. Lenin*, „Die Agrarfrage und die Marx,kritiker'" im Verlag „Burewestnik" legal herausgegeben. Dieser Titel wurde vom Autor in den folgenden Ausgaben sowohl des gesamten Buches als auch seiner einzelnen Teile beibehalten.

Die Kapitel V—IX erschienen erstmalig in Nr. 2 der legalen Zeitschrift „Obrasowanije" im Februar 1906. Sie waren mit Zwischentiteln versehen, was bei den in der „Sarja" veröffentlichten Kapiteln I—IV und bei der Ausgabe von 1905 nicht der Fall war.

Das 1908 in Petersburg herausgegebene Buch *Wl. Iljin* (W. I. Lenin), „Die Agrarfrage", Teil I, enthielt erstmalig alle neun Kapitel und darüber hinaus zwei neue, die Kapitel X und XI. Die Kapitel I bis IV waren mit Zwischentiteln versehen, am Text waren eine Reihe redaktioneller Änderungen vorgenommen und einige Anmerkungen waren hinzugefügt worden.

Das XII. (letzte) Kapitel wurde zum erstenmal 1908 in dem Sammelband „Tagesgeschehen" veröffentlicht.

Die ersten neun Kapitel wurden in den vorliegenden Band und die im Jahre 1907 geschriebenen Kapitel X, XI und XII in Band 13 der 4. Ausgabe der Werke W. I. Lenins aufgenommen. *97*

38 *„Obrasowanije"* (Die Bildung) — literarische, populärwissenschaftliche und politische Monatsschrift, die von 1892 bis 1909 in Petersburg erschien. In den Jahren 1902—1908 arbeiteten die Marxisten an dieser Zeitschrift mit. *97*

39 *„Russkoje Bogatstwo"* (Russischer Reichtum) — Monatsschrift, die von 1876 bis Mitte 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümler, die Redakteure waren S. N. Kriwenko und N. K. Michailowski. Die Zeitschrift propagierte Versöhnung mit der Zarenregierung und Verzicht auf jeden revolutionären Kampf gegen die Regierung; sie führte einen erbitterten Kampf gegen den Marxismus und die russischen Marxisten. *101*

40 *„Natschalo"* (Der Anfang) — literarische, wissenschaftliche und politische Monatsschrift der „legalen Marxisten", die in der ersten Hälfte des Jahres 1899 in Petersburg unter der Redaktion von P. B. Struve, M. I. Tugan-Baranowski u. a. erschien. Die Zeitschrift veröffentlichte außer Artikeln der „legalen Marxisten" auch Beiträge von G. W. Plechanow, W. I. Sassulitsch u. a. Im Juni 1899 wurde sie von der Zarenregierung verboten.

Von Lenin erschienen in dieser Zeitschrift einige Rezensionen (siehe Werke, Bd. 4, S. 55—63, 84—93) und ein Teil von Kapitel III des Buches „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" (unter der Überschrift „Die Verdrängung der Fronwirtschaft durch die kapitalistische Wirtschaft

in der modernen russischen Landwirtschaft"). (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 157—183, russ.)

Lenin meint den Artikel Bulgakows „Zur Frage der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft", der in den Nummern 1—2 und 3 der Zeitschrift im Januar—Februar und März 1899 veröffentlicht wurde. *102*

41 *„Shisn"* (Das Leben) — Monatsschrift, die von 1897 bis 1901 in Petersburg, 1902 im Ausland erschien. Ab 1899 war die Zeitschrift das Organ der „legalen Marxisten".

Von Lenin erschienen in dieser Zeitschrift in Nr. 12, Dezember 1899, der Artikel „Antwort an Herrn P. Neshdanow" und in den Nummern 1 und 2, Januar und Februar 1900, zwei Artikel unter der Überschrift „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)". (Siehe Werke, Bd. 4, S. 151—157, 95—150.) *102*

42 *Malthusianismus* — reaktionäre Theorie des englischen bürgerlichen Ökonomen Malthus (1766—1834); er behauptete, die Beseitigung der sozialen Mißstände sei nur durch die künstliche Einschränkung der Bevölkerungszunahme, d. h. durch die Einschränkung der Eheschließungen und Geburten, möglich. *107*

43 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 710. *111*

44 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 794. *112*

45 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 790—793. *113*

46 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 793—794. *113*

47 *Claneigentum* — Grundeigentum der Gentilgemeinschaft. *116*

48 Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 700—701. *118*

49 Siehe Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", Bd. II, Teil 2, Stuttgart 1905. *121*

50 *„Sozialistische Monatshefte"* — Zeitschrift, wichtigstes Organ der Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie und eines der Organe des internationalen Opportunismus. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914 bis 1918 nahm sie eine sozialchauvinistische Haltung ein. Die Zeitschrift erschien in Berlin von 1897 bis 1933. *129*

51 *„Die Neue Zeit"* — Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In den Jahren 1885—1895 veröffentlichte „Die Neue Zeit" einige Artikel von Friedrich Engels. Dieser gab der Redaktion der Zeitschrift oft Ratschläge und kritisierte sie scharf wegen

ihrer Abweichungen vom Marxismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, vertrat die Zeitschrift Kautskysche Auffassungen und veröffentlichte systematisch Artikel von Revisionisten. Während des imperialistischen Weltkriegs (1914—1918) bezog sie einen zentristischen Standpunkt, wodurch sie faktisch die Sozialchauvinisten unterstützte. *135*

[52] Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten* wurde 1878 in Deutschland erlassen. Durch dieses Gesetz wurden alle Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten. Sozialistische Schriften wurden beschlagnahmt, die Ausweisung von Sozialdemokraten begann. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Sozialistengesetz 1890 aufgehoben. *145*

[53] *„Vorwärts"* — Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Die Zeitung erschien erstmalig 1876 unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht u. a. In der Zeitung führte Friedrich Engels einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, brachte der „Vorwärts" systematisch Artikel von Opportunisten, die die deutsche Sozialdemokratie und die II. Internationale beherrschten. *145*

[54] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Berlin 1955, S. 12. *150*

[55] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 595—596. *150*

[56] Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')", Berlin 1954, S. 354—371. *150*

[57] *N.-on*, Nikolai-on (Pseudonyme für N. F. Danielson) — einer der Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *153*

[58] *„Der Volksstaat"* — Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (Eisenacher), das von 1869 bis 1876 in Leipzig erschien. Der Redakteur der Zeitung war Wilhelm Liebknecht. Karl Marx und Friedrich Engels arbeiteten an der Zeitung mit. *154*

[59] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 582. *154*

[60] Lenin zitiert das Vorwort von Friedrich Engels zur zweiten Auflage der Schrift „Zur Wohnungsfrage". (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 521.) *155*

[61] *Ruth* — in der biblischen Legende liest Ruth auf einem fremden Feld Ähren. Der Ausdruck „Ruths Ährenlesen" wird hier zur Bezeichnung einer leichten, mühelosen Arbeit gebraucht. *165*

[62] *„Verein für Sozialpolitik"* — im Jahre 1872 gegründete Vereinigung deutscher bürgerlicher Ökonomen. Der Verein hatte sich das Ziel gesetzt, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterklasse zu liquidieren und die Arbeiterbewegung den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen. *176*

[63] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 859. *182*

[64] Siehe N. Schtschedrin (M. J. Saltykow), Sämtliche Werke, Bd. XV, 1940, S. 101/102, russ. *190*

[65] Aus dem Text der erstmalig in der Zeitschrift „Obrasowanije" veröffentlichten Kapitel VII und IX ist ersichtlich, daß Lenin die Absicht hatte, in dieser Arbeit die Daten der französischen Agrarstatistik zu untersuchen und die „kritischen" Ansichten des französischen Ökonomen Maurice einer Analyse zu unterziehen. Dieser Plan wurde jedoch nicht verwirklicht, und in der Ausgabe von 1908 änderte Lenin die entsprechenden Textstellen, die von seiner ursprünglichen Absicht zeugten. Z. B. in dem Satz: „Die Proletarisierung der Bauernschaft schreitet fort, das werden wir weiter unten an Hand der Massendaten der deutschen und französischen Statistik zeigen..." strich Lenin die beiden Worte „und französischen". In dem Satz „Das schnelle Wachstum der Städte läßt die Zahl solcher ‚Milchfarmer' ständig größer werden, und es werden sich natürlich immer Leute vom Schlage eines Hecht, David, Hertz und Tschernow finden (und, um Frankreich nicht zu kränken, eines Maurice, von welchem weiter unten die Rede sein wird)..." wurden die Worte in der Klammer gestrichen. Der Schluß des Satzes: „Vermengt man also diese beiden Prozesse oder ignoriert man einen von ihnen, so verfällt man leicht in die allergröbsten Fehler, wovon wir unten, bei der Analyse der Schlußfolgerungen des Herrn Bulgakow aus den französischen Angaben, ein Musterbeispiel sehen werden" erhielt die neue Fassung: „wofür sich in Bulgakows Buch massenweise Beispiele finden lassen". 220

[66] Die *„Vereinigungs"konferenz*, die in Zürich am 21. und 22. September (4.—5. Oktober) 1901 stattfand, stellte einen Versuch dar, die russischen sozialdemokratischen Organisationen im Ausland auf prinzipiell marxistischer Plattform zu vereinigen. Anwesend in der Konferenz waren Vertreter der Auslandsabteilung der Organisation „Iskra"-„Sarja", der Organisation „Sozialdemokrat" (der die Gruppe „Befreiung der Arbeit" angehörte), des

„Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten", des „Bund" und der Gruppe „Borba" (Kampf).

Der Einberufung der Konferenz war im Juni 1901 in Genf eine Vorberatung von Vertretern der genannten Organisationen vorausgegangen. Die Beratung hatte eine Resolution als prinzipielle Grundlage für ein Übereinkommen und gemeinsame Arbeit angenommen.

Die angebahnte Annäherung sollte auf der „Vereinigungs"konferenz offiziell bestätigt werden. Die im September 1901 in Nr. 10 des „Rabotscheje Delo" veröffentlichten Artikel der Führer des Auslandsbundes und die Abänderungen und Zusätze zur Resolution der Genfer Beratung, die von den Vertretern des Auslandsbundes während der Konferenz beantragt wurden, zeigten jedoch, daß der Auslandsbund nach wie vor eine opportunistische Stellung einnahm. Die Vertreter der „Iskra" und der Organisation „Sozialdemokrat" verlasen eine Erklärung und verließen die Konferenz.

W. I. Lenin nahm an der „Vereinigungs"konferenz unter dem Namen „Frey" teil und sprach unter diesem Namen. Dies war das erste öffentliche Auftreten Lenins unter den russischen Sozialdemokraten im Ausland. 223

[67] Der *„Auslandsbund russischer Sozialdemokraten"* wurde auf Initiative der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1894 in Genf gegründet. Zu Anfang leitete die Gruppe „Befreiung der Arbeit" den Bund und redigierte seine Veröffentlichungen. Später bekamen im Auslandsbund die opportunistischen Elemente (die „Jungen", die „Ökonomisten") die Oberhand. Im November 1898, in der ersten Konferenz des Auslandsbundes, lehnte es die Gruppe „Befreiung der Arbeit" ab, dessen Veröffentlichungen zu redigieren. Der endgültige Bruch und der Austritt der Gruppe „Befreiung der Arbeit" erfolgte im April 1900 in der zweiten Konferenz des Auslandsbundes, als die Gruppe „Befreiung der Arbeit" und ihre Gesinnungsgenossen die Konferenz verließen und die selbständige Organisation „Sozialdemokrat" gründeten. 225

[68] Die Organisation *„Sozialdemokrat"* entstand im Mai 1900 nach der Spaltung des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" in dessen zweiter Konferenz (April 1900 in Genf). Die Organisation veröffentlichte mehrere Broschüren. Im Oktober 1901 vereinigte sie sich mit der Auslandsabteilung der „Iskra"-„Sarja" zur „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie". 225

[69] *Berg* und *Gironde* — Bezeichnung der zwei politischen Gruppierungen der Bourgeoisie während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des

18. Jahrhunderts. Als Berg oder Jakobiner bezeichnete man die konsequentesten Vertreter der revolutionären Klasse der damaligen Zeit, der Bourgeoisie, die die Vernichtung des Absolutismus und Feudalismus forderten. Zum Unterschied von den Jakobinern schwankten die Girondisten zwischen Revolution und Konterrevolution und wählten den Weg des Paktierens mit der Monarchie.

„Sozialistische Gironde" nannte Lenin die opportunistische Strömung in der Sozialdemokratie, proletarische Jakobiner oder „Berg" die revolutionären Sozialdemokraten. Nach der Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki betonte Lenin des öfteren, daß die Menschewiki die girondistische Strömung in der Arbeiterbewegung darstellen. 227

70 Der *Lübecker Parteitag* der deutschen Sozialdemokratie fand vom 22. bis zum 28. September 1901 statt. Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteitags stand der Kampf gegen den Revisionismus, der sich zu dieser Zeit als rechter Flügel der Partei mit eigenem Programm und eigener Zeitschrift, den „Sozialistischen Monatsheften", konstituiert hatte. Bernstein, der Führer der Revisionisten, der schon lange vor dem Parteitag für die Revision des wissenschaftlichen Sozialismus eingetreten war, forderte in seiner Rede auf dem Parteitag „Freiheit der Kritik" am Marxismus. Der Parteitag lehnte den von den Anhängern Bernsteins eingebrachten Resolutionsentwurf ab. In der vom Parteitag angenommenen Resolution erhielt Bernstein eine direkte Verwarnung, aber die prinzipielle Frage, die Unmöglichkeit des Verbleibens der Bernsteinianer in den Reihen der Arbeiterpartei, wurde nicht aufgeworfen. 228 368

71 *„Arbeiterpartei zur politischen Befreiung Rußlands"* — eine kleine Organisation volkstümlerischer Richtung, die 1899—1902 in Minsk, Belostok und einigen anderen Städten bestand. 1902 traten die Mitglieder dieser Organisation der Partei der Sozialrevolutionäre bei. 228

72 Der *„Bund"* („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland") wurde 1897 gegründet und vereinigte hauptsächlich jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. Auf dem I. Parteitag der SDAPR im März 1898 schloß sich der „Bund" der SDAPR an. Auf dem II. Parteitag der SDAPR erhoben die Bundisten die Forderung, der „Bund" solle als einziger Vertreter des jüdischen Proletariats anerkannt werden. Nachdem der Parteitag den organisatorischen Nationalismus der Bundisten abgelehnt hatte, trat der „Bund" aus der Partei aus.

Im Jahre 1906, nach dem IV. („Vereinigungs"-) Parteitag, kehrte der „Bund" in die SDAPR zurück. Die Bundisten unterstützten stets die Men-

schewiki und führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bolschewiki. Formal zur SDAPR gehörend, war der „Bund" eine Organisation bürgerlich-nationalistischen Charakters. Der Programmforderung der Bolschewiki — Recht der Nationen auf Selbstbestimmung — stellte der „Bund" die Forderung nach kultureller nationaler Autonomie entgegen. Während des ersten Weltkriegs 1914—1918 standen die Bundisten auf dem Boden des Sozialchauvinismus; im Jahre 1917 unterstützte der „Bund" die konterrevolutionäre Provisorische Regierung und kämpfte auf seiten der Feinde der Sozialistischen Oktoberrevolution. In den Jahren des Bürgerkriegs schlossen sich namhafte Bundisten den Kräften der Konterrevolution an. Zur gleichen Zeit begann in den Reihen der einfachen Mitglieder des „Bund" ein Umschwung zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht. Als der Sieg der Diktatur des Proletariats über die innere Konterrevolution und die ausländischen Interventen klar entschieden war, erklärte der „Bund", daß er sich vom Kampf gegen die Sowjetmacht lossage. Im März 1921 löste sich der „Bund" selbst auf, ein Teil seiner Mitglieder trat nach den allgemein geltenden Bestimmungen individuell in die KPR(B) ein. Unter den in die Partei eingetretenen Bundisten befanden sich Doppelzüngler, die in die Partei gegangen waren, um sie von innen zu unterminieren; sie wurden später als Volksfeinde entlarvt. 229

[73] Lenin meint die Proklamation *„Erster Brief an die hungernden Bauern"*, die im Jahre 1892 mit der Unterschrift „Bauernfreunde" erschien. Die Proklamation wurde in etwa 1800 Exemplaren in einer illegalen Druckerei in Petersburg, der sogenannten Lachtaer Druckerei der „Gruppe der Narodowolzen", gedruckt. 236

[74] Die *„Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie"* wurde auf Initiative W. I. Lenins im Oktober 1901 gegründet. Die Liga bestand aus der Auslandsabteilung der Organisation „Iskra"-„Sarja" und der Organisation „Sozialdemokrat" (der die Gruppe „Befreiung der Arbeit" angehörte). Die Liga war die Vertretung der „Iskra" im Ausland. Sie veröffentlichte mehrere „Bulletins" und Broschüren, darunter die Broschüre W. I. Lenins „An die Dorfarmut". Der II. Parteitag der SDAPR bestätigte die Liga als einzige Auslandsorganisation der Partei mit den statutarischen Rechten eines Komitees. Nach dem II. Parteitag setzten sich die Menschewiki in der „Auslandsliga" fest und führten von dort aus den Kampf gegen Lenin und die Bolschewiki. 241

[75] Der erste Abschnitt von Lenins Arbeit „Innerpolitische Rundschau" wurde als Broschüre mit dem Titel „Der Kampf gegen die Hungernden" in zwei

Ausgaben herausgebracht. Die erste erschien als Sonderdruck aus Nr. 2—3 der „Sarja"; die zweite Ausgabe wurde in der illegalen „Iskra"-Druckerei in Kischinjow in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt. *253*

[76] Lenin zitiert „Die Geschichte einer Stadt" von M. J. Saltykow-Schtschedrin. (Siehe N. Schtschedrin [M. J. Saltykow], Sämtliche Werke, Band IX, S. 427 [deutsche Ausgabe, Berlin 1952, S. 295].) *263*

[77] Lenin meint das Buch von Nikolai-on (N. F. Danielson) „Abhandlungen über unsere Volkswirtschaft nach der Reform", das 1893 in Petersburg herausgegeben wurde. *279*

[78] *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) — Zeitung, die in Moskau seit 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwoleuten herausgegeben wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde sie wie auch die anderen konterrevolutionären Zeitungen verboten. *280*

[79] *„Swobodnoje Slowo"* (Das freie Wort) — Verlag, der im Ausland (England, Schweiz) die von der russischen Zensur verbotenen Werke L. N. Tolstois sowie Broschüren veröffentlichte, die gegen die Verfolgung der Sektenanhänger durch die zaristische Regierung gerichtet waren. Von 1899 bis 1901 gab der Verlag die Zeitschrift „Swobodnaja Mysl" (Der freie Gedanke) heraus und von 1901 bis 1905 die Zeitschrift „Swobodnoje Slowo". *297*

[80] *„Jushny Rabotschi"* (Der Arbeiter des Südens) — sozialdemokratische Zeitung, die von der Gruppe gleichen Namens von Januar 1900 bis April 1903 illegal herausgegeben wurde; insgesamt erschienen 12 Nummern. Die Zeitung wurde hauptsächlich in den sozialdemokratischen Organisationen Südrußlands verbreitet.

Lenin rechnete die Gruppe „Jushny Rabotschi" zu jenen Organisationen, „die zwar in Worten die ‚Iskra' als führendes Organ anerkannten, in Wirklichkeit aber ihre Sonderpläne verfolgten und sich durch Wankelmütigkeit in prinzipiellen Fragen auszeichneten". Die Gruppe existierte bis zum II. Parteitag der SDAPR. Von den führenden Mitgliedern dieser Gruppe gingen später die meisten zu den Menschewiki über. *319*

[81] Lenin zitiert eine Stelle aus dem Brief von Ferdinand Lassalle an Karl Marx vom 24. Juni 1852. (Siehe „Ferdinand Lassalle, Nachgelassene Briefe und Schriften", Bd. 3, Stuttgart-Berlin 1922, S. 51/52.) *326*

82 Die Demonstration am 6. (18.) Dezember 1876 war von Arbeitern und Studenten aus Protest gegen die Willkür der Selbstherrschaft organisiert worden. G. W. Plechanow, der an der Demonstration teilnahm, hielt eine revolutionäre Rede. Die Demonstration wurde von der Polizei auseinandergejagt. Viele Teilnehmer wurden verhaftet und zu Verbannung oder Zwangsarbeit verurteilt. *329*

83 Der Sammelband *„Der proletarische Kampf"* Nr. 1, herausgegeben von der „Uraler sozialdemokratischen Gruppe", wurde 1899 in der Druckerei der Gruppe gedruckt. Die auf dem Boden des „Ökonomismus" stehenden Verfasser des Sammelbands bestritten die Notwendigkeit, eine selbständige politische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, und waren der Ansicht, daß die politische Revolution mittels des Generalstreiks, ohne vorherige Organisation und Vorbereitung der Massen, ohne bewaffneten Aufstand, gemacht werden könne. *347*

84 *„Sozialdemokratische Arbeiterbibliothek"* — eine Broschürenreihe, die 1900 bis 1901 in Wilna und Petersburg illegal herausgegeben wurde. *347*

85 Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Berlin 1955, S. 18/19. *348*

86 Gemeint ist der große Studentenstreik im Winter 1901—1902. Am Streik nahmen etwa 30 000 Personen teil. *349*

87 Lenin meint den Prozeß gegen Dreyfus, einen französischen Generalstabsoffizier jüdischer Abstammung. Dreyfus wurde 1894 durch das Kriegsgericht auf Grund einer offenkundig falschen Anklage, die ihm Spionage und Landesverrat zur Last legte, zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Dieser provokatorische Prozeß war von den reaktionären Kreisen Frankreichs inszeniert worden. Die allgemeine Bewegung zur Verteidigung Dreyfus', die sich in Frankreich entfaltete, deckte die Korruption der Gerichtsbehörden auf und hatte die Zuspitzung des politischen Kampfes zwischen Republikanern und Monarchisten zur Folge. 1899 wurde Dreyfus begnadigt und freigelassen. Erst 1906, nach der Wiederaufnahme des Verfahrens, wurde Dreyfus rehabilitiert. *349*

88 Das Buch *„Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung"* wurde von Lenin Ende 1901—Anfang 1902 verfaßt. In dem in der „Iskra" Nr. 4 (Mai 1901) veröffentlichten Artikel „Womit beginnen?" schrieb Lenin, der Artikel sei der „Entwurf eines Planes..., den wir in einer Broschüre, die für den Druck vorbereitet wird, ausführlicher entwickeln werden".

Im Herbst 1901 begann Lenin unmittelbar mit der Arbeit an dem Buch. In dem im November 1901 verfaßten Vorwort zur Broschüre „Dokumente

der ‚Vereinigungs'konferenz" teilte Lenin mit, daß die Arbeit „in Vorbereitung ist und in kurzer Zeit erscheinen wird". Im Dezember veröffentlichte Lenin in Nr. 12 der „Iskra" den Artikel „Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus", den er später als Konzept für „Was tun?" bezeichnete. Im Februar 1902 schrieb Lenin das Vorwort zu „Was tun?". Anfang März erschien das Buch im Dietz Verlag, Stuttgart, wovon in Nr. 18 der „Iskra" am 10. März 1902 Mitteilung gemacht wurde.

Die Gedanken, die Lenin in „Was tun?" darlegte und begründete, wurden von Genossen Stalin verteidigt und weiterentwickelt. Seine Broschüre „Kurze Darlegung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei", die im Frühjahr 1905 geschrieben wurde, knüpft unmittelbar an Lenins Buch „Was tun?" an. (Siehe J. W. Stalin, Werke, Bd. 1, S. 77—112.) Der Verteidigung der in „Was tun?" entwickelten Gedanken Lenins galt auch der Artikel des Genossen Stalin „Antwort an den ‚Sozialdemokrat'", der in der Zeitung „Borba Proletariata" (Der Kampf des Proletariats) im August 1905 veröffentlicht wurde. (Siehe J. W. Stalin, Werke, Bd. 1, S. 138—149.) Lenin schätzte den Artikel sehr und hob hervor, daß in diesem Artikel „die berühmte Frage des ‚Hineintragens des Bewußtseins von außen' hervorragend behandelt wurde".

Als „Was tun?" 1907 im Sammelband „12 Jahre" neu herausgegeben wurde, strich Lenin den Paragraphen „a" des 5. Kapitels: „Wer fühlt sich durch den Artikel ‚Womit beginnen?' gekränkt?" und wies im Vorwort darauf hin, daß er die Arbeit „mit sehr geringfügigen Kürzungen, unter Auslassung lediglich organisatorischer Einzelheiten oder kleiner polemischer Bemerkungen" veröffentliche. Gleichzeitig fügte Lenin mehrere neue Anmerkungen hinzu.

Im vorliegenden Band wird „Was tun?" nach dem Text der Ausgabe von 1902, der mit der Ausgabe von 1907 verglichen wurde, veröffentlicht. *355*

[89] *„Rabotschaja Gaseta"* (Arbeiterzeitung) — illegales Organ der Kiewer Gruppe der Sozialdemokraten. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im August 1897 und Nr. 2 im Dezember (datiert November) desselben Jahres. Auf dem I. Parteitag der SDAPR wurde die „Rabotschaja Gaseta" als offizielles Organ der Partei anerkannt. Aber nach dem Parteitag erschien die Zeitung nicht mehr, da die Druckerei von der Polizei ausgehoben und die Mitglieder des Zentralkomitees verhaftet worden waren. *358*

[90] *Lassalleaner und Eisenacher* — zwei Parteien in der deutschen Arbeiterbewegung während der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Den Kern der *Lassalleaner* bildete der 1863 von Lassalle gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein". Da die Lassalleaner den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mit Hilfe von Arbeiterassoziationen, die vom kapitalistischen Staat unterstützt werden, für möglich hielten, versuchten sie an die Stelle des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse den Kampf für das allgemeine Wahlrecht und die friedliche Arbeit im Parlament zu setzen.

Marx übte an den Lassalleanern scharfe Kritik und stellte fest, daß sie „schließlich zu einfachen Werkzeugen der Polizei geworden sind, nachdem sie jahrelang die Organisierung des Proletariats gehemmt hatten". Eine Einschätzung der theoretischen Ansichten der Lassalleaner und ihrer Taktik gab Marx in seinen Schriften „Kritik des Gothaer Programms", „Die vorgebliche Spaltung in der Internationale" und im Briefwechsel mit Engels.

Die *Eisenacher*, Anhänger des Marxismus, standen unter dem ideologischen Einfluß von Karl Marx und Friedrich Engels. Unter Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel gründeten sie 1869 auf dem Eisenacher Parteitag die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands.

Zwischen diesen beiden Parteien wurde ein erbitterter Kampf geführt.

Unter dem Einfluß des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der verschärften Verfolgungen durch die Regierung schlossen sich beide Parteien auf dem Gothaer Parteitag 1875 zur einheitlichen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen, in der die Lassalleaner den opportunistischen Flügel bildeten.

Eine Charakteristik der Lassalleaner und Eisenacher gab Lenin in dem im August 1913 geschriebenen Artikel „August Bebel". *361*

91 *Guesdisten und Possibilisten* — zwei Strömungen in der französischen sozialistischen Bewegung, die 1882 nach der Spaltung der französischen Arbeiterpartei entstanden.

Die *Guesdisten*, Anhänger von Jules Guesde, bildeten die linke, marxistische Strömung, die für eine selbständige revolutionäre Politik des Proletariats eintrat; 1901 gründeten die Guesdisten die Sozialistische Partei Frankreichs.

Die *Possibilisten* waren eine kleinbürgerliche, reformistische Strömung, die das Proletariat von revolutionären Kampfmethoden abzubringen suchte. Die Possibilisten wollten die Tätigkeit der Arbeiterklasse auf den Rahmen des im Kapitalismus „Möglichen" (possible — möglich) beschränken. 1902 bildeten die Possibilisten zusammen mit anderen reformistischen Gruppen die Französische Sozialistische Partei.

1905 schlossen sich die Sozialistische Partei Frankreichs und die Französische Sozialistische Partei zu einer Partei zusammen. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914—1918 ging Jules Guesde mit der gesamten Führung der Französischen Sozialistischen Partei in das Lager des Sozialchauvinismus über. *361*

92 *Fabier* — Mitglieder der reformistischen, opportunistischen „Gesellschaft der Fabier", die 1884 in England von einer Gruppe bürgerlicher Intellektueller gegründet wurde. Die Gesellschaft nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer"), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Die Fabier lenkten das Proletariat vom Klassenkampf ab und predigten den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels kleiner Reformen.

Engels gab eine Einschätzung der Fabier in dem Brief an Sorge vom 18. Januar 1893. Lenin charakterisierte die Fabier des öfteren in seinen Schriften, so zum Beispiel im Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere", in den Arbeiten „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution", „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie" u. a. *361*

93 Lenin zitiert die Vorrede von Friedrich Engels zur dritten Auflage der Schrift von Karl Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte". (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 225.) *363*

94 *„Bessaglawzen"* — die Organisatoren und Mitarbeiter der 1906 in Petersburg herausgegebenen Zeitschrift „Bes saglawija" (Ohne Titel): S. N. Prokopowitsch, J. D. Kuskowa, W. J. Bogutscharski u. a. Die „Bessaglawzen" bekannten sich offen zum Revisionismus, sie unterstützten die Menschewiki und die Liberalen und waren gegen eine selbständige Politik des Proletariats. Lenin nannte die „Bessaglawzen" menschewisierende Kadetten oder kadettisierende Menschewiki. *365*

95 *Jlowaiski, D. J.* (1832—1920) — Historiker, Autor vieler offizieller Geschichtslehrbücher, die in den Grund- und Mittelschulen des vorrevolutionären Rußlands weit verbreitet waren. In seinen Lehrbüchern reduzierte sich die Geschichte hauptsächlich auf das Wirken von Zaren und Feldherren; der Lauf der Geschichte wurde durch zweitrangige und zufällige Umstände erklärt. *366*

96 *Kathedersozialismus* — eine Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie, die in Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand. Die Vertreter dieser Richtung predigten von den Universitätskathedern einen bürgerlich-liberalen Reformismus, den sie als Sozialismus ausgaben. Die Kathedersozialisten behaupteten, der bürgerliche Staat stehe über den Klassen und sei fähig, die feindlichen Klassen miteinander auszusöhnen und allmählich den „Sozialismus" einzuführen; die Interessen der Kapitalisten sollten dabei nicht angetastet, die Forderungen der Werktätigen aber nach Möglichkeit berücksichtigt werden. In Rußland wurden die Anschauungen der Kathedersozialisten von den „legalen Marxisten" propagiert. *367*

97 *Hannoversche Resolution* — Resolution zu den „Angriffen auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei", die vom Hannoverschen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (9.—14. Oktober 1899) angenommen wurde. Die Erörterung dieser Frage auf dem Parteitag und die Annahme einer besonderen Resolution waren deshalb notwendig, weil die Opportunisten unter Bernsteins Führung mit einer Revision der marxistischen Theorie hervorgetreten waren und eine Revision der revolutionären Politik und Taktik der Sozialdemokratie forderten. Die vom Parteitag angenommene Resolution lehnte die Forderungen der Revisionisten ab, enthielt jedoch keine Kritik, keine Entlarvung des Bernsteinianertums. Auch die Anhänger Bernsteins stimmten für diese Resolution. *368*

98 Der *Stuttgarter Parteitag* der deutschen Sozialdemokratie (3.—8. Oktober 1898) war der erste, auf dem die Frage des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie erörtert wurde. Auf dem Parteitag wurde eine Erklärung Bernsteins, der am Parteitag nicht teilnahm, verlesen, in der er die von ihm früher in einer Reihe von Artikeln geäußerten opportunistischen Ansichten darlegte und verteidigte. Unter den Gegnern Bernsteins herrschte auf dem Parteitag keine Einmütigkeit. Die einen (Bebel, Kautsky u. a.) sprachen sich für einen ideologischen Kampf und eine Kritik an den Fehlern Bernsteins aus, waren aber dagegen, die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen gegen Bernstein zu ergreifen. Die anderen, mit Rosa Luxemburg an der Spitze — sie waren die Minderheit —, traten entschiedener gegen das Bernsteinianertum auf. *368*

99 *Starower* — Pseudonym A. N. Potressows, Redaktionsmitglied der „Iskra", später Menschewik. *369*

100 *„Vom Schriftsteller, der überheblich wurde"* — Titel einer der frühen Erzählungen A. M. Gorkis. *371*

101 Lenin meint den Sammelband *„Materialien zur Charakteristik unserer wirtschaftlichen Entwicklung"*, der im April 1895 in einer legalen Druckerei in 2000 Exemplaren gedruckt wurde. Der Sammelband enthielt den Artikel W. I. Lenins (unter dem Verfassernamen *K. Julin*) „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und seine Kritik in dem Buch des Herrn Struve (Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur)"; der Artikel war gegen die „legalen Marxisten" gerichtet. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 315—484, russ.) 372

102 Der *„Protest russischer Sozialdemokraten"* wurde von Lenin 1899 in der Verbannung geschrieben. Er war gegen das „Credo" gerichtet, das Manifest einer Gruppe von „Ökonomisten" (S. N. Prokopowitsch, J. D. Kuskowa und andere, die später Kadetten wurden). Lenin erhielt das „Credo" durch seine Schwester A. I. Jelisarowa und verfaßte daraufhin einen scharfen und anprangernden Protest.

Der „Protest" wurde in einer Beratung von siebzehn politisch verbannten Marxisten, die Lenin in das Dorf Jermakowskoje, Minussinsker Bezirk, einberief, erörtert und einstimmig angenommen. Die Kolonien der Verbannten in Turuchansk und Orlow (Gouvernement Wjatka) schlossen sich dem „Protest" an.

Der „Protest russischer Sozialdemokraten" wurde von Lenin an die Gruppe „Befreiung der Arbeit" ins Ausland geschickt. Anfang 1900 veröffentlichte G. W. Plechanow den „Protest" auch in dem Sammelband „Vademecum (Wegweiser. *Die Red.*) für die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'". 374

103 *„Byloje"* (Vergangenes) — Zeitschrift für Geschichte, die von 1906 bis 1907 in Petersburg als Monatsschrift herausgegeben wurde. 1908 erschien die Zeitschrift mit dem Titel „Minuwschije Gody" (Verflossene Jahre) und wurde von der zaristischen Regierung verboten. Im Juli 1917 wurde die Herausgabe der Zeitschrift in Petrograd wiederaufgenommen und bis 1926 fortgesetzt. 374

104 *„Vademecum für die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'"* — Sammelband von Materialien und Dokumenten mit einem Vorwort von G. W. Plechanow, in denen die opportunistischen Ansichten des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" und der Redaktion des Organs des Auslandsbundes, der Zeitschrift „Rabotscheje Delo", entlarvt wurden. Der Sammelband wurde von G. W. Plechanow zusammengestellt und 1900 von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" in Genf herausgegeben. 374

105 *„Profession de foi"* — Flugschrift, die Ende 1899 verfaßt wurde und in der

die opportunistischen Ansichten des Kiewer Komitees dargelegt waren. Der Inhalt der Flugschrift stimmt in vielem mit dem bekannten „Credo" der „Ökonomisten" überein. Lenin kritisierte dieses Dokument in dem Artikel „Aus Anlaß der ‚Profession de foi'". (Siehe Werke, Bd. 4, S. 280—290.) *374*

[106] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1955, S. 9. *379*

[107] Lenin bringt einen Auszug aus der Vorbemerkung von Friedrich Engels zu dessen Arbeit „Der deutsche Bauernkrieg". (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 618—620.) *383*

[108] *„Russkaja Starina"* (Das alte Rußland) — Monatsschrift für Geschichte, die von 1870 bis 1918 in Petersburg erschien. *387*

[109] *„St. Peterburgski Rabotschi Listok"* (St. Petersburger Arbeiterblatt) — illegale Zeitung, Organ des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse". Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im Februar (datiert Januar) 1897 (von der in Rußland auf einem Mimeographen 300 bis 400 Exemplare hergestellt wurden) und Nr. 2 im September 1897 in Genf. *388*

[110] Die von Lenin erwähnte *„private Versammlung"* fand zwischen dem 14. und 17. Februar (26. Februar und 1. März) 1897 in Petersburg statt. An der Versammlung nahmen W. I. Lenin, A. A. Wanejew, G. M. Krshishanowski und andere Mitglieder des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" teil, also die „Alten", die vor der Verschickung in die sibirische Verbannung für drei Tage aus dem Gefängnis entlassen waren, und die „Jungen", die den „Kampfbund" nach der Verhaftung Lenins leiteten. *389*

[111] Der *„Listok ‚Rabotnika'"* (Blatt des „Arbeiters") wurde 1896—1899 in Genf vom „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" herausgegeben. Es erschienen 10 Nummern. Die Nummern 1—8 des „Listok ‚Rabotnika'" wurden von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" redigiert. Infolge der Wendung zum „Ökonomismus", die die Mehrheit der Mitglieder des Auslandsbundes vollzogen hatte, lehnte die Gruppe „Befreiung der Arbeit" die Redaktion der Veröffentlichungen des Auslandsbundes ab. Nummer 9/10 des „Listok ‚Rabotnika'" wurde von einer neuen, vom Auslandsbund gebildeten Redaktion herausgegeben. *389*

[112] Der *„Artikel von W. I-n"* — ein Artikel von W. P. Iwanschin. *390*

[113] *W. W.* — Pseudonym für W. P. Woronzow, einen Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Mit den *„W. W.s der russischen Sozialdemokratie"* meint Lenin

die Vertreter der opportunistischen Strömung in der russischen Sozialdemokratie, die „Ökonomisten". *392*

114 Die *Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine* wurden 1868 in Deutschland von den liberalen Bourgeois Hirsch und Duncker gegründet, die die „Harmonie der Klasseninteressen" predigten, die Arbeiter vom revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie abzubringen suchten und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung auf die von Hilfskassen und Kultur- und Bildungsorganisationen beschränkten. *397*

115 *„Nakanune"* (Am Vorabend) — Zeitschrift der Volkstümlerrichtung, wurde in London von Januar 1899 bis Februar 1902 in russischer Sprache herausgegeben. Es erschienen 37 Nummern. Um die Zeitschrift gruppierten sich die Vertreter verschiedener kleinbürgerlicher Parteien. *399*

116 Unter dem Pseudonym *N. Beltow* veröffentlichte G. W. Plechanow das bekannte Buch „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung", das 1895 legal in Petersburg erschien. *406*

117 Es handelt sich um die satirische „Hymne des neuesten russischen Sozialisten", die in der „Sarja" Nr. 1 (April 1901) mit der Unterschrift *„Narziß Tuporylow"* (Narziß Plattschnauze) veröffentlicht wurde. In der „Hymne" werden die „Ökonomisten" mit ihrer Anpassung an die spontane Bewegung verspottet. Der Verfasser des Gedichtes war J. O. Martow. *407*

118 In der „Iskra" Nr. 7 (August 1901) wurde in der Rubrik „Chronik der Arbeiterbewegung und Briefe aus Fabriken und Werken" der Brief eines Webers veröffentlicht, der von dem großen Einfluß zeugte, den die Leninsche „Iskra" auf die fortgeschrittenen Arbeiter hatte.

„... Ich habe vielen Kollegen die ‚Iskra' gezeigt, die ganze Nummer ist zerlesen, und dabei ist sie so wertvoll...", schrieb der Arbeiter. „Was hier steht, ist unsere Sache, die Sache ganz Rußlands, die läßt sich nicht nach Kopeken berechnen und nicht nach Stunden messen; wenn man das Heft liest, dann wird einem klar, warum die Gendarmen und die Polizei solche Furcht haben vor uns Arbeitern und vor den Intellektuellen, die uns vorangehen. Sie sind auch wirklich furchtbar für den Zaren, für die Unternehmer und all die andern, und nicht nur für den Geldsack der Unternehmer... Das Arbeitervolk kann jetzt leicht auflodern, schon glimmt alles unten, nur noch ein Funke, und der Brand bricht aus. Wie richtig ist das gesagt, daß aus dem Funken die Flamme schlägt!... Früher war jeder Streik ein Ereignis, jetzt aber sieht ein jeder, Streik allein ist nichts, jetzt muß man für die Freiheit kämpfen, muß man sie mutig erringen. Alle, alt und jung, würden jetzt gern lesen, aber das ist ja unser Kummer, wir haben keine

Bücher. Vorigen Sonntag habe ich elf Leute zusammengeholt und ‚Womit beginnen?' vorgelesen, und erst spät in der Nacht sind wir nach Haus gegangen. Wie richtig da alles gesagt ist, wie tief ist alles ergründet... Es drängt uns, an Eure ‚Iskra' einen Brief zu schreiben, damit sie uns nicht nur lehrt, wie man beginnen, sondern auch, wie man leben und sterben muß." *446*

119 *„Rossija"* (Rußland) — gemäßigt-liberale Zeitung, die von 1899 bis 1902 in Petersburg erschien. *451*

120 *„St.-Peterburgskije Wedomosti"* (St. Petersburger Nachrichten) — Zeitung, die in Petersburg seit 1728 als Fortsetzung der 1703 gegründeten ersten russischen Zeitung „Wedomosti" (Nachrichten) erschien. Von 1728 bis 1874 wurden die „St.-Peterburgskije Wedomosti" von der Akademie der Wissenschaften und ab 1875 vom Ministerium für Volksbildung herausgegeben. Die Zeitung erschien bis Ende 1917. *453*

121 Gemeint ist die *„Arbeitergruppe zum Kampf gegen das Kapital"* — eine kleine, in ihren Ansichten dem „Ökonomismus" nahestehende Gruppe, die im Frühjahr 1899 in Petersburg entstand. Die Gruppe stellte auf dem Mimeographen das Flugblatt „Unser Programm" her, das nicht verbreitet werden konnte, weil die Gruppe verhaftet wurde. *460*

122 *N. N.* — S. N. Prokopowitsch, ein aktiver „Ökonomist", später Kadett. *466*

123 Lenin meint seine revolutionäre Tätigkeit in Petersburg in den Jahren 1893 bis 1895. *483*

124 Gemeint ist die Broschüre *„Bericht über die russische sozialdemokratische Bewegung an den Internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1900"*. Der Bericht wurde dem Kongreß im Auftrag des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" von der Redaktion des „Rabotscheje Delo" vorgelegt und 1901 vom Auslandsbund in Genf als Broschüre herausgegeben. Die Broschüre enthielt auch den Bericht des „Bund" („Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland und Polen"). *501*

125 Diese Anmerkung wurde von Lenin aus konspirativen Gründen hinzugefügt. Die Tatsachen werden hier in derselben Reihenfolge geschildert, wie sie sich wirklich ereignet haben. *515*

126 Gemeint sind die Verhandlungen des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" mit Lenin, der die beiden im Text erwähnten Broschüren in der zweiten Hälfte des Jahres 1897 schrieb. *515*

127 Gemeint sind die Verhandlungen, die das Zentralkomitee des „Bund" mit W. I. Lenin führte. *516*

[128] Mit der *„vierten Tatsache"* meint Lenin den Versuch des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" und des „Bund", im Frühjahr 1900 einen zweiten Parteitag einzuberufen. Das von Lenin erwähnte *„Mitglied eines Komitees"* ist I. Ch. Lalajanz (Mitglied des Jekaterinoslawer sozialdemokratischen Komitees), der im Februar 1900 zu Verhandlungen mit W. I. Lenin nach Moskau kam. *516*

[129] Lenin zitiert den Artikel D. I. Pissarews „Fehlschlüsse eines unreifen Gedankens". (Siehe D. I. Pissarew, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, 1935, S. 124, 125, russ.) *530*

[130] Lenin meint folgende Stelle aus der Arbeit von Karl Marx „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte":

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce." (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 226.) *531*

[131] *Janitscharen* — privilegierte türkische Fußtruppe; wurde 1826 aufgelöst. Die Janitscharen plünderten die Bevölkerung aus und waren ihrer unerhörten Grausamkeit wegen berüchtigt. Lenin bezeichnet die zaristische Polizei als Janitscharen. *535*

[132] Diese Beilage wurde von Lenin 1907 bei der Neuausgabe von „Was tun?" im Sammelband „12 Jahre" weggelassen. *542*

[133] In der „Iskra" Nr. 18 vom 10. März 1902 erschien in der Rubrik „Aus der Partei" die Notiz „Polemik der ‚Sarja' mit der Redaktion des ‚Vorwärts'", in der die Bilanz dieser Polemik gezogen wurde. *547*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(Mai 1901 bis Februar 1902)

1901

Vor dem 13. (26.) Mai	Lenin beginnt mit der Arbeit an dem Buch „Was tun?".
13.—15. (26. bis 28.) Mai	In Nr. 4 der „Iskra" wird der Aufsatz Lenins „Womit beginnen?" veröffentlicht; in diesem Aufsatz entwarf Lenin einen konkreten Plan für den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der später in dem Buch „Was tun?" weiterentwickelt wurde.
Mai—Juni	Lenin leitet die Organisierung des Transports der „Iskra" nach Rußland. Lenin verhandelt mit der „Iskra"-Gruppe in Baku über den Nachdruck der „Iskra" in der dortigen Geheimdruckerei, die unter der Leitung J. W. Stalins von W. S. Kezchoweli eingerichtet wird. In Briefen an die „Iskra"-Vertrauensleute gibt Lenin die Weisung, Beiträge aus den erschienenen Nummern der Zeitung in der „Iskra"-Druckerei in Kischinjow nachzudrucken.
Vor dem 24. Juni (Anfang Juli)	Lenin schreibt den Artikel „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus".
24. und 26. Juni (7. und 9. Juli)	Lenin wirft vor den Redaktionsmitgliedern der „Iskra" die Frage auf, einen Entwurf des Parteiprogramms auszuarbeiten.
24. Juni bis 17. Juli (7. bis 30. Juli)	Bei der Erörterung von Lenins Artikel „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus" in der Redaktion der „Iskra" zeigt es sich, daß zwischen Lenin und Plechanow über das Verhältnis zu den Liberalen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Lenin lehnt es ab, den Grundton des Artikels zu ändern und seine prinzipielle Position in bezug auf das Verhältnis zu den Liberalen zu revidieren.

Juni	In Nr. 5 der „Iskra" erscheint der Artikel Lenins „Ein neues Blutbad" über den Kampf der Obuchow-Arbeiter.
Juni—September	Lenin schreibt die Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'", die gegen die revisionistischen „Kritiker" der marxistischen Theorie der Agrarfrage gerichtet ist.
Juli	In einem Brief an einen „Iskra"-Anhänger protestiert Lenin kategorisch gegen den Plan, in Petersburg ein Bezirksorgan der russischen „Iskra"-Organisation herauszugeben, da er diesen Plan als eine Rückkehr zur Handwerklerei betrachtet.
	Der Artikel Lenins „Ein wertvolles Geständnis" wird in Nr. 6 der „Iskra" veröffentlicht.
31. Juli bis 12. August (13.—25. August)	Lenin erhält aus Rußland die erste in der Geheimdruckerei der „Iskra" in Kischinjow gedruckte Broschüre N. K. Krupskajas „Die Arbeiterin".
August	Der Artikel Lenins „Die Lehren der Krise" wird in Nr. 7 der „Iskra" veröffentlicht. Lenin schickt einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf für eine gesamtrussische Organisation der „Iskra" an die „Iskra"-Vertrauensleute in Rußland.
10. (23.) September	Der Artikel Lenins „Die Fronherren an der Arbeit" wird in Nr. 8 der „Iskra" veröffentlicht.
20. September (3. Oktober)	Lenin nimmt an einer Beratung von Vertretern der Auslandsorganisationen der „Iskra" und des „Sozialdemokrat" in Zürich teil. Die Beratung beauftragt Lenin, in der „Vereinigungs"konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR zu sprechen.
21. September (4. Oktober)	Lenin hält eine Rede in der „Vereinigungs"konferenz der Organisationen der „Iskra", des „Sozialdemokrat", des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten", des „Bund" und der Gruppe „Borba" und entlarvt den Opportunismus der Führer des Auslandsbundes.
22. September (5. Oktober)	Nach der Verlesung einer Deklaration über den endgültigen Bruch mit dem Auslandsbund verläßt Lenin zusammen mit den Vertretern der Auslandsorganisationen der „Iskra" und des „Sozialdemokrat" die „Vereinigungs"konferenz.

Ende September bis Anfang Oktober (Oktober)	Lenin führt Verhandlungen mit einem aus Rußland gekommenen Vertrauensmann der „Iskra" und gibt Weisungen zur Gründung einer gesamtrussischen „Iskra"-Organisation. Lenin beteiligt sich an der Organisierung der auf seine Initiative hin gebildeten „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", die die Anhänger der „Iskra" und des „Sozialdemokrat" vereinigt.
Oktober	Die Artikel Lenins „Der Kampf gegen die Hungernden", „Antwort an das St. Petersburger Komitee" und „Auslandsangelegenheiten" werden in Nr. 9 der „Iskra" veröffentlicht.
Vor dem 20. November (vor dem 3. Dezember)	Der Artikel Lenins „Zuchthausbestimmungen und ein Zuchthausurteil" wird in Nr. 10 der „Iskra" veröffentlicht.
20. November (3. Dezember)	Lenins Artikel „Der Protest des finnischen Volkes" erscheint in Nr. 11 der „Iskra".
Vor dem 5. (18.) Dezember	In einem Brief an die „Iskra"-Organisationen in Rußland teilt Lenin mit, daß sein Buch „Was tun?" demnächst erscheint.
5. (18.) Dezember	In einem Brief an einen Vertrauensmann der „Iskra" protestiert Lenin kategorisch gegen die Ausnutzung der „Iskra"-Druckerei in Kischinjow zum Druck von Schriften mit „ökonomistischer" Tendenz.
Vor dem 6. (19.) Dezember	Im Namen der „Iskra"-Redaktion schreibt Lenin einen Glückwunsch zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der revolutionären Tätigkeit G. W. Plechanows.
6. (19.) Dezember	Der Artikel Lenins „Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus" erscheint in Nr. 12 der „Iskra".
Zwischen dem 6. und 10. (19. und 23.) Dezember	In Nr. 2—3 der Zeitschrift „Sarja" werden folgende Artikel Lenins abgedruckt: „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage" (die erste Arbeit mit der Unterschrift *N. Lenin*) und die „Innerpolitische Rundschau".
20. Dezember (2. Januar 1902)	Der Artikel Lenins „Der Beginn der Demonstrationen" wird in Nr. 13 der „Iskra" veröffentlicht. In der gleichen Nummer wird das Erscheinen von Nr. 1 der Zeitung „Brdsola" (Der

	Kampf) vermerkt, der auf Initiative J. W. Stalins gegründeten illegalen georgischen Zeitung der Leninschen „Iskra"-Richtung.
21. Dezember (3. Januar 1902)	Lenin erhält das erste in der Geheimdruckerei der „Iskra" in Kischinjow gedruckte Exemplar von Nr. 10 der „Iskra".

1902

Anfang Januar (Mitte Januar)	Lenin schreibt die kritischen Bemerkungen zu dem von Plechanow verfaßten ersten Entwurf des Programms der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
8. (21.) Januar	In einer Beratung der „Iskra"-Redaktion in München kritisiert Lenin den von Plechanow verfaßten ersten Programmentwurf und bringt seine Verbesserungen und Vorschläge vor.
Zwischen dem 8. und 25. Januar (21. Januar und 7. Februar)	Lenin verfaßt einen neuen Entwurf des Programms der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
15. (28.) Januar	Der Artikel Lenins „Zum Staatshaushalt" wird in Nr. 15 der „Iskra" veröffentlicht.
Ende Januar (erste Februarhälfte)	In einer Konferenz der Anhänger der „Iskra" wird in Samara auf Weisung Lenins die gesamtrussische Organisation der „Iskra" gegründet.
1. (14.) Februar	Der Artikel Lenins „Politische Agitation und ‚Klassenstandpunkt'" wird in Nr. 16 der „Iskra" veröffentlicht.
Februar	Lenin schreibt das Vorwort zu dem Buch „Was tun?".
Ende Februar—erste Märzhälfte (März)	Lenin schreibt die kritischen Bemerkungen zum zweiten von Plechanow verfaßten Entwurf des Programms der SDAPR.
5. (18.) März	Lenin verfaßt für die Belostoker Konferenz der SDAPR den „Bericht der ‚Iskra'-Redaktion für die Beratung (Konferenz) der Komitees der SDAPR" und einen Resolutionsentwurf, nimmt an der Beratung der Redaktion der „Iskra" teil und gibt dem zur Konferenz nach Belostok entsandten Delegierten der „Iskra" Instruktionen.
Anfang März (Mitte März)	In Stuttgart erscheint das Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung", in dem Lenin die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei entwickelt hat.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII-VIII

1901

Womit beginnen? .. .. 1—13
Ein neues Blutbad .. .. 14—19
Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus .. 21—73
I 26
II 34
III 40
IV 47
V 54
VI 65
Ein wertvolles Geständnis .. .. 74—81
Die Lehren der Krise .. .. 82—87
Die Fronherren an der Arbeit .. .. 88—93
Eine Semstwotagung .. .. 94—96
Die Agrarfrage und die „Marxkritiker" .. .. 97—221
I. Das „Gesetz" vom abnehmenden Bodenertrag 101
II. Die Rententheorie 114
III. Die Maschinen in der Landwirtschaft 125
IV. Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Von den „Kritikern" aufgeworfene Einzelfragen 141
V. „Das Gedeihen der fortgeschrittenen modernen Kleinwirtschaften." Das Beispiel Badens 156

VI. Die Produktivität des Kleinbetriebs und des Großbetriebs. Ein Beispiel aus Ostpreußen 163

VII. Die badische Enquete über die Bauernwirtschaft 178

VIII. Die allgemeinen Angaben der deutschen landwirtschaftlichen Statistik für die Jahre 1882 und 1895. Die Frage der Mittelbetriebe 190

IX. Die Molkereiwirtschaft und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland. Die deutsche Landbevölkerung nach ihrer Stellung in der Wirtschaft 202

„Vereinigungs"konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR 21.—22. September (4.—5. Oktober) 1901 .. .. 223—230

1. Rede vom 21. September (4. Oktober). (Protokollarische Niederschrift) 225

2. Fragen, die dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" in der „Vereinigungs"konferenz vom 21. September (4. Oktober) 1901 vorgelegt wurden 230

Der Kampf gegen die Hungernden .. .. 231—238

Antwort an das St. Petersburger Komitee .. .. 239—240

Auslandsangelegenheiten .. .. 241—242

Zuchthausbestimmungen und ein Zuchthausurteil .. .. 243—249

Innerpolitische Rundschau .. .. 251—306

I. Die Hungersnot 253

II. Das Verhalten zur Krise und zur Hungersnot 275

III. Das dritte Element 283

IV. Zwei Adelsmarschallsreden 292

Vorwort zur Broschüre „Dokumente der ‚Vereinigungs'konferenz" 307—310

Der Protest des finnischen Volkes .. .. 311—316

Über die Zeitschrift „Swoboda" .. .. 317—318

Eine Auseinandersetzung mit Verteidigern des Ökonomismus .. .. 319—327

Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der revolutionären Tätigkeit G. W. Plechanows 328

Der Beginn der Demonstrationen .. .. 329—332

Über den Brief der „Arbeiter aus dem Süden" 333
Anarchismus und Sozialismus .. .. 334—337

1902

Zum Staatshaushalt .. .. 338—344
Politische Agitation und „Klassenstandpunkt" .. .. 345—351
Antwort an den „Leser" .. .. 352—353
Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung .. .. 355—551
Vorwort 357
I. Dogmatismus und „Freiheit der Kritik" 361
a) Was heißt „Freiheit der Kritik"? 361
b) Die neuen Verteidiger der „Freiheit der Kritik" 365
c) Die Kritik in Rußland 370
d) Engels über die Bedeutung des theoretischen Kampfes .. 378
II. Spontaneität der Massen und Bewußtheit der Sozialdemokratie 383
a) Der Beginn des spontanen Aufschwungs 384
b) Die Anbetung der Spontaneität. Die „Rabotschaja Mysl" 389
c) Die „Gruppe der Selbstbefreiung" und das „Rabotscheje Delo" 399
III. Trade-unionistische und sozialdemokratische Politik 409
a) Die politische Agitation und ihre Einengung durch die Ökonomisten 410
b) Die Geschichte darüber, wie Plechanow von Martynow vertieft wurde 421
c) Die politischen Enthüllungen und die „Erziehung zur revolutionären Aktivität" 425
d) Was hat der Ökonomismus mit dem Terrorismus gemein? 431
e) Die Arbeiterklasse als der Vorkämpfer der Demokratie .. 435
f) Noch einmal die „Verleumder", noch einmal die „Mystifikatoren" 451
IV. Die Handwerklerei der Ökonomisten und die Organisation der Revolutionäre 455

a) Was ist Handwerklerei? 456
b) Handwerklerei und Ökonomismus 460
c) Die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Revolutionäre 467
d) Der Umfang der Organisationsarbeit 484
e) „Verschwörer"organisation und „Demokratismus" 491
f) Örtliche und gesamtrussische Arbeit 500
V. „Plan" einer gesamtrussischen politischen Zeitung 511
a) Wer fühlt sich durch den Artikel „Womit beginnen?" gekränkt? 512
b) Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein? .. 518
c) Welchen Organisationstypus brauchen wir? 530
Schluß 538
Beilage. Versuch einer Vereinigung der „Iskra" mit dem „Rabotscheje Delo" 542
Berichtigung zu „Was tun?" 550
Anmerkungen .. .. 553—580
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins .. .. 581—586

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite der „Iskra" Nr. 4 mit dem Artikel W. I. Lenins „Womit beginnen?" — 1901 3
Umschlag der Zeitschrift „Sarja" Nr. 2—3, 1901, in der folgende Arbeiten von W. I. Lenin veröffentlicht wurden: „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel der Arbeit „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage") und „Innerpolitische Rundschau" 23
Titelblatt der Zeitschrift „Obrasowanije" Nr. 2, 1906, in der Kapitel V—IX der Schrift W. I. Lenins „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" veröffentlicht wurden 99
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Über die Zeitschrift ‚Swoboda'" — 1901 .. .. 316—317
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Anarchismus und Sozialismus" — 1901 335
Umschlag des Buches von W. I. Lenin „Was tun?" — 1902 .. .. 356—357